



Verfassungsschutzbericht 2015



I.	Verfassungsfeindliche Zielsetzungen	4
1.	Rechtsextremismus	4
2.	Linksextremismus	6
3.	Islamismus und Ausländerextremismus	6
II.	Extremismus im Freistaat Sachsen	8
1.	Rechtsextremismus	8
1.1	Personenpotenzial	8
1.2	Im Fokus – Aktivitäten von Rechtsextremisten in der aktuellen Asyldebatte und ihre Folgen – Beobachtungen des Verfassungsschutzes in Sachsen	11
1.3	Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD)	27
1.4	Junge Nationaldemokraten (JN)	42
1.5	Die Rechte, Landesverband Sachsen	51
1.6	Der Dritte Weg (III. Weg)	57
1.7	Neonationalsozialisten	62
1.8	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	70
1.9	Rechtsextremistische Musikszene und Konzerte	72
1.9.1	Rechtsextremistische Musikgruppen bzw. Bandprojekte und Liedermacher	72
1.9.2	Rechtsextremistische Konzerte	84
1.10	Rechtsextremistische Vertriebszene	89
1.11	Wege rechtsextremistischer Agitation	95
1.12	Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen	99
1.12.1	Landkreis Bautzen	99
1.12.2	Chemnitz (Stadt)	102
1.12.3	Dresden (Stadt)	105
1.12.4	Erzgebirgskreis	110
1.12.5	Landkreis Görlitz	113
1.12.6	Landkreis Leipzig	115
1.12.7	Leipzig (Stadt)	119
1.12.8	Landkreis Meißen	123
1.12.9	Landkreis Mittelsachsen	126
1.12.10	Landkreis Nordsachsen	129
1.12.11	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	132
1.12.12	Vogtlandkreis	136
1.12.13	Landkreis Zwickau	140

1.13	Ausblick Rechtsextremismus	142
2.	Linksextremismus	145
2.1	Personenpotenzial	145
2.2	Im Fokus – Instrumentalisierung der Asylthematik durch Linksextremisten	148
2.3	Autonome	156
2.3.1	Autonome in Leipzig	169
2.3.2	Autonome in Dresden	180
2.3.3	Autonome außerhalb der Städte Leipzig und Dresden	189
2.4	Anarchistische Gruppierungen	195
2.5	Rote Hilfe e. V. (RH)	201
2.6	Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen	205
2.7	Wege linksextremistischer Agitation	207
2.8	Ausblick zum Linksextremismus	210
3.	Islamismus und Ausländerextremismus	214
3.1	Personenpotenzial	214
3.2	Islamismus – Salafistische Bestrebungen in Deutschland und in Sachsen	216
3.3	Wege salafistischer und jihadistischer Agitation	221
3.4	Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	223
4.	Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund	228
4.1	Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund	228
4.2	Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund	232
4.3	Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund	233
III.	Spionage in Politik und Wirtschaft	234
1.	Begriffe, Bedeutung und Adressaten	234
2.	Akteure, Aufklärungsschwerpunkte und Methoden	235
2.1	Akteure und Aufklärungsschwerpunkte	235
2.1.1	Russische Föderation	235
2.1.2	Volksrepublik China	236

2.1.3	Arabische, nordafrikanische und weitere asiatische Nachrichtendienste	236
2.1.4	Westliche Dienste	237
2.2	Methoden und Arbeitsweisen der ausländischen Nachrichtendienste	238
2.2.1	Beschaffung offener Informationen	238
2.2.2	Beschaffung nicht öffentlich zugänglicher Informationen	238
3.	Abwehrmaßnahmen und Sicherheitspartnerschaft	241
IV.	Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben	244
1.	Sicherheitsüberprüfungen (Personeller Geheimschutz) und Sabotageschutzüberprüfungen	244
1.1	Sicherheitsüberprüfungen	244
1.2	Sabotageschutzüberprüfungen	245
2.	Materieller Geheimschutz	245
3.	Zuverlässigkeitsüberprüfungen sowie Prüfung von Versagens- oder Ausschlussgründen	246
V.	Verfassungsschutz	247
1.	Verfassungsschutz auf einen Blick	247
2.	Glossar der Verfassungsschutzbehörden	254
3.	Gesetze	266
VI.	Verzeichnis der im Verfassungsschutzbericht erwähnten extremistischen Organisationen	298

I. Verfassungsfeindliche Zielsetzungen

1. Rechtsextremismus

Rechtsextremisten lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Auch wenn es innerhalb des Rechtsextremismus verschiedene ideologische Strömungen und Erscheinungsformen gibt, die nicht selten sogar im Widerspruch zueinander stehen, stimmen Rechtsextremisten in folgenden Themenfeldern grundsätzlich überein:

■ **Rassistisch definierte „Volksgemeinschaft“ als Souverän zu Lasten der Freiheitsrechte des Einzelnen**

Der Staat soll organisatorischer Ausdruck einer ethnisch-rassistisch homogenen „Volksgemeinschaft“ sein. Der vermeintlich einheitliche Wille des Volkes soll dabei von staatlichen Führern verkörpert und in reale Politik umgesetzt werden („völkischer Kollektivismus“). In einem durch den homogenen „Volkswillen“ legitimierten Staat würden damit wesentliche Kontrollelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Recht des Volkes, die Staatsgewalt durch Wahlen auszuüben, oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition, fehlen.

■ **Fremdenfeindlichkeit, auch in Form von Rassismus und Antisemitismus**

Nach der Vorstellung von Rechtsextremisten soll das deutsche Volk vor der Integration „rassistisch minderwertiger Ausländer“ und vor einer „Völkervermischung“ bewahrt werden. Es wird gerade vor dem Hintergrund der aktuellen hohen Asylbewerberzahlen behauptet, dass die „Rasse des deutschen Volkes“ infolge einer „Durchmischung mit fremdem Blut“ untergehen würde. Begriffe wie „Umvolkung“ oder „der große Austausch“ werden von Rechtsextremisten verschwörungstheoretisch verwendet, um zu belegen, dass „das deutsche Volk in Form eines Völkermordes vernichtet werden soll“.

Die Ausgrenzung jener Menschen, die nicht diesem völkischen „Ideal“ entsprechen, widerspricht dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, welcher in unserer Verfassung garantiert ist. Die Würde des Menschen, die bedingungs- und voraussetzungslos jedem Menschen eigen ist, wäre von der biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig.

Antisemitismus ist ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Strömungen. Er tritt in unterschiedlichen Varianten religiöser, kultureller sowie rassistischer Ausprägung auf. Häufig werden dabei Theorien, wie die Behauptung einer „jüdischen Weltverschwörung“ oder einer jüdisch dominierten Weltwirtschaft, verbreitet. Diese Ausprägung des Antisemitismus wird vor allem vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrisen seit 2008 stärker hervorgehoben. Rechtsextremisten suchen dadurch Anschluss insbesondere an israelkritische Positionen im Rahmen des Nahostkonfliktes.

In den zurückliegenden Jahren – spätestens seit dem Wahlkampf anlässlich der Bundestagswahl im Jahr 2013 – haben sich Rechtsextremisten weiterer Ausgrenzungskriterien bedient. Hintergrund waren die Migrationsströme insbesondere aus Asien und dem arabischen Raum/Afrika, die Europa und dabei vor allem die Bundesrepublik Deutschland zum Ziel hatten. Aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit wurden Muslimen verfassungsmäßig verbürgte Freiheits- und Gleichheitsrechte abgesprochen. Diese Strategie der Ausgrenzung und Ungleichbehandlung sollte so als „Kulturkritik“ verbrämt werden.

■ Revisionismus und Holocaustleugnung

Unter rechtsextremistischem Geschichtsrevisionismus versteht man die Leugnung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Auch wird versucht, den Holocaust und andere Verbrechen der Nationalsozialisten, insbesondere durch eine Gleichsetzung mit Handlungen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, zu relativieren. Die Leugnung des an den europäischen Juden begangenen Völkermords erfüllt den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Von extremistisch motiviertem Gebietsrevisionismus ist die Rede, wenn Rechtsextremisten die Anerkennung der deutschen Gebietsverluste als Folge der Weltkriege ablehnen oder sogar weitere Gebiete – entgegen den vertraglichen Verpflichtungen, die Deutschland seit 1918 beziehungsweise seit 1945 eingegangen ist – für Deutschland beanspruchen.

Revisionistische Positionen bilden ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen.

■ Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus

Durch ihre Äußerungen zeigen Rechtsextremisten häufig – zumindest mittelbar – eine wohlwollende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Vermeintlich positiv zu bewertende Handlungen der historischen Nationalsozialisten werden überbetont oder beschönigt. Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime werden diffamiert. Nationalsozialistische Funktionsträger aus jener Zeit, z. B. Rudolf Heß, der ehemalige Stellvertreter Adolf Hitlers, werden hingegen glorifiziert. Darüber hinaus lehnen sich Rechtsextremisten zum Teil eng an Sprache und Programmatik dieser Zeit an.

■ Verächtlichmachen von Verantwortungsträgern und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates

Unter Rechtsextremisten kommt es vielfach zu einer Verunglimpfung des demokratischen Verfassungsstaats und seiner Repräsentanten. Deutsche Politiker werden dabei als korrupte Handlanger ausländischer, insbesondere US-amerikanischer Interessen diffamiert, und es wird ihnen die Fähigkeit abgesprochen, die Probleme des Landes lösen zu können. Rechtsextremisten wollen sich so als alleinige Wahrer der Interessen des deutschen Volkes darstellen und den politischen Gegner als Verräter diskreditieren.

■ Rechtsextremistischer Antiamerikanismus

In der antiliberalen und antipluralistischen Weltsicht der Rechtsextremisten verkörpern die USA in besonderem Maße ein Feindbild. Insbesondere der „amerikanische Schmelztiegel“, der viele Volksgruppen in einer Nation umfasst, steht für Rechtsextremisten in offenem Widerspruch zum Konzept einer homogenen „rassisch“ definierten Volksgemeinschaft, die das Zusammenleben in einem Staat prägen soll.

2. Linksextremismus

Linksextremisten streben die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und die Außerkraftsetzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. An deren Stelle wollen sie eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine „herrschaftsfreie“ anarchistische Gesellschaft etablieren. Ihr politisches Handeln richten sie dementsprechend an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus.

Damit treten sie entweder für eine Diktatur ein, die auch mit einer Entrechtung Andersdenkender einhergehen würde, oder für eine herrschafts- und gesetzlose Ordnung. Die von Linksextremisten häufig verwendeten Begriffe „Gleichheit“, „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ stellen sich bei genauerem Hinsehen als Synonyme für die Abschaffung demokratischer Errungenschaften (z. B. der Gewaltenteilung), aber auch für die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte dar. Letzteres betrifft z. B. die Beseitigung des Rechts auf Eigentum. Auch wenn das Grundziel – die Abschaffung der Demokratie – alle linksextremistischen Spektren eint, bestehen hinsichtlich der Vorstellungen zur angestrebten Ordnung, des dorthin führenden Wegs und der anzuwendenden Mittel erhebliche Differenzen.

Linksextremisten bringen sich in gesellschaftliche Proteste ein und versuchen, diese für ihre extremistischen Ziele zu instrumentalisieren. Bei Aktivitäten von Nichtextremisten, an denen sich Linksextremisten beteiligen, besteht daher immer die Gefahr, dass solche Aktionen außer Kontrolle geraten und Linksextremisten dabei ihre gewaltbereite Strategie umsetzen.

Gewalt ist in Teilen der linksextremistischen Szene – vor allem bei den Autonomen – allgemein akzeptierter Grundkonsens. Die eigene Militanz wird dabei im Wesentlichen mit zwei Begründungen legitimiert: Zum einen handele es sich um Gegengewalt, mit der man sich gegen die ungerechtfertigte Gewaltausübung des Staates wehre, welcher über Institutionen und Machtverhältnisse eine „strukturelle“ Gewalt auf seine Bürger ausübe. Zum anderen gebe es politische Anliegen, die den Einsatz von Gewalt rechtfertigten. Diese Gewalt richtet sich gegen Sachen, kann aber auch Personen, wie tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, Polizeibeamte und andere Repräsentanten staatlicher Einrichtungen, sowie demokratische Parteien zum Ziel haben.

3. Islamismus und Ausländerextremismus

Gruppierungen von Ausländern werden als extremistisch beurteilt, wenn sich ihre Ziele gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Die Verfassungsfeindlichkeit dieser Ziele kann sich auch daraus ergeben, dass sich diese gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder auf die Anwendung von Gewalt bzw. darauf hinzielende Vorbereitungshandlungen richten.

Wesentliche gemeinsame Merkmale ausländerextremistischer Bestrebungen sind

- das Ziel, die in den jeweiligen Herkunftsländern herrschende Gesellschaftsordnung, zunehmend aber auch jene in Deutschland, abzuschaffen und sie durch eine Ordnung zu ersetzen, die der Ideologie der jeweiligen extremistischen Organisation entspricht,
- die Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen¹,
- Äußerungen und Aktivitäten, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker richten.

¹ Von einer Gefährdung der auswärtigen Belange spricht man, wenn durch die Bestrebungen das friedliche Zusammenleben der Völker oder die Beziehungen zu anderen Regierungen beeinträchtigt werden. Ausländerextremistische Organisationen verbinden mit ihrer Propaganda u. a. die Verunglimpfung der jeweiligen Heimatregierung.

Im Einzelnen lassen sich ausländerextremistische Bestrebungen untergliedern in

- islamisch-extremistische (d. h. islamistische),
- linksextremistisch-separatistische,
- extrem nationalistische.

Islamistische Organisationen zielen darauf, die westlichen, freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen durch ein auf Koran und Scharia (islamisches Rechts- und Wertesystem) basierendes Gesellschaftssystem zu ersetzen. Nach ihren Vorstellungen regelt der Islam alle Lebensbereiche einer Gesellschaft. Insofern könne auch alle staatliche Herrschaft nicht dem menschlichen Willen entspringen, sondern gehe einzig von Gott (Allah) aus. Eine Trennung von Staat und Religion widerspricht daher ihrer Auffassung von einer Staats- und Gesellschaftsordnung und wird als unislamisch verurteilt. Innerhalb des Islamismus gibt es zur Errichtung der angestrebten „islamischen“ Herrschaft unterschiedliche Strategien. Dabei sind Organisationen aktiv, die entweder terroristische Taten begehen oder solche, die zwar Gewalttaten befürworten, jedoch aus unterschiedlichen Gründen selber keine Gewalt zur Erreichung ihres Ziels einsetzen, und schließlich Organisationen, die sowohl Terror als auch Gewalteininsatz verurteilen. Letztere setzen mit ihren ideologischen Vorstellungen auf eine allmähliche Durchdringung der Gesellschaft. Auch sie streben die Abschaffung der grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Dazu gehört z. B. die Abschaffung der Volkssouveränität, des Mehrparteienprinzips und des Rechts auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Linksextremistisch-separatistische Ausländergruppierungen streben nach der revolutionären Beseitigung der jeweiligen Staatsordnung in ihren Herkunftsländern die Errichtung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems an. Einige dieser Gruppierungen verfolgen dabei ethnisch motivierte Unabhängigkeitsbestrebungen.

Extrem nationalistische Ausländerorganisationen vertreten ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das anderen Nationen oder Personen anderer Nationalität die Gleichwertigkeit abspricht.

Die meisten der linksextremistisch-separatistischen bzw. extrem nationalistischen Ausländerorganisationen nutzen die Bundesrepublik Deutschland, um von hier aus gewaltsame Aktionen in ihrem jeweiligen Heimatstaat vorzubereiten, etwa durch Aufrufe zu Gewalt oder durch die Beschaffung finanzieller oder sonstiger Mittel. Solche Bestrebungen gefährden durch die Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Sie richten sich zudem gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

II. Extremismus im Freistaat Sachsen

1. Rechtsextremismus

1.1 Personenpotenzial

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Sachsen ist im Jahr 2015 angestiegen. Nachdem es in den letzten Jahren rückläufig gewesen war oder – wie von 2012 bis 2014 – bei 2.500 Personen stagniert hatte, so gehörten den Bestrebungen im Berichtsjahr 2.700 Personen an.

Grund hierfür ist in erster Linie eine deutliche Zunahme der Anzahl von Personen, die zwar weitestgehend keiner festen Struktur angehören, sich aber rechtsextremistisch betätigen. Diese Personen werden zu den subkulturell geprägten Rechtsextremisten gezählt. Ursächlich für die Zunahme dieses Personenkreises sind die vor allem in Reaktion auf die Asylthematik entstandenen Politisierungsprozesse unter unorganisierten Rechtsextremisten. Für einen weiteren Anstieg sorgte auch die Zunahme von rechtsextremistischen Straftaten, deren Täter, falls keine andere Zuordnung möglich ist, gleichfalls bei der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene erfasst werden. Dies alles führte im Jahr 2015 zu einem massiven Anstieg an Personen, die der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zuzuordnen waren. Diese Szene hat das ihr zugerechnete Personenpotenzial mit 1.600 Personen im Vergleich zum Jahr 2014 fast verdoppelt. (2014: 880).

Einen erheblichen Verlust in der Anhängerschaft haben hingegen die sächsischen Neonationalsozialisten zu verzeichnen (2015: 340; 2014: 860 Personen). Mehr als die Hälfte von ihnen wanderte im Jahr 2015 in andere Bereiche der rechtsextremistischen Szene in Sachsen ab. Einige engagieren sich in den Parteien Die Rechte oder Der Dritte Weg (III. Weg), andere schlossen sich bereits im Jahr 2014 den Jungen Nationaldemokraten (JN) an. Der weitaus größere Teil war aufgrund fehlender Zugehörigkeit dieser Personen zu einer festen neonationalsozialistischen Struktur oder mangels selbst organisierter politischer Aktionen den subkulturell geprägten Rechtsextremisten zuzuordnen. Der seit 2012 zu beobachtende kontinuierliche Rückgang der Anzahl der Neonationalsozialisten hat sich damit im Jahr 2015 erheblich beschleunigt. Hierbei ist hervorzuheben, dass mit dem nominellen Rückgang der neonationalsozialistischen Szene vor allem eine Verschiebung in den Kategorien erfolgt ist. Die betroffenen Personen sind Rechtsextremisten geblieben, haben sich jedoch vor dem Hintergrund exekutiver Maßnahmen seit 2012 von den althergebrachten Strukturen gelöst und versuchen nun in anderer Form im Sinne ihrer rechtsextremistischen Ideologie zu wirken. Zahlreiche Neonationalsozialisten waren in den vergangenen Jahren in den parteigebundenen Rechtsextremismus gewechselt. Diese Dynamik war im Jahr 2015 so nicht mehr zu beobachten.

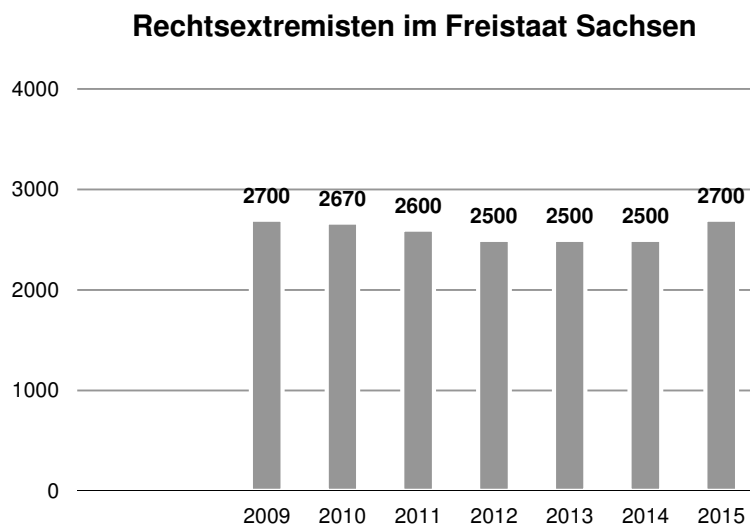
Die NPD konnte sich auf dem Vorjahresniveau stabilisieren (2015: 600; 2014: 610 Personen), die JN jedoch nicht weiter vom Rückgang des Potenzials bei den Neonationalsozialisten profitieren (2015 wie 2014: 110 Personen).

Die sich im Aufbau befindende Partei Die Rechte hat im Jahr 2015 mit ca. 30 Mitgliedern einen – wenn auch geringen – Mitgliederzuwachs (2014: 10) aufzuweisen. Ein gleicher Trend ist bei der Partei Der III. Weg zu beobachten, deren Mitgliederbestand im Jahr 2015 auf ca. 40 Personen anwuchs (2014: 20). Insbesondere diese beiden Parteien sind fast ausschließlich von ehemaligen Neonationalsozialisten geprägt. Dies führt dazu, dass beide ein eindeutig neonationalsozialistisches Profil aufweisen.

Das gewaltorientierte rechtsextremistische Personenpotenzial² im Freistaat Sachsen wird für das Jahr 2015 auf ca. 1300 Personen geschätzt (2014: 1000 Personen). Die zunehmende Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene schlägt sich auch in der Zunahme der Gewaltdelikte im Jahr 2015 nieder. Dieser Personenkreis setzt sich vor allem aus Angehörigen der subkulturellen Szene aber auch aus Personen der neonationalsozialistischen Szene und der rechtsextremistischen Parteien zusammen.

Die Großstädte Dresden und Leipzig waren weiterhin regionale Schwerpunkte des rechtsextremistischen Personenpotenzials, wobei sich in Dresden mit 350 bis 400 Rechtsextremisten eine Steigerung zum Vorjahr abzeichnete. In den Landkreisen Bautzen und Vogtlandkreis stieg die Anzahl der Rechtsextremisten leicht an. Bis auf den Landkreis Meißen wiesen die übrigen Landkreise und die Stadt Chemnitz ein durchschnittliches rechtsextremistisches Personenpotential zwischen 150 und 250 Personen auf. Wie bereits in den Vorjahren war auch im Jahr 2015 im Landkreis Meißen mit etwa 50 - 100 Personen landesweit das geringste rechtsextremistische Personenpotenzial festzustellen.

**Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen
2015: ca. 2.700, 2014: 2.500 (bundesweit 2014: 21.000)³**



² Hierzu zählen Tatverdächtige rechtsextremistischer Gewaltstraftaten und Personen, bei denen Anhaltspunkte für eine Gewaltbereitschaft vorliegen

³ Die angegebenen Werte sind teilweise geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor. Die Gesamtzahl ergibt sich rechnerisch unter Abzug von hier bekannten Doppelmitgliedschaften.

Rechtsextremistische Parteien 2015: ca. 740 ⁴ 2014: ca. 710	Neonationalsozialisten 2015: ca. 340 2014: ca. 860	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten 2015: 1600 2014: 880
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 2015: ca. 600 2014: ca. 610		
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) 2015: 110 ⁵ 2014: 110 ⁶		
Die Rechte (Landesverband Sachsen) 2015: ca. 30 2014: ca. 10		
Der III. Weg, Stützpunkte Vogtland und Mittelland 2015: ca. 40 2014: ca. 20		

⁴ Die Gesamtzahl ergibt sich rechnerisch unter Abzug von Doppelmitgliedschaften.

⁵ Einschließlich Doppelmitgliedschaften in der NPD (geschätzt)

⁶ Einschließlich Doppelmitgliedschaften in der NPD (geschätzt)

1.2 Im Fokus – Aktivitäten von Rechtsextremisten in der aktuellen Asyldebatte und ihre Folgen – Beobachtungen des Verfassungsschutzes in Sachsen

Das Themenfeld „Anti-Asyl“ stellt seit einigen Jahren das zentrale Betätigungsfeld von Rechtsextremisten in Sachsen dar. Bereits im Jahr 2014 entwickelte sich die asylfeindliche Agitation zu *dem* Themenschwerpunkt der rechtsextremistischen Szene im Freistaat. Im Berichtsjahr haben die Aktivitäten sächsischer Rechtsextremisten an Quantität und Intensität nochmals erheblich zugenommen. Die Spannweite reicht von der Forderung nach „Ausweisung von Ausländern“ bis hin zu schweren Gewalttaten (Brandanschläge, Sprengstoffanschläge).

griffsverwendung:

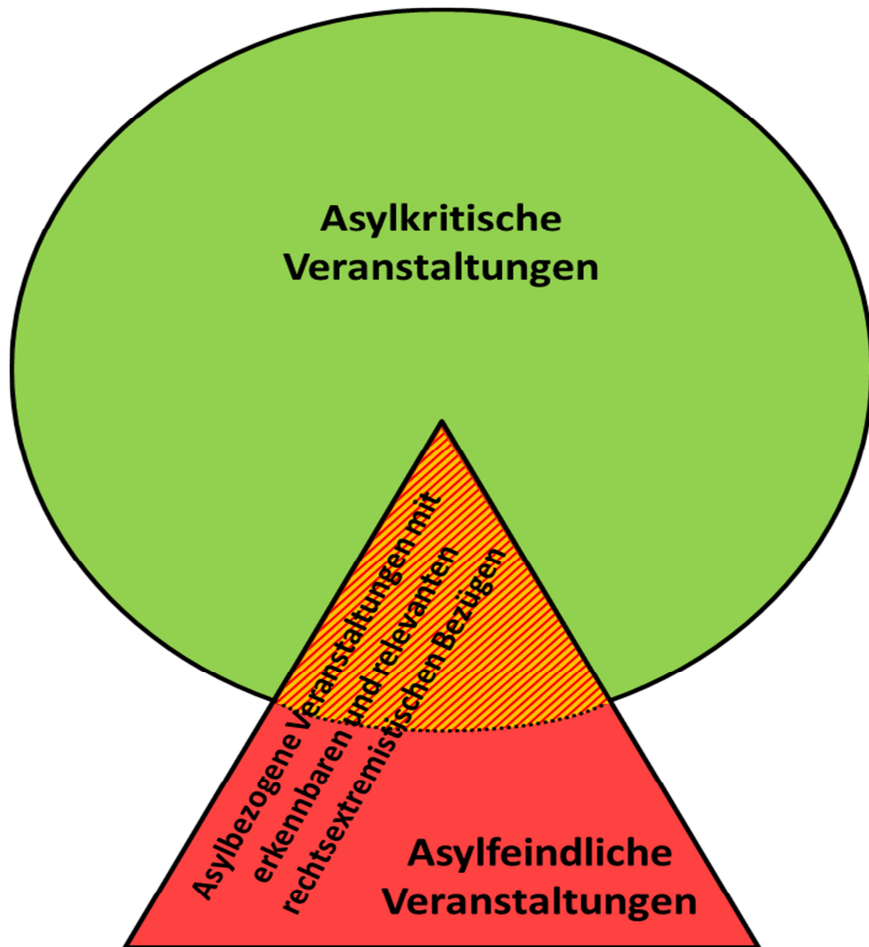
Zur Abgrenzung von extremistischen und nichtextremistischen Veranstaltungen und Aktivitäten mit Asylbezug verwendet das LfV Sachsen die folgenden Begriffe in diesem Jahrbuch:

Asylbezogene Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen

In die Berichterstattung des LfV Sachsen zur Asylthematik fließen aufgrund der gesetzlichen Zuständigkeit nur Veranstaltungen ein, bei denen es Bezüge zu rechtsextremistischen Bestrebungen gibt. Hierbei werden auch asylkritische Veranstaltungen statistisch erfasst, sofern diese erkennbare und relevante rechtsextremistische Bezüge aufweisen. Dabei handelt es sich um solche Veranstaltungen, die zwar nicht von Rechtsextremisten organisiert oder bestimmt werden, auf denen Rechtsextremisten jedoch in relevantem Maße in Erscheinung treten. Dies kann etwa durch einen rechtsextremistischen Redner oder auch eine Mitwirkung von einzelnen Rechtsextremisten an der Durchführung der Veranstaltung geschehen.

Asylkritisch bezeichnet eine nichtextremistische, asylbezogene Veranstaltung oder sonstige Aktivität. Eine Veranstaltung bleibt auch dann asylkritisch, wenn Rechtsextremisten daran teilnehmen, aber weder Organisation noch der Gesamtcharakter der Veranstaltung als rechtsextremistisch einzuschätzen sind.

Asylfeindlich sind hingegen Veranstaltungen oder Aktivitäten mit Asylbezug, die direkt oder indirekt, ausschließlich oder mit überwiegender Beteiligung von Rechtsextremisten durchgeführt werden.



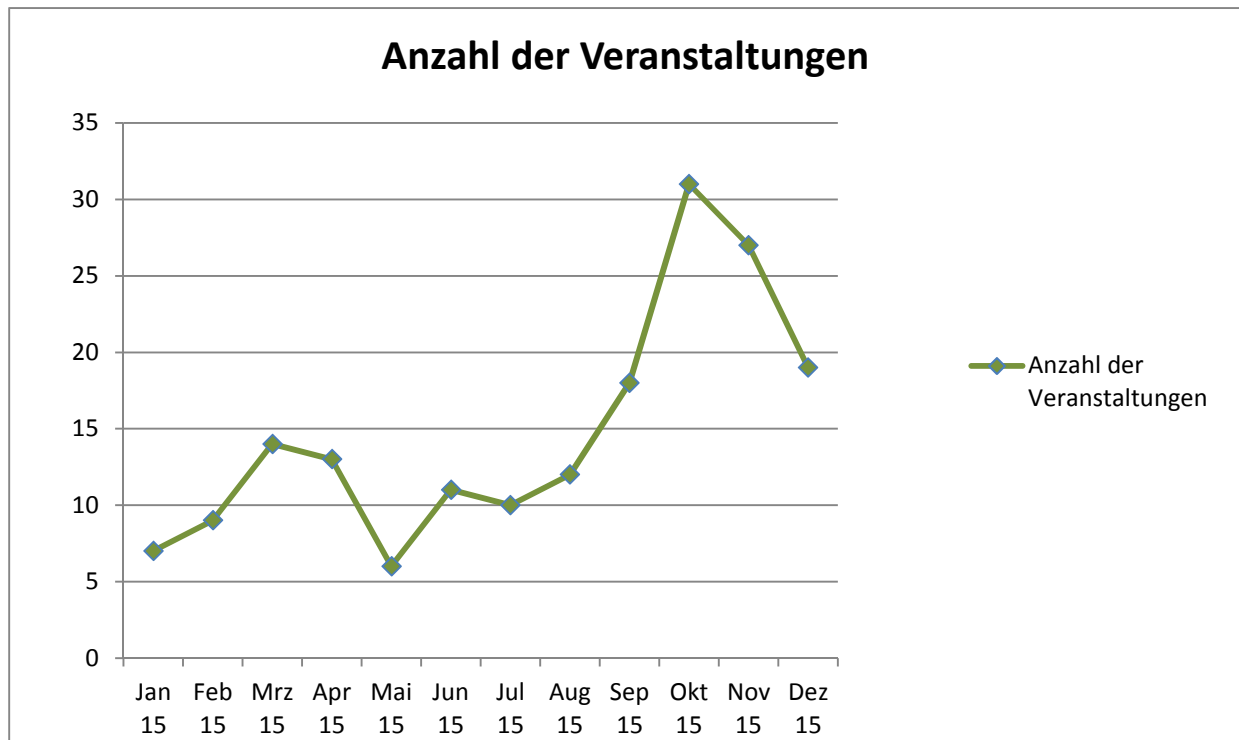
Zahlenmäßiger Überblick

Im Jahr 2015 fanden in Sachsen insgesamt 177 asylbezogene Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen statt, an denen sich insgesamt etwa 35.400 Personen⁷ beteiligten.⁸ Im Vorjahr wurden lediglich 47 derartige Veranstaltungen mit knapp 7.500 Teilnehmern registriert. Die Anzahl der Veranstaltungen vervierfachte sich nahezu, gleichzeitig nahmen die Teilnehmerzahlen im Vergleich zum Vorjahr sogar in noch stärkerem Maße zu. Dies bedeutet, dass die rechtsextremistische Szene in Sachsen durch den Missbrauch des Asylthemas Einfluss auf ein Personenpotenzial nehmen kann, das das eigene szeninterne Mobilisierungspotenzial in ganz erheblichem Umfang übersteigt.

⁷ In der Zahl sind Mehrfachteilnahmen enthalten.

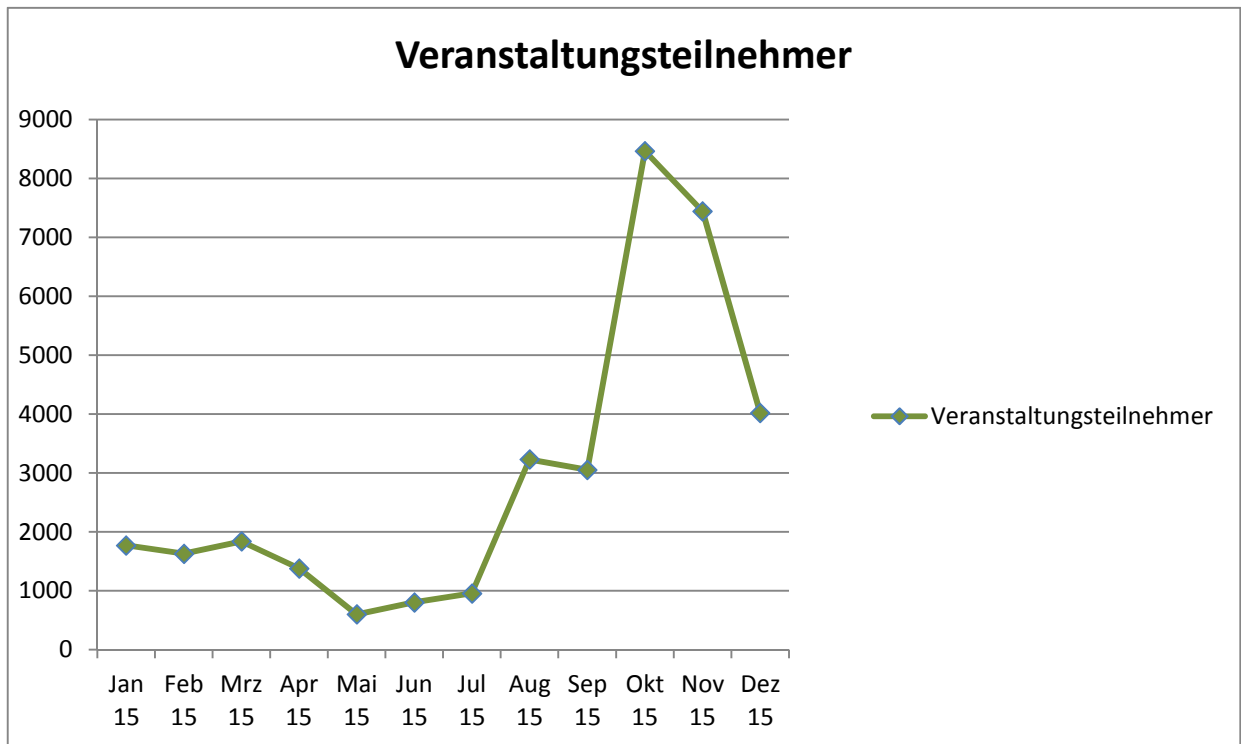
⁸ Die GIDA-Veranstaltungen in Sachsen werden in ihrer Gesamtheit nicht als extremistische Bestrebung bewertet und wurden somit hier nicht berücksichtigt.

Entwicklung der Anti-Asyl-Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen in Sachsen im Jahr 2015



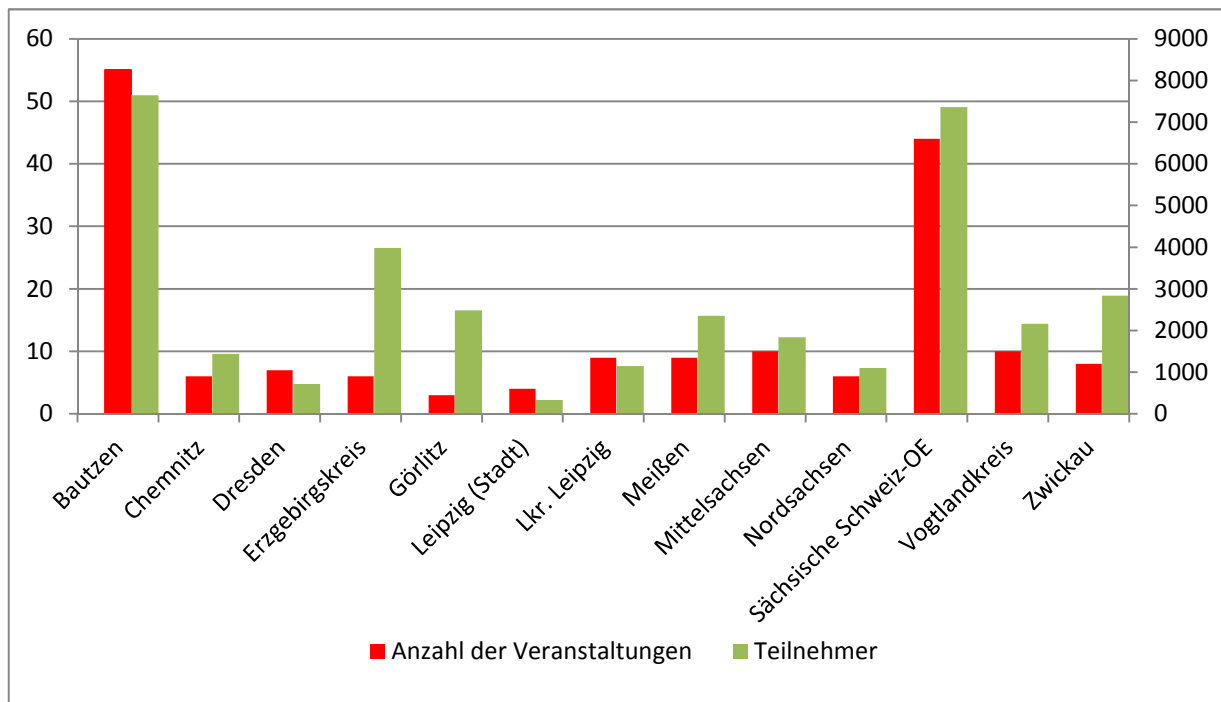
Nachdem die Veranstaltungszahlen im ersten Quartal 2015 deutlich zugenommen und sich verdoppelt hatten, gingen sie im zweiten Quartal zunächst zurück. In der zweiten Jahreshälfte stieg die Zahl der asylbezogenen Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen erneut an und erreichte im Oktober mit 31 Veranstaltungen ihren Höchstwert. Im November und Dezember waren die Veranstaltungszahlen rückläufig, was nicht zuletzt auf die Advents- und Weihnachtszeit zurückzuführen war, die sich auch auf das Aktionsniveau der sächsischen Rechtsextremisten auswirkte.

Entwicklung der Teilnehmerzahlen bei Anti-Asyl-Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen in Sachsen im Jahr 2015



Die Teilnehmerzahlen waren im ersten Quartal weitgehend stabil und gingen dann deutlich zurück. Ab August war ein sprunghafter Anstieg bei den Teilnehmerzahlen zu verzeichnen. Im Oktober verdreifachten sich die Teilnehmerzahlen im Vergleich zum Vormonat nahezu und erreichten mit knapp 8.500 Personen einen neuen Höchstwert, bevor sie gegen Ende des Jahres zurückgingen.

Regionale Verteilung der Anti-Asyl-Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen in Sachsen im Jahr 2015



Regionale Schwerpunkte der asylbezogenen Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen bildeten im Jahr 2015 insbesondere die Landkreise Bautzen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Hier waren mehr als die Hälfte (rund 55 %) aller rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen in Sachsen zu verorten. Nur sehr wenige Protestveranstaltungen waren hingegen im Landkreis Görlitz (drei) und in Leipzig (vier) zu verzeichnen.

Hervorzuheben sind Veranstaltungen größeren Umfangs ab Oktober 2015, u. a. in Görlitz, Schneeberg und Aue. An diesen Protestaktionen beteiligten sich zwischen 850 und 1.000 Menschen. Ohnehin verdeutlicht die oben stehende Grafik, dass sich insbesondere im Erzgebirgskreis und im Landkreis Görlitz an den wenigen Demonstrationen verhältnismäßig viele Personen beteiligten. Die deutlich über das rechtsextremistische Mobilisierungspotenzial hinausgehenden Teilnehmerzahlen dokumentieren die Anschlussfähigkeit des Asyl-Themas bis weit in das nichtextremistische Lager hinein.

Die Teilnehmerzahlen der einzelnen Demonstrationen spiegelten dabei häufig das jeweils regional unterschiedliche Mobilisierungspotenzial der Rechtsextremisten wider. Während die Veranstaltungen rund um Dresden – insbesondere im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – regelmäßig Personen im dreistelligen Bereich anzogen, brachten die NPD oder andere rechtsextremistische Gruppierungen in anderen Regionen Sachsens deutlich weniger Menschen auf die Straße.

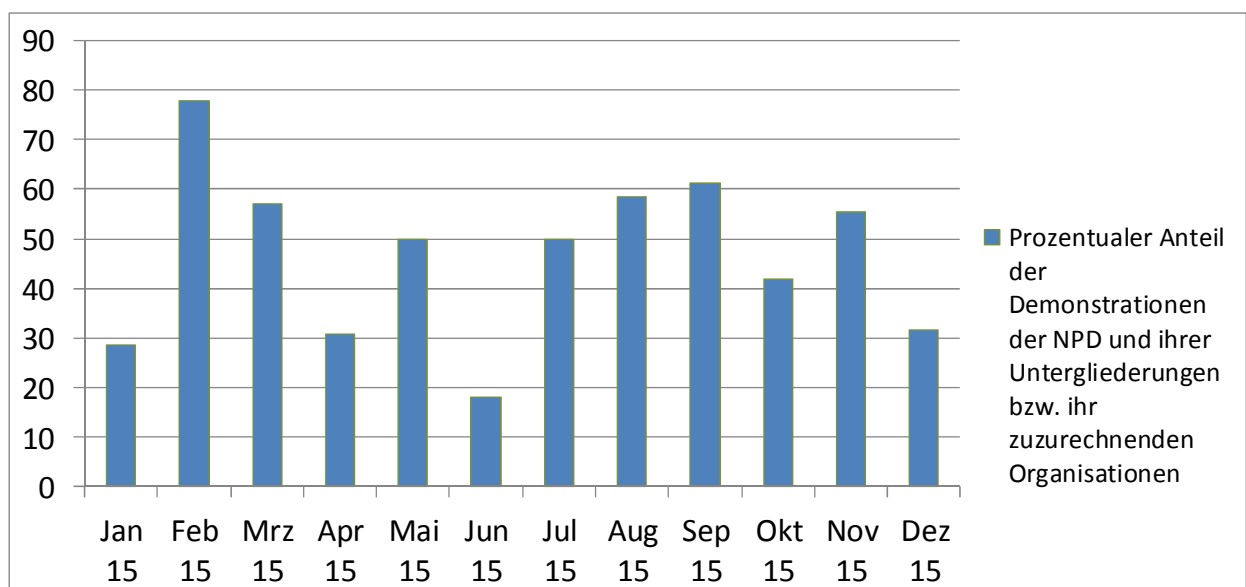
Rechtsextremistische Akteure und deren Strategien

Grundsätzlich war bei Demonstrationen der **NPD** zu beobachten, dass sich hieran häufig bekannte Führungspersonen der Partei beteiligten und so auch zum Mobilisierungserfolg derartiger Veranstaltungen beitrugen. Dies erklärt den Mobilisierungserfolg im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, im Erzgebirgskreis und im Landkreis Meißen. Hier wirkten mit Thomas SATTELBERG, Hartmut GLIEMANN, Stefan HARTUNG und Peter SCHREIBER jeweils zugkräftige NPD-Protagonisten, die regional vernetzt sind und daher über eine größere Mobilisierungskraft verfügen. Teilweise gelang es der NPD so, das asylbezogene Veranstaltungsgeschehen zumindest örtlich begrenzt asylfeindlich zu prägen.

Exemplarisch zeigte sich dies im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Hier war die NPD sowohl unter eigenem Namen als auch im Rahmen der Organisation „Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz“ (DASS) sowie mit den Facebook-Seiten „Heidenau hört zu“ und „Nein zum Heim Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“ aktiv. In deren Namen wurde die große Mehrheit der asylbezogenen Veranstaltungen im gesamten Landkreis angemeldet und durchgeführt. Die NPD dominierte damit dort das Asylthema und versuchte, ihre extremistischen Ziele in weiten Bevölkerungskreisen zu verbreiten. Ähnliche Initiativen waren in geringerem Umfang im Erzgebirgskreis unter dem Begriff „Freigeist“ (Leitung Stefan HARTUNG) oder auch unter der Bezeichnung „Plauen wehrt sich“ im Vogtlandkreis aktiv. Im Vogtlandkreis ergriff ausschließlich der Landesverband der NPD die Initiative und versuchte, eine örtliche asylfeindliche Bewegung zu initiieren, die jedoch weitgehend ohne nachhaltige Resonanz blieb. Im Erzgebirgskreis war mit Stefan HARTUNG jedoch ein lokaler Akteur aktiv, dem es darüber hinaus auch gelang, sich mit nichtextremistischen asylkritischen Initiativen im Erzgebirgskreis zu vernetzen.

Diese Strategie versuchte die NPD auch in anderen Landkreisen umzusetzen, was ihr jedoch nur bedingt gelang. Einerseits lag das an der Schwäche der dortigen Kreisverbände, andererseits am Fehlen eines aktivierungsfähigen Mobilisierungspotenzials. Aus diesem Grunde trat außerhalb der Sächsischen Schweiz und des Erzgebirgskreises vielfach der Landesverband als Organisator von asylfeindlichen Veranstaltungen in Erscheinung.

Anteil der NPD-Veranstaltungen an allen asylbezogenen Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen



Auf diese Weise deckte die NPD im zweiten Halbjahr 2015 sachsenweit einen Großteil der asylfeindlichen Aktivitäten der gesamten rechtsextremistischen Szene ab. Ihr Anteil an allen asylbezogenen Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen lag im Jahr 2015 sachsenweit bei knapp 47 %, allerdings mit erheblichen monatlichen Schwankungen. Insbesondere der Landesvorstand um den kommissarischen Vorsitzenden Jens BAUR täuschte so auch an Orten, in denen es kaum noch aktive NPD-Strukturen gab, eine landesweit aktive Parteistruktur vor. Die NPD wollte von der aktuellen Asyldiskussion profitieren und sich als Sprachrohr der Asylkritiker darstellen. Neben BAUR waren die ehemaligen Landtagsabgeordneten Arne SCHIMMER und Jürgen GANSEL regelmäßig Redner und Mitorganisatoren der Veranstaltungen.

Auf der anderen Seite zeigte sich hier ein neues Phänomen: das des NPD-Aktiven, der jedoch nicht mehr in Abstimmung mit seinen Parteigremien handelt. Die Ursache hierfür dürfte der Wunsch einzelner Funktionäre der Partei sein, deutlicher und aggressiver gegen Asyl-

bewerber und deren Einrichtungen zu agitieren. Beispiele hierfür waren etwa der NPD-Funktionär Dirk ABRAHAM, der sich in Freital bei den dortigen Asylprotesten im Sommer 2015 engagierte, obwohl sich die NPD selbst nicht offiziell an diesen Protesten beteiligte. Ähnlich, aber weniger wahrnehmbar, agierte der Dresdner NPD-Stadtrat Hartmut KRIEN. Letztlich kann man auch den ehemaligen NPD-Stadtrat von Radeberg, Simon RICHTER, dieser Kategorie zurechnen. RICHTER hat sich allerdings fast vollständig von der NPD abgewandt. Die Asylthematik gibt zahlreichen individuellen Akteuren die Möglichkeit, politische Bedeutung an den Parteistrukturen vorbei zu erlangen. Dies könnte auch der Grund für den Parteiaustritt des Heidenauer NPD-Stadtrates Rico RENTZSCH Ende November 2015 sein⁹. Im Zusammenhang mit den von der NPD angemeldeten Demonstrationen kam es wiederholt zu Ausschreitungen. Dies betraf beispielsweise eine Demonstration vor einer Dresdner Asylbewerberunterkunft am 24. Juli 2015 sowie eine Demonstration in Heidenau am 21. August 2015. Insbesondere die Ausschreitungen in Heidenau waren der Höhepunkt einer regelrechten Demonstrationsserie gegen eine Asylbewerberunterkunft in Heidenau. Bei und im Vorfeld dieser Demonstrationen heizten die örtlichen Akteure der NPD die Stimmung an und trugen so zu den wachsenden Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen bei. Auch wenn die NPD vehement bestritt, für die gewaltsamen Ausschreitungen verantwortlich gewesen zu sein, so muss sie sich diese doch zurechnen lassen, zumal deren Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten, die Ausschreitungen im Nachgang als „erfolgreichen Widerstand“ glorifizierte.

Für die **Jungen Nationaldemokraten (JN)** wurde das Themenfeld Anti-Asyl erst im zweiten Halbjahr 2015 zum Schwerpunkt. Die Jugendorganisation unterstützte ihre Mutterpartei bei zahlreichen Veranstaltungen und führte auch eigene Veranstaltungen durch. In Nordsachsen meldete beispielsweise der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK als „Privatperson“ regelmäßig asylfeindliche Veranstaltungen an.

Neben der NPD traten im Jahr 2015 auch die rechtsextremistischen Parteien Die Rechte und Der Dritte Weg (III. Weg) verstärkt mit eigenen Aktionen in Erscheinung. Neben asylfeindlichen Veranstaltungen in verschiedenen Teilen des Freistaates Sachsen setzten beide Gruppierungen jeweils eigene Akzente:

Am 7. Januar 2015 veröffentlichte die Partei **Der Dritte Weg** auf ihrer Homepage einen Leitfaden mit dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!“¹⁰ Die Partei rief in diesem Leitfaden dazu auf, rechtliche Mittel zur Verhinderung der Einrichtung oder zur Behinderung des Betriebes von Asylbewerberunterkünften einzusetzen. Der rund 20-seitige Leitfaden stellt eine umfassende Handreichung für die rechtsextremistische Szene dar und ist darüber hinaus wegen seiner vermeintlich unideologischen Aufmachung geeignet, auch Personen im nichtextremistischen Spektrum anzusprechen. Ziel ist die Verhinderung eines geordneten Asylbearbeitungs- und Aufnahmeprozesses, die dann eine propagandistische Grundlage für die Behauptung staatlichen Versagens darstellen soll. Für Aufsehen sorgte die Partei Der Dritte Weg am 12. Februar 2015 in Plauen. Vier Parteianhänger begleiteten nach einer kommunalen Ausschusssitzung einen NPD-Stadtrat bei dem Besuch einer Asylunterkunft und fotografierten dort auf provozierende Art und Weise.

Die Partei **Die Rechte** gehörte zu den Hauptinitiatoren von asylfeindlichen Protesten im Landkreis Bautzen. Zum Ende des Jahres 2015 versuchte die Partei mit geringem Erfolg, den Protest in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) zu organisieren. Die aktivsten Kader der Partei waren im Berichtsjahr Daniela STAMM in Bautzen und Alexander KURTH in Leipzig. Beide waren überregional aktiv und unterhielten Beziehungen bis in die sachsenanhaltische und die Thüringer rechtsextremistische Szene. Bemerkenswerterweise zeigte sich im zweiten Halbjahr 2015 eine thematische Verschiebung bei den Veranstaltungen.

⁹ Vgl. die jeweiligen Unterkapitel im Beitrag „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“ zu Landkreis Bautzen, Dresden (Stadt), Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Landkreis Zwickau

¹⁰ www.der-dritte-weg.info (Stand: 9. Januar 2015)

Zwar blieb die Asylthematik immer noch der grundsätzliche Beweggrund der Veranstaltungen. Allerdings drehten sich die Veranstaltungsthemen nun vermehrt um die angeblich zu erkämpfende Souveränität Deutschlands oder des deutschen Volkes. Damit einher ging die Propagierung einer vorgeblich notwendigen Revolution gegen die Demokratie. Hier zeigte sich zum einen der neonationalsozialistische Charakter der Partei, zum anderen wurde deutlich, dass die gegenwärtige Asylthematik für Rechtsextremisten nur Mittel zum Zweck ist, um mit ihrem Ausländerhass letztlich die freiheitliche demokratische Grundordnung an sich zu bekämpfen.

Die Agitation gegen Asylbewerber und deren Aufnahmeeinrichtungen wirkte wie eine einigende Klammer zwischen den rechtsextremistischen Parteien und der parteiungebundenen Szene. Gleiches galt unter den rechtsextremistischen Parteien, was ein Vorkommnis am 31. Oktober 2015 in Mittweida (Landkreis Mittelsachsen) exemplarisch zeigte. Nach der Absage der asylkritischen Veranstaltung einer nichtextremistischen Partei meldeten die NPD, die Partei Der Dritte Weg und die JN eine Spontandemonstration zum Thema an. Hier wurde eine die organisatorische Konkurrenz überdeckende weltanschauliche Verbundenheit dieser Parteistrukturen offenbar. Bei diesen Veranstaltungen konnten die rechtsextremistischen Parteien, insbesondere die NPD, auf eine starke Unterstützung durch die neonationalsozialistische und subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene zurückgreifen. Insofern beteiligten sich diese auch an parteilich organisierten, asylfeindlichen Protesten sowie auch umgekehrt.

An dieser Stelle wird deutlich, dass einer der wesentlichen Effekte des gemeinsamen asylfeindlichen Agierens der rechtsextremistischen Szene die Schaffung neuer Gemeinsamkeiten und die Etablierung oder auch Verfestigung von szeneeigenen Kennverhältnissen war. So fanden sich bei den Veranstaltungen verschiedener rechtsextremistischer Organisatoren immer wieder Personen aus allen Bereichen der rechtsextremistischen Szene. Manche Einzelpersonen waren auch überregional auf verschiedensten asylbezogenen Veranstaltungen anzutreffen.

So wirkten auf einer asylfeindlichen Veranstaltung in Bautzen am 30. Januar 2016 vier maßgebliche rechtsextremistische Akteure zusammen: Silvio RÖSLER, einen im Berichtszeitraum eng mit Rechtsextremisten kooperierenden Mitorganisator der Offensive für Deutschland, Alexander KURTH von der Partei DIE RECHTE, der ostsächsische asylfeindliche Aktivist Jens KIRSTEN sowie der ehemalige NPD-Stadtrat von Radeberg und Neonationalsozialist Simon RICHTER.

Durch diese Entwicklungen wurde nicht nur ein verbindendes Gemeinschaftsgefühl geschaffen. Auch können gruppenbildende Prozesse entstehen. Diese sind geeignet, in Zukunft zur Bildung neuer rechtsextremistischer Strukturen zu führen, und sie dürften außerdem auch über die Befassung mit dem Asylthema hinaus Bestand haben.

Dieselbe Entwicklung betraf auch die **subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene**. Diese beteiligte sich an zahlreichen asylkritischen und asylfeindlichen Veranstaltungen. Durch die fortdauernde Aufnahme von Asylbewerbern in Deutschland kam es in dieser Szene zu einem anhaltenden Politisierungsprozess. Dieser führte in der sonst eher strukturalarmen subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zu diversen Gruppenbildungen, aus denen in Einzelfällen auch neue neonationalsozialistische Gruppierungen entstanden. Ein Beispiel hierfür ist die „Freie Kameradschaft Dresden“, auch bekannt als „Freie Aktivisten Dresden“. Eine sich ähnlich, jedoch nicht so dynamisch entwickelnde Gruppe ist die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene in Dresden-Leuben.¹¹

Neben den Aktivitäten der rechtsextremistischen Parteien und der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene gelang es in Einzelfällen auch **Neonationalsozialisten**, die Asylproteste für die eigenen Ziele zu nutzen und zu instrumentalisieren. Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür ist der ehemalige Radeberger NPD-Stadtrat und Neonationalsozialist Simon RICHTER. Im Landkreis Bautzen gelang es ihm, sich als gefragter Redner auf zahlrei-

¹¹ Vgl. hierzu die Beiträge „Subkulturell geprägte Rechtsextremisten“ und „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Dresden (Stadt)“

chen asylkritischen Veranstaltungen zu etablieren. Er stellte so auch Kontakte zwischen nichtextremistischen Organisatoren und Rechtsextremisten her. Seine regelmäßigen und sich inhaltlich wiederholenden Redeauftritte unter anderem in Ottendorf-Okrilla, Großröhrsdorf, Haselbachtal, Kamenz und Hoyerswerda, aber auch in Wilsdruff oder Dippoldiswalde (beide Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) nutzte er, um seine von rechtsextremistischen und antisemitischen Denkmustern geprägten Inhalte zu verbreiten.¹²

Eine weitere, jedoch nur vereinzelt wahrzunehmende asylfeindliche Aktivität an der Schnittstelle zwischen neonationalsozialistischer und subkulturell geprägter rechtsextremistischer Szene waren die Auftritte **rechtsextremistischer Bands und Liedermacher**. So kam es im Sommer 2015 zu verschiedenen Auftritten der rechtsextremistischen Musikgruppe A3stus aus Berlin bei Veranstaltungen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und in Dresden. Außerdem war die Gruppe schon im März und April 2015 in Leipzig und im Landkreis Bautzen aufgetreten.

Die Band A3stus ist im Berlin-Brandenburger Raum im Umfeld rechtsextremistischer Strukturen entstanden. Sie bediente antisemitische Stereotype, die sich auch in den gefälschten „Protokollen der Weisen von Zion“ finden und engagierte sich seit 2014 verstärkt im Rahmen von asylbezogenen Veranstaltungen. Dementsprechend thematisierte die Band in ihren Liedern eine angeblich „drohende Überfremdung der Gesellschaft“ und rief zu einem gewaltsamen Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf. Die Lieder beinhalten eine Vielzahl rassistischer und fremdenfeindlicher Ressentiments. Immer wieder wurden Opfer des Holocausts verunglimpft. Einer der Frontmänner der Band, der bekennende Neonationalsozialist Patrick KILLAT, war verantwortlich für die jährlich durchgeführte Aktion „Schwarze Kreuze“¹³.

Rechtsextremistische Gewalt mit Asylbezug

Die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene war auch wesentlich für die starke Zunahme der asylbezogenen Straftaten verantwortlich. Insbesondere diese rechtsextremistische Szene neigte im Zeitverlauf immer offener zu Gewalt gegen Asylbewerber sowie deren Aufnahmeeinrichtungen. Grund war die ausgeprägte Gewaltneigung der Szene und die zunehmenden Begegnungen mit Asylbewerbern im Alltag. Diese beiden Aspekte – die geringe Hemmschwelle und die sich häufiger ergebende Gelegenheit zur Ausübung von Gewalt – stellen eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar.

Diesbezüglich gab es innerhalb der rechtsextremistischen Szene immer wieder Überlegungen, eigene gewalttätige Aktionen gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen durchzuführen. Hier ist exemplarisch die subkulturell geprägte „Oldschool Society“ (OSS) zu nennen. Mit ihr bildete sich seit der rechtsextremistischen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) der erste Personenzusammenschluss, der tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer entstehenden rechtsterroristischen Gruppierung aufwies.

Die OSS formierte sich Mitte 2014 zunächst deutschlandweit als virtuelle rechtsextremistische Gruppe im Internet und mit Beteiligung sächsischer Rechtsextremisten. Einem ersten Treffen der OSS im November 2014 in Borna (Landkreis Leipzig) sollte ein zweites Treffen Mitte Mai 2015 folgen. Mit dessen Planung trat die OSS schließlich auch in eine zielgerichtete Vorbereitung von Anschlägen auf Asylbewerber sowie den politischen Gegner ein. Im Vorfeld des Treffens wurde bekannt, dass dort gemeinsam mehrere „Aktionen“ durchgeführt werden sollten, die sich gegen „Asylantenheime“, „Antifa-Quartiere“ oder „Ölaugen“¹⁴ richten sollten.

¹² Vgl. Beitrag „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Landkreis Bautzen“

¹³ Bei der Aktion „Schwarze Kreuze Deutschland“ handelt es sich um eine „Gedenkveranstaltung“ für Mordopfer von Tätern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Dafür werden jeweils am 13. Juli in vielen deutschen Orten Schwarze Kreuze (meist an Ortseingangsschildern) aufgestellt oder aufgemalt und die davon gefertigten Bilder anschließend ins Internet gestellt.

¹⁴ „Ölauge“ ist ein diffamierender Ausdruck für Menschen mit Migrationshintergrund aus einem Land, in dem die Menschen häufig braune oder schwarze, „wie Erdöl glänzende“ Augen haben.

Aufgrund der durch die Verfassungsschutzbehörden gewonnenen Erkenntnislage, die sich seit Anfang des Jahres zu einem Verdacht auf rechtsterroristische Aktivitäten konkretisierte, leitete der Generalbundesanwalt Mitte Februar 2015 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ein. Im Rahmen der folgenden Exekutivmaßnahmen wurden die vier Hauptbeschuldigten (zwei davon aus Sachsen) Anfang Mai 2015 festgenommen. Es wurden Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt, wobei neben Schreckschuss- und Gaswaffen u. a. auch Teleskopschläger, Schwerter und in Deutschland nicht zugelassene pyrotechnische Gegenstände mit großer Sprengkraft gefunden wurden. Das Beispiel der OSS zeigt, dass sich aus dem zahlenmäßig großen Reservoir des gewaltorientierten Rechtsextremismus Personenzusammenschlüsse bilden können, die rechtsterroristische Zielsetzungen verfolgen. Aufgrund der relativ einfachen Umsetzung von insbesondere gegen Asylbewerberinstitutionen gerichteten Aktionen, wie Sachbeschädigungen und Brandstiftungen, ist es in der aktuellen Lage nicht auszuschließen, dass sich weitere rechtsextremistische Personenkreise auch kurzfristig zu gewaltorientierten Aktivitäten gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen, aber auch gegen Asylbefürworter, entschließen. Solche Gefahren werden durch den alarmierenden Tonfall, der sich vor allem in Internetverlautbarungen immer wieder findet, noch verschärft. Eine zentrale Rolle für die Verbreitung rechtsextremistischer menschenverachtender Stereotype und für die Mobilisierung zu asylbezogenen Veranstaltungen spielte im Berichtsjahr vor allem das Internet. Insbesondere mithilfe von sozialen Netzwerken, wie Facebook oder dem Kurznachrichtendienst Twitter, gelang es Rechtsextremisten, ein vergleichsweise breites Publikum für ihre Botschaften zu erreichen und sich scene- und regionenübergreifend zu vernetzen. Die Zahl der Facebook-Seiten mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen nahm im Laufe des Berichtsjahres kontinuierlich zu. Gleichzeitig war im Internet eine wachsende Verbalradikalität zu beobachten. So traten Rechtsextremisten als provokative Stichwortgeber auf, denen mitunter strafbare, zum Teil Gewalt verherrlichende Äußerungen einzelner Internetnutzer folgten. Nur exemplarisch hier folgende Beispiele:

„Verdammt Saubrut! Dieser Saubande würde ich persönlich den Gashahn erklären und dann 'duschen' lassen. Dieses Gefেকে bedarf der 'Endlösung' und es wäre garantiert kein Verlust!“¹⁵

„Die müsste man aufhängen die Schweine“¹⁶

„Kann nicht jemand auf den Tank vom Bus schießen?“¹⁷

Die ausgeprägte Dynamik, die hochgradige Spontaneität und die vermeintliche Anonymität des Internets begünstigen eine solche Entwicklung. Zusätzlich ermöglicht das Internet Rechtsextremisten, auf nichtextremistischen Seiten und in nichtextremistischen Foren durch Hasskommentare die Stimmung gegen Flüchtlinge und Asylbewerber anzuheizen und auf die Radikalisierung nichtextremistischer Bürgerinitiativen hinzuwirken.¹⁸ Außerdem bietet es Rechtsextremisten die Möglichkeit, einander in ihrer Ablehnung und Verachtung von Flüchtlingen und Asylbewerbern aufzuschaukeln und sich in ihrer ideologischen Menschenfeindlichkeit zu bestärken.

Unter Rechtsextremisten kursierten regelrechte Bürgerkriegsszenarien, die von einem Zusammenbruch der herrschenden Ordnung in Deutschland als Folge der aktuellen Zuwanderung ausgingen. In diesem Zusammenhang wurde durch einzelne Protagonisten auch für das Anlegen von Vorräten aber auch das vorsorgliche Beschaffen von Waffen geworben. Basierend auf dieser Grundhaltung ist der Rückgriff auf Verhaltensweisen, die, wie bei der OSS, als terroristisch qualifiziert werden können, nicht gänzlich unwahrscheinlich.

Die Gewalt gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen erreichte im Jahr 2015 ein immer größeres Ausmaß. Sachbeschädigungs- und Körperverletzungsdelikte in Verbindung mit asylfeindlichem rechtsextremistischem Gedankengut ließen sich immer häufiger feststellen.

¹⁵ Facebook-Seite „Dresden-Klotzsche sagt nein zum Heim“ (Stand: 25. März 2015)

¹⁶ Facebook-Seite "Sachsen wehrt sich" (Stand: 29. April 2015)

¹⁷ Facebook-Gruppe "Freital wehrt sich-Nein zum Hotelheim" (Stand: 22. Juni 2015)

¹⁸ Vgl. den Beitrag „Wege rechtsextremistischer Agitation“

Dabei legten die Täter ein teilweise deutliches Zeugnis ihrer eigenen politischen Haltung und ihres Zerstörungswillens ab. So kamen bei Angriffen auf Asylbewerberheime nicht nur Schreckschusswaffen, sondern auch abgefeuerte Stahlkugeln, ausgeklügelte Brandsätze und vergleichbare Tatmittel zum Einsatz.

Im Jahr 2015 registrierten die Behörden insgesamt 784 rechtsextremistische Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund, darunter Propagandadelikte und Sachbeschädigungen, aber auch Körperverletzungen und Brandstiftungen. Damit verdreifachten sich die fremdenfeindlichen Straftaten im Vergleich zum Vorjahr (2014: 235 Straftaten). Die Straftaten verteilten sich über den gesamten Freistaat Sachsen und belegten die auch unterhalb terroristischer Bestrebungen existierende Gewaltbereitschaft gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen.

Bei aller grundsätzlichen Gewaltbereitschaft lag der Schwerpunkt jedoch in der – meist verbalradikalen – Äußerung von asylfeindlichen Positionen.

Das Verhältnis von Rechtsextremisten zu asylkritischem Protest am Beispiel der „GIDA-Bewegung“

Rechtsextremisten suchten im Berichtsjahr Anschluss an nichtextremistische Gruppierungen und Initiativen und stellten sich äußerlich als seriöse Aktionspartner dar. So wollten sie Anschluss an bürgerliche Kreise gewinnen und auf diesem Weg ihre extremistischen Haltungen auch in nichtextremistische Kreise der Gesellschaft tragen. Ihr Ziel war es, durch ausländerfeindliche Propaganda einen asylfeindlichen Konsens in der Gesellschaft mehrheitsfähig zu machen. Dieser angestrebte „Konsens“ müsste dann auch – so das rechtsextremistische Kalkül – die Bereitschaft mit einschließen, gewaltsam gegen Asylbewerber vorzugehen. Um die dafür nötige Anschlussfähigkeit zu erreichen, war die Szene zeitweilig bereit, eigene Positionen taktisch motiviert hintanzustellen. Dies lässt sich exemplarisch an der sich wandelnden Positionierung gegenüber den verschiedenen GIDA-Bewegungen darstellen:

Das Verhältnis der rechtsextremistischen Szene zu den GIDA-Strukturen im Freistaat Sachsen war im gesamten Berichtszeitraum sehr dynamisch. Schon 2014 war es kontinuierlicher Veränderung unterworfen und bewegte sich von anfänglicher Missachtung hin zur konstanten Teilnahme an den GIDA-Veranstaltungen. Insbesondere die Ereignisse bei den GIDA-Bewegungen selbst führten dazu, dass die rechtsextremistische Szene ihr Verhältnis zu den GIDA-Bewegungen immer wieder neu bestimmte.

Zu Beginn des Jahres 2015 äußerte sich zunächst der damalige NPD-Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI in einem Artikel in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ grundsätzlich. So sei es richtig, „daß Montag für Montag auch viele Nationaldemokraten an den Demonstrationen teilnehmen. Eine ‘Unterwanderung’ oder gar Übernahme von PEGIDA durch die NPD wird dagegen nicht angestrebt, was nicht heißt, daß man nicht auch eigene Positionen in der Vor- und Nachbetrachtung sowie in vielen persönlichen Gesprächen mit Demonstranten deutlich macht. Das Erfolgsgeheimnis von Pegida ist gerade die strikte Überparteilichkeit. Dabei sollte es auch bleiben.“¹⁹

Ähnlich äußerte sich der JN-Bundesvorstand Anfang 2015: „Es heißt nun als deutsche Jugendbewegung diesen noch kleinen Aufstand zu unterstützen. Es muss nun egal sein, ob die Akteure nun „Rechte“ oder „Linke“ sind. Dort, auf den Demonstrationen in Dresden und anderswo in Deutschland, muss die Devise lauten: „Wir sind nicht rechts! Wir sind nicht links! Wir sind Deutsche und wollen es auch bleiben!“ Und weiter: „Die deutsche nationalistische Bewegung kann nun nur mitlaufen, unterstützen und darauf warten, dass sich beim Bürger ein Lerneffekt einstellt...“²⁰

¹⁹ Holger Szymanski: NPD und PEGIDA. Unterstützen, unterwandern - oder was?, Dt. Stimme 02/15, S. 11 (Schreibweise wie im Original)

²⁰ „Ungewohnte Klarheit: Merkel diffamiert Bürgerprotest der PEGIDA – eine Kriegserklärung“, Beitrag der JN vom 2. Januar 2015, veröffentlicht auf <http://alt.jn-buvo.de>

Sozialwissenschaftlichen Studien zufolge ist der NPD die Werbung für sich und ihre Auffassungen unter den Demonstrationsteilnehmern von PEGIDA nur in geringem Ausmaß gelungen. So erreichte die Partei bei den Veranstaltungsteilnehmern von PEGIDA einen Zustimmungswert von stets unter zehn Prozent.²¹

Das sich stets wandelnde Verhältnis von sächsischen Rechtsextremisten zu PEGIDA und deren Ablegern ließ sich auch im Internet beobachten. So wurden erst seit Ende November 2014 überhaupt relevante, offen zur Unterstützung von GIDA-Veranstaltungen aufrufende Mobilisierungspostings auf szenerelevanten Facebook-Seiten festgestellt. Diese nahmen dann stetig zu und erreichten im Januar und Februar 2015 die höchsten Werte. Danach war ein kontinuierlicher Rückgang feststellbar. Dies dürfte einerseits mit der zunehmenden Selbstverständlichkeit der Teilnahme an den Veranstaltungen der GIDA-Bewegung innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu tun haben. Andererseits drückt sich darin jedoch auch ein sich schon im Frühjahr 2015 wandelndes Verhältnis der rechtsextremistischen Szene zur GIDA-Bewegung aus.

So entstand mit dem Ausfall der GIDA-Veranstaltungen am 19. Januar 2015 ein Vakuum, das durch die NPD und ihr nahe stehende Personen sofort für erste Versuche genutzt wurde, mit eigenen Veranstaltungen das Thema Anti-Asyl wieder selbst zu besetzen. In diesem Zusammenhang kam es an diesem Tag zu Ersatzveranstaltungen durch oder unter Beteiligung von Rechtsextremisten in Zittau, Löbau, Sebnitz und Pirna. Somit zeichnete sich bereits zu diesem Zeitpunkt ab, dass die rechtsextremistische Szene nicht auf Dauer gewillt sein würde, im Schatten von PEGIDA zu stehen.

Zunächst nutzte die NPD die Spaltung der PEGIDA-Bewegung noch zu demonstrativen Solidaritätsbekundungen an die „originale“ PEGIDA-Führung.²² Die hier abermals versuchte Anlehnung an PEGIDA und seine Ableger war jedoch nicht von langer Dauer.

Den Anfang bildete Ende März 2015 der Leipziger GIDA-Ableger LEGIDA. Die LEGIDA-Veranstaltungen wurden bis dahin vor allem von regionalen Gliederungen der NPD, der JN und auch vom sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte unterstützt. Letzterer allerdings war mit dem Verlauf der vorhergehenden LEGIDA-Veranstaltungen nach eigenem Bekunden sehr unzufrieden. Insbesondere die ideologische Ausrichtung bei LEGIDA lief dem sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte zuwider. So hieß es in einem Kommentar²³: „Ein großes Problem der verschiedenen Gidas ist, daß man zwar einige Probleme richtig erkannt hat, es sich aber bei diesen Problemen nur um Nebenkriegsschauplätze handelt.“ Dazu zählten die Autoren auch die Tatsache, dass „der Hauptfeind alle[r] freien Völker“ nicht in Moscheen zu finden sei, sondern „andere Gebetshäuser“ bevorzuge. Gerade letzteres zeigte bereits eine deutliche antisemitische Ausrichtung des sächsischen Landesverbandes der Partei Die Rechte.

Ähnliche Verwerfungen wurden auch im Hinblick auf PEGIDA Chemnitz-Erzgebirge offenbar. Hier lieferte sich der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge Stefan HARTUNG Mitte Mai 2015 ein regelrechtes Wortgefecht mit den Organisatoren der Chemnitzer GIDA-Veranstaltungen.²⁴ Dabei warf er ihnen vor allem vor, dass sie nicht mit ihm zusammen arbeiten wollten. Dass der Einfluss von Rechtsextremisten auf den Chemnitzer GIDA-Ableger dennoch nicht ohne Wirkung blieb, zeigte sich in der zum Jahreswechsel 2015/2016 vollzogenen Spaltung in einen nichtextremistischen und einen vereinzelt auch mit Rechtsextremisten zusammenarbeitenden Ableger „Heimat und Tradition Chemnitz-Erzgebirge“.

In Dresden entwickelte sich das Verhältnis hingegen auch unter den Rechtsextremisten sehr uneinheitlich. Für den sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte war insbesondere

²¹ Technische Universität Dresden: Drei Monate nach dem großen Knall: Was wurde aus PEGIDA?, Pressemeldung vom 21. Mai 2015, www.tu-dresden.de.

²² Facebook-Profil NPD Sachsen (Stand: 29. Januar 2015)

²³ Facebook-Profil Die Rechte – Sachsen (Stand: 31. März 2015), Schreibweise wie im Original

²⁴ Facebook-Profil PEGIDA Chemnitz-Erzgebirge (Stand: 12. und 13. Mai 2015)

die PEGIDA-Veranstaltung am 13. April 2015 das Ende der ausschließlich strategischen Unterstützung. Hier kam es zu deutlichen antisemitischen Ausfällen und Distanzierungen von PEGIDA.²⁵

Vertreter der NPD waren zwar auf der Veranstaltung von PEGIDA anwesend.²⁶ Allerdings ließ sich kurz darauf beobachten, dass das Verhältnis eher distanziert war. Zwar erklärte die NPD am 20. April 2015, zur Bürgermeisterwahl in Dresden am 7. Juni 2015 auf einen eigenen Kandidaten zugunsten der von PEGIDA aufgestellten Kandidatin verzichten zu wollen.²⁷ PEGIDA reagierte auf diese Unterstützung mit heftigen Abwehrreaktionen. Die NPD publizierte daraufhin am 28. Mai 2015 einen Beitrag von „DS-TV“²⁸ des Deutsche Stimme-Verlages.²⁹ Darin wurde zwar noch einmal die Unterstützung zur Bürgermeisterwahl hervorgehoben, „gleichzeitig melden die Nationaldemokraten in einigen Punkten aber auch Kritik an der Bewegung an“. Die Punkte, mit denen die NPD nach diesem Beitrag nicht übereinstimmt, sind die Veranstaltung mit Geert Wilders³⁰ am 13. April 2015, die Forderung nach dezentraler Unterbringung von Asylbewerbern und die Forderung nach sexueller Selbstbestimmung. Alle drei Punkte zeigen in erkennbarer Deutlichkeit erneut den extremistischen Kern der NPD, der sich gegen die Unterstützung Israels durch Geert Wilders, gegen die Aufnahme von Asylbewerbern und gegen die Gleichheit der Geschlechter richtet.

Wie ein Abgesang wirkte da noch die vom sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte geteilte Äußerung des Münchener Rechtsextremisten und NPD-Mitgliedes Karl RICHTER³¹:

Das war´s dann.

Gestatten Sie, Frau Festerling: verarschen kann ich mich – ebenso wie ungezählte Tausende, die PEGIDA bislang für eine deutsche Widerstandsbewegung hielten – auch selber. Wenn Sie sich als Teil des „konservativ-bürgerlichen Lagers“ sehen, das Deutschland durch seine jahrzehntelange Feigheit genau dorthin gebracht hat, wo es heute steht, dann ist das Ihr Privatvergnügen. Sie hätten dann aber genauso gut bei der CDU oder ihrer Light-Version, der AfD, bleiben und uns allen die PEGIDA-Mogelpackung ersparen können.

Mit Verlaub: ICH bin kein Teil des „konservativ-bürgerlichen Lagers“, sondern möchte, daß sich in unserem Land grundsätzlich etwas ändert. Deutschland muß seine staatliche Souveränität zurückerlangen, und die die Besatzer müssen aus dem Land – nur dann wird Deutschland in der Lage sein, endlich Politik im eigenen Interesse zu betreiben, bis hin zu einer konsequenten Asyl- und Abschiebepolitik. So lange wir besetztes US-Protectorat sind, ist das nicht möglich, und alles Lamentieren darüber bleibt ein harmloses Ablenkungsmanöver.

Seither ist es zwar bei der regelmäßigen Teilnahme von Rechtsextremisten an GIDA-Veranstaltungen geblieben, aber eine erfolgreiche Einflussnahme von Rechtsextremisten auf GIDA-Veranstaltungen konnte nicht festgestellt werden. Spätestens mit Ende des Sommers 2015 konnten alle rechtsextremistischen Einflussnahmeversuche auf GIDA-Bewegungen als gescheitert betrachtet werden.

Danach beschränkten sich Rechtsextremisten auf die Teilnahme an GIDA-Veranstaltungen und versuchten, diese in ihrem Sinne zu nutzen, indem sie sich den anderen Veranstaltungsteilnehmern darstellten und für ihre Positionen warben. Dies führte jedoch nicht zu wahr-

²⁵ Vgl. hierzu auch die Meldung auf der Webseite des LfV Sachsen „Offener Antisemitismus bei der Partei DIE RECHTE“ (Stand: 7. Mai 2015), www.verfassungsschutz.sachsen.de

²⁶ Facebook-Profil der NPD Sachsen (Stand: 14. April 2015)

²⁷ Dem patriotischen Protest in Dresden eine Stimme geben!, npd-sachsen.de (Stand: 20. April 2015)

²⁸ Bei „DS-TV“ handelt es sich um eine vom Deutsche Stimme-Verlag herausgegebene regelmäßige Nachrichtensendung zu aktuellen Themen. Die Beiträge bestehen aus kurzen Filmen, die im Internet veröffentlicht werden.

²⁹ DS-TV 10-15: NPD empfiehlt PEGIDA, youtube.com

³⁰ Bei Geert Wilders handelt es sich um einen rechtsgerichteten niederländischen Politiker und Vorsitzenden der „Partij voor de Vrijheid“ (PVV).

³¹ Zu Karl RICHTER vgl. Verfassungsschutzbericht des Freistaates Bayern 2014, S. 91 (Pressefassung). Der Post wurde vom sächsischen Landesverband der Partei Die Rechte („Die Rechte – Sachsen“) auf Facebook am 9. Juni 2015 um 19:22 Uhr geteilt.

nehmbaren Rekrutierungs- oder Propagandaerfolgen, die über die Selbstdarstellung auf Facebook-Seiten hinausgingen. Ein Beispiel hierfür ist die Teilnahme der Freien Kameradschaft Dresden bzw. der Freien Aktivisten Dresden an den GIDA-Veranstaltungen in Dresden:

Dies führte in der zweiten Jahreshälfte zu einer anderen Entwicklung: Es kam zu einer deutlicher werdenden Herausbildung radikalerer Kreise aus dem Umfeld der GIDA-Bewegungen in eigene, rechtsextremistische oder mit rechtsextremistischen Gruppierungen kooperierende Organisationen.

Als Beispiel kann hier der Widerstand Hoyerswerda genannt werden. Er entstand aus der ehemaligen HOYGIDA-Bewegung. Nach anfänglich hohen Teilnehmerzahlen im Januar 2015 verlor HOYGIDA zunehmend an Mobilisierungskraft und büßte diese bis Sommer 2015 gänzlich ein. Schon bei den HOYGIDA-Veranstaltungen wurden immer wieder einzelne Rechtsextremisten als Teilnehmer und als Redner festgestellt. Eine Veranstaltung am 29. August 2015 sowie eine auch von Gewaltstraftaten begleitete Spontandemonstration am 18. September 2015 in Bischofswerda (Landkreis Bautzen) bestätigten den Abschluss der Entwicklung von HOYGIDA zu dem von den Nationalen Sozialisten Hoyerswerda (NS-HOY) bestimmten Widerstand Hoyerswerda.

Zusammenfassung

Rechtsextremisten versuchten, asylkritische Proteste und Diskussionen für ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung zu instrumentalisieren. Sie praktizierten dies durch die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen mit Asylbezug, wie auch mit der Durchführung eigener Veranstaltungen. Insbesondere die „Wortergreifung“ auf nichtextremistischen Veranstaltungen wird durch die zahlreichen teils sehr heftigen Diskussionen über die Asylpolitik erleichtert. Dies ermöglicht es Rechtsextremisten, eigene Positionen darzustellen, ohne ihre rechtsextremistische Gesinnung offenlegen zu müssen.

Asylkritische Veranstaltungen wurden von Rechtsextremisten dazu genutzt, mit nichtextremistischen Teilnehmern in Kontakt zu treten und unter diesen für ihre verfassungsfeindlichen Positionen zu werben. Außerdem nutzte die rechtsextremistische Szene diese Veranstaltungen im Jahr 2015 intensiv, um sich untereinander zu vernetzen. Das regelmäßige gemeinsame Agieren im Rahmen von asylfeindlichen und asylkritischen Veranstaltungen hat außerdem zur Etablierung neuer Kontakte, Kennverhältnisse und Personennetzwerke geführt. Aus diesen regelmäßigen Kontakten heraus bildeten sich mittlerweile neue Gruppenstrukturen. Diese sind stark asylfeindlich eingestellt und verfügen über ein Binnenklima, das geeignet ist, Radikalisierungsprozesse zu befördern und zu beschleunigen. Es waren diese ausgebauten persönlichen Kontakte, die die Aktionsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene erhöhten und die voraussehbar auch Bestand haben dürften, wenn die Asylthematik wieder in den Hintergrund tritt.

Im Rahmen der Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf die laufende Asyldiskussion verschwammen zunehmend die Grenzen zwischen den Szenebereichen. Erlebnisorientierte subkulturell geprägte Rechtsextremisten wurden politisch aktiv. Ehemalige Neonationalsozialisten nutzen die Struktur der Jungen Nationaldemokraten und arbeiteten zusammen mit Teilen der NPD. Trotz aller weiterhin bestehenden wechselseitigen Vorbehalte boten gemeinsam besuchte Veranstaltungen mit Asylbezug den Rahmen, in dem unterschiedlichste rechtsextremistische Szeneakteure gemeinsam auf eine Eskalation laufender Asyldiskussionen hinwirken können.

Auch innerhalb der sonst auf ein „Saubermannimage“ bedachten NPD verschwammen die Grenzen. Trotz aller Distanzierungen ist seit dem Sommer 2015 deutlich geworden, dass es auch in der NPD Kräfte gab, die sich eine weitere Eskalation von asylbezogenen Veranstaltungen wünschen. Teilweise agierten so einzelne NPD-Kader neben der Partei, um ihre persönlichen, oft radikaleren Politikvorstellungen umzusetzen. Die NPD selbst tolerierte dies und versuchte, mit einer Vielzahl an asylfeindlichen Veranstaltungen ihrerseits eine eigene Vorreiterrolle in der Asyldiskussion durchzusetzen. Auch gewaltbereite Teilnehmer aus der rechtsextremistischen Szene wurden von der NPD geduldet. Eine glaubhafte Abgrenzung durch die NPD fand nicht statt. Die JN glorifizierten sogar gewaltsame Ausschreitungen.

Infolge einer zunehmenden Emotionalisierung suchten gewaltbereite Rechtsextremisten im Umfeld asylbezogener Veranstaltungen verstärkt die Auseinandersetzung mit Polizeikräften und dem politischen Gegner. Hier hat gegenüber den Verhältnissen im Vorjahr eine Verschärfung des Vorgehens von Teilen der rechtsextremistischen Szene hin zu einer höheren Gewaltbereitschaft insbesondere gegenüber der Polizei stattgefunden.

Lokale Verantwortliche müssen daher bei öffentlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen damit rechnen, dass externe gewaltbereite Rechtsextremisten anreisen. Diese suchen eine Gelegenheit für Ausschreitungen und Gewalttaten im Schutz von größeren Menschenansammlungen.

Die aktuellen asylbezogenen Diskussionen und Auseinandersetzungen wurden von Rechtsextremisten zudem als Ausdruck einer ausländerfeindlichen Haltung der Mehrheit der Bevölkerung gedeutet. Dieses Interpretationsschema bot Rechtsextremisten mit zunehmender politischer Schärfe der Diskussionen die Möglichkeit, sich als „Speerspitze“ eines „wahren Volkswillens“ zu sehen. Sie leiteten daraus für sich eine Rechtfertigung von Gewalt gegen Asylbewerber, Polizeibeamte, politische Gegner und öffentliche Amtsträger ab. Dies ist die Logik, die Rechtsextremisten immer wieder auf asylbezogene Einwohnerversammlungen und asylkritische Veranstaltungen zu tragen versuchen.

Ausblick

Die hier beschriebenen Entwicklungslinien werden sich fortsetzen und vor allem in Abhängigkeit der Entwicklung der Asylthematik auch weiter verschärfen können. Unabhängig davon werden die innerhalb der rechtsextremistischen Szene neu entstandenen Gruppierungen ihre Politisierungs- und Radikalisierungsprozesse fortsetzen. Auch unterhalb des Niveaus verfestigter rechtsterroristischer Bestrebungen ist daher fortgesetzt mit einer hohen Gewaltbereitschaft gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen zu rechnen.

Asylkritische Veranstaltungen werden von Rechtsextremisten auch weiter ideologisch und organisatorisch instrumentalisiert werden. Zum einen, um sich wechselseitig zu Aktionen zu motivieren und sich weiter zu vernetzen, sowie andererseits als Basis für mögliche Kooperationen mit nichtextremistischen Akteuren.

Hier sind Organisatoren asylkritischer Veranstaltungen in der Verantwortung, klare Grenzen zu Verfassungsfeinden zu ziehen. Insbesondere darf deren Vokabular nicht Teil des asylkritischen Protests werden. Sowohl Intention als auch Rhetorik von PEGIDA boten beispielsweise grundsätzlich ideologische Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten: So offenbarten ressentimentbehaftete Redebeiträge oder Sprechchöre auf PEGIDA-Kundgebungen mitunter nicht nur fremden- und islamfeindliche Tendenzen. Sie zeigten bei einem Teil der Sympathisanten auch eine grundlegende Politikverdrossenheit und ein Misstrauen bis hin zur Feindschaft gegenüber etablierten Parteien und Politikern („Volksverräter“), Journalisten und Medien („Lügenpresse“) sowie gegenüber Flüchtlingen („Rapefugees“). Dementsprechend nahmen regelmäßig Rechtsextremisten an PEGIDA-Veranstaltungen teil.

Daher analysieren die VS-Behörden sorgfältig, ob - und inwieweit - es hinsichtlich PEGIDA Dresden wie auch hinsichtlich der sehr heterogenen und bundesweiten GIDA-Protestbewegung Steuerungs- oder Einflussnahmeversuche durch nationale und internationale Rechtsextremisten gibt.

PEGIDA Dresden stellte im Berichtsjahr kein Beobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen dar, da in der Gesamtschau noch keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung vorlagen.

Die bereits zu beobachtenden Fälle von Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremisten und nichtextremistischen asylkritischen Gruppen und Initiativen stellten in sich auch eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung insgesamt dar. Durch diese Kooperationsmöglichkeiten bekommen Rechtsextremisten die Chance, den demokratischen Konsens gegen Rechtsextremismus in Teilen erodieren zu lassen. Rechtsextremisten würden sich dann wieder als akzeptierten politischen Partner für nichtextremistische Kräfte darstellen und so eine Basis für ihre demokratiefeindlichen Bestrebungen aufbauen.

Aus einzelnen laufenden asylkritischen Veranstaltungsreihen heraus haben sich daher im Jahr 2015 auch radikalere Strukturen gebildet, die die Grenze zum Rechtsextremismus überschritten haben. Positiv ist, dass sich darin das bisherige Scheitern von Rechtsextremisten zeigt, asylkritischen Protest flächendeckend in asylfeindliche Aktivitäten umzuwandeln. Bisher führten politische Radikalisierungsprozesse vor allem zur Aufspaltung von asylkritischen Organisatorengruppen. Dies spricht dafür, dass die Abgrenzung zwischen bürgerlichem und offen extremistischem asylbezogenen Protest nach wie vor überwiegend besteht. Diese Abgrenzung ist eine permanente Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft.

1.3 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1964
Sitz:	Berlin
Mitglieder 2015 in Sachsen:	ca. 600
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 610
Mitglieder 2014 bundesweit:	ca. 5.200
Vorsitz Bund:	FRANZ, Frank
Vorsitz Freistaat Sachsen:	SZYMANSKI, Holger (bis 3. Juli 2015) BAUR, Jens (kommissarisch ab 4. Juli 2015)
Teil-, Nebenorganisationen:	Junge Nationaldemokraten (JN), Ring Nationaler Frauen (RNF), Kommunalpolitische Vereinigung (KPV)
Publikation:	Deutsche Stimme
Kennzeichen:	

Historie und Strukturen

Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen Deutschen Reichspartei hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) wurde 1969 gegründet.

Nachdem Mitglieder der NPD aus den alten Bundesländern im Jahr 1989 erste Kontakte in die damalige DDR geknüpft und bei Leipziger Montagsdemonstrationen Flugblätter verteilt hatten, gründeten Anhänger am 24. März 1990 in der Messestadt einen Vorläufer der sächsischen NPD unter der Bezeichnung Mitteldeutsche Nationaldemokraten (MND). Am 2. September 1990 gründeten die Mitglieder der MND den sächsischen Landesverband der NPD. In Erfurt (Thüringen) fand am 7. Oktober 1990 ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Strukturen mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

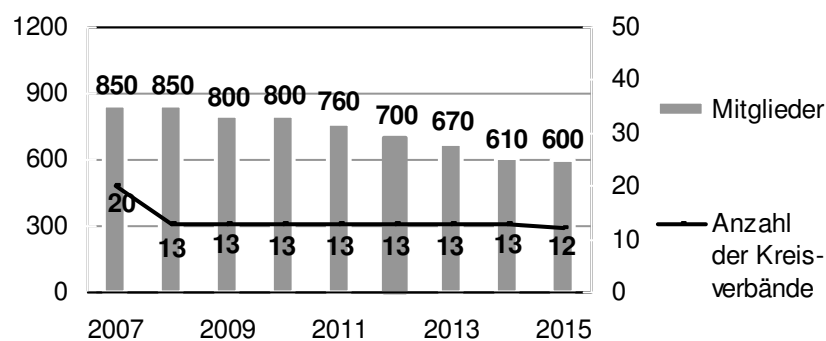
Strukturentwicklung und Mitgliederzahlen der NPD im Freistaat Sachsen unterlagen seit der Gründung erheblichen Schwankungen. Hatte die NPD anfangs noch über 400 Mitglieder, die in rund 16 Kreisverbänden (bei damals noch über 40 Landkreisen) organisiert waren, sank die Mitgliederzahl bis 1994 auf unter 100 Personen. Erst nach einer im Jahr 1995 erfolgten organisatorischen Straffung auf sieben Kreisverbände und durch intensive Werbung im Rahmen von sogenannten „Freundeskreisveranstaltungen“ stieg die Anzahl der Mitglieder wieder an. Hierzu trug auch eine strategische Orientierung auf öffentliche Aktivitäten, wie beispielsweise Großdemonstrationen, bei. Den Zenit dieser Entwicklung überschritt der sächsische NPD-Landesverband im Jahr 1998 mit ca. 1.400 Mitgliedern und 20 Kreisverbänden. Trotz der Gründung zweier weiterer Kreisverbände im Jahr 1999 sank die Mitgliederzahl stark auf schließlich ca. 1.000 Personen. Der Rückgang war u. a. auf zwei Faktoren zurückzuführen. Aus wahltaktischen Gründen hatte die NPD auf öffentliche Aktivitäten ver-

zichtet, um potenzielle Wähler nicht mit dem martialischen Erscheinungsbild von Demonstrationsteilnehmern zu verprellen. Intern hatten in der NPD zudem Diskussionen über einen politischen Kurswechsel zum Sozialismus eingesetzt. Die Partei hatte Ideologeelemente des Sozialismus und der Volksgemeinschaft zu einer These verbunden, die sie als "volksbezogenen deutschen Sozialismus" beschrieben hatte.

Erst nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 erholte sich der Mitgliederbestand wieder etwas. Die Mitgliederzahl stagnierte jedoch danach und sank in den letzten Jahren kontinuierlich. Nach dem verpassten Einzug in den Sächsischen Landtag im Jahr 2014 und Austritten im Rahmen einer hiermit verbundenen Parteikrise verfügte die NPD in Sachsen Ende 2014 nur noch über 610 Mitglieder. Das gesteigerte Engagement der sächsischen NPD im Zusammenhang mit Protesten gegen die Asylpolitik im Jahr 2015 führte nicht wie gehofft zu einer Trendwende. Infolgedessen sank die Mitgliederzahl des sächsischen Landesverbandes im Jahr 2015 weiter. Der Partei gehörten etwa 600 Personen an.

Seit dem Jahr 2008 verfügte die NPD – nach einer Reduzierung der Anzahl der Kreisverbände entsprechend der damaligen Kreisgebietsreform – über 13 Kreisverbände. Der andauernde Mitgliederschwund führte im Jahr 2015 erstmals zu einer strukturellen Änderung. Der Kreisverband Leipzig schloss sich mit dem Kreisverband Landkreis Leipzig zu einer Struktur zusammen. Die NPD verfügt somit im Jahr 2015 über 12 Kreisverbände und vereinzelte Ortsgruppen.

Mitgliederzahl und Anzahl der Kreisverbände der NPD im Freistaat Sachsen



NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen



Einzelne Mitglieder der NPD sind im Freistaat Sachsen darüber hinaus in der NPD-Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen (RNF) sowie in der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) organisiert. Der RNF war im Freistaat Sachsen im Berichtsjahr 2015 eine weitgehend inaktive Struktur ohne politische Bedeutung. Die Internetseite des Landesverbandes ist nicht mehr erreichbar und der letzte Eintrag im Facebook-Auftritt dieser Struktur stammt aus dem Monat Mai 2013.

Die KPV ist eine bundesweit agierende Organisation mit der Aufgabe, kommunale Mandatsträger der NPD zu schulen.

Die Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH mit Sitz in Riesa (Landkreis Meißen) hat nach finanziellen Problemen in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung verloren. Im Jahr 2015 übergaben die Betreiber des Verlages den Warenversand an einen NPD-Funktionär in Thüringen. Auch der Buchversand wurde ausgelagert. Übrig blieb letztendlich die Herausgabe des NPD-Organs „Deutsche Stimme“.

In einem Brief an alle Mitglieder des Landesverbandes über die Zukunft des Objektes führte der Landesvorstand aus, dass nach der Auslagerung des Versandes die Halle nun leer stehe. Ein kleiner Teil werde von einem neuen Medienprojekt mit der Bezeichnung „DS-TV“³² genutzt. Nachdem ein Antrag des Landesvorstandes auf die Erhebung eines Sonderbeitrages zur Erhaltung des Standortes auf dem letzten Landesparteitag im März 2015 scheiterte, bat der Vorstand die Mitglieder in dem oben genannten Schreiben um eine freiwillige Abgabe. Ansonsten müsse das Objekt verkauft werden.

Offenbar versuchen die Betreiber die Finanzierung des Objektes mit Veranstaltungen abzusichern. Während eines „Sommerfestes“ am 22. August 2015 weihten die Rechtsextremisten einen Teil des Gebäudetraktes als „Haus Wieland“ ein, welcher als Veranstaltungssaal mit

³² Unter dem Label „DS-TV“ produziert die NPD seit Frühjahr 2015 regelmäßig Reportagen und Propagandavideos und stellt diese im Internet ein. Dazu richteten die Rechtsextremisten im Verlagsgebäude ein Aufnahmestudio ein.

Schlafplätzen als „nationales Begegnungszentrum“ für Seminare, Schulungen und andere Veranstaltungen genutzt werden soll.

Aktivitäten des NPD-nahen Vereins Bildungswerk für Heimat und Nationale Identität e. V. waren im Jahr 2015 nicht feststellbar. Die Homepage des Vereins ist nicht mehr erreichbar.

Ideologie / Politische Zielsetzung

Die NPD strebt die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. An ihrer Stelle will die Partei einen autoritär geführten Staat etablieren, in dem sich der Einzelne der Gemeinschaft unterzuordnen hat. Er soll seine individuelle Freiheit in diesem Staat nur so weit ausleben können, wie sie der völkischen Gemeinschaft Nutzen bringt. In einer solchen Gesellschaft kommt eine Person nur dann in den Genuss des Schutzes der Gemeinschaft, wenn sie durch ihre Abstammung qualifiziert ist, Bestandteil der Gemeinschaft zu sein. Im Gegensatz zum Grundgesetz, welches die Würde des Menschen als oberstes und unveräußerliches Prinzip schützt und das für alle Menschen gültig ist, spricht die NPD die Menschenwürde nur den Mitgliedern einer „Volksgemeinschaft“ zu. Alle Menschen, welche nach Ansicht der Rechtsextremisten nicht Bestandteil dieser „Volksgemeinschaft“ sind, werden als Bedrohung der „deutschen Volkssubstanz“ angesehen, solange sie sich in Deutschland aufhalten. Die NPD will ihnen Grundrechte verweigern und weist ihnen in ihrer Programmatik einen niedrigeren Rechtsstatus zu. Diese Positionen weisen Parallelen zum historischen Nationalsozialismus auf. Die Partei versuchte zwar, sich der Bevölkerung als harmloser „Kümmerer und Schutzmacht“ zu präsentieren, indem sie z. B. am Rande von Informationsständen kostenlos Lebensmittel verteilte. Allerdings offenbarte die Argumentation der Partei bei asylbezogenen Protesten den zutiefst rassistisch geprägten Hintergrund der NPD-Ideologie.

Schaffung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft

Die NPD strebt die Schaffung einer nach „immerwirkenden Naturgesetzen“ bestimmten „neuen Ordnung“ in Form einer „Volksgemeinschaft“ an.

„Die NPD bekennt sich zur Volksgemeinschaft und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Volksgemeinschaft ist die Voraussetzung für die Solidargemeinschaft und damit für den sozialen Staat, der auch im Grundgesetz gefordert wird. Das nationale Selbstbestimmungsrecht wiederum ist die Voraussetzung für einen demokratischen Staat.“³³

Diese Volksgemeinschaft sieht die Partei als „Schutz- und Solidargemeinschaft“. Nur in ihr gebe es Sicherheit, Teilhabe und Zusammengehörigkeit:

„Entscheidend ist die glaubwürdige Positionierung der NPD als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘. Dieser potentiell nationalrevolutionären Mehrheit im Volk muß klar werden, dass die Volksgemeinschaft in der Globalisierungsära die einzig denkbare Schutz- und Solidargemeinschaft ist; nur sie verbürgt durch emotional unterfütterte Zusammengehörigkeitsgefühle soziale Teilhabe und Sicherheit.“³⁴

Die rassistisch definierte Volksgemeinschaft ist das Kernelement der Weltanschauung der NPD. Aus ihr leitet sich ein völkisches Menschenbild in Gestalt des Vorrangs der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum ab. Nur wenn ein Mensch nach diesem Verständnis Bestandteil der „Volksgemeinschaft“ ist, wird ihm seine Freiheit garantiert. Dies allerdings nur insoweit, als er der Gemeinschaft nützt.

³³ Holger APFEL am 11. Juli 2008, Sächsischer Landtag, Plenarprotokoll 4/115, S. 9453

³⁴ Jürgen GANSEL, „Weckruf an die ‚kleinen Leute‘ im Volk“, www.npd-sachsen.de (Stand: 3. Februar 2011)

„Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit; diese endet dort, wo die Gemeinschaft Schaden nimmt.“³⁵

„An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zugunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten.“³⁶

Hier zeigt sich eine Parallele zum Programm der NSDAP, wonach gemäß Punkt 10 die „Tätigkeit des einzelnen [...] nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen (darf), sondern (...) im Rahmen des Gesamten zum Nutzen aller erfolgen (müsse).“³⁷

Die NPD verwendet den Begriff „Volksgemeinschaft“ im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie. Die historischen Nationalsozialisten definierten sie als „die auf blutmäßiger Verbundenheit, auf gemeinsamem Schicksal und auf gemeinsamem politischem Glauben beruhende Lebensgemeinschaft eines Volkes, der Klassen- und Standesgegensätze wesensfremd sind“. Die NPD versteht diese Volksgemeinschaft als eine annähernd „ethnisch homogene“ Gruppe von Menschen, die aufgrund „gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur, Schicksal, etc.“³⁸ entstehe.

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. (...) Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. (...) Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie mutieren durch die Verleihung eines Passes ja nicht zu Deutschen.“³⁹

Diese Ausführungen in den Argumentationshilfen zeigen sehr eindrücklich, dass die NPD den Begriff der Volksgemeinschaft im Sinne der rassistischen und ausgrenzenden nationalsozialistischen Ideologie interpretiert. Deutlich ist ein Bezug auf das Programm der NSDAP zu erkennen, wo es im Punkt 4 hieß: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ...“

Rassistische fremdenfeindliche Ideologie

Nach Vorstellung der NPD bestimmt sich der Wert eines Menschen nach der Zugehörigkeit zu einer Ethnie bzw. Rasse. Hieraus resultieren eine rassistisch gefärbte Fremdenfeindlichkeit und der übersteigerte Nationalismus der Partei. Die Rechtsextremisten grenzen die in ihren Augen „Nicht-Deutschen“ nicht nur aus, sondern sie diffamieren sie als minderwertige „Sozialschmarotzer“ und stellen sich selbst als Elite dar.

„Die Grundlagen unserer ethnischen Exklusivität, unseres geistig-kulturellen Erbes, aber auch unserer wissenschaftlich-technischen und damit wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind in Gefahr (...) Die Leistungsgesellschaft braucht Leistungsträger. Leistungsträger finden sich aber vermehrt in den zentraleuropäischen Völkern, nicht bei den afrikanischen Hottentotten. Begabungen und Intelligenz sind nun einmal ungleich verteilt – und das deutsche Volk ist eines der begabtesten Völker in der Welt. Für unsere Begabungen haben wir uns auch nicht zu schämen! Im Gegenteil! Deshalb darf es keine Zuwanderung von Dummen und Primitiven in unser Land geben (...).“⁴⁰

³⁵ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 6

³⁶ Wahlprogramm der NPD zur Bundestagswahl 2002, S. 77

³⁷ Programm der NSDAP vom 13. April 1920, Schreibweise wie im Original

³⁸ www.npd-sachsen.de, Beitrag „National-revolutionäre Gesundheitspolitik“ (Stand: 11. September 2003)

³⁹ Broschüre WORTGEWANDT, Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, S. 18 f.

⁴⁰ www.npd-fraktion-sachsen.de (Stand: 8. Mai 2012)

„So geht deutsche Intelligenz zunehmend ins Ausland, während ausländische Dummheit mit sozialschmarotzerischen Neigungen ungebremst ins Land kommt. Die deutsche Volkssubstanz wird neben der Auswanderung guter Köpfe durch den andauernden Geburtenboykott der vielen beruflich ‚Gestrandeten‘ geschwächt.“⁴¹

Der Fremde – und in den Augen der NPD Nicht-Deutsche – wird pauschal als kriminell, dumm und angetrieben von einer „schmarotzerischen“ Neigung dargestellt. Seine Aufnahme in die „Volksgemeinschaft“ würde den Bestand der „deutschen Volkssubstanz“ gefährden. Die im Jahr 2015 einsetzende verstärkte Zuwanderung von Asylbewerbern deutet die NPD als Durchführung eines Planes zur Vernichtung des Deutschen Volkes. Der NPD-Funktionär Arne SCHIMMER bezeichnete diesen Vorgang in einer Rede als „*schleichenden Staatsstreich*“. Durch den „*massenhaften Asylmißbrauch*“ habe sich „*ein Schlupfloch für illegale Zuwanderung größten Ausmaßes geöffnet*“. So werde „*am Ende die Zusammensetzung des Staatsvolks geändert (...), ohne daß die Deutschen in einer Volksabstimmung vorher darüber befragt worden seien.*“⁴²

Islamfeindlichkeit als Türöffner für Fremdenfeindlichkeit

Bereits im Jahr 2010 gab es strategische Überlegungen der NPD, wonach die sogenannte „Moslemfrage“ propagandistisch als Türöffner für die Vermittlung ihrer ausländerfeindlichen Positionen genutzt werden sollte:

„Die nationale Opposition ist also wahltaktisch gut beraten, die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen (ohne sie freilich darauf zu beschränken) und die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört. Die populäre Moslemkritik kann so zum Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition werden.“⁴³

Seit einigen Jahren – infolge der verstärkten Entwicklung des islamistischen Terrors in der Welt – baut deshalb die NPD bewusst das Feindbild Islam auf, um ihre fremdenfeindlichen Argumentationen in das sicherheitsempfindliche Bewusstsein der Bevölkerung zu tragen und Ängste zu schüren. Dabei setzt die NPD Muslime und Islamisten gleich, wenn sie behauptet, dass die Islamisten das wahre Gesicht des Islams zeigten. Dabei wird ihnen sogar die Rolle von Krankheitserregern zugeschrieben:

„Islamisten sind dabei nicht etwa nur als besonders extreme Vertreter ihres Glaubens anzusehen, sondern sie verkörpern den Islam vielmehr in seiner unverfälschten Form, mit der die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Muslime gänzlich oder zumindest in weiten Teilen konform geht.“⁴⁴

„Für die sächsische NPD steht außer Frage, daß Zuwanderungskritik heutzutage immer auch Islamisierungskritik sein muß, ist doch gerade die Zuwanderung aus islamischen Ländern besonders konfliktbeladen. Muslime stellen nicht nur quantitativ die Hauptgruppe der Überfremder dar, sondern sie sind aufgrund ihres – mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft unvereinbaren – religiösen und kulturellen Hintergrundes auch die mit Abstand problematischsten. (...)

Wegen der rasant steigenden Verausländerung im allgemeinen und der massiven Ausbreitung islamistischer Strukturen im besonderen ist Leipzig für die Sachsen-NPD ein Schauplatz, an dem sich zeigen wird, wie intakt noch das ethnisch-kulturelle Immunsystem der Sachsen gegen die Landnahme aus dem Morgenland ist.“⁴⁵

⁴¹ www.npd-sachsen.de, Artikel „Der Globalisierungstod des Bürgertums“ (Stand: 2. Januar 2007)

⁴² npd-sachsen.de (Stand: 17. August 2015), Schreibweise wie im Original

⁴³ www.kompakt-nachrichten.de (Stand: 14. Oktober 2010)

⁴⁴ Ebenda

⁴⁵ www.npd-sachsen.de (Stand: 12. August 2013), Schreibweise wie im Original

Menschenwürde und Ausschluss von Grundrechten

Den zentralen Aussagen des Grundgesetzes zu Menschenwürde und Gleichheitsrechten setzt die Partei mit ihrem Verlangen nach „Reinhaltung der Rasse“ zum Schutze der „deutschen Volkssubstanz“ rassistisch geprägte Forderungen entgegen, die wiederum eine Anlehnung an die Zeit des Nationalsozialismus erkennen lassen.

Zwar bekennt sich die Partei in ihrem Parteiprogramm formal zur Menschenwürde und zur Gleichheit vor dem Gesetz, allerdings konterkariert sie diese Aussage mit Forderungen zur unterschiedlichen Behandlung von Deutschen und Nichtdeutschen, indem sie die Wahrung der Menschenwürde nur auf die eigene Ethnie beschränkt:

„Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft.“⁴⁶

„... das ‚Begrüßungsgeld‘ für Neugeborene, das ‚Müttergehalt‘ und das von der NPD geforderte Familiendarlehen haben ausschließlich deutsche Familien zu fördern.“⁴⁷

„Der Staat hat jedem Deutschen zu ermöglichen, durch Arbeit seinen und den Lebensunterhalt seiner Familie aus eigener Kraft bestreiten zu können.“⁴⁸

„Eigentum an deutschem Grund und Boden kann nur von Deutschen erworben werden.“⁴⁹

„Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern und einer gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen.“⁵⁰

Diese Forderungen verdeutlichen, dass die NPD Menschen, welche nicht in ihrem Sinne Bestandteil der rassistisch definierten Volksgemeinschaft sind, systematisch einen niedrigeren Rechtsstatus zuordnet und ihnen Grundrechte verweigern will.

Der sächsische NPD-Funktionär Jürgen KÖTZING (Vorsitzender des Kreisverbandes Bautzen) ging sogar soweit, eine Deportation der Asylsuchenden, wie zur NS-Zeit zu fordern. Im August 2015 wurde er von der „Frankfurter Zeitung“ befragt, wie mit straffälligen Asylbewerbern umzugehen sei. Darauf antwortete KÖTZING: „*Nee, Gleis 17, Waggon 1, rein und ab.*“ Diese Aussage von KÖTZING ist eine Anspielung auf das Gleis 17 im Bahnhof Berlin-Grunewald, welches die Deportation Berliner Juden ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau symbolisiert. In demselben Beitrag sprach KÖTZING von einer „Umvolkung“ und führte aus:

*„Ich sage jetzt bewusst: Die **deutsche Rasse** soll durch solche Dinge aufgemischt werden.“⁵¹*

Wer nach der Definition der NPD nicht Bestandteil der Volksgemeinschaft ist, wird als „krank machender Fremdkörper“ betrachtet. Diese Menschen will die NPD ausgrenzen, benachteiligen und ausschließen. Sie sind in den Augen der Rechtsextremisten minderwertig und sollen Deutschland verlassen. Vor diesem ideologischen Hintergrund sind besonders die ausländischer- und islamfeindlichen Kampagnen der NPD zu sehen.

⁴⁶ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 6

⁴⁷ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 7

⁴⁸ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 8

⁴⁹ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 9

⁵⁰ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 11

⁵¹ www.sz-online.de/nachrichten/ (Stand: 21. August 2015)

Streben nach Abschaffung der parlamentarischen Demokratie

Die NPD positioniert sich offen als Alternative zur parlamentarischen Demokratie. Sie will den Staat weder reformieren, noch an seiner Gestaltung im Rahmen des parlamentarischen Prozesses mitwirken. Die gegenwärtige demokratische Gesellschaft soll vielmehr abgeschafft werden. Deshalb greift die Partei den Staat in diffamierender Art und Weise an und bringt so ihren Willen zur Überwindung des Systems zum Ausdruck.

„Die NPD stellt die Systemfrage, sie will den sozialen, demokratischen und nationalen Volksstaat schaffen und stellt dieses Ideal der etablierten ‚Demokratie-Karikatur‘ namens BRD entgegen.“⁵²

„In der Tat wollen wir das liberalkapitalistische System der BRD überwinden und die Fehler dieser repräsentativen Demokratie beseitigen (...).“⁵³

Der maßgebliche Parteiideologe Jürgen GANSEL verdeutlichte in einem Artikel, dass die Partei kein Interesse an der Mitgestaltung des demokratischen Willensbildungsprozesses hat, sondern daran arbeiten will, eine den „Parteienpluralismus erstickende Gegenmacht“ aufzubauen:

„Das alles ist systemimmanenter Volksbetrug! Hier hilft kein bloßer Politikerwechsel, weil durch den Austausch eines Volksbetrügers durch einen anderen nichts gewonnen ist, sondern nur ein radikaler, also an die Wurzel des Übels gehender Politikwechsel. (...) So wie das System von unten nach oben fault, muss die NPD von unten nach oben politische Gegenmacht aufbauen. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen haben wir uns als Stachel im Fleisch der Volksbetrüger und als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘ unseres Volkes festzusetzen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch.“⁵⁴

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Protestveranstaltungen gegen die Asylpolitik im Jahr 2015 sah der sächsische NPD-Funktionär Peter SCHREIBER den Anfang einer Revolution:

„Es war eine geradezu vor-revolutionäre Stimmung. Friedlich, aber entschlossen. Gewaltfrei, aber konsequent. (...) Unsere deutschen Landsleute sind, wenigstens hier in unseren Breiten, endlich soweit (...) Der Widerstandswille ist erwacht – und er wird nicht wieder so schnell schwinden. Es ist soweit: Die nationale Wende kann beginnen.“⁵⁵

Absage an das Mehrparteienprinzip – Parlamentarismus ist nur Mittel zum Zweck

Anstelle der repräsentativen Demokratie strebt die Partei einen Staat mit plebiszitärem Präsidialsystem an, in dem es kein demokratisches Mehrparteiensystem mehr geben soll:

„Demokratie heißt Volksherrschaft, während Liberalismus die Herrschaft von Parteien und Interessengruppen meint, deren Bühne und Exekutionsorgan volksabgehobene Parlamente sind. Im Liberalismus reißen sich Parteien und Interessengruppen den Staat unter den Nagel und machen ihn zum Schacher- und Kompromißobjekt. (...) Wir wollen das gemeinwohlschädigende Parteienregime eindämmen und ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation schaffen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien. (...) Demokratisch sind wir nicht nur deshalb, weil wir eine wahre Volksherrschaft an die Stelle der liberalistischen Parteien- und Interessengruppen-Herrschaft setzen wollen, sondern auch, weil wir entschie-

⁵² Broschüre „Heimat bewahren. Freiheit erkämpfen“, S. 15

⁵³ Der damalige NPD-Parteivorsitzende VOIGT in der Deutschen Stimme, April 2011, S. 16

⁵⁴ Artikel „Die Systemkrise beginnt im kommunalen Unterbau“, Internetseite der NPD (Stand: 24. Februar 2010)

⁵⁵ www.npd-riesa-großhain.de (Stand: 2. Oktober 2015)

den für eine deutsche Volksherrschaft anstelle einer multikulturellen Bevölkerungsherrschaft eintreten.⁵⁶

Der so angestrebte Staat trägt autoritäre Züge und steht im Kontrast zum pluralistischen Weltbild des Grundgesetzes. Auch im Parteiprogramm verdeutlichte die NPD ihre ablehnende Haltung zum Mehrparteiensystem:

„Zentrale Eckpunkte einer politischen Neuordnung sind: die Festschreibung einklagbarer sozialer Grundrechte und der Grundpflichten, die Direktwahl des mit mehr Machtbefugnissen ausgestatteten Präsidenten der Deutschen durch das Volk und die Stärkung der Gesetzgebung durch Volksentscheide auf allen Ebenen. Dadurch wird die gemeinwohlschädigende Dominanz der Parteien zurückgedrängt und das Volk in seinen Rechten gestärkt.“⁵⁷

Die Beteiligung am parlamentarischen Willensbildungsprozess ist für die Partei nur Mittel zum Zweck. Die NPD beteiligte sich nicht an parlamentarischer Arbeit, um zur Ausgestaltung der Demokratie beizutragen, sondern um sich finanzielle und informationelle Ressourcen zu erschließen und für ihre Zwecke auszunutzen. Der ehemalige Bundesvorsitzende Holger APFEL führte aus:

„Ein Parlament ist Mittel zum Zweck, nicht mehr und nicht weniger. (...) Und so nutzen wir die Landtagsbühne als Politikwerkstatt, als Plattform zur Entwicklung politischer Visionen; um uns mit Herrschaftswissen und geistigem Rüstzeug im Kampf gegen die Feinde unseres Landes auszustatten. Und natürlich um unsere Gegner mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und ihnen jeden Tag aufs Neue die Maske vom Gesicht zu reißen.“⁵⁸

Historischer Nationalsozialismus als Ideal der NPD

Die NPD empfahl ihren Funktionsträgern zwar, „sich mit dem Hinweis auf Gegenwartsaufgaben“ nicht auf die Themenkomplexe Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus „festnageln“ zu lassen. Jedoch zeigen die beschriebenen Parallelen zwischen der NPD und der NSDAP-Programmatik sowie die positive Bezugnahme auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945, dass sich die Partei am „Dritten Reich“ orientiert.

„Nur weil es etwas schon im Dritten Reich gab, muß es nicht automatisch schlecht sein. Wir sind keine Partei, die etwas nur deshalb ablehnt, weil es das auch schon zwischen 1933 und 1945 gegeben hat, z. B. echt fortschrittliche Gesetze auf dem Gebiet der Sozial- und Familienpolitik, des Tier- und des Naturschutzes (...). Die Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist doch nicht falsch, nur weil sie von Nationalsozialisten erhoben wurde.“⁵⁹

Die erwähnte „Forderung“ ist im Programm der NSDAP zu finden. Offensichtlich hat diese Partei für die NPD nicht nur in Bezug auf ihre Ideologie, sondern auch in strategisch-taktischen Fragen eine Vorbildfunktion. Dies untermauerte der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende Karl RICHTER in einem Thesenpapier zur künftigen Positionierung der NPD:

„Im Gegensatz zu uns war die NSDAP in Stil, Auftreten und Methoden eine ultramoderne Massenpartei, die es damit konkurrenzlos erfolgreich in die Mitte des Volkes schaffte. Dort müssen wir auch hin!“⁶⁰

⁵⁶ Broschüre WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, S. 51

⁵⁷ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 8

⁵⁸ www.npd-sachsen.de (Stand: 6. März 2009)

⁵⁹ WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, S. 53

⁶⁰ Thesenpapier „Raus aus dem Vergangenheitsghetto – Gegenwart gestalten“ von Karl RICHTER, Juni 2011

Nach dem Vorbild des historischen Nationalsozialismus strebt die NPD die Wiederherstellung des deutschen Reiches als „Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“⁶¹ an.

„Die Hauptaufgabe der deutschen Nationaldemokratie besteht deshalb in der Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches.“⁶²

Das von der NPD angestrebte „Reich“ orientiert sich deutlich am „Dritten Reich“. Die Partei versucht dabei, Geschehnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus zu verharmlosen bzw. zu rechtfertigen. So leugnet sie die Schuld der Nationalsozialisten am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Der Angriff auf Polen habe „auf jeden Fall der Abwehr einer deutlich angezeigten militärischen Bedrohung gegen das Reich“⁶³ gedient.

Hinsichtlich des millionenfachen Massenmordes an den europäischen Juden spricht die NPD in ihrem Zentralorgan verharmlosend von „Fehlentwicklungen“ im „Dritten Reich“⁶⁴.

Auch im Sprachgebrauch der NPD ist eine Anlehnung an die Zeit des Nationalsozialismus zu finden. Die NPD in Mittelsachsen führte zum Beispiel im Jahr 2014 sogenannte „Tage der Volksgemeinschaft“ durch und erläuterte dazu:

„Wie schon im letzten Monat sammelten Aktivisten Geld zur Unterstützung der AWO und der Volksgenossen. (...) Die Not ist in der ganzen Welt groß, aber auch in unserem Volk und als Nationalisten, die den sozialistischen Weg der Volksgemeinschaft gehen, ist jetzt erst unser Volk dran.“⁶⁵

Aktivitäten

Die sächsische NPD bot im Berichtsjahr kein homogenes Bild. Ein Teil der NPD-Strukturen zeigte im Berichtsjahr kaum Aktivitäten. Nach Mitgliederaustritten in den Landkreisen Görlitz und in Bautzen waren beide NPD-Strukturen überwiegend nicht in der Lage, politische Aktivitäten zu entfalten. Auch der Kreisverband Chemnitz war weitgehend inaktiv. Schwach ausgeprägt war das Parteileben in den Regionen Nordsachsen, Zwickau und auch im Vogtland. Selbst der bei zurückliegenden Wahlkampfzeiten sehr agile Kreisverband Leipzig verlor im Berichtsjahr an Bedeutung. Die Unzufriedenheit der Mitglieder über das Scheitern der NPD-Fraktion bei der Sächsischen Landtagswahl 2014 und die ausbleibenden personellen Konsequenzen an der Führungsspitze führten zu Frustration und Parteiaustritten. Hinzu kamen im Berichtsjahr noch personelle Schwierigkeiten in der Führungsspitze, nachdem der Landesvorsitzende SZYMANSKI hatte zurücktreten müssen.

Die wesentlichen Aktivitäten gingen vom Landesverband sowie von einzelnen Kreisverbänden wie in der Sächsischen Schweiz, Dresden, Meißen sowie im Erzgebirge aus. Wenige NPD-Strukturen organisierten im Berichtsjahr eine Vielzahl von Veranstaltungen. Insgesamt 105 der 146 bekannt gewordenen öffentlichen Aktivitäten von Rechtsextremisten in Sachsen, wie Demonstrationen, Kundgebungen oder Informationsstände, wurden im Berichtsjahr durch die NPD und ihre Jugendorganisation organisiert bzw. organisatorisch unterstützt. Davon hatten 76 einen zentralen asylfeindlichen Bezug.

Damit war die Partei in Sachsen trotz der oben beschriebenen Inhomogenität die aktivste Kraft innerhalb der rechtsextremistischen Szene und auch die maßgebliche Triebkraft bei der rechtsextremistischen Anti-Asyl-Agitation.

In anderen Landesteilen stellte sich die Situation der Partei anders dar: Ein Teil der sächsischen NPD-Strukturen zeigte im Berichtsjahr kaum Aktivitäten.

⁶¹ www.npd.de, Meldung über den „Präsidiumsbeschuß zur V-Mann-Hysterie - Jetzt erst recht!“ (Stand: 17. Juli 2002)

⁶² Europawahlprogramm der NPD 2003, S. 6

⁶³ Deutsche Stimme, Artikel „Imperialistischer Raubzug oder nationaler Notwehrakt?“, August 2003, S. 20

⁶⁴ Deutsche Stimme, Artikel „Die BRD feiert die Niederlage Deutschlands“ von Jürgen GANSEL, Juli 2004, S. 4

⁶⁵ www.facebook.com/pages/NPD-Mittelsachsen (Stand: 21. März 2014)

Mit dem Ende der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag 2014 verlor die Partei ihre wichtigste politische Bühne. Sie sah sich danach zusätzlich mit der Tatsache konfrontiert, dass andere Protestinitiativen zunehmend ein politisches Feld besetzten, welches ursprünglich die NPD für sich exklusiv beansprucht hatte: der Protest gegen die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Besonders die Veranstaltungen der GIDA-Bewegung erreichten Dimensionen, die von NPD-Funktionären nie erzielt wurden. Um nicht gänzlich aus dem Fokus der öffentlichen Wahrnehmung zu geraten, nahmen Parteimitglieder immer wieder an asylkritischen Demonstrationen und Kundgebungen teil und initiierten eigenen Protest auf der Straße. Dabei verfolgte die Partei regional unterschiedliche Strategien. Das Spektrum reichte von der Organisation von offen erkennbaren NPD-Veranstaltungen bis hin zu verschleierte Pseudo-Bürgerinitiativen. Auffallend war, dass die Partei oft bemüht war, einen offenen Parteibezug zu vermeiden, um bürgerliches Teilnehmerpotenzial nicht zu verschrecken.

Die Partei war im Berichtsjahr bestrebt, die in der Bevölkerung vorhandenen Ängste im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen weiter zu schüren, um den daraus entstandenen Protest für sich zu nutzen und zu verschärfen. Intensiv bediente sie sich dabei Sozialer Medien, wie z. B. Facebook. Sie initiierte dort – oft ohne unter dem Parteinamen in Erscheinung zu treten – Diskussionsgruppen und befeuerte diese mit fremdenfeindlicher Agitation. Über diese Medien mobilisierten Rechtsextremisten zu Demonstrationen und Kundgebungen. Regional suchte die Partei Kontakte zu Organisatoren anderer Protestinitiativen und versuchte diese zu vereinen.

Die Demonstrationen der Partei zogen auch gewaltbereite Rechtsextremisten an. Diese nutzten die Gelegenheit, um auf der von der NPD bereiteten politischen Bühne ein Zeichen zu setzen. Auch wenn sich die Partei von den Gewaltausschreitungen distanzierte und immer wieder betonte, dass diese zeitlich erst nach den NPD-Veranstaltungen stattfanden, so muss sie sich doch die Tatsache zurechnen lassen, dass ihr Agieren für die Ausschreitungen den Rahmen und den Boden bereitet hatte.

Landesparteitag der NPD in Altenberg

Am 28. März 2015 versammelten sich Delegierte des sächsischen NPD-Landesverbandes, um turnusmäßig einen neuen Landesvorstand zu wählen. Sowohl NPD-Mitglieder, als auch aus der Partei ausgetretene Kritiker der amtierenden Parteiführung maßen der Veranstaltung im Vorfeld eine große Bedeutung bei. Erwartet wurden Konsequenzen der Delegierten und der verantwortlichen Funktionäre aus dem Scheitern bei der Landtagswahl in Sachsen sowie eine daraus resultierende Kurskorrektur. Das Ergebnis dürfte für Kritiker ernüchternd gewesen sein: Wesentliche Änderungen an der Führungsspitze gab es nicht.

Mit ca. 80 Prozent bestätigten die Delegierten den Landesvorsitzenden Holger SZYMANSKI in seinem Amt.

Die Anzahl seiner Stellvertreter reduzierte sich auf zwei Personen. Mario LÖFFLER schied aus dem Vorstand aus und wurde von Arne SCHIMMER ersetzt. Jens BAUR bestätigten die Delegierten im Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Der ehemalige dritte stellvertretende Vorsitzende Maik SCHEFFLER wurde nicht ersetzt. Er war 2014 von seinem Amt zurückgetreten, weil die Partei keine Konsequenzen aus dem Scheitern bei der Landtagswahl gezogen hatte.

Rücktritt des Parteivorsitzenden Holger SZYMANSKI

Die Zusammensetzung des erst Ende März 2015 neu gewählten sächsische NPD-Landesvorstandes hatte allerdings nur bis Anfang Juli 2015 Bestand. Der zwischenzeitlich zum Bundesgeschäftsführer aufgestiegene Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI trat am 3. Juli 2015 „aus persönlichen Gründen“ überraschend von seinen Ämtern zurück. Einer Pressemeldung zufolge seien es Gründe aus seinem Privatleben gewesen, welche im Zu-

sammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen mehrere Personen der JN und der NPD bekannt geworden seien. Kurze Zeit später verkündete die sächsische NPD, dass auf einer turnusmäßigen Vorstandssitzung der hauptamtliche Landesgeschäftsführer Jens BAUR (Dresden) den Landesvorsitz kommissarisch übernommen habe. „Streitigkeiten und Turbulenzen nach dem vorläufigen Ausscheiden aus dem Sächsischen Landtag mit einem denkbar knappen Ergebnis im August letzten Jahres“ seien im Rahmen der Sitzung „geklärt und beigelegt“ worden. Der Landesverband präsentierte sich somit angeblich als „gut geordnet und kampagnenfähig.“⁶⁶

Verhältnis der NPD zu PEGIDA und zu asylkritischen Initiativen

Anfang des Jahres hielt sich der Bundesvorsitzende Frank FRANZ in Dresden auf und steckte auf einer Vortragsveranstaltung die Wegstrecke der NPD für das Jahr unter dem Slogan „Wir dürfen der Lügenpresse nicht die Deutungshoheit überlassen“ ab. Er empfahl den Mitgliedern *„verstärkt in der Öffentlichkeit Gesicht zu zeigen, sich an den Protesten von Pegida und Legida zu beteiligen, aber auch regelmäßig eigene Aktionen wie Infostände, Kundgebungen und Informationsveranstaltungen durchzuführen.“*⁶⁷

Für die Rechtsextremisten stellte sich somit die Frage, welche Rolle sie in diesem Gefüge der entstehenden Protestbewegungen einnehmen sollten.

Der damalige Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI beschrieb im Februar das weitere taktische Vorgehen der Partei:

*„Richtig ist die Unterstützung des Grundanliegens, also der Kritik an der Islamisierung, die PEGIDA ja schon im Namen trägt, aber vor allem an der seit Jahrzehnten falschen Ausländer- und Asylpolitik in diesem Land. Pegida hat erfreulich schnell klargestellt, daß es ihr nicht nur um das Thema Islamisierung geht, das letztendlich nur ein Teilaspekt der Überfremdungspolitik ist. (...) Richtig ist daran, daß Montag für Montag auch viele Nationaldemokraten an den Demonstrationen teilnehmen. Eine »Unterwanderung« oder gar Übernahme von PEGIDA durch die NPD wird dagegen nicht angestrebt, was nicht heißt, daß man nicht auch eigene Positionen in der Vor- und Nachbetrachtung sowie in vielen persönlichen Gesprächen mit Demonstranten deutlich macht. Das Erfolgsgeheimnis von Pegida ist gerade die strikte Überparteilichkeit. Dabei sollte es auch bleiben. (...) Die Vereinnahmung durch eine Partei würde mittelfristig zu einer Schwächung der Bewegung führen, was nicht das Ziel sein kann. Wichtig für den Ausbau von PEGIDA zu einer noch bereiteren Volksbewegung in ganz Deutschland ist seitens der NPD weiterhin die aktive Teilnahme und das steti- ge Bemühen um ein kritischkonstruktives Verhältnis.“*⁶⁸

In seinen weiteren Ausführungen beschrieb SZYMANSKI das Verhältnis zu regionalen kleinen Bürgerinitiativen und bestätigte mit seinen Aussagen die enge Zusammenarbeit und logistische Unterstützung dieser Gruppierungen durch die NPD:

*„Was für PEGIDA gilt, trifft mehr oder weniger auch für viele andere lokale Initiativen gegen die Überfremdung unserer Heimat zu. **Hier gilt es taktisch klug vorzugehen** und sich an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Während sich die Spitzen von PEGIDA noch nicht trauen, Kontakt mit der NPD zu pflegen, sieht das andernorts schon ganz anders aus. Der Verfasser hat z.B. vor einigen Monaten an einer Bürgerdemonstration in einer Gemeinde in der Nähe von Dresden teilgenommen, bei der die **als Redner auftretenden Vertreter der NPD** großen Beifall erhielten, und zwar sowohl für die **logistische Unterstützung** der bisher unerfahrenen Bürgerinitiative als auch für die inhaltlichen Aussagen in ihren Ansprachen. Immer wieder erleben wir das Phänomen, daß die Bürger Positionen vertreten, die*

⁶⁶ npd-sachsen.de (Stand: 6. Juli 2015)

⁶⁷ npd-sachsen.de (Stand: 30. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

⁶⁸ www.facebook.com/npd.zwickau (Stand: 23. Januar 2015)

mit denen der NPD übereinstimmen, diese Menschen aber bisher gar keine Kenntnis davon haben, was die eigentlich vertritt. **Durch die aktive Teilnahme und Unterstützung können hier Berührungspunkte abgebaut** und von der »Lügenpresse« fabrizierten Klischees entgegengewirkt werden. Dazu bedarf es selbstverständlich eines **seriösen Auftretens**, aber auch einer allgemeinverständlichen Sprache **ohne »Szenebegriffe«**, die die breite Masse nicht versteht.⁶⁹

SZYMANSKI beschrieb hier das subtile und unterstützende Vorgehen der NPD, wie es im Berichtsjahr in verschiedenen Landkreisen mehr oder weniger stark ausgeprägt praktiziert wurde. Im Einklang mit diesen strategischen Vorgaben formulierten die Delegierten des NPD-Landesparteitages am 29. März 2015 die Aufgaben und das Ziel der NPD in Sachsen:

*„Mit 100 Gemeinde-, Stadtrats- und Kreistagsmandaten könne die NPD durch lokale Parlamentsarbeit, **massive Präsenz in den sozialen Medien** und **eigene Kundgebungen – unterstützt durch lokale Initiativen – genügend Druck aufbauen**, um ihre Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. (...) Auch seit dem Landtags-Aus habe die sächsische NPD mit **zahlreichen Kundgebungen an der Seite besorgter Bürger Flagge gezeigt** und sich damit im Gegensatz zur Scheinalternative „AfD“ als wirkliche Oppositionskraft von rechts gezeigt. Die sächsische NPD werde aber auch in Zukunft keine Ein-Themen-Partei sein, sondern neben der Überfremdungs- und Islamisierungskritik weiterhin die Ablehnung des Euros und der Zahlmeisterrolle Deutschlands sowie den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten und Familienfeindlichkeit in den Mittelpunkt rücken. Klares und auch realistisches Ziel sei der Wiedereinzug der NPD in den Sächsischen Landtag 2019.“⁷⁰*

Die NPD und ihre Proteste gegen die Asylpolitik

Im **Raum Sächsische Schweiz** nutzte die NPD sehr intensiv die oben beschriebene Strategie. Die NPD organisierte seit Ende 2014 / Anfang 2015 in mehreren Städten des Landkreises Demonstrationen gegen Asylbewerberunterkünfte.

Dabei trat die Partei selbst in Erscheinung oder sie agierte als „Initiative Nein zum Heim Sächsische Schweiz und Osterzgebirge“. Der NPD-Funktionär Arne SCHIMMER berichtete am 27. März 2015 über eine von der „NPD-nahen Initiative ‚Nein zum Heim‘“ veranstaltete Demonstration in Pirna:

„Deutschland ist mittlerweile der Staat auf der Welt, der die meisten Asylbewerber aufnimmt. Dies hat massive Auswirkungen auch auf den Freistaat Sachsen. Egal ob in Meißen, in Häslich im Landkreis Bautzen oder in Dresden-Löbtau: Es vergeht kaum ein Tag, an dem auch in Sachsen nicht ein neues Asylbewerberheim eröffnet wird. Deshalb setzt auch die NPD-nahe Initiative „Nein zum Heim“ ihre Bürgerproteste gegen Asylmißbrauch schwerpunktmäßig im Gebiet Sächsische Schweiz – Osterzgebirge fort.“⁷¹

Neben NPD-Funktionären des Kreisverbandes nahm besonders der mittlerweile aus der NPD ausgetretene damalige Heidenauer NPD-Stadtrat Rico RENTZSCH eine Schlüsselposition bei der Organisation von Protestveranstaltungen gegen Asylbewerberunterkünfte ein. RENTZSCH wurde in einer Meldung über die Gründung der NPD-Ortsgruppe Heidenau als „einer der führenden Aktivisten der asylmißbrauchskritischen und überparteilichen Initiative ‚Nein zum Heim‘“ bezeichnet, welche „in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen gegen Asylmißbrauch auf dem Gebiet des Landkreises Osterzgebirge – Sächsische Schweiz durchgeführt hat.“⁷²

⁶⁹ www.facebook.com/npd.zwickau (Stand: 23. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

⁷⁰ npd-sachsen.de (Stand: 29. März 2015), Schreibweise wie im Original

⁷¹ www.npd-sachsen.de (Stand: 27. März 2015), Schreibweise wie im Original

⁷² www.npd-sachsen.de (Stand: 10. April 2015), Schreibweise wie im Original

Als im Monat August 2015 bekannt wurde, dass in Heidenau in einem ehemaligen Baumarkt Asylbewerber untergebracht werden sollten, organisierte RENTZSCH mehrere Aufzüge. Am 21. August 2015 fand eine Demonstration in Heidenau statt, an welcher sich rund 1.100 Personen beteiligten. Im Anschluss an die Versammlung kam es zu Ausschreitungen. (siehe dazu auch Kapitel „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“)

In der Region Sebnitz/Neustadt engagierte sich die NPD maßgeblich in einer sogenannten Bürgerinitiative „Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz“ (DASS). Parteimitglieder traten im Berichtsjahr als Organisatoren und Redner bei Kundgebungen in Sebnitz und in Neustadt auf.

Auch in **Dresden** mobilisierten die Rechtsextremisten gegen die Unterbringung von Asylbewerbern. Als die Stadt im Juli auf einem Gelände Zelte aufbaute, um Asylbewerber unterzubringen, mobilisierte die Partei sofort zu einer Kundgebung am 24. Juli 2015 direkt am Standort. Rund 200 Menschen, darunter auch eine gewaltbereite Gruppe, folgten dem Aufruf. Im Anschluss an die Veranstaltung kam es auch hier zu gewaltsamen Ausschreitungen von Teilnehmern der Veranstaltung.

Der Dresdner Stadtrat Hartmut KRIEN organisierte – ohne einen Parteibezug erkennen zu lassen – im Herbst in Dresden Kundgebungen gegen Asylbewerberunterkünfte und mobilisierte dazu über Facebook. Am 9. September 2015 meldete er zum Beispiel für eine sogenannte Initiative „Nein zum Heim – Leuben“ eine Kundgebung an. Parallel zur Versammlungsanmeldung wurde eine Facebook-Seite mit der gleichen Bezeichnung eingerichtet.

Ebenso beteiligte sich die NPD im Landkreis Meißen aktiv am Protestgeschehen gegen die Asylpolitik. Insgesamt sieben Demonstrationen bzw. Kundgebungen organisierten die Rechtsextremisten in Meißen, Riesa, Strehla, Großenhain und Gröditz. Die größte Demonstration fand am 29. September 2015 in Großenhain mit rund 550 Teilnehmern statt. Darüber hinaus waren NPD-Mitglieder an Protestdemonstrationen beteiligt, welche von einer asylnkritischen Meißener Organisation veranstaltet worden waren.

Im **Erzgebirgskreis** führte der NPD-Kreisvorsitzende Stefan HARTUNG im Berichtsjahr seine Demonstrationsserie fort und erzielte dabei Teilnehmerzahlen, welche über das übliche Mobilisierungsniveau der Rechtsextremisten hinausgingen. Bereits im Winter 2013/2014 organisierte HARTUNG in Schneeberg asylnfeindliche sogenannte „Lichtelläufe“ mit bis zu 1.800 Personen.

Die seinerzeit sehr hohen Teilnehmerzahlen sind dadurch erklärbar, dass die NPD ihre Urhebererschaft zunächst verschleierte. Seit Herbst 2015 zeigen die wieder auf selbem Niveau einsetzenden Demonstrationen, dass die nunmehr kaum verschleierte NPD-Urhebererschaft auch nachhaltige Mobilisierung außerhalb des rechtsextremistischen Milieus ermöglicht.

Unter der Bezeichnung „Freigeist“ mobilisierte der NPD-Funktionär im Erzgebirge zu Demonstrationen am 10. Oktober 2015 in Schneeberg (850 Teilnehmer), am 24. Oktober 2015 in Aue (400 Teilnehmer), am 7. November 2015 in Schwarzenberg (1.500 Teilnehmer) sowie am 21. November 2015 in Schneeberg (400 Teilnehmer).

HARTUNG versuchte, in der Region Erzgebirge verschiedene Protestgruppen zu vereinen, um eine noch größere Wirkung zu erzielen. In Stollberg fand am 27. November 2015 ein – hier nicht von HARTUNG angemeldeter – „Sternmarsch“ statt. Drei Aufzüge vereinigten sich zur Abschlusskundgebung auf dem Markt in Stollberg mit ca. 3.000 Personen. Die NPD stellte einen der Aufzüge. Ihre Teilnahme stieß bei den Organisatoren des „Sternmarsches“ nicht auf Ablehnung.

Ähnlich wie der Kreisverband im Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge agiert der NPD-Landesverband auch im Vogtland. Die Partei erfand hier eine eigene „Initiative“ und organisierte unter deren Namen asylnfeindliche Proteste.

Diese Initiative „Plauen wehrt sich“ führte am 18. September 2015 eine Kundgebung durch, auf welcher der Greizer NPD-Stadtrat David KÖCKERT, der sächsische NPD-Landesvorsitzende Jens BAUR sowie der NPD-Funktionär Arne SCHIMMER auftraten.

In Facebook mobilisierte im Vorfeld eine Gruppe mit der Bezeichnung „Plauen wehrt sich“ für diese Veranstaltung und verwandte dabei den gleichen Text wie die NPD.

An der vom kommissarischen NPD-Landesvorsitzenden Jens BAUR angemeldeten Veranstaltung beteiligten sich in Plauen rund 400 Personen. In einer Internetmeldung berichtete die NPD nach dem Ereignis:

„Mehr als 500 Bürger gingen gleich bei der ersten Veranstaltung von „Plauen wehrt sich“ auf die Straße und lauschten Reden des NPD-Landesvorsitzenden Jens BAUR, des vogtländischen NPD-Kreistagsabgeordneten Arne Schimmer, des Greizer NPD-Stadtrat David KÖCKERT und der Meißner NPD-Kreisrat Jürgen GANSEL. Das war der absolute Wahnsinn heute!“⁷³

Diese Beispiele verdeutlichen, wie die NPD im Freistaat Sachsen versucht, eine asylfeindliche und damit fremdenfeindliche Stimmung zu schüren⁷⁴. Eine Einordnung der Aktivitäten der NPD geschieht im Beitrag „Im Fokus - Das Engagement von Rechtsextremisten in der aktuellen Asyldebatte und seine Folgen“.

Zusammenfassung und Ausblick

Die NPD hat sich im Jahr 2015 trotz vieler Rückschläge zu einem wesentlichen Motor der fremdenfeindlichen Agitation im Freistaat Sachsen entwickelt. Es gelang ihr, mit ihrer subtilen Taktik in verschiedenen Regionen mitunter Zustimmung und Anschluss im regionalen bürgerlichen Lager zu finden.

Bislang zeichnet sich nicht ab, dass sich die gestiegenen Aktivitäten der Partei positiv auf die Struktur der sächsischen NPD auswirken werden. Weder gelang es der Partei, inaktive Gliederungen zu mobilisieren, noch konnte der Abwärtstrend der Mitgliederentwicklung gestoppt werden.

Die Partei verfolgt das Ziel, zur nächsten Landtagswahl wieder in den sächsischen Landtag einzuziehen. Deshalb ist es für sie essenziell wichtig, immer wieder in den Fokus der Medien zu gelangen und potenzielle Wähler zu gewinnen.

Die sächsische NPD wird auch im folgenden Jahr jede Gelegenheit nutzen, um ihre fremdenfeindlichen Positionen in der Öffentlichkeit zu artikulieren, um damit persönlichen Druck auf Amtsträger auszuüben und demokratische Prozesse so zu beeinträchtigen. Es ist zu erwarten, dass sich die von der NPD initiierten, fremdenfeindlich geprägten Kampagnen und Demonstrationsserien fortsetzen werden,

⁷³ www.facebook.com/npd.sachsen (Stand: 21. September 2015)

⁷⁴ Weitere Ausführungen dazu im Beitrag „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen“

1.4 Junge Nationaldemokraten (JN)

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1969
Sitz:	Lübtheen (Mecklenburg-Vorpommern)
Mitglieder 2015 in Sachsen:	ca. 110
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 110
Mitglieder 2014 bundesweit:	ca. 350
Vorsitz Bund: Vorsitz Freistaat Sachsen:	Sebastian RICHTER Paul RZEHACZEK
Publikation:	DER AKTIVIST ⁷⁵
Kennzeichen:	

Historie und Struktur

Die JN, die Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, verstehen sich laut Satzung ihrer Mutterpartei als deren „integraler Bestandteil“. Sie bezeichnen sich selbst als „Kaderorganisation einer nationalistischen Partei“. Die JN gliedern sich in den Bundesverband, Landesverbände und in einigen Bundesländern in regional und lokal agierende sogenannte Stützpunkte. Den Stützpunkten gehören in der Regel fünf bis zwanzig Mitglieder an.

Erste Aktivitäten der JN im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 1995 festgestellt. 1997 gründete sich in Dresden der erste sächsische JN-Stützpunkt. Im darauffolgenden Jahr entstand neben weiteren Stützpunkten in Kamenz und Bischofswerda (jeweils Landkreis Bautzen) erstmals ein sächsischer JN-Landesverband, welcher jedoch bereits 1999 nach Zerwürfnissen mit dem Bundesvorstand wieder aufgelöst wurde. Die anschließenden Versuche, einen neuen Landesverband zu gründen, blieben zunächst erfolglos. Die vereinzelt Stützpunkte in den Regionen Zittau (Landkreis Görlitz) und Sächsische Schweiz waren kaum aktiv.

Ab 2004 waren abermals Bemühungen zu beobachten, JN-Strukturen aufzubauen. Im Mai 2005 wurde in Sachsen erneut ein JN-Landesverband gegründet. In den folgenden Jahren entstanden mehrere Stützpunkte, deren Aktivitäten unterschiedlich stark ausgeprägt waren. Während von einigen über einen längeren Zeitraum hinweg Aktivitäten ausgingen, waren andere Stützpunkte kaum aktiv oder wurden offenbar wieder aufgelöst.

Ende 2012 haben die JN in Sachsen erneut damit begonnen, ihre Strukturen auszubauen. In Dresden, Geithain (Landkreis Leipzig) und Werdau (Landkreis Zwickau) gründeten Rechtsextremisten neue Stützpunkte. In der ersten Jahreshälfte 2013 kamen weitere in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) und in Mittelsachsen hinzu. Der Stützpunkt Mittelsachsen rekrutierte ehemalige Mitglieder der neonationalsozialistischen Gruppierung Nationale Sozialisten Döbeln, welche im Februar 2013 durch den sächsischen Staatsminister des Innern verboten worden war.

⁷⁵ Im Berichtsjahr erschien keine Ausgabe dieser Publikation.

Im Jahr 2014 bildeten sich JN-Strukturen in Ostsachsen und Borna (Landkreis Leipzig). Nachdem die Nationalen Sozialisten Chemnitz (NSC) im März 2014 verboten worden waren, flüchteten auch hier einige ehemalige Mitglieder unter das Dach der JN, um so auch unter den Schutz des Parteienprivilegs⁷⁶ zu fallen. In der Folge war auch eine Annäherung der Freien Kräfte Dresden an JN-Strukturen erkennbar. Mit dem Eintritt des führenden Dresdner Neonationalsozialisten Maik MÜLLER und einiger seiner Anhänger in die JN nahm die Überschneidung von JN mit der neonationalsozialistischen Szene im Freistaat Sachsen weiter zu.

Im Jahr 2015 waren die JN mit 13 Stützpunkten in fast allen sächsischen Landkreisen und in den drei kreisfreien Städten vertreten. Während einzelne dieser Stützpunkte, wie in Dresden oder Borna (Landkreis Leipzig), im Berichtsjahr eine Vielzahl auch öffentlicher Aktivitäten entfalteten, blieb der Stützpunkt Elbland (Landkreis Meißen) völlig inaktiv.

Im Erzgebirgskreis sowie im Vogtlandkreis gibt es nach wie vor keine Stützpunkte der JN. Aufgrund ihrer mehrjährigen engen Verbindung zur rechtsextremistischen Szene in Bayern schlossen sich führende Neonationalsozialisten im Vogtlandkreis bereits 2014 der Partei Der Dritte Weg an.⁷⁷ Ein JN-Stützpunkt Vogtland trat lediglich im ersten Halbjahr 2015 mit einem eigenen Facebook-Profil in Erscheinung, zeigte jedoch darüber hinaus keine eigenen Aktivitäten. Das Profil wurde schließlich auch nach einigen Monaten ersatzlos gelöscht.

Stützpunkte der JN im Freistaat Sachsen



Der Personalwechsel beim sächsischen JN-Landesvorstand im Oktober 2012 führte zu deutlichen Veränderungen im Auftreten der JN. So hatte sie der bis dahin amtierende Landesvorsitzende Tommy NAUMANN noch als elitäre Vereinigung verstanden wissen wollen. Dementsprechend wurden für eine Aufnahme von Neumitgliedern hohe Anforderungen gestellt, was zudem mit einem langwierigen Aufnahmeverfahren verbunden war. Indes wurde mit der Wahl von Paul RZEHACZEK – er stammt aus den Reihen der Neonationalsozialisten – ein Strategiewechsel eingeleitet. Spätestens der Eintritt von Stefan TRAUTMANN in die JN und dessen Wahl zum Stellvertreter RZEHACZEKs im Dezember 2013 ließen erkennen, dass sich die NPD-Jugendorganisation deutlich für neonationalsozialistische Strukturen ge-

⁷⁶ Das Verbot einer Partei unterliegt hohen rechtlichen Hürden

⁷⁷ Siehe Beitrag zur Partei „Der Dritte Weg“

öffnet hatte. Auch TRAUTMANN gehörte dem neonationalsozialistischen Spektrum an. Er war Mitglied der im Februar 2013 vom sächsischen Staatsminister des Innern verbotenen Nationalen Sozialisten Döbeln.

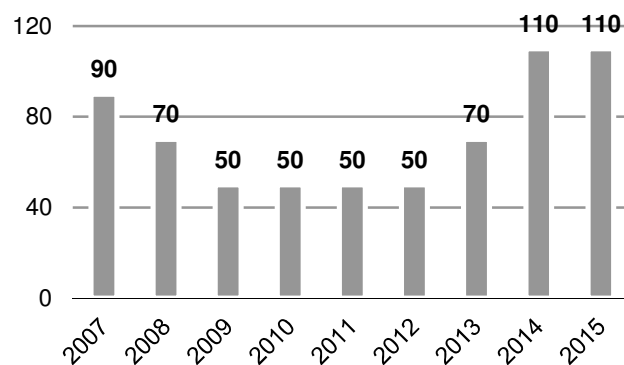
Dieser Kurs setzte sich im Berichtsjahr mit der Wahl von Jan HÄNTZSCHEL in den sächsischen Landesvorstand beim JN-Landeskongress am 21. März 2015 in Chemnitz und der Verlegung der JN-Landesgeschäftsstelle nach Chemnitz fort. HÄNTZSCHEL – auch bekannt als der rechtsextremistische Liedermacher Piattmar – stammt aus dem engen Umfeld des stellvertretenden JN-Landesvorsitzenden Stefan TRAUTMANN.

Die Kontinuität der neonationalsozialistischen Aktivitäten unter der Flagge der JN wird auch durch die nunmehr als Landesgeschäftsstelle genutzten Räumlichkeiten in der Markersdorfer Straße 40 in Chemnitz deutlich. Diese stehen der rechtsextremistischen Szene bereits seit der Eröffnung im November 2011 für Veranstaltungen zur Verfügung. Insbesondere die am 28. März 2014 durch den Sächsischen Staatsminister des Innern verbotenen Nationalen Sozialisten Chemnitz hatten das Objekt für Veranstaltungen und interne Treffen genutzt.

Letztlich konnten die JN durch den Strategiewechsel seit 2013 einen erheblichen Mitgliederzuwachs von über 50 % verbuchen. So steigerte sich ihr Mitgliederpotenzial seit 2013 auf 110 Personen im Jahr 2014.

Im Berichtsjahr waren die JN bestrebt, ihre Stützpunkte weiter aufzubauen, Mitglieder zu gewinnen, zu schulen und durch verschiedenste gemeinsame Aktivitäten an sich zu binden. Dennoch konnten sie ihr Potenzial nicht weiter ausbauen. Auch vom deutlichen Rückgang des Personenpotenzials bei den Neonationalsozialisten konnten die JN nicht profitieren (siehe auch Beitrag „Neonationalsozialisten“).

Mitglieder der JN im Freistaat Sachsen



Ideologie / Politische Zielsetzung

Das Ziel der Jugendorganisation der NPD ist die Errichtung einer „nationalistischen Volksgemeinschaft“. Gemeint ist eine „rassisch“ definierte Gesinnungsgemeinschaft basierend auf dem Gedanken der „Volksgemeinschaft“ des Nationalsozialismus. Die JN bekennen sich zum „deutsch-europäischen Abstammungsprinzip“⁷⁸. Die Zugehörigkeit zu einem Volk ist demnach nicht vom rechtlichen Status der Staatsbürgerschaft, sondern von der ethnisch-biologischen Abstammung abhängig.

Die ungebrochene zentrale Stellung des nationalsozialistischen Konzepts der „Volksgemeinschaft“ spiegelt auch folgender Facebook-Eintrag bei den JN Mittelsachsen wider:

⁷⁸ Aus „Unsere Grundsätze“, Internetseite der JN, www.aktion-widerstand.de/ziele-der-jn (Stand: 10. Juni 2014)

„Ein Volk ist eine organisch gewachsene Gemeinschaft gleichen BLUTES, gleicher GESCHICHTE, mit gleichem LEBENSRAUM/BODEN und gleicher KULTUR.

Sollte eines dieser Merkmale zerstört werden, kann das Volk langfristig nicht mehr bestehen. Momentan versuchen die BRD-Demokraten, unser Volk auf allen vier Ebenen, also alle vier Merkmale, zu zersetzen.

BLUT: Zersetzung durch massenhafte Zuwanderung.

BODEN: Verkauf von Grundstücken an Nicht-Deutsche und der völkerrechtswidrige Gebietsverlust nach den beiden Weltkriegen.

GESCHICHTE: Verfälschung deutscher Geschichte und damit einhergehenden Bűbertum.

KULTUR: Entartung der deutschen Sprache. Amerikanisierung in allen Lebensbereichen.⁷⁹

Kurz nach den gewalttätigen Ausschreitungen in Heidenau⁸⁰ (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) im August 2015 veröffentlichte der JN-Bundesvorstand auf seiner Homepage den Beitrag „Germania, quo vadis? – Johannes Scharf über das Asylchaos“, in dem gegen „Landnehmer-Ströme“, „Bevölkerungsaustausch“ und die angebliche „Rassenmischung“ agitiert wird. Dort heißt es:

„Doch es gibt Widerstand! Erstmals haben wir das Gefühl, dass sich breite Ablehnung gegenüber dem Ausverkauf des Abendlandes in der Bevölkerung messen lässt. Die Wut der betroffenen Bürger bricht sich bereits vereinzelt Bahn!⁸¹

Auch die JN Sachsen nahmen auf ihrem Facebook-Profil Bezug auf die Ausschreitungen in Heidenau und wurden dabei noch deutlicher, indem sie Heidenau als Vorbild darstellten. Anders als die NPD, die um eine strategische Distanzierung von der in Heidenau ausgeübten Gewalt bemüht war, glorifizierten die JN die Gewalt sogar als „erfolgreichen Widerstand“.

Ein zunehmend offensiv-aggressives Auftreten ist Teil der JN-Strategie. Durch Störungen oder sogar tätliche Auseinandersetzungen bei Veranstaltungen des politischen Gegners, wie am 1. Mai 2015 in Weimar, erzielten die JN auch medial kurzfristig Aufmerksamkeit. Dabei wird auch die Begehung von Straftaten in Kauf genommen.⁸²

JN-Bundesverband

Beim JN-Bundeskongress am 13. Dezember 2014 in Thüringen wurde Sebastian RICHTER zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Der in Hoyerswerda (Sachsen) geborene und in Mecklenburg-Vorpommern wohnhafte RICHTER war bislang Beisitzer im JN-Bundesvorstand. In der Folge verlegten die JN ihre Bundesgeschäftsstelle von Riesa (Sachsen) nach Lübbtheen (Mecklenburg-Vorpommern). Neuer Bundesorganisationsleiter wurde der sächsische JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK.

Der neue Bundesvorsitzende formulierte nach seiner Wahl über das Leitbild einer rassistischen neonationalsozialistischen Elite:

„Was kann denn heute radikaler sein als der Wille, dem heutigen Zeitgeist zu entsagen? Wenn die BRD-Gesellschaft kleine Jungs zu Mädchen machen will, Müttern ihren Wert nimmt und sie zum Quotenobjekt degradiert oder aber sexuelle Selbstbestimmung über sittliche Werte der Gemeinschaft stellt, muß doch unser Weg der wahrhaft revolutionäre sein.

Wir sind keine völkischen Träumer oder gesellschaftliche Totalaussteiger! Wir wollen die JN zu dem machen, was sie immer sein wollte: Kaderorganisation einer nationalistischen Partei.

⁷⁹ www.facebook.com/mittelsachsenjn (Stand: 25. Dezember 2014), Schreibweise wie im Original

⁸⁰ Im Nachgang einer NPD-Demonstration kam es am 21. August 2015 in Heidenau zu gewaltsamen Protesten gegen die Nutzung eines ehemaligen Baumarktes als Unterkunft für Asylbewerber. Näheres dazu im Kapitel „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“

⁸¹ <http://alt.jn-buvo.de> (Stand: 29. August 2015)

⁸² Siehe Abschnitt JN-Kampagnen und weitere ausgewählte Aktivitäten

*Will heißen, dass wir nach innen bedingungslos ein Leitbild verfolgen, welches sich an Geschichte, Genetik und Schicksal unseres Volkes ausrichtet.*⁸³

In einem im März 2015 veröffentlichten Interview⁸⁴ betonte RICHTER, dass es für den neuen Vorstand zunächst gelte, Versäumnisse der früheren JN-Bundesführung aufzuarbeiten und sich insbesondere in den Bereichen Interessentenfragen und Mitgliederbetreuung zu verbessern.

Die neue JN-Bundesführung versuchte – ebenso wie bereits die frühere Bundesspitze – die internationale Einbindung der Jugendorganisation voranzutreiben. Am 9. und 10. Oktober 2015 führten die JN unter dem Motto „Reconquista Europa“ in Riesa eine sogenannte „Europakonferenz“ durch. Als Veranstaltungsort nutzten sie das Gelände und Verlagsgebäude des NPD-eigenen Deutschen Stimme-Verlags, der zudem als „Schirmherr“⁸⁵ der Zusammenkunft auftrat. Polizeiangaben zufolge nahmen bis zu 200 Personen teil. Im Rahmen der „Europakonferenz“, als deren Ziel die JN im Vorfeld die „Vernetzung und Errichtung der nationalistischen Bewegungen im ganzen Okzident“⁸⁶ bezeichnete, traten Vertreter von mindestens neun rechtsextremistischen Organisationen aus sechs europäischen Ländern auf und stellten in Redebeiträgen ihre politische Arbeit vor.⁸⁷ Seitens der JN trat neben dem Bundesvorsitzenden Sebastian RICHTER, der laut Eigenbekundung eine „feurige Rede über den Kampf um die Existenz der europäischen Völker“⁸⁸ hielt, auch dessen Stellvertreter Pierre DORNBRACH als Redner auf. Für die NPD sprachen darüber hinaus der Parteivorsitzende Frank FRANZ sowie der NPD-Europaabgeordnete Udo VOIGT. Nach den Redebeiträgen der Konferenzteilnehmer, die auch durch musikalische Einlagen des rechtsextremistischen Liedermachers Piattmar unterbrochen wurden, fand am Abend des zweiten Veranstaltungstages ein Konzert rechtsextremistischer Musikgruppen, u. a. mit Kraftschlag und Heiliges Reich, statt.

JN als Kaderschmiede

Mit Sebastian RICHTER hat im Dezember 2014 ein erfahrener, neonationalsozialistisch geprägter Funktionär die Führung der JN übernommen. Der neue Vorsitzende will – das zeigen die Aktivitäten und Veröffentlichungen des neuen Bundesvorstandes – das Selbstverständnis der JN als „Kaderschmiede“ stärken und die ideologischen Positionen festigen. Die JN betonen:

„Wissen, erkennen und begreifen heißt verstehen. Die Grundlagen des politischen Handelns stehen auf dem Fundament der Erkenntnis zur Notwendigkeit einer Veränderung der allgegenwärtigen Zustände. Jegliche Form unkontrollierten Aktivismus, deren Motivation und Methode nicht im Einklang mit unserem großen Ziel stattfindet, ist verschwendeter Aktivismus. (...) Das Ausstatten mit geistigem Rüstzeug ist die Voraussetzung organisatorischen Handelns. Die JN-Schulungsabteilung ist seit Frühjahr 2011 der Nationale Bildungskreis (NBK), der die geistige, vopolitische Raumnahme in Form der Schaffung eines allgemeinen nationalen Gedankens begleitet.“⁸⁹

Ihr erstes Funktionsträgertreffen unter dem neuen Bundesvorstand führten die JN am 11. April 2015 in Eisenach/Thüringen durch. Nach einer einleitenden Vorstellung der Arbeit der

⁸³ www.facebook.com/junge.nationalisten/?fref=ts (Stand: 14. Dezember 2014)

⁸⁴ „Dem Wunsch nach Gemeinschaft Rechnung tragen!“, Interview mit Sebastian RICHTER, in Deutsche Stimme Nr. 3/2015, S. 3 f.

⁸⁵ www.facebook.com/ff.frankfranz (Stand: 2. Oktober 2015)

⁸⁶ <http://alt.jn-buvo.de> (Stand: 2. März 2015)

⁸⁷ Aus der Berichterstattung der Jugendorganisation ist bislang die Teilnahme folgender Organisationen belegt: Comunita Militante Zenit (Italien), Blocco Studentesco (Jugendorganisation der Partei Casa Pound, Italien), Lotta Studentesca (Studentenbewegung der Forza Nuova, Italien), Nationalistische Studentenvereinigung (Belgien), Delnicka mladez (Tschechien), Democracia Nacional (Spanien), Hogar Social Madrid (Spanien), Serbische Aktion (Serbien) und Suomen Vastarintaliike (Finnland)

⁸⁸ www.facebook.com/junge.nationalisten (Stand: 12. Oktober 2015)

⁸⁹ www.facebook.com/junge.nationalisten?fref=ts (Stand: 19. Juni 2015)

JN und deren Bundesführung durch den Bundesvorsitzenden präsentierten nach JN-Angaben die einzelnen Bereichsleiter ihre Bereiche Bildung, Gemeinschaft und Aktivismus.

Aus Sachsen beteiligten sich neben dem Landesvorsitzenden Paul RZEHACZEK und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Stefan TRAUTMANN weitere der neonationalsozialistischen Szene entstammende JN-Mitglieder.

Weitere Seminare zur Schulung der JN-Mitglieder folgten im Berichtsjahr.

In einem Facebook-Eintrag der JN Dresden hieß es in diesem Zusammenhang:

„Wir befinden uns in einem ideologischen und psychologischen Kampf. Wenn Du – anders als die verblödete Masse – nicht tatenlos dabei zuschauen willst, dass sie Dir Deine Zukunft rauben, dann komm in die Gemeinschaft der Widerspenstigen! Treibe Sport, bilde Dich mit anderen weiter und werde ein Teil einer Jugendbewegung, die sich wieder ihrer selbst bewusst ist! Gemeinsam sind wir stark und bestehen jeden Kampf. JN – jung, gebildet, wider-spenstig!“⁹⁰

Sportliche Freizeitaktivitäten dienen der Rekrutierung neuer Mitglieder und der ideologischen und körperlichen Festigung der „politischen Soldaten“⁹¹. Eine solche Aktivität war z. B. das sogenannte „1. Ostsächsische Volksfußballfest“ am 25. Juli 2015 im Landkreis Bautzen⁹². Zwar bieten Veranstaltungen dieser Art auch Möglichkeiten, sich potenziellem Nachwuchs vordergründig unpolitisch und attraktiv zu präsentieren. Die Forderung nach dem „Kampf als Vater aller Dinge“ fungiert dabei aber in Anlehnung an den Nationalsozialismus als ideologischer Überbau.

JN-Kampagnen und ausgewählte weitere Aktivitäten

Die JN bzw. einzelne ihrer Mitglieder⁹³ organisierten im Berichtsjahr 20 Versammlungen⁹⁴ im Freistaat Sachsen (2014: 12, 2013: 9, 2012: 0). Neu ist hierbei, dass sie diese mehrheitlich nicht unter ihrem eigenen Namen, sondern unter Kampagnenbezeichnungen oder explizit durch Einzelpersonen angemeldet haben. Ein Beispiel war die Veranstaltung am 12. Dezember 2015 in Borna (Landkreis Leipzig). Eine dortige Kundgebung wurde von einem JN-Mitglied für eine Initiative „Wir sind Borna“ angemeldet. Diese Kundgebung steht beispielhaft für das für die JN im Jahresverlauf zentrale Thema „Anti-Asyl“.

Am Jahresanfang bestimmten aber noch Aktionen im Zusammenhang mit der „Aktionswoche 13. Februar“ das Handeln der JN.

„Aktionswoche 13. Februar“

Die Federführung hinsichtlich der sogenannten „Aktionswoche 13. Februar“ war im Juni 2014 öffentlichkeitswirksam vom Dresdner „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ (AgdV) an die JN Sachsen übergeben worden.⁹⁵ Erstmals zeichnete damit neben dem der neonationalsozialistischen Szene in Dresden zuzurechnenden AgdV die JN Sachsen für einen erheblichen Teil der Aktivitäten anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt Dresden im Zweiten Weltkrieg verantwortlich. Die JN organisierten insbesondere die zeitgleich am Abend des 13. Februar 2015 dezentral in mehreren sächsischen Städten durchgeführten Mahnwachen.

⁹⁰ www.facebook.com/jugendddresden (Stand: 9. April 2015)

⁹¹ Matthias GÄRTNER und Michael SCHÄFER: „Die organisierte Volksfront. Die JN im Kampf um den vorpolitischen Raum“, DER AKTIVIST, Ausgabe 1/2009, S. 8 ff.

⁹² Siehe Beitrag „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Landkreis Bautzen“

⁹³ Die Demonstrationen „für eine angemessene Asylpolitik“ in Eilenburg meldete der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK als Einzelperson an. Weitere Anmeldungen durch eine Einzelperson erfolgten in Grimma.

⁹⁴ Dazu zählen Demonstrationen, Kundgebungen aber auch unangemeldete Mahnwachen und die Blockadeaktion am 18. Oktober 2015 in Leipzig

⁹⁵ Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2014, S. 117

Mit diesen Aktionen versuchten die JN gemäß einem der vier „Merkmale“ aus ihrem „Volksgemeinschaftskonzept“ zu handeln. Sie wollen damit der angeblichen „Verfälschung deutscher Geschichte und damit einhergehendem Büßertum“ ihre eigene verzerrte Geschichtsauslegung entgegenstellen.

Die Antikapitalismus-Kampagne der JN

Die JN bedienten im Jahresverlauf im Rahmen ihrer Antikapitalismus-Kampagne ein weiteres Merkmal ihres „Volksgemeinschaftskonzeptes“. Kapitalismus ist für sie ein wesentlicher Teil der angeblich drohenden „Amerikanisierung in allen Lebensbereichen“. Dabei versuchen sie, antisemitische Stereotype zu transportieren.

Mit Hinblick auf das Gipfeltreffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der sieben führenden Industrienationen (G7) am 27. bis 29. Mai 2015 in Dresden kündigte der Bundesvorsitzende Sebastian RICHTER beim Landeskongress der JN Sachsen am 21. März 2015 eine bundesweite Antikapitalismus-Kampagne an. Ab dem 14. April 2015 bewarben die JN diese Kampagne auf ihrer Internetseite <http://alt.jn-buvo.de> sowie auf verschiedenen Facebook-Profilen. Die JN propagierten in ihren Veröffentlichungen einen „Volkstreuen Sozialismus“.

Zeitgleich zum G7-Treffen in Dresden führten die JN ein sogenanntes „Aktionslager“ vom 27. bis 29. Mai 2015 in Pirna durch. Bereits im Vorfeld war davon auszugehen, dass die JN weniger ein klassisches „Lager“ als vielmehr verschiedene Aktionen zum Thema Antikapitalismus planten. JN-Mitglieder verteilten Flyer, klebten Plakate und führten in den späten Abendstunden des 27. Mai eine Transparentaktion durch. Am 28. Mai beteiligten sich die JN an einer Kundgebung der NPD unter dem Motto „Frieden, Freiheit, Souveränität“ auf dem Dresdner Postplatz.

Die Teilnehmerzahlen bei den einzelnen Aktionen dürften aus Sicht der JN enttäuschend gewesen sein. Und auch die NPD konnte trotz Unterstützung durch die JN nur 45 Teilnehmer zu ihrer Kundgebung mobilisieren. Vor diesem Hintergrund ist die Berichterstattung der Rechtsextremisten im Internet stark übertrieben. Da sie nicht immer unmittelbare Öffentlichkeitswirksamkeit mit ihren Aktionen erzielen konnten, versuchten sie dies mit zum Teil martialischen Darstellungen im Internet zu kompensieren.

Der eigentliche Start der Antikapitalismuskampagne erfolgte schon am 1. Mai 2015 in Weimar (Thüringen). Anlässlich des Tages der Arbeit hatten rund 40 Rechtsextremisten überwiegend aus Brandenburg, Sachsen und Thüringen – darunter etliche Protagonisten der sächsischen JN – eine Veranstaltung des DGB gestört. Sie versuchten dabei, die Veranstaltung mittels einer provokativen „Wortergreifung“ agitatorisch zu vereinnahmen. Nach Polizeiangaben wurde einem DGB-Redner das Mikrofon entrissen. Einer weiteren Person soll ein Holzstiel in den Magen gestoßen und mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden sein. Polizeibeamte nahmen 27 Störer vorläufig fest, darunter den stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden Christian GÜNTHER (Thüringen), den stellvertretenden Landesvorsitzenden der JN Hessen Thassilo HANTUSCH und Paul RZEHACZEK, Beisitzer im JN-Bundesvorstand und Landesvorsitzender der JN Sachsen. Der JN-Bundesvorsitzende Sebastian RICHTER stellte zwei Tage später unter der Überschrift „Solidarität ist eine Waffe!“ klar, „geschlossen hinter den JN-Aktivisten“ zu stehen, „welche in Weimar für ihr Recht auf die Straße gegangen sind“.⁹⁶

⁹⁶ „Solidarität ist eine Waffe!“, veröffentlicht auf www.facebook.com/junge.nationalisten (Stand: 3. Mai 2015)

JN führen „Platzhirsch-Kampagne“ halbherzig fort

Die JN griff ihre „Platzhirsch-Kampagne“ aus dem Vorjahr⁹⁷ nur noch vereinzelt auf. Im Rahmen von Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Chemnitz wegen des Verdachts des Hausfriedensbruchs⁹⁸ gemäß § 123 StGB wurden durch das Operative Abwehrzentrum der PD Leipzig am 25. März 2015 acht Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt. Betroffene der Durchsuchungen waren insbesondere der damalige Landesvorsitzende der NPD Sachsen Holger SZYMANSKI sowie der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK. Die Exekutivmaßnahmen richteten sich somit sowohl gegen Angehörige der JN als auch gegen die NPD.

Bereits am Morgen des 25. März 2015 berichteten die JN auf ihrer Internetseite sowie verschiedenen Facebook-Profilen über die Durchsuchungen. Über das Facebook-Profil der JN-Kampagne „Sag was du denkst!“ wurde ein neues Video des „Platzhirsches“ mit Bezug zu den laufenden Hausdurchsuchungen verbreitet. Zum Verhalten bei Hausdurchsuchungen veröffentlichten die JN zudem umgehend eine Checkliste.

Auch die der Dresdner rechtsextremistischen Szene zuzurechnende Internetseite KRYPTONIT veröffentlichte noch am selben Tag ein Interview mit dem JN-Landesvorsitzenden. Befragt, ob die Durchsuchung das Verhältnis zwischen NPD und Jugendorganisation verschlechtern könnte, antwortete RZEHACZEK:

„Unser Verhältnis zur Mutterpartei war bzw. ist nicht so schlecht, wie es außerhalb unserer Strukturen oft hingestellt wird. Wir arbeiten vor allem hier in Sachsen sehr gut zusammen. Diese Aktion wird uns eher noch weiter zusammenschweißen.“⁹⁹

Zugleich kündigte RZEHACZEK weitere Aktionen des „Platzhirsches“ an:

Am 28. August 2015 demonstrierten die JN erneut mit dem „Platzhirsch“ vor dem Dresdner Hauptbahnhof unter dem Motto „Drogensumpf austrocknen! – kriminelle Ausländer raus! – Mehr Sicherheit für unsere Stadt!“. Sie versuchten mit dieser Veranstaltung, den Bogen zwischen ihrer bisherigen Anti-Drogen-Kampagne und der aktuellen Asyldebatte zu schlagen. Sie fanden mit der vor allem in der eigenen Szene beworbenen Kundgebung jedoch nur eine geringe Resonanz.

Kernbotschaft dieser „Platzhirsch“-Aktion ist das grafisch hervorgehobene „AUSLÄNDER UND ASYLANTEN RAUS“.

Anti-Asyl-Agitation der JN

Die steigende Zuwanderung und die damit verbundene Unterbringung von Asylsuchenden in sächsischen Gemeinden bildete in der zweiten Jahreshälfte das vorherrschende Thema der JN, auch in ihren Einträgen in den sozialen Medien.

Zentraler Inhalt des o. a. „Konzeptes der Volksgemeinschaft“ ist die „Blut und Boden“-Ideologie. Innerhalb ihres Konzeptes wird die aktuelle Zuwanderung als „Zersetzung des rassistisch definierten Volkskörpers“ diffamiert.

Die JN sowie einzelne ihrer Mitglieder meldeten zu dieser Thematik mehrere eigene Veranstaltungen in verschiedenen Städten im Freistaat Sachsen an. Zudem beteiligten sich JN-Mitglieder sachsenweit an zahlreichen Veranstaltungen der NPD oder nutzten Kundgebungen nicht extremistischer Initiativen zur Verbreitung ihrer Ansichten (siehe hierzu auch Kapi-

⁹⁷ Im Jahr 2014 verteilten die JN im Rahmen der Kampagne „Weg mit dem Drogendreißig“ in bzw. an verschiedenen sächsischen Schulen eine Schülerzeitung mit dem Titel „Platzhirsch“ und traten dabei auch mit einem „Platzhirsch“ als Maskottchen auf. Mit der Wahl des „Platzhirsches“ als Maskottchen und der gleichlautenden Schülerzeitung wollten die Rechtsextremisten suggerieren, dass bestimmte Themen vorrangig von ihnen öffentlich zur Sprache gebracht würden.

⁹⁸ Weiteres dazu im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2014, Seite 56 f.

⁹⁹ „Der Platzhirsch im Fadenkreuz der Justiz“, www.kryptonit.cc/politik/766/ (Stand: 25. März 2015)

tel „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen“). In Leipzig blockierten JN-Anhänger am 18. Oktober 2015 kurzzeitig die Fahrbahn vor einer Erstaufnahmeeinrichtung. Die Teilnehmer skandierten nach Polizeiangaben volksverhetzende Parolen. Die Einsatzbeamten führten 27 Identitätsfeststellungen durch und erstatteten Anzeige wegen Volksverhetzung und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Die JN Leipzig stellten dazu fest: *„Wir schauen nicht kampfflos zu, wie unsere Heimat immer mehr überflutet wird.“* und *„DAS IST UNSER LAND – UND WIR WERDEN ES VOR ASYLSCHMAROTZERN ZU SCHÜTZEN WISSEN!!!“*¹⁰⁰.

Durch die Terroranschläge am 13. November 2015 in Paris sahen sich die JN in ihrer grundsätzlichen Kritik an der Asylpolitik der Bundesregierung bestätigt. Die JN Sachsen posteten auf ihrem Facebook-Profil: *„Wir erleben unsere Zukunft gerade in Paris: Die Folgen islamischer Massenzuwanderung“*¹⁰¹. Die Bundesführung der JN forderte wortgleich mit der NPD: *„Die Sicherheit unseres Volkes muss jetzt an oberster Stelle stehen. Die Zeit der offenen Grenzen muss vorbei sein. Die Herrschenden müssen begreifen, dass Kriegsexporte zu Terrorimporten führen. Die Opfer von Paris mahnen zur Vernunft und Einsicht!“*¹⁰²

Ausblick

Die JN sind nicht nur ein Auffangbecken für neonationalsozialistisch orientierte Kräfte. Sie werden weiterhin eine Brückenfunktion zwischen Neonationalsozialisten und der NPD innehaben. Im Freistaat Sachsen ist es den JN bereits gelungen, zahlreiche ehemals führende Neonationalsozialisten in ihre Strukturen zu integrieren. Gerade von JN-Stützpunkten, die von ehemaligen parteiunabhängigen Neonationalsozialisten geleitet werden, sind weitere, z. T. zwischen den Stützpunkten abgestimmte öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zu erwarten. So kündigten die JN für 2016 die erneute Durchführung einer „Aktionswoche 13. Februar“¹⁰³ an.

Seit dem 28. März 2015 war der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK zudem wieder im Landesvorstand der NPD vertreten.¹⁰⁴ Die Delegierten des NPD-Landesparteitages wählten ihn und den ebenfalls im Vorstand der JN Sachsen vertretenen Jan HÄNTZSCHEL zum Beisitzer im NPD-Vorstand. Damit ist eine weitere Verzahnung der Arbeit von NPD und JN in Sachsen verbunden. Bei zahlreichen Veranstaltungen unterstützte die Jugendorganisation in der Folge wieder ihre Mutterpartei. Weitere gemeinsame Veranstaltungen vor allem zur dominierenden Thematik Anti-Asyl werden daher mutmaßlich im Jahr 2016 folgen.

¹⁰⁰ www.facebook.com/jungenationalistenleipzig (Stand: 18. Oktober 2015), Schreibweise wie im Original


¹⁰¹ www.facebook.com/JnSachsen (Stand: 14. November 2015)

¹⁰² www.facebook.com/junge.nationalisten/?fref=ts (Stand: 14. November 2015)

¹⁰³ Siehe hierzu Beitrag „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Dresden (Stadt)“

¹⁰⁴ Die nach der Niederlage bei der Sächsischen Landtagswahl am 31. August 2014 öffentlich geführten Auseinandersetzungen in der NPD wirkten sich auch auf die Jugendorganisation der NPD aus. Der JN-Landesvorsitzende Paul RZEHACZEK legte sein Amt im NPD-Landesvorstand nieder und distanzierte sich damit deutlich von der Führung der sächsischen NPD (siehe dazu Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2014, S. 51).

1.5 Die Rechte, Landesverband Sachsen

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	26. Oktober 2013
Neugründung	1. August 2015
Sitz:	Leipzig
Mitglieder 2014:	ca. 10
Mitglieder 2015:	ca. 30
Mitglieder 2014 bundesweit:	500
Vorsitz Bund:	Christian WORCH
Vorsitz Freistaat Sachsen:	Alexander KURTH
Teil-, Nebenorganisationen:	-
Publikation:	keine
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Am 26. Oktober 2013 wurde der sächsische Landesverband der Partei Die Rechte gegründet. Der etwa zehn Personen umfassende Landesverband war in der Folgezeit allerdings weder in der Lage, handlungsfähige Strukturen im Freistaat aufzubauen noch wahrnehmbare Aktivitäten zu entfalten. Auf ihrem Facebook-Profil verkündeten die Rechtsextremisten am 18. März 2014 aufgrund von „Meinungsverschiedenheiten“ schließlich die offizielle Auflösung des Landesverbandes: „Ohne Mitglieder besteht auch kein Landesverband.“¹⁰⁵ Die Internetseite des Verbandes und das Facebook-Profil wurden offline gestellt.

Am 20. November 2014 wurde jedoch auf einer Facebook-Seite die Reaktivierung des sächsischen Landesverbandes bekanntgegeben. Sie stand in engem Zusammenhang mit der innerparteilichen Krise in der sächsischen NPD, die mit dem Rücktritt des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Maik SCHEFFLER Ende Oktober 2014 und dem damit verbundenen Rückzug anderer sächsischer NPD-Funktionäre und weiterer Mitglieder aus der Partei ihren deutlichen Ausdruck gefunden hatte.

Die tatsächliche Neugründung des sächsischen Landesverbandes erfolgte erst am 1. August 2015 in Hagenwerder (Landkreis Görlitz). Der ehemalige NPD-Funktionär Alexander KURTH wurde zum Landesvorsitzenden gewählt. Stellvertreterin wurde Daniela STAMM. Mit dem Übertritt der Bautzener Stadträtin Daniela STAMM von der NPD zu Die Rechte erlangte die Partei zudem das erste und bislang einzige kommunale Mandat in Sachsen.

¹⁰⁵ www.facebook.de/rechtesachsen (Stand: 22. März 2014)

Unterhalb des Landesverbandes gründete die Partei in der Region Bautzen den Kreisverband Ostsachsen. Vorsitzende des Kreisverbandes ist ebenfalls Daniela STAMM. Darüber hinaus lassen Internetauftritte auf sich entwickelnde Strukturen in Chemnitz, Leipzig sowie im Vogtlandkreis schließen.

Der Aufbau der Partei wurde zwar von Funktionären in Ostsachsen, Leipzig und im Vogtland vorangetrieben, verlief allerdings schleppend. Im Zusammenhang mit dem Wechsel der Bautzener Stadträtin Daniela STAMM von der NPD zur Partei Die Rechte äußerten die Verantwortlichen zumindest das Bestreben, mit weiteren Mandatsträgern in Ostsachsen zusammenarbeiten zu wollen. Ob damit allerdings eine ernstgemeinte Beteiligung am politischen Prozess angestrebt wurde, ist zweifelhaft. Angesichts der niedrigen Mitgliederzahlen war Die Rechte wohl eher bemüht, überhaupt neue Anhänger zu gewinnen. Enttäuschte oder frustrierte Mandatsträger der NPD könnten auf diese Weise bei Die Rechte eine neue rechtsextremistische Heimat finden. Bislang konnte die Partei jedoch lediglich ein geringes Mitgliederpotenzial vornehmlich aus der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene ansprechen. Ein zahlenmäßig relevanter Zulauf von unzufriedenen NPD-Mitgliedern oder interessierten Personen aus dem neonationalsozialistischen Spektrum konnte dagegen bislang nicht festgestellt werden.

Ideologie / Politische Zielsetzung

Das Parteiprogramm ist weitgehend von der im Jahr 2011 in der NPD aufgegangenen rechtsextremistischen Deutschen Volksunion (DVU) übernommen worden. Die Äußerungen des sächsischen Landesverbandes im Internet lassen demgegenüber auf eine aggressive neonationalsozialistische Orientierung schließen.

Antisemitismus

Insbesondere der ausgeprägte Antisemitismus zeigt deutlich den Bezug der Partei Die Rechte (Landesverband Sachsen) zum Nationalsozialismus. Als auf einer PEGIDA-Demonstration in Dresden Geert Wilders als Redner israelfreundliche Positionen bezog, postete die Partei in Facebook mit Verweis auf den Redner den Slogan „Wir wollen keine Zionistschweine“¹⁰⁶. In einem Eintrag zu einem Artikel über den Beschuss Israels durch eine IS-nahe Gruppe kommentierte die Partei „*Ohne eine grundlegende Lösung der Zionistenfrage wird es keinen Frieden im Nahen Osten geben*“¹⁰⁷.

Der der Partei innewohnende Antisemitismus trat auch im Zusammenhang mit einer Bewertung der GIDA-Bewegungen zutage. In dem Zusammenhang kommentierte sie Ende März 2015 wie folgt¹⁰⁸:

„*Ein großes Problem der verschiedenen Gidas ist, daß man zwar einige Probleme richtig erkannt hat, es sich aber bei diesen Problemen nur um Nebenkriegsschauplätze handelt.*“
Dazu zähle auch die Tatsache, dass „*der Hauptfeind alle[r] freien Völker*“ nicht in Moscheen zu finden sei, sondern „*andere Gebetshäuser*“ bevorzuge.

Abschaffung der Demokratie

Das Ziel der Partei ist nicht der Meinungsstreit innerhalb der Verfassungsordnung, sondern die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Offen verkündeten die Rechtsextremisten über das Medium Internet, dass sie für den „*Sturz dieses Schandregimes, welches keinerlei Existenzberechtigung hat*“¹⁰⁹, „auf der Straße stehen“ würden.

¹⁰⁶ www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 13. April 2015).

¹⁰⁷ www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 5. Oktober 2015).

¹⁰⁸ www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 31. März 2015), Schreibweise wie im Original

¹⁰⁹ www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 30. Januar 2015)

In einem Aufruf vom 17. September 2015 hieß es unter der Überschrift „Wacht auf“:

„Es ist längst überfällig das wir gemeinsam ein System entsorgen, welches die Interessen des eigenen Volkes verrät und verkauft. Wir als die Partei DIE RECHTE sind nicht angetreten um ein paar Reformen zu erzielen, denn dieses System ist nicht reformierbar. Wir sind angetreten, weil dieser menschenfeindliche Staat entsorgt gehört.“¹¹⁰

Demokratische Politiker werden in den Statements der Partei verunglimpft. Die Rechtsextremisten schrecken nicht davor zurück, dabei den Tod dieser Menschen zu fordern. Als der Bundespräsident Joachim Gauck in einer Rede Verständnis für Flüchtlinge forderte, veröffentlichte die Partei auf ihrer Facebook-Seite einen Eintrag, in dem nicht nur der höchste Repräsentant des Staates verunglimpft, sondern sogar seine Tötung gefordert wird:

„Vom Bundesgauckler der Bunten Republik Deutschland sind wir ja bereits einiges gewohnt. (...) Volksverrättern wie Gauck sollte man endlich die Medizin zuteil werden lassen, die sie verdient haben. Wir erinnern in dieser Hinsicht an ein altes deutsches Freiheitslied : Es wird geschehen, es es wird geschehen, die Zeit ist nicht mehr fern, da werden all die hohen Herrn gehangen an die Laternen.“¹¹¹

In einem anderen Beitrag fordert ein Nutzer „gauck und konsorten“ auf, „offen für eine 9mm kugel zu sein weil die wird kommen wegen landes-volks und hochverrat“. Daraufhin wurde auf dem Facebook-Profil „Die Rechte Sachsen“ entgegnet: „Zu kurz und schmerzlos. Für Hochverräter gab es in alten Zeiten immer den obligatorischen Strick um den Hals.“¹¹²

Im Oktober 2015 forderte die Partei auf Facebook eine „Revolution nach 89er-Vorbild“ und die Einrichtung eines „Volksgerichtshofes“. Wieder wird hier die enge Anlehnung an die Zeit des „Dritten Reiches“ deutlich. Nach Vorstellungen der Rechtsextremisten soll dieser „Volksgerichtshof“ genauso verfahren wie in jener Zeit:

„Es wird Zeit, dass so schnell wie möglich eine Revolution nach 89er-Vorbild dieser Diktatur ein Ende setzt, bevor die Deutschen als Minderheit im eigenen Land keine mehrheitsfähige, deutsche Regierung überhaupt mehr wählen können. Ein neu eingerichteter Volksgerichtshof muss dann so schnell wie möglich die gerechten Urteile über die Volks- und Landesverräter aus der Merkelschen Volkstodjunta verhängen! Seht ihr schon die Stricke im Winde schwingen?“¹¹³

Im Januar 2015 forderte der spätere sächsische Landesvorsitzende Alexander KURTH auf seinem Facebookprofil:

„Klärt Eure Freunde und Nachbarn über die Zustände auf und bringt sie mit zu den Montagsdemonstrationen in Eurer Stadt. Ein Zitat sagt: ‚Die Revolution ist das Notwehrrecht eines Volkes, welches in seinen Grundrechten eingeschränkt wird!‘ Machen wir gemeinsam von diesem Notwehrrecht gebrauch und holen uns unser Land zurück!“¹¹⁴

Im Aufruf für die Demonstration am 14. März 2015 in Bautzen forderte der sächsische Landesverband der Partei die Rechte:

„Jene kapitalistisch versifften Volksfeinde, die die Interessen des eigenen Volkes mit Füßen treten und als willfähige Handlanger einiger Auserwählter agieren. Wenn uns Land und Volk noch eine Zukunft haben soll, dann müssen wir endlich gemeinsam von den Knien zum An-

¹¹⁰ www.rechte-sachsen.com (Stand: 17. September 2015), Schreibweise wie im Original

¹¹¹ www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 22. Juni 2015), Schreibweise wie im Original

¹¹² www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 22. Juni 2015), Schreibweise wie im Original

¹¹³ www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 12. Oktober 2015)

¹¹⁴ www.facebook.com/pages/Alexander-Kurth/1564933707071270?fref=ts (Stand: 13. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

*griff übergehen. Kein lamentieren am Stammtisch, kein Protest der alle paar Jahre auf dem Stimmzettel kundgetan wird und kein warten auf faule Reformen bringen Veränderung. Der berechnete Volkszorn muß auf die Straße getragen werden! Kein Dialog und keine Kompromisse mit diesem System! Am 14.3.2015 gemeinsam für Familie, Volk und Vaterland!*¹¹⁵

Unter dem Motto „Damals wie Heute - Nationale Revolution jetzt!“ mobilisierte die Partei im Internet für eine Demonstration am 7. November 2015 in Bautzen. Im Aufruf dazu hieß es:

*„Bei der friedlichen Revolution im Jahr 1989 tauschte man lediglich die Unterdrücker des Volkes aus, zu einer wirklichen Wende ist es nie gekommen. Ausbeutung, Unterdrückung und fehlende Souveränität, begleiten unser Volk seit dem 8. Mai 1945. Es ist schon längst nicht mehr Fünf vor Zwölf sondern 5:45 Uhr und wir wissen alle was da passiert! Holen wir uns gemeinsam unsere Freiheit zurück. Am 7.11.2015 auf nach Bautzen. Nationale Revolution jetzt!!!“*¹¹⁶

(Anmerkung: Die Uhrzeit 5:45 Uhr bezog sich auf die Rede Adolf Hitlers zum Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939. Auch die Zäsur 8. Mai 1945 belegt, dass die Partei das „Dritte Reich“ wiedererrichten will.)

Aktivitäten

Die Partei Die Rechte verstärkte im Jahr 2015 ihre öffentlichen Aktivitäten im Freistaat Sachsen, blieb mit insgesamt elf Demonstrationen/Kundgebungen hinsichtlich der Veranstaltungszahlen und des erreichten Teilnehmerpotenzials jedoch deutlich hinter der NPD zurück. Die bisherigen Aktivitäten gingen im Wesentlichen von zwei ehemaligen NPD-Mitgliedern aus Leipzig und Bautzen aus, die in Bautzen regelmäßig Demonstrationen mit bis zu 450 Teilnehmern organisierten. Darüber hinaus nahmen sie wiederholt an bundesweiten Aktivitäten anderer Rechtsextremisten u. a. in Dortmund (Nordrhein-Westfalen), Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) und Bayern teil.

Die erste große öffentliche Veranstaltung des sächsischen Landesverbandes der Partei Die Rechte fand am 10. Januar 2015 in Bautzen unter dem Motto „Damals wie heute, Wir sind das Volk“ statt. Vor den rund 450 Teilnehmern sprach neben der Anmelderin Daniela STAMM der ehemalige Leipziger NPD-Funktionär Alexander KURTH (zwischenzeitlich Landesvorsitzender der Partei Die Rechte in Sachsen).

Daniela STAMM war bereits im vergangenen Jahr durch die Organisation zahlreicher Demonstrationen gegen die Asylbewerberunterkunft in Bautzen in Erscheinung getreten. Im Zuge der Reaktivierung des sächsischen Landesverbandes der Partei Die Rechte Ende November 2014 war sie aus der NPD aus- und in die Partei Die Rechte eingetreten. Sie verfügte über ein stabiles Mobilisierungspotenzial, das sie im Rahmen asylfeindlicher Protestveranstaltungen regelmäßig abzurufen vermochte.

Für den 28. Februar 2015 meldete sie eine Demonstration in Hoyerswerda unter dem Motto „Schützt unsere Kinder – Asylflut stoppen“ an. Doch statt der erwarteten 500 bis 700 Teilnehmer versammelten sich lediglich 40 Personen zur Demonstration. Während man sich auf der Facebook-Seite von „Die Rechte Bautzen“ zufrieden über die Mobilisierung zeigte, wurde auf der Facebook-Seite des Landesverbandes das Ergebnis negativ betrachtet.

Die dritte Demonstration der Partei unter dem Motto „Volk steh auf – erkämpfe deine Rechte“ fand am 14. März 2015 wiederum in Bautzen statt. Trotz überregionaler Mobilisierung nahmen nur rund 280 Personen teil. Dem entsprechend zeigte sich der Landesverband unzufrieden – konnte man doch nicht an die Teilnehmerzahl der ersten Demonstration anknüpfen. Schützenhilfe erhielt die Partei für diese Veranstaltung von Vertretern der Partei aus Mün-

¹¹⁵ <https://www.facebook.com/events/396163947227658/> (Stand: 13. März 2015), Schreibweise wie im Original

¹¹⁶ www.rechte-sachsen.com (Stand: 10. September 2015)

chen. Aus diesem Kreis stellte sich Phillip HASSELBACH (Vorsitzender des Landesverbandes Bayern der Partei Die Rechte) als Redner zur Verfügung.

Es folgten weitere Aufzüge in Bautzen. So fand am 27. Juni 2015 eine weitere Demonstration des Landesverbandes Sachsen mit nur etwa 110 Teilnehmern statt. Das Motto lautete „Souveränität = Freiheit, Freiheit = Souveränität“. Als Redner traten u. a. erneut Alexander KURTH und Daniela STAMM auf.

Der nächste Aufzug der Partei in Bautzen wurde am 7. November 2015 durchgeführt. Unter dem Motto „Damals wie Heute-Nationale Revolution jetzt!“ mobilisierte die Partei im Internet für die Veranstaltung. Letztendlich folgten 210 Personen dem Aufruf.

Nachdem Die Rechte am 17. April 2015 in Bad Elster eine Mahnwache gegen die Asylpolitik mit 21 Teilnehmern durchgeführt hatte, fand am 5. September 2015 eine weitere öffentliche Veranstaltung im Vogtlandkreis statt. Die von den Landesverbänden Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen organisierte Veranstaltung in Zobes auf dem Grundstück einer NPD-Stadträtin stand unter dem Motto „Heraus zum Tag der deutschen Zukunft 2016 — Freiheit für Horst Mahler“. 637 Rechtsextremisten hörten die Beiträge mehrerer Redner sowie die Auftritte der Bands Sachsonia (Sachsen), Die Lunikoff-Verschwörung (Berlin), Tätervolk (Mecklenburg-Vorpommern), Uwocaust (Brandenburg) und Überzeugungstäter Vogtland (Sachsen). Die Veranstaltung in Zobes war damit die für Sachsen teilnehmerstärkste Versammlung der Partei Die Rechte im gesamten Berichtsjahr. Die hohe Teilnehmerzahl war jedoch weniger auf die politischen Redner, sondern vielmehr auf die Zugkraft der einzelnen Bands zurückzuführen. Eine gleichgelagerte Veranstaltung fand an gleicher Stelle bereits im Jahr 2014 statt.

Öffentlich agierte die Partei ab Oktober 2015 auch in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau). Am 11. Oktober 2015 organisierte die Partei hier einen Aufzug mit rund 200 Teilnehmern. Ein zweiter Aufzug sollte am 15. November 2015 stattfinden. Wegen des Volkstrauertages durfte jedoch nur eine Kundgebung durchgeführt werden, an welcher sich lediglich 75 Personen beteiligten. Bei der folgenden Demonstration am 6. Dezember 2015 sank die Teilnehmerzahl weiter auf nur 20 Personen.

Im gesamten Berichtsjahr berichtete die Partei wiederholt über ihre Teilnahme an GIDA-Demonstrationen in Dresden, Chemnitz und Leipzig. Es überwog letztlich jedoch die ideologische Distanz zu diesen Bewegungen, so dass im zweiten Halbjahr 2015 nur noch vereinzelt zur Teilnahme an GIDA-Veranstaltungen aufgerufen wurde. Die Partei versuchte sich neben den GIDA-Veranstaltungen auch in die lokalen Asylproteste mit einzubringen, war aber aufgrund der vorhandenen strukturellen Schwäche nicht in der Lage, das Aktionsniveau der NPD zu erreichen.

In Leipzig war die Partei an einer Vernetzung von anderen rechtsextremistischen Initiativen beteiligt.

Am 12. Dezember 2015 plante die Die Rechte im Leipziger Stadtteil Connewitz die Durchführung einer Demonstration unter dem Motto "Die Rechte - Für Recht und Ordnung in unserer Heimat - Für Frieden und Völkerfreundschaft". Die Mobilisierung für die Veranstaltung der Partei ließ deutlich erkennen, dass der politische Gegner in Leipzig gezielt provoziert werden sollte. Zeitgleich wurden zwei weitere Veranstaltungen vom Organisator der Aufzüge der Offensive für Deutschland und einer weiteren Einzelperson angemeldet. Für diese Veranstaltung wurde auch durch Thüringer Rechtsextremisten um den Greizer NPD-Stadtrat David KÖCKERT und durch die rechtsextremistische Brigade Halle (Saale) geworben.

Aufgrund der Gefahrenprognose legte die zuständige Versammlungsbehörde die geplanten Demonstrationen zu einem gemeinsamen Aufzug zusammen. An diesem Aufzug beteiligten sich etwa 200 Personen, damit deutlich weniger als die zunächst angemeldeten 1.200 Per-

sonen. Zu den Rednern während der Demonstration gehörten u. a. der sächsische Landesvorsitzende Alexander KURTH sowie Michel FISCHER vom Landesverband Die Rechte – Thüringen. Vor, während und nach dem Versammlungsgeschehen kam es durch Gegner der Demonstration zum massiven Bau von Barrikaden, welche teilweise auch in Brand gesetzt wurden.¹¹⁷


Fazit und Ausblick

Nach der Reaktivierung des sächsischen Landesverbandes im November 2014 und der Verantwortungsübernahme durch Alexander KURTH und Daniela STAMM stieg das Aktionsniveau spürbar an. Ideologisch orientierte man sich eindeutig am Nationalsozialismus und benutzte die Asylthematik als Mittel zur Mobilisierung für die verfassungsfeindlichen Ziele der Partei.

Die Partei führte in verschiedenen Regionen des Freistaates mehrere Demonstrationen oder Informationsveranstaltungen durch und beteiligte sich an anderen rechtsextremistischen Veranstaltungen. Insbesondere in Ostsachsen gelang es der Partei, bei eigenen Kundgebungen ein vergleichsweise hohes Teilnehmerpotenzial zu mobilisieren. Dies genügte jedoch nicht für einen Ausbau der Strukturen in Sachsen. Mit lediglich einem öffentlich wahrnehmbaren Kreisverband und landesweit etwa 30 Mitgliedern ist Die Rechte in Sachsen von einem stabilen Organisationsgrad noch weit entfernt. Mit dem Versuch des Aufbaus von Organisationsstrukturen und ihres Mitgliederbestandes wird die Partei Die Rechte anstreben, sich zukünftig als relevanter Akteur im rechtsextremistischen Spektrum im Freistaat Sachsen zu etablieren.

¹¹⁷ Zum gewalttätigen Verlauf der Gegenproteste vgl. Beitrag „Autonome in Leipzig“

1.6 Der Dritte Weg (III. Weg)

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	September 2013
Sitz:	Weidenthal (Rheinland-Pfalz)
Mitglieder 2015 in Sachsen:	ca. 40
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 20
Mitglieder 2014 bundesweit:	ca. 200
Vorsitz Bund:	Klaus ARMSTROFF
Stützpunktleiter Vogtland:	Rico DÖHLER
Stützpunktleiter Mittelland/ Erzgebirge:	Maik ARNOLD
Teil-, Nebenorganisationen:	Gebietsverband Mitte Stützpunkt Vogtland Stützpunkt Mittelsachsen /Erzgebirge Stützpunkt Mittelland
Publikation:	Der III. Weg (Rundbrief)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die Partei Der Dritte Weg (III. Weg) wurde am 28. September 2013 in Heidelberg (Baden-Württemberg) gegründet. Parteivorsitzender ist Klaus ARMSTROFF, ein Rechtsextremist aus Rheinland-Pfalz und langjähriger NPD-Funktionär.

Gemäß ihrer Satzung verfolgt die Partei das Ziel, bundesweit Gebietsverbände (Süd, West, Nord und Mitte) aufzubauen. Der erste Gebietsverband „Mitte“ – er schließt die Regionen Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen und Sachsen ein – wurde im März 2015 in Thüringen vorgestellt.¹¹⁸

Die Partei befindet sich weiterhin im Stadium des Aufbaues, bislang wurden 19 sogenannte „Stützpunkte“ in Deutschland gegründet.

¹¹⁸ www.der-dritte.weg.info (Stand: 17. März 2015)

Im Januar 2014 bildete sich der bayerische Ableger der Partei III. Weg unter dem Stützpunktleiter Tony GENTSCH, einem Führungskader des verbotenen bayerischen Kameradschaftsnetzwerkes Freies Netz Süd (FNS). Innerhalb des FNS führte er die Freien Nationalisten Hof an, die unter seiner Führung in den Stützpunkt Hof/Saale der Partei III. Weg überführt wurden.

Im April 2014 schlossen sich Mitglieder der neonationalsozialistischen Revolutionären Nationalen Jugend (RNJ) Vogtland der Partei an. Es wurde der bayerisch-sächsische Stützpunkt Hochfranken/Vogtland¹¹⁹ der Partei gegründet. Diese länderübergreifende Struktur resultierte aus der langjährigen engen Vernetzung der neonationalsozialistischen Szene in Nordbayern und der RNJ im sächsischen Vogtland.

Die Organisation der Neonationalsozialisten als eine rechtsextremistische Partei ist vor allem taktisch motiviert. Sowohl das FNS als auch Mitglieder der RNJ unterlagen in den vergangenen Jahren staatlichen Exekutivmaßnahmen. Nur drei Tage nach den Verboten der neonationalsozialistischen Gruppierungen Nationaler Widerstand Dortmund, Kameradschaft Hamm und Kameradschaft Aachener Land am 23. August 2012 in Nordrhein-Westfalen gab die RNJ auf ihrem Facebook-Profil aus Furcht vor vereinsrechtlichen Maßnahmen ihre Auflösung bekannt, trat jedoch im Jahr 2013 wieder unter diesem Namen in Erscheinung. Mitgliedsgruppierungen des FNS wurden im Juli 2013 im Rahmen eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Fortführung der im Jahr 2004 verbotenen Fränkischen Aktionsfront durchsucht. Im Juli 2014 wurde das FNS als Dachorganisation vom Bayerischen Innenminister verboten.

Unmittelbar nach dem Verbot des FNS verzogen Tony GENTSCH und ein weiteres ehemaliges Mitglied vom Freistaat Bayern nach Plauen (Vogtlandkreis).

Mit dem Zuzug dieser seit Jahren aktiven neonationalsozialistischen Führungspersonen nach Sachsen lagen erste Anhaltspunkte dafür vor, dass sich der Schwerpunkt der Parteiaktivitäten des Stützpunktes Hochfranken/Vogtland zukünftig von Bayern nach Sachsen verlagern könnte. Im Februar 2015 wurde im Vogtlandkreis der Stützpunkt Vogtland gegründet. Zu dieser Zeit spaltete sich der Stützpunkt Hochfranken/Vogtland in die Stützpunkte Hochfranken und Vogtland. Seit Oktober 2014 ist Rico DÖHLER Nachfolger von Tony GENTSCH in der Funktion des Stützpunktleiters.

Im Freistaat Sachsen ist es der Kleinstpartei bereits gelungen, von den bundesweit gegründeten 19 Stützpunkten drei zum Teil länderübergreifende Stützpunkte mit sächsischen Mitgliedern zu etablieren. Es konnten ehemals führende Neonationalsozialisten in ihre Strukturen integriert werden.

Im April 2015 wurde der länderübergreifende Stützpunkt „Mittelland“ gegründet, der die Städte Leipzig, Halle, Merseburg und das Umland umfasst.¹²⁰

Einen weiteren Stützpunkt „Mittelsachsen/Erzgebirge“ gründeten Rechtsextremisten am 5. Dezember in Chemnitz. Nach eigenen Angaben vereint dieser Stützpunkt als Aktionsraum die Gebiete Mittelsachsen und das Erzgebirge sowie die Regionen um die Städte Zwickau und Chemnitz.¹²¹

¹¹⁹ Der Stützpunkt Hochfranken ist heute Teil des Stützpunktes Oberfranken.

¹²⁰ www.der-dritte-weg.info (Stand: 10. April 2015)

¹²¹ www.der-dritte-weg.info (Stand: 17. Dezember 2015)

Ideologie / Politische Zielsetzung

Ziel der Partei ist offiziell die „Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus, wie gleichmacherischem Kommunismus“.¹²²

Ideologisch orientiert sich die Partei dabei am Nationalsozialismus. Die Forderung nach „Schaffung eines Deutschen Sozialismus“ legt eine Ideenverbindung zur völkisch-nationalistischen Weltanschauung des 25-Punkte Programms der NSDAP nahe.

Beide Parteiprogramme eint eine biologische Sicht auf den Volksbegriff, der bei der NSDAP im Punkt 4 ihres Programmes Ausdruck fand. Dort hieß es, dass nur derjenige „Volksgenosse“ sein kann, der „deutschen Blutes“ ist. Entsprechend fordert die Partei III. Weg in Punkt 7 ihres Programms „die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ und in Punkt 4 die „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“, die es vor Überfremdung zu schützen gelte.

Auch in der Symbolik wird die beabsichtigte Nähe zum Nationalsozialismus deutlich. Schwert und Hammer wurden bereits als Symbol in der Hitlerjugend, aber auch in der NSDAP genutzt. Es soll die Verbundenheit der Soldaten und der Arbeiter im Kampf für den Sozialismus verdeutlichen. Das Symbol des Zahnrads war unter den Nationalsozialisten Symbol der NS-Gewerkschaft „Deutsche Arbeiterfront“. Es wird seit Jahren auch im Bereich der neonationalsozialistischen Kameradschaften genutzt.

Die Partei bezeichnet sich selbst als „national“, „revolutionär“ und „sozialistisch“. Sie nimmt dabei in ihren Äußerungen immer wieder Bezug auf den Nationalsozialismus. Dies gilt selbst dann, wenn sich offenkundig auch auf andere Epochen der deutschen Geschichte bezogen wird. Dies lässt sich an einem Flyer der Partei III. Weg illustrieren:

Die Worte Theodor Körners wurden hier ganz bewusst verwendet. Das Zitat nutzte der nationalsozialistische Propagandaminister Joseph Goebbels in leicht abgewandelten Worten („Nun Volk, steh auf, und Sturm brich los!“) am 18. Februar 1943 in der sogenannten „Berliner Sportpalastrede“, in der er den „Totalen Krieg“ ausrief.

Aktivitäten

Die Partei führte im Jahr 2015 eine Vielzahl von Veranstaltungen durch. Ziel dieser öffentlichen Aktionen war es, gegen Asylbewerber und deren Einrichtungen zu polemisieren und so weitere neue Mitglieder zu gewinnen.

Dabei setzte die Partei ihre häufige Anti-Asyl-Agitation auch in Form von Flugblattverteilungen unter dem Motto „Asylflut stoppen!“ fort, oft in Kombination mit der provokativen Teilnahme an Bürgerinformationsveranstaltungen. Über die durchgeführten Aktionen wurde regelmäßig in den Online-Präsenzen der Partei berichtet.

Ebenfalls wurden auf diesen Seiten sogenannte „Leitfäden“ für die Leser bereitgestellt. So werden z. B. im Leitfaden „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft!“ unter der Überschrift „Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft“ entsprechende Hinweise gegeben.¹²³ Der Leitfaden hat bundesweite Verbreitung gefunden. Die Partei will dazu animieren, rechtliche Mittel zur Verhinderung der Einrichtung oder Behinderung des Betriebes von Asylbewerber-Einrichtungen einzusetzen.

Bei den folgenden überregionalen Aktivitäten der Partei III. Weg waren sächsische Kader maßgeblich beteiligt:

¹²² www.der-dritte.weg.info (Stand: 11. Juni 2014)

¹²³ www.der-dritte-weg.info (Stand: 2. Februar 2015)

Die Partei berichtete auf ihrer Internetseite über das erste durchgeführte „Gebietstreffen-Mitte“, welches mit über 50 Teilnehmern Anfang März unweit von Erfurt (Thüringen) stattfand. Als Redner traten u. a. Tony GENTSCH und Rico DÖHLER aus Sachsen auf.

Danach suchten die sächsischen Protagonisten der Partei III. Weg verstärkt die grenzüberschreitende Kooperation.

Die Demonstration des „Nationalen sozialen Aktionsbündnis 1. Mai“ in Saalfeld (Thüringen) bot hierfür die erste größere Gelegenheit. Dort fand unter dem typisch neonationalsozialistischen Motto „Arbeit – Zukunft – Heimat / Überfremdung stoppen! Kapitalismus zerschlagen! Volkstod abwenden“ eine Demonstration statt, an der sich nach Polizeiangaben ca. 600 Personen beteiligten. Aus dem Vogtland nahmen nach Szeneangaben „über 40 Deutsche die es noch sein wollen“ teil.¹²⁴

Veranstalter der Demonstration war das sogenannte „Nationale und soziale Aktionsbündnis 1. Mai“¹²⁵. Allerdings wurde die Veranstaltung von Protagonisten der Partei III. Weg dominiert. Das zeigte sich u. a. darin, dass die Veranstaltung vom Bundesparteivorsitzenden Klaus ARMSTROFF angemeldet worden war und der Leiter des Stützpunktes Vogtland, Rico DÖHLER, als Versammlungsleiter fungierte. Auch viele der mitgeführten Fahnen verwiesen auf die Partei. Zudem übernahmen Parteimitglieder die Organisation und Koordinierung der Demonstration.

Sächsische Mitglieder der Partei beteiligten sich im Berichtsjahr außerdem bundesweit an weiteren rechtsextremistischen Veranstaltungen, so unter anderem an der Kundgebung „Ausländerstopp – für die Zukunft deutscher Familien!“ am 28. März in Wittstock (Brandenburg) oder am 18. April in Gotha (Thüringen) unter dem Motto „Überfremdung und Asylmißbrauch stoppen“.

An einer sogenannten „Heldengedenkdemonstration“ am 14. November 2015 in Wunsiedel (Bayern) unter dem Motto „Tot sind nur jene, die vergessen werden!“ beteiligten sich auch Rechtsextremisten aus Sachsen. Insgesamt ca. 250 Personen nahmen an der von der Partei initiierten Veranstaltung teil. Als stellvertretender Versammlungsleiter fungierte wie im Vorjahr Rico DÖHLER. Tony GENTSCH hielt während der Demonstration einen Redebeitrag. Der Ort Wunsiedel wurde nicht zufällig gewählt. Jahrelang war die Stadt als Veranstaltungsort rechtsextremistischer Rudolf-Hess-Gedenkmärsche missbraucht worden. Mit der Verbindung dieser beiden für Rechtsextremisten zentralen Kampagnenthemen wird deutlich, dass die Partei III. Weg bewusst geschichtsrevisionistische Anknüpfungspunkte zum „Dritten Reich“ sucht.

Informationen über die lokalen Aktivitäten der einzelnen Stützpunkte finden sich in den Beiträgen zum „Vogtlandkreis“, „Landkreis Leipzig“ und „Landkreis Mittelsachsen“ im Kapitel „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“.

Ausblick

Die Partei wird versuchen, ihren Strukturausbau auch im Jahr 2016 weiter voranzutreiben. Es ist zu erwarten, dass sie – vor allem, um gegen Asylbewerber zu agitieren – eine Vielzahl öffentlicher Aktionen durchführen wird. Auf diese Weise wird sie eine Erhöhung ihres Bekanntheitsgrads anstreben. Dabei wird die Kleinstpartei auch weiterhin als Auffangbecken für Neonationalsozialisten dienen.

Anti-Asyl-Aktivitäten werden im Jahr 2016 weiterhin den Schwerpunkt der Arbeit der sächsischen Parteistrukturen bilden. Die Demonstration am 1. Mai 2016 unter dem Motto „Kapita-

¹²⁴ www.facebook.com/Asylproblematik, Schreibweise wie im Original (Stand: 19. Mai 2015)

¹²⁵ war bereits 2014 Organisator der 1. Mai-Demonstration in Plauen

lismus zerschlagen für einen Deutschen Sozialismus!“ soll wieder in Plauen¹²⁶ stattfinden. Eine Anmeldung des Stützpunktleiters Vogtland Rico DÖHLER liegt vor.

Insbesondere die Akteure der Partei im Vogtland werden weiterhin auch außerhalb Sachsens eine große Rolle bei den kommenden Parteiaktionen spielen. Die Funktionäre GENTSCH und DÖHLER sind auch überregional maßgebliche Akteure beim weiteren Aufbau der Partei. Es ist davon auszugehen, dass im Zuge der fortgesetzten Anti-Asyl-Agitation weitere Gelegenheiten zur Bildung neuer Stützpunkte im Freistaat Sachsen genutzt werden.

Die bisherige aggressive rassistische Agitation wird sich vermutlich noch weiter verschärfen.

¹²⁶ Die Demonstration fand bereits 2014 in Plauen, danach 2015 in Saalfeld (Thüringen) statt.

1.7 Neonationalsozialisten

Strukturen und Personenpotenzial – Entwicklungen im Freistaat Sachsen

Die neonationalsozialistische Szene im Freistaat Sachsen befindet sich seit dem Jahr 2012 im Umbruch. Unter dem Druck zahlreicher Verbote von neonationalsozialistischen Gruppierungen im Jahr 2012 bundesweit¹²⁷, in den Jahren 2013¹²⁸ und 2014¹²⁹ im Freistaat Sachsen und im Jahr 2014 im Freistaat Bayern kam es zu Verschiebungen zwischen den rechtsextremistischen Spektren. Vor allem Führungspersonen schlossen sich rechtsextremistischen Parteien, wie der NPD, Der Dritte Weg (III. Weg) oder Die Rechte an. Die Verbliebenen wandten sich der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zu.

Wirkung entfalteten in Sachsen die Verbote der Widerstandsbewegung in Südbrandenburg am 19. Juni 2012 – diese hatte für einen Großteil der sächsischen Szene stets Unterstützerfunktion – sowie der Gruppierungen Nationaler Widerstand Dortmund, Kameradschaft Hamm und Kameradschaft Aachener Land am 23. August 2012 in Nordrhein-Westfalen. So gab die Revolutionäre Nationale Jugend Vogtland (RNJ) nur drei Tage nach den Verboten in Nordrhein-Westfalen am 26. August 2012 auf Facebook ihre Selbstauflösung bekannt.

Nachdem im Frühjahr 2013 mit den Nationalen Sozialisten Döbeln¹³⁰ eine neonationalsozialistische Gruppierung im Freistaat Sachsen verboten worden war, begannen sächsische Neonationalsozialisten zunehmend die Öffentlichkeit zu meiden. Zwar kam es nach wie vor zu öffentlichen Aktivitäten, jedoch wurde aus taktischen Gründen auf das Führen von Gruppenbezeichnungen verzichtet.

Es waren zweierlei Ausweichbewegungen feststellbar. Neben dem Agieren unter Kampagnenbezeichnungen wie „Tag der deutschen Zukunft“ durch die Freien Kräfte Dresden und „Raus in die Zukunft“ durch die Nationalen Sozialisten Chemnitz fand ein Teil der Neonationalsozialisten Unterschlupf bei den Jungen Nationaldemokraten (JN; Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands - NPD). Damit unterfielen sie dem Schutz des Parteienprivilegs¹³¹. So stieg Stefan TRAUTMANN, ehemaliges Mitglied der verbotenen Nationalen Sozialisten Döbeln, bereits Ende 2013 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten auf.

Das Verbot der Nationalen Sozialisten Chemnitz (NSC) im März 2014 führte zu einer weiteren Verunsicherung innerhalb der neonationalsozialistischen Szene im Freistaat Sachsen. Die NSC hatten die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene in und um Chemnitz in den vorangegangenen Jahren maßgeblich geprägt. Das Verbot der NSC bewirkte hier eine Zersplitterung der Gruppierung. Eine ehemalige Führungsperson engagierte sich bei den JN, ein zweites ehemals führendes NSC-Mitglied wurde im Dezember 2015 Leiter des neu gegründeten sogenannten „Stützpunktes“ Mittelsachsen/Erzgebirge der Partei Der III. Weg. Weitere ehemalige NSC-Mitglieder und Sympathisanten gingen in die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene.

Auch die neonationalsozialistische Szene im Raum Dresden, vor allem die Freien Kräfte Dresden, vollzogen den Wechsel in einen JN-„Stützpunkt“. Nach den Aktivitäten zum 13. Februar 2015¹³² waren die vormaligen neonationalsozialistischen Strukturen im Gegensatz zu der daraus hervorgegangenen lokalen JN-Struktur nicht mehr öffentlich wahrnehmbar.

¹²⁷ Aktionsbündnis Mittelrhein, Widerstandsbewegung in Südbrandenburg, Nationaler Widerstand Dortmund, Kameradschaft Hamm, Kameradschaft Aachener Land etc.

¹²⁸ Nationale Sozialisten Döbeln, Verbot am 18. Februar 2013

¹²⁹ Nationale Sozialisten Chemnitz, Verbot am 28. März 2014

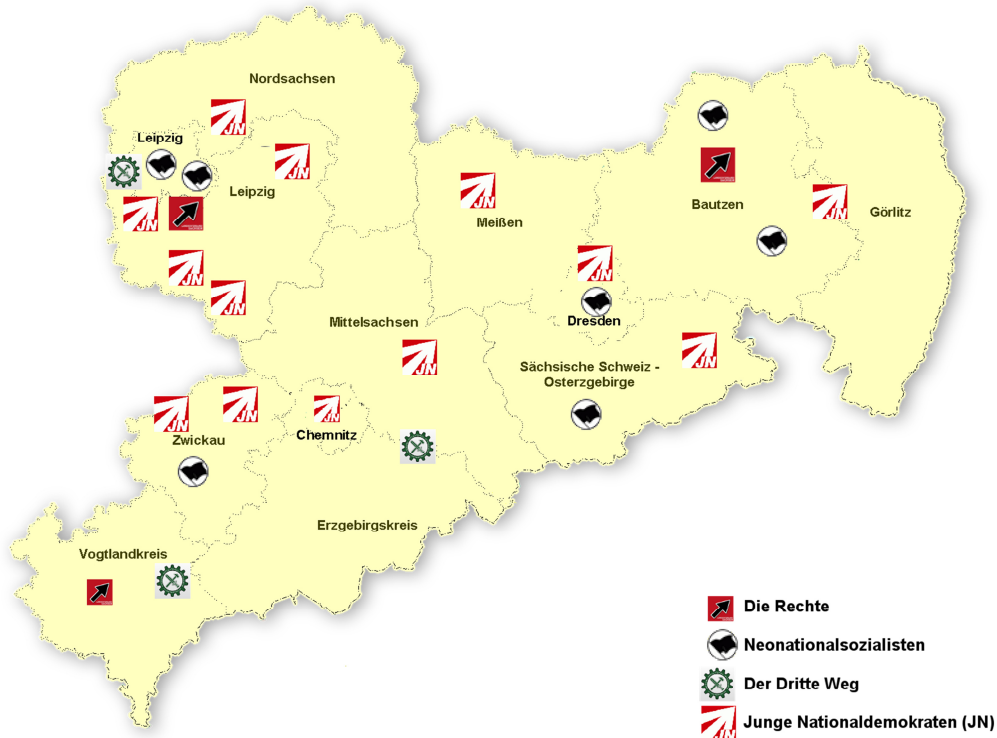
¹³⁰ Am 12. November 2015 hat das Sächsische Obergerverwaltungsgericht (OVG) in Bautzen die Klage von ehemaligen Mitgliedern gegen das Verbot des Vereins abgewiesen. Die Kläger hatten behauptet, bei der Gruppierung habe es sich nicht um einen Strukturen aufweisenden Verein, sondern um einen losen Kreis national gesinnter Personen gehandelt. Eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde vom OVG nicht zugelassen.

¹³¹ Das Verbot einer Partei unterliegt hohen rechtlichen Hürden.

¹³² Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg

Im Vogtlandkreis hat sich die rechtsextremistische Partei Der III. Weg als Auffangbecken für die neonationalsozialistische Szene erwiesen. Die Akteure der ehemaligen Revolutionären Nationalen Jugend (RNJ) sind mittlerweile ausschließlich in dieser Partei aktiv.

Neonationalsozialistische Strukturen im Freistaat Sachsen

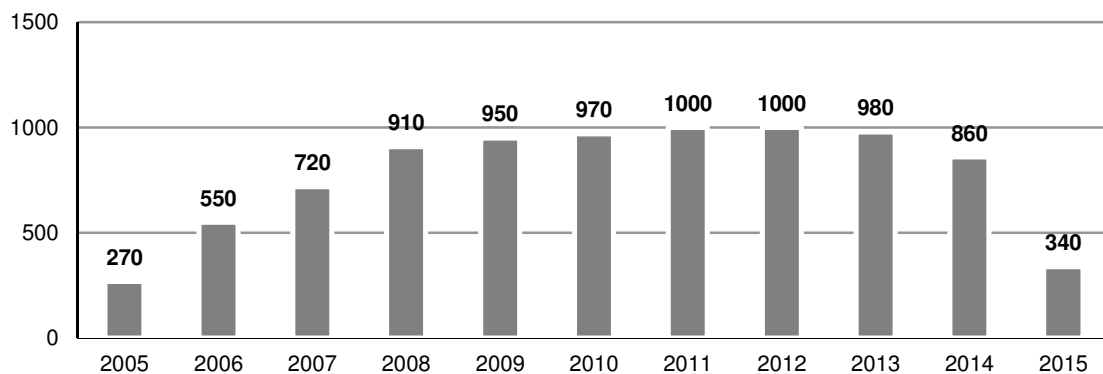


Personenpotenzial geht deutlich zurück

Die Anzahl der Neonationalsozialisten im Freistaat Sachsen stieg bis zum Jahr 2011 stetig an und stagnierte 2012 auf hohem Niveau. Dagegen war im Jahr 2013 bereits ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Im Jahr 2014 ging das neonationalsozialistische Personenpotenzial um 120 Personen und damit um über 12 % zurück.

Im Berichtsjahr verzeichneten die sächsischen Neonationalsozialisten einen erheblichen Verlust ihrer Anhängerschaft. In der Folge kam es zu massiven Verschiebungen innerhalb der rechtsextremistischen Spektren. Mehr als die Hälfte der Neonationalsozialisten wanderte 2015 in andere Bereiche der rechtsextremistischen Szene in Sachsen ab. Einige, darunter ehemalige Führungspersonen, engagieren sich zwischenzeitlich bei den JN, in der Partei Die Rechte oder in der Partei Der III. Weg. Der weitaus größere Teil ist nun der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zuzurechnen. Ihnen fehlen nunmehr feste neonationalsozialistische Strukturen und die Fähigkeit zu selbst organisierter politischer Arbeit.

Anzahl der Neonationalsozialisten im Freistaat Sachsen



Die in Parteistrukturen ausgewichenen Neonationalsozialisten werden zahlenmäßig nun bei den entsprechenden Parteien erfasst. Sie sind nach wie vor ideologisch stark gefestigt und nicht bereit, ihre neonationalsozialistische Ideologie aufzugeben und sich aus der Szene zurückzuziehen. Sie bringen dabei nicht nur ihre deutlich am historischen Nationalsozialismus orientierten Vorstellungen, sondern auch ihre Erfahrung, ihren Aktionismus und vor allem ihre überregionale Vernetzung in die Parteiarbeit ein. Die von den Neonationalsozialisten ausgehenden Gefahren bestehen daher unvermindert fort, zumal es nicht unwahrscheinlich erscheint, dass sich aus der subkulturell geprägten sächsischen rechtsextremistischen Szene heraus neonationalsozialistische Strukturen bilden werden. Erste Anhaltspunkte dafür zeichneten sich im Berichtsjahr bereits ab (siehe Kapitel „Subkulturell geprägte Rechtsextremisten“).

Die neonationalsozialistischen Gruppierungen, die sich nicht Parteistrukturen zugewendet haben, zogen sich weitgehend aus dem öffentlichen Raum zurück. Lediglich vereinzelte Gruppierungen trugen Erkennungszeichen oder traten unter eigenem Namen auf:

1. In Dresden anstelle der ehemaligen Freien Kräfte Dresden die Freie Kameradschaft Dresden bzw. Freie Aktivisten Dresden¹³³
2. Die sächsische Sektion der Weißen Wölfe Terrorcrew (WWT), die im Berichtsjahr in Sachsen nicht öffentlich in Erscheinung trat. Mitglieder der Sektion beteiligten sich jedoch an überregionalen Treffen und rechtsextremistischen Demonstrationen in anderen Bundesländern. Bei den WWT handelt es sich um eine neonationalsozialistisch geprägte Gruppierung mit bundesweiter Vernetzung und überregionalem Aktionsradius. Am 16. März 2016 wurde sie durch den Bundesminister des Innern bundesweit verboten. Es kam zu Exekutivmaßnahmen in zehn Bundesländern. Dabei wurde insbesondere umfangreiches rechtsextremistisches Propagandamaterial sichergestellt. In Sachsen war der Sektionsleiter von den Maßnahmen betroffen.

Seit Sommer 2014 trugen Rechtsextremisten bei überregionalen rechtsextremistischen Demonstrationen T-Shirts mit den Aufdrucken „Division Sachsen“, „Division Thüringen“, Division Sachsen-Anhalt“ und „Division Brandenburg“. Im ersten Halbjahr 2015 verstärkte sich dieser Trend. Bei rechtsextremistischen Demonstrationen am 11. April 2015 in Halberstadt (ST), am 18. April 2015 in Gotha (TH) und am 1. Mai 2015 in Saalfeld (TH) konnten derartige T-Shirts festgestellt werden. Beim „7. Tag der deutschen Zukunft“ am 6. Juni 2015 in Neuruppin (Brandenburg) trug eine ganze Personengruppe T-Shirts mit dem Aufdruck „Division Sachsen“. Personen aus diesem Umfeld trugen die T-Shirts ebenfalls bei der NPD-Demonstration am 17. Juni 2015 in Dresden. Entsprechende T-Shirts werden von einem Vertrieb in Thüringen mit den Namen aller deutschen Bundesländer sowie u. a. für Schlesien, Helvetia, Ostmark, Pommern und Deutschland angeboten.

¹³³ Siehe dazu Beitrag „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Dresden (Stadt)“

Die Mitgliedschaft in einer bestimmten rechtsextremistischen Gruppierung ist für das Tragen dieser T-Shirts jedoch nicht zwingend erforderlich. Mit den T-Shirts soll vielmehr bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen die Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Szene demonstriert werden, auch wenn es sich nicht um Angehörige des neonationalsozialistischen Spektrums handelt. Neonationalsozialisten hingegen wollen sich nach den bisherigen Verboten nicht mehr als Mitglieder einer bestimmten Gruppierung exponieren. Ihr Ziel ist die Vermeidung von exekutiven Maßnahmen durch die Verschleierung der konkreten Gruppenzugehörigkeit bei öffentlichen Auftritten.

Beispielweise posten Rechtsextremisten auf Facebook-Profilen „Selfies“ mit dem T-Shirt „Division Sachsen“. Diese lassen sich teilweise Gruppierungen zuordnen (u. a. den Freien Kräften Hoyerswerda), die – jedenfalls abseits der Öffentlichkeit – auch weiterhin unter eigenem Namen aktiv werden.

Aktivitäten

Da sich die in den Jahren 2013/2014 aktivsten Führungspersonen der neonationalsozialistischen Szene zwischenzeitlich Parteistrukturen im Freistaat Sachsen angeschlossen haben, sank das Aktionsniveau der übrigen parteiunabhängig agierenden Neonationalsozialisten im Vergleich zum Vorjahr weiter.

Öffentliche Aktivitäten führten Neonationalsozialisten im Berichtsjahr anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt Dresden im Zweiten Weltkrieg am 13. Februar 1945 durch. Diese Veranstaltung zog in früheren Jahren bis zu 6.500 Teilnehmer an. Im Jahr 2015 beteiligten sich lediglich 500 Personen daran: Seit dem Jahr 2007 hatte das der neonationalsozialistischen Szene in Dresden zuzurechnende Aktionsbündnis gegen das Vergessen (AgdV) die Federführung für die Aktivitäten von Rechtsextremisten anlässlich des 13. Februar übernommen. Im Berichtsjahr zeichnete erstmals - neben dem AgdV - die JN Sachsen für einen erheblichen Teil der Aktivitäten verantwortlich. Die Veranstaltungen im Rahmen der „Aktionswoche 13. Februar“ blieben nicht auf die Stadt Dresden begrenzt, sondern betrafen zahlreiche Orte in Sachsen und in anderen Bundesländern sowie im europäischen Ausland. Zentrale Veranstaltung war, wie in jedem Jahr, die o. g. Demonstration in Dresden. Diese war auf den 12. Februar vorgezogen worden.

Zu den sogenannten Trauermärschen der rechtsextremistischen Szene zählte ebenfalls ein „Fackelmarsch“ in Niederkaina bei Bautzen. Die Freien Kräfte im Raum Bautzen führten im Jahr 2015 eine Gedenkveranstaltung mit ca. 80 Teilnehmern für die an diesem Ort am 22. April 1945 getöteten deutschen Soldaten durch. An der Gedenktafel zum Andenken an die Soldaten legten die Teilnehmer einen Kranz mit der Aufschrift „Freie Kräfte Bautzen – Gegen das Vergessen“ ab.

Mit derartigen Aktionen betonen Rechtsextremisten regelmäßig und ausschließlich die „alliierten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen“ und blenden gleichzeitig die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes aus. Sie rücken den Trauergedanken ausschließlich für die deutschen Opfer in den Vordergrund und beanspruchen damit für sich die geschichtliche Deutungshoheit über die Ereignisse. Die Gedenkveranstaltung ist neben den Aktivitäten um den 13. Februar ein fester Termin im Kalender der neonationalsozialistischen Szene und dient vor allem dem inneren Zusammenhalt.

Eine weitere Gedenkveranstaltung der Freien Kräfte fand zum Volkstrauertag in Göda bei Bautzen mit ca. 100 Teilnehmern statt. Rechtsextremisten instrumentalisieren diesen Tag im revisionistischen Sinne als „Heldengedenktag“. Wenngleich die Bedeutung des Themas für die rechtsextremistische Szene seit dem Wegfall der zentralen Veranstaltung in Halbe (Brandenburg) massiv abgenommen hat, werden jedes Jahr weiterhin öffentliche Kundgebungen und Kranzniederlegungen zum „Heldengedenken“ durchgeführt.

Die oben angeführten Veranstaltungen waren die einzigen größeren Veranstaltungen der neonationalsozialistischen Szene im Freistaat Sachsen im Jahre 2015. Darüber hinaus betei-

ligten sich Neonationalsozialisten an zahlreichen Anti-Asyl-Demonstrationen im Freistaat Sachsen.¹³⁴

Ideologie / Politische Zielsetzung der Neonationalsozialisten

Neonationalsozialisten unterscheiden sich vom Potenzial der subkulturell geprägten Rechtsextremisten durch ihren Organisationsgrad, ihre Organisationsfähigkeit sowie das Bestreben, ihre Ideologie kontinuierlich zu verbreiten. Im Vordergrund stehen politische Aktivitäten sowie die Organisation von rechtsextremistischen Demonstrationen oder Propagandaaktionen, aber auch die interne ideologische Schulung der eigenen Mitglieder.

Der Neonationalsozialismus bezieht sich auf die Weltanschauung des „Dritten Reiches“ und macht diese zur Grundlage seiner politischen Zielvorstellungen. Deren Kern ist der Wunsch nach der Wiedererrichtung des „Dritten Reiches“. Dabei beziehen sich Neonationalsozialisten in unterschiedlicher Ausprägung auf ideologische Elemente des Nationalismus, Antisemitismus, Antipluralismus, Sozialdarwinismus und Rassismus als Teil der vor allem von den Nationalsozialisten vertretenen völkischen Ideologie, die einen ethnisch homogenen Staat anstrebt und jeglichen Pluralismus als existenzbedrohend verachtet.

Dementsprechend heißt es bei den Neonationalsozialisten:

„Die Machthaber in der BRD versuchen den Begriff ‚Volk‘ bewusst umzudeuten. Denn wenn man nämlich durch die Staatsangehörigkeit auch automatisch Volksangehöriger wird, ist das Problem ‚Volkstod‘ für sie gelöst, solange nur Zuwanderer kommen und die möglichst viele Kinder haben.“¹³⁵

Die „Volkstod“-Kampagne malt das Schreckensbild vom Aussterben des deutschen Volkes. Neonationalsozialisten glauben an einen Masterplan zur Ausrottung desselben. Sie definieren das deutsche Volk auf rassistischer Grundlage, nämlich als biologisch höherwertige „Rassegemeinschaft“, die es mit allen Mitteln zu retten gelte. Dem deutschen Volk gehöre hiernach an, wer zur sogenannten „arischen Rasse“ zähle. Der Begriff „Volkstod“, wie auch der oft verwendete Begriff der „Volksgemeinschaft“, ist mit einem biologistischen Weltbild verbunden, das fremde Kulturen und damit auch Menschen mit Migrationshintergrund als minderwertig darstellt und ausschließt.

„Überfremdung“ und „Volkstod“ waren auch im Berichtsjahr die Themen der maßgeblich durch Neonationalsozialisten organisierten Veranstaltung „Tag der Deutschen Zukunft“ (TddZ).¹³⁶ In einem Mobilisierungsflyer hieß es dazu:

„Jeder der sich für deutsche, für unsere Interessen einsetzt, wird mit der Nazikeule versucht mundtot zu machen. Vor etwa einem Jahr demonstrierten wir noch durch ihre schöne Stadt, um auf die Thematik des Volkstodes aufmerksam zu machen & nun bewahrheitet sich, was wir vorausgesagt haben: An den Klingelschildern in Ihrem unmittelbaren Umfeld häufen sich die Namen, die sie kaum aussprechen können. Unser Volk wird systematisch ausgetauscht ...“¹³⁷

Auch sächsische Neonationalsozialisten nutzten das Thema „Volkstod“ für eigene Aktionen, agitierten in den Sozialen Medien gegen Asylbewerber und riefen zum „Widerstand“ auf.

¹³⁴ Siehe dazu Beiträge „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen“ sowie „Im Fokus – Aktivitäten von Rechtsextremisten in der aktuellen Asyldebatte und ihre Folgen – Beobachtungen des Verfassungsschutzes in Sachsen“

¹³⁵ „Die Demokraten und der ‚Volksbegriff!“, www.pinselstriche.org (Stand: 19. September 2012)

¹³⁶ Der TddZ zählt zu den letzten bereits seit Jahren regelmäßig stattfindenden Terminen im rechtsextremistischen Demonstrationskalender und zeichnet sich durch eine spektren- und organisationsübergreifende Mobilisierung aus. Bei der diesjährigen Veranstaltung am 6. Juni 2015 in Neuruppin (Brandenburg) führten Blockaden von Gegendemonstranten erstmals zu einem vorzeitigen Abbruch der TddZ-Abschlusskundgebung.

¹³⁷ www.facebook.com/TddZ-2015 (Stand: 25. März 2015), Schreibweise wie im Original.

Neonationalsozialisten sind überdies häufig Revisionisten, die durch eine Umdeutung der Geschichtsschreibung die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren versuchen. So glorifizieren Rechtsextremisten mit dem alljährlichen „Heldengedenken“ verstorbene Nationalsozialisten. Im Krieg getötete deutsche Soldaten werden für ideologische Phrasen instrumentalisiert, mit denen der Zweite Weltkrieg entsprechend umgedeutet wird. Neonationalsozialisten organisieren ferner sogenannte „Trauermärsche“, mit denen sie unter Ausblendung der Verantwortung Deutschlands für den Kriegsausbruch an die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg erinnern und in diesem Zusammenhang beklagen:

„Die Verhöhnung und Abwertung deutscher Kriegsoffer, insbesondere aus der Epoche des Zweiten Weltkrieges, erfährt durch die sich politisch korrekt definierenden Kreise in der Bundesrepublik eine immer deutlicher hervortretende Ritualisierung. Ganz gleich ob zivile Opfer, Opfer von Vertreibungen oder ehemalige Frontsoldaten. Nahezu undifferenziert deklariert man diese Menschen posthum zu Individuen zweiter Klasse.“¹³⁸

Gleichzeitig ehren Neonationalsozialisten Kriegsverbrecher des „Dritten Reiches“ in Deutschland. Auch die Organisatoren eines alljährlich in Bad Nenndorf¹³⁹ (Niedersachsen) stattfindenden Aufzuges verbanden ihren „Trauermarsch“ mit der Ehrung des zwischenzeitlich verstorbenen SS-Führers Erich PRIEBKE, eines Verantwortlichen für ein Kriegsverbrechen in Italien¹⁴⁰.

Militanz – Gewaltbereitschaft

Angehörige der neonationalsozialistischen Szene haben häufig eine starke Affinität zu Waffen und Sprengstoffen. Bei Hausdurchsuchungen, die die Polizei im Rahmen von Ermittlungsverfahren bei Neonationalsozialisten durchführte, wurden immer wieder Waffen gefunden. Durch die Anlehnung an die aggressive NS-Ideologie finden sich in ihrem Weltbild Einstellungsmuster, die eine Neigung zur Gewaltanwendung und -befürwortung belegen.

„Die Geburt, mit der das Leben beginnt, und der Tod, der es endet, sind Kampf, wie auch das Leben, dass zwischen ihnen liegt, nur ein einziges Ringen des Menschen mit sich und der Umwelt ist. Diesen Kampf führt der Mensch nicht für sich alleine, sondern auch für seine Familie, seine Sippe und sein Volk, um diese zu schützen und zu erhalten. Für den nordischen Mann wird der Kampf so zur Pflicht und zur Ehre.“¹⁴¹

Auch in zahlreichen Einträgen in den Sozialen Medien wird der „Kampf“ als wesentlicher Bestandteil des Wirkens der neonationalsozialistischen Szene glorifiziert. Entsprechend populär ist Kampfsport in der neonationalsozialistischen Szene. Neonationalsozialisten trainieren diesen Sport und beteiligen sich an Kampfsportturnieren sowohl als Zuschauer als auch als Sportler. In der Eröffnungsrede zu einem Kampfsportturnier im Jahr 2010 hieß es:

„Der Kampf, den wir führen, der uns prägt, der unser Leben schon seit Jahren bestimmt und bis ans Ende bestimmen wird, ist kein Kampf gegen einzelne Personen. Kein Kampf gegen einzelne Missstände, kein Kampf für Anpassungen oder Reformen. Es ist der Kampf um das Ganze, der Kampf gegen Willkür und gegen Unterdrückung. Der Kampf gegen Heuchelei, Materialismus und Dekadenz. Es ist der Kampf des Idealismus gegen den Materialismus. Der Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung, der Kampf um unsere Zukunft. Der Kampf

¹³⁸ <https://logr.org/kryptonit> (Stand: 14. März 2015), Schreibweise wie im Original

¹³⁹ Organisiert werden die alljährlichen Aufzüge von dem neonationalsozialistischen „Gedenkbündnis Bad Nenndorf“. In Bad Nenndorf befand sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Internierungslager der britischen Armee.

¹⁴⁰ Erich Priebke war 1944 als SS-Offizier in Italien an der Erschießung von 335 Zivilisten beteiligt. Er wurde dort 1998 wegen der Beteiligung an dem Massaker in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

¹⁴¹ „Leben heißt auch kämpfen!“, www.pinselstriche.org (Stand: 20. August 2012)

*um die Existenz eines Volkes. Was sich heute noch abstrakt anhören mag, wird in nicht allzu ferner Zukunft ein Gesicht bekommen.*¹⁴²

Dieses Zitat verdeutlicht, dass es den Neonationalsozialisten um mehr geht, als nur um Körperertüchtigung und gegenseitiges Kräfteressen. Vielmehr soll Einigkeit im Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung, die in der sogenannten „Volksgemeinschaft“ besteht, demonstriert werden und zur Durchsetzung ideologischer Ziele auch persönlicher Einsatz erfolgen. In der Volksgemeinschaft haben Schwäche und Krankheit keinen Platz. Vielmehr spielen die Förderung und Erhaltung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit eine tragende Rolle für das Ideal des politisierten Soldaten nach dem Vorbild der Waffen-SS.

Die Organisatoren eines am 17. Oktober 2015 in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Kampfsportturniers „Ring der Nibelungen“ betonen auf ihrer Internetseite:

„Der Kampf der Nibelungen ist eine Kampfsportveranstaltung unter der Organisation und Beteiligung von jungen Deutschen, welche die Hingabe und die Begeisterung für „ihren“ Sport eint und welche sich nicht unter das Joch des vorherrschenden Mainstreams stellen wollen.

Während bei den meisten „Fight Nights“ im bundesweiten Raum die Teilnahme des jeweiligen Sportlers allzu oft mit dem abverlangten Bekenntnis zur freien demokratischen Grundordnung steht oder fällt, will der Kampf der Nibelungen den Sport nicht als Teil eines faulenden politischen Systems verstehen, sondern diesen als fundamentales Element einer Alternative zu eben jenem etablieren und in die Breite tragen. (...)

Wie sind der Überzeugung, dass unsere Leidenschaft zum Sport fest zusammenstehende Gemeinschaften formt, welche in der Tiefe ihrer Bindung in der von Materialismus und grenzenloser, individueller Selbstverwirklichung bestimmten demokratischen Gesellschaften selten zu finden sind.

*Der Kampf der Nibelungen will daher allen Sportlern und Sport-Anhängern, die sich nach einer Alternative zum vorherrschenden ehr- und wertelosen Zeitgeist sehnen, eine Bühne bieten. Beteiligt euch, besucht unsere Veranstaltungen oder tretet selber aktiv an, kommt mit anderen Sportlern in Kontakt und animiert über euer Vorbild andere dazu, dem System der Versager, der Heuchler und der Schwächlinge den Rücken zu kehren.*¹⁴³

Szeneinterne Betreuung von inhaftierten Rechtsextremisten

Nach dem Verbot der Hilfsorganisation für nationale und politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) im Jahr 2011 trat ab dem Jahr 2012 die GefangenenHilfe (GH) als Organisation für die Betreuung inhaftierter Rechtsextremisten in Erscheinung. Die GH ist ein in Schweden eingetragener Verein, dessen Hauptanliegen unter dem Motto „Gemeinschaft statt Isolation“ in der finanziellen Unterstützung der Inhaftierten und ihrer Familien liegt. Postfach und Bankverbindung der Organisation sind ebenfalls in Schweden angesiedelt, um staatlichen Maßnahmen in Deutschland zu entgehen. Initiator der GH war jedoch ein in Sachsen wohnhafter Rechtsextremist.

Erklärtes Ziel des Vereins ist neben der finanziellen Unterstützung Inhaftierter und ihrer Familien, die von der Organisation als „Opfer staatlicher Gewalt und Willkür“¹⁴⁴ bezeichnet werden, die „Wiedereingliederung der ehemaligen Häftlinge in unsere Gemeinschaft“¹⁴⁵. Die GefangenenHilfe veranstaltet deutschlandweit Informationsveranstaltungen und ist mit Informa-

¹⁴² Ursprünglich veröffentlicht auf der Internetseite SPREELICHTER, Beitrag: „Leben heißt Kampf“ – „Audiomitschnitt der Eröffnung des diesjährigen Kampfsportturniers des Widerstandes“ am 27. November 2010 im Großraum Dresden; Erneut veröffentlicht auf www.pinselstriche.org als Einleitung zum Beitrag „Leben heißt auch kämpfen!“ (Stand: 20. August 2012)

¹⁴³ www.kampf-der-nibelungen.com (Stand: 13. November 2015)

¹⁴⁴ www.gefangenenhilfe.info/2012/12/267/ (Stand: 26. Dezember 2012)

¹⁴⁵ www.gefangenenhilfe.info/2012/04/02/wir-uber-uns/ (Stand: 2. April 2012)

tionsständen bei sceneinternen (Groß-)Veranstaltungen präsent, um die Organisation und die verschiedenen Möglichkeiten der Betreuung bzw. Unterstützung Inhaftierter vorzustellen und den Aufbau regionaler Strukturen zu fördern. Darüber hinaus vermittelt die GH Rechtsanwälte und unterstützt die inhaftierten Straftäter durch Besuche und Briefkontakte. Die GH nutzt - anders als vormals die HNG - das Internet intensiv als Kommunikations- und Informationsplattform.

Unterstützt wird die Gefangenenhilfe von rechtsextremistischen Liedermachern und Vertrieben. So initiierten die rechtsextremistische Vertriebe OPOS RECORDS (Sachsen) und OLDSCHOOL RECORDS (Bayern) Ende 2014/Anfang 2015 eine Spendenaktion für die GH.

Ausblick

Das neonationalsozialistische Personenpotenzial hat sich im Berichtsjahr mit erheblichen Verschiebungen weiter ausdifferenziert. Das wirkt sich auf den parteigebundenen Rechtsextremismus in Sachsen und auch auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene aus. Beide Bereiche profitierten hinsichtlich ihrer Personenpotenziale teilweise in erheblichem Maße. Insbesondere die Stärkung der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene wird aller Voraussicht nach nicht von Dauer sein. Denn in dieser Szene finden vor dem Hintergrund der Asyl-Thematik Politisierungs- und Vernetzungsprozesse statt. Diese befördern die Herausbildung neuer neonationalsozialistischer Strukturen. Sollten sich diese verfestigen, ist erneut mit einem Anstieg des neonationalsozialistischen Personenpotenzials zu rechnen.

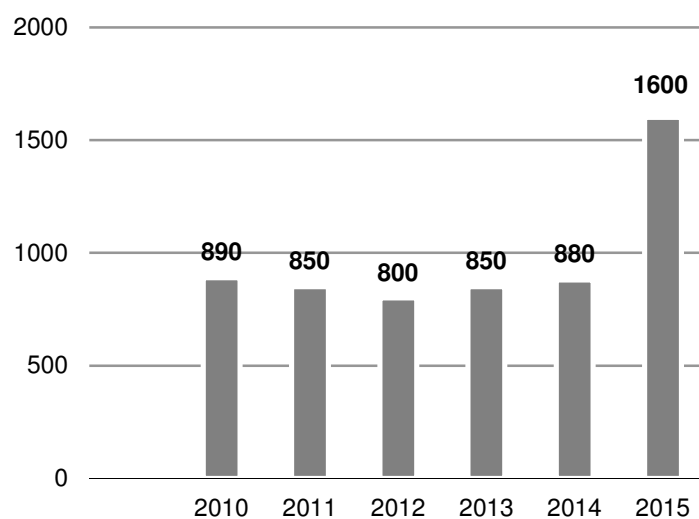
Mit der Verschiebung innerhalb der rechtsextremistischen Spektren fließt neonationalsozialistische Ideologie noch stärker in die rechtsextremistischen Parteien und auch in die subkulturell geprägte Szene ein. Damit dürften gerade vor dem Hintergrund der andauernden Asylthematik mit größerem Aktionismus und einem stärker geplanten Vorgehen zu rechnen sein. In der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene vereint sich dies mit der sehr hohen Gewaltbereitschaft, was zu einem Anstieg der entsprechenden Straf- und Gewalttaten führen könnte.

1.8 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten zählen zur parteiungebundenen rechtsextremistischen Szene. Überwiegend agieren sie nicht in festen dauerhaften Strukturen. Ihr Weltbild ist von Fremdenhass und Rassismus geprägt, ohne dass ihre Aktivitäten von gezielter politischer Arbeit bestimmt sind. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten sind seit jeher gekennzeichnet durch einen geringeren Organisationsgrad. Sie organisieren sich mittels persönlicher Beziehungen sowie gemeinsamen Erlebens. Sie sind in hohem Maße gewaltbereit und für einen erheblichen Teil der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten verantwortlich. Die Gewalttaten werden in der Regel impulsiv und bei sich bietenden Gelegenheiten begangen. Beispiele dafür sind das Aufeinandertreffen mit (vermeintlichen) politischen Gegnern oder Personen, die den verschiedenen Feindbildern der rechtsextremistischen Szene wie Asylbewerbern, Menschen mit Migrationshintergrund oder Obdachlosen zugeordnet werden können.

Das Personenpotenzial der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene stieg im Jahr 2015 auf ca. 1.600 (2014: ca. 880) Personen an. Die starke Zunahme ist eine Folge von Strukturauflösungen im neonationalsozialistischen Spektrum und des Anstiegs der Straf- und Gewalttaten im Jahr 2015.

Personenpotenzial der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen



Hinter dieser Entwicklung steht auf der einen Seite die seit einigen Jahren anhaltende Abwanderung von führenden Neonationalsozialisten in den parteiungebundenen Rechtsextremismus. In Sachsen profitierten von dieser Bewegung neben den Parteien Der Dritte Weg und Die Rechte insbesondere die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Die somit verursachte Auflösung oder zunehmende Inaktivität neonationalsozialistischer Strukturen hat dazu geführt, dass ein Großteil des ehemals neonationalsozialistischen Personenpotenzials von der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene aufgesogen wurde.

Auf der anderen Seite hat die anhaltende Zuwanderung von Asylbewerbern der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene Zulauf verschafft, denn sie bedient die Feindbilder der Szene.

So wird der im eigenen Wohnort sichtbare Zuzug von Asylbewerbern von Szeneangehörigen bereits an sich als existenzielles Problem empfunden. „Massen“ von vorgeblich „rassisch

minderwertigen“ Flüchtlingen würden demnach Deutschland „überrennen“ und wären Ausdruck einer bevorstehenden „Umvolkung“ zur Verdrängung der hier lebenden Menschen.

Seitdem sieht sich die gesamte rechtsextremistische Szene einem Handlungsdruck ausgesetzt. Dieser hat auch die sonst eher in ihren eigenen Kreisen verharrende subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene politisiert und zu verstärkten Aktivitäten im öffentlichen Raum veranlasst.

Während dieser Handlungsdruck im parteigebundenen Rechtsextremismus, wie auch in der verbliebenen neonationalsozialistischen Szene, vor allem zu öffentlichen politischen Aktionen wie Demonstrationen und anderen propagandistisch ausgerichteten Agitationen geführt hat, reagierte die subkulturell geprägte Szene mit erhöhter situativ bestimmter Gewalt. Diese brach z. B. bei der Begegnung mit Asylbewerbern auf der Straße aus. Ebenso waren die Unterkünfte von Asylbewerbern oder Menschen, die sich für sie einsetzen, Ziele von Angriffen. Durch den Anstieg solcher Konfrontationsgelegenheiten stiegen die in diesem Zusammenhang stehenden Gewalttaten erheblich an.

Gleichzeitig ließen sich im Jahr 2015 Angehörige der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene auch häufiger als Teilnehmer von asylkritischen oder -feindlichen Demonstrationen im gesamten Freistaat Sachsen beobachten. Wenn es im Anschluss solcher Demonstrationen zu Ausschreitungen kam, waren auch immer wieder Angehörige dieser Szene beteiligt. Hier bestehen auch fließende Übergänge zur Hooliganszene, die nur zum Teil rechtsextremistisch ausgerichtet ist. Gleichwohl ist festzuhalten, dass diverse subkulturell geprägte Rechtsextremisten in der Hooliganszene – insbesondere in Chemnitz, Dresden und Leipzig – aktiv sind und diese Kontakte auch zur Mobilisierung nutzen.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szenen existieren gleichmäßig auf den Freistaat Sachsen verteilt. Die wenigen festen Strukturen sind dagegen nur in Ostsachsen und Leipzig feststellbar. Dazu zählen der Nationale Jugendblock e.V. (NJB) in Zittau und die Brigade 8, die mittlerweile in Leipzig und Weißwasser (Landkreis Görlitz) und darüber hinaus auch in mehreren Bundesländern vertreten ist. Mit der Oldschool Society (OSS) existierte mit Schwerpunkt im Landkreis Leipzig eine bundesweite subkulturell geprägte rechtsextremistische Gruppierung, bei der Anhaltspunkte für den Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung bestehen. Das Verfahren gegen die Mitglieder ist seit Mai 2015 beim Generalbundesanwalt anhängig.¹⁴⁶

Ein weiterer wichtiger Teil der Aktivitäten der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zeigt sich im Besuch von rechtsextremistischen Konzerten und dem Konsum rechtsextremistischer Musik. Im Freistaat Sachsen gibt es mit Front Records, PC-Records und OPOS-Records drei der bundesweit bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe. Zudem ist hier eine Vielzahl rechtsextremistischer Bands ansässig. Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte ist 2015 in Sachsen zwar leicht von 14 auf 17 angestiegen, sie liegt aber weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt.

Ob auch in Zukunft über die Hälfte der sächsischen Rechtsextremisten dem subkulturellen Spektrum angehören wird, ist eher unwahrscheinlich. Vielmehr zeigte sich bereits im Jahr 2015 ein Bedürfnis nach festeren Strukturen und zielgerichteter politischer Arbeit jenseits des parteigebundenen Rechtsextremismus. Insbesondere die sich verfestigenden Gruppierungen wiesen schon im Jahr 2015 zunehmend Merkmale neonationalsozialistischer Vereinigungen auf, ohne dass diese bereits so stark ausgeprägt gewesen wären, dass aufgrund dessen eine Zuordnung zur neonationalsozialistischen Szene möglich war. Da die diese Situation befördernde Asyldiskussion im Jahr 2016 vermutlich andauern wird, dürften auch die Gelegenheiten zur weiteren Politisierung und Strukturverfestigung weiterhin gegeben sein. Davon unabhängig bleibt die extrem hohe Gewaltbereitschaft das prägendste Merkmal dieser Szene.

¹⁴⁶ Siehe auch im Kapitel „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Landkreis Leipzig“

1.9 Rechtsextremistische Musikszene und Konzerte

Im Gegensatz zu den Vorjahren hat die rechtsextremistische Musikszene im Jahr 2015 ihre Aktivitäten in Sachsen gesteigert. So stieg nicht nur die Anzahl der durchgeführten rechtsextremistischen Konzerte leicht an. Deutlich erhöht hat sich auch die durchschnittliche Teilnehmerzahl, die einen langjährigen Höchststand erreichte.

Zudem veröffentlichten die Bands mehr Tonträger und beteiligten sich stärker an Samplern als im Jahr zuvor. Die Entwicklung im Berichtsjahr lässt darauf schließen, dass die rechtsextremistische Musikszene wieder an Zulauf und Bedeutung gewinnt und es ihr so gelingt, ihre rechtsextremistische Ideologie verstärkt zu verbreiten.

1.9.1 Rechtsextremistische Musikgruppen bzw. Bandprojekte und Liedermacher

Im Jahr 2015 waren ²²¹⁴⁷ sächsische rechtsextremistische Musikgruppen und Bandprojekte sowie vier rechtsextremistische Liedermacher aktiv. Diese traten bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen auf und/oder publizierten auf eigenen Tonträgern oder beteiligten sich an Samplern.

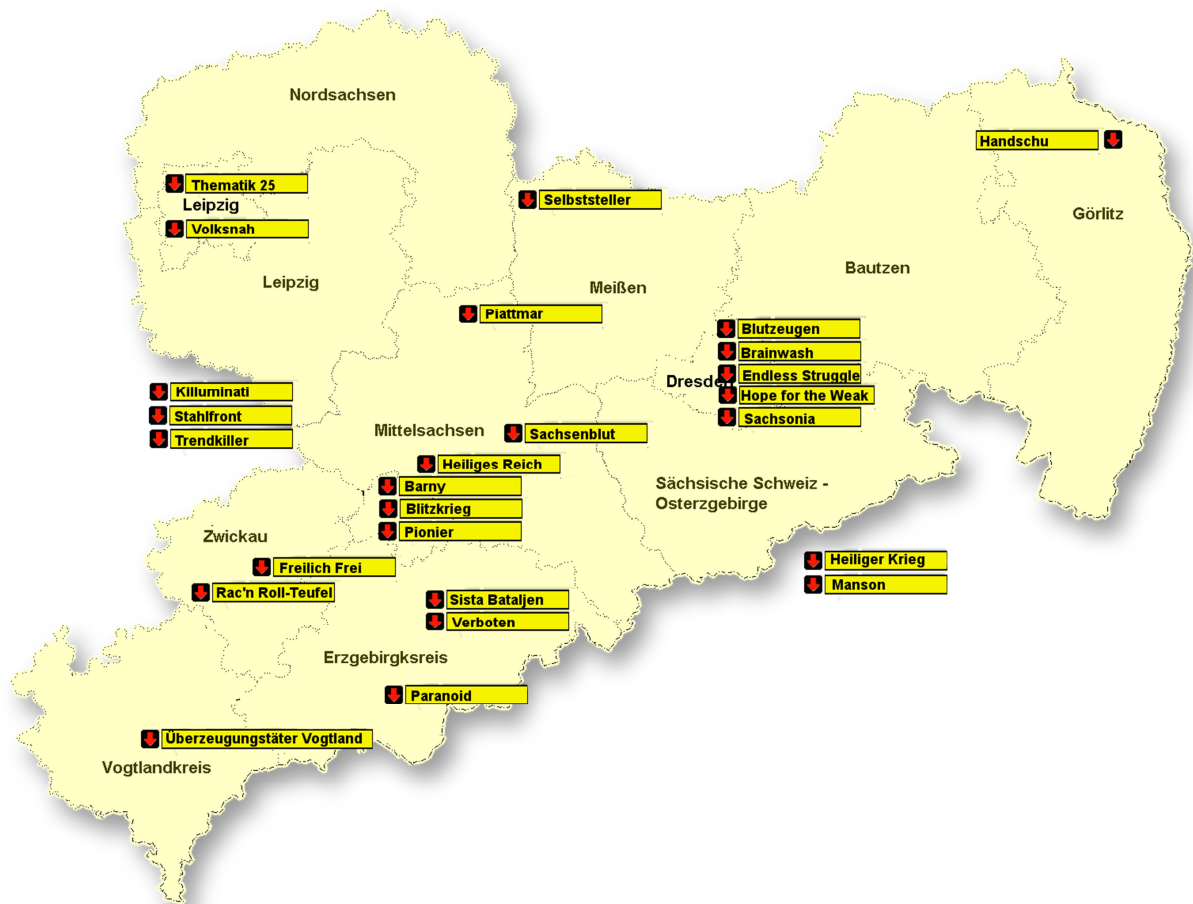
Die Anzahl der aktiven rechtsextremistischen Bands/Bandprojekte lag bei langfristiger Betrachtung geringfügig unter dem Durchschnitt von knapp 24 Bands und blieb gegenüber 2014 stabil. Allerdings war diese Szene im Berichtsjahr aktiver als im Vorjahr. Sie gab zwölf Tonträger heraus (2014: fünf) und beteiligte sich an fünf Samplern (2014: einer). Zu den im Berichtsjahr aktiven rechtsextremistischen Musikgruppen zählten auch die Bands Heiliges Reich (Raum Chemnitz/Flöha) und Verboten (Erzgebirgskreis). Diese haben u. a. Liedtexte in typisch rechtsextremistischer Diktion veröffentlicht, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpJM) im Jahr 2014 als jugendgefährdend eingestuft und deshalb indiziert wurden. Betroffen davon war der Sampler „Tag der deutschen Zukunft“ mit den Titeln „Bürgerkrieg“ und „Rettet die Wale“. So heißt es z. B.: *„Fremde Sprachen hallen durch unsere Städte, jeden Tag kannst du sie deutlich hören. Finanziert ruhig weiter den Bau der Minarette, den dummen Michel, soll's nicht stören (...) Bürgerkrieg, Bürgerkrieg, es herrscht Bürgerkrieg“*¹⁴⁸ oder *„Rettet unser Volk, rettet unser Volk (...) verjagt die Besatzer, zerstört ihr Gold, (...) rettet das deutsche Volk“*.¹⁴⁹

¹⁴⁷ einschließlich länderübergreifender Mischbands

¹⁴⁸ Auszug aus dem Titel „Bürgerkrieg“ von der Band Heiliges Reich

¹⁴⁹ Auszug aus dem Titel „Rettet die Wale“ von der Band Verboten

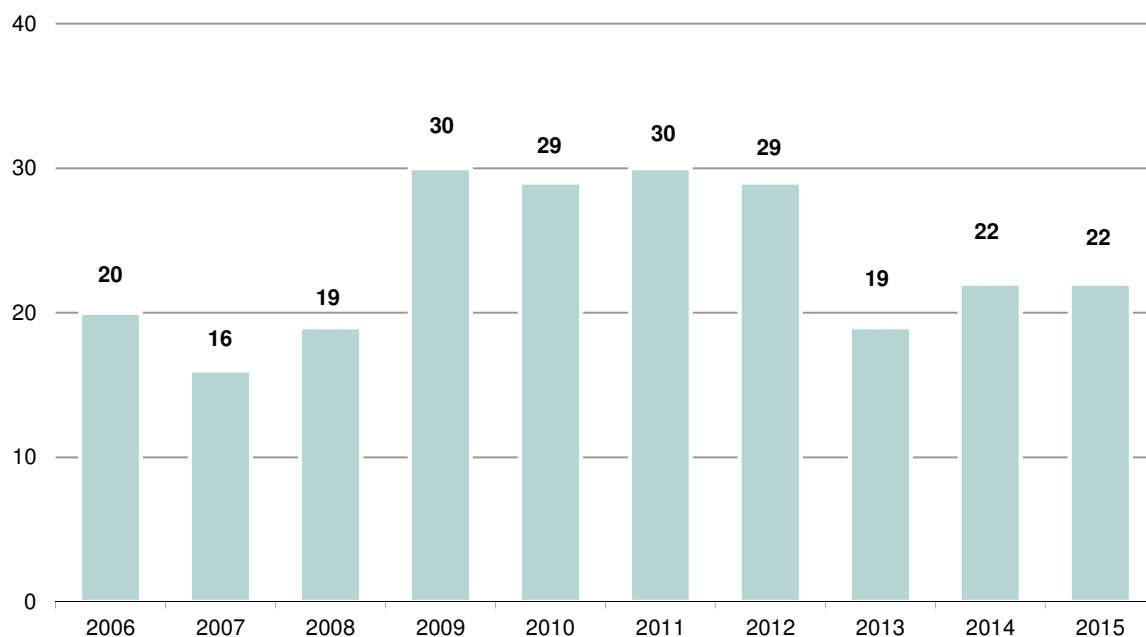
Rechtsextremistische Musikgruppen bzw. Bandprojekte und Liedermacher im Freistaat Sachsen



Bei den Bands Killuminati, Stahlfront und Trendkiller handelt es sich um Bands, denen Mitglieder aus mehreren Bundesländern, dabei auch aus Sachsen, angehören.

Bei den Bands Heiliger Krieg und Manson war eine konkrete regionale Zuordnung nicht möglich.

Anzahl der rechtsextremistischen Bands bzw. Bandprojekte im Freistaat Sachsen



Bands bzw. Bandprojekte in der Einzelübersicht¹⁵⁰

Blitzkrieg

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen in 2015	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 2. Mai 2015 in Torgau OT Staupitz

¹⁵⁰ Musikgruppen mit offen verwertbaren Erkenntnissen zu Aktivitäten im Jahr 2015

Blutzeugen

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen in 2015:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 3. Oktober 2015 in Torgau OT Stau- pitz

Brainwash

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen in 2015:	zwei Tonträger bei OPOS-Records: EP „ Save our kind defend Europe” CD “Hate is our Justice 2”
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015 im europäischen Ausland

Endless Struggle

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen in 2015:	CD „Where Life Ends”, erschienen bei OPOS- Records
Bemerkungen:	keine

Heiliger Krieg

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen, ursprünglich Baden-Württemberg
aktiv seit:	2000, seit 2014 in Sachsen
Veröffentlichungen in 2015:	Mitwirkung am Sampler „One Family Part III“, erschienen bei OPOS-Records
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 17. Januar 2015 in Kirchheim (Thüringen)

Heiliges Reich

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Raum Chemnitz / Flöha
aktiv seit:	2013
Veröffentlichungen in 2015:	CD „Honor Imperii“, erschienen bei OPOS-Records
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 10. Oktober 2015 in Riesa

Hope for the Weak

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2005
Veröffentlichungen in 2015:	Split-CD „Vereint“ mit der Band Selbststeller, erschienen bei OPOS-Records
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 7. Februar 2015 im Großraum Dresden

Killuminati

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen / Thüringen / Baden-Württemberg
aktiv seit:	2014
Veröffentlichungen in 2015:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 23. Mai 2015 in Hildburghausen (Thüringen)

Manson

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen
aktiv seit:	mindestens seit 2012
Veröffentlichungen in 2015:	CD „Tod der verfaulten Welt“, erschienen bei OPOS-Records
Bemerkungen:	keine

Paranoid

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirge (Schneeberg)
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen in 2015:	CD „Gender mich nicht voll“, erschienen bei OPOS-Records Ferner beteiligte sich die Band an einem im Internet verbreiteten Medley.
Bemerkungen:	keine

Pionier

Typ:	Bandprojekt
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
aktiv seit:	ca. 2009
Veröffentlichungen in 2015:	CD „Rattenfänger“, erschienen bei PC-Records Das Bandprojekt beteiligte sich auch am sogenannten „TddZ ¹⁵¹ -Sampler“ sowie am Sampler „Glühweindesperados“, die von PC-Records produziert wurden.
Bemerkungen:	keine

Rac´n´Roll-Teufel

Typ:	Bandprojekt
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Landkreis Zwickau
aktiv seit:	ca. 2009
Veröffentlichungen in 2015:	Das Bandprojekt beteiligte sich am sogenannten „TddZ ¹⁵² -Sampler“ sowie am Sampler „Glühweindesperados“. Beide Tonträger erschienen bei PC-Records.
Bemerkungen:	keine

Sachsenblut

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Freiberg
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen in 2015:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa im Frühjahr 2015 in Thüringen

¹⁵¹ Tag der deutschen Zukunft

¹⁵² Tag der deutschen Zukunft

Sachsonia

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	1999
Veröffentlichungen in 2015:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 5. September 2015 in Neuensalz OT Zobes

Selbststeller

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Riesa
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen in 2015:	CD „Die rote Pille“, erschienen bei PC-Records sowie Split-CD „Vereint“ mit Hope for the Weak, erschienen bei OPOS-Records
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 29. August 2015 in Torgau OT Stau- pitz

Sista Bataljen

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirge
aktiv seit:	mindestens 2014
Veröffentlichungen in 2015:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 14. November 2015 in Torgau OT Staupitz

Stahlfront

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen / Thüringen
aktiv seit:	2013
Veröffentlichungen in 2015:	CD „I.Z.D.R.“, erschienen bei Hammerbund (NSBM-Vertrieb)
Bemerkungen:	keine

Thematik 25

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Leipzig
aktiv seit:	2008
Veröffentlichungen in 2015:	Mitwirkung am Sampler „One Family Part III“, erschienen bei OPOS-Records
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 7. Februar 2015 in Torgau OT Stau-pitz

Trendkiller

Typ:	Bandprojekt
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen / Thüringen / USA
aktiv seit:	2015
Veröffentlichungen in 2015:	Mitwirkung am Sampler „One Family Part III“, erschienen bei OPOS-Records
Bemerkungen:	keine

Überzeugungstäter Vogtland

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Vogtland
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen in 2015:	CD „Epoche der Angst“, erschienen bei PC-Records
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 5. September 2015 in Neuensalz OT Zobes

Verboten

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen in 2015:	CD „Deutsches Herz“, erschienen bei OPOS-Records
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 2. Mai 2015 in Torgau OT Staupitz

Volksnah

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Leipzig
aktiv seit:	2012
Veröffentlichungen in 2015:	Demo-CD „Wir steh´n bereit“
Bemerkungen:	Postings im Internet lassen den Schluss zu, dass die Band am 11. Juli 2015 gemeinsam mit der Band Thematik 25 bei einem Konzert aufgetreten ist.

Liedermacher in der Einzelübersicht

Barny

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
aktiv seit:	2005
Veröffentlichungen in 2015:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, Der Liedermacher wirkt überdies bei verschiedenen Bandprojekten mit. So trat er beispielsweise mit Sista Bataljen beim rechtsextremistischen Konzert am 2. Mai 2015 in Torgau OT Staupitz auf.

FreilichFrei

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Zwickau
aktiv seit:	2014
Veröffentlichungen in 2015:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, Am 16. April 2015 vollstreckte die Polizei im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Zwickau ¹⁵³ insgesamt 25 Durchsuchungsbeschlüsse des Amtsgerichts Zwickau. In einem Lied auf der im Vorjahr erschienenen Debüt-CD „Ehrbarer Kämpfe - mein Volk hasst unsere Freiheit“ von FreilichFrei wurde die Zwickauer Oberbürgermeisterin verunglimpft und die mutmaßlichen Mitglieder der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) glorifiziert. Im Zuge der Maßnahmen wurden über 400 Exemplare der CDs beschlagnahmt. Gegen den Liedermacher wurde wegen Be-lohnung und Billigung von Straftaten gemäß § 140 StGB ein Strafbefehl beantragt.

¹⁵³ Az. 120 Js 4820/15

Handschu¹⁵⁴

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Weißwasser (ehem. Cottbus)
aktiv seit:	ca. 2013
Veröffentlichungen in 2015:	Mitwirkung auf der Split-CD „Rebellenlieder“
Bemerkungen:	Live-Auftritte, etwa am 5. September 2015 in Weißwasser

Piattmar

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Döbeln
aktiv seit:	2013
Veröffentlichungen in 2015:	keine
Bemerkungen:	Live-Auftritte 2015, etwa am 10. Oktober 2015 in Riesa

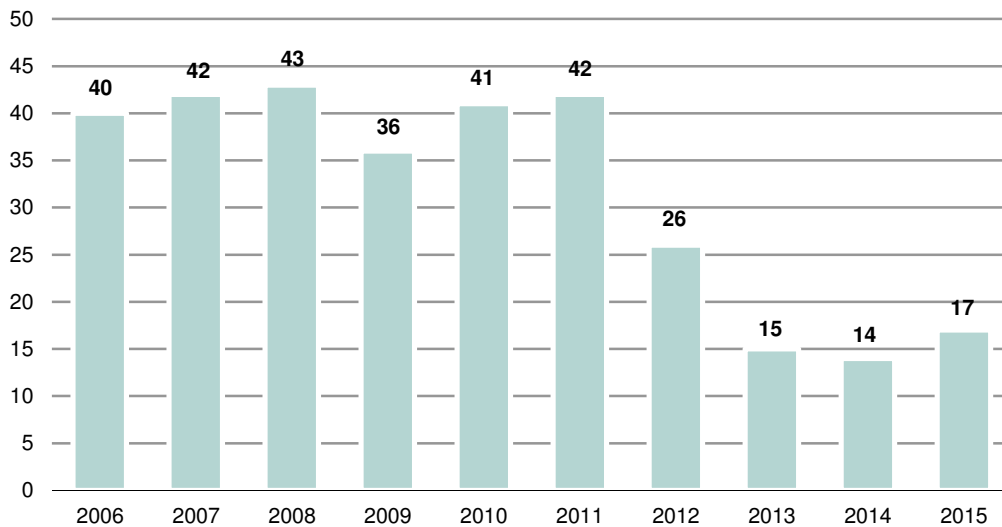
¹⁵⁴ Schreibweise wie im Original

1.9.2 Rechtsextremistische Konzerte

Leichter Anstieg der rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen

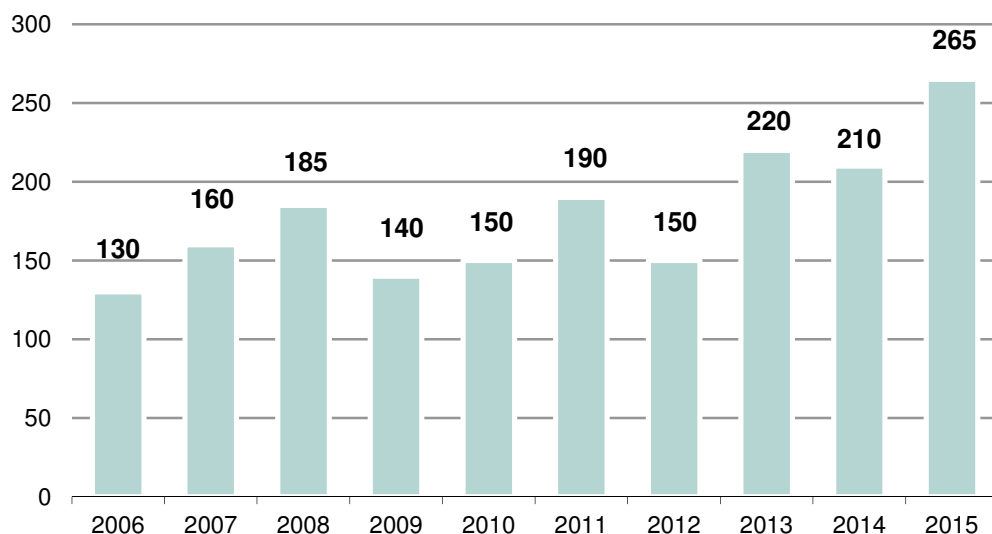
Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte im Freistaat Sachsen ist im Jahr 2015 leicht angestiegen (2015: 17; 2014: 14). Nachdem die Anzahl der Konzertveranstaltungen in den Jahren 2012 und 2013 im jeweiligen Vorjahresvergleich stark zurückgegangen war, bewegte sie sich seitdem in einem mittleren Bereich zwischen vierzehn und zwanzig Konzerten jährlich.

Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



Auffällig ist der deutliche Anstieg der Besucherzahlen im Berichtszeitraum. So nahmen an den Konzerten durchschnittlich rund 265 Personen teil. Angesichts von durchschnittlich etwa 210 Teilnehmern im Jahr 2014 stellt dies eine erhebliche Steigerung und zugleich den Höchststand im Zehnjahresvergleich dar. Der Anstieg ist auch auf eine Großveranstaltung am 5. September 2015 im Neuensalzer Ortsteil Zobes (Vogtlandkreis) mit rund 650 Teilnehmern zurückzuführen. Aber auch ohne dieses Konzert betrüge die durchschnittliche Teilnehmerzahl rund 235 Personen und läge damit über dem langjährigen Durchschnitt.

Durchschnittliche Teilnehmerzahl je Konzert



Für die Durchführung rechtsextremistischer Konzerte spielt der Zugang zu sicheren Objekten eine entscheidende Rolle. Wie bereits in den Vorjahren konzentrierte sich das Veranstaltungsgeschehen auch 2015 auf das seit 2008 einschlägig genutzte Lokal in Torgau, Ortsteil Staupitz (Landkreis Nordsachsen). Allein zehn der 17 durchgeführten Konzerte fanden in diesem Szene-Objekt statt.

Dort sind aufgrund behördlicher Beschränkungen maximal zehn Veranstaltungen pro Jahr zulässig, die die Szene seit Jahren stets ausnutzt. Bei den hier agierenden Konzertveranstaltern handelt es sich in der Regel um langjährige Szene-Protagonisten, meist mit Bezügen in die rechtsextremistische Vertriebszene. Die auftretenden Bands sind vorwiegend überregional bekannt. Die bewährte Organisation und der fortbestehende Bedarf an Konzertveranstaltungen spiegeln sich in den Teilnehmerzahlen wider: Die zehn Konzerte in Torgau, Ortsteil Staupitz, wurden durchschnittlich von rund 234 Personen besucht. Auch hier ist im Vergleich zu den Vorjahren eine Steigerung feststellbar, was für eine wachsende Akzeptanz dieser Veranstaltungen spricht. Die Konzerte in Staupitz bilden somit den „Grundstock“ der rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Sachsen.

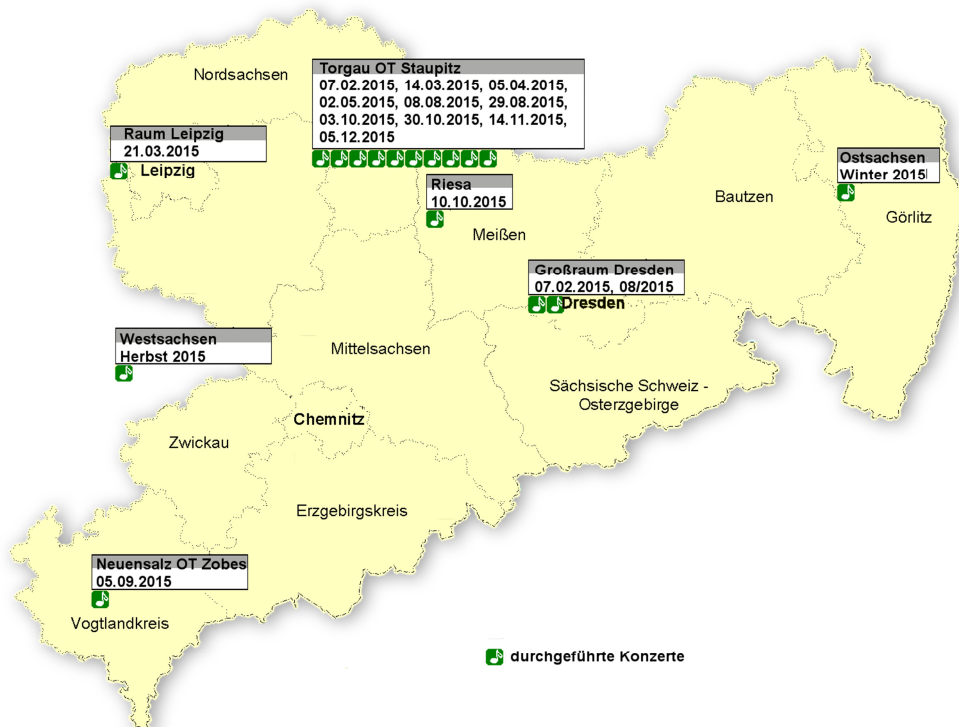
Der Vorverkauf von Eintrittskarten zeigt gleichzeitig die zunehmende Professionalisierung bei der Organisation. Für die Veranstalter werden dadurch die Teilnehmerzahlen planbarer und wirtschaftliche Risiken minimiert.

Die größte rechtsextremistische Musikveranstaltung im Berichtszeitraum in Sachsen fand am 5. September abermals in Neuensalz, Ortsteil Zobes (Vogtlandkreis), statt. Bereits seit 2013 werden dort die jährlich jeweils größten Konzerte in Sachsen durchgeführt. In den Jahren 2014/2015 wurden diese von nordrhein-westfälischen Protagonisten der rechtsextremistischen Partei Die Rechte angemeldet. Im Berichtsjahr nahmen rund 700 Personen an dem Konzert teil.

Am 10. Oktober 2015 fand im Objekt der Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft in Riesa (Landkreis Meißen) eine weitere Musikveranstaltung statt. Diese wurde offen im Internet beworben, sie war Teil der vom JN-Bundesvorstand organisierten „Konferenz der europäischen Jugend“.

Die übrigen vier Konzerte wurden konspirativ organisiert und durchgeführt, darunter zwei Veranstaltungen im Großraum Dresden sowie jeweils eine weitere in Ost- und Westsachsen. Solche Konzerte weisen im Regelfall eine niedrigere Beteiligung auf, da zeitlich und regional nur begrenzt dafür geworben wird.

Regionale Verteilung rechtsextremistischer Konzerte in Sachsen



Nr.	Datum	Ort	Konzert-Besucher (ca.)	aufgetretene oder geplante Musikgruppen
1	07.02.2015	Großraum Dresden	100	Selbststeller (SN) Hope for the Weak (SN)
2	07.02.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen	250	Thematik 25 (SN), KDF (BB), Skalinger (MV), Frontalkraft (MV)
3	14.03.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen	230	Exzess (BB), Carpe Diem (BW), Prora (ST), Bronson (IT)
4	21.03.2015	Raum Leipzig	n. b.	Abtrimo (HH) Kraft durch Froide (BR)
5	05.04.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen	220	Hate Machine (USA) Hausmannskost (BB) Thrima (MV) Deutsch Stolz Treu (BR)

6	02.05.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen	275	Blitzkrieg (SN) Path of Resistance (MV) Verboten (SN) Sista Bataljen (SN)
7	08.08.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen	230	Frontalkraft (MV) Confident of Victory (BB) Kommando Skin (BW)
8	29.08.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen	230	Mistreat (FIN) Abtrimo (HH) Selbststeller (SN) Verboten (SN)
9	Ende August 2015	Großraum Dresden	200	Selbststeller (SN)
10	05.09.2015	Neuensalz OT Zobes Vogtlandkreis	ca. 700	Sachsonia (SN) Tätervolk (MV) Uwoocaust (BB) Die Lunikoff Verschwörung (BR) Überzeugungstäter Vogtland (SN)
11	Herbst 2015	Westsachsen		
12	03.10.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen	230	Blutzeugen (SN) Deutsch Stolz Treu (BR) Legion of Thor (BR) Fight Tonight (ST) 2nd Class Citizen (BR)
13	10.10.2015	Riesa, Objekt des DS-Verlages, „Haus Wieland“ Lkr. Meißen	200	Heiliges Reich (SN) Kraftschlag (SH) Krátky proces (Kurzer Prozess – SK)
14	30.10.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen		Bound for Glory (USA) Radikahl (TH) Sista Bataljen (SN)
15	14.11.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen	240	Sleipnir (NRW) MPU (BY) Wåfflor Waffen (S) Sista Bataljen (SN)

16	05.12.2015	Torgau OT Staupitz Gasthof Staupitz Lkr. Nordsachsen	200	Frontalkraft (BB) Division Germania (NRW) Deutsch Stolz Treu (BR) Deathfeud (BB) Verszerzödes (HU)
17	Winter 2015	Ostsachsen		

Im Jahr 2015 wurde die Durchführung von sechs rechtsextremistischen Liederabenden öffentlich bekannt.

Bei derartigen Veranstaltungen treten typischerweise einzelne Liedermacher zumeist mit Gitarre auf. Bei den vorgetragenen Liedern handelt es sich überwiegend um Balladen mit rechtsextremistischen Botschaften, wobei Wert auf verständliche Texte gelegt wird. Zu den Zuhörern zählen vorwiegend Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Anhänger der neonationalsozialistischen Szene. Die Liederabende finden im Vergleich mit Konzerten zumeist vor kleinerem Publikum statt.

Drei der sechs Liederabende hat der bekannte Berliner Rechtsextremist Michael REGENER, der unter dem Pseudonym Lunikoff auftritt, bestritten. REGENER ist eine der bekanntesten Personen der rechtsextremistischen Musikszene in Deutschland. Er war führendes Mitglied der 2001 vom Bundesgerichtshof als kriminelle Vereinigung verurteilten Szene-Band Landser. Inzwischen tritt er mit der Band Die Lunikoff-Verschwörung bei rechtsextremistischen Konzerten sowie als Solist bei Liederabenden auf.

Nr.	Datum	Ort	Konzert-Besucher (ca.)	Musikgruppen (mit Auftritt oder geplantem Auftritt)
1	03.02.2015	Borna OT Neuwitznitz Lkr. Leipzig	150	Lunikoff (BR)
	06.02.2015	Pirna, „Haus Montag“ (Lkr. Sächsische Schweiz / Osterzgebirge)	70	Piattmar Jugendgedanken (NI)
	28.02.2015	Werdau	15	Diggi und Klampfe (TH) Freidenker (ST) Brenner (nicht bekannt)
2	09.03.2015	Chemnitz, Markersdorfer Straße 40	50	Lunikoff (BR)
3	04.07.2015	Pirna, „Haus Montag“ (Lkr. Sächsische Schweiz- Osterzgebirge)	45	FreilichFrei
4	22.12.2015	Oberlungwitz (Landkreis Zwickau)	120	Lunikoff (BR)

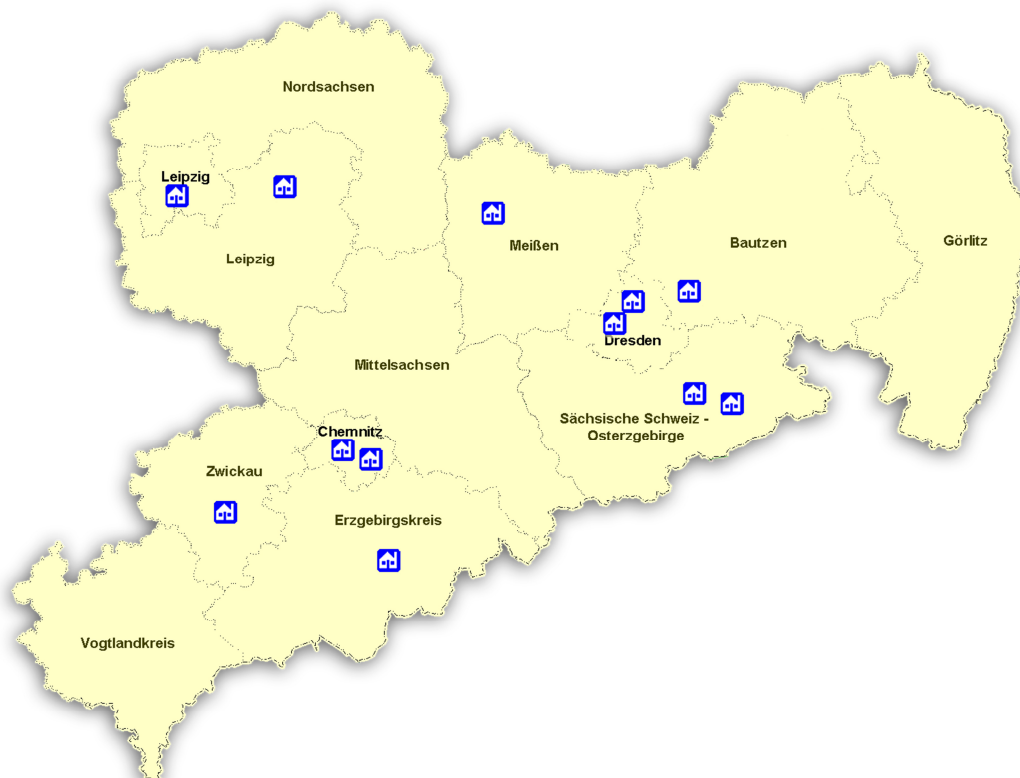
1.10 Rechtsextremistische Vertriebszene

Im Jahr 2015 ist die Anzahl der rechtsextremistischen Vertriebsunternehmen im Freistaat Sachsen zurückgegangen. Während im Vorjahr noch 14 derartige Unternehmen aktiv waren, existierten 2015 nur noch zwölf. Damit setzte sich der schon länger anhaltende Abwärtstrend fort. Der Rückgang gegenüber 2014 ist auf die Beendigung der Tätigkeit von zwei und die Übernahme eines Unternehmens zurückzuführen. Es war aber auch eine Neugründung zu verzeichnen.

Von dieser Entwicklung profitierten die zwei führenden rechtsextremistischen Vertriebsunternehmen in Sachsen. Mit PC-Records (Chemnitz) und OPOS-Records (Dresden) befinden sich hier weiterhin die bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Unternehmen verfügen über ein hohes Ansehen in der rechtsextremistischen Szene im In- und Ausland. Ihr Umsatz wird auf mehrere hunderttausend Euro jährlich geschätzt. Die Gewinne ermöglichen den Geschäftsinhabern das Bestreiten des Lebensunterhaltes wie auch die Finanzierung und Förderung von Szeneaktivitäten.

Das Sortiment der Vertriebsunternehmen war im Berichtsjahr hauptsächlich auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene ausgerichtet. So wurden Textilien mit szenetypischen Aufdrucken, Tonträger rechtsextremistischer Bands oder Liedermacher sowie andere szenerelevante Utensilien, wie z. B. Anstecker, Fahnen, Aufkleber und Plakate angeboten.

Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen¹⁵⁵ im Freistaat Sachsen¹⁵⁶



¹⁵⁵ Der Oberbegriff „Vertriebsstrukturen“ umfasst Online-Versände, Läden und Label. Solche Strukturen können einzeln oder in unterschiedlicher Kombination bestehen.

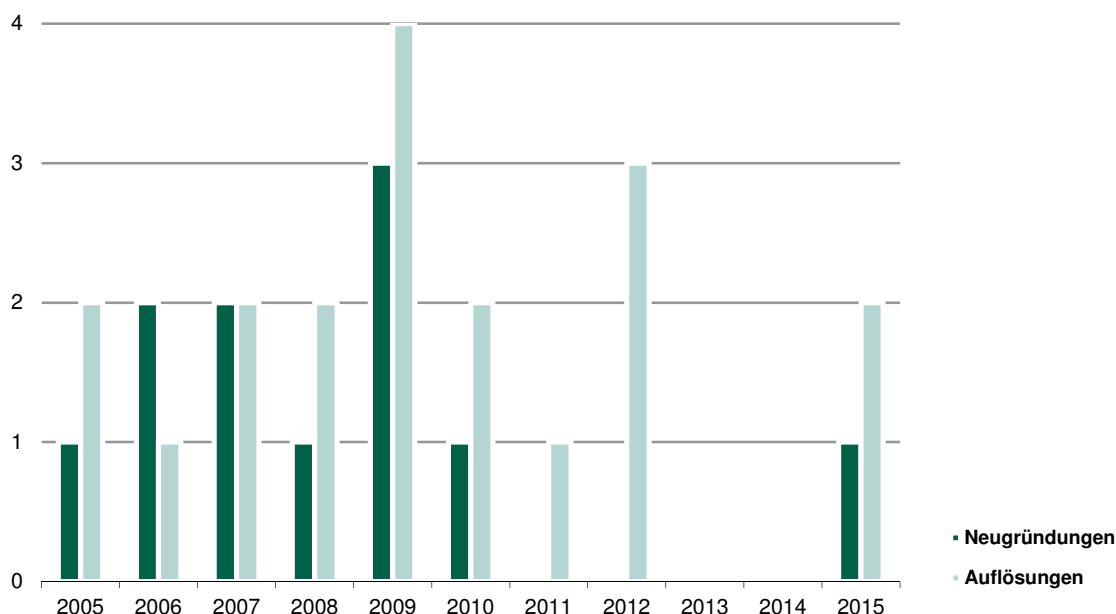
¹⁵⁶ Stand: 31. Dezember 2015

Gesamtsituation und Aktivitäten

Die rechtsextremistische Vertriebszene des Freistaates Sachsen hat im Jahr 2015 einen nominalen Rückgang hinnehmen müssen. Der Deutsche Stimme-Verlag der NPD in Riesa (Landkreis Meißen) wird aufgrund des Verkaufes seines Online-Versandes und der Schließung des Ladengeschäftes durch das LfV Sachsen nur noch als Verlag und nicht mehr als Vertriebsunternehmen bewertet. Das Unternehmen, welches in der Vergangenheit eines der wichtigsten Anbieter von rechtsextremistischen Devotionalien für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene war, beschränkt sich nunmehr auf seine Verlagstätigkeit.

Der Online-Versand Der Clou in Oelsnitz (Vogtlandkreis) hat seine Tätigkeit eingestellt. Seine Homepage ist nicht mehr erreichbar. Der Nordsachsen-Versand (Eilenburg, Landkreis Nordsachsen) wurde von dem Vertrieb Nationales Versandhaus in Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) übernommen. Mit dem Hermannsland-Versand (Leipzig) etablierte sich dagegen ein neuer Online-Versand im Freistaat Sachsen. Er hatte seinen Sitz ursprünglich in Berlin/Brandenburg. Er vertrieb hauptsächlich rechtsextremistische Tonträger, u. a. von dem rechtsextremistischen Liedermacher Lunikoff und seiner Band Die Lunikoff Verschwörung. PC-Records übernahm im Jahr 2015 den NMV-Versand (Eberswalde, Brandenburg) und baute damit seine Marktmacht weiter aus. Diese Entwicklung in der sächsischen rechtsextremistischen Vertriebszene hat einerseits eine weitere Oligopolisierung (durch Übernahme) und andererseits eine Regression (durch Aufgabe) im Berichtsjahr zur Folge.

In der folgenden Übersicht werden Neugründungen und Auflösungen von sächsischen Vertriebsunternehmen von 2005 bis 2015 gegenübergestellt:



Das Diagramm verdeutlicht die rückläufige Dynamik in der rechtsextremistischen Vertriebszene im Freistaat. Seit 2005 haben 19 Unternehmen ihre Betriebstätigkeit beendet, demgegenüber stehen nur elf Neugründungen.

Trotz dieser Entwicklung ist Sachsen im Bundesvergleich weiterhin einer der wichtigen Standorte für die rechtsextremistische Vertriebszene.

Der wirtschaftliche Erfolg für die Unternehmen ist auch stark vom Wohlwollen der rechtsextremistischen Szene abhängig. Aus diesem Grund unterstützen sie diese logistisch und fi-

nanziell. So veröffentlichte Front Records im Jahr 2015 den Sampler „Support Golden Dawn“. Es soll sich um eine Unterstützungs-CD für die der rechtsextremistischen Szene zugehörige griechische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) handeln. Außerdem veranstalteten die großen Unternehmen (z. B. OPOS-Records) über ihre Facebook-Seiten Gewinnspiele für ihre Kundschaft. Dabei konnten Geld- bzw. Sachpreise gewonnen werden. PC-Records war 2015 wieder an der Organisation von rechtsextremistischen Konzerten bzw. Veranstaltungen beteiligt.

In den letzten Jahren haben bekannte Protagonisten der rechtsextremistischen Szene neben den Vertrieben Ladengeschäfte ohne jeglichen politischen Bezug in Sachsen eröffnet. Diese Personen waren zuvor nicht in der Vertriebsszene aktiv gewesen. Bei den Gewerben handelte es sich vorwiegend um Einzelunternehmen (z. B. Tattoo-Studios, Textil-Label). Für Außenstehende sind meistens keine rechtsextremistischen Bezüge erkennbar, da die Inhaber nicht als Rechtsextremisten erkannt werden. Insofern besteht die Gefahr, dass nicht rechtsextremistisch eingestellte Personen durch Käufe in diesen Geschäften die Szene ungewollt unterstützen.

Im Jahr 2015 produzierten drei sächsische Vertriebe Tonträger mit rechtsextremistischer Musik. Die derzeit aktiven sächsischen Labels haben seit ihrer Gründung mehr als 440 Tonträger zumeist einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher herausgebracht. Die Auflagenhöhe der Produktionen bewegte sich im Durchschnitt bei mehreren hundert Stück. Zusätzlich wurden Sonderausgaben für Sammler herausgegeben.

Um den kommerziellen Erfolg ihrer Tonträger nicht zu gefährden, sind die Produzenten bestrebt, bei den Liedtexten und der CD-Gestaltung nicht gegen gesetzliche Vorschriften, insbesondere die des Straf- und Jugendschutzrechtes, zu verstoßen. So lassen Produzenten Tonträger vor der Veröffentlichung von Rechtsanwälten prüfen und entsprechende Gutachten erstellen. Jedoch entschied der Bundesgerichtshof am 3. April 2008 im Falle eines damals bedeutenden Produzenten rechtsextremistischer Musik, dass von szenenahen Anwälten erstellte „Gefälligkeitsgutachten“ keinen Freibrief darstellen und nicht vor strafrechtlicher Verfolgung schützen¹⁵⁷.

Fast 100 von den derzeit aktiven sächsischen Produzenten herausgebrachte Tonträger wurden bislang indiziert. Die Indizierung einer CD erfolgt dann, wenn ihr Inhalt oder ihre Gestaltung Jugendliche in ihrer Entwicklung beeinträchtigen könnten. Die Entscheidung hierüber wird von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) getroffen. Eine indizierte CD darf Kindern und Jugendlichen nicht verkauft oder zugänglich gemacht werden. Ebenso gilt ein Werbeverbot. Im Jahr 2015 hat die BPjM sechs Tonträger der aktiven sächsischen Labels indiziert. Dazu zählt die von PC-Records produzierte CD mit dem Titel „Demo“ der rechtsextremistischen Band Dolchstoß (Bayern). Die Indizierung erfolgte u. a., weil in Liedtexten offensichtlich der Nationalsozialismus verherrlicht und Anreize zur Gewalttätigkeit gegeben wurden.

Gemäß § 21 Abs. 2 und 4 des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) können Indizierungen bei der dafür zuständigen BPjM u. a. von Behörden bzw. anderen öffentlichen Stellen beantragt bzw. angeregt werden. Einzelpersonen müssen sich gegebenenfalls mit entsprechenden Hinweisen z. B. an Polizeibehörden, Ordnungsämter oder freie Träger der Jugendhilfe wenden, welche dann die BPjM beteiligen können (§ 21 Abs. 4 JuSchG).

Auch 2015 gerieten rechtsextremistische Vertriebe aus Sachsen in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden:

So führte die Staatsanwaltschaft Zwickau am 16. April 2015 im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen den Liedermacher Maik KRÜGER (FreilichFrei) Durchsuchungen bei PC-Records, OPOS-Records und dem Nationalen Versandhaus durch. Den Betroffenen wurde vorgeworfen, gemäß § 140 StGB Straftaten im Zusammenhang mit der 2014 unter dem Titel „Ehrbarer Kämpfer - Mein Volk hasst unsere Freiheit“ erschienenen CD zu billigen.

¹⁵⁷ Az.: BGH 3 StR 394/07

In einem weiteren Fall leitete die Staatsanwaltschaft Chemnitz ein Ermittlungsverfahren gegen PC-Records und den ehemaligen Inhaber des Vertriebes ein. Grund war das Verbreiten diverser Tonträger mit strafbaren Textinhalten (Verdacht der Volksverhetzung nach § 130 StGB).

Ausgewählte rechtsextremistische Vertriebsstrukturen im Freistaat Sachsen sind:

Dryve by Suizhyde

Typ:	Gewerbliches Textil-Label mit Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2009, seit 2013 im Freistaat Sachsen
Sortiment:	Textilien

Front Records

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Internet-Versand, Tonträger-Label, Textildruckerei
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Wurzen / Falkenhain (Landkreis Leipzig)
Inhaber:	Henry BEHR
aktiv seit:	2001
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

Hermannsland-Versand

Typ:	Gewerblicher Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Leipzig
aktiv seit:	2015
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

Nationales Versandhaus (sowie weitere angegliederte Unternehmen)

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft und Internet-Versand, Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

OPOS-Records

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft, Internet-Versand und Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
Inhaber:	Sebastian RAACK
aktiv seit:	2007
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

PC-Records

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft, Internet-Versand und Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
Inhaber:	Steve GEBURTIG
aktiv seit:	2000
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

REpro-Medien

Typ:	Gewerblicher Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Radeberg (Landkreis Bautzen)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Aufkleber, Plakate, Broschüren und anderes Propagandamaterial

1.11 Wege rechtsextremistischer Agitation

Moderne Kommunikationsmittel sind auch für Rechtsextremisten die entscheidende Grundlage für die Organisation von Aktivitäten und die Verbreitung der eigenen ideologischen Ansichten. Ähnlich den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen hat innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Bezug auf die Nutzung von Medien in den vergangenen Jahren eine Vervielfachung der Kommunikationswege stattgefunden.

Der Gebrauch von Medien ist von Ziel und Zweck abhängig: Für Propagandaaktionen greift die Szene nach wie vor auch auf analoge Medien zurück. Wenn es hingegen um den Aufbau und die Pflege von Gruppenstrukturen oder die Planung von Aktionen geht, werden virtuelle Medien genutzt.

Niedergang herkömmlicher Mediennutzung durch Rechtsextremisten

Die Nutzung von Printmedien verliert auch innerhalb der rechtsextremistischen Szene an Bedeutung. Zeitungen oder ähnliches werden von Parteien kaum noch herausgegeben. Ein Grund sind fehlende Finanzmittel infolge der Niederlage der NPD in der Wahl zum Sächsischen Landtag 2014. Wurden solche Zeitungen und Zeitschriften früher zur Festigung ideologischer Standpunkte und zur innerparteilichen Auseinandersetzung genutzt, wird diese Aufgabe nun mittels Profilen in Sozialen Medien oder Blogs wahrgenommen. So erfolgte die Auseinandersetzung der NPD über den Umgang mit der GIDA-Bewegung primär über Facebook. Erst mit wochenlanger Verspätung kamen noch Grundsatzartikel, z. B. in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, heraus. Für die politische Auseinandersetzung und Entwicklung hatte dies keinerlei Bedeutung mehr.

Auch außerhalb des parteigebundenen Rechtsextremismus ließ sich diese Entwicklung beobachten. Für den Gruppenzusammenhalt sind Zeitungen, Zeitschriften und dergleichen mittlerweile kaum noch von Bedeutung. Das weitgehende Verschwinden der Fanzines in den letzten Jahren illustriert dies. In Sachsen kam zuletzt im Jahr 2014 das Fanzine „Für immer und ewig“ heraus. Eine weitere Ausgabe ist nach Angaben der Verfasser noch geplant. Alle anderen sächsischen Fanzines sind seit 2012 nicht mehr erschienen.

Hingegen fanden Flugblätter, Demo-Flyer und Wurfsendungen zu aktuellen Themen noch Verwendung. Diese werden seitens rechtsextremistischer Parteien vor allem im Wahlkampf verwendet. Die parteiungebundene Szene nutzt Flugblätter und Aufkleber insbesondere für Propagandaaktionen. Deren Einsatz erfolgt in der Regel spontan. Inhaltlich sind sie auf konkrete Themen beschränkt. So wurden im Jahr 2015 vor allem bei rechtsextremistischen Anti-Asyl-Kampagnen immer wieder Flyer eingesetzt. Als Vorlagen für die Flyer, die vor allem aus Slogans bestehen, dienen häufig Profilbilder und Seitenhintergründe aus Profilen in Sozialen Medien.

Rechtsextremisten nutzen verstärkt Soziale Medien

Ebenso wie die Printmedien ging die Nutzung statischer Webseiten stark zurück. Sie werden zwar vor allem im parteigebundenen Rechtsextremismus noch betrieben, können aber mit der Aktualität der Sozialen Medien nicht mithalten.

Die Mehrzahl aller rechtsextremistischen statischen Webseiten wird von Parteien betrieben. Dies dient der Demonstration von Präsenz und der Dokumentation eigener Aktivitäten. Die Mobilisierungen für Veranstaltungen oder die Diskussion der Parteimitglieder untereinander haben sich hingegen in verschiedene Soziale Medien verlagert. Eine bemerkenswerte Mischform hierzu ist DS-TV (Deutsche Stimme-TV). Unter dem Label „DS-TV“ produziert die NPD seit Anfang 2015 regelmäßig Reportagen und Propagandavideos und stellt diese im Internet ein. Die Publikation erfolgte über Facebook und YouTube.

Die NPD vermittelte ihrer Klientel die von ihr vertretene Weltansicht in Form einer Nachrichtensendung.

Auch die parteiungebundene Szene nutzte die statischen Bereiche des Internet nicht mehr. Bereits im Jahr 2014 gab die neonationalsozialistische Szene diverse statische Nachrichtenportale auf. Prominentes Beispiel ist das ehemalige netzwerkmitte.com, das jedoch durch die Seite KRYPTONIT ersetzt worden ist. Andere Portale wurden ersatzlos geschlossen. So stellte etwa das „Infoportal Schwaben“ Ende August 2014 den Betrieb ein. Auch hier erfolgte eine Verlagerung in die Sozialen Medien (z. B. der „Nationale Beobachter“, der sich auf den Raum Leipzig fokussiert).

Die veränderte Mediennutzung parteiungebundener Rechtsextremisten ist auch ein Ergebnis des Wandlungsprozesses dieser Szene. Durch den weitgehenden Wegfall fester Strukturen in den letzten Jahren besteht kein Bedarf mehr für strukturverbindende Informationsportale. Auch die Rolle der Versorgung mit aktuellen Nachrichten oder Aufrufen wird durch die Sozialen Medien schneller und direkter wahrgenommen. Statt über Kameradschaftstreffen bindet man sich entsprechend der bestehenden Kennverhältnisse in die Kommunikationsprozesse der jeweils relevanten Personenkreise ein.

Rechtsextremisten gelingt es aber keineswegs, in Sozialen Medien tagesaktuell präsent zu sein. Vielmehr ist die Führung verdeckter Kommunikation bei gleichzeitiger Aktion in weltweit offenen Bereichen der für die rechtsextremistische Szene wertvollste Nutzen Sozialer Medien. Sie ermöglicht es bislang szenefernen Personen, nahezu unbeobachtet vor den Augen der Welt mit Rechtsextremisten in Kontakt zu treten.

Im Berichtsjahr ließen sich mehrere Vorfälle beobachten, die nahelegten, dass die eigene Aktivität in den Sozialen Medien häufig übertrieben dargestellt wird und damit Mobilisierungserfolge suggeriert werden, die es in der realen Welt so nicht gab. Insbesondere die Aktivitäten der JN im Sommer des Jahres 2015 fielen hier durch übertriebene Darstellung bei letztlich geringer realer Resonanz auf.

Vor allem die aktuelle gesamtgesellschaftliche Asyldiskussion bot der rechtsextremistischen Szene viele Möglichkeiten zur Verbreitung ihrer Ansichten. So wurden propagandistische Kommentare oder Bilder auf den Seiten von asylkritischen Bürgerinitiativen gepostet. Rechtsextremisten versuchten so, die Diskussion in ihrem Sinne zu beeinflussen und bisher nicht mit der rechtsextremistischen Szene verbundene Bürger für sich zu interessieren. Mäßigende Stimmen müssen damit rechnen, sich Personen gegenüber zu sehen, die kein Interesse an einem sachlichen Diskurs haben, sondern eine Radikalisierung der Diskussion und damit auch der Teilnehmer anstreben.

Rechtsextremisten versuchen, ein Thema im Internet möglichst noch vor nicht extremistischen bürgerlichen Strukturen und Diskussionen zu besetzen. Dies geschieht beispielsweise durch die Eröffnung einer eigenen „Nein zum Heim“- oder „Mein Ort wehrt sich“-Seite, auf der man vorgibt, Fürsprecher der vor Ort vorhandenen asylkritischen Meinungen zu sein. Tatsächlich verbargen sich hinter solchen Seiten im Jahr 2015 oft Rechtsextremisten, die hier eine virtuelle „Wortergreifungsstrategie“ versuchten. Vereinzelt gelang es so, bürgerlichen Protest in Richtung der Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene umzulenken.

Die Ereignisse in Heidenau im August 2015 waren Beleg für das taktische Vorgehen der rechtsextremistischen Szene. So wurde aus Kreisen der NPD frühzeitig die eigene Facebook-Präsenz „Heidenau hört zu“ gegründet. Über diese Präsenz wurden die Aufrufe zum Protest gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Heidenau verbreitet. Die Anti-Asyl-Demonstrationen meldete Rico RENTZSCH – zum damaligen Zeitpunkt noch NPD-Stadtrat – darüber hinaus als „Privatperson“ an, um über den Parteibezug der Demonstrationen hinwegzutäuschen. Erst nach den von Ausschreitungen begleiteten Demonstrationen ab dem 21. August 2015 äußerte sich der NPD-Landesvorstand offen auf „Heidenau hört zu“. Zu diesem Typus von Facebook-Präsenz gehörten im Jahr 2015 folgende Facebook-Gruppen, die der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen sind:

1. **Asylproblematik im Vogtland** (Gemeinschaft)
2. **Bürgerinitiative „Wir sind Borna“** (Gemeinschaft)

3. **Bürgerkomitee Rödertal – Radeberg & Großröhrsdorf** (Politische Organisation)
4. **Bürgerwehr 360 / FTL** (Gemeinschaft)
5. **Das Vogtland wehrt sich 2.0** (Gemeinschaft)
6. **DASS - Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz** (Gemeinschaft) ehemals **DAS - Demokratischer Aufbruch Sebnitz**
7. **Deutschland gegen Asylmissbrauch!** (öffentliche Gruppe)
8. **Freigeist** (Gemeinschaft)
9. **Frohburg wehrt sich** (Gemeinschaft)
10. **Görlitz sagt Nein zum Heim** (geschlossene Gruppe)
11. **Heidenau - Hört zu** (Gemeinschaft)
12. **Initiative – Unser Eilenburg** (Gemeinschaft)
13. **Nein zum Heim – Sächsische Schweiz-Osterzgebirge** (Gemeinschaft)
14. **Nein zum Heim in Lunzenau** (geschlossene Gruppe)
15. **Schneeberg wehrt sich!** (öffentliche Gruppe)
16. **Widerstand Freital** (Gemeinschaft)
17. **Widerstand Heidenau** (Gemeinschaft)

Es wurden noch weitere derartige Gruppen bekannt, die jedoch einer hohen Fluktuation unterlagen.

Zunehmende Nutzung von geschlossenen Bereichen des Internets

Das Internet bietet nicht nur die Möglichkeit zur öffentlichen Propaganda, sondern ermöglicht auch Möglichkeiten zur konspirativen Kommunikation. Ohne dass entsprechendes Expertenwissen notwendig wäre, können Szeneangehörige mittlerweile verschlüsselte Kommunikation in geschlossenen Gruppen betreiben. Innerhalb der Szene haben öffentliche Debatten über Internetüberwachung zu einer stärkeren Sensibilisierung im Hinblick auf Abschottung und Absicherung erfahren. Entsprechende Anleitungen zur Verschleierung eigener Aktivitäten im Internet werden sceneintern verstärkt berücksichtigt.

Gleichzeitig ist der Wechsel zwischen den Kommunikationsarten leichter möglich geworden. Aus einem Telefongespräch heraus kann nahtlos in eine WhatsApp-Gruppe übergegangen, von dort in einen Threema-Chat¹⁵⁸ und wieder zurück gewechselt werden. Hier zeigt sich eine zunehmende Selbstverständlichkeit in der parallelen Nutzung verschiedener Medien je nach Bedarf. Dies verdeutlicht, dass auch in der rechtsextremistischen Szene der Anteil an sogenannten „digital natives“¹⁵⁹ immer weiter steigt.

Bemerkenswerterweise scheint auch die sceneinterne Gruppen- und Hierarchiebildung sich teilweise entlang der Zuweisung von Rollen und Aufgaben innerhalb eigener Internetgruppen zu entwickeln. Anführer sind oft die Administratoren, die weitere Mitglieder in ihren Wirkkreis

¹⁵⁸ Instant-Messaging-Dienst mit einer Ende-zu-Ende Nachrichten-Verschlüsselung.

¹⁵⁹ Personen, die Mittel und Technik des digitalen Zeitalters von klein auf als integralen Bestandteil ihres Lebens ansehen und nutzen.

aufnehmen. Die jeweiligen Zirkel in einem Personenzusammenschluss organisieren sich mitunter wiederum in eigenen Untergruppen, z. B. in einer geschlossenen Kommunikationsgruppe in einem Sozialen Netzwerk.

Weiterer Grund für die Verlagerung von szenebbezogener Kommunikation in geschlossene Bereiche ist die Tatsache, dass die strafrechtliche Verfolgung im Hinblick auf virtuelle Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte einfacher möglich ist und zunehmend genutzt wird.

Auch wird die Szene bei offener Kommunikation empfindlich gestört durch Löschungen von Postings und Mitteilungen durch Nicht-Szeneangehörige. Entsprechend kommt es verstärkt zur Bildung klandestiner Zirkel.

Rechtsextremistische Publikationen (Auswahl)

Deutsche Stimme

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	25.000
Verbreitung:	bundesweit

Wichtigste Publikation der NPD ist ihr monatlich erscheinendes Parteiorgan Deutsche Stimme.

Durch die Veröffentlichung soll die eigene Anhängerschaft für die Auseinandersetzung mit dem demokratischen Rechtsstaat argumentativ gestärkt werden. Dominierend sind hierbei die NPD-typischen Ideologiefragmente „völkischer Nationalismus und Volksgemeinschaft“, „Antipluralismus“ und „Antiindividualismus“, ein begrifflich aggressiver Antiamerikanismus, die Gegnerschaft zur Europäischen Union und für Rechtsextremisten typische pauschale Schuldzuweisungen an das demokratische „System“ und seine Politiker. Breiten Raum nahmen im Berichtsjahr zudem fremdendfeindliche Argumentationen der Rechtsextremisten ein.

Blickpunkt Dresden

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	NPD / Medienverbund Blickpunkt Sachsen
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	100.000
Verbreitung:	regional

Im Frühjahr 2012 entstand unter dem Label „Blickpunkt Sachsen“ eine Medienpräsenz der NPD. Unter diesem Namen fasste die Partei Regionalausgaben einer Publikation zusammen, welche im Internet abrufbar waren und als Druckausgabe durch Parteimitglieder in Sachsen verteilt wurden. Von diesem Medienprojekt wurde im Berichtsjahr nur noch die Publikation Blickpunkt Dresden bekannt. Im September 2015 stellte die NPD die Herausgabe der Ausgabe 01/2015 in Aussicht.

1.12 Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen

1.12.1 Landkreis Bautzen

Im Landkreis Bautzen waren der rechtsextremistischen Szene im Jahr 2015 zwischen 200 und 250 Personen zuzurechnen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Personenpotenzial etwas an und lag im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.

Neonationalsozialisten

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Bautzen verfügte über Strukturen in Hoyerswerda, Bautzen und in der Region Radeberg. Dazu gehören z. B. die Freien Kräfte Hoyerswerda.

Die Neonationalsozialisten im Raum Hoyerswerda traten im Jahr 2015 mehrfach als Teilnehmer bei Demonstrationen gegen die Asylpolitik auf, so bei der Veranstaltung von „HOY-GIDA“ am 7. März 2015, bei einer Demonstration des sogenannten „Widerstandes Hoyerswerda“ am 29. August 2015 oder bei Demonstrationen der Partei Die Rechte im November 2015 in Hoyerswerda und in Bischofswerda. Die Zusammenarbeit mit der Partei Die Rechte zeigte sich auch darin, dass ein Mitglied der Partei am 4. Dezember 2015 in Hoyerswerda als Redner bei einer asylfeindlichen Demonstration der neonationalsozialistischen Szene auftrat.

Die Neonationalsozialisten im Raum Bautzen führten auch im Jahr 2015 eine Gedenkveranstaltung in Niederkaina bei Bautzen für die an diesem Ort am 22. April 1945 getöteten Soldaten durch. Diese Veranstaltung ist ein fester Termin im politischen Kalender der neonationalsozialistischen Szene und dient der Glorifizierung nationalsozialistischer Angriffskriege, aber auch dem Szenezusammenhalt. Der Fackelzug mit ca. 80 Teilnehmern und überregionaler Beteiligung reihte sich in die sogenannten Trauermärsche der rechtsextremistischen Szene ein. Diese stellen – unter Ausblendung der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes – ausschließlich die „alliierten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen“ in den Mittelpunkt ihres Gedenkens.

Eine weitere Gedenkveranstaltung der Neonationalsozialisten fand zum Volkstrauertag in Göda bei Bautzen mit ca. 100 Teilnehmern statt. Rechtsextremisten instrumentalisieren den Volkstrauertag im revisionistischen Sinne als „Heldengedenktag“.

Im Landkreis Bautzen fanden im Jahr 2015 zahlreiche Demonstrationen gegen die Asylpolitik statt, an denen sich Rechtsextremisten beteiligten oder die von diesen organisiert worden waren, so vom Neonationalsozialisten Simon RICHTER. Dieser war im Jahr 2009 für die NPD im Stadtrat von Radeberg vertreten und unterhielt überregionale Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppierungen. Seit dem Verlust seines Mandates im Jahr 2014 konzentrierte er seine Aktivitäten auf asylkritische Proteste. Im Landkreis Bautzen fiel er als Anmelder von Demonstrationen auf. RICHTER wird auch das Facebook-Profil „Bürgerkomitee Rödertal – Radeberg & Großröhrsdorf“ zugerechnet, auf dem für Demonstrationen und Bürgerbegehren gegen die Asylpolitik mobilisiert wurde. Im Laufe der Zeit etablierte er sich – trotz seiner bekannten rechtsextremistischen Vita – als Redner auf asylkritischen Veranstaltungen von verschiedenen Organisatoren. Damit war er Bindeglied zwischen verschiedenen, teils nichtextremistischen Veranstaltern der Proteste. Seine Auftritte verteilten sich auf Veranstaltungen im Landkreis Bautzen in Ottendorf-Okrilla, Großröhrsdorf, Haselbachtal, Kamenz, Bautzen, Bischofswerda, Hoyerswerda, Radeberg sowie auch im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge in Wilsdruff und in Dippoldiswalde. Die Reden, die RICHTER dort jeweils hielt, waren von rechtsextremistischen und antisemitischen Denkmustern geprägt. So kritisierte er in seinem Redebeitrag am 18. Juni 2015 in Dippoldiswalde das jetzige Finanzsystem, wel-

ches seiner Meinung nach auf jüdische Gründer zurückzuführen sei und die Welt durch Währungen beherrschen wolle. Dabei zitierte er einen bei antisemitischen Verschwörungstheoretikern beliebten jüdischen Bankier aus dem 19. Jahrhundert.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Die NPD hat im Landkreis Bautzen einen Kreisverband, welcher nach Austritten von Mitgliedern im Berichtsjahr deutlich geschwächt wurde. Einer Pressemeldung zufolge hat der damalige Kreisvorsitzende geäußert, dass diese NPD-Struktur nur noch aus drei Personen bestehe. Man sei „eigentlich gar nicht mehr arbeitsfähig“¹⁶⁰. Auch die NPD-Kreistagsfraktion musste nach Austritten von drei der fünf Kreisräte aufgelöst werden. Der Kreisverband war im Berichtsjahr kaum aktiv.

Die organisatorische und strukturelle Schwäche der NPD im Landkreis Bautzen zeigte sich auch an der Passivität der Partei in dieser Region im Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen zum Thema Asyl. Die Partei organisierte im Landkreis nur zwei öffentliche Versammlungen. Am 16. Oktober 2015 führte die NPD eine Kundgebung in Bautzen durch, welche vom kommissarischen Landesvorsitzenden Jens BAUR angemeldet worden war. Dem Aufruf folgten nur 50 Teilnehmer. An der zweiten Demonstration am 24. November 2015 in Kamenz beteiligten sich rund 100 Personen.

Lediglich der NPD-Kreisrat Jürgen KÖTZING, welcher im November 2015 zum Vorsitzenden des Kreisverbandes gewählt wurde, beteiligte sich als Einzelperson oft an asylkritischen und asylfeindlichen Demonstrationen in der Region und arbeitete dabei mit Neonationalsozialisten, wie Simon RICHTER, zusammen.

Seit April 2014 besteht in den Landkreisen Bautzen und Görlitz ein „JN-Stützpunkt Ostsachsen“. Von diesem gingen jedoch, wie im Vorjahr, nur wenige öffentliche Aktivitäten aus. Gemeinsam mit den JN Dresden führten sie eine gemeinsame Sommersonnenwendfeier durch. Die enge Verbindung zum JN-Stützpunkt in Dresden zeigte sich auch an der Teilnahme an einer Demonstration der JN am 28. August 2015 in Dresden.

Im Landkreis Bautzen veranstalteten die JN am 25. Juli 2015 ein überregionales Fußballturnier. Für das sogenannte „1. Ostsächsische Volksfußballfest“ wurde ein eigenes Facebook-Profil eingerichtet. Im Vorfeld der Veranstaltung wurde das Fußballturnier in den sozialen Netzwerken von JN-Stützpunkten sachsenweit beworben.

Wie veröffentlichte Bilder vom Fußballturnier zeigen, trugen die Teilnehmer zum überwiegenden Teil T-Shirts mit Aufdrucken, die Kampagnen der JN zugerechnet werden.

In der rechtsextremistischen Szene nehmen sportliche Aktivitäten eine wesentliche Rolle bei den Rekrutierungsbemühungen ein. Dabei tritt die rechtsextremistische Zielsetzung zunächst in den Hintergrund. Veranstaltungen dieser Art bieten die Möglichkeit, sich potenziellem Nachwuchs vordergründig unpolitisch und attraktiv zu präsentieren. Auch bei dem „1. Ostsächsischen Volksfußballfest“ wurde auf dessen Facebook-Profil der Zusammenhang mit den JN nicht erkennbar. Darüber hinaus wird ein solches Turnier mit dem Ziel der Stärkung des Zusammenhaltes der rechtsextremistischen Szene veranstaltet und ist deshalb in der Szene beliebt.

Die Rechte

Der Kreisverband Ostsachsen (anfangs auf Facebook als Kreisverband Bautzen bezeichnet) wurde am 24. April 2015 gegründet. Kreisvorsitzende wurde die ehemalige NPD-

¹⁶⁰ Sächsische Zeitung vom 13. April 2015

Funktionärin und Bautzener Stadträtin Daniela STAMM. Mit deren Übertritt von der NPD zu Die Rechte erlangte die Partei das erste und bislang einzige kommunale Mandat in Sachsen. Bei der Neugründung des sächsischen Landesverbandes der Partei Die Rechte am 1. August 2015 wählten die Mitglieder Daniela STAMM auch zur stellvertretenden Landesvorsitzenden.

Durch deren kontinuierliche Tätigkeit gelang es, im Landkreis Bautzen mehrere Demonstrationen mit bis zu 450 Teilnehmern zu organisieren. Die erste große öffentlichkeitswirksame Veranstaltung mit 450 Teilnehmern fand am 10. Januar 2015 in Bautzen unter dem Motto „Damals wie heute, Wir sind das Volk“ statt. Weitere Versammlungen folgten am 28. Februar 2015 in Hoyerswerda unter dem Motto „Schützt unsere Kinder – Asylflut stoppen“ mit lediglich 40 Teilnehmern, am 14. März 2015 unter dem Motto „Volk steh auf – erkämpfe deine Rechte“ in Bautzen mit rund 280 Personen und ebenfalls in Bautzen am 27. Juni 2015 unter dem Motto „Souveränität = Freiheit, Freiheit = Souveränität“ mit etwa 110 Teilnehmern.

Ein weiterer Aufzug der Partei fand am 7. November 2015 in Bautzen statt. Unter dem Motto „Damals wie Heute – Nationale Revolution jetzt!“ mobilisierte die Partei im Internet für die Veranstaltung. Letztendlich folgten 210 Personen dem Ruf der Partei. In Ostsachsen verfügt die rechtsextremistische Szene um Daniela STAMM mittlerweile über ein stabiles Personenpotenzial, das sie im Rahmen asylfeindlicher Protestveranstaltungen regelmäßig mobilisieren kann.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den Neonationalsozialisten und parteigebundenen Rechtsextremisten existiert eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene im Landkreis Bautzen. Dieser Szene gehören insbesondere Personen mit rechtsextremistischer Einstellung an, die vornehmlich durch Straf- und Gewalttaten gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte auffallen. So wurde z.B. am 11. August 2015 in Hoyerswerda ein albanischer Asylbewerber im Rahmen einer Auseinandersetzung von einer deutsch sprechenden Person mit der Faust gegen den Oberkörper geschlagen. Ziel der Angriffe der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene waren aber auch Menschen, die sich für Asylbewerber engagieren. So wurden drei Frauen am 24. April 2015 in Bautzen von zehn verummten Männern verfolgt, beleidigt und bedroht. Die Frauen hatten sich mehrfach gegen rechtsextremistische Veranstaltungen eingesetzt.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Landkreis Bautzen	123	157	165	4	11	8

Mit der Zunahme der rechtsextremistischen Agitation gegen Asylbewerber häuften sich im Jahr 2015 abermals die Straftaten gegen Asylbewerber und deren Aufnahmeeinrichtungen. Außerdem nahmen Angehörige dieser Szene verstärkt an bürgerlichen asylkritischen oder rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen teil.

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Im Landkreis Bautzen sind keine Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene ansässig. Seit Jahren ist dort kein rechtsextremistisches Konzert bekannt geworden. Ebenso gab es bislang keine Hinweise auf die Existenz einer rechtsextremistischen Band.

REpro-Medien Radeberg

Seit September 2009 ist in Radeberg der rechtsextremistische Vertrieb REpro-Medien ansässig. Der Name „Repro“ steht dabei für „Revolutionäre Propaganda“. Der Versand richtet sich an die neonationalsozialistische Szene. Dementsprechend wurden Aufkleber, Plakate und Broschüren sowie Propagandamaterialien angeboten, die szenetypisch ausländerfeindliche, antiisraelische und antiamerikanische Aussagen treffen. Betreiber von REpro-Medien ist Simon RICHTER.

1.12.2 Chemnitz (Stadt)

In der Stadt Chemnitz gehörten der rechtsextremistischen Szene wie im Vorjahr zwischen 150 und 200 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial im mittleren Bereich.

Neonationalsozialisten

Zu Beginn des Jahres 2014 wurden die Nationalen Sozialisten Chemnitz (NSC), eine der aktivsten neonationalsozialistischen Gruppierungen im Freistaat Sachsen, verboten. Bei den NSC handelte es sich um eine neonationalsozialistisch ausgerichtete Organisation, die seit mehreren Jahren die rechtsextremistische Szene in und um Chemnitz prägte.

Das Verbot der NSC bewirkte hier offensichtlich eine Zersplitterung der Gruppierung; führende Protagonisten der NSC schlugen verschiedene Wege ein. Einerseits wurde die Möglichkeit genutzt, sich politisch im Schutz einer rechtsextremistischen Partei zu engagieren. Andererseits ging der größere Teil der NSC-Mitglieder und Sympathisanten zunächst in der subkulturellen Szene auf. Neue Gruppierungen mit eigenem Namen wurden in 2015 nicht öffentlich aktiv.

Die Mitglieder, die sich einer rechtsextremistischen Partei zuwandten, wählten sowohl die Jungen Nationaldemokraten (JN; Jugendorganisation der NPD) als auch die Partei „Der Dritte Weg“ als neues Wirkungsfeld.

So wurde im Dezember 2015 der Stützpunkt Mittelsachsen/Erzgebirge der Partei „Der Dritte Weg“ gegründet. Als Leiter agiert mit Maik ARNOLD ein ehemaliges Führungsmitglied der NSC.

Im Nachgang zum Verbot der NSC war eine Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene spürbar. Es waren zunächst keine Bemühungen seitens der Mitglieder zu erkennen, ihre rechtsextremistischen Aktivitäten fortzusetzen.

Auch der jährlich um den 5. März durchgeführte Trauerzug der Neonationalsozialisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung von Chemnitz im Zweiten Weltkrieg fand im Jahr 2015 nicht statt. Im Nachgang wurden lediglich Fotos von Kranzniederlegungen an Erinnerungsorten in Chemnitz auf der Facebook-Seite der JN Chemnitz veröffentlicht.

Ehemalige NSC-Mitglieder und andere Rechtsextremisten versuchten auch, asylbezogene Demonstrationen in Chemnitz für ihre extremistischen Zwecke zu instrumentalisieren. Sie organisierten Proteste gegen die Erstaufnahmeeinrichtung in Ebersdorf. Ein ehemaliges Mitglied der NSC trat zudem zu Beginn der asylkritischen Veranstaltungen in Einsiedel als Anmelder auf.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Der NPD-Kreisverband Chemnitz zählt zu den schwächsten NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen. Bis auf eine Mahnwache am 5. März 2015 anlässlich des Jahrestages der Bombardierung von Chemnitz mit ca. 40 Teilnehmern wurde keine vom Kreisverband organisierte öffentlichkeitswirksame Aktivität bekannt.

Auch die seit Mitte 2014 bestehenden JN Chemnitz entwickelten im Vergleich zu anderen Stützpunkten der NPD-Jugendorganisation kaum eigene Aktivitäten. Das Objekt der JN in Chemnitz ist bezeichnenderweise der ehemalige Szenetreff der verbotenen NSC in der Markersdorfer Straße 40. Im ersten Quartal des Berichtsjahres wurde es erstmals offiziell als Anschrift des Landesstützpunktes der JN Sachsen angegeben. Die Räumlichkeiten wurden für eine Vielzahl von JN-Veranstaltungen genutzt. Die Veranstaltungen wurden vor allem von den JN Sachsen, aber auch von den JN Chemnitz, initiiert.

Dabei war festzustellen, dass die Veranstaltungen eher von den JN Sachsen als von den JN Chemnitz initiiert wurden. So wurden der JN-Landeskongress am 21. März 2015, das 15. Selbstverteidigungsseminar“ der JN-Bundesführung am 24. Oktober 2015 sowie das „Seminar für Politik und Zeitgeschichte“ am 28./29. November 2015 im Objekt der JN Chemnitz durchgeführt.

Die JN Chemnitz führten kaum eigene öffentliche Veranstaltungen durch und beteiligten sich nur selten an anderen rechtsextremistischen Veranstaltungen. Sie nahmen zwar an dem Gedenkmarsch am 15. Februar 2015 in Dresden teil. Im Übrigen beschränkten sie sich aber auf kleinere Aktionen anlässlich der Jahrestage der Bombenangriffe auf die Städte Dresden und Chemnitz im Zweiten Weltkrieg, über die sie auf Facebook berichteten.

Des Weiteren beteiligten sich die JN Chemnitz an verschiedenen Aktionen der Bundes-JN gegen das Treffen der Finanzminister der sogenannten G7-Staaten in Dresden vom 27. bis 29. Mai 2015 sowie an der Demonstration der Partei Die Rechte in Hamm am 3. Oktober 2015.

Die räumliche Nähe des JN-Objektes beförderte die Beteiligung der JN Chemnitz an den Protesten gegen die geplanten Erstaufnahmeeinrichtungen im Stadtteil Markersdorf sowie in Einsiedel. Weitere Aktionen der JN Chemnitz gab es zur Asylthematik nicht.

Die Rechte

Die Partei bemüht sich, in Chemnitz Strukturen aufzubauen. Seit 10. Juli 2015 besteht ein Facebook-Profil. Öffentliche Aktivitäten führte die Partei im Stadtgebiet bislang nicht durch.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

In Chemnitz existierte im Berichtsjahr eine nicht unerhebliche subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Mitglieder sich vor allem an Aktivitäten, wie rechtsextremistischen Konzerten sowie szeneeinternen Fußball- bzw. Volleyballveranstaltungen, beteiligten. Insbesondere die rechtsextremistische Fußballfanggruppierung New Society (NS-Boys) aus dem Fan-Umfeld des Chemnitzer FC zählten dazu. Bis zum Verbot der NSC hatte es zwischen diesen und den NS-Boys personelle Überschneidungen sowie gemeinsame Aktivitäten gegeben.

Darüber hinaus nahmen Angehörige der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene im Jahr 2015 auch als Teilnehmer von bürgerlichen asylkritischen oder rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen teil. Auch in Chemnitz kam es neben der Begehung von Propagandadelikten zu einer nicht unerheblichen Anzahl von Straft- und Gewalttaten

gegen Asylbewerber und deren Aufnahmeeinrichtungen. So wurde z.B. ein tunesischer Asylbewerber am 16. Februar 2016 von vier bis sechs Männern, die laut „Ausländer, Ausländer“ gerufen haben sollen, verfolgt und mit einem Messer am Oberschenkel verletzt. Ziel der Angriffe waren aber auch Menschen, die sich für Asylbewerber engagieren. Am 12. Oktober 2015 schlug bzw. trat ein Teilnehmer einer „PEGIDA Chemnitz“-Veranstaltung zwei Gegen-demonstranten ins Gesicht sowie den Bauchbereich.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Chemnitz	106	127	144	5	7	8

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Neben Dresden (mit fünf entsprechenden Strukturen) konzentrierten sich im Berichtsjahr in der Stadt Chemnitz weitere Akteure der rechtsextremistischen Musikszene in Sachsen. Hier sind die Bands Blitzkrieg und Pionier sowie der Liedermacher Barny ansässig. Im Raum Chemnitz wohnen ferner einzelne Mitglieder der überregionalen Band Heiliges Reich.

Die seit rund 15 Jahren aktive Musikgruppe Blitzkrieg zählt bundesweit zu den bekanntesten Bands der rechtsextremistischen Szene. Die Band hat drei Tonträger, eine Split-CD sowie eine Vielzahl von Samplerbeiträgen veröffentlicht. Hinzu kommen viele Live-Auftritte bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen. Unter anderem trat die Band während eines rechtsextremistischen Konzertes am 2. Mai 2015 in Torgau, Ortsteil Staupitz auf.

Der in Chemnitz wohnhafte rechtsextremistische Liedermacher Barny ist seit etwa zehn Jahren aktiv und publizierte bislang mehrere Tonträger und Samplerbeiträge. Neben seinen Solo-Auftritten wirkte er auch bei rechtsextremistischen Bands und Bandprojekten¹⁶¹, etwa Sista Bataljen mit. Dieses trat beispielsweise während der rechtsextremistischen Konzerte am 2. Mai 2015 sowie am 30. Oktober 2015 in Torgau, Ortsteil Staupitz auf.

Die Band Pionier veröffentlichte im Berichtszeitraum unter dem Titel „Rattenfänger“ ihre erste eigene CD, produziert von PC-Records. Überdies beteiligte sie sich mit Liedbeiträgen am sogenannten „TddZ¹⁶²-Sampler“ sowie einem weiteren Sampler.

Am 9. März 2015 fand in Chemnitz ein Liederabend mit dem in der Szene bekannten Sänger Lunikoff (Berlin) statt.

Mit PC-Records ist in Chemnitz einer der bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe in der Bundesrepublik Deutschland ansässig. Der Umsatz des Unternehmens betrug im Berichtsjahr mehrere Hunderttausend Euro. Das Unternehmen verfügt über ein hohes Kundenpotenzial in Deutschland, dem europäischen Ausland sowie in Übersee.

Das Unternehmen besteht aus einem Ladengeschäft, einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label. Das Sortiment umfasst Tonträger, Textilien sowie weiteres szenerelevantes Material. Der NMV-Versand (Eberswalde, Brandenburg) wurde in diesem Jahr durch PC-

¹⁶¹ Bandprojekte sind keine eigenständigen Musikgruppen. Es handelt sich um – in der Regel temporäre – Aktivitäten rechts-extremistischer Musiker und Bands, die unter anderen Namen Tonträger veröffentlichen.

¹⁶² Tag der deutschen Zukunft

Records übernommen. PC-Records tritt als Unterstützer von Aktivitäten und Initiativen der rechtsextremistischen Szene auf und bietet entsprechendes Material an.

Bei dem Label erschienen bis Ende 2015 über 240 Tonträger. Bisher wurden 67 Tonträger wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert.

Es gibt in Chemnitz noch ein weiteres Ladengeschäft, welches mit seinem Sortiment die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene bedient.

1.12.3 Dresden (Stadt)

In der Stadt Dresden gehörten im Berichtsjahr etwa 350 bis 400 Personen der rechtsextremistischen Szene an. Damit stieg das Personenpotenzial im Vergleich zu den Vorjahren erneut an und liegt im sachsenweiten Vergleich nach wie vor im oberen Bereich.

Neonationalsozialisten

Die sogenannte „Aktionswoche 13. Februar“ mit einer Vielzahl von Aktivitäten sowie die Demonstration am 15. Februar 2015 mit ca. 500 Teilnehmern anlässlich des 70. Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden im Zweiten Weltkrieg stellten erneut den jährlichen Höhepunkt der öffentlichen Aktivitäten von Rechtsextremisten in und um Dresden dar. Bemerkenswert war, dass sich die Aktivitäten im Rahmen der „Aktionswoche“ nicht auf die Stadt Dresden beschränkten, sondern sachsenweit sowie in mehreren Bundesländern und sogar im europäischen Ausland stattfanden.

Das „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ (AgdV) übernahm 2007 die Verantwortung für die Aktivitäten von Rechtsextremisten anlässlich des 13. Februar. Das AgdV ist der neonationalsozialistischen Szene in Dresden (Freie Kräfte Dresden) zuzurechnen.

Im Jahre 2015 waren neben dem AgdV erstmals auch die JN Sachsen für einen erheblichen Teil der Aktivitäten verantwortlich. Die Federführung hinsichtlich der sogenannten „Aktionswoche“ war im Juni 2014 öffentlichkeitswirksam vom AgdV an die JN übergeben worden.

Diese Übertragung der Verantwortlichkeit für die Aktionswoche auf die JN beinhaltete jedoch keine Veränderung des dahinter stehenden Personenkreises, sondern lediglich eine Änderung der öffentlich wahrnehmbaren Organisationsbezeichnung. Die Flucht unter den Schutzmantel der JN und damit unter den besonderen gesetzlichen Schutz von Parteien (das sogenannte Parteienprivileg¹⁶³) dürfte auch in Dresden überwiegend taktische Gründe gehabt haben.

Die JN, die sich in Dresden aus dem vormaligen Potenzial der neonationalsozialistischen Szene speisten, zeichneten augenscheinlich für die Mehrzahl der Aktivitäten in den verschiedenen sächsischen Städten verantwortlich. Hierbei bildeten die zeitgleich am 13. Februar 2015 überregional durchgeführten Mahnwachen den Schwerpunkt.

Das AgdV und die JN berichteten über die einzelnen Aktivitäten parallel im Internet. Das arbeitsteilige Zusammenwirken beider Organisationen bildete die Basis der Aktionswoche in ihrer dezentral akzentuierten Ausprägung. Die intensive Berichterstattung im Nachgang ermöglichte der Szene eine nachhaltige Öffentlichkeitswirkung und gleichzeitig verstand man es, sich durch den Verzicht auf öffentlich wahrnehmbare Mobilisierung, zumindest im Rahmen der „Aktionswoche“, vor möglichen Gegenaktivitäten zu schützen.

Es ist daher davon auszugehen, dass die Szene das Zusammenwirken als Erfolg bewertet und in den Folgejahren ähnlich agieren wird.

Nach den Aktivitäten zum 13. Februar 2015 waren die vormaligen neonationalsozialistischen Freien Kräfte Dresden im Gegensatz zu den daraus hervorgegangenen lokalen JN-

¹⁶³ Das Verbot von Parteien unterliegt hohen rechtlichen Hürden.

Strukturen (vgl. dazu Ausführungen im folgenden Kapitel) unter diesem Namen nicht mehr öffentlich wahrnehmbar.

Die Entwicklung der neonationalsozialistischen Szene im Berichtsjahr gestaltete sich sehr dynamisch. Dies war auch äußeren Einflüssen geschuldet, wie derzenebeherrschenden Asylfeindlichkeit im Zuge der Asyldebatte, in deren Folge es zu einem quantitativen Zuwachs der Szene kam. Während die vormals als Freie Kräfte Dresden aktiven Strukturen, wie beschrieben, im Wesentlichen im JN-Stützpunkt Dresden aufgegangen sind, wurde die öffentliche Wahrnehmbarkeit von Strukturen mit teils subkultureller, teils neonationalsozialistischer Ausrichtung geprägt, die mit Facebook-Profilen wie Freie Kameradschaft Dresden und Freie Aktivisten Dresden an die Öffentlichkeit drängten. Über diese auf Facebook verwendeten Bezeichnungen hinaus wurde jedoch auf die Verwendung von Gruppennamen verzichtet. Die Strukturen verfügen zudem über Verbindungen in die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, einschließlich zu Hooligans. Die Grenzen verlaufen dabei fließend bzw. verwischen zunehmend.

Die Angehörigen der neonationalsozialistischen Szene beteiligten sich rege und auch überregional an rechtsextremistischen Demonstrationen, ohne selbst dabei die Verantwortung einer Veranstaltungsleitung/ -organisation zu übernehmen.

Neben der bloßen Teilnahme an asylfeindlichen Kundgebungen und Demonstrationen des parteigebundenen rechtsextremistischen Spektrums, z. B. der NPD-Kundgebung am 24. Juli 2015 vor der sogenannten Zeltstadt auf der Bremer Straße in Dresden, fielen die Angehörigen der zuvor beschriebenen parteiungebundenen Strukturen, insbesondere mit der Beteiligung an den Ausschreitungen im Anschluss an die Kundgebung auf. Dies belegte deren erhebliches Gewaltpotenzial.

Einen erheblichen Anteil der Szeneaktivitäten machten die Darstellungen eigener plakativer Aktivitäten und Postings aus, hauptsächlich im Kontext der Asyldebatte und offenkundig neonationalsozialistischen Inhalts auf den eingangs erwähnten Facebook-Profilen.

Um ihre Asylgegnerschaft öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck zu bringen, nahmen die Neonationalsozialisten mehrfach an PEGIDA-Veranstaltungen teil, wie beispielsweise am 19. Oktober 2015. Dabei achteten sie vor allem darauf, als eigenständige Gruppe wahrgenommen zu werden.

Bei der Berichterstattung zu besagter Veranstaltung wurde sowohl das Facebook-Profilbild der Freien Kameradschaft Dresden als auch jenes der Freien Aktivisten Dresden verwendet. Außerdem war eine Erklärung beigefügt, wonach „*sich (...) die Freie Kameradschaft Dresden und die Freien Aktivisten Dresden in einem Bündnis zusammen*“ (geschlossen haben)¹⁶⁴. Hierdurch war erstmals öffentlich wahrnehmbar, dass sich die neonationalsozialistische Szene in Bezug auf das zentrale Thema „Anti-Asyl“ einig sieht. Bereits in der szeneeigenen Berichterstattung zu der Teilnahme an einer weiteren PEGIDA-Veranstaltung am 7. September 2015 auf dem Facebook-Profil der Freien Kameradschaft Dresden wurde diese Zielrichtung explizit erklärt: „*Man einigte sich gemeinschaftlich darauf, PEGIDA einmal als geschlossene Gruppe einen Besuch abzustatten.*“¹⁶⁵

Die neonationalsozialistische Szene stellte ihre Asylfeindlichkeit sowohl auf einschlägigen rechtsextremistischen Veranstaltungen als auch wiederholt anlässlich asylkritischer Proteste zur Schau. Dies geschah zum Beispiel anlässlich des Protests gegen eine geplante Asylunterkunft in Dresden-Laubegast am 30. Oktober 2015, als hierzu das bereits bekannte Transparent „Dresden macht sich gerade für Deutschland“ gezeigt wurde.¹⁶⁶

¹⁶⁴ www.facebook.com/pages/Freie-Kameradschaft-Dresden/1701421860086089 (Stand: 21. Oktober 2015)

¹⁶⁵ www.facebook.com/pages/Freie-Kameradschaft-Dresden/1701421860086089 (Stand: 11. September 2015)

¹⁶⁶ www.facebook.com/pages/Freie-Kameradschaft-Dresden/1701421860086089 (Stand: 31. Oktober 2015)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Der NPD-Kreisverband Dresden zählte im Berichtsjahr zu den aktiven Strukturen der Partei in Sachsen. Vorsitzender des Kreisverbandes ist Jens BAUR. BAUR, der nach dem Rücktritt des NPD-Landesvorsitzenden Holger SZYMANSKI den Landesvorsitz kommissarisch übernommen hatte, ist eine treibende Kraft der NPD-Aktivitäten im Freistaat Sachsen. Der Kreisverband Dresden trat im Berichtsjahr insbesondere mit öffentlichen Aktivitäten wie dem Verteilen von Flugblättern, der Organisation von Informationsständen oder mit Kundgebungen in Erscheinung. Thematischer Schwerpunkt bei diesen Aktivitäten waren die fremdenfeindlichen Proteste gegen die Asylpolitik der Bundesregierung, dem Hauptthema der rechtsextremistischen Szene.

Zwischen dem NPD-Kreisverband Dresden und den Dresdner Neonationalsozialisten bestand in der Vergangenheit eine enge Zusammenarbeit in Form von gemeinsamen Treffen oder Absprachen zu geplanten Aktivitäten sowie gemeinsamer Teilnahme an und die Organisation von Veranstaltungen. Besonders zu den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem jährlichen Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 und zu den Demonstrationen der Rechtsextremisten zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 kooperierten beide Szenen in Dresden. Allerdings war das Verhältnis zwischen der NPD und den Freien Kräften Dresden keineswegs immer harmonisch. Phasen der Annäherung wechselten sich mit Phasen größerer Distanz ab. Die Distanz der letzten beiden Jahre ist nach gegenwärtiger Einschätzung vor dem Hintergrund gemeinsamen Agierens in der Asylfeindlichkeit einer grundsätzlichen Kooperationswilligkeit „im Sinne der gemeinsamen Sache“ gewichen.

Im Rahmen der jährlichen Aktionen zum Jahrestag des Arbeiteraufstands in der DDR führte die NPD am 17. Juni 2015 eine Veranstaltung in Dresden durch. Das Motto lautete „Damals wie heute: Frieden, Freiheit, Souveränität!“. Es wurden verschiedene Vorträge gehalten, u. a. von Jens BAUR und Arne SCHIMMER. Die Teilnehmeranzahl stieg im Vergleich zum Vorjahr mit 120 Teilnehmern (2014: 100) leicht an. Dieser Anstieg dürfte auf die vielfache Beteiligung von Angehörigen der neonationalsozialistischen Szene, die im Vorjahr ausgeblieben war, zurückzuführen sein.

Großen Zuspruch erhielt die NPD mit ihrer sehr kurzfristig angemeldeten Versammlung am 24. Juli 2015 in Dresden, die sich gegen die Errichtung der sogenannten „Zeltstadt“ für 1.100 Asylbewerber in Dresden-Friedrichstadt richtete.

Diese Veranstaltung stellte einen der Höhepunkte der diesbezüglichen NPD-Aktivitäten in der Stadt Dresden dar. Hier konnten die Rechtsextremisten etwa 200 Menschen mobilisieren. Neben zahlreichen Protagonisten der sächsischen NPD, wie Jens BAUR, Arne SCHIMMER und dem Leipziger NPD-Kreisverbandsvorsitzenden Enrico BÖHM, trat mit Maik MÜLLER auch ein ehemaliger Kopf der neonationalsozialistischen Szene in Dresden als Redner auf. Maik MÜLLER ist mittlerweile Mitglied der JN, jedoch wurde er bei der Veranstaltung als Vertreter der Freien Kräfte vorgestellt.

Die Veranstaltung am 24. Juli 2015 illustriert, dass die Agitation gegen Asylbewerber und deren Aufnahmeeinrichtungen die wichtigste verbindende Klammer zwischen der NPD und der neonationalsozialistischen Szene darstellt.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde deutlich, dass die Thematik auch gewaltbereite Rechtsextremisten mit oftmals subkultureller Prägung, welche insbesondere die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner suchen, anzog. Im Anschluss an die Demonstration kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen, als Teilnehmer der NPD-Kundgebung zu den Gegendemonstranten zu gelangen versuchten und Flaschen, Pyrotechnik und eine Verkehrswarnbake in Richtung der Gegendemonstranten warfen. Drei Personen wurden dabei verletzt.

Der JN-Stützpunkt Dresden, der seit Dezember 2012 besteht, trat im Jahr 2015 vielfach öffentlich in Erscheinung. Nach eigener Darstellung führten die JN Dresden gemeinsam mit ostsächsischen Rechtsextremisten eine Sommersonnenwendfeier durch. Die Berichterstattung hierfür wurde erkennbar für Eigenwerbung genutzt: „Komm zu uns und werde ein Teil unserer Gemeinschaft!“¹⁶⁷ Ab der zweiten Jahreshälfte 2015 traten auch die JN Dresden vermehrt mit dem zentralen Thema der rechtsextremistischen Szene im Jahr 2015 „Anti-Asyl“ in Erscheinung.

Gleichzeitig sympathisierten und kooperierten die JN Dresden mit den oben beschriebenen im Jahr 2015 neu entstandenen lokalen neonationalsozialistischen Strukturen. So forderten die JN Dresden in einer Veröffentlichung auf dem Facebook-Profil der Freien Kameradschaft Dresden: *„Kameradschaft ist mehr als ein Wort“* öffentlich zum Dialog und Schulterschluss auf: *„Wenn dem so ist, dann sollte man sich auch für eine gemeinsame Arbeit in Dresden stark machen. Zum Beispiel diesen Freitag beim offenen Treff.“*¹⁶⁸ Analog dazu war der Aufruf auf dem Facebook-Profil der JN Dresden veröffentlicht worden, wo für das Facebook-Profil der Freien Aktivisten Dresden mit dem Hinweis *„hier könnt ihr aber getrost mal ein ‘Gefällt mir’ dalassen“* geworben wurde.¹⁶⁹

Neben dieser demonstrativen Darstellung des Zusammenhalts der lokalen Szene ohne Unterscheidung des parteigebundenen und parteiungebundenen Szenepotenzials sind die JN Dresden bemüht, sich als aktiver und zentraler Bestandteil einer gut vernetzten überregionalen Organisation, also als wichtiger Bestandteil des Landes- und Bundesverbandes, darzustellen. Hierzu werden auf dem Facebook-Profil immer wieder Aufrufe/Mobilisierungen und Berichte zu überregionalen Ereignissen und Aktivitäten der JN platziert, insbesondere dann, wenn Szeneangehörige aus der Region an der Veranstaltung beteiligt waren. Beispiele sind die Berichte zum sogenannten Aktionslager anlässlich des G 7-Finanzministertreffs Ende Mai 2015 in Dresden oder die Aufforderung „JNler heraus zum TAG DER DEUTSCHEN ZUKUNFT“ am 6. Juni 2015 in Neuruppin¹⁷⁰, die Thematisierung des sogenannten Antikap-Seminars am 19. September oder die Werbung für die sogenannte Europakonferenz Anfang Oktober.¹⁷¹

Der JN-Stützpunkt agitierte wie die gesamte rechtsextremistische Szene im Jahr 2015 auch gegen Asylbewerber. Dabei versuchte man durch die Unterstützung asylkritischen Protests Sympathien außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums zu gewinnen. Die Blockaden an einer geplanten Asylbewerberunterkunft in Dresden-Übigau wurden wie folgt kommentiert: *„Dresden-Übigau zeigt wie’s geht! seit Tagen blockieren Anwohner ein geplantes Asylheim. Wer kann, bitte hin und helfen!“*¹⁷²

Am 28. August 2015 führten die JN mit ca. 70 Teilnehmern am Dresdner Hauptbahnhof eine Kundgebung unter dem Motto: *„Drogensumpf austrocknen! – Kriminelle Ausländer raus! – Mehr Sicherheit für unsere Stadt!“* durch. Nach szeneeigenen Angaben trat dabei u. a. der führende Szeneaktivist Maik MÜLLER als Redner auf. Obwohl die Veranstaltung im Vorfeld nicht öffentlich, z. B. in sozialen Netzwerken, beworben wurde, beteiligten sich gleichwohl viele Szeneangehörige daran.

Der dabei eingesetzte „Platzhirsch“ sollte nach Eigenaussagen der Szene, wie die weiße Maske der „Unsterblichen“, zum Symbol mit Wiedererkennungswert, aber auch zum Symbol der Heimatverbundenheit werden: *„Niemals werden wir unsere Heimat kampflös aufgeben, niemals unseren Feinden unser geliebtes Land freiwillig opfern.“*

¹⁶⁷ www.facebook.com/jugendddresden (Stand: 29. Juni 2015)

¹⁶⁸ www.facebook.com/pages/Freie-Kameradschaft-Dresden/1701421860086089 (Stand: 12. August 2015)

¹⁶⁹ www.facebook.com/jugendddresden (Stand: 23. November 2015)

¹⁷⁰ www.facebook.com/jugendddresden (Stand: 4. Juni 2015)

¹⁷¹ Detailliertere Ausführungen hierzu im Beitrag „Junge Nationaldemokraten (JN)“

¹⁷² www.facebook.com/jugendddresden (Stand: 6. Oktober 2015); Schreibweise wie im Original

Das Thema Drogenmissbrauch („Weg mit dem Crystal-Dreck“) war seinerzeit Teil des Landtagswahlkampfes der NPD. Insofern lag es nahe, dass auch die JN als Jugendorganisation der NPD dieses Thema „jugendgerecht“ aufgriffen.

Der erneute Angriff des „Anti-Drogen“-Themas in Verbindung mit der Forderung „kriminelle Ausländer raus“ ermöglichte den JN dabei, ihrer ideologischen Ausrichtung Ausdruck zu verleihen und die allgegenwärtige Asyldebatte für eigene Propagandazwecke zu instrumentalisieren.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Auch im Berichtsjahr 2015 bestand die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene fort, der zahlreiche politisch motivierte Propagandadelikte im Stadtgebiet zugeordnet wurden. Zudem wurde gewalttätig gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte vorgegangen. Ziel der Angriffe waren aber auch Menschen, die sich für Asylbewerber engagieren. So wurde z.B. ein marokkanischer Asylbewerber am 27. September 2015 in Dresden-Leuben durch eine Gruppe von fünf männlichen Personen angegriffen und mittels eines Schlagstocks auf den Kopf und auf den linken Oberarm geschlagen.

Die Szene verfügte mehrheitlich über keine klaren Strukturen. Sie war allerdings – abhängig vom Engagement der Führungspersonen der parteigebundenen Rechtsextremisten oder der Neonationalsozialisten – für Spontanaktionen, Demonstrationen oder sonstige Veranstaltungen, insbesondere im asylfeindlichen Kontext mobilisierbar. Insgesamt kann die Entwicklung im Jahre 2015 als Politisierungsprozess von subkulturellen Gruppen in Richtung einer Neuausbildung neonationalsozialistischer Gruppierungen gesehen werden.

Eine Vielzahl von rechtsextremistischen Straftaten deutet auf die Existenz einer subkulturell geprägten Gruppierung im Stadtteil Leuben hin, allerdings sind hier die Grenzen zur neonationalsozialistischen Szene fließend, so dass zunehmend von einer Mischszenen ausgegangen werden muss.

Die rechtsextremistische Fußballfanvereinigung Faust des Ostens trat nicht mehr mit eigenen Aktivitäten in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Gleichwohl standen die rechtsextremistischen Hooligans weiterhin als Mobilisierungspotenzial für andere rechtsextremistische Aktivitäten zur Verfügung.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Dresden	267	260	407	23	27	56

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

In der Stadt Dresden waren die Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene auch im Berichtsjahr weiterhin stark ausgeprägt. Hier waren mit Sachsonia, Blutzeugen, Brainwash, Endless Struggle und Hope for the Weak sachsenweit die meisten aktiven rechtsextremistischen Bands ansässig.

Die meisten dieser Dresdner Bands traten im Berichtsjahr bei rechtsextremistischen Konzerten auf, teilweise sogar im europäischen Ausland. So liegen Hinweise vor, dass Brainwash bei einschlägigen Musikveranstaltungen in Italien, Polen und Schweden auftreten sollten bzw. aufgetreten sind.

Brainwash, Endless Struggle sowie Hope for the Weak brachten eigene Tonträger beziehungsweise Split-CDs heraus, die stets bei dem rechtsextremistischen Vertrieb OPOS-Records erschienen.

Im Jahr 2015 fanden im Großraum Dresden zudem zwei rechtsextremistische Konzertveranstaltungen statt.

Auch bei einer asylkritischen Veranstaltung am 2. August 2015 auf dem Dresdner Altmarkt trat mit A3stus eine rechtsextremistische Band auf.¹⁷³

Seit 2007 ist in Dresden das rechtsextremistische Vertriebsunternehmen OPOS-Records ansässig, das aus einem Szeneladen, einem Internet-Versand sowie einem Tonträger-Label besteht. Zu seinem Sortiment gehören Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien. OPOS-Records trat als Unterstützer von Aktivitäten und Initiativen der rechtsextremistischen Szene auf und bot entsprechendes Material an. Bislang erschienen bei dem Label über 110 CDs, von denen 15 wegen jugendgefährdender Inhalte durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert wurden. Der Hauptverantwortliche des Labels bemühte sich in der jüngsten Vergangenheit auch um den Erwerb einer Immobilie im Großraum Dresden. Vermutlich soll diese Immobilie künftig auch der Durchführung von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen dienen.

Das Textil-Label Dryve by Suizhyde und das dazugehörige Design-Studio Mudhater sind seit Januar 2013 in Dresden ansässig. Das Sortiment des Labels wird über den eigenen Versand im Internet und weitere Vertriebe in Sachsen verkauft.

1.12.4 Erzgebirgskreis

Im Erzgebirgskreis waren der rechtsextremistischen Szene zwischen 200 und 250 Personen zuzurechnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das rechtsextremistische Personenpotenzial somit konstant geblieben und lag im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.

Neonationalsozialisten

Im Erzgebirgskreis waren im Jahr 2015, wie auch im Vorjahr, keine festen neonationalsozialistischen Strukturen festzustellen. Die Freien Kräfte im Erzgebirgskreis verzichteten in der Öffentlichkeit auf das Führen von Gruppenbezeichnungen. Auch fanden keine öffentlichen Veranstaltungen von Neonationalsozialisten statt.

Im Berichtsjahr griffen Neonationalsozialisten im Erzgebirgskreis umfassend die Themen „Asylbewerber“ und „Ausländerkriminalität“ auf. In diesem Zusammenhang beteiligten sie sich aktiv an Demonstrationen gegen Asylbewerberunterbringungen, z. B. Demonstrationen unter dem Motto „Tradition statt Invasion“ in Schneeberg, Aue und Schwarzenberg (siehe unten).

Anders als in anderen Regionen sind Neonationalsozialisten im Erzgebirgskreis nicht in einem Stützpunkt der Jungen Nationaldemokraten (JN) organisiert. Jedoch gründeten sie ei-

¹⁷³ Siehe hierzu auch Beitrag „Im Fokus – Aktivitäten von Rechtsextremisten in der aktuellen Asyldebatte und seine Folgen – Beobachtungen des Verfassungsschutzes in Sachsen“

nen sogenannten „Stützpunkt“ Mittelsachsen/Erzgebirge der Partei Der Dritte Weg¹⁷⁴, um unter den Schutz des Parteienprivilegs zu fallen¹⁷⁵. Als Leiter agierte dabei Maik Arnold¹⁷⁶, ein ehemaliges Mitglied der verbotenen Gruppierung Nationale Sozialisten Chemnitz (NSC).¹⁷⁷

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Die NPD ist im Erzgebirgskreis mit einem aktiven Kreisverband vertreten, der im Jahr 2007 aus der Fusion der ehemaligen NPD-Kreisverbände Annaberg, Aue-Schwarzenberg, Stollberg und Mittlerer Erzgebirgskreis hervorging.

In den vergangenen zwei Jahren trat für den Kreisverband insbesondere der Kreisvorsitzende Stefan HARTUNG mit der Organisation von Demonstrationen gegen die Asylpolitik im Erzgebirgskreis in Erscheinung. Dabei vermieden die Initiatoren jeden NPD-Bezug. HARTUNG initiierte eine Facebook-Gruppe mit der Bezeichnung „Schneeberg wehrt sich“ und führte im Winter 2013/14 sogenannte „Schneeberger Lichtelläufe“ durch, an denen sich bis zu 1.800 Personen beteiligten.

Im Berichtsjahr setzte HARTUNG seine fremdenfeindlichen Aktivitäten fort und prägte wesentlich das Demonstrationsgeschehen im Landkreis. Wieder erzielten die Rechtsextremisten dabei Mobilisierungszahlen, die weit über das übliche Maß von NPD-Demonstrationen hinausgingen. Auch im Jahr 2015 war die die NPD auf Facebook aktiv, dort unter dem Deckmantel der Bezeichnung „Freigeist“.

Am 3. September 2015 formulierte HARTUNG im Internet seine Vorstellungen von der weiteren politischen Entwicklung, wonach es Ziel sei, dass die Protestbewegungen in einen Volksaufstand münden müssten:

„Es wird eindeutig Zeit, dass wir wieder auf die Straße gehen. Diesmal wird es aber ein regelrechter Volksaufstand mit dem Ziel eines friedlichen und demokratischen Austauschs der verantwortlichen Politiker werden müssen – mit einfachen Demos erreichen wir schließlich nichts mehr. Ansonsten gibt es auch bei uns im Erzgebirge bald kein Volk mehr. Denn auch wir drohen in einer multiethnischen Verelendung krepieren zu müssen, wie sie in zahlreichen westdeutschen Metropolregionen vorgezeichnet ist. Oder?“¹⁷⁸

Nach dieser Erklärung organisierten die Rechtsextremisten insgesamt vier Demonstrationen unter dem Motto „Tradition statt Invasion“ in Schneeberg, Aue und Schwarzenberg. Erneut wurde ein offener NPD-Bezug vermieden.

Am 10. Oktober 2015 fand in Schneeberg eine Demonstration mit 850 Teilnehmern statt. Als Redner trat unter anderem Stefan HARTUNG auf.

Eine weitere von „Freigeist“ organisierte Veranstaltung fand am 24. Oktober 2015 mit 940 Teilnehmern in Aue statt. Auf der Veranstaltung sprach u. a. HARTUNG als Organisator.

Die zahlenmäßig größte von „Freigeist“ organisierte Demonstration im Jahr 2015 fand am 7. November 2015 mit ca. 1.500 Teilnehmern in Schwarzenberg statt.

Um eine höhere Breitenwirkung zu erzielen versuchte HARTUNG, in der Region Erzgebirge verschiedene Protestgruppen zu vereinen. Am 21. November 2015 fand eine weitere De-

¹⁷⁴ Siehe auch Kapitel „Der Dritte Weg“

¹⁷⁵ Das Verbot einer Partei unterliegt hohen rechtlichen Hürden.

¹⁷⁶ www.facebook.com/Nationaler-Widerstand-MittelOstsachsen

¹⁷⁷ Eine der aktivsten neonationalsozialistischen Gruppierungen im Freistaat Sachsen, die am 28. März 2014 verboten wurde

¹⁷⁸ www.facebook.com/groups/initiative.schneeberg (Stand: 9. August 2015)

monstration in Schneeberg mit ca. 400 Teilnehmern statt. In einer Internetmeldung des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge hieß es zu diesem Ereignis:

„Auf der Kundgebung der Freigeist-Demonstration vom 21.11. in Schneeberg: MUT ZUR EINHEIT ALLER PATRIOTEN über Parteigrenzen hinweg ohne Distanzierungsgehebe“¹⁷⁹

In einem zweiten Internetbeitrag des Kreisverbandes zur Veranstaltung wurde eine gemeinsame Veranstaltung angekündigt:

„Drei erzgebirgische Protestgruppen – Stollberg, Beierfeld und "Freigeist" – stehen zusammen; hinzu werden sich weitere aus unserer Region gesellen. So weit, so gut. Deshalb sehen uns gemeinsam am kommenden Freitag, 27.11., um 18:00 in Stollberg wieder!“¹⁸⁰

Die angekündigte Veranstaltung in Stollberg fand am 27. November 2015 als „Sternmarsch“ statt. Dieser endete mit einer Abschlusskundgebung auf dem Markt in Stollberg, an der sich ca. 3.000 Personen beteiligten. Im Unterschied zu den vorangegangenen Veranstaltungen von „Freigeist“ wurde diese nicht vom Kreisvorsitzenden der NPD angemeldet. Allerdings hat sich das Personenpotenzial um Stefan HARTUNG an der Veranstaltung mit beteiligt. Der NPD-Kreisverband Erzgebirge knüpfte an die Veranstaltung die folgende Erwartung:

*„Und natürlich sind auch **wir mit dabei**. (...) Von den vielen patriotischen Teilnehmern **erwarten wir**, dass sie sich über das Demonstrieren und Reden zuhörend hinausgehend wenigstens **in die politische Arbeit einbringen oder besser sich sogar als Mitglied bei uns anschließen**. Das ist doch auf Dauer nicht zuviel verlangt, oder? Denn nur so kann man wirklich selber Einfluss aufs Geschehen ausüben.“¹⁸¹*

Aktivitäten der JN im Erzgebirgskreis wurden im Berichtsjahr nicht bekannt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Erzgebirgskreis gab es auch im Berichtsjahr eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Mitglieder sich zum einen an Aktivitäten, wie rechtsextremistischen Konzerten und szeneeigenen Sportveranstaltungen, z. B. Fußball oder Kampfsport, beteiligten. Diese Sportarten sind, insbesondere bei Jugendlichen, populär und bieten deshalb rechtsextremistischen Gruppierungen die Möglichkeit, sich potenziell Nachwuchs attraktiv zu präsentieren und diesen ggf. zu rekrutieren. Zum anderen war die Szene vornehmlich durch Straftaten wahrnehmbar. Neben Propagandadelikten verübte sie insbesondere Straf- und Gewalttaten gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte. So wurde z.B. ein eritreischer Asylbewerber am 29. August 2015 in Schwarzenberg aus einer Personengruppe heraus vom Fahrrad gestoßen und danach am Boden liegend von mindestens einem Täter getreten bzw. geschlagen. Außerdem traten Angehörige der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene immer wieder als Teilnehmer von bürgerlichen asylkritischen oder rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen auf.

¹⁷⁹ www.facebook.com/pages/NPD-Erzgebirge (Stand: 23. November 2015)

¹⁸⁰ www.facebook.com/pages/NPD-Erzgebirge (Stand: 23. November 2015), Schreibweise wie im Original

¹⁸¹ www.facebook.com/pages/NPD-Erzgebirge (Stand: 1. Dezember 2015)

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Erzgebirgskreis	94	143	139	1	3	9

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Im Erzgebirgskreis bestehen Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Hier sind die Band Verboten sowie das Bandprojekt Paranoid ansässig.

Während sich Paranoid mit der bei OPOS-Records (Dresden) erschienenen CD „Gender mich nicht voll“ sowie der Beteiligung an einem im Internet publizierten Medley ausschließlich auf Publikationen beschränkte, trat die Band Verboten auch bei rechtsextremistischen Konzerten, etwa im Torgauer Ortsteil Staupitz (Landkreis Nordsachsen) am 2. Mai sowie am 29. August 2015 auf. Verboten veröffentlichte außerdem einen Tonträger mit dem Titel „Deutsches Herz“, welcher ebenfalls von OPOS-Records (Dresden) produziert wurde.

Im Landkreis durchgeführte Musikveranstaltungen der rechtsextremistischen Szene wurden im Berichtszeitraum nicht bekannt.

In Annaberg ist ein Ladengeschäft ansässig, dessen Sortiment auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene ausgerichtet ist.

1.12.5 Landkreis Görlitz

Im Landkreis Görlitz gehörten der rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr zwischen 150 und 200 Personen an. Das rechtsextremistische Personenpotenzial blieb somit konstant und lag im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.

Neonationalsozialisten

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Görlitz verfügte über Strukturen ohne eigene Organisationsbezeichnungen im Raum Görlitz und im Raum Zittau. Sie traten jedoch im Jahr 2015 mit eigenen Aktivitäten öffentlich kaum in Erscheinung. Sie beteiligten sich an den Gedenkveranstaltungen der Neonationalsozialisten im Landkreis Bautzen und führten nach eigenen Angaben selbst nur eine Gedenkveranstaltung anlässlich des Volkstrauertages durch. Diesen Tag instrumentalisieren Rechtsextremisten seit jeher im revisionistischen Sinne als „Heldengedenktag“.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Nach einer Austrittswelle Ende 2014 hat sich die NPD im Landkreis Görlitz zu einer weitgehend bedeutungslosen und kleinen NPD-Struktur entwickelt. In einer Meldung zu einer Landesvorstandssitzung hieß es im Juli 2015 zwar, dass „in den Landkreisen Bautzen und Görlitz, wo es nach der Landtagswahl Parteiaustritte gab, die Verbandsstrukturen neu geordnet

*und Neumitglieder in die aktive Parteiarbeit eingebunden werden konnten (...)*¹⁸² Allerdings waren Aktivitäten der Partei in dieser Region kaum feststellbar. Über die Facebook-Seite dieses NPD-Kreisverbandes versuchten die Rechtsextremisten, ein aktives Parteileben zu suggerieren. Zu finden waren allerdings neben fremdenfeindlichen Texten und Bildern überwiegend nur Berichte zu Aktivitäten von anderen NPD-Strukturen.

Die ausgetretenen Parteimitglieder des NPD-Kreisverbandes Görlitz gründeten einen Verein und übten ihre Stadtrats- sowie Kreistagsmandate, die sie ursprünglich für die NPD innehatten, über diesen Verein weiter aus.

Der „Stützpunkt“ der JN Ostsachsen besteht seit April 2014 und umfasst die Landkreise Bautzen und Görlitz. Von diesem gingen im Landkreis Görlitz jedoch nur geringe öffentliche Aktivitäten aus. So führte er am 13. Februar 2015 eine Mahnwache in Löbau anlässlich des 70. Jahrestages der Bombardierung Dresdens durch.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den Neonationalsozialisten und parteigebundenen Rechtsextremisten existiert im Landkreis Görlitz eine wesentlich aktivere subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Dieser gehören insbesondere Personen mit rechtsextremistischer Einstellung an, die vornehmlich durch Straftaten, wie Propagandadelikte – so z. B. mit dem Sprühen von Hakenkreuzen –, auffallen und rechtsextremistische Konzerte besuchen. Im Jahr 2015 beteiligte sich auch diese Szene an asylkritischen oder rechtsextremistischen, asylfeindlichen Veranstaltungen. Zudem wurde gewalttätig gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte vorgegangen. Ziel der Angriffe waren aber auch Menschen, die sich für Asylbewerber engagieren.

Zur subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene im Landkreis Görlitz zählt u. a. auch die sogenannte Brigade 8 Weißwasser.

Hierbei handelt es sich um eine bundesweit aktive, subkulturell geprägte rechtsextremistische Gruppierung mit neonationalsozialistischen Bezügen, die in Hierarchie und ihrem Auftreten mit einheitlichen Lederkuttchen Rockergruppierungen ähnelt. Die Brigade 8 ist bundesweit organisiert und unterhielt im Jahr 2015 in Sachsen jeweils ein „Chapter“ in Weißwasser und in Leipzig. Das „Chapter“ Weißwasser, das sich auch „Chapter Ostdeutschland“ bzw. „Chapter Eastside“ nennt, nutzte für seine Veranstaltungen eine ehemalige Gaststätte in Weißwasser.

Am 5. September 2015 führte die Brigade 8 ein Treffen in Weißwasser durch, bei dem mehrere rechtsextremistische Liedermacher auftraten. Die im Vorfeld als Clubhausfeier angekündigte Veranstaltung der Brigade 8 Weißwasser stellte sich im Nachhinein als überregionales Treffen dar. So waren auch Mitglieder aus Niedersachsen und Brandenburg sowie Mitglieder der rechtsextremistischen Gruppierung Brigade Halle/Saale (Sachsen-Anhalt) anwesend.

Mitglieder der Brigade 8 Weißwasser nahmen am 6. Dezember 2015 mit einem eigenen Transparent an einer asylfeindlichen Demonstration in Weißwasser teil.

Ebenfalls zur subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene im Landkreis Görlitz zählt der Verein Nationaler Jugendblock e.V. (NJB). Der NJB existiert seit Dezember 1991. Seine Bedeutung für die regionale Szene hat in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich abgenommen. Bestrebungen, überregional als extremistischer Personenzusammenschluss aufzutreten, waren nicht erkennbar. Gleichwohl bestanden Kontakte zu rechtsextremistischen Strukturen im regionalen Umfeld. Der NJB verfügt seit mehreren Jahren über ein Vereinshaus in Zittau, das für Treffen und Veranstaltungen genutzt wird.

¹⁸² www.npd-sachsen.de (Stand: 6. Juli 2015)

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Landkreis Görlitz	131	132	119	0	2	0

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Bis zur Schließung des Lokals „Zur Deutschen Eiche“ in Rothenburg OT Geheege im April 2012 stellte der Landkreis Görlitz einen Schwerpunkt hinsichtlich der Aktivitäten der rechtsextremistischen Musikszene in Sachsen dar. Die Gaststätte war jahrelang eines der wichtigsten Veranstaltungsobjekte der Szene.

Zwar gab es im Jahr 2015 keine Hinweise auf die Existenz einer rechtsextremistischen Musikgruppe im Landkreis. Jedoch ließ sich der aus Brandenburg stammende Liedermacher Handschu¹⁸³ in Weißwasser nieder. Dieser beteiligte sich im Berichtszeitraum an einer Split-CD mehrerer rechtsextremistischer Liedermacher und trat bei der rechtsextremistischen, subkulturell geprägten Organisation Brigade 8 in Weißwasser auf.

Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen sind im Jahr 2015 im Landkreis Görlitz nicht bekannt geworden.

1.12.6 Landkreis Leipzig

Im Landkreis Leipzig waren der rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr, wie im Vorjahr, zwischen 150 und 200 Personen zuzurechnen. Das Personenpotenzial lag im Vergleich zu anderen Regionen im Freistaat Sachsen im mittleren Bereich.

Neonationalsozialisten

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Leipzig befand sich 2015 im Umbruch. So begannen die Neonationalsozialisten in der Öffentlichkeit, auf das Führen von Gruppenbezeichnungen zu verzichten. Aus taktischem Kalkül schlossen sich Neonationalsozialisten Parteistrukturen, wie der JN und der Partei Der III. Weg an, um den Schutz des Parteienprivilegs¹⁸⁴ für sich auszunutzen. Insgesamt können damit nur noch sehr wenige Einzelpersonen der parteiungebundenen neonationalsozialistischen Szene zugerechnet werden.

Die Verbleibenden beteiligten sich vor allem an asylfeindlichen Demonstrationen und Veranstaltungen anderer rechtsextremistischer Spektren. So nahmen sie beispielsweise am 18. Juli, am 2. und am 16. August bei den in Grimma durchgeführten rechtsextremistischen Anti-Asyl-Demonstrationen unter dem Motto „Wir sagen nein zum geplanten Asylantenheim – Solidarität mit den Bürgern von Bahren“ teil. Weitere Beteiligungen von einzelnen Neonationalsozialisten erfolgten bei den rechtsextremistischen Demonstrationen am 1. November und am 12. Dezember 2015 in Borna unter dem Motto „Wer immer schweigt, verliert seine Stimme. Unsere Heimat unser Recht“.

¹⁸³ Schreibweise wie im Original

¹⁸⁴ Das Verbot von Parteien unterliegt hohen rechtlichen Hürden.

Seit 9. April 2015 existiert bei Facebook eine Seite namens „Aktionsblock Muldental“. Auf dieser werden Informationen zu rechtsextremistischen Veranstaltungen und Demonstrationen in regionaler Nähe veröffentlicht, „*welchen man gemeinsam beiwohnen*“ könne¹⁸⁵. Aber auch überregionale Ereignisse werden thematisiert, wie der sogenannte „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) am 6. Juni 2015 in Neuruppin (Brandenburg) sowie die Demonstration der Partei Die Rechte am 20. Juni 2015 in Merseburg (Sachsen-Anhalt). Weiterhin heißt es auf der Facebook-Seite des „Aktionsblocks Muldental“: „*Ihr wollt Veränderung? Dann schreit nicht nur danach, sondern werdet aktiv, um besagte Veränderung einzuleiten! – REVOLUTION!*“¹⁸⁶

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Aus „organisatorischen und strukturellen Gründen“ schlossen sich die Mitglieder der Kreisverbände Leipzig sowie des Landkreises Leipzig am 15. Mai 2015 zu einem „Kreisverband Leipzig Stadt & Land“ zusammen. Seitdem führte die NPD im Landkreis vereinzelt Informationsstände und Kundgebungen mit niedrigen Teilnehmerzahlen durch und die Mitglieder beteiligten sich an Veranstaltungen der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD.

Am 26. Juni 2015 gaben sich die Rechtsextremisten vordergründig sozial. Unter dem Motto „Volksgemeinschaft leben – Deutsche helfen Deutschen“ fand in Böhlen eine Kundgebung mit einem Informationsstand statt. Zum Ereignis hieß es nach der Veranstaltung:

*„Nicht nur in Böhlen dachte man heute an seine **Volksgenossen**, sondern auch in Borna und Kitzscher. Hier waren es junge Aktivisten der JN-Borna, die Infomaterial und kostenlose Lebensmittelbeutel verteilten. (...) Wir sind, wozu wir stehen. Menschen der Tat, die dort handeln, wo andere quatschen! Ab sofort wird es regelmäßige Aktionen geben, bis auch der letzte weiß, daß **Volksgemeinschaft** gelebte nationale Solidarität bedeutet. Auch in Böhlen war die Aktion „Deutsche helfen Deutschen“ mehr als erfolgreich. (...) Kraftvolle Reden und klangvolle Balladen rundeten die gute Laune ab.“*¹⁸⁷

Die JN verfügten im Berichtsjahr im Landkreis Leipzig über drei „Stützpunkte“.

Sehr aktiv erwies sich der erst im Vorjahr gegründete JN-Stützpunkt Borna. Ein sogenannter „Freundeskreis JN Borna“ trat auch im Berichtsjahr erneut am 13. Februar 2015 bei einer Mahnwache in Borna im Rahmen der „Aktionswoche“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden im Zweiten Weltkrieg am 13. Februar 1945 mit eigenem Transparent in Erscheinung. Auch an dem Gedenkmarsch am 15. Februar 2015 in Dresden beteiligten sich Mitglieder des „Freundeskreises JN Borna“.

Das Thema Anti-Asyl stellte das zentrale Thema der Aktionen der JN Borna im Berichtsjahr dar. So wurden verschiedene Flyer-Verteilaktionen sowie Plakatierungsaktionen durchgeführt. Maßgeblicher Akteur der JN Borna war Stefan Frank SCHUBINSKI.

Im Rahmen der Aktion „Deutsche helfen Deutschen“ führte die JN Borna am 26. Juni 2015 zwei Informationsstände in Borna und Kitzscher unter dem Motto „Volksgemeinschaft leben – Deutsche helfen Deutschen“ durch und verteilte Lebensmittel an Bedürftige. Kommentiert wurde diese Aktion mit den Worten „(...) daß *Volksgemeinschaft gelebte nationale Solidarität bedeutet.*“¹⁸⁸ Durch die JN Borna wurden auch die rechtsextremistischen Demonstrationen am 1. November 2015 und am 12. Dezember 2015 unter dem Motto „Wer immer schweigt, verliert seine Stimme. Unsere Heimat unser Recht“ in Borna maßgeblich unterstützt.

¹⁸⁵ Facebookseite Aktio/ns/block Muldental (Stand: 16. April 2015)

¹⁸⁶ ebenda

¹⁸⁷ www.facebook.com/npd.leipzig (Stand: 29. Juni 2015), Schreibweise wie im Original

¹⁸⁸ Facebook-Seite der JN Borna (Stand: 29. Juni 2015), Schreibweise wie im Original

Die JN Borna verfügten im Jahr 2015 über sehr gute überregionale Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppierungen in Sachsen. So beteiligten sie sich auch an der Anti-Drogen-Demonstration am 28. August 2015 in Dresden sowie an der Demonstration am 27. September 2015 in Döbeln. Unter dem Motto: „(...) der Kampf für Deutschland endet nicht an der Landesgrenze!“¹⁸⁹ beteiligten sich die JN Borna auch außerhalb Sachsens an der rechtsextremistischen Anti-Asyl-Demonstration am 5. Dezember 2015 in Altenburg (Thüringen).

Eine weitere JN-Struktur im Landkreis Leipzig ist der JN-Stützpunkt Muldental. Im Vergleich mit den anderen JN-Stützpunkten im Landkreis Leipzig beteiligten sich die JN Muldental insbesondere an zahlreichen überregionalen Veranstaltungen außerhalb von Sachsen. So berichteten die JN Muldental auf ihrer Facebook-Seite über die Teilnahme u. a. an der Demonstration der Partei Der Dritte Weg am 1. Mai 2015 in Saalfeld¹⁹⁰ (Thüringen) und an Veranstaltungen zum „Tag der deutschen Zukunft“ (6. Juni 2015) in Neuruppin (Brandenburg), einem jährlichen Großereignis der bundesweiten neonationalsozialistischen Szene.

Auch an den Demonstrationen der Partei Die Rechte am 20. Juni 2015 in Merseburg (Sachsen-Anhalt) sowie am 3. Oktober 2015 in Hamm (Nordrhein-Westfalen) beteiligten sich Vertreter der JN Muldental. Außer an den überregionalen Großereignissen nahmen sie im Sommer 2015 zudem an in Grimma durchgeführten rechtsextremistischen Veranstaltungen teil, so an den von einem Rechtsextremisten aus dem Umfeld der JN organisierten „Bürgerprotest gegen das geplante Asylheim in Grimma!“¹⁹¹

In Geithain befindet sich ein dritter, jedoch weniger aktiver JN-Stützpunkt im Landkreis Leipzig, welcher von Manuel TRIPP geleitet wird. Wie bereits in den vergangenen Jahren veranstalteten die JN Geithain auch im Jahr 2015 wieder ihre sogenannten Winter-, Sommer- und Herbstlager. Diese dienen der Vernetzung innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Gemeinsam wird in Anlehnung an militärische Marschübungen eine insbesondere für jüngere Rechtsextremisten attraktive „Kampf- und Kameradschaftsromantik“ inszeniert. Damit soll der innere Zusammenhalt gestärkt, die ideologische Verankerung im insbesondere gewaltbejahenden nationalsozialistischen Gedankengut gefestigt und die Werbung neuer Mitglieder angestrebt werden.

Zur Teilnahme an regionalen Veranstaltungen mobilisierten die JN Geithain ebenso, beispielsweise für die Demonstration am 18. Juli 2015 unter dem Motto „Schluss mit dem Wahnsinn – Grimma wehrt sich!“, bei welcher Manuel TRIPP auch als Redner auftrat. Auch für die Demonstration am 12. Dezember 2015 in Borna mobilisierte die JN Geithain über Twitter: „(...) *auf nach Borna – schließt euch an! Steht auf gegen den Wahnsinn!*“¹⁹²

Die Partei Der Dritte Weg

Im April 2015 wurde der länderübergreifende „Stützpunkt“ Mittelland der Partei „Der Dritte Weg“ gegründet. Dieser umfasst die Städte Leipzig, Halle, Merseburg und das Umland. Seit der Gründung sind keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen dieses „Stützpunkts“ im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen bekannt geworden.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Leipzig existierte im Berichtsjahr eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Abhängig vom Charakter der jeweiligen Veranstaltung war diese Szene vor allem zu Großereignissen mobilisierbar. Ihr sind zum einen insbesondere Personen zuzurechnen, die an rechtsextremistischen Konzerten teilnehmen. Zum anderen sind Vertreter dieser Szene vornehmlich durch Straftaten in Erscheinung getreten. Neben zahlreichen Propagan-

¹⁸⁹ Facebook-Seite der JN Borna (Stand: 7. Dezember.2015)

¹⁹⁰ Siehe hierzu auch die weiteren Angaben im Beitrag „Junge Nationaldemokraten“

¹⁹¹ Facebook-Seite der JN Muldental (Stand: 20. Juli 2015)

¹⁹² Twitter der JN Geithain (Stand: 8. Dezember.2015)

dadelikten kam es insbesondere zu Straf- und Gewalttaten gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte. So schossen unbekannte Täter z.B. am 10. Juli 2015 offenbar mit einer Zwillie – einer Art Schleuder – mehrere Stahlkugeln gegen die Scheiben einer Asylbewerberunterkunft in Böhlen. Eine der Kugeln durchschlug die äußere Fensterscheibe, wobei keine der drei Personen im Zimmer verletzt wurde.

Auch die Organisation von Freizeitveranstaltungen – wie z. B. dem sogenannten „Muldentaler Kameradschaftslauf“ – zählte im Berichtsjahr zum Betätigungsfeld der subkulturell orientierten Rechtsextremisten. Bei dem im September durchgeführten „Muldentaler Kameradschaftslauf“ handelte es sich weniger um eine Sportveranstaltung im engeren Sinne als vielmehr um eine Freizeitveranstaltung zur Stärkung des Szenezusammenhalts. Insgesamt nahmen ca. 180 Personen vorwiegend aus der Region Leipzig an der Veranstaltung teil. Durchgeführt wurde diese Veranstaltung in einem Steinbruch in Grimma (Ortsteil Roda).

Oldschool Society

Die anhaltende Asyldebatte hat auch in dieser subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zu einer stärkeren Politisierung und Strukturierung geführt. In einem Fall führte dies zu einer Radikalisierungsdynamik in Richtung des Verdachts rechtsterroristischer Aktivitäten.

Mitte des Jahres 2014 bildete sich zunächst als virtuelle rechtsextremistische Gruppe im Internet bundesweit und auch unter Beteiligung sächsischer Rechtsextremisten die Gruppe Oldschool Society (OSS). Einem ersten Treffen der OSS im November 2014 in Borna sollte ein zweites Treffen Mitte Mai 2015 folgen. Mit dessen Planung trat die OSS schließlich auch in eine zielgerichtete Vorbereitung von Anschlägen auf Asylbewerber sowie den politischen Gegner ein. Es sollten mehrere „Aktionen“ durchgeführt werden, die sich gegen „Asylantenheime“, „Antifa-Quartiere“ oder „Ölaugen“ richteten.

Auf Grund der zunächst bei den Verfassungsschutzbehörden vorliegenden Erkenntnislage, die sich seit Anfang des Berichtsjahres zu einem Verdacht auf rechtsterroristische Aktivitäten konkretisierte, leitete der Generalbundesanwalt Mitte Februar 2015 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ein. Im Rahmen der folgenden Exekutivmaßnahmen wurden die vier Hauptbeschuldigten (zwei davon aus Sachsen) Anfang Mai 2015 festgenommen. Bei zehn Rechtsextremisten wurden Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt, wobei neben Schreckschuss- und Gaswaffen u. a. auch Teleskop-Schlagstöcke, Schwerter und in Deutschland nicht zugelassene pyrotechnische Gegenstände mit großer Sprengkraft gefunden wurden.

Mit der OSS bildete sich seit der mutmaßlichen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) der erste Personenzusammenschluss, der tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer entstehenden rechtsterroristischen Gruppierung aufwies. Die Bundesanwaltschaft erhob am 23. Dezember 2015 Anklage vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Landkreis Leipzig	90	59	95	6	2	16

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Im Landkreis Leipzig waren im Jahr 2015 keine Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene aktiv. Zu der aus den Vorjahren bekannten Band Sarin – benannt nach einem in Deutschland in den 1930er Jahren entwickelten Giftgas – fielen keine Hinweise auf Auftritte bzw. Veröffentlichungen an.

Am 3. Februar 2015 fand in Borna ein rechtsextremistischer Liederabend statt, an dem etwa 150 Personen teilnahmen. Eine ähnliche Veranstaltung wurde bereits Ende Dezember 2014 durchgeführt. Weitere rechtsextremistische Musikveranstaltungen wurden nicht bekannt.

Front Records

Front Records mit Sitz in Falkenhain ist deutschlandweit einer der wichtigsten rechtsextremistischen Vertriebe. Das Unternehmen bietet insbesondere bedruckte Textilien und Tonträger sowie weitere szenetypische Materialien an.

Der Vertrieb besteht aus einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label. Außerdem stehen technische Möglichkeiten zum Textildruck zur Verfügung. Das zugehörige Tonträger-Label brachte bislang über 90 Tonträger einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher auf den Markt. Zwanzig Produktionen wurden bislang wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert.

1.12.7 Leipzig (Stadt)

In der Stadt Leipzig wurden der rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr 300 bis 350 Personen zugerechnet. Das Personenpotenzial blieb damit im Vergleich zum Vorjahr konstant und lag im sachsenweiten Vergleich im oberen Bereich.

Neonationalsozialisten

Mit den Freien Kräften Leipzig verfügt die neonationalsozialistische Szene in Leipzig über eine aktive Struktur, welche – im Gegensatz zu den Vorjahren – jedoch im Berichtsjahr kaum öffentlich in Erscheinung trat. Sie unterhielt enge Kontakte zur NPD und den Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD. So protestierten am 9. August 2015 Angehörige der Freien Kräfte Leipzig gemeinsam mit Mitgliedern der JN und des NPD-Kreisverbandes Leipzig Stadt & Land für die Freilassung des wegen Körperverletzung inhaftierten Vorsitzenden dieses NPD-Kreisverbandes, Enrico BÖHM. Dabei zeigten sie ein Transparent und verteilten Flugblätter an Bürger. Diese gemeinsame Aktivität verdeutlicht die enge Zusammenarbeit dieser rechtsextremistischen Strukturen.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Der NPD-Kreisverband Leipzig gehört zu den mitgliederstarken NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen. Am 15. Mai 2015 fusionierten aus „strukturellen und organisatorischen Gründen“ die Kreisverbände Leipzig und Landkreis Leipzig zum „Kreisverband Leipzig Stadt & Land“. Die Bedeutung des Kreisverbandes Leipzig in der sächsischen NPD war davor kontinuierlich zurückgegangen, nachdem das vormalige Treffobjekt in der Odermannstraße nicht mehr zur Verfügung stand.

Im Unterschied zu den Wahlkampfzeiten im Jahr 2014 war die NPD im Leipziger Stadtgebiet im Jahr 2015 kaum wahrnehmbar. Im Berichtsjahr verlagerte der Kreisverband seinen Aktionsbereich mehr in den Landkreis – allerdings auch dort auf niedrigem Niveau.

Lediglich der Kreisvorsitzende Enrico BÖHM sorgte für Schlagzeilen. BÖHM wurde im Mai 2015 wegen Körperverletzung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, eine Frau getreten und beleidigt zu haben. Noch vor Haftantritt beging BÖHM eine weitere Körperverletzung und wurde daraufhin unmittelbar in Untersuchungshaft genommen. Nachdem er gegen das oben genannte Urteil Rechtsmittel eingelegt hatte, wurde er in einer Berufungsverhandlung zu sechs Monaten Haft wegen Körperverletzung – ausgesetzt zur Bewährung – verurteilt.

Vereinzelt beteiligten sich Mitglieder des Kreisverbandes in Leipzig an asylkritischen Demonstrationen in Leipzig. Darüber hinaus wurden einzelne Informationsstände im Stadtgebiet durchgeführt. Am 28. Oktober 2015 führten Mitglieder des Kreisverbandes eine Aktion vor einer Sitzung des Leipziger Stadtrates durch. Drei Personen hielten ein Transparent mit der Aufschrift „Geld für unsere Kinder statt für eure Asylanten“.

Der „Stützpunkt“ der JN in Leipzig zählt hingegen zu den aktivsten JN-Stützpunkten in Sachsen. Im Jahr 2015 trat er mit vielfältigen Aktionen öffentlich in Erscheinung und behielt damit sein bereits im Vorjahr gestiegenes Aktionsniveau bei.

Das Themenfeld Anti-Asyl bildete den Schwerpunkt der Aktivitäten der JN Leipzig im Jahr 2015. Mitglieder führten dabei – meist in Zusammenarbeit mit der NPD – verschiedene Aktivitäten wie Informationsstände und Verteilaktionen durch. So veranstalteten sie zusammen mit dem NPD-Kreisverband Leipzig Stadt & Land am 17. Mai 2015 eine Verteilaktion des Flugblattes „Asylflut stoppen“ in Leipzig und im Leipziger Umland. Unter dem Motto „Keine Asylbewerber als Nachbarn“ fand am 21. Mai 2015 in Brandis eine Protestveranstaltung des NPD-Kreisverbandes Leipzig Stadt & Land statt.

„Zusammen mit der JN Leipzig, zahlreichen parteifreien Aktivisten und Brandiser Bürger formierte sich eine etwa 50 Mann starke Kundgebung, auf der kritische Redebeiträge zur Asylproblematik zu hören waren und Infomaterial an Passanten verteilt wurde“¹⁹³,

so berichtete der NPD-Kreisverband Leipzig Stadt & Land über die Veranstaltung. Am 11. und 18. Juli 2015 führte die NPD zwei Anti-Asyl-Kundgebungen in Brandis und Grimma durch, an denen sich die JN Leipzig beteiligten. Die JN Leipzig nahmen auch an weiteren Anti-Asylkundgebungen, so am 2. und 16. August 2015 in Grimma sowie am 17. November 2015 in Zwenkau, teil.

Höhepunkt der Anti-Asyl-Aktivitäten der JN Leipzig war die Teilnahme an einer Blockadeaktion bei einer Erstaufnahmeeinrichtung durch JN-Anhänger am 18. Oktober 2015 in Leipzig. Die Teilnehmer zeigten dabei ein Plakat mit der Aufschrift „Geld für unsere Kinder, statt für eure Asylanten“ und skandierten entsprechende Parolen. Die Einsatzbeamten führten 27 Identitätsfeststellungen durch und erstatteten Anzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Die JN Leipzig kommentierten die Aktion auf ihrem Facebook-Profil mit den Worten *„Wir schauen nicht kampflös zu, wie unsere Heimat immer mehr überflutet wird. Für das Erste muss der Asylantenbus umdrehen (...).“¹⁹⁴*

Zudem beteiligten sich die JN Leipzig im Zusammenhang mit dem Thema Asyl an Veranstaltungen der nichtextremistischen Vereinigung „Leipzig gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (LEGIDA) in Leipzig.

Angehörige der JN Leipzig beteiligten sich ferner regelmäßig an regionalen und überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen. Entsprechende Mobilisierungen wurden auf der Facebook-Seite der JN Leipzig veröffentlicht. Mitglieder der JN Leipzig nahmen unter ande-

¹⁹³ www.facebook.com/npd.leipzig, Schreibweise wie im Original

¹⁹⁴ <https://www.facebook.com/jungernationalistenleipzig> (Stand: 19. Oktober 2015)

rem an Demonstrationen der Partei Die Rechte am 20. Juni 2015 in Merseburg (Sachsen-Anhalt) und am 3. Oktober 2015 in Hamm (Nordrhein-Westfalen) teil. Zudem beteiligten sich die JN Leipzig am 16. Januar 2015 an einem sogenannten Trauermarsch von Rechtsextremisten in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) anlässlich des Jahrestages des Bombenangriffs auf die Stadt 1945 sowie an der Demonstration zum „Tag der deutschen Zukunft“ am 6. Juni 2015 in Neuruppin (Brandenburg). Diese Aktivitäten verdeutlichten die guten Kontakte der JN Leipzig zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen.

Wie im Vorjahr bildete das Thema Tierschutz einen weiteren Themenschwerpunkt der JN Leipzig. So protestierten sie mit einer Transparent-Aktion gegen angebliche Tierquälerei im Zirkus. In einem entsprechenden Beitrag auf ihrem Facebook-Profil wurde *„ein Verbot von Wildtieren in deutschen Zirkussen“* gefordert. Damit bedienten die JN ein auch im bürgerlichen Spektrum anschlussfähiges Thema und hofften auf Zustimmung außerhalb ihrer Klientel.

Die Rechte

Bei der Neugründung des sächsischen Landesverbandes am 1. August 2015 wählten die Mitglieder den ehemaligen Leipziger NPD-Funktionär Alexander KURTH zum Landesvorsitzenden. Kontaktadresse des sächsischen Landesverbandes ist ein Postfach in Leipzig. Bereits im Februar 2015 hatte die Partei über Facebook die Gründung eines Kreisverbandes in Leipzig angekündigt:

*„In den nächsten Wochen soll auch in der Messestadt Leipzig die Kreisverbandsgründung vollzogen werden. Hierzu suchen wir noch aktive Mitstreiter. Suchst Du eine Alternative zum BRD-Volksverräterpartei Kartell? (...) Dann werde auch Du Mitglied der nationalen und sozialistischen Fundamentalopposition! Kämpfen wir gemeinsam für ein freies, nationales und soziales Leipzig.“*¹⁹⁵

Eine Gründungsveranstaltung fand trotz dieser Ankündigung im Berichtsjahr jedoch nicht statt.

Die Partei versuchte, sich im Jahr 2015 in die laufenden Anti-Asyl-Proteste einzubringen. Sie war jedoch aufgrund der noch vorhandenen strukturellen Schwäche nicht in der Lage, hinsichtlich eigener Veranstaltungen ein mit der NPD vergleichbares Organisationsniveau zu erreichen. In Leipzig ist Die Rechte jedoch über ihren Landesvorsitzenden an einer Vernetzung von rechtsextremistischen Anti-Asyl-Initiativen beteiligt.

Bereits zu Jahresbeginn rief die Partei davon abgesehen wiederholt auch zur Teilnahme an den LEGIDA-Demonstrationen auf. In einem Facebook-Eintrag im Januar 2015 hieß es in diesem Zusammenhang:

*„Zeigen wir Jung, Nagel, Kasek und den ganz anderen antideutsch versifften Paladinen der BRD-GMBH wo der Hammer hängt. Wir sind das Volk das Volk steht auf!“*¹⁹⁶

Der spätere Landesvorsitzende Alexander KURTH äußerte im Nachgang:

„Die dritte Legida Veranstaltung in Leipzig betrachte ich persönlich als Rückschritt zu den vorherigen Veranstaltungen. Das gewalttätige agieren von Nagels und Jungs antideutschen Krawallkreaturen zeigt Wirkung. Der feige Bundesmichel bleibt auf dem Sofa hocken. Seinen Unmut über die Zustände in dieser Republik der Schande kann er ja über das Internet zum Ausdruck bringen ...“

¹⁹⁵ www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 25. Februar 2015)

¹⁹⁶ www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 21. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

*Wollt Ihr unser Land wirklich diesen antideutsch versifften Kampftruppen überlassen? Geht endlich von den Knien zum Angriff über und übergebt die Samthandschuhe der Kleiderspende!*¹⁹⁷

In den folgenden Monaten zeigten sich jedoch die ideologischen Differenzen zur GIDA-Bewegung. So hieß es Ende März in einem Kommentar des sächsischen Landesverbandes der Partei Die Rechte:

*„Ein großes Problem der verschiedenen Gidas ist, daß man zwar einige Probleme richtig erkannt hat, es sich aber bei diesen Problemen nur um Nebenkriegsschauplätze handelt.“*¹⁹⁸

Dazu zählte der Autor des Kommentars auch die Tatsache, dass „*der Hauptfeind alle[r] freien Völker*“ nicht in Moscheen zu finden sei, sondern „*andere Gebetshäuser*“ bevorzuge. Gerade letzteres zeigte bereits die deutliche antisemitische Ausrichtung des sächsischen Landesverbandes der Partei Die Rechte. Nach dieser Äußerung wurde nur noch vereinzelt über LEGIDA-Veranstaltungen berichtet. Eine Mobilisierung fand nicht mehr statt.

Die Partei hatte für den 12. Dezember 2015 ihre erste eigene Demonstration in der Stadt Leipzig geplant. Diese sollte im Leipziger Stadtteil Connewitz unter dem Motto "Die Rechte – Für Recht und Ordnung in unserer Heimat - Für Frieden und Völkerfreundschaft" stattfinden. Schon die Mobilisierung für die Veranstaltung ließ erkennen, dass die Rechtsextremisten den politischen Gegner in Leipzig gezielt provozieren wollten. Aufgrund der Gefahrenprognose legte die zuständige Versammlungsbehörde die geplanten Demonstrationen zu einem gemeinsamen Aufzug zusammen. An diesem Aufzug beteiligten sich etwa 200 Personen. Damit wurde die zunächst angemeldete Teilnehmerzahl von 1.200 Personen deutlich unterschritten. Bei der Demonstration zeigte sich eine Zusammenarbeit mit sachsen-anhaltischen und thüringischen Rechtsextremisten. Neben dem sächsischen Landesvorsitzenden gehörte auch ein Vertreter des Thüringer Landesverbandes der Partei Die Rechte sowie ein Vertreter der „Brigade Bitterfeld“ (Sachsen-Anhalt) zu den Rednern während der Demonstration. Im Nachgang bedankte sich der sächsische Landesverband im Internet für die Unterstützung während der Demonstration, insbesondere bei der Partei Die Rechte aus Thüringen, bei der „Brigade Halle“, der „Brigade Bitterfeld“ (beide Sachsen-Anhalt) und bei Thügida (Thüringen).

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den Neonationalsozialisten und der NPD existiert in Leipzig eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Dieser Szene gehören insbesondere politisch wenig aktive Rechtsextremisten an, die mit Straf-, einschließlich Gewalttaten, auffallen.

Eine dieser Szene zuzurechnende Gruppierung ist die sogenannte Brigade 8, die im Berichtsjahr in Leipzig und in Weißwasser (Landkreis Görlitz) jeweils ein „Chapter“ unterhielt. Die Brigade 8 ist eine bundesweit aktive rechtsextremistische Gruppierung mit neonationalsozialistischen Bezügen, die in ihrer Hierarchie und in ihrem Auftreten mit einheitlichen Lederkuttan Rockergruppierungen ähnelt.

Zur Szene zählen aber auch Hooligans, z. B. von der früheren rechtsextremistischen Gruppierung Scenario Lok, die im Oktober 2014 ihre Auflösung bekanntgegeben hatte. So wurden sechs ehemalige Mitglieder der Gruppe als Tatverdächtige im Zusammenhang mit gewalttätigen Ausschreitungen am 11. Januar 2016 im Leipziger Stadtteil Connewitz bekannt. Neben zahlreichen Propagandadelikten verübten subkulturell geprägte Rechtsextremisten insbesondere auch Straftaten gegen Asylbewerber bzw. deren Unterkünfte. So führten z.B. am 29. September 2015 unbekannte Täter in unmittelbarer Nähe des Protestcamps vor der als Erstaufnahmeeinrichtung genutzten Messehalle 4 mittels einer sogenannten Kugelbombe eine Explosion herbei. Verletzt wurde hierbei niemand.

¹⁹⁷ www.facebook.com/Alexander-Kurth-15649337070712070/?fref=ts (Stand: 31. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

¹⁹⁸ www.facebook.com/rechtesachsen (Stand: 31. März 2015), Schreibweise wie im Original

Außerdem traten Angehörige der Szene immer wieder als Teilnehmer von bürgerlichen asylkritischen oder rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen auf. Zudem besuchte dieser Personenkreis rechtsextremistische Konzerte und war zu Großereignissen mobilisierbar.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Leipzig (Stadt)	183	182	224	9	11	18

Am 11. Januar 2015 beteiligten sich Rechtsextremisten an einer Vielzahl von Straftaten im Leipziger Stadtteil Connewitz. Die Täter stammten sowohl aus dem neonationalsozialistischen, parteigebundenen als auch dem subkulturell geprägten Spektrum und kamen insbesondere aus Leipzig, Dresden sowie aus anderen Bundesländern.

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

In der Stadt Leipzig bestehen Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Hierbei handelt es sich um die beiden Bands Thematik 25 sowie Volksnah 2.0. Thematik 25 trat im Berichtszeitraum mehrfach bei einschlägigen Musikveranstaltungen der rechtsextremistischen Szene auf und wirkte an dem Sampler „One Family Part III“ mit.

Bei Volksnah 2.0 handelt es sich offenbar um die Fortsetzung der 2014 inaktiven Leipziger Musikgruppe Volksnah.

Diese Band veröffentlichte Ende 2015 eine CD. Internetpostings lassen den Schluss zu, dass sie Anfang Juli 2015 bei einem kleineren Konzert mit Thematik 25 mitwirkte. Dessen Veranstaltungsort wurde nicht bekannt.

Bereits 2014 war ein Rückgang der Musikveranstaltungen in Leipzig zu verzeichnen. Dies resultierte nicht nur aus dem im Spätsommer aufgegebenen Szene-Objekt in der Odermannstraße. Im Berichtszeitraum wurden in Leipzig keine Musikveranstaltungen mehr bekannt.

Hermannsland-Versand

Mit dem Hermannsland-Versand hat sich 2015 ein neuer rechtsextremistischer Online-Versand im Freistaat Sachsen angesiedelt. Dieser stammt ursprünglich aus Berlin/Brandenburg. Sein Sortiment ist ausschließlich auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene ausgerichtet.

1.12.8 Landkreis Meißen

Im Landkreis Meißen waren der rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr zwischen 50 und 100 Personen zuzurechnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Personenpotenzial damit auf niedrigem Niveau konstant geblieben. Der Landkreis Meißen liegt somit im sachsenweiten Vergleich weiterhin im unteren Bereich.

Neonationalsozialisten

Im Landkreis Meißen waren im Jahr 2015, wie auch im Vorjahr, keinerlei neonationalsozialistische Strukturen festzustellen. Auch fanden keine öffentlichen Veranstaltungen von Neonationalsozialisten statt. Es ist jedoch nach wie vor davon auszugehen, dass sich der Aktionsradius der neonationalsozialistischen Szene Dresden auch auf den benachbarten Landkreis Meißen erstreckt.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Der mittelgroße NPD-Kreisverband Meißen zählte im Berichtsjahr zu den aktiveren NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen. Die Schwerpunkte der Aktivitäten des Kreisverbandes lagen in Meißen, Riesa und Großenhain.

In Riesa verfügt die NPD mit der Liegenschaft des Deutsche Stimme-Verlages über ein Trefobjekt, welches sich in ihrem Eigentum befindet. Nach finanziellen Problemen des Verlages in den letzten Jahren übergaben die Betreiber des Verlages den Warenversand an einen NPD-Funktionär in Thüringen. Auch der Buchversand wurde ausgelagert. Übrig blieb letztendlich die Herausgabe der „Deutschen Stimme“.

In einem Brief an alle Mitglieder über die Zukunft des Objektes teilte der Landesvorstand mit, dass nach der Auslagerung des Versandes die Halle nun leer steht. Ein kleiner Teil wird von einem neuen Medienprojekt mit der Bezeichnung „DS-TV“¹⁹⁹ genutzt.

Offenbar versuchten die Betreiber die Finanzierung des Objektes mit Veranstaltungen abzusichern. Während eines „Sommerfestes“ am 22. August 2015 weihten die Rechtsextremisten einen Teil des Gebäudetraktes als „Haus Wieland“ ein, welcher als Veranstaltungssaal mit Schlafplätzen als „nationales Begegnungszentrum“ für Seminare, Schulungen und andere Veranstaltungen genutzt werden soll.

Der Kreisverband instrumentalisierte in der Vergangenheit wiederholt die Unterbringung von Asylbewerbern und verfolgte dabei die Strategie, Bürgerproteste zu nutzen, um sich selbst als „Kümmerer“ vor Ort zu präsentieren.

Im Februar verkündete er auf seiner Facebook-Seite eine Intensivierung der Aktivitäten:

„250 Asyl-Schnorrer werden in Meißener Mehrzweckhalle einquartiert (...)

Nicht nur die PEGIDA-Demonstrationen haben gezeigt, daß sich die Sachsen ihre schöne Heimat nicht widerstandslos durch Masseneinwanderung zerstören lassen. Gerade in Sachsen gilt: Wer Überfremdung sät, wird politischen Widerstand ernten!

*Der NPD-Kreisverband Meißen wird umgehend das Gespräch mit asyl- und überfremdungskritischen Initiativen im Landkreis suchen und geeignete Protestformen mit breiter Bürgerbeteiligung finden (...)*²⁰⁰

Neben der Organisation von eigenen Veranstaltungen, beteiligten sich Mitglieder und Funktionäre im Jahr 2015 oft an Demonstrationen, die von einer asylkritischen Gruppe aus Meißen organisiert wurden. Daneben fanden in Meißen, Strehla, Riesa, Großenhain und Gröditz insgesamt sieben Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen statt, welche sich gegen die Aufnahme von Asylbewerbern richteten. Diese wurden überwiegend vom kommissarischen NPD-Landesvorsitzenden Jens BAUR angemeldet.

¹⁹⁹ Unter dem Label „DS-TV“ produziert die NPD seit Frühjahr 2015 regelmäßig Reportagen und Propagandavideos und stellt diese im Internet ein. Dazu richteten die Rechtsextremisten im Verlagsgebäude ein Aufnahmestudio ein.

²⁰⁰ www.facebook.com/npd.meissen (Stand: 6. März 2015), Schreibweise wie im Original

Die größte Demonstration fand mit rund 550 Teilnehmern am 29. September 2015 in Großenhain statt.

Seit den Kommunalwahlen 2008 war die NPD mit fünf Mandatsträgern im Kreistag des Landkreises Meißen vertreten. Zur Kreistagswahl im Jahr 2014 verlor die Partei zwei ihrer fünf Mandate. Auch bei der Stadt und Gemeinderatswahl 2014 musste die NPD einen Rückgang der kommunalen Präsenz im Landkreis Meißen hinnehmen. In Gröditz, Meißen, Weinböhla und Coswig verlor die Partei je ein Mandat. Sie verfügt jetzt nur noch in Strehla (1), Riesa (2) und Radebeul (1) über Sitze im Stadtrat.

Die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) war zwar im Berichtsjahr im Landkreis Meißen in der Region Riesa noch mit einem sogenannten „Stützpunkt“ JN-Ei bland vertreten. Von diesem Stützpunkt gingen jedoch erneut keine bedeutsamen öffentlichen Aktivitäten aus.

Die öffentlichen Aktivitäten der JN im Jahr 2015 im Landkreis Meißen hatten überregionalen Charakter bzw. waren in einen überregionalen Kontext einzuordnen. Sie gingen nicht von lokalen Strukturen aus. So fand eine Vielzahl von JN-Aktivitäten in und um Dresden im Zusammenhang mit der sogenannten „Aktionswoche“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden am 13. Februar 1945 statt, darunter eine Mahnwache in Meißen.

Außerdem wurde am 9. und 10. Oktober 2015 die „Konferenz der europäischen Jugend“ in Riesa ausgerichtet. Dort traten mit Sebastian RICHTER, Dr. Tomislav SUNIC, Frank FRANZ, Udo VOIGT, Pierre DORNBRACH und Maik MÜLLER szeneprominente Redner und mit Piattmar, Kraftschlag, Heiliges Reich szenebekannte Musiker/Musikgruppen auf. Jedoch fehlte auch hier eine nennenswerte organisatorische Beteiligung lokaler Strukturen.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Meißen existierte im Jahr 2015 eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Sie verfügte im Vergleich zu anderen Landkreisen über ein eher unterdurchschnittliches Personenpotenzial und fiel vornehmlich durch Straftaten, insbesondere Propagandadelikte, auf. Wie im landesweiten Trend wurde zudem gewalttätig gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte vorgegangen. So wurde z.B. am 12. Februar 2015 in Riesa ein tunesischer Asylbewerber von drei männlichen deutschen Personen angegriffen und mit einem Faustschlag ins Gesicht verletzt, so dass er eine Augenhöhlenbodenfraktur erlitt. Sonstige Aktivitäten waren insbesondere die Teilnahme an bürgerlichen asylkritischen oder rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1635	1.710	2.234	67	83	201
Landkreis Meißen	82	54	108	0	2	4

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Im Landkreis bestehen Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Diese sind zwar quantitativ unterdurchschnittlich ausgeprägt, jedoch ist mit der rechtsextremistischen Band Selbststeller eine langjährig aktive und überregional bekannte Szene-Band in Riesa ansässig. Neben mehreren Auftritten bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen, so etwa am

29. August 2015 in Torgau, Ortsteil Staupitz, erschien im Berichtszeitraum bei dem Szene-Label PC-Records (Chemnitz) ein neuer Tonträger der Band. Ferner beteiligte sie sich gemeinsam mit der rechtsextremistischen Dresdner Band Hope for the Weak an einer bei O-POS-Records (Dresden) erschienenen Split-CD.

Am 10. Oktober 2015 fand im Rahmen der sogenannten „Konferenz der europäischen Jugend“ auf dem Gelände der Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH ein rechtsextremistisches Konzert statt. An diesem nahmen rund 200 Personen teil.

Mit Libergraphix in Gröditz und Nation & Wissen in Riesa waren im Jahr 2015 zwei weitere Verlage bzw. Vertriebe mit rechtsextremistischen Bezügen im Landkreis Meißen ansässig.

1.12.9 Landkreis Mittelsachsen

Im Landkreis Mittelsachsen gehörten der rechtsextremistischen Szene, wie im Vorjahr, 200 bis 250 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das entsprechende Personenpotenzial dort somit im mittleren Bereich.

Neonationalsozialisten

Die neonationalsozialistische Szene in Mittelsachsen befindet sich bereits seit dem Verbot der Nationalen Sozialisten Döbeln (NS-Döbeln) im Frühjahr 2013 im Umbruch. Seitdem sucht sie nach Möglichkeiten, ihren inneren Zusammenhalt zu erhalten und gleichzeitig weiterhin öffentlich aufzutreten. Aus taktischen Gründen trat die Szene bei öffentlichen Aktivitäten jedoch nicht mehr unter konkreten Gruppenbezeichnungen auf. Es sollten mögliche staatliche Maßnahmen erschwert werden.

Die im Landkreis ansässigen Neonationalsozialisten, u. a. aus den Regionen Döbeln, Burgstädt, Freiberg, Lunzenau und Leisnig initiierten keine eigenen Aktionen. Die noch verbliebene Szene im Landkreis beteiligte sich im Jahr 2015 fast ausschließlich an Aktivitäten, die von dem im Februar 2013 neugegründeten Stützpunkt der Jungen Nationaldemokraten Mittelsachsen (JN) – dieser hatte im Berichtsjahr ein hohes Aktionsniveau – initiiert oder unterstützt worden waren. Auch ehemalige Mitglieder der verbotenen Gruppierung Nationale Sozialisten Döbeln betätigten sich seit der Neugründung des Stützpunktes dort extremistisch.

Im Übrigen pflegten Führungspersonen der neonationalsozialistischen Szene des Landkreises ihre starke, auch überregionale Vernetzung mit Verbindungen in die Regionen Leipzig, Dresden, Chemnitz, aber auch nach Brandenburg.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Junge Nationaldemokraten (JN)

Der NPD-Kreisverband Mittelsachsen entstand im März 2008 durch die Fusion der ehemaligen Kreisverbände Döbeln, Mittweida und Freiberg.

Obwohl der Kreisverband hinsichtlich der Mitgliederzahl im mittleren Bereich lag, war er im Vergleich zu anderen sächsischen NPD-Strukturen nur vereinzelt aktiv. Dies ging überwiegend auf den Döbelner NPD-Stadtrat und JN-Funktionär Stefan TRAUTMANN zurück.

Neben den Aktivitäten der regionalen NPD-Struktur war auch der Landesverband im Landkreis mit asylfeindlichen Demonstrationen aktiv. Auch in dieser Region wird deutlich, wie die NPD versucht, den extremistischen Charakter eigener asylfeindlicher Veranstaltungen gegenüber der Öffentlichkeit zu verschleiern. So organisierte der damalige stellvertretende Landesvorsitzende Jens BAUR für den 18. März 2015 in Frankenberg eine Kundgebung, hinter der – unverfänglich klingend – ein „loser Zusammenschluss von Bürgern aus Fran-

kenberg und Umgebung²⁰¹ stehen sollte. Für die Veranstaltung mit 300 Teilnehmern wurde in der rechtsextremistischen Szene auch im Rahmen von Facebook-Gruppen mit der auf den ersten Blick nicht der NPD zurechenbaren Bezeichnung „Frankenberg gegen Asylmissbrauch“ mobilisiert. Unter den Rednern befanden sich NPD- und JN-Funktionäre.

Am 6. November 2015 organisierte der Landesverband in Freiberg einen Aufzug unter dem Motto „Freiberg wehrt sich – Schluss mit Asylmissbrauch und Politikversagen“. Rund 100 Personen folgten dem Aufruf.

NPD- und JN-Mitglieder beteiligten sich zusammen mit Mitgliedern der Partei Der III. Weg an einer öffentlichen asylkritischen Versammlung am 31. Oktober 2015 in Mittweida. Als bekannt geworden war, dass die ursprünglich im Anschluss geplante Demonstration nicht mehr stattfinden sollte, meldete die NPD spontan eine Demonstration an und führte sie mit 130 Teilnehmern durch. In einer Internetmeldung hieß es dazu:

„Da nun das komplette Demonstrationsgeschehen dadurch drohte zum Erliegen zu kommen, fassten Vertreter des III. Weg, welche ebenfalls vor Ort waren, genauso wie Vertreter der NPD und JN, gemeinsam den Entschluß, eine Spontanversammlung anzumelden, um unseren Volksgenossen aus Mittweida ihren Spaziergang doch noch zu ermöglichen. (...) Wir haben an diesem Tag auf jeden Fall einmal mehr bewiesen, daß wenn uns die Verantwortung ruft, wir Seite an Seite unseres deutschen Volkes stehen und wir dieses nicht im Stich lassen werden, was wir tagtäglich nicht nur durch Worte, sondern eben durch Taten unter Beweis stellen“²⁰²

Unmittelbar nach dem Verbot der NS-Döbeln im Februar 2013 wurde der JN-„Stützpunkt“ Mittelsachsen gegründet. Er setzte sich aus einzelnen ehemaligen Mitgliedern der NS-Döbeln zusammen. Diese brachten ihre neonationalsozialistische Ideologie in die Argumentation und Agitation des neuen JN-Stützpunktes ein.²⁰³ Einzelne ehemalige Mitglieder der NS-Döbeln engagierten sich bei den JN, um dort unter dem Mantel des besonderen gesetzlichen Schutzes von Parteien (sogenanntes Parteienprivileg²⁰⁴) vor künftigen Verbotsverfügungen und deren Konsequenzen geschützt zu sein. Damit gelang es den JN in der Region, Mitglieder einer verbotenen neonationalsozialistischen Struktur bei sich zu integrieren.

Stützpunktleiter ist seit der Gründung Stefan TRAUTMANN, der aus der verbotenen Gruppierung NS-Döbeln stammt. TRAUTMANN ist seit Dezember 2013 stellvertretender JN-Landesvorsitzender. Das „Referat Bildung“ innerhalb des Landesverbandes wurde im März 2015 von Jan HÄNTZSCHEL übernommen. HÄNTZSCHEL – auch bekannt als Liedermacher PIATTMAR – stammt aus dem engen Umfeld des Stefan TRAUTMANN. Dem JN-Stützpunkt Mittelsachsen wurden im Berichtsjahr, wie im Jahr 2014, etwa 20 Mitglieder zugeordnet.

In ihrem Facebook-Profil äußerten die Mitglieder folgende Vorstellung:

„Wir fordern eine Volksgemeinschaft, eine Gruppe von Menschen, die an ein gemeinsames Schicksal gebunden sind, die gemeinsame Herkunft, Kultur und Ziele verfolgen, eine Gemeinschaft, in der jeder Volksgenosse mit seinen persönlichen Fähigkeiten und Kenntnissen sich selbst zur Erhaltung und zur Erhaltung eines großen ganzen dient: Dem Volk!“²⁰⁵

Im Februar 2015 beteiligten sich die JN Mittelsachsen an der sogenannten sachsenweiten „Aktionswoche“ anlässlich der Bombardierung der Stadt Dresden am 13. Februar 1945. Sie

²⁰¹ Versammlungsanmeldung vom 13. Mai 2015

²⁰² www.facebook.com/npd.sachsen (Stand: 4. November 2015), Schreibweise wie im Original

²⁰³ Zur Ideologie: siehe auch Beitrag zu den „Jungen Nationaldemokraten (JN)“

²⁰⁴ Das Verbot einer Partei unterliegt hohen rechtlichen Hürden.

²⁰⁵ www.facebook.com/mittelsachsenjn (Stand: 14. Dezember 2015), Schreibweise wie im Original

mobilisierten im Vorfeld mit einer Vielzahl von Aktivitäten rund um Döbeln und nahmen am 15. Februar 2015 an der rechtsextremistischen Demonstration in Dresden teil.²⁰⁶

Mitglieder des Stützpunktes Mittelsachsen nahmen u. a. an vom Landes- bzw. vom Bundesverband organisierten Aktivitäten, wie am JN-Funktionärstreffen im April in Eisenach (Thüringen), am „JN-Aktionslager“ gegen den G7-Gipfel in Dresden im Mai und auch am sogenannten „7. Tag der Deutschen Zukunft“ im Juni in Neuruppin, teil.²⁰⁷

Auf der Homepage stellten die JN Mittelsachsen diesen Aufruf ein:

„Schöne Zukunft? Nicht in diesem System Werde aktiv! Kämpfe für ein freies und gerechtes Deutschland“.

Mit diesem demokratiefeindlichen Ziel eines zu erkämpfenden Systemwechsels trat der Stützpunkt bei einer Vielzahl von öffentlichen Aktionen 2015 in Erscheinung.

Asylfeindliche Veranstaltungen organisierten der NPD-Kreisverband Mittelsachsen und die JN Mittelsachsen unter dem Motto „Gesetze anwenden – Asylschmarotzer abschieben!“. So fanden am 27. September 2015 eine Kundgebung mit ca. 40 Teilnehmern, am 18. Oktober und am 27. Dezember 2015 Demonstrationen mit ca. 350 bzw. mit ca. 250 Teilnehmern in Döbeln statt.

Als Organisatoren bzw. Redner traten Stefan SCHUBINSKI, Stefan TRAUTMANN, Jan HÄNTZSCHEL als Funktionäre des JN-Landesverbandes sowie Arne SCHIMMER und Jürgen GANSEL als Funktionäre des NPD-Landesverbandes auf.

Am 18. Oktober 2015 wurden durch die Teilnehmer Transparente mit den Parolen „Nein zum Heim in Leisnig“, „JUNG-FRECH-RADIKAL ANTIKAPITALISTISCHER WIDERSTAND“, „Es ist Zeit zum Rebellieren“ mitgeführt.²⁰⁸

Neben diesen Veranstaltungen fand im Berichtsjahr eine Vielzahl von Flyer-Verteilaktionen in der Region Döbeln statt, mit denen weitere junge Menschen für ihre Ideologie und auch zukünftige rechtsextremistische Aktionen gewonnen werden sollten.

Partei Der Dritte Weg (III. Weg)

Am 5. Dezember 2015 wurde der sogenannte „Stützpunkt“ Mittelsachsen/Erzgebirge der Partei Der Dritte Weg in Chemnitz gegründet. An der Veranstaltung sollen 30 Mitglieder und Interessenten teilgenommen haben. Neuer Stützpunktleiter ist Maik ARNOLD, ein ehemaliges Mitglied der verbotenen Gruppierung Nationale Sozialisten Chemnitz (NSC)²⁰⁹.

Vor der Gründungsveranstaltung dieses Stützpunktes fanden bereits öffentliche Aktivitäten der Partei im Landkreis Mittelsachsen statt. So nahmen am 5. Oktober 2015 im Rahmen einer Bürgerversammlung in Oederan zum Thema „Asylunterkünfte“ ca. 10 Parteimitglieder teil und verteilten vor dem Versammlungsort fremdenfeindliche Flugblätter.

Für den 15. Oktober 2015 meldete Tony GENTSCH eine Kundgebung unter dem Motto „Asylflut stoppen“ in Oederan an, an der ca. 250 Personen teilnahmen. Dabei wurde angekündigt, dass fortan eine monatliche Veranstaltung in Oederan durchgeführt werden solle. An einer weiteren Veranstaltung am 17. November in Oederan nahmen erneut ca. 250 Personen teil. Als Redner traten Führungspersonen der Partei auf, so Tony GENTSCH und Matthias FISCHER (aus Brandenburg).

²⁰⁶ Weiteres dazu im Beitrag „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen – Dresden (Stadt)“

²⁰⁷ Weiteres dazu im Beitrag „Junge Nationaldemokraten“

²⁰⁸ www.facebook.com/Npdmittelsachsen (Stand: 20. Oktober 2015)

²⁰⁹ Die Gruppierung wurde am 28. März 2014 verboten.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Im Landkreis Mittelsachsen gab es im Berichtsjahr eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Mitglieder an rechtsextremistischen Konzerten teilnahmen, insbesondere aber durch rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte auffielen. Ziel der Angriffe waren aber auch Menschen, die sich für Asylbewerber engagieren. So griffen z.B. etwa zehn Teilnehmer einer NPD-Kundgebung am 13. Februar 2015 in Döbeln eine Gruppe von Gegendemonstranten an und verletzten eine Frau mit einer Eisenstange am Arm. Außerdem nahmen die Angehörigen dieser Szene oft an bürgerlichen asylkritischen oder rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen teil.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2013	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Landkreis Mittelsachsen	133	156	177	1	5	24

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Im Berichtszeitraum fanden keine rechtsextremistischen Musikveranstaltungen im Landkreis Mittelsachsen statt. Mit den beiden Bands Sachsenblut (Freiberg) und Heiliges Reich (Raum Chemnitz/Flöha) existieren hier jedoch Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Auch stammt ein Mitglied der überregionalen Band Killuminati aus der Region.

Die Musikgruppen traten im Berichtszeitraum bei Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene auf. Die Band Heiliges Reich veröffentlichte außerdem eine CD namens „Honor Imperii“, die bei dem rechtsextremistischen Vertrieb OPOS-Records (Dresden), einem der wichtigsten Produzenten rechtsextremistischer Musik, erschien.

Der in Döbeln wohnhafte JN-Landesfunktionär Jan HÄNTZSCHEL trat auch im Berichtsjahr unter dem Namen Piattmar bei rechtsextremistischen Veranstaltungen auf. So wurde u. a. ein Auftritt beim „Europakongress“ der Jungen Nationaldemokraten (JN) am 10. Oktober 2015 in Riesa bekannt.

Seit Jahren existieren im Landkreis keine rechtsextremistischen Vertriebsstrukturen mehr.

1.12.10 Landkreis Nordsachsen

Im Landkreis Nordsachsen wurden der rechtsextremistischen Szene wie im Vorjahr zwischen 150 und 200 Personen zugerechnet. Im sachsenweiten Vergleich lag das rechtsextremistische Personenpotential dort somit im mittleren Bereich.

Neonationalsozialisten

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Nordsachsen befand sich im Jahr 2015 im Umbruch. Die Neonationalsozialisten begannen in der Öffentlichkeit, auf das Führen von Gruppenbezeichnungen zu verzichten. Aus taktischen Gründen schlossen sie sich zu einzelnen Parteistrukturen, wie den Jungen Nationaldemokraten (JN, Jugendorganisation der

NPD), an, um den Schutz des Parteienprivilegs²¹⁰ für sich auszunutzen. Zum anderen profitierte die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene von der Auflösung neonationalsozialistischer Strukturen.

Die neonationalsozialistische Szene im Raum Eilenburg weist personelle Überschneidungen zum örtlichen „Stützpunkt“ der Jungen Nationaldemokraten Nordsachsen auf. So beteiligten sich Szeneangehörige gemeinsam mit den JN Leipzig an einer Mahnwache in Leipzig im Rahmen der „Aktionswoche“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden im Zweiten Weltkrieg am 13. Februar 1945.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Im Landkreis Nordsachsen existierte im Berichtsjahr ein kleiner, wenig aktiver NPD-Kreisverband. Mitte Februar 2015 wählten dessen Mitglieder den Gemeinde- und Kreisrat Jens Gatter aus Liebschützberg zum Vorsitzenden. Man wolle – so hieß es in einer Veröffentlichung - im Frühjahr *„wieder mit Info-Ständen, Flugblatt-Aktionen, origineller Facebook-Arbeit und planvoller Mitgliederwerbung an die Öffentlichkeit treten und die NPD als einzige wirkliche Oppositionskraft in Nordsachsen profilieren.“*²¹¹

Davon war allerdings im Jahr 2015 wenig zu spüren. Nur vereinzelte Informationsstände wurden organisiert. Wesentlich mehr Aktivitäten gingen in dieser Region von den JN aus. Die einzige größere Veranstaltung der NPD war eine Demonstration am 12. Oktober 2015 in Oschatz mit ca. 400 Teilnehmern. Unter dem Motto *„Oschatz zeigt Gesicht‘ – 1. Kundgebung für eine angemessene Asylpolitik“* meldete der kommissarische Landesvorsitzende Jens BAUR die Veranstaltung an.

Im Landkreis Nordsachsen besteht seit Juni 2011 der JN-„Stützpunkt“ Nordsachsen. Akteur dieses Stützpunktes ist der Landesvorsitzende der JN Sachsen, Paul RZEHACZEK.

Das Thema Anti-Asyl stand auch bei den JN Nordsachsen im Mittelpunkt der Aktivitäten. Sie unterstützten die sogenannten „Spaziergänge“ in Eilenburg. Im Berichtsjahr fanden vier solcher „Spaziergänge für eine angemessene Asylpolitik“ statt. Sie wurden von Paul RZEHACZEK organisiert. Dieser führte auch in Delitzsch am 13. Dezember 2015 eine Veranstaltung unter dem Motto *„Asylmissbrauch stoppen“* durch, bei welcher auch Rechtsextremisten als Redner in Erscheinung traten.

Das Thema Anti-Asyl war auch Schwerpunkt des von den JN Nordsachsen durchgeführten Straßentheaters am 18. September 2015 in Eilenburg. So liefen Mitglieder der JN Nordsachsen *„Mit Burkas, Schildern und Flugblättern ausgestattet“* durch die Straßen von Eilenburg. Man wolle nicht zulassen, *„(...) dass sich in Deutschland und Europa fremdkulturelle Parallelwelten bilden. (...) WIR oder Scharia! (...) Wehrt euch (...)“*²¹²

Anfang des Jahres 2015 beteiligten sich Mitglieder der JN Nordsachsen an einem von den JN Brandenburg organisierten sogenannten „Lausitzmarsch“. So kommentierten die JN Nordsachsen diese Aktion als *„ca. 40 Kilometer Kameradschaft, Gedankenaustausch und Natur“*.²¹³ Weiter hieß es *„Auf einfache Wege schickt man nur die Schwachen, gute Tage wollen starke Beine haben. Unter diesem Leitspruch begingen die JN Brandenburg (...) ihren diesjährigen Lausitzmarsch.“*²¹⁴

Im Februar 2015 initiierten die JN Nordsachsen verschiedene Aktionen im Zusammenhang mit der „Aktionswoche“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden im

²¹⁰ Das Verbot von Parteien unterliegt hohen rechtlichen Hürden.

²¹¹ www.npd-sachsen.de (Stand: 3. März 2015)

²¹² Facebook-Seite JN Nordsachsen (Stand: 21. September 2015)

²¹³ Facebook-Seite JN Nordsachsen (Stand: 12. Januar 2015)

²¹⁴ Facebook-Seite JN Nordsachsen (Stand: 20. Januar 2015)

Zweiten Weltkrieg am 13. Februar 1945. So wurden u. a. eine Plakatierungsaktion in Eilenburg sowie eine Mahnwache in Taucha durchgeführt.

Auch an anderen überregionalen Ereignissen beteiligten sich die JN Nordsachsen und unterstützten diese. So nahmen sie mit einem eigenen Transparent an der Demonstration am 17. Juni 2015 in Dresden teil. Auch beteiligten sie sich an einer Demonstration von Rechtsextremisten am 17. November 2015 in Prag.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Nordsachsen besteht eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Angehörige dieser Szene beteiligten sich u. a. an rechtsextremistischen Konzerten und traten neben Propagandadelikten insbesondere durch Straf- und Gewalttaten gegen Asylbewerber und deren Aufnahmeeinrichtungen in Erscheinung. So verübten unbekannte Täter z.B. am 27. September 2015 einen Brandanschlag auf ein von Asylbewerbern bewohntes Mehrfamilienhaus in Mügeln. Personen kamen dabei nicht zu Schaden. Außerdem traten Angehörige der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene wiederholt als Teilnehmer von bürgerlichen asylkritischen oder rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen auf.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.672	1.710	2.234	74	83	201
Landkreis Nordsachsen	88	103	118	6	4	5

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Der Landkreis Nordsachsen ist bereits seit einigen Jahren die Schwerpunktregion rechtsextremistischer Musikveranstaltungen im Freistaat Sachsen. Hier verfügte die rechtsextremistische Szene stets über entsprechende Szene-Objekte, die zur Durchführung von Konzerten geeignet waren. So stand in den Jahren 2005 bis 2008 der sogenannte „Klub der Schildauer Jungs“ für Konzertveranstaltungen zur Verfügung. Danach entwickelte sich der vormalige Gasthof Staupitz in Torgau, Ortsteil Staupitz zum bedeutendsten Konzertobjekt in Sachsen.

Auf diesen konzentrierte sich auch 2015 wieder das rechtsextremistische Konzertgeschehen im Freistaat. Wie in den Vorjahren fanden in dem ehemaligen Gasthof zehn rechtsextremistische Konzerte statt. Aufgrund von behördlichen Beschränkungen darf diese Zahl nicht überschritten werden.

Angesichts der 15 im Berichtszeitraum insgesamt in Sachsen durchgeführten Konzertveranstaltungen wird die Bedeutung dieses Lokals für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene deutlich. Mit bislang insgesamt 56 rechtsextremistischen Konzerten seit 2008 ist das Anwesen das von Rechtsextremisten meistgenutzte Konzertobjekt im Freistaat Sachsen. Die Konzerte im ehemaligen Gasthof Staupitz wurden von langjährigen Protagonisten der rechtsextremistischen Musikszene organisiert. Die auftretenden Bands sind zumeist szenebekannt. Die regelmäßige Organisation der Veranstaltungen, einhergehend mit einer fortbe-

stehenden Nachfrage an Konzerten, hatte konstant hohe Teilnehmerzahlen zur Folge. Die zehn Konzerte des Jahres 2015 in Staupitz wiesen durchschnittlich über 230 Besucher auf.

Der Landkreis Nordsachsen stellte im Berichtsjahr hinsichtlich rechtsextremistischer Musikveranstaltungen zwar den sachsenweiten Schwerpunkt dar, dennoch existierten hier keine Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Im Berichtszeitraum gab es dort keine aktiven rechtsextremistischen Bands oder Liedermacher.

1.12.11 Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Der rechtsextremistischen Szene im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gehörten, wie im Vorjahr, zwischen 200 und 250 Personen an. Das rechtsextremistische Personenpotenzial liegt im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.

Neonationalsozialisten

Die Akteure der neonationalsozialistischen Szene im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bezeichneten sich u. a. selbst als Freie Kräfte Sächsische Schweiz Osterzgebirge, Widerstand Freital oder Widerstand Heidenau. Sie instrumentalisierten die „Asyldiskussion“, um ihre extremistische Ideologie zu verbreiten. Sie nahmen auch an zahlreichen Anti-Asyl-Veranstaltungen der NPD teil

Neonationalsozialisten aus dem Landkreis beteiligten sich am 7. November 2015 aber auch an einer Demonstration der rechtsextremistischen Partei Die Rechte.

Die Freien Kräfte der Region nutzten die Möglichkeit, sich auf Veranstaltungen und der Facebook-Seite des ehemaligen Ablegers der GIDA-Bewegung in Dippoldiswalde (Bürgerbewegung Kreis Dippoldiswalde Pegida, nunmehr nur noch Bürgerbewegung Dippoldiswalde), darzustellen und ihre Ansichten zu verbreiten.

Bei einer Veranstaltung der Bürgerbewegung, die im Berichtsjahr kein Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz war, trat am 18. Juni 2015 die berlin-brandenburgische rechtsextremistische Band A3stus auf. Hauptakteur dieser Band ist der Berliner Neonationalsozialist Patrick KILLAT. Zudem sprach bei der Veranstaltung auch der Neonationalsozialist und ehemalige Radeberger NPD-Stadtrat Simon RICHTER über die „Schattendiktatur der Reichen und Mächtigen“.

Nach Bekanntwerden der Nutzung eines ehemaligen Hotels in Freital als Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber kam es Ende Juni 2015 in Freital zu massiven Anti-Asyl-Protesten, an denen sich auch Freie Kräfte aus der Region beteiligten.

Von Seiten der Demonstrationsteilnehmer kam es mehrfach zur Begehung von Straftaten, zu Provokationen des politischen Gegners und zu asylfeindlichen Äußerungen. Hierzu trug auch die Band A3stus mit ihrem rechtsextremistischen Liedgut bei.

Darüber hinaus machten die Freien Kräfte im Landkreis mit verschiedenen Plakat- und Sprühaktionen auf sich aufmerksam. Zu einer Aktion im September 2015 in Freital hieß es:

„Wir freuen uns sehr, dass wir Leute dazu bewegt haben, sich dem Widerstand anzuschließen. (...) Wir alle gemeinsam zeigen, dass der Kampf gegen Antideutsche und Parasiten immer weitergeführt wird.“²¹⁵

Infolge der Ereignisse verbündeten sich in Freital Neonationalsozialisten als sogenannte „Vertreter der 3 patriotischen Bewegungen Freitals. Bürgerwehr, Frigida und Widerstand

²¹⁵ <https://www.facebook.com/widerstand-freital> (Stand: 7. September 2015)

*Freital*²¹⁶ unter dem Motto „Gemeinsam für Freital, gemeinsam für Deutschland!“, um einander zu unterstützen.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie gemeinsame Anti-Asyl-Aktionen von Rechtsextremisten zu neuen strukturellen Vernetzungen in der Szene führen können.

Gegen mehrere Tatverdächtige, darunter auch mutmaßliche Mitglieder der sogenannten „Bürgerwehr Freital“ erfolgten am 5. November 2015 Exekutivmaßnahmen der Polizei. Sie werden verdächtigt, am 1. November 2015 an einer dezentralen Asylunterkunft in Freital mit nicht zugelassenen pyrotechnischen Erzeugnissen eine Sprengstoffexplosion herbeigeführt zu haben.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Der NPD-Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gehört zu den größten und aktivsten NPD-Strukturen in Sachsen. Seine Mitglieder sind in mehreren Untergliederungen organisiert. Bekannt sind die Ortsgruppen Freital, Dippoldiswalde, Reinhardtsdorf-Schöna und Sebnitz/Neustadt. Im April wurde die Ortsgruppe Heidenau gegründet.

Die NPD verfügt in Pirna über das sogenannte „Haus Montag“. Im Berichtsjahr nutzte sie es regelmäßig für Mitgliederversammlungen und Vorträge. Das Haus war hierdurch die zentrale Anlaufstelle der im Landkreis ansässigen Rechtsextremisten.

Die NPD agitierte im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im Berichtsjahr intensiv gegen den Zuzug von Asylbewerbern. Der Kreisverband ist in dieser Hinsicht die aktivste NPD-Struktur im Freistaat Sachsen. Von den rund 90 Demonstrationen bzw. Kundgebungen der Partei 2015 in Sachsen fand ca. die Hälfte im Landkreis Sächsische Schweiz statt.

Die Partei selbst organisierte asylfeindliche Protestveranstaltungen, auf denen Parteifunktionäre offen als Teilnehmer, Redner oder Organisator in Erscheinung traten.

Beispielsweise organisierte der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Thomas SATTELBERG, am 8. Januar 2015 in Bad Schandau einen „Spaziergang gegen die Ignoranz der Herrschenden“, an dem sich etwa 180 Personen, darunter zahlreiche Rechtsextremisten, beteiligten.

Ähnlichen Zulauf verzeichnete die NPD-Demonstration am 15. Juli 2015 in Glashütte. An der Veranstaltung unter dem Motto „Gesetze anwenden, Asylbetrüger abschieben“ beteiligten sich ca. 190 Personen, darunter war auch der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete Arne SCHIMMER. Als Redner traten Thomas SATTELBERG und der kommissarische NPD-Landesvorsitzende Jens BAUR auf.

Im Raum Sebnitz/Neustadt agierte die NPD subtiler. Dort arbeiteten regionale Mitglieder der Ortsgruppe, wie der Sebnitzer NPD-Stadtrat Hartmut GLIEMANN, zusammen mit der sogenannten Bürgerinitiative „Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz“ (DASS). Sie nahmen an Veranstaltungen dieser Initiative teil, stellten Redner oder meldeten die Veranstaltungen auch selber an. Ein offen erkennbarer Parteibezug wurde dabei vermieden.

Ein ähnlich starkes Engagement der NPD bei den o. a. Protesten gegen eine Asylbewerberunterkunft in Freital konnte im Berichtsjahr nicht festgestellt werden. Dort unterstützte das Freitaler NPD-Stadratsmitglied Dirk ABRAHAM die Organisatoren.

Darüber hinaus agierte die NPD versteckt hinter der sogenannten Facebook-Initiative „Nein zum Heim Sächsische Schweiz und Osterzgebirge“ gegen Asylbewerber. Auf der Seite wurden fortwährend fremdenfeindliche Inhalte verbreitet. Auch wurde gezielt zu Aktionen gegen bekannt gewordene Asylunterkünfte mobilisiert. Dabei meldeten NPD-Aktive Veranstaltungen

²¹⁶ <https://www.facebook.com/widerstand-freital> (Stand: 7. September 2015)

gen als Privatpersonen an und traten dann unter der Initiative „Nein zum Heim Sächsische Schweiz und Osterzgebirge“ in Erscheinung.

Eine Schlüsselfigur war der Heidenauer Rico RENTZSCH, welcher seit der Kommunalwahl 2014 für die NPD im Stadtrat von Heidenau saß. Er war Initiator und Anmelder von Demonstrationen in Heidenau, Neustadt und Schmiedeberg. Außerdem war er mitverantwortlich für die Facebook-Seite „Heidenau-Hört zu“, auf welcher für die asylfeindlichen Aktivitäten der NPD in Heidenau mobilisiert wurde. RENTZSCH zählte darüber hinaus zu den maßgeblichen Vertretern der Facebook-Initiative „Nein zum Heim Sächsische Schweiz und Osterzgebirge“. Allerdings gab RENTZSCH im November 2015 überraschend seinen Parteiaustritt bekannt und distanzierte sich von „Heidenau-Hört zu“. Damit verlor die Partei Ende des Jahres eine treibende Kraft für ihre fremdenfeindlichen Aktivitäten in dieser Region.

Den Höhepunkt der von der NPD vorangetriebenen Anti-Asylaktivitäten in der Region bildeten die Ereignisse in Heidenau im August 2015, welche für bundesweite Schlagzeilen sorgten. Wie sich schon im Zusammenhang mit der Kundgebung der NPD in Dresden vom 24. Juli 2015 andeutete (siehe Beitrag zu Dresden (Stadt)) zogen die asylfeindlichen Veranstaltungen der Partei auch gewaltbereites Protestpotenzial an. Dies zeigte sich in Heidenau noch deutlicher:

Als im August 2015 bekannt wurde, dass in Heidenau ein ehemaliger Baumarkt als Unterkunft für Asylbewerber eingerichtet werden sollte, griffen die Protagonisten der NPD das Thema auf der Facebook-Seite „Heidenau-Hört zu“ sofort auf und mobilisierten zu Protesten gegen diese Unterkunft. Rico RENTZSCH meldete für den 19. und 20. August je eine Kundgebung unter dem Motto „Nein zur Erstaufnahme“ an. An der Veranstaltung am 19. August 2015 versammelten sich 350 Personen. Am darauf folgenden Tag folgten schon 600 Teilnehmer dem Ruf der Organisatoren.

Nachdem die Akteure der regionalen NPD mit zwei Kundgebungen immer mehr Personen zu Protesten gegen die Asylbewerberunterkunft mobilisiert hatten, fand am 21. August 2015 eine Demonstration in Heidenau statt, an der sich rund 1.100 Personen beteiligten.

Dieser Aufzug bildete den Ausgangspunkt für gewaltsame Ausschreitungen in Heidenau am Veranstaltungstag und den darauf folgenden Tagen.

Innerhalb des Aufzugs wurden durch bisher nicht bekannte Personen Zettel mit der Information verteilt, sich eine halbe Stunde nach Versammlungsende in Kleingruppen in Richtung Erstaufnahmeeinrichtung zu begeben, um eine Blockade durchzuführen. Nach der Auflösung dieser Sitzblockade mit ca. 30 Personen kam es zwischen etwa 150 gewaltbereiten Asylgegnern und der Polizei zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen seitens der Störer Steine, Flaschen und pyrotechnische Erzeugnisse eingesetzt wurden. Erklärtes Ziel dieser gewaltbereiten Kräfte war es offenbar, mit allen Mitteln die Anreise der Asylbewerber zu verhindern.

Nach Aufrufen in sozialen Netzwerken setzten sich jedoch am Abend des 22. August 2015 die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Rechtsextremisten und der Polizei fort. Diese attackierten die Polizei mit Flaschen, Steinen und Feuerwerkskörpern.

Die NPD hatte es eilig, nach diesen gewaltsamen Auseinandersetzungen ihre Unschuld zu beteuern. In einer Erklärung des Landesvorsitzenden Jens BAUR wurde darauf hingewiesen, dass diese Ereignisse nichts mit der Demonstration zu tun gehabt hätten.

„Die NPD lehnt jedwede Form von Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung ab. (...) Es ist ganz offensichtlich, daß hier mit doppelten Standards gemessen wird. Die NPD wird sich auch weiterhin ihr Recht auf die Durchführung von Kundgebungen und Demonstrationen nicht nehmen lassen.“²¹⁷

²¹⁷ www.npd-sachsen.de (Stand: 24. August 2015), Schreibweise wie im Original)

Auch auf der Facebook-Seite „Heidenau-Hört zu“ distanzieren sich die Akteure – auch im Namen des NPD-Landesverbandes Sachsen – von dem Potenzial, welches sie selbst über mehrere Tage indirekt mobilisiert hatten.

Anders als die NPD glorifizierten die JN die Gewalt hingegen als „erfolgreichen Widerstand“. Die JN Sachsen nahmen auf ihrem Facebook-Profil Bezug auf die Ausschreitungen in Heidenau und wurden dabei noch deutlicher, indem sie Heidenau als Vorbild darstellten.

Die JN verfügen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über einen „Stützpunkt“, der sich im Herbst 2015 neu konstituierte.

Am 19. November 2015 fand in Pirna eine Demonstration unter dem Motto „Nein zur Unterbringung von Flüchtlingen im BSZ²¹⁸ Pirna“ statt, an der sich auch JN-Mitglieder beteiligten. Im Anschluss an die Veranstaltung kam es im unmittelbaren Umfeld des BSZ durch Versammlungsteilnehmer zu Störungen. Sie zündeten Knallkörper und skandierten Parolen wie „Jung, Sozial und National“ und „Nationaler Widerstand“.

Am 6. Dezember 2015 kam es in Pirna, Struppen und Königstein zu einer weiteren Anti-Asyl-Aktion. Auf der Facebook-Seite der JN Sachsen hieß es dazu:

„Wir haben die Lügengeschichten über die traumatisierten Facharbeiter satt!“²¹⁹

Auch auf der Facebook-Seite „Heidenau-Hört zu“ wurden Bilder dieser Aktion mit dem Hinweis eingestellt, dass „einige Aktivisten im Raum Pirna unterwegs [waren] und ein deutliches Zeichen gesetzt“ hätten.²²⁰

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Der subkulturellen rechtsextremistischen Szene werden Personen zugerechnet, die sich insbesondere an den oben genannten Anti-Asyl-Aktivitäten beteiligten.

Vornehmlich fällt diese Szene durch die Begehung politisch motivierter Straf- und Gewalttaten, insbesondere gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte, auf. Ziel der Angriffe waren aber auch Menschen, die sich für Asylbewerber engagieren oder hierüber berichten. So attackierte z.B. am 21. August 2015 in Heidenau eine Frau aus einer Gruppe von Asylgegnern heraus einen Pressefotografen und warf eine Wasserflasche nach diesem, ohne ihn jedoch zu treffen.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1635	1.710	2.234	67	83	201
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	128	114	281	6	3	37

²¹⁸ Berufsschulzentrum

²¹⁹ www.facebook.com/JN-Sachsen (Stand: 8. Dezember 2015)

²²⁰ www.facebook.com/Heidenau-hört-zu (Stand: 9. Dezember 2015)

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge existieren keine Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene.

Am 4. Juli 2015 trat im Rahmen einer von den JN organisierten Vortragsveranstaltung in Pirna der Zwickauer Liedermacher FreilichFrei auf. Außerdem kam es während Anti-Asyl-Veranstaltungen in verschiedenen Kommunen des Landkreises mehrfach zu Auftritten der rechtsextremistischen Musikgruppe A3stus aus Berlin.

Mit The Store (Pirna) und dem Nationalen Versandhaus (Gohrisch, Bad Schandau – Ladengeschäft) sind in dem Landkreis gleich zwei rechtsextremistische Vertriebsunternehmen ansässig. Beide sind seit Jahren Bestandteil der rechtsextremistischen Vertriebsszene in Sachsen. Das Nationale Versandhaus hat Anfang 2015 den Nordsachsen-Versand, ursprünglicher Sitz in Eilenburg, übernommen.

1.12.12 Vogtlandkreis

Im Vogtlandkreis wurden der rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr zwischen 100 und 150 Personen zugerechnet. Im sachsenweiten Vergleich lag das rechtsextremistische Personenpotenzial somit im unteren Bereich. Dennoch entfalteten die Rechtsextremisten in der Region eine Vielzahl von Aktivitäten. Diese wurden oft vor dem Hintergrund der Asylthematik initiiert.

Neonationalsozialisten

Die neonationalsozialistische Szene wurde bis April 2014 von der ehemaligen Revolutionären Nationalen Jugend (RNJ) Vogtland geprägt.

Im Februar 2015 wurde die Gründung des sogenannten Stützpunktes Vogtland der Partei Der III. Weg bekanntgegeben. Die ehemalige Führungsperson der RNJ, Rico DÖHLER aus dem Vogtland, übernahm die Leitung dieses Ablegers, welcher über ca. 30 Mitglieder verfügte.

Die Partei hat sich im Vogtlandkreis als Auffangbecken für die Neonationalsozialisten erwiesen. Entsprechende Strukturen, wie die RNJ im Vogtland, konnten in die Parteistruktur überführt werden.

Auf der Homepage der Bundespartei wird ausführlich und aktuell über Aktionen und Veranstaltungen des Stützpunktes Vogtland berichtet. Um eine möglichst weitreichende Aufmerksamkeit zu erzielen, werden diese Beiträge auch auf der Facebook-Seite „Asylproblematik im Vogtland“²²¹ eingestellt. Diese Gruppenseite wurde Mitte Dezember 2014 von Tony GENT-SCH²²² gegründet. Sie wird ideologisch stark von der Partei Der III. Weg beeinflusst.

Trotz ihrer geringen Größe wies die neonationalsozialistische Szene im Vogtlandkreis – die 2015 im Wesentlichen von der Partei Der Dritte Weg getragen wurde – ein sehr hohes Aktionsniveau auf und war überregional vernetzt. Es gab insbesondere Verbindungen nach Bayern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Bereits seit der Gründung des sogenannten Stützpunktes Vogtland liegt der Schwerpunkt der Parteiarbeit auf der Anti-Asyl-Agitation. Dies wurde auch im Berichtszeitraum fortgesetzt.

Rico DÖHLER hat am 10. Januar 2015 in Greiz (Thüringen) ein „Neujahrstreffen“ durchgeführt, an dem sich „gut 40 deutsche Männer und Frauen“²²³ beteiligt haben sollen. In seiner Rede thematisierte DÖHLER den „Asyl-Wahnsinn“ und kündigte an, „auch im neuen Jahr mit etlichen Aktionen gegen diese deutschfeindliche Politik“²²⁴ vorgehen zu wollen.

²²¹ <http://www.facebook.com/asylproblematik> (Stand: 16. Januar 2015)

²²² Führungsperson, maßgeblich beim Aufbau der Partei im Vogtland aktiv.

²²³ www.der-dritte-weg.info (Stand: 23. Januar 2015)

²²⁴ www.der-dritte-weg.info (Stand: 23. Januar 2015)

Anlässlich des 70. Jahrestages der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg führte die Partei am 14. Februar 2015 in Wunsiedel (Bayern) einen Trauermarsch durch. An der Veranstaltung unter dem Motto „Ein Licht für Dresden“ beteiligten sich etwa 80 Personen. Unter den Teilnehmern waren auch zahlreiche Mitglieder des sogenannten Stützpunktes Vogtland. Der Leiter des sogenannten Stützpunktes Vogtland, Rico DÖHLER, trat als Redner auf.²²⁵

Die Partei Der III. Weg suchte mit ihrer Kundgebung in Wunsiedel den symbolischen Schulterchluss mit den Rechtsextremisten in Dresden, die die Aktionswoche und den Trauermarsch in Dresden alljährlich organisieren, um die Bombenopfer für ihre ideologischen Zwecke zu instrumentalisieren.

Für Aufsehen sorgten Mitglieder der Partei am 12. Februar 2015 in Plauen. Im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses berichtete die Ausländerbeauftragte des Vogtlandkreises über die Wohnbedingungen für Asylbewerber im örtlichen Asylbewerberheim. Beim anschließenden Besuch der Unterkunft verschafften sich vier Mitglieder der Partei mithilfe des einzigen NPD-Stadtrates Thomas LAUTER Zutritt und machten in provokativer Weise Fotos von den Bewohnern.

Am 1. Mai 2015 fand unter dem Motto „Arbeit – Zukunft – Heimat / Überfremdung stoppen! Kapitalismus zerschlagen! Volkstod abwenden“ in Saalfeld (Thüringen) eine Demonstration statt, an der sich nach Polizeiangaben ca. 600 Personen beteiligten. Aus dem Vogtland nahmen nach Szeneangaben „über 40 Deutsche die es noch sein wollen“ teil.²²⁶

Im Juni gab die Partei auf ihrer Homepage bekannt, ein „Nationaler Stadtrat von Plauen wird Mitglied vom III. Weg.“²²⁷ Die Meldung bezog sich auf Thomas LAUTER, der im Mai 2014 für die NPD ein Mandat im Stadtrat von Plauen errungen hatte.

Öffentliche Aktionen dieses sogenannten Stützpunktes fanden insbesondere im Rahmen der Kampagne „Asylflut stoppen“ statt.

So führte die Partei Der III. Weg am 26. September 2015 in Plauen eine Demonstration unter dem Motto „Asylflut stoppen - Ein Licht gegen Deutschlandfeindlichkeit“ mit ca. 120 Teilnehmern durch. Rico DÖHLER und Tony GENTSCH lieferten Redebeiträge. Ähnlich verliefen gleichartige Veranstaltungen am 2. Oktober, am 31. Oktober sowie am 7. November 2015 mit jeweils ca. 100 Teilnehmern. Bei der Veranstaltung am 7. November traten u. a. Tony GENTSCH und Matthias FISCHER, Führungsperson der Partei aus Brandenburg, als Redner auf.

Anderer Art war eine Kundgebung am 8. Dezember 2015 in Plauen. Diese fand aus Anlass eines angeblichen Körperverletzungsdeliktes durch Asylbewerber statt. Insgesamt konnten ca. 50 Teilnehmer mobilisiert werden.

Diese Aktionen in Plauen wurden maßgeblich von Protagonisten der Partei organisiert. Als Anmelder, wie auch Versammlungsleiter, fungierten Rico DÖHLER und sein Stellvertreter Tony GENTSCH.

Ziel der Vielzahl öffentlicher Aktionen war es, die Asylthematik fremdenfeindlich und rassistisch zu besetzen, weitere Mitglieder zu gewinnen und als wichtigster rechtsextremistischer Akteur in der Region wahrgenommen zu werden.

²²⁵ www.der-dritte-weg.info (Stand: 20. Februar 2015)

²²⁶ www.facebook.com/Asylproblematik (Stand: 19. Mai 2015), Schreibweise wie im Original

²²⁷ www.der-dritte-weg.info (Stand: 30. Juni 2015)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) / Junge Nationaldemokraten(JN)

Im Vogtlandkreis existiert eine kleine, wenig aktive NPD-Struktur. Im Juni trat die NPD-Kreisrätin Beatrix RINK in der Gemeinde Neuensalz als Bürgermeisterkandidatin an. Sie scheiterte zwar, erzielte aber mit einem Stimmenanteil von 16,9 % ein hohes Ergebnis.

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Asylpolitik trat die NPD im Vogtlandkreis nur zweimal in Erscheinung. Unter dem Deckmantel parteiunabhängig anmutender „Initiativen“ organisierte sie asylkritische Proteste.

Am 8. September 2015 verkündete der NPD-Landesverband Sachsen im Internet, dass auch in der „fünftgrößten sächsischen Stadt“ demonstriert werde. Eine Initiative „Plauen wehrt sich“ plane demnach eine Kundgebung am 18. September 2015. Bei der Veranstaltung sollten der Greizer NPD-Stadtrat David KÖCKERT, der sächsische kommissarische NPD-Landesvorsitzende Jens BAUR sowie der NPD-Funktionär Arne SCHIMMER auftreten.

Eine Gruppe mit der Bezeichnung „Plauen wehrt sich“ mobilisierte auf Facebook für diese Veranstaltung und verwendete dabei den Text der NPD. Dies lässt den Schluss zu, dass sich hinter dieser sogenannten „Initiative“ in Wahrheit die Partei verbarg. Die Demonstration in Plauen wurde vom Landesvorsitzenden Jens BAUR selbst angemeldet. Er fungierte als Versammlungsleiter, als sein Stellvertreter wurde der NPD-Funktionär Arne SCHIMMER benannt. Es versammelten sich insgesamt 400 Personen in Plauen. Nach der Veranstaltung berichtete die Partei:

„Mehr als 500 Bürger gingen gleich bei der ersten Veranstaltung von „Plauen wehrt sich“ auf die Straße und lauschten Reden des NPD-Landesvorsitzenden Jens Baur, des vogtländischen NPD-Kreistagsabgeordneten Arne Schimmer, des Greizer NPD-Stadtrats David KÖCKERT und des Meißner NPD-Kreisrats Jürgen Gansel. Das war wirklich der absolute Wahnsinn heute!“²²⁸

Die sogenannte Initiative „Plauen wehrt sich“ plante für den 21. Oktober 2015 ein „Event“, welches in Treuen stattfinden sollte. Der NPD-Landesfunktionär Arne SCHIMMER verkündete als Pressesprecher des NPD-Kreisverbandes Vogtland auf der sogenannten Event-Seite:

„In der kleinen vogtländischen Ortschaft Eich, die zur Stadt Treuen gehört, sind nun die Ängste und Sorgen wegen der Asylkrise geradezu explodiert. Grund dafür sind die Pläne der Diakonie, im dem nur 600 Einwohner zählenden Ortsteil ein Heim für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge zu errichten.“²²⁹

Auch diese Veranstaltung wurde von Jens BAUR angemeldet. Als Organisatoren und Redner traten auf der Kundgebung, an der sich rund 300 Personen beteiligten, NPD-Mitglieder und Funktionäre auf.

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) im Vogtlandkreis traten im ersten Halbjahr 2015 mit einem eigenen Facebook-Profil in Erscheinung. Jedoch initiierten die Rechtsextremisten darüber hinaus keine öffentlichen Aktivitäten. Das Profil wurde nach einigen Monaten ersatzlos gelöscht.

Die Partei Die Rechte

Rechtsextremisten aus Ostsachsen, Leipzig und dem Vogtlandkreis bemühten sich, Strukturen der Partei in Sachsen zu etablieren. In Adorf fand dazu am 8. Februar 2015 eine Informationsveranstaltung für potentielle Interessenten der Partei statt.

²²⁸ www.facebook.com/npd.sachsen (Stand: 21. September 2015)

²²⁹ www.facebook.com/events (Stand: 15. Oktober 2015), Schreibweise wie im Original

Nachdem die Partei Die Rechte mit 21 Teilnehmern am 17. April 2015 in Bad Elster eine Mahnwache gegen die Asylpolitik durchgeführt hatte, fand am 5. September 2015 eine weitere öffentliche Veranstaltung der Partei im Vogtlandkreis statt. Die von den Landesverbänden Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen organisierte Veranstaltung in Zobes auf dem Grundstück der NPD-Stadträtin Beatrix RINK stand unter dem Motto „Heraus zum Tag der deutschen Zukunft 2016 — Freiheit für Horst Mahler“²³⁰. Circa. 650 Rechtsextremisten hörten mehrere Redner und verfolgten die Auftritte der Bands Sachsonia (Sachsen), Die Lunikoff-Verschwörung (Berlin), Tätervolk (Mecklenburg-Vorpommern), Uwocaust (Brandenburg) und Überzeugungstäter Vogtland (Sachsen). Die Veranstaltung in Zobes war damit die in Sachsen teilnehmerstärkste Versammlung der Partei Die Rechte im gesamten Berichtsjahr. Die hohe Teilnehmerzahl war weniger auf die politischen Redner zurück zu führen, als vielmehr auf die szeninterne Zugkraft der einzelnen Bands.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Vogtlandkreis existiert eine subkulturell geprägte Szene, die im Berichtsjahr allerdings nur wenig in Erscheinung trat. Sie war aber grundsätzlich für szenetypische Veranstaltungen wie rechtsextremistische Konzerte mobilisierbar. Aus ihrer Mitte wurden neben rechtsextremistisch motivierten Propagandadelikten insbesondere Straf- und Gewalttaten verübt, die sich schwerpunktmäßig gegen Asylbewerber und deren Aufnahmeeinrichtungen richteten. So wurden z.B. am 6. September 2015 in Plauen drei Ausländer von zwei deutschen Personen zunächst angepöbelt, beleidigt und schließlich mit einer Axt bedroht. Szeneangehörige nahmen darüber hinaus im Berichtsjahr an asylkritischen oder rechtsextremistischen asylfeindlichen Veranstaltungen teil.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Vogtlandkreis	67	86	101	0	2	4

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Im Vogtlandkreis existieren mit der seit 2010 aktiven Band Überzeugungstäter Vogtland außerdem Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene. Die Gruppe trat im Jahr 2015 mehrfach bei rechtsextremistischen Konzerten auf, etwa am 23. Mai in Hildburghausen (Thüringen) sowie am 5. September in Neuensalz, Ortsteil Zobes. Ferner erschien im Juni 2015 mit der CD „Epoche der Angst“ eine weitere Veröffentlichung der Band.

Seit 2013 findet in Neuensalz, Ortsteil Zobes einmal jährlich eine rechtsextremistische Musikveranstaltung statt. Hierbei handelte es sich stets um die sachsenweit größten Szenekonzerte. Am 5. September 2015 beteiligten sich ca. 650 Personen an der Veranstaltung. Diese war, wie im Vorjahr, von einem Anhänger der Partei Die Rechte aus Nordrhein-Westfalen angemeldet worden (siehe oben).

²³⁰ Der bekannte rechtsextremistische Szene-Anwalt befindet sich seit 2009 u. a. wegen Volksverhetzung in Haft. Im Berichtsjahr forderten Rechtsextremisten seine Entlassung.

Der rechtsextremistische Online-Versand Der Clou in Oelsnitz hat seine Tätigkeit zwischenzeitlich eingestellt.

1.12.13 Landkreis Zwickau

Der rechtsextremistischen Szene im Landkreis Zwickau wurden, wie im Vorjahr, zwischen 200 und 250 Personen zugerechnet. Im sachsenweiten Vergleich lag das rechtsextremistische Personenpotenzial hier somit im mittleren Bereich.

Neonationalsozialisten

Die Freien Kräfte im Landkreis Zwickau beschäftigten sich auch im Jahr 2015 schwerpunktmäßig mit dem Thema „Asyl“. Insbesondere die Szene in Limbach-Oberfrohna, die auch unter dem Namen „Legion 84“ auftrat, beteiligte sich an verschiedenen Anti-Asyl-Aktivitäten, u. a. an der rechtsextremistischen Demonstration unter dem Motto „Erhaltung der Heimat“ der Partei Die Rechte am 11. Oktober 2015 in Limbach-Oberfrohna. Sie unterhält enge Kontakte zu den JN Chemnitz.

Die sächsische Sektion der Weißen Wölfe Terrorcrew (WWT)²³¹, der auch Rechtsextremisten aus der Zwickauer Region angehörten, ist im Jahr 2015 nicht öffentlich in Erscheinung getreten. Am 16. März 2016 wurde die Vereinigung durch den Bundesminister des Innern bundesweit verboten. Es kam zu Exekutivmaßnahmen in zehn Bundesländern. Dabei wurde insbesondere umfangreiches rechtsextremistisches Propagandamaterial sichergestellt. In Sachsen war der Sektionsleiter von den Maßnahmen betroffen.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Die NPD ist im Landkreis Zwickau mit dem Kreisverband Zwickau-Westsachsen vertreten und verfügt über Ortsgruppen in Oberlungwitz und Werdau. Der Kreisverband trat im Berichtsjahr nur selten öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Allerdings versuchte der Kreisvorsitzende Patrick GENTSCH im Herbst/Winter 2015 offenbar bei verschiedenen asylkritischen Initiativen Einfluss zu gewinnen.

So beteiligte er sich an einer asylkritischen Demonstration am 4. Oktober 2015 in Meerane und sprach sich dort gegen die geplante Erstaufnahmeeinrichtung in Meerane aus.

Als am 18. Oktober 2015 ein Sonderzug mit 680 Asylbewerbern in Glauchau eintraf, wiegelte der vor Ort Eintreffende Stadt- und Kreisrat GENTSCH die umstehenden Personen auf, welche sich am Bahnhof zu dieser Ankunft versammelt hatten.

Die Situation eskalierte am 1. November 2015 in Meerane, als ein Sonderzug mit Asylsuchenden eintraf. Vor Ort befanden sich 83 Personen. Nachdem diese der Aufforderung nicht nachkamen, den Platz zu verlassen, mussten sie durch die Polizei abgedrängt werden. Dabei wurden mehrfach Böller geworfen und Raketen in Richtung der Polizei abgefeuert.

GENTSCH soll diese Vorfälle im Rahmen einer Rede bei einer Demonstration gegen die Asylpolitik am 8. November 2015 in Meerane heruntergespielt haben.

„Viele Meeraner hätten sich rein ‚zufällig‘ am Bahnhof getroffen, sagte Gentsch. Dort seien lediglich ‚zwei Eier‘ und ein paar Knallkörper geworfen worden. Schuld an der Eskalation sei die Polizei gewesen, wiederholte er. Die Zuhörer spendeten dieser Verharmlosung der Geschehnisse Beifall. Äußerungen von Bürgermeister [...], der den Gewaltausbruch scharf verurteilt hatte, bezeichnete Gentsch als ‚eine Frechheit‘. Er werde ‚unbequem‘ bleiben, bis die Gerechtigkeit wieder in diesem Land einziehe [...].“²³²

²³¹ Siehe „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2014“, S. 159

²³² www.freiepresse.de (Stand: 3. Dezember 2015)

Die JN verfügten im Landkreis Zwickau über zwei Stützpunkte in Zwickau und Limbach-Oberfrohna. Ihre Mitglieder nahmen an mehreren rechtsextremistischen Demonstrationen teil.

Am 13. Februar 2015 organisierte der Leiter der JN Limbach-Oberfrohna eine Mahnwache unter dem Motto „Ein Licht für Dresden“ auf dem örtlichen Marktplatz wobei er „(...)auch die Mitglieder der Mutterpartei aus der Region einlud.“²³³

Über die Facebook-Profile beider Stützpunkte erfolgten Mobilisierungsaufrufe für rechtsextremistische Veranstaltungen in Sachsen und anderen Bundesländern. Beide Internetauftritte wurden jedoch im Laufe des Jahres eingestellt.

Die Rechte

Die Partei Die Rechte entfaltete ab Oktober 2015 in Limbach-Oberfrohna öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Am 11. Oktober 2015 organisierte die Partei hier einen Aufzug mit rund 200 Teilnehmern. Ein zweiter Aufzug sollte am 15. November 2015 stattfinden. Wegen des Volkstrauertages durfte jedoch nur eine Kundgebung durchgeführt werden, an der sich schließlich nur 75 Personen beteiligten.

Bei der folgenden Demonstration am 6. Dezember 2015 sank die Teilnehmerzahl weiter. An der Versammlung unter dem Motto „Ein Volk hilft sich selbst – Gemeinsam für unser Sachsen“ beteiligten sich lediglich noch 20 Teilnehmer.

Die Partei DIE RECHTE verfügt weiterhin über keine Strukturen im Landkreis.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den Freien Kräften existierte im Landkreis Zwickau eine unstrukturierte subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Die Verbindungen der Szeneangehörigen in dem Landkreis waren meist lose und gingen selten über die Wohnorte der Beteiligten hinaus. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten beteiligten sich an rechtsextremistischen Konzerten und szeneeigenen Veranstaltungen. Sie fielen im Landkreis Zwickau zudem häufig durch die Begehung von Straf- und Gewalttaten, insbesondere gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte, auf. So attackierten z.B. drei Männer und eine Frau am 27. August 2015 in Werdau einen Asylbewerber und schlugen auf ihn ein, wodurch dieser Risswunden an der Hand erlitt.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	1.635	1.710	2.234	67	83	201
Landkreis Zwickau	143	137	156	6	4	12

²³³ <http://www.facebook.com/npd.zwickau> (Stand: 26. Februar 2015)

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Im Landkreis Zwickau sind die Strukturen der rechtsextremistischen Musikszene nur unterdurchschnittlich ausgeprägt. Hier waren im Berichtszeitraum der rechtsextremistische Liedermacher FreilichFrei sowie das Bandprojekt Rac´n´Roll-Teufel ansässig.

Während Rac´n´Roll-Teufel im Jahr 2015 Liedbeiträge auf dem sogenannten „TddZ²³⁴-Sampler“ und dem Sampler „Glühweindesperados“ veröffentlichte, trat FreilichFrei 2015 mehrfach auf verschiedenen rechtsextremistischen Veranstaltungen in Sachsen und anderen Bundesländern auf. Ein Lied auf seiner im Herbst 2014 erschienenen Debüt-CD verunglimpfte die Zwickauer Oberbürgermeisterin und glorifizierte die mutmaßlichen Mitglieder der rechtsterroristischen Gruppierung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Aus diesem Grund leitete die Staatsanwaltschaft Zwickau²³⁵ ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Billigung von Straftaten gemäß § 140 StGB ein. In diesem Rahmen erließ das Amtsgericht Zwickau 25 Durchsuchungsbeschlüsse, die am 16. April 2015 in acht Bundesländern vollstreckt wurden. Mehr als 400 der CDs konnten dabei beschlagnahmt werden.

Am 22. Dezember 2015 fand in einem Lokal in Oberlungwitz ein Liederabend mit dem überregional bekannten Szeneinterpreten Lunikoff (Berlin) statt, an dem etwa 120 Personen teilnahmen.

In Zwickau ist im Berichtsjahr ein rechtsextremistischer Szeneladen ansässig gewesen.

1.13 Ausblick Rechtsextremismus

Die rechtsextremistische Szene konnte unter Ausnutzung des **Asylthemas** ihre öffentlichen Aktivitäten im Jahr 2015 deutlich erhöhen. Teilweise wurden Bereiche der Szene wieder aktiv, die zuvor lange nicht mehr in Erscheinung getreten waren. Es ist zu erwarten, dass die rechtsextremistische Szene ihr diesbezügliches Aktionsniveau stabilisieren und je nach Kontext ausbauen wird.

Dieses Agieren hat der rechtsextremistischen Szene im Jahr 2015 zahlreiche Kontakt- und Einwirkungsmöglichkeiten im Hinblick auf nichtextremistische asylkritische Initiativen ermöglicht. Vor allem mit nach außen als nicht offen rechtsextremistisch wahrnehmbaren asylbezogenen Veranstaltungen ist es rechtsextremistischen Akteuren gelungen, ihre verfassungsfeindlichen Positionen auch vor zahlreichen nichtextremistischen Versammlungsteilnehmern darzustellen und rechtsextremistische Ideologiefragmente und Begriffe unter dem Deckmantel der Asylkritik zu verbreiten. Insbesondere die hohen Teilnehmerzahlen an asylbezogenen Veranstaltungen mit erkennbaren und relevanten rechtsextremistischen Bezügen ermöglichten der rechtsextremistischen Szene die Einflussnahme auf ein beträchtliches nichtextremistisches Personenpotenzial. Grundsätzlich bieten sowohl Intention als auch Rhetorik von PEGIDA (Dresden) ideologische Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten: So offenbaren ressentimentbehaftete Redebeiträge oder Sprechchöre auf PEGIDA-Kundgebungen mitunter nicht nur fremden- und islamfeindliche Tendenzen. Sie zeigen bei einem Teil der Sympathisanten auch eine grundlegende Politikverdrossenheit und ein Misstrauen bis hin zur Feindschaft gegenüber etablierten Parteien und Politikern („Volksverräter“), Journalisten und Medien („Lügenpresse“) sowie gegenüber Flüchtlingen („Rapefugees“²³⁶). Dementsprechend nehmen Rechtsextremisten regelmäßig an PEGIDA-Veranstaltungen teil. Die Verfassungsschutzbehörden analysieren daher sorgfältig, ob und ggf. inwieweit es hinsichtlich PEGIDA Dresden, wie auch hinsichtlich der sehr heterogenen und bundesweiten GIDA-

²³⁴ Seit 2009 veranstalten Neonationalsozialisten jährlich den „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ). Dabei handelt es sich um eine bundesweit etablierte, neonationalsozialistische Kampagne, in deren Rahmen Rechtsextremisten verschiedene Aktionen durchführen. Dazu zählen unter anderem Informationsveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen.

²³⁵ Az. 120 Js 4820/15

²³⁶ Begriff bestehend aus den Worten „rape“ (engl.; Vergewaltigung) und refugees (engl.; Flüchtlinge)

Protestbewegung, Steuerungs- oder Einflussnahmeversuche durch nationale und internationale Rechtsextremisten gibt. PEGIDA Dresden war im Jahr 2015 kein Beobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, da in der Gesamtschau noch keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung vorlagen.

Dies hat regional begrenzt dazu geführt, dass sich rechtsextremistische Akteure in mehreren Fällen als Kooperationspartner von asylkritischen Initiativen darstellen konnten. Je nach Reaktion der betroffenen Initiativen kann dies dazu führen, dass die Abgrenzung zwischen nichtextremistischen Akteuren und Rechtsextremisten erodiert und letztere dadurch eine zusätzliche Basis für ihre Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung erhalten.

Zu erwarten ist, dass losgelöst von konkreten regionalen Konfliktsituationen bei aktionsorientierten Rechtsextremisten eine erste Unzufriedenheit mit dem mittlerweile routiniert ablaufenden asylbezogenen Veranstaltungsgeschehen auftritt. Auch dies könnte dazu führen, dass in der rechtsextremistischen Szene verstärkt Überlegungen zu massiven Gewalttaten gegen Asylbewerber und deren Aufnahmeeinrichtungen sowie Unterstützer verfolgt werden. Vor diesem Hintergrund ist vorerst nicht mit einem Rückgang des hohen asylbezogenen Straftatenaufkommens zu rechnen.

Bereits jetzt zeichnet sich eine weitere Politisierung der **subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene** ab. Bei einigen Personen wird es nicht bei der Etablierung von Gruppenstrukturen und der körperlichen Auseinandersetzung im Rahmen von asylbezogenen Veranstaltungen bleiben. Nicht unwahrscheinlich ist, dass Gruppierungen einander weiter zur direkten Anwendung von Gewalt gegen Asylbewerber, deren Unterstützer und den politischen Gegner antreiben.

Vor allem aufgrund der zahlreichen Gelegenheiten für mögliche Konfrontationen dürfte im Jahr 2016 auch bei sinkenden Veranstaltungszahlen mit zunehmenden Gewaltstraftaten im Asylkontext zu rechnen sein. Ebenso ist sind weitere **Radikalisierungsprozesse**, wie bei der mutmaßlich rechtsterroristisch ausgerichteten Oldschool Society²³⁷, nicht unwahrscheinlich.

Neben diesen Entwicklungen hat das Agieren der rechtsextremistischen Szene innerhalb des asylbezogenen Veranstaltungsgeschehens zur Etablierung neuer bzw. Vertiefung bis dahin nur oberflächlich bestehender Kennverhältnisse innerhalb der Szene geführt. Die Bildung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen bisher unverbundenen Personenkreisen und damit auch die vereinzelt Bildung neuer Gruppierungen und Strukturen innerhalb der rechtsextremistischen Szene werden sich im Jahr 2016 voraussichtlich fortsetzen.

Offen ist, wie sich die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene vor diesem Hintergrund zahlenmäßig entwickeln wird. Auch bei gleichbleibend hohem asylbezogenen Veranstaltungs- und Straftatengeschehen ist nicht zu erwarten, dass sich ein ebenso signifikanter Anstieg des Personenpotenzials, wie im Jahr 2015, ergeben wird. Stattdessen dürfte sich der Trend verlangsamen. Teile dieses Spektrums werden in den Bereich der Neonationalsozialisten abwandern.

Damit ist auch eine neue Dynamik im Bereich der **Neonationalsozialisten** zu erwarten. Nach der Abwanderung wesentlicher Teile des Führungs- und Personenpotenzials hin zum parteigebundenen Rechtsextremismus ist mit einer Stabilisierung dieser Szene und mit der vereinzelt Herausbildung neuer Führungspersönlichkeiten und Strukturen zu rechnen. Da die Asylthematik derzeit viele gerade für Neonationalsozialisten wichtige Themen (Revisio-nismus etc.) überlagert, dürfte dieser Trend 2016 jedoch keine erhebliche Steigerung des Personenpotenzials bewirken.

Im **parteigebundenen Rechtsextremismus** werden die NPD, die Partei Die Rechte und die Partei Der Dritte Weg (III. Weg) weiterhin versuchen, auf Grundlage des asylbezogenen Veranstaltungsgeschehens Mitglieder zu werben. Die Parteien Die Rechte und Der III. Weg

²³⁷ s. Beitrag „Landkreis Leipzig“

werden zudem parallel versuchen, ihre Strukturen auszubauen. Die Mitgliederwerbung dürfte jedoch überschaubar bleiben, und es ist auch nur in Einzelfällen mit der Etablierung neuer Stützpunkte zu rechnen.

Dennoch ist zu erwarten, dass die **NPD** weiterhin für die überwiegende Anzahl der Anti-Asyl-Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene verantwortlich sein wird. Sie wird, wie bisher, versuchen, die Asylthematik für sich auszunutzen und sich als eine flächendeckend präsente und aktive Parteistruktur zu geben und dabei ihre kommunale Verankerung zu nutzen. Ähnlich wie im Jahr 2015 dürfte dies jedoch nicht zu einem spürbaren Mitgliederzuwachs führen. Die Jungen Nationaldemokraten (JN, NPD-Jugendorganisation) werden weiterhin das Bindeglied zwischen der NPD und der neonationalsozialistischen Szene darstellen. In Bezug auf die Mitglieder ist eine weitere Dynamik vorerst nicht zu erwarten. Möglich ist neben dem dominant bleibenden asylbezogenen Veranstaltungsgeschehen auch eine verstärkte Ausrichtung von Veranstaltungen mit genuin neonationalsozialistischem Bezug („Heldengedenken“, „Trauermärsche“ etc.).

Bei den Parteien **Die Rechte** und **III. Weg** wird die weitere Entwicklung davon abhängen, ob es ihnen gelingt, weitere regional entscheidende Akteure der parteiungebundenen Szene für sich zu gewinnen. Grundsätzlich haben es die beiden Parteien hier leichter als die NPD, da sie von parteiungebundenen Rechtsextremisten nicht als „Systemparteien“ wahrgenommen werden. Allerdings hat sich das in Frage kommende Potenzial bis zu Beginn des Jahres 2016 weitgehend abschließend orientiert, so dass vorerst keine größeren Bewegungen zu erwarten sind. Dies dürfte erst dann wieder möglich sein, wenn sich die politisierten subkulturell geprägten Rechtsextremisten in neonationalsozialistischen Strukturen etabliert haben und ihrerseits nach „Schutzräumen“ gegen staatliches Vorgehen suchen.

Die Rückgänge im Bereich der **rechtsextremistischen Vertriebe und Verlage** werden sich auch im Jahr 2016 fortsetzen. Hier dürfte vor allem der Internethandel weitere Konzentrationsprozesse bewirken. Es ist allerdings nicht damit zu rechnen, dass dies den rechtsextremistischen Vertrieb als solchen schwächen wird, da mit der Konzentration auch eine Erhöhung der Umsätze der bestehenden größeren rechtsextremistischen Vertriebe zu erwarten ist. Die rechtsextremistische Szene wird bei entsprechenden Vertrieben daher weiterhin verlässliche Partner in der Versorgung mit Szeneartikeln und vor allem in der Bereitstellung von Räumlichkeiten und Finanzmitteln für Szeneaktivitäten haben. Vor allem die in Sachsen ansässigen, bundesweit aktiven Großvertriebe werden ihre Marktstellung unter den gegebenen Voraussetzungen halten können.

Im Berichtsjahr waren die Bestrebungen der rechtsextremistischen Szene zum Erwerb bzw. zur Gewinnung von Zugriff auf Räumlichkeiten und **Immobilien** überwiegend erfolglos. Daher wird sie diese Bestrebungen sachsenweit fortsetzen und daneben die vorhandenen Objekte möglichst intensiv nutzen.

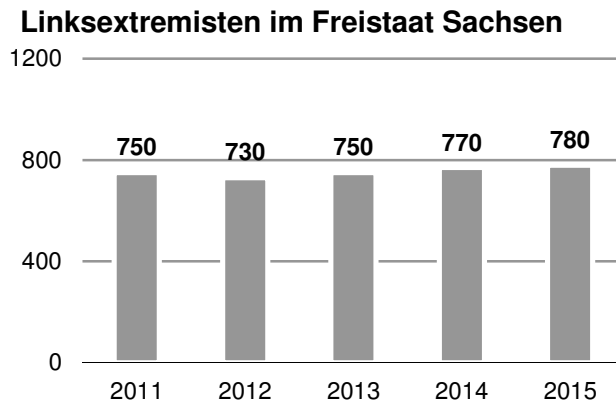
Im Bereich der **rechtsextremistischen Musik** ist davon auszugehen, dass sich der leichte Anstieg bei den Konzerten auch im Jahr 2016 fortsetzen wird. Einen ähnlich starken Anstieg in den Besucherzahlen dieser Konzerte wird es dagegen voraussichtlich nicht geben, wiewohl für solche Entwicklungen nur wenige große Konzerte erforderlich wären. Demgegenüber ist mit einer Zunahme von kleineren Veranstaltungen mit Beteiligung von rechtsextremistischen Liedermachern und Bands zu rechnen.

2. Linksextremismus

2.1 Personenpotenzial

Anzahl der Linksextremisten gegenüber dem Vorjahr auf konstantem Niveau

Im Jahr 2015 wurden im Freistaat Sachsen ca. 780 Personen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet. Damit stieg diese Zahl gegenüber dem Vorjahr (ca. 770) leicht an. Über die vergangenen Jahre hinweg ist das Personenpotenzial relativ stabil geblieben und unterlag nur geringen Schwankungen.



Die Autonomen stellen mit ca. 370 Personen unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen dar. Deren Potenzial nahm gegenüber dem Vorjahr (ca. 360) leicht zu, was auf einen Zuwachs bei der autonomen Szene Leipzigs zurückzuführen ist.

Die den Anarchisten und sonstigen linksextremistischen Gruppierungen zuzurechnende Anhängerzahl veränderte sich nicht und liegt nach wie vor bei ca. 160 Personen.

Dabei blieb die Mitgliederzahl im Bereich der anarchistischen Gruppierungen mit ca. 45 Personen identisch.

Bei den Mitgliedern des Rote Hilfe e. V. (RH) handelt es sich nach wie vor vielfach um Mehrfachmitgliedschaften. Im Berichtsjahr konnte die RH ihre Mitgliederzahl deutlich ausbauen und erreichte mit ca. 280 Personen²³⁸ (2014: ca. 200) für Sachsen einen neuen Höchststand. Der Anstieg der Mitgliederzahlen der RH wirkt sich allerdings nicht auf die Gesamtzahl der sächsischen Linksextremisten aus, da von Mehrfachmitgliedschaften der neu hinzugekommenen Personen ausgegangen wird. Die signifikante Steigerung könnte mit der hohen Anzahl von demonstrativen Ereignissen mit linksextremistischen Bezügen – insbesondere in Leipzig – im Berichts- und im Vorjahr im Zusammenhang stehen. Teilnehmer solcher Aktionen waren häufig von polizeilichen Maßnahmen betroffen und könnten anschließend Kontakt zur RH gesucht haben. Auch bundesweit konnte die RH Mitglieder gewinnen.

Die Mitgliederanzahl der orthodoxen linksextremistischen Parteien und Organisationen lag im Jahr 2015 unverändert bei ca. 250 Personen. Nach wie vor ist die Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF) mit ca. 160 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste Gruppierung in diesem Bereich.

²³⁸ Die Mitgliederzahl der RH für das Jahr 2015 ist geschätzt.

**Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen
(insgesamt: ca. 780 [2014: ca. 770 / bundesweit 2014: ca. 27.200])**

Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen	Gewaltorientierte Linksextremisten / Autonome	Anarchisten und sonstige linksextremistische Gruppierungen
2015: ca. 250 2014: ca. 250	2015: ca. 370 2014: ca. 360	2015: ca. 160 ²³⁹ 2014: ca. 160 ²⁴⁰

davon u. a.:

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD-Ost) 2015: ca. 15 2014: ca. 15
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 2015: ca. 35 2014: ca. 35
Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF) 2015: ca. 160 2014: ca. 160
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 2015: ca. 35 2014: ca. 35

davon u. a.

Anarchisten 2015: ca. 45 2014: ca. 45
Rote Hilfe e. V. (RH) 2015: ca. 280 ²⁴¹ 2014: ca. 200 ²⁴²

²³⁹ Ohne Mehrfachmitgliedschaften

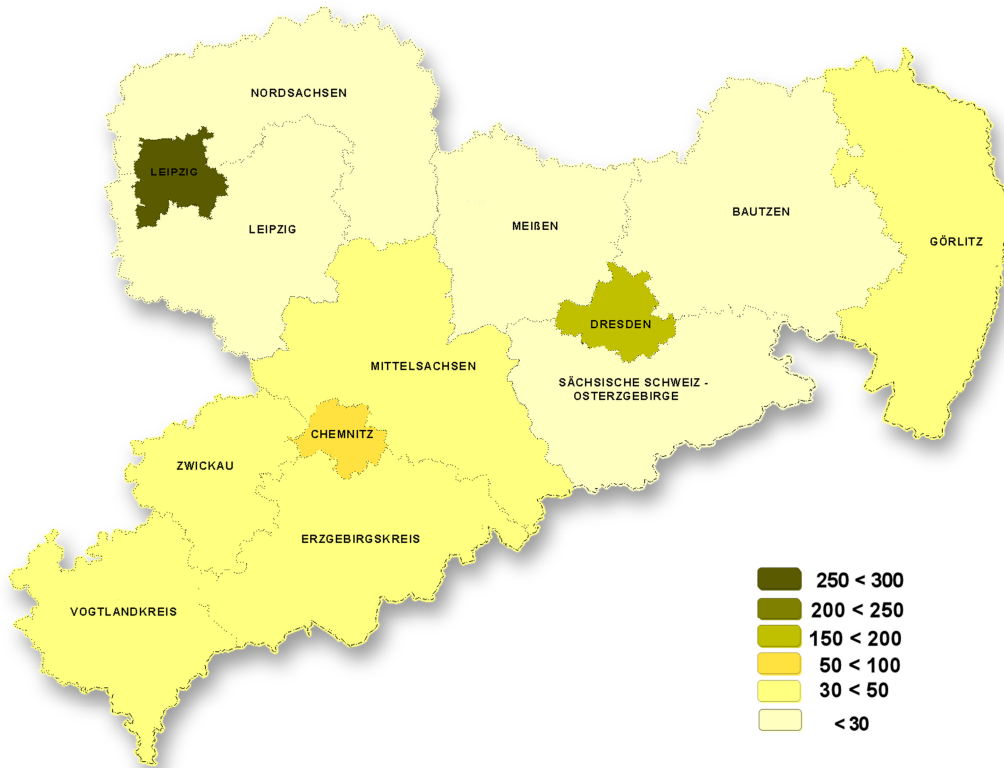
²⁴⁰ Ohne Mehrfachmitgliedschaften

²⁴¹ Die Mitgliederzahl der RH für das Jahr 2015 ist geschätzt, mit Mehrfachmitgliedschaften. Der Anstieg wirkt sich nicht auf die Gesamtzahl der Linksextremisten aus, da von Mehrfachmitgliedschaften der neu hinzugekommenen Personen ausgegangen wird.

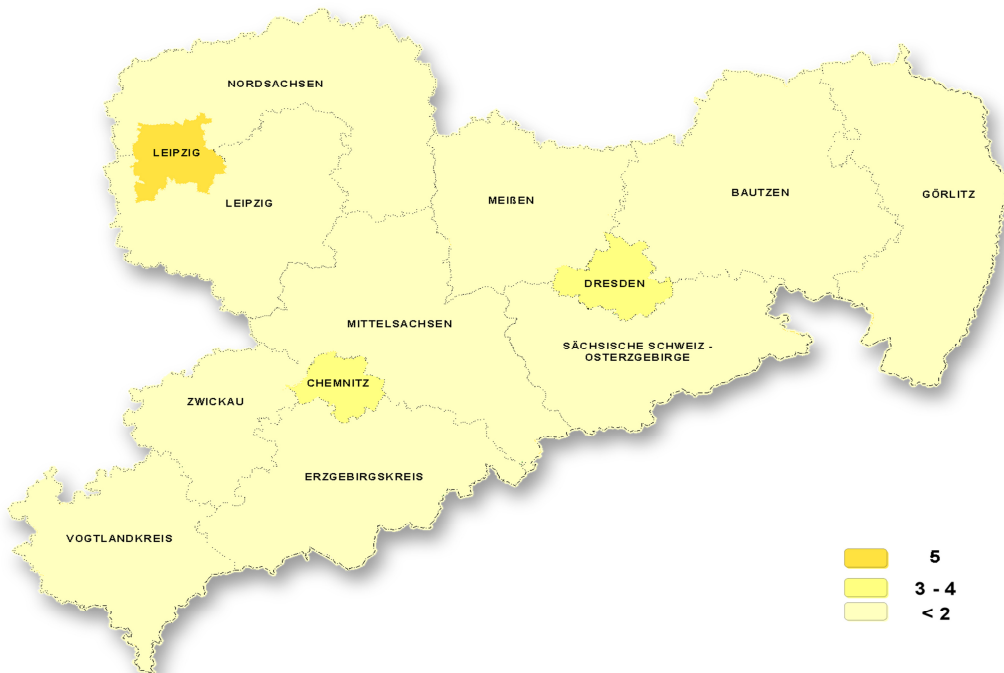
²⁴² Die Mitgliederzahl für das Jahr 2014 beruht auf Eigenangaben der RH, mit Mehrfachmitgliedschaften.

In den Großstädten Leipzig und Dresden sind nach wie vor die weitaus meisten Linksextremisten ansässig.

Regionale Verteilung der Linksextremisten im Freistaat Sachsen – absolut



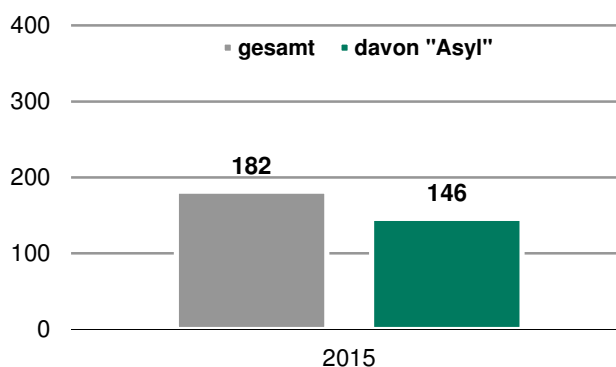
Regionale Verteilung der Linksextremisten im Freistaat Sachsen – je 10.000 Einwohner



2.2 Im Fokus – Instrumentalisierung der Asylthematik durch Linksextremisten

Die Flüchtlingssituation sowie Fragen zur Asylpolitik stellten im Berichtszeitraum auch für die sächsische linksextremistische Szene ein Thema von herausragender Bedeutung dar. Dies zeigte sich daran, dass im Jahr 2015 ca. 80 % der Aktionen zum Thema „Antirassismus“ / Asyl durchgeführt wurden.²⁴³

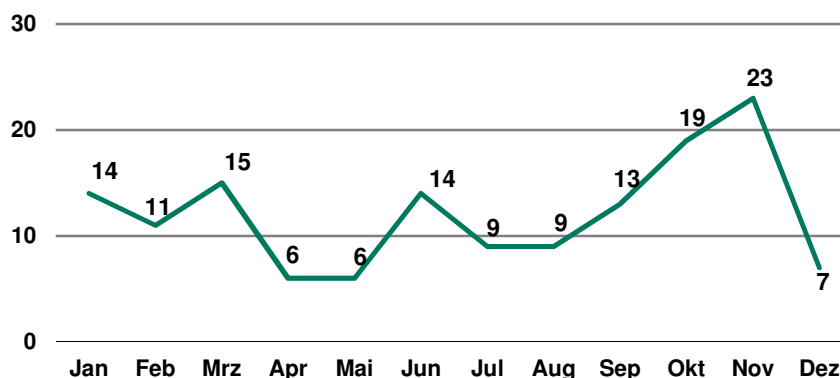
Demonstrationen / Aufzüge / Gegenproteste von oder mit Beteiligung von Linksextremisten im Freistaat Sachsen im Jahr 2015



Dieses Thema bot Linksextremisten nicht nur Anlass für öffentliche Aktionen; sie hatten so die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit im eigenen Interesse zu agitieren. Welche Aktionsformen sie im Verlauf des Jahres 2015 dafür nutzten bzw. ob und in welcher Form sie die Asylthematik für ihre Zwecke instrumentalisieren, sind die zentralen Fragen des Beitrages.

Die Schwankungen im Jahresverlauf stehen einerseits im Zusammenhang mit den GIDA-Demonstrationen in Dresden, Leipzig und Chemnitz und den entsprechenden Gegenprotesten der linksextremistischen Szene. Das zeigte sich deutlich im März, als dort wöchentlich Demonstrationen stattfanden, zu denen Linksextremisten Gegenaktionen initiierten. Andererseits waren es auch die Asylpolitik der Bundesregierung und die praktische Umsetzung im Freistaat Sachsen, die Linksextremisten zu Aktivitäten veranlassten. Dies spiegelt sich in einem deutlichen Anstieg der Aktionen zwischen August und November 2015 wider.

Anzahl der Demonstrationen / Aufzüge / Gegenproteste von oder mit Beteiligung von Linksextremisten mit Bezug zum Thema „Antirassismus“ / Asyl im Freistaat Sachsen im Jahr 2015 – monatliche Verteilung



²⁴³ Hinsichtlich der Themenfelder ist zu beachten, dass die Summe der einzelnen Themenfelder nicht der Gesamtzahl der Aktionen entspricht, da eine Aktion mit mehreren Themenfeldern belegt sein kann.

Aktionsformen

Die Aktivitäten zum Thema Asyl zeigten sich in zweierlei Gestalt:

1. Proteste gegen die GIDA-Demonstrationen/Gegenaktionen zum Thema Asyl sowie
2. Aktionen, die der eigenen Position zum Thema Asyl folgten.

Proteste gegen die GIDA-Demonstrationen/Gegenaktionen zum Thema Asyl

Zentrales Thema der GIDA-Demonstrationen waren im Jahr 2015 die Asylpolitik der Bundesregierung sowie die Unterbringung der Asylbewerber. Insofern richteten sich die Gegenproteste der Linksextremisten gegen die Positionen, die die GIDA-Akteure öffentlich artikulierten. Die linksextremistischen Proteste waren typische Gegenaktionen, die konfrontativ ausgerichtet waren. Das Ziel bestand in einer Be- oder Verhinderung der GIDA-Demonstrationen. Hierdurch wurde das für eine freiheitliche Demokratie elementare Schutzgut der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Frage gestellt.

Das zeigte sich sehr deutlich in den Aufrufen:

- Bereits Ende Dezember 2014, und somit weit vor dem Veranstaltungstermin der ersten LEGIDA-Demonstration am 12. Januar 2015, wurde im Internet zur Gegenaktionen aufgerufen. Demzufolge bestand das Ziel des Protestes darin, „deutschnationale und rassistische Räume zu verunmöglichen und Rassist*innen in ihre Schranken zu weisen“. Der Aufruf endete mit *„Denn ob völkisch oder national, Deutschland ist uns scheiß egal. Wer Deutschland liebt, den/die können wir nur hassen!“*²⁴⁴
Zu diesem Ereignis mobilisierten Linksextremisten auch mit einem Video. Darin wurden Gegenstände und Erkennungszeichen des politischen Gegners symbolisch verbrannt. Abschließend wurde aufgefordert: „Am 12. Januar Legida & sonstige Rassisten angreifen! Leipzig bleibt rot.“
Vor allem das Video zeigt deutlich, dass es den Akteuren in Leipzig nicht darum ging, den LEGIDA-Aufzug zu blockieren oder gar eigene Positionen zum Thema Asyl zu formulieren, sondern direkt körperliche Gewalt auszuüben.
- Der Aufruf „Militanz statt Happening – Legida und (k)ein Ende ins Sicht“ vom 20. März 2015 forderte ebenfalls zur Konfrontation auf. Das Ziel müsse in einer Be- bzw. Verhinderung der LEGIDA-Aufzüge bestehen. Erreicht werden könne dies nur durch die Anwendung des „dezentralen Konzepts“, denn dadurch *„(...) können Bullen ihre Pläne nicht umsetzen und eine Absicherung des Aufmarsches kann nicht gewährleistet werden“*. Darüber hinaus sollen Sitzblockaden einbezogen werden, denn *„(...) die Kombination beider Konzepte ergibt neue Möglichkeiten.“*²⁴⁵
- In einem Aufruf für eine Demonstration am 23. August 2015 in Heidenau hieß es: „Nazis jagen!“²⁴⁶

Die Forderungen, die in den Aufrufen und Grundsatzpapieren erhoben wurden, spiegelten sich in den Aktionen der Linksextremisten wider. Sie richteten sich gegen den politischen Gegner sowie gegen die Polizei, die die Versammlungen absichert. Exemplarisch stehen dafür folgende Aktivitäten:

- Am 2. März 2015 beteiligten sich Linksextremisten an den Gegenaktionen anlässlich der LEGIDA-Demonstration in Leipzig. Die Polizei musste LEGIDA-Anhänger und Gegendemonstranten konsequent trennen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Dennoch kam es am Rande des Versammlungsgeschehens zu Straftaten. Etwa 15 - 20 vermummte Per-

²⁴⁴ <http://rassismus-toetet-leipzig.org> (Stand: 29. Dezember 2014)

²⁴⁵ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 23. März 2015)

²⁴⁶ <https://facebook.com/pages/Antifaschistisches-Nachrichtenportal-Sachsen> (Stand: 24. August 2015)

sonen griffen an einer Straßenbahnhaltestelle eine Gruppe von zehn LEGIDA-Anhängern an, dabei wurden fünf Personen verletzt. Außerdem stürmten acht Personen in eine Gaststätte und beschimpften und schlugen einen bekannten rechtsextremistischen LEGIDA-Anhänger sowie dessen Frau.

- Am 9. März 2015 beteiligten sich Linksextremisten an den Protesten gegen eine LEGIDA-Demonstration. Neben mehreren Blockadeversuchen wurde Buttersäure am Veranstaltungsort der LEGIDA-Demonstration verteilt und dadurch eine starke Geruchsbelästigung hervorgerufen.
- Am 20. April 2015 versuchten Gegendemonstranten, die Aufzugsstrecke zu blockieren und warfen Steine und Knallkörper auf Polizisten und LEGIDA-Demonstranten.
- Am 23. August 2015 vermummten und bewaffneten sich ca. 200 Personen auf dem Weg zu einer Kundgebung in Heidenau mit Stöcken und Latten. Sie griffen ein Polizeiauto an und beschädigten dieses. Später wurden drei Personen angegriffen und verletzt.

Darüber hinaus führten Linksextremisten eine Reihe klandestiner Aktionen durch, die sich gegen Institutionen richteten, die in die Asylpraxis der sächsischen Landesregierung eingebunden sind, oder gegen Parteien, die der Asylpolitik kritisch gegenüberstehen. Exemplarisch dafür sind zu nennen:

- Am 24. April 2015 zerstörten unbekannte Täter in Leipzig zahlreiche Fenster- und Türscheiben am Technischen Rathaus, in dem sich auch die Ausländerbehörde befindet. Außerdem beschmutzten sie an mehreren Stellen die Fassade mit einer zähflüssigen Substanz und brachten den Schriftzug „#STOPASYLLAW“ an der Fassade an. Bereits wenige Stunden nach dem Anschlag wurde ein Bekenner schreiben mit dem Titel „[LE] Ausländerbehörde entglast“ veröffentlicht. Dem Schreiben zufolge wurde die Ausländerbehörde angegriffen, weil sie verantwortliche Behörde in der von den Verfassern kritisierten Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland sei. Allerdings wird im Schreiben weiter ausgeführt, dass nicht nur die Asylpolitik abgelehnt werde, sondern dass die Verfasser wollen, „(...) dass sowohl Deutschland als auch die EU zu Grunde gehen. (...) No border – no nation.“²⁴⁷
- Am 6. August 2015 erfolgte in Leipzig ein Angriff auf eine Chemiefirma, deren damalige Geschäftsführerin die Bundesvorsitzende der nichtextremistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) Frau Dr. Frauke Petry war. Die Täter verwüsteten die Firmenräume, zerstörten Fensterscheiben und verschütteten Buttersäure. Unter der Überschrift „[LE] Angriff auf Unternehmen von Frauke Petry (AfD)“ bekannte sich ein „Auftragskommando Bernd Lucke oder besser – einige Autonome“ zu dieser Aktion. Als Grund für den Anschlag gaben die Verfasser an, man wolle auf die sich „drastisch zuspitzende rassistische Stimmung in Deutschland aufmerksam machen“. Verantwortlich dafür seien unter anderem die AfD und besonders Frauke Petry, da „mit der Wahl Petrys und dem Verschwinden Luckes (...) mit einer weiteren Verschärfung der rassistischen Stimmungsmache innerhalb der Partei zu rechnen [sei].“ Die Räumlichkeiten des Unternehmens von Frauke Petry habe man bewusst ausgewählt, um „sie ganz direkt zur Verantwortung zu ziehen und um ihren wirtschaftlichen Rückzugsraum zu sabotieren.“²⁴⁸
- Am 11. November 2015 verübten unbekannte Täter einen Anschlag auf die Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig. Sie beschädigten den Eingangsbereich und warfen Behältnisse mit einer braunen Substanz gegen die Glasscheiben des Gebäudes. Zu dem Angriff wurde unter dem Titel „Leipziger Landesdirektion angegriffen“ ein Bekenner schreiben veröffentlicht. Dem Schreiben zufolge steht der Angriff auf die Leipziger Landesdirektion stellvertretend für „alle Landesdirektionen, alle Politiker_innen, die uns erklären wollen, dass es zu viele Geflüchtete in Deutschland gebe (...)“. Insbesondere der Leipziger Dienststelle der Landesdirektion wird vorgeworfen, hinsichtlich der Asylthematik „zutiefst

²⁴⁷ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 27. April 2015)

²⁴⁸ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 7. August 2015), Schreibweise wie im Original

menschenverachtende Äußerungen“ getätigt zu haben. Weiter stellen die Verfasser fest: *„Wir brauchen keine Regierung, die uns erzählt wer zu viel ist, keine Verwaltung, die Menschen wegsortiert und keine Bullen, die die Unterdrückung ausführen – machen wir es kurz: Wir brauchen keinen Staat und wir brauchen keine Bullen.“*²⁴⁹

Die Aufrufe und Aktionen im Zusammenhang mit dem Thema Asyl entsprechen dem Selbstverständnis der autonomen Szene, welches von einer destruktiven Anti-Haltung geprägt ist. Somit ist es erklärlich, dass sich bei Gegenaktionen und den damit in Verbindung stehenden Aufrufen oder Positionspapieren kein „positives“ Ziel im Sinne eines Gegenmodells zur aktuellen Asylpolitik ausmachen lässt. Eine Instrumentalisierung der Asylpolitik lässt sich bei dieser Aktionsform nur dahingehend feststellen, dass sie – ähnlich wie beim Themenfeld Antifaschismus – lediglich als „Vehikel“ dient, gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten oder Personen und Einrichtungen des demokratischen Rechtsstaates vorzugehen.

Aktionen, die der eigenen Position zum Thema Asyl folgten

Aktionen, die in diesem Zusammenhang standen, setzten vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2015 ein. Einerseits waren sie eine Reaktion auf die politische Entscheidung der Bundesregierung zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen zu Österreich. Andererseits standen sie im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern im Umland von Dresden.

Bei diesen Aktionen ist eine deutliche Instrumentalisierung erkennbar. Diese weist gegenwärtig folgende Tendenzen auf:

- Linksextremisten nutzen das Thema Asyl, um gegen den demokratischen Rechtsstaat zu agitieren und das staatliche Gewaltmonopol in Frage zu stellen.
- Linksextremisten versuchen, Asylbewerber in ihre Aktionen oder in linksextremistische Strukturen einzubinden.
- Durch Schleusungsaktionen sollen politische Entscheidungen des demokratischen Rechtsstaates zum Flüchtlingsthema unterlaufen werden.
- Das Thema Asyl wird mit umfassender Gesellschaftskritik und Ablehnung des demokratischen Rechtsstaats verbunden.

Das Vorgehen gegen den demokratischen Rechtsstaat zeigte sich besonders bei Aktionen von Juli bis Ende August 2015. Diese standen in Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern in Freital, Heidenau und Dresden. Die Linksextremisten erhoben den Anspruch, die Unterkünfte vor Rechtsextremisten und Rassisten „schützen“ zu müssen, da staatliche Stellen hierzu nicht willens und in der Lage seien. Aus dieser Selbstermächtigung heraus suchten sie situationsabhängig die Konfrontation mit gewaltbereiten Asylgegnern. Gleichzeitig versuchten sie, die aktuelle Asyl-Problematik propagandistisch zu nutzen, um staatliches Handeln in Frage zu stellen und anzuklagen und so das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat zu schwächen.

Für diese Tendenz sind exemplarisch folgende Aktionen zu nennen:

- Am 24. Juli 2015 riefen u. a. die linksextremistischen „Undogmatische Radikale Antifa Dresden“ (URA Dresden) und das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“, in dem auch Linksextremisten aktiv sind, zu einer Kundgebung vor einer Unterkunft in Dresden auf. Die URA Dresden bezeichnete später „Bullen und Politik“ als „Teil des Problems“ und bekräftigte die andauernde Notwendigkeit „linke(r) Intervention“. Weiter heißt es: *„Der Mob fühlt sich legitimiert durch eine hasserfüllte Stimmung, die u. a. durch Positionen der CDU/CSU aber auch durch PEGIDA-Demonstrationen und sogenannten ‘Bürgerbewegungen’ erzeugt und befeuert wird.“*²⁵⁰

²⁴⁹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 12. November 2015)

²⁵⁰ <http://uradresden.noblogs.org> (Stand: 27. Juli 2015), Schreibweise wie im Original

- Sächsische Linksextremisten mobilisierten u. a. mit Beiträgen auf von Linksextremisten genutzten Internetportalen für eine Aktion am 22. August 2015 in Heidenau. Dabei beanspruchten sie vordergründig, sich für den Schutz der Asylbewerber einzusetzen. Gekoppelt wurde dies aber mit der Konfrontation mit tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten. Ziel war es, sich *„dem Rassistenmob entgegenzustellen und die Asylsuchenden zu schützen“*²⁵¹, da davon ausgegangen wurde, dass Asylgegner auch an diesem Tag dort Aktionen durchführen würden. Zahlreiche Linksextremisten beteiligten sich schließlich an einer nichtextremistischen spontanen Pro-Asyl-Kundgebung vor der Asylbewerberunterkunft mit insgesamt ca. 250 Teilnehmern. Da die Konfrontation an die Schutzfunktion gebunden wurde, war eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten eher defensiv anzusehen. Dass für Linksextremisten die Verhinderung einer rechtsextremistischen Demonstration mit Gewalt verbunden ist, zeigte sich in ihrer Agitation. So führten sie ein Transparent mit dem Symbol der „Antifaschistischen Aktion“ sowie der Aufschrift „Nazis stoppen bleibt Handarbeit!“ mit.
- Herausragende Bedeutung besaß die Demonstration am 29. August 2015 in Dresden unter dem Motto „Es reicht! Schutz für Geflüchtete statt Verständnis für Rassisten!“. Dies zeigte sich an einer hohen Teilnehmerzahl von insgesamt ca. 5.000 Personen, darunter ca. 500 Linksextremisten aus Sachsen und anderen Bundesländern. Bei der Mobilisierung im Vorfeld hatte es in einem Beitrag auf einem von Linksextremisten genutzten Internetportal gewaltbefürwortende Aussagen gegeben. Die linksextremistische „Radikale Linke Berlin“ schrieb dort unter der Überschrift „Die Zeit der Sitzblockaden ist vorbei“: *„Wir fahren nach Dresden, weil wir an den Türen der faschistischen Schreibtischtäter der sächsischen Landesregierung hämmern wollen“* sowie *„Nazis angreifen, ob auf der Straße oder in den Behörden“*.²⁵²

Eine weitere Form der Instrumentalisierung waren Versuche, Asylbewerber für Aktionen zu mobilisieren oder in eigene Strukturen zu integrieren. Das zeigte sich bei Aktivitäten in Dresden und Leipzig.

- In Dresden versuchten Linksextremisten, die Stimmungslage nach dem gewaltsamen Tod eines Asylbewerbers aus Eritrea am 12. Januar 2015 in Dresden zu nutzen und riefen zur Teilnahme an der „antirassistischen“ Demonstration einer nicht extremistischen Pro-Asyl-Initiative am 28. Februar 2015 in Dresden auf. Die URA Dresden machte mit einem Aufruf ihre damit verbundene Interessenlage deutlich und gab eine Einschätzung zu Stand und Perspektive ihrer auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteten Bestrebungen:

*„Der direkte Diskurs mit den Herrschenden ist gescheitert. (...) die radikale Linke muss sich an den partikularen emanzipatorischen Kämpfen beteiligen, diese vorantreiben und Brüche mit der herrschenden Ideologie erzeugen.“*²⁵³

Eine den Asylbewerbern, Migranten und ihren Unterstützern zugeordnete Rolle sieht sie in der Beispielwirkung von deren „Selbstorganisation“ im „Kampf für gleiche Rechte“. Diese trage die Chance zum Aufbau „solidarischer Basisstrukturen“ in sich, die „zu mehr als symbolischem Protest“ fähig seien. Darüber hinaus zeigt sich auch die Absicht, Asylsuchenden linksextremistische Vorstellungen zu vermitteln, sie in linksextremistische Strukturen zu integrieren oder sie als neue Bündnispartner zu gewinnen. So fahren die Verfasser in ihrer Argumentation fort:

„Für die radikale Linke gilt es, diese Selbstorganisation zu stützen und auszuweiten, hin zu einer echten Alternative zur bestehenden Konkurrenzlogik. Diese Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen Formen von Herrschaft tragen unsere Hoffnung auf eine befrei-

²⁵¹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 24. August 2015)

²⁵² <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 28. August 2015), Schreibweise wie im Original

²⁵³ <http://uradresden.noblogs.org> (Stand: 20. Februar 2015)

*te Gesellschaft in sich. Der Kampf der Refugees ist ein bemerkenswertes Beispiel solch einer Selbstorganisation.*²⁵⁴

- Eine Einbindung von Asylbewerbern in Aktionen der linksextremistischen Szene zeigte sich auch in Leipzig.

Am 24. August 2015 verhinderten etwa 500 Personen, darunter Linksextremisten, mit einer Blockadeaktion die Verlegung von Asylsuchenden aus der Sporthalle der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) in Leipzig-Connewitz nach Heidenau. Sie folgten damit einem kurz zuvor veröffentlichten Aufruf²⁵⁵, in dem über die geplante Verlegung informiert und dazu aufgerufen wurde, vor Ort zu erscheinen und dies zu verhindern. Die Aktion wurde im Nachgang als Erfolg bewertet, und es wurde aufgerufen, am Folgetag erneut vor der Unterkunft die weiteren Verhandlungen kritisch zu begleiten und die Asylsuchenden zu unterstützen.²⁵⁶ Schließlich versammelten sich am 25. August 2015 etwa 1.000 Personen, darunter auch Asylsuchende, vor der HTWK-Halle und demonstrierten friedlich unter dem Motto „Schutz für Geflüchtete statt Verständnis für Rassist*innen!“.

Sehr klare Vorstellungen, inwieweit Asylbewerber in eine linksextremistische Struktur integriert werden könnten, besitzt die anarchosyndikalistische Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU). So veröffentlichte die FAU-Dresden am 1. August 2015 unter dem Titel „Arbeitskämpfe, Erwerbslosigkeit, Beratung, Bildung und Kultur in der FAU Dresden“ einen Beitrag, in dem eine Strategie für die Einbindung von Asylbewerbern in die Organisation der FAU skizziert wird.

Diese basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen:

1. Unterstützung von Arbeitsmigranten bei Lohnkämpfen mit perspektivischer Einbindung in die FAU sowie
2. Abbau von Sprachbarrieren verbunden mit einer wöchentlichen Beratung durch Mitglieder der FAU.

Die beabsichtigte Unterstützung von Asylbewerbern in Dresden durch die FAU beruhte auf einer Einschätzung ihrer Lage. So stellen die Verfasser fest, „(...) dass in der rassistischen Pogrom-Stimmung ein Kampf um die Straßenpräsenz aktuell nicht zu gewinnen ist.“ Daraus leiteten sie sowohl kurz- als auch längerfristige Maßnahmen ab. Kurzfristig war beabsichtigt, „(...) die Lebenssituation der Flüchtlinge nach Möglichkeit zu verbessern und den Schutz vor Faschist_innen und Rassist_innen zu leisten, den die sächsische Polizei den Betroffenen verwehrt.“ Darüber hinaus wurde die Meinung vertreten „(...) dass es eine grundsätzliche Darstellung sozialer und systemischer Alternativen und eine antirassistische wie antikapitalistische Grundbildung an den Schulen, in den Betrieben, Nachbarschaften und Erwerbsloseninitiativen braucht, um langfristig aus dem Rechtsschwenk der Gesellschaft heraus zu kommen.“ Deshalb – so die Schlussfolgerung – wollte man versuchen, „Bildungsarbeit (...) wo immer möglich zu leisten.“ Perspektivisch zielte man darauf ab, Asylbewerber in öffentliche Aktionen der FAU einzubinden. So hieß es dazu: „Gleichzeitig wollen wir mit gemeinsamen Kämpfen von deutschen, ausländischen und migrantischen Kolleg_innen in der Praxis Ressentiments auflösen und ein greifbares Solidaritätsgefühl wecken.“²⁵⁷

Als eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft setzt sie ihren inhaltlichen Akzent vorrangig auf den Arbeitskampf, wobei Debatten über Lohnpolitik sowie über Mindestlohn und Tarife den Schwerpunkt bilden. Das Ansinnen der FAU-Protagonisten, Asylbewerber perspektivisch in die Gewerkschaftsarbeit einzubinden, ist als eine strategische Option anzusehen. Vor allem mit der angestrebten Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt dürften diese für eine anarchosyndikalistisch ausgerichtete Gewerkschaft eine wichtige Zielgruppe darstellen. Der veröffentlichte Artikel weist deutlich in diese Richtung.

²⁵⁴ <http://uradresden.noblogs.org> (Stand: 20. Februar 2015)

²⁵⁵ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 25. August 2015)

²⁵⁶ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 25. August 2015)

²⁵⁷ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 3. August 2015)

Auf die Wiedereinführung der Grenzkontrollen zu Österreich reagierte die Leipziger linksextremistische Gruppe PRISMA – Interventionistische Linke Leipzig. Unter dem Motto „Refugee Convoy Leipzig – Ungarn – Wien“²⁵⁸ organisierte diese Gruppierung für den 14./15. September 2015 einen Autokonvoi in Richtung ungarisch-österreichische Grenze, um Asylbewerber bei der Einreise zu helfen. Dass es den Akteuren bei dieser Aktion um das Unterlaufen einer politischen Entscheidung der Bundesregierung ging, zeigte sich in einer Presseveröffentlichung von PRISMA²⁵⁹. Dieser Erklärung zufolge sei der Konvoi „Teil einer Gegenbewegung zu dieser Politik der Abschottung“, außerdem kündigte man an, dass man Wege finden werde, die „kalthertzige Abschottungspolitik zu unterlaufen“.

Für Linksextremisten stellen die Grenzkontrollen einen Akt „staatlicher Repression“ dar, der bekämpft werden muss, so dass die Fluchthilfe als eine „legale Aktion“ angesehen und außerhalb der eigenen Klientel auch so vermittelt wird. Die „Asylthematik“ wird dabei mit dem Themenfeld „Antirepression“ verknüpft. Dadurch lassen sich diese Straftaten nicht nur begründen, sondern auch legitimieren, zumal dies in der Öffentlichkeit als „Solidarität mit Flüchtlingen“ propagiert wird.

Die Absicht der Linksextremisten, das Thema Asyl mit einer umfassenden Gesellschaftskritik zu verbinden und die Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates zu begründen, zeigt sich deutlich in einem Aufruf für eine Demonstration am 24. Oktober 2015 in Leipzig. Der Anlass für die Demonstration war der fünfte Jahrestag des ausländergefährlich motivierten Mordes an Kamal K. in Leipzig. Der gebürtige Iraker war am 24. Oktober 2010 in Leipzig ermordet worden. Seitdem nehmen Linksextremisten dieses Ereignis zum Anlass, um in der Öffentlichkeit gegen den demokratischen Rechtsstaat zu agitieren, wobei den Behörden bei der Aufklärung des Tötungsdeliktes Versagen vorgeworfen wird.

Im Aufruf zu dieser Demonstration wurde eine umfassende Gesellschaftskritik aus linksextremistischer Perspektive publiziert. Unter der Überschrift „LEIPZIG TÖTET!“ wurden alle Tötungsdelikte explizit aufgeführt, die zwischen 1990 und 2015 in Leipzig begangen wurden, und bei denen die Verfasser davon ausgehen, dass die Betroffenen einerseits ausnahmslos Opfer „rechter“ Gewalt seien. Andererseits stellten sie aber fest: *„Dass jedoch hinter einer rechten Gewalttat bzw. rechts-motivierten Mord nicht per se organisierte Neonazis oder Menschen mit neonazistischen Einstellungen stehen müssen (...).“* Die Ursache dafür sehen sie in den gesellschaftlichen Verhältnissen, da – so argumentieren die Autoren – die Morde *„lediglich ein Spiegelbild gesellschaftlicher Zustände [seien], jener also, die solche Morde erst möglich machen.“* Das sehen sie als eine Konstante an, die schließlich unter der Überschrift „SACHSEN TÖTET! DEUTSCHLAND AUCH!“ fortgesetzt wird.²⁶⁰

In ihre Argumentation bezogen die Verfasser auch die aktuellen Debatten um die Asylpolitik der Bundesregierung mit ein. Dabei gingen sie deutlich auf Distanz zu jenen bürgerlichen Kräften, die um eine Entschärfung des Konflikts und um Dialog mit asylkritischen Demonstranten bemüht sind. So hieß es: *„Fast täglich finden sich alleine in Sachsen tausende Rassist_innen an vielen Orten zusammen, um ihr so genanntes ‚deutsches Abendland‘ völkisch weiß und ‚ausländerfrei‘ zu halten. Verständnis und Unterstützung für ihre Forderungen erhalten sie dabei von Politik, Kultur, Kirche und Medien.“* Die Schlussfolgerung die daraus gezogen wurde: *„TOLERANZ TÖTET!“*.

Zu jenen, die durch ihre Toleranz ein „Töten“ ermöglichen, gehören aus Sicht der Autoren aber auch linke Kräfte. Denn, so hieß es weiter: *„Dazu gehört aber auch eine linke oder anti-rassistische Szene/Bewegung, die all die Widersprüche in dieser Gesellschaft aushält und erträgt.“* Dieser wird unterstellt, dass es ihnen nicht um Solidarität mit Flüchtlingen gehe, sondern nur um das Ansehen einer Stadt oder des Landes, da sie *„(...) zusammen mit Rassist_innen und Politiker_innen aller Parteien, Willkommensfeste‘ feiere, um am Image des ‚freundlichen‘ und ‚weltoffenen Deutschland‘ zu basteln (...).“*²⁶¹

²⁵⁸ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 14. September 2015)

²⁵⁹ <http://prisma.blogspot.de> (Stand: 16. September 2015)

²⁶⁰ <http://www.rassismus-toetet-leipzig.org> (Stand: 29. Oktober 2015)

²⁶¹ Ebenda

Zusammengefasst besitzt das Thema Asyl für Linksextremisten somit folgende Funktionen:

- Es ermöglicht Linksextremisten, sowohl gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten (Asylgegner) als auch gegen Personen und Institutionen des politischen Systems vorzugehen, die in die Asylpolitik involviert oder mit der Unterbringung von Asylbewerbern betraut sind.
- Es ermöglicht Linksextremisten, mit eigenen Positionen zum Thema Asyl den demokratischen Rechtsstaat zu delegitimieren und ihn als „rassistisch“ und faschistisch“ zu diffamieren.
- Es ermöglicht Linksextremisten, Koalitionen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren einzugehen. Insofern besitzt es eine Brückenfunktion. Die Bündnisse zwischen diesen beiden Lagern können dazu führen, dass linksextremistische Positionen zu diesem Thema zunehmend gesellschaftliche Akzeptanz finden.

2.3 Autonome

Entstehung und Strukturentwicklung

Die Ursprünge der Autonomen resultieren aus dem Zerfall der 1968er-Protestbewegung und dem allmählichen Niedergang der daraus gewachsenen kommunistischen Splittergruppen. Sie gingen aus einem Teil der politischen Alternativkultur, der militanten Hausbesetzerszene, insbesondere jedoch aus der sogenannten „Sponti-Bewegung“ hervor. Diese stand für Unabhängigkeit, Selbstorganisation und Spontaneität bei politischen Aktionen. Sie war stark von anarchistischen, hierarchie- und organisationsfeindlichen Einstellungen sowie einer Verweigerungshaltung gegenüber bürgerlichen Normen geprägt.

Der Begriff Autonome setzte sich als Selbstbezeichnung der Szene Anfang der 1980er Jahre durch. Er nimmt Bezug auf die Bewegung der „Arbeiterautonomie“ (Autonomia Operaia), die sich in den 1960er Jahren in den industriellen Zentren Norditaliens gebildet hatte und dort für militante Auseinandersetzungen und Fabrikkämpfe in den 1960er und 1970er Jahren verantwortlich gewesen war. Diese Bewegung hatte den von Gewerkschaften und Parteien unabhängigen antikapitalistischen Kampf der Fabrikarbeiter propagiert, indem sie den autonomen Arbeiter als revolutionäres Objekt in den Mittelpunkt des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit stellte. Eine Leitung oder Organisation durch Parteien oder Gewerkschaften sollte nicht stattfinden.

Die Ideen der Autonomia Operaia, der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele, die Ablehnung von festen Organisationsformen und der Kampf für die eigenen Interessen wurden von den Autonomen als „Politik der ersten Person“ auch für andere Aktionsfelder als den Fabrikkampf übernommen.

In den 1980er Jahren entstanden in zahlreichen Städten in der Bundesrepublik Deutschland Gruppen, die sich selbst als „autonom“ definierten. Sie versuchten, mit gewalttätigen Aktionen neue „Freiräume“ zu erkämpfen, um dadurch zugleich eine eigene Handlungsfähigkeit in verschiedenen auch von friedlichen Nichtextremisten geführten Konflikten (Startbahn-West in Frankfurt am Main [Hessen], Hausbesetzungen etc.) zu etablieren. Um „Freiräume“ zu erkämpfen, beteiligten sich Autonome vor allem an zahlreichen Hausbesetzungen als politisches Mittel im Kampf gegen den Staat. Gleichzeitig suchten sie gewalttätig die offene Auseinandersetzung mit dem „staatlichen Gewaltapparat“.

Strukturell ist die autonome Szene zumeist stark zersplittert und in örtlichen Szenen und Kleingruppen organisiert. Den verschiedenen Versuchen der Bildung einer überregionalen Organisation oder zumindest einer dauerhaften Vernetzung untereinander standen bislang die den Autonomen eigene Organisationsfeindlichkeit, ihr aktionsorientiertes Vorgehen sowie ideologische Differenzen entgegen.

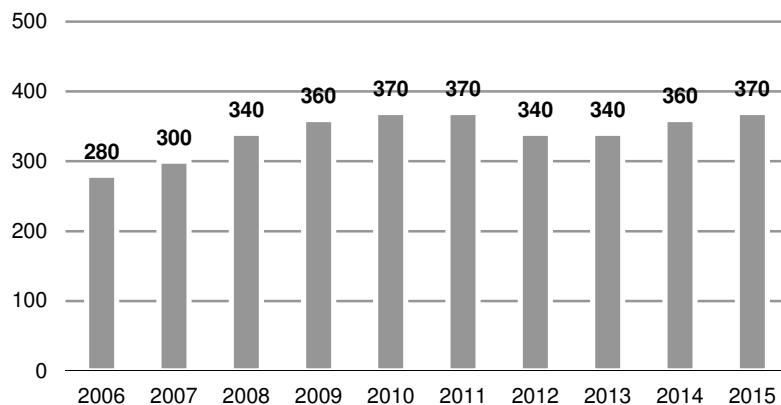
Allerdings zeichnet sich in den letzten Jahren sowohl bundesweit als auch in Sachsen innerhalb der autonomen Szene eine deutliche Tendenz ab. Neben den undogmatischen und militanten Linksextremisten – den „klassischen“ Autonomen – etablieren sich sogenannte „Postautonome“. Im Gegensatz zu Autonomen herkömmlicher Prägung präsentieren sie sich ziviler und moderater und streben eine Zusammenarbeit in überregionalen Bündnissen an, denen auch andere linksextremistische Organisationen, aber auch Nichtextremisten angehören. Diese Bündnisse sprechen sich für die Beibehaltung militanter Konzepte aus, legen allerdings Wert auf deren Vermittelbarkeit außerhalb der eigenen Klientel. Ein Beispiel eines solchen bundesweiten postautonomen Netzwerks ist die „Interventionistische Linke“, der mit Prisma Leipzig – auch als IL Leipzig bezeichnet – eine linksextremistische Gruppierung aus Sachsen angehört.

Im Freistaat Sachsen festigte sich 1989/1990 eine autonome Szene. Diese Szene orientierte ihren Kampf damals an Themen, wie der Stasi-Aufarbeitung und der „Kolonisierung durch das System der Bundesrepublik“. Die Agitations- und Aktionsfelder der Autonomen glichen

sich seit den 1990er Jahren in den neuen Bundesländern denen der Altbundesländer an. Zentrale Agitationsthemen für Autonome in Ost und West sind der sogenannte „Antifaschismuskampf“ bzw. das Themenfeld „Antirassismus“/Asyl. Welche Aktionsfelder aber aufgegriffen und thematisiert werden und schließlich zu öffentlichen Aktionen führen, ist von den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen und aktuellen politischen Debatten abhängig. Vor allem die anhaltende Diskussion über die Asylpolitik veranlasste die sächsische autonome Szene im Berichtsjahr zu Aktionen. Da die Asylpolitik der Bundesregierung sowie die Aufnahmepraxis in Sachsen als „repressiv“ interpretiert werden, waren es im Berichtsjahr hauptsächlich die Aktionsfelder „Antirepression“ und „Antirassismus“/Asyl, die thematisiert und in der öffentlichen Agitation miteinander verknüpft wurden.

Die autonome Szene dominiert den Linksextremismus im Freistaat Sachsen deutlich. Ihr gehören ca. 370 Personen an, die einen Anteil von ca. 47 % aller linksextremistischen Bestrebungen in Sachsen (ca. 780) ausmachen. Wie die numerische Entwicklung zeigt (siehe Grafik), hat sich in den zurückliegenden Jahren – von kleinen Schwankungen abgesehen – ein relativ konstanter Personenkreis von durchschnittlich ca. 350 Personen herausgebildet, der diese Strömung des Linksextremismus repräsentiert.

Entwicklung der Anzahl Autonomer im Freistaat Sachsen



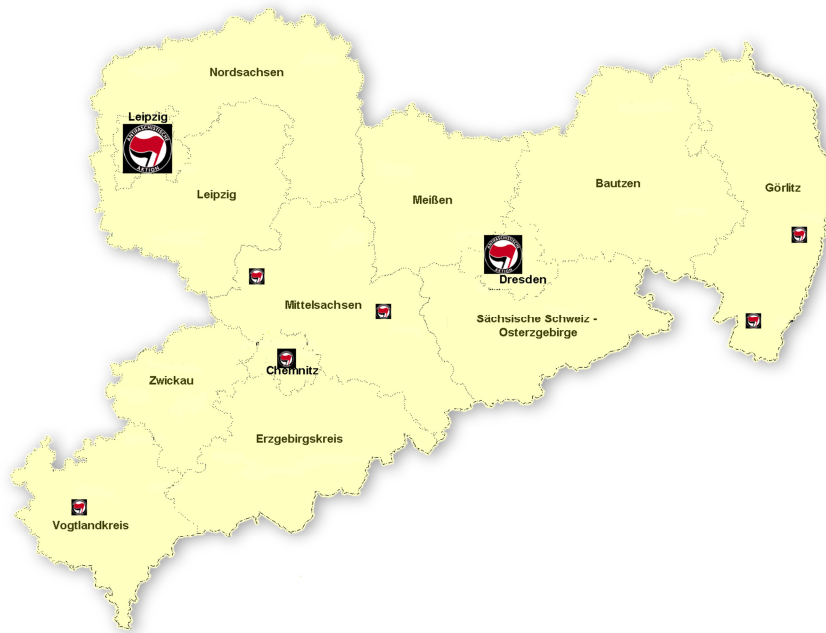
Regionaler Schwerpunkt der sächsischen autonomen Szene ist die Stadt Leipzig. Mehr als die Hälfte der sächsischen Autonomen gehört der Leipziger Szene an, so dass sich dort das stärkste gewaltbereite Potenzial konzentriert.

In Dresden – zweiter Schwerpunkt sächsischer Autonomen – ist die örtliche Szene wesentlich kleiner, ihr Stellenwert hat in den letzten Jahren weiter abgenommen.

Die autonome Szene in Chemnitz ist nochmals deutlich kleiner und kaum strukturiert, aber anlassbezogen im Verhältnis zu ihrer Größe vergleichsweise aktiv.

Kleinere autonome Szenen finden sich im Landkreis Mittelsachsen, im Vogtlandkreis sowie im Landkreis Görlitz. In Klein- und Mittelstädten bestehen einzelne autonome Gruppen, die sich an Demonstrationen beteiligen und auch eigene Aktionen durchführen.

Autonome Szenen in Sachsen



Selbstverständnis und linksextremistische Ideologie

Die autonome Szene ist eine Strömung innerhalb des Linksextremismus, die keiner Organisation mit klaren Strukturen angehört. Sie unterscheidet sich deutlich von anderen Gruppierungen, vor allem hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, Weltbildes und Organisationsgrades.

Zwar gibt es gemeinsame Grundpositionen aller linksextremistischen Strömungen, die sich in einer erklärten Gegnerschaft zum freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat und damit zur Bundesrepublik Deutschland zusammenfinden. Darüber hinaus besteht ein grundsätzliches Bekenntnis zu „revolutionärer Gewalt“. Im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Gruppierungen – etwa zu orthodoxen Kommunisten – lehnen Autonome aber einen Staat sowie politische Parteien kategorisch ab. Weltanschaulich-politisch verfolgen sie keine dogmatische Linie, sondern verstehen sich als Fundamentalopposition und Basisbewegung. Das Weltbild der Autonomen und deren Weltanschauung resultieren aus ihrem Selbstverständnis, welches von einer destruktiven Anti-Haltung (antistaatlich, antirepressiv, antifaschistisch) geprägt ist. Deshalb tragen auch deren Aktionen einen destruktiven Charakter. Jenseits von Forderungen nach „Selbstbestimmung“ und „herrschaftsfreien Verhältnissen“ gibt es kein einigendes ideologisches Band unter Autonomen.

Autonome wollen eine herrschaftsfreie, „antikapitalistische“ Gesellschaft

Ihrem Selbstverständnis entsprechend orientieren sie sich an anarchistischen Ideologiefragmenten und wenden sich von diesem Ansatz ausgehend gegen jegliche Form von Herrschaft, Organisation und Hierarchie. Demzufolge lehnen sie die Gewaltenteilung ab, in denen eine demokratisch legitimierte Mehrheit eine kontrollierte Macht ausübt und Minderheitenrechte zu achten hat. Angestrebt wird somit die Abschaffung der Demokratie. Der Weg dorthin ist zwar nicht klar definiert, Gewaltanwendung wird aber als „legitim“ betrachtet. Autonome bekämpfen auch die von ihnen als „kapitalistisch“ bezeichnete Gesellschaftsordnung. Ihnen geht es dabei nicht um eine legitime Kapitalismuskritik, sondern vielmehr um die Abschaffung unserer Gesellschaftsordnung durch eine soziale Revolution und die Errichtung einer „herrschaftsfreien“ Gesellschaft.

Rolle der Gewalt

Für Autonome ist Gewaltausübung sowohl zur Durchsetzung politischer Ziele als auch als Symbolhandeln maßgeblich. Gewaltbereitschaft ist ein identitätsstiftender und prägender Bestandteil der autonomen Szene. Sie findet Ausdruck in schwersten Straftaten, die in Strategiepapieren und Diskussionen gerechtfertigt und in Symbolik verherrlicht werden. Durch ihre Gewaltbereitschaft unterscheiden sich die Autonomen von legalistischen Linksextremisten.

Autonome sehen sich als Opfer sowohl staatlicher Gewalt als auch der des politischen Gegners. Insofern sehen sie ihre eigene Gewaltausübung als legitim an. Zum anderen gibt es aus ihrer Sicht bestimmte politische Anliegen, die den Einsatz von Gewalt generell rechtfertigen.

Dabei orientieren sich Autonome stark am Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse, der mit seinen Ideen maßgeblich die 1968er Bewegung beeinflusste. Er sah die Ursachen für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Diese seien die Basis für gesellschaftliche Strukturen sowie für Institutionen und Machtverhältnisse, die schließlich eine „strukturelle“ Gewalt auf ihre Bürger ausübe. Daraus leiten Autonome ein Naturrecht auf Widerstand ab und rechtfertigen damit den Einsatz von Gewalt. Vor allem in Anlehnung an Marcuses Prinzip der Gegenwehr prägte die autonome Szene den Begriff „Antirepression“. Er versteht sich ausschließlich als Reaktion auf vermeintliche Gewalt des Staates, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

Auf Grund dieser Orientierung herrscht in der sächsischen autonomen Szene Konsens darüber, Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik anzusehen.

So positionierten sich beispielsweise Akteure der Leipziger Szene in der Erklärung „[LE] Äußerungen zu den Krawallen am 5. Juni“²⁶²:

„Natürlich braucht es zur Veränderung der Gesellschaft Militanz (...).“ „Wir glauben, dass gezielte und klandestine Angriffe wie das (technische) Lahmlegen der Ausländerbehörde oder das (massenhafte) Sabotieren wichtiger Infrastrukturen zielführender ist.“

Auch die Dresdner linksextremistische Kampagne 129 ev²⁶³, welche sich nach Ermittlungsmaßnahmen gegen Angehörige der Dresdner autonomen Szene im April 2011 gebildet hatte, rechtfertigte militante Aktionen als „Gegengewalt“ gegen die Bedrohung autonomer Freiräume:

„Durch intensives Räumen besetzter Häuser und Wagenplätze werden experimentelle Freiräume, die eine Alternative zur kapitalistischen Verwertungslogik darstellen, nach und nach zerstört. (...) Planmäßig wird die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Lebens mit jedem Tag ein Stück mehr bekämpft und viele Aspekte des Widerstandes ‚provokativ‘ verunmöglicht.“²⁶⁴

Militanz ist für sie außerdem *„in ihrer unterschiedlichsten Form (ein) notwendiges und legitimes Mittel emanzipatorischer Politik.“²⁶⁵*

Eine neue Tendenz zeigte sich im Berichtszeitraum in der Zielrichtung der Gewalt. Bisher richteten sich Gewalttaten hauptsächlich gegen den politischen Gegner, der tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten sowie Polizisten umfasst.

²⁶² <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Juni 2015)

²⁶³ Mit der Verwendung der Zahlenformel 129 bzw. 129a verdeutlichen Linksextremisten ihren Protest gegen – aus ihrer Sicht diskriminierende und ungerechtfertigte – Ermittlungsverfahren gegen linksextremistische Zusammenschlüsse wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 des Strafgesetzbuchs - StGB) bzw. Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB). Entsprechende Maßnahmen von Polizei und Justiz werden als „Repressionsmaßnahmen“ diffamiert und in der Öffentlichkeit angegriffen.

²⁶⁴ Internetseite der Kampagne 129 ev, Beitrag „Repression auf mehreren Ebenen“ vom 23. Juni 2011 (Stand: 22. September 2015)

²⁶⁵ Szenezeitschrift „Underdog“, Ausgabe 42 vom 1. August 2013, auch abrufbar auf der Internetseite der Kampagne 129 ev (Stand: 15. September 2015)

Im Jahr 2015 gerieten zunehmend Institutionen, die nach Auffassung der gewaltbereiten Autonomen dem „Repressionsapparat“ zugerechnet werden (Parteien wie CDU, SPD und GRÜNE, Justizbehörden) bzw. in „repressive Abläufe“ eingebundene Unternehmen (Banken, Sicherheitsfirmen) in den Fokus linksextremistischer Gewalt. Der Umfang der Ziele zeigt, dass sich der Aufruf gegen den demokratischen Rechtsstaat und gegen ausgewählte Unternehmen der Privatwirtschaft richtete.

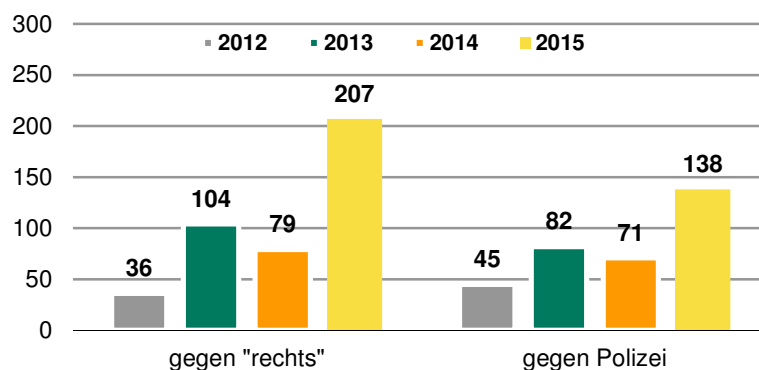
Initialzündung für diese Entwicklung war der Aufruf unter dem Motto *„Leipzig: Ein Aufruf zu Gewalt – gegen jene, die diese gewalttätige Welt wollen“*²⁶⁶ vom 17. Dezember 2014, in dem diese Ziele formuliert und zur Gewalt aufgerufen wurde (weitere Angaben siehe Beitrag „Autonome in Leipzig“).

Ein Novum war im Berichtsjahr, dass die Akteure diese Aktionen zunehmend „theoretisch“ reflektierten und sich mit der Rolle von Gewalt und Militanz als Instrumente politischen Agierens auseinandersetzten. So wurden diese Aktionen von einer ganzen Reihe von Bekennerschreibern und Positionspapieren flankiert. Diese dienten einerseits dem Versuch, die Gewalt öffentlich zu rechtfertigen, andererseits aber auch der szeneeinternen Diskussion über Taktiken der Gewaltanwendung. Allen gemeinsam ist die einheitliche Auffassung, dass Gewalt und Militanz als geeignete Mittel praktischer Politik angesehen werden.

Gewalttätige Aktionen

Der Stellenwert der Gewalt für die sächsische autonome Szene zeigt sich auch in deren politischem Handeln, das von einem anhaltend hohen Aggressionsniveau geprägt ist. Neben Polizisten stehen vor allem tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten im Fokus linksextremistischer Gewalt. Darüber hinaus weist die Intensität der Körperverletzungen darauf hin, dass Autonome ihren Gegnern zunehmend bewusst körperliche Schäden zufügen zu wollen.

Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen, die gegen den politischen Gegner bzw. die Polizei gerichtet waren



Charakteristisch ist das besonders gewalttätige Vorgehen gegen die Polizei. Polizeibeamte verkörpern das staatliche Gewaltmonopol und gelten Autonomen als Vertreter des verhassten Staates. Im Berichtsjahr richteten sich die Aktionen auch gegen Institutionen des demokratischen Rechtsstaates, welche Autonome dem „Repressionsapparat“ zurechnen. Exemplarisch dafür stehen folgende Aktionen:

- Am 15. Januar 2015 zogen unangemeldet etwa 600 bis 800 Personen, die teilweise schwarz gekleidet und ver mummt waren, durch die Leipziger Innenstadt. Sie hinterließen eine Spur der Verwüstung. Sie bewarfen Polizeibeamte und Polizeifahrzeuge mit Steinen,

²⁶⁶ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Dezember 2014)

zündeten Pyrotechnik und beschädigten Fahrzeuge und Verkehrszeichen. Außerdem beschmierten sie öffentliche Gebäude und warfen am Amtsgericht 40 Fensterscheiben ein.

- Am 24. April 2015 beschädigten zehn vermummte Personen die Verglasung der Ausländerbehörde in Leipzig.
- Am 5. Juni 2015 zogen etwa 70 bis 100 vermummte Personen randalierend durch die Innenstadt Leipzigs und zerstörten u. a. die Fenster des Bundesverwaltungsgerichts.
- Am 12. Dezember 2015 eskalierte in Leipzig im Zusammenhang mit einer Demonstration von Rechtsextremisten die Gewalt, als es zu massiven Ausschreitungen von Linksextremisten kam.

Mit dieser Gewalt verfolgten sie das Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Das zeigte sich deutlich bei einem Angriff auf den neuen Polizeiposten in Leipzig-Connewitz am 7. Januar 2015, durch den sich Autonome in ihrem Szeneviertel Connewitz in ihrem „selbstbestimmten Freiraum“ beeinträchtigt sahen:

- Etwa 50 vermummte Personen griffen den Polizeiposten in Connewitz mit Steinen, Flaschen, Feuerwerkskörpern und Farbbeuteln an. Dabei wurden Fensterscheiben und die Fassade erheblich beschädigt. Außerdem setzten sie einen Funkstreifenwagen in Brand. Vor ihrer Flucht legten die Angreifer auf der Straße sogenannte „Krähenfüße“ aus. In einem anschließend auf einem von Linksextremisten genutzten Internetportal veröffentlichten Bekennerschreiben hieß es u. a.: *„Bulle dein Duldungsstatus ist aufgehoben (...)“*²⁶⁷

Maßgeblich für die Mobilisierung und das Verhalten von gewaltorientierten Linksextremisten sind die Bedeutung des Anlasses, die aufrufenden Gruppierungen sowie die zur Mobilisierung genutzten Medien. Gesellschaftlich relevante Themen, die den Kernbereich der linksextremistischen Grundsätze treffen, wie die Beteiligung von Rechtsextremisten an Wahlen oder als Initiatoren von Veranstaltungen sowie die Asyldebatte, können dabei verstärkend auf linksextremistische Straf- und Gewalttäter wirken.

So griffen Unbekannte am 12. Dezember 2015 zielgerichtet den Anmelder einer am selben Tag stattfindenden rechtsextremistischen Demonstration in Leipzig an. Die Täter drangen in die Wohnung des Geschädigten ein und zerstörten die Einrichtung.

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Veranstaltung griffen bereits am 9. Dezember 2015 unbekannte Täter den stellvertretenden Kreisvorsitzenden der NPD in seinem Ladengeschäft in Leipzig tätlich an. Dem Geschädigten wurde eine Kopfverletzung zugefügt.

Zu dem Angriff wurden unter dem Titel „[LE] Action speaks louder than words“²⁶⁸ noch am selben Tag ein Selbstbeziehungsschreiben sowie Bilder veröffentlicht, die die Täter bei dem Angriff fertigten.

In der Nacht vom 12. zum 13. März 2015 kam es in Dresden erneut zu einem Brandanschlag auf ein Fahrzeug der Deutschen Bahn AG. Die unbekanntes Verfasser eines Selbstbeziehungsschreibens²⁶⁹ begründeten die Tat mit dem „mensenunwürdigen Verhalten“ der Deutschen Bahn und deren Personal gegenüber *„Menschen, welche sich kein Ticket leisten können, oder die jährlich erhöhten Preise nicht bezahlen wollen“*, und gegenüber Obdachlosen, die von Bahnhöfen vertrieben würden. Denselben Vorwurf erhoben sie auch gegenüber angeblich „rassistische(n) Kontrollen“. Die Tatbegehung in Verbindung mit dem Anschlagziel und dem Tatbekenntnis lässt auf einen anzunehmenden linksextremistischen Hintergrund schließen. Bereits am 31. Mai 2014 kam es in Dresden zu einem Brandanschlag auf fünf Fahrzeuge der Deutschen Bahn.

²⁶⁷ <https://linksunten.indymedia.org>, Beitrag „[LE] Angriff auf Polizeiposten“ (Stand: 8. Januar 2015)

²⁶⁸ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 10. Dezember 2015). Am 30. Dezember 2015 trat der Geschädigte von seinem Amt als stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD in Leipzig zurück, außerdem gab er seinen Austritt aus der NPD bekannt.

²⁶⁹ <https://linksunten.indymedia.org>, Beitrag „Dresden: DB-Auto den Flammen übergeben“ (Stand: 16. März 2015)

Aktionsfelder der Autonomen

Autonome greifen entsprechend der politischen Lage und des politischen Diskurses verschiedene Themenfelder auf und positionieren sich dazu in der Öffentlichkeit.

Zu den derzeit wichtigsten Aktionsfeldern sächsischer Autonomen gehören neben dem „Antifaschismuskampf“ Themen wie „Antirassismus“/Asyl sowie „Antirepression“ und „Freiräume“. Welche der Aktionsfelder in der Öffentlichkeit thematisiert werden und inwieweit Autonome in der Lage sind, diesbezüglich tätig zu werden, hängt von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. So führte beispielsweise die anhaltende öffentliche Diskussion über die Asylpolitik zu einem Anstieg von Aktionen der autonomen Szene zu den Themenfeldern „Antirassismus“/Asyl. Seit geraumer Zeit verzahnen sie mehrere Themenfelder miteinander wie „Antifaschismuskampf“ mit „Antirassismus“ oder „Kampf um Freiräume“ mit „Antirepression“.

Im Vergleich dazu haben die Themen „Antikapitalismus“ bzw. „Antiglobalisierung“, „Antimilitarismuskampf“ und „Anti-Atom-Protteste“ in der sächsischen autonomen Szene nur geringe Bedeutung.

„Antifaschismuskampf“

Autonome gehen davon aus, dass Faschismus und Kapitalismus in einem kausalen Zusammenhang stehen. Das ökonomische System – also Demokratie und Soziale Marktwirtschaft – bilde demnach die Ursache für den Faschismus als politische Ordnung bilden. Aus Sicht Autonomen bedeutet der Kampf gegen den Faschismus damit gleichzeitig Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat.

Dies zeigte sich exemplarisch an den Positionen der Antifaschistischen Offensive Leipzig (AOL), auf deren Internetseite es hieß:

„Faschismus und Rassismus finden ihren Ursprung im kapitalistischen System, diesem gilt es, sich entschlossen entgegen zu stellen.“²⁷⁰

Obwohl es aus Sicht der Autonomen legitim und erforderlich ist, Rechtsextremisten auf allen Ebenen und mit allen Mitteln zu bekämpfen, grenzen sie sich von staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ab. Deren Unterstützung würde ihrem Kampf gegen das „System“ zuwiderlaufen.

Dementsprechend wurde in einer Flugschrift anlässlich des 80. Jahrestages der „Antifaschistischen Aktion“ festgestellt, die Doppelfahnen seien

„zu einem Emblem geworden, das szenübergreifend Verwendung findet, sich vom staatstragenden Antifaschismus abgrenzt und für eine militante Politik steht.“²⁷¹

Mit dem Themenfeld des Antifaschismus ist es den sächsischen Autonomen in den letzten Jahren gelungen, Akzeptanz über ihre eigene Klientel hinaus zu finden. Rechtsextremismus wird von der breiten Öffentlichkeit abgelehnt. Dadurch gelingt es Autonomen teilweise, Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Kräften einzugehen, um gemeinsam mit diesen gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu demonstrieren. Mittels dieser Bündnisstrategie wollen sie extremistischen Positionen Normalität verleihen und die Akzeptanz ihrer politischen Ziele fördern. Dies führt z. B. dazu, dass sich in Einzelfällen auch bürgerliche Teilnehmer verleitet sehen, die Rechte anderer Personen, beispielsweise die Demonstrationsfreiheit, zu verletzen.

Dass damit eine Debatte über Blockaden als legales politisches Mittel angestoßen wird, bewertet die autonome Szene positiv. Deutlich äußerte sich dazu ein Aktivist der linksextremistischen Kampagne 129 ev:

²⁷⁰ <http://aole.blogspot.de>, Beitrag „Antifaschistische Demonstration in Gotha“ vom 1. März 2014 (Stand: 22. September 2015). Die Gruppierung gab Ende 2014 im Internet ihre Auflösung bekannt.

²⁷¹ Flugschrift „80 Jahre Antifaschistische Aktion“, 1. Auflage vom Juni 2012, Göttingen (Niedersachsen)

„(...) für viele Menschen, die nicht unbedingt dem klassisch linken Spektrum zuzuordnen sind, sind Blockaden so erst zum persönlichen Protest- und Widerstandshandeln geworden.“²⁷²

Autonome missbrauchen friedliche zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Demonstrationen bewusst. Sie nutzen diese nichtextremistischen Versammlungen als Rückzugsort, um in der Menge der friedlichen Demonstranten unterzutauchen und diese als sogenannte „Deckungsmasse“ zu missbrauchen. Diese Strategie wurde im Zusammenhang mit einer Demonstration von Rechtsextremisten am 12. Dezember 2015 deutlich. Linksextremisten beteiligten sich nicht am bürgerlichen Protest, sondern agierten in Kleingruppen.

Das im Hinblick auf die Umsetzung der Bündnisstrategie beispielhafte Bündnis „Nazifrei-Dresden stellt sich quer“ legte im Berichtsjahr seine Verknüpfungen zur linksextremistischen autonomen Szene deutlich offen. So schrieb es in einem Kommentar auf seiner Facebook-Seite:

„(...) wir sind das, was ihr den ´schwarzen Block´ nennt. Er ist Teil von uns, er ist bei uns im Bündnis. Und ohne ihn, würde es weder dieses Bündnis geben, noch hätten wir je einen Nazi-Großaufmarsch blockiert. Dresden Nazifrei ohne die radikale Antifa wird es nicht geben! Und das ist auch gut so.“²⁷³

Die sächsische autonome Antifa legt den Begriff des „Faschismus“ bei ihrer Argumentation zunehmend weit aus. Alle Positionen, die nicht ihren Wertvorstellungen entsprechen, werden als „nazistisch“ oder „reaktionär“ abgelehnt. Im Zuge dessen werden sowohl tatsächliche Rechtsextremisten, aber auch andere Personen als „Faschisten“ oder „Nazis“ bezeichnet, wenn sie nicht die Positionen der Autonomen vertreten. So sollen Angriffe auf Personen, die nicht in das eigene Weltbild passen, legitimiert werden.

„Antirassismus“/Asyl

Autonomer „Antirassismus“ steht in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antifaschismus“. Mit antirassistischen Positionen Autonomer verbindet sich stets auch Kritik am demokratischen Rechtsstaat und dessen Institutionen. Staatlichen Akteuren wird ein „institutioneller Rassismus“, unterstellt, der systemimmanent sei, so bei der als „rassistisch“ abgelehnten deutschen Asylpolitik. Da diese als „faschistisch“ und „repressiv“ angesehen wird, verknüpfen Autonome zunehmend die Themenfelder „Antirassismus“/Asyl sowie „Antirepression“ miteinander. Vor allem auf Grund der öffentlichen Debatten über die Asylthematik eröffnet sich für Linksextremisten ein Konsens mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Sächsische Autonome agierten im Berichtsjahr vorrangig in diesem Aktionsfeld. Mit diesen Aktivitäten befasst sich der Beitrag „Im Fokus – Instrumentalisierung der Asylthematik durch Linksextremisten“ in diesem Bericht.

„Antirepression“ bzw. „Kampf um Freiräume“

Der „Kampf gegen staatliche Repression“ ist ein typisches Aktionsfeld von Autonomen, mit dem der demokratische Rechtsstaat delegitimiert werden soll. Er wird als ein gerechtfertigtes Mittel verstanden, um die herrschende „Gewalt des Systems“ aufzubrechen.

Seit 2011 hat dieses Thema unter sächsischen Autonomen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auslöser hierfür waren Durchsuchungsmaßnahmen der sächsischen Polizei im April 2011, die wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung durchgeführt worden waren. In der Folge entstand die gewaltbefürwortende linksextremistische Kampag-

²⁷² Szenezeitschrift „Underdog“, Ausgabe 42 vom 1. August 2013, auch abrufbar auf der Internetseite der Kampagne 129 ev (Stand: 15. September 2015)

²⁷³ <https://www.facebook.com/dresden.stellt.sich.quer> (Stand: 28. August 2015)

ne 129 ev, die im Wesentlichen durch Öffentlichkeitsarbeit um Unterstützung für die Beschuldigten warb. Sie arbeitete u. a. mit der Dresdner Ortsgruppe des Vereins Rote Hilfe e. V. (RH) eng zusammen.

Das Themenfeld „Antirepression“ wird von Autonomen häufig mit dem Kampf um „Selbstbestimmte Freiräume“ verknüpft. In „Freiräumen“, wie etwa besetzte Häuser oder Jugendzentren, die dem staatlichen Zugriff entzogen sind und „selbstverwaltet“ werden, wollen sie ihre Vorstellungen von einem „besseren“ Leben umsetzen. Dort wird die für die politische Arbeit unerlässliche Infrastruktur bereitgestellt und der Informationsaustausch innerhalb der Szene unterstützt.

Solche „Freiräume“ – wie z. B. der von Autonomen so verstandene „Freiraum“ Leipzig-Connewitz – stellen für Autonome einen ersten Schritt zur Etablierung der von ihnen angestrebten „herrschaftsfreien“ Gesellschaft dar. Insofern werten sie dessen Einschränkung immer als einen Angriff, der sich gegen die Verwirklichung ihrer Zielsetzungen richtet.

Autonome beanspruchen eine Hegemonie in „ihrem“ Viertel, welche häufig in einer Ausgrenzung anderer mündet. Personen, deren Wertvorstellungen nicht mit den ihren übereinstimmen, werden deshalb als „konservativ und reaktionär“ abgelehnt. So wurde in der Dresdner Neustadt Ende 2015 ein Flyer verteilt, in dem eine namentlich genannte Person im Rollstuhl als „Faschistin“ denunziert wurde. Verbunden mit der Aufforderung „Wir dulden keine Faschos in unseren Vierteln!“ wurde dazu aufgerufen, „(...) ihr das Leben so unangenehm wie möglich“ zu machen.

Autonome reagieren in aller Regel zeitnah und aggressiv auf behördliche Maßnahmen, die sich gegen ihre sogenannten „Freiräume“ richten. Beispielsweise werden kommunale Baumaßnahmen mit Bezug zu den „Freiräumen“ als Angriff und somit als „staatliche Repression“ gewertet. Nicht selten kämpft die Szene gewalttätig gegen den tatsächlich oder vermeintlich drohenden Verlust solcher Räume.

Die Bedeutung dieses Themenfeldes spiegelte sich auch in der Art der diesbezüglichen Aktionen wider. So zielten im Berichtsjahr vor allem in Leipzig eine ganze Reihe von Gewalttaten auf Behörden des „Repressionsapparates“, wie Ausländerbehörde, Amtsgericht, Polizei oder in „repressive“ Abläufe eingebundene Unternehmen, wie Banken, ab (siehe Beitrag „Autonome in Leipzig“).

Im Rahmen des „Freiraumkampfes“ gewinnt auch das Thema „Gentrifizierung“ in der Szene weiter an Bedeutung. Als „Gentrifizierung“ gilt die soziale Umstrukturierung von Wohngebieten durch Sanierungsmaßnahmen – diese verbunden mit Mieterhöhungen und Zwangsräumungen – wodurch die betroffenen Gebiete häufig ihren Charakter als „Kiez“ verlieren. Vor allem in Ballungsräumen nutzen Linksextremisten dieses Thema, um die kritische Stimmung in Teilen der Bevölkerung für ihre Zwecke zu nutzen. Sie betrachten den Widerstand gegen die Gentrifizierung ebenfalls als „Kampf gegen das System“.

„Antikapitalismuskampf“

Auch sächsische Linksextremisten agierten im Zusammenhang mit den im Berichtsjahr bundesweit im Fokus stehenden Ereignissen in diesem Themenfeld:

- Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März 2015 in Frankfurt am Main (Hessen) sowie
- G7-Gipfel am 7. und 8. Juni 2015 auf Schloss Elmau (Bayern) und die in diesem Zusammenhang stehenden Ereignisse.

Mit einer Spontandemonstration am 26. März 2015 solidarisierten sich etwa 40 vermummte Leipziger Linksextremisten mit einem bei den Ausschreitungen anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März 2015 in Frankfurt am Main Festgenommenen.

Sie zogen zur Staatsanwaltschaft Leipzig und beschmierten deren Fassade, zündeten Pyrotechnik und warfen Steine. In dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „linksunten.indymedia.org“ wurde über die Aktion berichtet²⁷⁴. Dort hieß es, man werde auch weiterhin den „Staat und die anderen Stützen des Kapitalismus angreifen“. Der Aufruf endete mit „Feuer und Flamme für die Institutionen der deutschen Hegemonie!“

Ein wesentliches bundesweites Agitationsfeld von Linksextremisten sind die mit dem Themenfeld „Antikapitalismus“ verbundenen globalisierungskritischen Protestaktivitäten. Im Mittelpunkt der Kampagnenarbeit deutscher linksextremistischer Globalisierungskritiker stehen vorwiegend die Treffen der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrienationen (G7/G8). Diese werden als Symbol eines unterstellten globalen Herrschaftsanspruchs angesehen. Die G7-Staaten werden verantwortlich gemacht für „neoliberale Wirtschaftspolitik, Krieg und Militarisierung, Ausbeutung, Armut und Hunger, Umweltzerstörung sowie Abschottung gegenüber Flüchtenden“²⁷⁵. Diese Auffassung dominiert wesentliche Aktions- und Handlungsfelder linksextremistischer Agitation.

Im Jahr 2015 richtete sich der Fokus vor allem auf den G7-Gipfel am 7. und 8. Juni auf Schloss Elmau (Bayern) und die in diesem Zusammenhang stehenden Ereignisse. Am Abend des 26. Mai 2015 und damit im unmittelbaren Vorfeld des G7-Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai 2015 in Dresden protestierten etwa 50 zum Teil verummte Personen im Rahmen einer unangemeldeten Demonstration. Sie liefen in der Dresdner Neustadt hinter einem Fronttransparent mit der Aufschrift „STOPG7“ und zündeten Feuerwerkskörper. Die Polizei nahm sieben Personen in Gewahrsam und ermittelte wegen Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen Vollzugsbeamte und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.

Im Zusammenhang mit dem G6-Treffen der Innenminister vom 1. bis 2. Juni 2015 in Moritzburg/Radebeul (Landkreis Meißen) kam es zu zwei kleinen Protestaktionen mit Beteiligung von Linksextremisten. In einem Fall ermittelt die Polizei wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, da der Aktionsort anlässlich des G6-Treffens zur Sicherheitszone mit Versammlungsverbot gehörte.

Vor allem Leipziger Autonome befassen sich seit geraumer Zeit mit dem Themenfeld „Antikapitalismus“. Dies trifft vor allem auf die in Leipzig ansässigen zwei maßgeblichen linksextremistischen Gruppen „Prisma“ und „the future is unwritten“ (tfiu) zu, die beide stark antikapitalistisch ausgerichtet sind.²⁷⁶

„Antimilitarismus“

Autonome sehen in der Bundeswehr eine Organisation zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen im Ausland, die zur Erreichung ihrer Ziele vor Mord nicht zurückschrecke. Dementsprechend wird die Anwendung von zielgerichteter Gewalt als legitim angesehen. Jedoch wurde das Themenfeld „Antimilitarismus“ im Berichtsjahr von der sächsischen autonomen Szene nicht thematisiert.

²⁷⁴ <https://linksunten.indymedia.org/>, Beitrag „[Le] #free fede – 40 Menschen ziehen vor die Staatsanwaltschaft“ (Stand: 27. März 2015)

²⁷⁵ Aufruf des „Stop G7“-Bündnisses anlässlich des G7-Gipfels am 7. und 8. Juni 2015 auf Schloss Elmau (Bayern)

²⁷⁶ Weitere Angaben siehe Beitrag „Autonome in Leipzig“ im vorliegenden Bericht

Weitere Aktionsformen

Um ihre Ideologie und politischen Positionen zu vermitteln, nutzen Autonome neben der Gewaltanwendung ein vielfältiges Aktionsspektrum. Demonstrationen sowie Recherchetätigkeit und „Outing“-Aktivitäten zählen zu den weiteren wesentlichen Aktionsformen.

Demonstrationen

Bei dieser Aktionsform ist zwischen angemeldeten und unangemeldeten Demonstrationen zu unterscheiden.

Große und angemeldete Demonstrationen werden in der Regel in strategischen Bündnissen mit bürgerlichen Kräften geplant und durchgeführt. Meist ordnen sich Autonome in diesen Aufzügen weitgehend in das friedliche Demonstrationsverhalten zivilgesellschaftlicher Akteure ein. Straftaten begehen Autonome dann im zeitlichen und räumlichen Umfeld der Demonstrationen.

Dies geschah beispielsweise anlässlich einer angemeldeten Demonstration gegen einen Aufzug von „GIDA Regional“ am 29. Juni 2015 in Borna (Landkreis Leipzig). Unter den etwa 120 Teilnehmern waren auch Linksextremisten. Während des GIDA-Aufzuges versuchten Teilnehmer der „No-Legida-Demonstration“, deren Tribünenwagen zu stürmen. Im Anschluss an die Demonstration erfolgte in Leipzig ein tätlicher Angriff von mindestens drei verummumteten Personen auf zwei GIDA-Teilnehmer, die den Tribünenanhänger zur Verleih-Firma zurückbrachten.

Gewalttätige Aktionen werden nicht in direktem Zusammenhang mit Demonstrationen begangen, um zu vermeiden, dass sich Maßnahmen der Sicherheitsbehörden gegen die Demonstration richten und sich die friedlichen Teilnehmer entsprechend distanzieren. Ob es im Rahmen angemeldeter Demonstrationen zu Ausschreitungen kommt und wie groß der Spielraum dafür für Linksextremisten ist, hängt einerseits vom Kräfteverhältnis zur Polizei, andererseits aber auch von der Distanz oder Toleranz des bürgerlichen Spektrums gegenüber der Anwendung von Gewalt ab.

Im Gegensatz dazu entwickeln unangemeldete Demonstrationen eine hohe Eigendynamik, die häufig zu gewalttätigen Ausschreitungen führt. Vor allem solche Demonstrationen entsprechen dem Selbstverständnis Autonomer und werden häufig als Reaktion auf „repressive“ staatliche Maßnahmen durchgeführt.

Ein Beispiel hierfür war die erwähnte Spontandemonstration am 26. März 2015, mit der sich Leipziger Linksextremisten mit einem bei den Ausschreitungen anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März 2015 in Frankfurt am Main (Hessen) festgenommenen italienischen Staatsbürger solidarisierten und in deren Verlauf es zu Straftaten kam.

Recherchetätigkeit und „Outing“-Aktivitäten

Die Recherche und das „Nazi-Outing“ sind eine Strategie, welche die autonome Antifa bereits seit Jahren anwendet. Bei der Recherche werden Informationen über tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten gesammelt und ausgewertet. Beim anschließenden „Nazi-Outing“ publizieren Mitglieder der Antifa private und personenbezogene Informationen der betroffenen Personen, wie Name, Foto, Adresse, Autokennzeichen, Arbeitgeber oder Account-Daten zu sozialen Netzwerken. Die politischen Überzeugungen oder Handlungen jener Personen werden öffentlich publiziert. Dies geschieht entweder mittels Flugblättern, die in der privaten oder beruflichen Umgebung der Betroffenen verteilt werden, oder – mittlerweile sehr ausgeprägt – über entsprechende Verbreitung in Internetportalen. So will die Antifa die von ihr als „Nazis“ bezeichneten Personen in der Öffentlichkeit bloßstellen, um diese gesellschaftlich zu ächten und ihre berufliche Laufbahn zu beeinträchtigen. Andererseits legt die autonome Antifa mit ihren Veröffentlichungen die Grundlagen für „antifaschistische Selbsthil-

fe“, also für zielgerichtete Aktionen gegen die betroffenen Personen. Elementare Persönlichkeitsrechte werden diesen bereits aufgrund der ihnen unterstellten Gesinnung abgesprochen. Dabei werden Straftaten – auch Gewalttaten – zumindest in Kauf genommen.

Leipziger Autonome widmeten sich im Berichtsjahr der Recherchetätigkeit und dem „Nazi-Outing“. Sie veröffentlichten auf dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „linksunten.indymedia.org“²⁷⁷ Handy-Daten, die sie vermutlich bei einem Überfall auf einen Rechtsextremisten und dessen Frau im März 2015 in Leipzig erbeutet hatten. Sie machten auch mit dieser Aktion ihre herausgehobene Stellung innerhalb der sächsischen autonomen Szene deutlich.

Im Mai 2015 wurden in Dresden Flyer festgestellt, mit denen Linksextremisten gezielt zum „Outing von Polizeibeamten“ aufriefen. Die im Format A6 gestalteten Flyer „GANZ DRESDEN HASST DIE POLIZEI“ enthielten neben linksextremistischer Symbolik und Texten zwei Bilder und Beschreibungen von Personen, bei denen es sich um Polizeibeamte handeln soll, deren Gesichter erkennbar waren. Mit „Zivibullen enttarnen! Repression beantworten!“ wird die linksextremistische Intention der Autoren hervorgehoben. Bereits am 20. November 2014 war auf dem Internetportal „linksunten.indymedia.org“ ein Artikel mit ähnlichem Inhalt unter dem Titel „[Dresden] Staatsschutz und Zivibullen enttarnen“ veröffentlicht worden.

Im Gegensatz zum sogenannten „Nazi-Outing“ gehörte das „Outing von Polizeibeamten“ bisher kaum zum Repertoire sächsischer Linksextremisten. Dies belegt die zunehmende Bedeutung des Feindbildes Polizei.

Autonome in den Regionen

Der Linksextremismus im Freistaat Sachsen wird von der autonomen Szene dominiert. Sie stellt die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen dar. Der nachfolgende Beitrag konzentriert sich deshalb ausschließlich auf die Darstellung der regionalen autonomen Szenen.

Angaben zu regionalen Strukturen und Aktivitäten anarchistischer Gruppierungen wie der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union – Internationale Arbeiter Assoziation (FAU-IAA) erfolgten bereits im Beitrag „Anarchistische Gruppierungen“²⁷⁸. Eine nähere Betrachtung der Parteien und Gruppierungen aus dem orthodoxen Bereich unterbleibt, da diese im Freistaat Sachsen ausschließlich marginale Bedeutung besitzen und nur in kleinen Ortsgruppen strukturiert sind.

Die autonome Szene stellt zwar die größte Strömung innerhalb des sächsischen Linksextremismus dar, weist allerdings hinsichtlich Qualität, Aktionsniveau und Mobilisierungsfähigkeit deutliche regionale Unterschiede auf. Die Autonomen konzentrieren sich vorrangig in den Großstädten Leipzig und Dresden, wo sie dementsprechend die meisten Aktivitäten entfalten. In den anderen Regionen sind zwar vereinzelt Gruppen aktiv. Jedoch ist deren Eigenständigkeit von der Stärke und Präsenz der autonomen Szene in den beiden Großstädten und deren Vermögen abhängig, auf das Umland auszustrahlen und Gruppen aus dem ländlichen Raum in ihre Aktionen zu integrieren. Deshalb weisen die Aktionen hinsichtlich ihrer Quantität und Qualität in den einzelnen Orten beträchtliche Unterschiede auf, was wiederum Rückschlüsse auf die Beschaffenheit der örtlichen Szenen zulässt. Worin die Ursachen für diese Unterschiede bestehen und was diese Unterschiede ausmacht, soll im Folgenden näher erörtert werden.

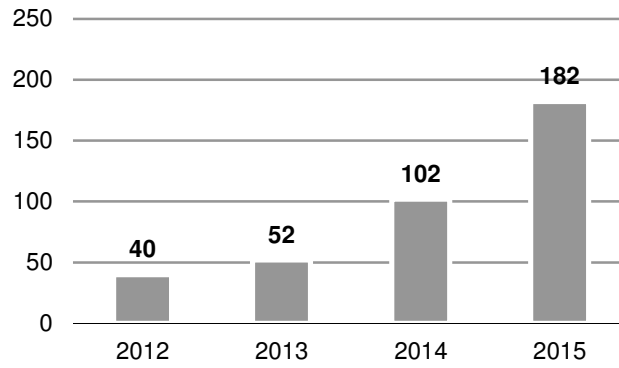
Die Beteiligung an bzw. die Durchführung von Demonstrationen, Aufzügen und Gegenprotesten ist für die autonome Szene besonders wichtig. Im Berichtsjahr konnte sie ihr öffentliches Aktivitätsniveau weiter deutlich erhöhen. Mit 182 solcher Aktionen stieg diese Zahl ge-

²⁷⁷ <https://linksunten.indymedia.org/>, Beitrag „[LE] 161Boxing presents: Alexander Kurth“ (Stand: 11. Mai 2015) sowie ebenda, Beitrag „[LE] 161Boxing presents: Eine typisch sächsische Allianz“ (Stand: 18. Mai 2015)

²⁷⁸ Vgl. Beitrag „Anarchistische Gruppierungen“ im vorliegenden Bericht

genüber dem Vorjahr (102) um 78 % an. Damit wurde ein neuer Höchststand erreicht. Der abermalige hohe Anstieg im Berichtsjahr weist auf die Bedeutung hin, die diese Aktionsform für die Autonomen besitzt.

**Demonstrationen/Aufzüge/Gegenproteste
von oder mit Beteiligung von Linksextremisten
im Freistaat Sachsen**



2.3.1 Autonome in Leipzig

In Sachsen ist Leipzig die Schwerpunktregion der autonomen Szene. Sie ist gegenwärtig auch der Brennpunkt linksextremistischer Gewalt. Mit ca. 190 Personen gehörte im Berichtsjahr über die Hälfte der sächsischen Autonomen (in Sachsen gesamt: ca. 370 Personen) der Leipziger Szene an.

Leipzig entwickelte sich im Berichtsjahr zudem – mit quantitativem und qualitativem Abstand – neben Berlin und Hamburg zu einem weiteren Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt in Deutschland. Im Dezember verlieh ein „Komitee der 1. Liga für Autonome“ den Leipziger Linksextremisten den Titel „Randalemeister 2015“²⁷⁹. Unter Verweis auf die „kontinuierlich“ verübten Straf- und Gewalttaten der „GenossInnen“ hätten Leipziger Linksextremisten das Ranking vor Frankfurt, Bremen, Hamburg und Berlin „gewonnen“. Die Entscheidung des „Komitees“ basierte auf den im Zeitraum Januar bis November 2015 verübten Anschlägen in Leipzig, die in einer Liste aufgeführt waren.

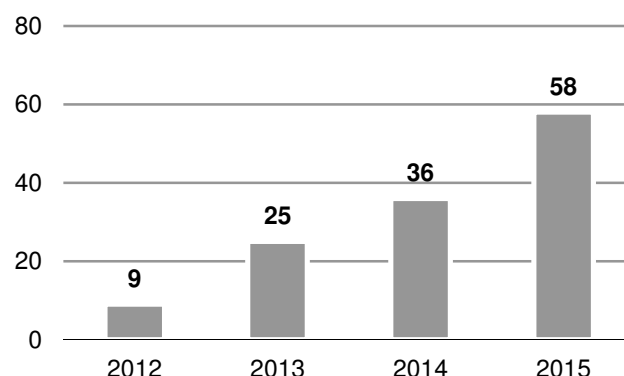
Die Entwicklung in Leipzig wurde im Berichtsjahr durch drei wesentliche Faktoren geprägt, die jeweils in engem Zusammenhang standen:

- durch einen deutlichen Anstieg des Aktionsniveaus,
- durch eine große Anzahl klandestiner (konspirativ vorbereiteter) Aktionen und die Änderung der Taktik bei Beteiligung an öffentlichen Protestaktionen,
- durch eine Welle militanter Anschläge auch unabhängig vom Demonstrationsgeschehen in Leipzig.

Aktionsniveau

Das im Berichtsjahr starke Aktionsniveau der Leipziger Autonomen war auf deren hohe personelle Stärke zurückzuführen. Dieses Aktionsniveau spiegelte sich in der Anzahl der Aktionen, an denen sich Autonome beteiligten, wider. Nachdem diese Zahl bereits in den Vorjahren deutlich angestiegen war, setzte sich dieser deutliche Trend im Jahr 2015 verstärkt fort. Mit 58 Aktionen ist gegenüber dem Vorjahr (36) eine Steigerung um ca. 61 % zu verzeichnen.

Demonstrationen / Aufzüge / Gegenproteste von bzw. mit Beteiligung von Autonomen in Leipzig



Grund für diese Entwicklung ist die Beteiligung Autonomer an Protesten gegen Veranstaltungen der „Leipziger Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (LEGIDA) sowie der „Offensive für Deutschland“ (OfD) ab Januar 2015. Über den gesamten Berichtszeitraum

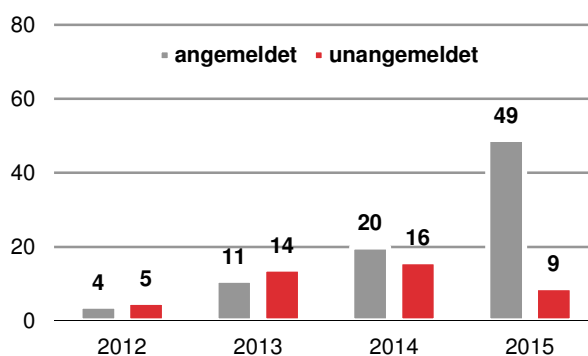
²⁷⁹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 3. Dezember 2015)

hinweg hatte zudem das Thema „Antirassismus/Asyl“ einen hohen Stellenwert für die links-extremistische Szene. In diesem Zusammenhang sahen sich Leipziger Linksextremisten zu zahlreichen Aktionen gegen die als „repressiv“ verstandene Asylpolitik der Bundesrepublik veranlasst. Hier zeigte sich besonders, dass sie in der Lage waren, umgehend und flexibel auf aktuelle Entwicklungen und Ereignisse zu reagieren.

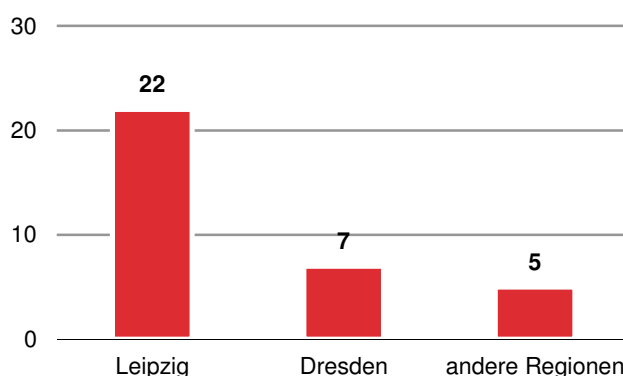
Unangemeldete und klandestine (konspirativ vorbereitete) Aktionen

Unangemeldete bzw. klandestine Aktionen haben eine hohe Bedeutung für die autonome Szene. Vor allem letztere können als wesentlicher Indikator dafür angesehen werden, inwieweit die Akteure in der Lage sind, kurzfristig für militante Aktionen zu mobilisieren. Im Gegensatz zu den Vorjahren griff die gewaltbereite linksextremistische Szene im Jahr 2015 verstärkt auf diese Aktionsform zurück. So fanden neben den 58 öffentlichen Aktionen in Leipzig weitere 22 klandestine Aktionen²⁸⁰ statt. Somit setzten die Akteure im Berichtsjahr taktisch vorrangig auf das Überraschungsmoment sowie auf die Verschleierung ihrer Identität. Zunehmend führten sie militante Anschläge durch, um extremistische Akzente in der Öffentlichkeit zu setzen. Zwar kam es auch in Regionen außerhalb Leipzigs zu solchen klandestinen Aktionen. Diese waren aber sowohl in Anzahl als auch in ihrer Intensität nicht mit jenen in Leipzig vergleichbar.

Art der öffentlichen Veranstaltungen in Leipzig



Anzahl klandestiner (konspirativ vorbereiteter) Aktionen im Jahr 2015²⁸¹



²⁸⁰ Bei diesen Aktionen handelt es sich um Vorfälle außerhalb vom engeren Veranstaltungsgeschehen. In dieser Zahl sind bedeutende Aktionen enthalten, bei denen es entweder zum Einsatz von Gewalt kam bzw. es sich um herausgehobene Zielobjekte handelte.

²⁸¹ Siehe voranstehende Fußnote, Beispiele für Aktionen in Dresden bzw. anderen Regionen des Freistaates Sachsen siehe Beiträge „Autonome in Dresden“ sowie „Autonome außerhalb der Städte Leipzig und Dresden“ im vorliegenden Bericht

Die Entwicklung der Gewaltaktionen

Die Entwicklung der Gewaltaktionen war im Jahr 2015 durch zwei Aktionsformen geprägt:

1. klandestine Aktionen unabhängig vom Demonstrationsgeschehen
Diese werden von einem kleinen, aber festen Personenkreis mit hohem Konspirationsgrad durchgeführt. Die Akteure sind überzeugt, dass dadurch politische Aufmerksamkeit erreicht sowie politischer Einfluss ausgeübt werden kann.
2. Gewaltaktionen im Zusammenhang mit Protestaktionen gegen LEGIDA und die OfD.

Als eine entscheidende Zäsur für die Zunahme gewalttätiger Aktionen unabhängig vom Demonstrationsgeschehen gilt der Aufruf „Leipzig: Ein Aufruf zur Gewalt – gegen jene, die diese gewalttätige Welt wollen“²⁸² vom 17. Dezember 2014. Die wesentliche Wirkung dieses Aufrufs bestand darin, dass sich die Zielrichtungen der Gewalttaten auffächerten. Die darin formulierten Angriffsziele umfassten Unternehmen, Parteien und Einrichtungen der Exekutive. Darunter befanden sich Büros der Parteien von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU, Arbeitsämter, Banken, Versicherungen, Polizeireviere, Gerichtsvollzieher, das Amtsgericht, Städtebau- und Immobilienfirmen sowie weitere Unternehmen. Der Umfang der Ziele zeigt, dass sich der Aufruf gegen den demokratischen Rechtsstaat als solchen richtete. Auch natürliche Personen wurden als Angriffsziele aufgelistet. Zwar gab es auch innerhalb der Szene Kritik an diesem Positionspapier. Diese richtete sich jedoch lediglich gegen die Veröffentlichung der Angriffsziele und war somit rein taktischer Natur. Über die Anwendung der Gewalt als Mittel der Politik herrscht dagegen Konsens.

Die Wirkung, die dieser Aufruf auf die Richtung der Gewalt in Leipzig hatte, zeigte sich daran, dass zwischen Januar und Dezember 2015 allein 27 Aktionen gegen Institutionen und Einrichtungen des demokratischen Rechtsstaats durchgeführt wurden, die im Zusammenhang mit diesem Gewaltaufruf standen.

Exemplarisch dafür standen folgende Aktionen:

- Am 7. Januar 2015 war der Polizeiposten im Stadtteil Connewitz direktes Ziel von etwa 50 verummten und schwarz gekleideten Personen. Sie warfen Steine, Flaschen, Feuerwerkskörper und Farbbeutel gegen den Frontbereich des Gebäudes. Dabei wurden alle Fensterscheiben und die Fassade erheblich beschädigt. Zeitgleich erfolgte ein Angriff an der Rückseite der Dienststelle. Nachdem die Angreifer den Zaun mit Steighilfen überwunden hatten, warfen sie eine Scheibe an einem auf dem Hinterhof abgestellten Funkstreifenwagen ein und setzten das Innere des Fahrzeugs in Brand. Außerdem wurden auch hier Fensterscheiben des Polizeipostens beschädigt. Vor ihrer Flucht legten die Angreifer auf der Straße sogenannte „Krähenfüße“ aus. Dadurch wurden die Reifen anrückender Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr und Polizei zerstört.
- Am 15. Januar 2015 demonstrierten in der Leipziger Innenstadt unangemeldet etwa 600 bis 800 Personen, die teilweise schwarz gekleidet und verummmt waren. Die Demonstranten hinterließen in der Stadt eine Spur der Verwüstung. Sie griffen Polizeibeamte und Polizeifahrzeuge mit Steinwürfen an, zündeten Pyrotechnik, beschädigten Verkehrszeichen und Fahrzeuge. Außerdem brachten sie Graffiti an öffentlichen Gebäuden an und warfen am Amtsgericht 40 Fensterscheiben ein.
- Am 24. April 2015 beschädigten zehn verummte Personen die Verglasung der Ausländerbehörde in Leipzig.
- Am 5. Juni 2015 zogen fast 100 teilweise verummte Personen randalierend durch das Stadtgebiet Leipzig. Sie errichteten und entzündeten Barrikaden aus Autoreifen, zündeten Pyrotechnik, warfen Nebelbomben, Farbbeutel und über 200 Pflastersteine. Außerdem streuten sie sogenannte „Krähenfüße“ auf die Straße, was zu Schäden an Polizeifahrzeugen und unbeteiligten Kfz führte. Eintreffende Polizeibeamte wurden mit Wurfgeschossen

²⁸² <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Dezember 2014)

angegriffen. Am Gebäude des Bundesverwaltungsgerichts warfen sie mehrere Scheiben ein. In den abgesperrten Sicherheitsbereich des US-amerikanischen Konsulats warfen die Personen Farbbomben in Richtung des Wachpersonals. Die Personen führten ein Transparent mit der Aufschrift: „TROIKA, G7, FRONTEX, LEIPZIG, DEUTSCHLAND; ES KOTZT UNS AN! DER AUFSTAND WIRD KOMMEN!“ mit sich.

- In der Nacht zum 6. August 2015 verübten Linksextremisten in Leipzig mehrere Straftaten. Der erste Angriff richtete sich gegen eine Chemiefirma, deren damalige Geschäftsführerin die Bundesvorsitzende der nichtextremistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) war. Die Täter verwüsteten die Firmenräume, zerstörten Fensterscheiben und verschütteten Buttersäure. Dieser Anschlag ist in engem Zusammenhang mit der Asylpolitik der AfD und dem Themenfeld „Antirassismus“ zu sehen. Außerdem wurden an einem in unmittelbarer Nähe geparkten Firmenwagen einer privaten Sicherheitsfirma Scheiben eingeschlagen und der Innenraum mit Buttersäure verunreinigt. Das Fahrzeug wurde gezielt gewählt, da dieser Dienstleister die Aufgabe hatte, „Gentrifizierungsmaßnahmen“ in Stadtvierteln abzusichern. Insofern zählte er für die Antifa zu jenen Firmen, die in „repressive Abläufe“ eingebunden sind. Die Sicherheitsfirma war bereits am 21. Dezember 2014 Ziel eines Angriffs gewesen. Ein weiterer Angriff erfolgte ebenfalls in der Nacht zum 6. August 2015 und stand im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antirepression“. Unbekannte Täter warfen Steine gegen die Eingangstür des Polizeipostens in der Eisenbahnstraße. Außerdem zerstörten sie sämtliche Scheiben eines gegenüber geparkten Funkwagens und setzten das Fahrzeug in Brand. Das Fahrzeug brannte vollständig aus.
- Im Dezember 2015 fanden massive Aktionen gegen den politischen Gegner statt. So griffen unbekannte Täter am 9. Dezember den stellvertretenden Kreisvorsitzenden der rechtsextremistischen NPD in seinem Ladengeschäft in Leipzig tätlich an. Dem Geschädigten wurde eine Kopfverletzung zugefügt. Zu dem Angriff wurden unter dem Titel „[LE] Action speaks louder than words“²⁸³ noch am selben Tag ein Selbstbeichtigungsschreiben sowie Bilder veröffentlicht, die die Täter bei dem Angriff fertigten. Bei einem weiteren Angriff am 12. Dezember 2015 gegen einen anderen politischen Gegner, der für den gleichen Tag eine Demonstration in Leipzig angemeldet hatte, drangen Unbekannte in die Wohnung des Geschädigten ein und zerstörten die Einrichtung.

Bekennerschreiben und Positionspapiere zu den Gewaltaktionen

Die militanten und klandestinen Aktionen wurden von einer ganzen Reihe Bekennerschreiben und Positionspapieren flankiert. Darin werden die Gründe für Anschläge auf Institutionen des demokratischen Rechtsstaates erklärt. Es geht dabei vor allem um eine Vermittlung nach außen, um auch außerhalb der Kernszene weiterhin Akzeptanz zu finden. Solche Aktionen brauchen – so die Autoren der Erklärung „[LE] Äußerungen zu den Krawallen am 5. Juni“

„(...) eine nachvollziehbare Politisierung um eine positive Wahrnehmung der Aktion zu begünstigen. Solange dies nicht geschieht, macht es für Außenstehende keinen Unterschied, ob sich Menschen aufgrund einer Niederlage des eigenen Fußballteams oder für die Lebensbedingungen von Hartz IV Empfänger_innen mit der Polizei prügeln“²⁸⁴.

Die Vermittlung und Erklärung gewaltsamer Aktionen besitzt auch eine strategische Funktion. Es sollen Bündnispartner gewonnen und für Akzeptanz durch Unterstützer außerhalb der eigenen Klientel geworben werden, um so eine Radikalisierung der Gesellschaft zu erreichen. So heißt es dazu an anderer Stelle:

²⁸³ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 10. Dezember 2015). Am 30. Dezember 2015 trat der Geschädigte von seinem Amt als stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD in Leipzig zurück, außerdem gab er seinen Austritt aus der NPD bekannt.

²⁸⁴ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Juni 2015), Schreibweise wie im Original

„Natürlich braucht es zur Veränderung der Gesellschaft Militanz, doch diese muss gesellschaftliche Unterstützung erfahren.“²⁸⁵

Den Angriff auf das Polizeirevier am 7. Januar 2015 begründeten die Protagonisten in einem Bekenner schreiben unter dem Titel „[LE] Angriff auf Polizeiposten“ mit dem Todestag des Asylbewerbers Oury Jalloh, der in Sachsen-Anhalt in einem Dessauer Polizeirevier zu Tode kam. Im Tatbekenntnis wurden auch Angriffe auf Polizisten gebilligt, wenn diese nicht im Dienst seien. Dort hieß es:

„Auch wenn du deine Uniform ablegst, so bleibst du immer noch das gleiche Schwein von Mensch und wirst weiterhin Ziel unserer Interventionen sein wann immer wir wollen.“²⁸⁶

Diese Art der Diffamierung der Polizei zeigt, dass sich die Autoren in ihrer Begründung sehr stark an der Argumentation der terroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) orientierten. Im konkreten Fall wurde auf ein Zitat von Ulrike Meinhof, einem Gründungsmitglied und Führungsperson der RAF, zurückgegriffen, die geäußert hatte:

„(...) wir sagen, natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.“²⁸⁷

Auch in einem Bekenner schreiben unter dem Titel „[LE] der Weg der Gewalt“ zur Spontandemonstration am 15. Januar 2015 wurde deutlich, dass der Tod eines Asylbewerbers in Dresden lediglich als Vorwand für eine Aktion dienen sollte und nicht das Thema Asyl, sondern das Themenfeld „Antirepression“ thematisiert wurde. Das spiegelte sich auch deutlich in den Handlungen wider, die sich u. a. gegen das Amtsgericht und die Polizei richteten. Es wurde argumentiert, dass

- „Bullen ein legitimes Ziel“ sind, da sie u. a. für den Tod mehrerer Asylbewerber verantwortlich gewesen seien, Flüchtlinge an der Einreise nach Europa hindern würden und „auch in Form des Geheimdienstes (...) am Aufbau mehrere(r) Naziorganisationen beteiligt“²⁸⁸ gewesen seien,
- die Scheiben einer Bank aufgrund ihrer Investitionen u. a. in „Knäste“ und verschiedene militärische Objekte (Drohnen, Kampfpanzer) zerstört wurden,
- das Amtsgericht als „Zeichen militanter Solidarität“ angegriffen worden sei, da „(...) nach Aktionen gegen Nazis, ob friedlich (mit Sitzblockaden) oder militant“, von diesem Ort Repressionen ausgingen,
- ein Friseursalon angegriffen worden sei, da der Inhaber Mitglied der nichtextremistischen Partei AfD sei.

Zu der Aktion am 5. Juni 2015 wurden mehrere Positionspapiere bzw. Stellungnahmen in dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „linksunten.indymedia.org“ veröffentlicht. So stellten Linksextremisten unter dem Titel „[LE] Krawalle im Stadtzentrum“ ein Bekenner schreiben ein. Darin wird die Aktion ideologisch mit dem „antikapitalistischen/antiimperialistischen“ Widerstand begründet. Es hieß:

„Solange die bestehende Ordnung auf Ausbeutung und Konkurrenz basiert, sich die konkurrierenden Zwangskollektive militärisch nach außen abschirmen und mittels nationalistischer

²⁸⁵ Ebenda

²⁸⁶ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 8. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

²⁸⁷ Der Spiegel Nr. 25, 1970, S.74, Artikel „Natürlich kann geschossen werden.“, Schreibweise wie im Original

²⁸⁸ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 19. Januar 2015)

*Agitation nach innen konsolidieren, braucht es keinen Anlass, die Verhältnisse in Frage zu stellen.*²⁸⁹

Bemerkenswert ist hier die wiederholte Verwendung von typischen Termini und Argumentationsmustern der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF). So wird festgestellt: „Mehrere Schweine wurden verletzt, 3 ihrer Fahrzeuge zerstört.“

Ein weiteres Strategiepapier wurde unter dem Titel „[LE] Äußerungen zu den Krawallen am 5. Juni“ veröffentlicht. Diesem ist ein grundsätzlicher Konsens mit dem Bekennerschreiben und anderen Positionspapieren zu entnehmen; es ging aber über diese deutlich hinaus. So zielten die Verfasser in der Erklärung nunmehr darauf ab, das Funktionieren von Teilen des Staates zu beeinträchtigen. Deshalb äußern die Autoren:

*„Wir glauben, dass gezielte und klandestine Angriffe wie das (technische) Lahmlegen der Ausländerbehörde oder das (massenhafte) Sabotieren wichtiger Infrastrukturen zielführender ist.“*²⁹⁰

Vor allem mit Beeinträchtigung einzelner Teile des Staates, griff man inhaltlich auf das Konzept der „Stadtguerilla“ zurück, wie es durch Ulrike Meinhof in den 1970er Jahren formuliert worden war. In der Kampfschrift „Konzept Stadtguerilla“ der RAF hatte es u. a. geheißen:

*„Stadtguerilla zielt darauf ab, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, (...)“*²⁹¹

Zum oben erwähnten Anschlag auf die Chemiefirma, bekannte sich unter der Überschrift „[LE] Angriff auf Unternehmen von Frauke Petry (AfD)“ ein „Auftragskommando Bernd Lucke oder besser – einige Autonome“. Man wolle auf die sich „drastisch zuspitzende rassistische Stimmung in Deutschland aufmerksam machen“. Verantwortlich dafür seien unter anderem die AfD und besonders Frauke Petry gewesen, da „mit der Wahl Petrys und dem Verschwinden Luckes (...) mit einer weiteren Verschärfung der rassistischen Stimmungsmache innerhalb der Partei zu rechnen [ist]“. Die Räumlichkeiten des Unternehmens von Frauke Petry habe man bewusst ausgewählt, um „sie ganz direkt zur Verantwortung zu ziehen und um ihren wirtschaftlichen Rückzugsraum zu sabotieren“.²⁹²

Sowohl die Aktionen als auch die Bekennerschreiben und Positionspapiere zeigten einmal mehr, dass für die autonome Szene in Leipzig die Gewalt ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung darstellt. Zwar werden einige Aktionen innerhalb der Szene zum Teil kontrovers diskutiert. Es zeigte sich jedoch, dass die Aktionen allenfalls aus strategischen Gesichtspunkten abgelehnt wurden, die Anwendung von Gewalt aber keinesfalls in Frage gestellt wird, sondern darüber Konsens herrscht. Vor allem die Einigkeit in dieser Frage, weist auf eine zunehmende Radikalisierung der Leipziger Antifa hin.

Angemeldete Aktionen gegen Demonstrationen von LEGIDA und der OfD

Angemeldete Aktionen setzen eine personelle Stärke und ein hohes Mobilisierungspotenzial der linksextremistischen Szene in Leipzig voraus.

Durch einen Wechsel der Taktik lassen sich zwei Zeitabschnitte ausmachen.

²⁸⁹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 12. Juni 2015)

²⁹⁰ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Juni 2015)

²⁹¹ www.socialhistoryportal.org/sites/default/files/raf/0019710501_7.pdf, ohne Seitenangabe

²⁹² <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 6. August 2015), Schreibweise wie im Original

1. Abschnitt: 12. bis 21. Januar 2015

Bei den Gegenprotesten am 12. Januar 2015 bestand das strategische Konzept darin, sich an den Demonstrationen des zivilgesellschaftlichen Spektrums zu beteiligen. Hiervon ausgehend sollte der Aufzug von LEGIDA blockiert und angegriffen werden. So mobilisierte die linksextremistische Szene insbesondere zur Teilnahme an der Demonstration „Refugees Welcome! Gegen jeden Rassismus!“ des nichtextremistischen Bündnisses „Rassismus tötet! Leipzig“.

Dass das Ziel der Linksextremisten darin bestand, die LEGIDA-Demonstranten anzugreifen, zeigte sich in einem Mobilisierungsvideo. Darin wurden symbolisch Gegenstände und Devotionalien des politischen Gegners verbrannt. Abschließend wurde dazu aufgerufen: „Am 12. Januar Legida & sonstige Rassisten angreifen! Leipzig bleibt rot.“

An strategisch wichtigen Stellen führten etwa 100 Autonome Sitzblockaden durch, errichteten Barrikaden und entzündeten diese. Der LEGIDA-Aufzug konnte allerdings nicht gestoppt werden. Die Ursache dafür sahen Linksextremisten in der großen Teilnehmerzahl der bürgerlichen Gegendemonstranten. Dadurch sei die Antifa zu unbeweglich und damit nicht flexibel genug gewesen. Deshalb wolle man sich künftig nicht mehr an den zivilgesellschaftlichen Demonstrationen beteiligen, sondern unabhängig von diesen agieren.

Unter diesem Gesichtspunkt erfolgte schließlich ein Strategiewechsel. Dabei wurde deutlich, dass die Gewalt als „legales Mittel autonomer Politik“ durch Militanz ersetzt werden sollte. Denn hieraus leitet die Szene ihre strategische Grundposition ab („Lieber militante Experimente als rassistische Katastrophen.“²⁹³). Als strategische Schlussfolgerung wurde erkennbar, dass die Autoren Protestformen jenseits des legalen gesetzlichen Rahmens favorisierten. Dies wurde in folgenden Grundaussagen deutlich:

- Handlungsspielräume, die Protest benötigen, müssen erkämpft werden und
- politischer Widerstand muss sich außerhalb versammlungsrechtlicher Bahnen bewegen.

2. Abschnitt: Ende Januar bis Dezember 2015

Dieser Abschnitt war von einer konsequenten Anwendung des dezentralen Konzeptes und der Kleingruppentaktik geprägt.

Das zeigte sich bereits am 21. und 30. Januar 2015. Schon im Vorfeld waren Brandanschläge auf Bahnstrecken offenbar mit dem Ziel erfolgt, die Anreise von LEGIDA-Demonstranten zu verhindern. In der gesamten Innenstadt kam es zu Landfriedensbrüchen und Sachbeschädigungen. Linksextremisten versuchten mehrfach, in Kleingruppentaktik die Absperrungen zum LEGIDA-Aufzug zu durchbrechen. Sie bewarfen LEGIDA-Demonstranten und Polizisten u. a. mit Flaschen und Böllern und blockierten die Aufzugsstrecke. Teilweise agierten die LEGIDA-Gegner auch aggressiv gegen Polizisten. So warfen etwa 300 Gegendemonstranten Farbbeutel auf die Einsatzbeamten und auf Polizeifahrzeuge und versuchten, Polizeiabsperrungen zu überwinden. Andere Gegendemonstranten störten LEGIDA-Redner mit Laser-Pointern, konnten jedoch die Durchführung der LEGIDA-Veranstaltungen aufgrund der hohen Polizeipräsenz nicht verhindern.

Es kam hier insofern eine neue Taktik zum Ausdruck als auf Gewalt im gesamten Innenstadtbereich gesetzt, die Stadt Leipzig als Gegner angesehen und deutlicher als zuvor die Polizei als Gegner genannt wurde. So hieß es beispielsweise im Vorfeld der Gegenaktionen zum LEGIDA-Aufzug am 20. April 2015 unter der Überschrift „Leipzig: ES RICHTIG KRACHEN LASSEN!“:

²⁹³ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 26. Januar 2015)

„Es ist an der Zeit, zurück zu schlagen! (...) Gebt der Stadt und den Cops die Quittung für die letzten Wochen. **LASST ES KRACHEN UND KNALLEN!** (...) Gehen wir die Cops an! Machen wir die City platt!“²⁹⁴ (Hervorhebung im Original).

Die Akteure versuchten, die im Aufruf formulierten Ziele umzusetzen. Sie versuchten, die Aufzugsstrecke zu blockieren und griffen LEGIDA-Demonstranten und Polizisten mit Steinen und Böllern an.

Diese Kleingruppentaktik wurde von Leipziger Linksextremisten auch am 26. September 2015 bei Protesten gegen einen Aufzug der OfD angewendet. So veröffentlichten sie bereits im Vorfeld Positionspapiere, in denen strategische Empfehlungen gegeben wurden, deren Ziel darin bestand, den Aufzug zu verhindern. Eines der Papiere regte die Durchführung dezentraler Aktionen an. Diese Aktionen sollten unabhängig von den Gegendemonstrationen der nichtextremistischen Bündnisse durchgeführt werden. So hieß es dazu:

„Der Verlass auf andere darf nicht zu untätigen Warten auf Momente des Aufbegehrens einladen, sondern muss vielmehr Impuls zu eigener Aktivität sein.“ Deshalb – so die Schlussfolgerung: „Wohlweislich vollführtes Chaos lässt Bullenstrategien durchkreuzen, sorgt für allerlei Handlungsspielraum und Schaffung neuer Beziehungen.“ Der Aufruf endet mit „Sich finden – Organisieren – Krawall.“²⁹⁵

Bereits zu Beginn der OfD-Demonstration zeigte sich, dass die Akteure versuchten, die strategischen Hinweise der Positionspapiere umzusetzen und sie bemüht waren, den Aufzug zu verhindern. So behinderten sie schon den Zugang der OfD-Demonstranten zum Treffpunkt mit einer Sitzblockade. Während des Aufzuges agierten die Gegendemonstranten sehr aggressiv, fortlaufend kam es zu zahlreichen Stein- und Flaschenwürfen auf den Demonstrationzug und auf die Polizeibeamten.

Als Reaktion auf die Ausschreitungen verfassten Angehörige der Szene im Nachgang zwei Positionspapiere, in denen ein Resümee gezogen und Schlussfolgerungen abgeleitet wurden.

In dem Positionspapier „[LE] Anmerkungen zu einem halbschönen 26.09. und autoritäre Linke/Couragierte“²⁹⁶ stellten die Autoren fest, dass zwar Steine, Flaschen und Böller in Richtung der Polizei flogen und „auch ein paar Bullen einige Steine fressen“ mussten, es aber nur ein „kurzer Spaß“ gewesen sei. Hauptsächlicher Kritikpunkt der Verfasser war aber die „massive Entsolidarisierung aus dem vermeintlich eigenen Lager“. Die Autoren thematisierten eine offensichtlich sich verstärkende Distanzierung des bürgerlichen Lagers gegenüber der gewaltbereiten Antifa. Auf Grundlage ihrer Lagebewertung zogen die Verfasser die Schlussfolgerung, dass über die Wahl der Mittel gegen weitere „faschistische Aufmärsche“ in Leipzig jeder selbst entscheiden müsse, wobei alle Aktionsformen erlaubt seien.

In einem Kommentar wird in diesem Zusammenhang eine noch stärkere Militanz gefordert. So wird festgestellt:

„Wären mehr Steine in den letzten Monaten geflogen, mehr von Legida im Krankenhaus, würde Angst die Fahrt bei den Faschos begleiten wenn sie in den Raum Leipzig fahren, dann wären wir wieder einen Schritt weiter.“²⁹⁷

²⁹⁴ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 20. April 2015)

²⁹⁵ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 14. September 2015), Schreibweise wie im Original

²⁹⁶ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 28. September 2015)

²⁹⁷ Ebenda, Kommentar des Beitrages, Schreibweise wie im Original

Autonome setzen taktisch auf die Verursachung eines hohen Sachschadens

Zunehmend wurde taktisch die Verursachung eines hohen Sachschadens zur Diskussion gestellt. Mit dieser Variante sollten die Leipziger Behörden zum Handeln gezwungen und ein Veranstaltungsverbot erreicht werden, um die LEGIDA-Aufmärsche zu verhindern. So hieß es in dem Positionspapier „[LE] Anmerkungen zu einem halbschönen 26.09. und autoritäre Linke/Couragierte“:

„Treiben wir den Sachschaden in der Stadt hoch! 250.000 pro Legida Demo und die Märsche sind in drei Wochen Geschichte, versprochen.“²⁹⁸

Dass dies nicht nur eine taktische Option war, sondern auch umgesetzt wurde, zeigte sich besonders am 12. Dezember 2015, als es im Zusammenhang mit einer Demonstration von Rechtsextremisten zu massiven Ausschreitungen von Linksextremisten kam, an denen sich auch Linksextremisten aus dem Bundesgebiet beteiligten.

Bereits im Vorfeld des Aufzugs verübten mutmaßlich Linksextremisten einen Anschlag. So wurden am frühen Vormittag – offenbar mit dem Ziel, die Anreise des politischen Gegners zu behindern – S-Bahn-Kabelschächte nahe der Haltepunkte Connewitz und Plagwitz in Brand gesetzt.

Beim Verlauf der Aktionen muss zwischen den offiziell angemeldeten Demonstrationen und den Aktivitäten des militanten autonomen Kleingruppenspektrums differenziert werden. Denn Ziel und Verlauf der Aktivitäten unterschieden sich gravierend voneinander. Abgesehen von einer Blockadeaktion von etwa 30 Personen auf der Aufzugsstrecke, brachte die Mehrheit der Demonstranten ihren Protest friedlich zum Ausdruck. Aus den zahlreichen angemeldeten Gegendemonstrationen heraus wurden keine Gewalttaten verübt. Das Ziel bestand darin, deutlich gegen Rechtsextremisten vorzugehen. Allerdings nutzten Gewalttäter diese Veranstaltungen, um immer wieder in der Menge der friedlichen Protestteilnehmer unterzutauchen. So nahmen zahlreiche Linksextremisten die konsequente Trennung der gegnerischen Lager offenbar zum Anlass, gewalttätig gegen Polizei, Banken und die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) zu agieren. So erfolgten die massiven Ausschreitungen weitab des Aufzugs der Rechtsextremisten. Den Akteuren ging es nicht um Protest gegen Rechtsextremismus. Das Ziel bestand in der Verursachung eines hohen Sachschadens, in der Absicht, dass deswegen künftig Demonstrationen des politischen Gegners verboten werden würden. Dies zeigte sich daran, dass das Kleingruppenspektrum weitab der rechtsextremistischen Demonstration agierte. Etwa 1.000 verummte Personen versammelten sich im Bereich der Innenstadt und bewarfen Polizeibeamte und -fahrzeuge mit Steinen. Diese schwarz gekleideten und verummten Personen bewegten sich anschließend in größeren Gruppen, zum Teil aber auch in Kleingruppen, weiter stadtauswärts und hinterließen eine Schneise der Verwüstung. Auf dem Weg wurden Mülltonnen auf der Straße entzündet, Haltestellen und Fenster von Geschäften und Kreditinstituten eingeworfen sowie Fahrzeuge beschädigt. Im Bereich des Connewitzer Kreuzes zerschlugen etwa 100 bis 130 Linksextremisten zahlreiche Schaufensterscheiben verschiedener Geschäfte. Besonders betroffen waren Gebäude von Kreditinstituten.

Dass die Verursachung eines hohen Sachschadens ein wesentlicher Bestandteil ihrer Taktik ist, zeigte sich auch in einer Nachbetrachtung der Ereignisse unter dem Titel „Leipzig: Neonaziaufmarsch in Connewitz bleibt Illusion“. So äußerte sich ein Kommentator wie folgt:

„Ich bin derart begeistert wie lange nicht. (...) Dennoch habe ich das Gefühl, dass auf direkte Konfrontation mit dem Bullenvolk (...) zurückhaltend und zögerlich reagiert wird. Wieso? (...) Lasst uns sämtliche Naziaufmärsche richtig verdammt scheiße-teuer machen!!! (...) Lasst uns die Schweine einfach nur platt machen!!!“²⁹⁹

²⁹⁸ Ebenda; damit wird auf eine Taktik zurückgegriffen, die bereits bei den Aktionen gegen die Demonstrationen des Rechtsextremisten Christian Worch in den Jahren 2001 und 2002 in Leipzig angewendet wurde

²⁹⁹ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 14. Dezember 2015), Schreibweise wie im Original

Mit diesem Vorgehen verfolgten die Linksextremisten zwei Absichten: Zum einen richteten sich die Aktionen gegen die Polizei als Institution des demokratischen Rechtsstaates, zum anderen wurden dem politischen Gegner das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht abgesprochen.

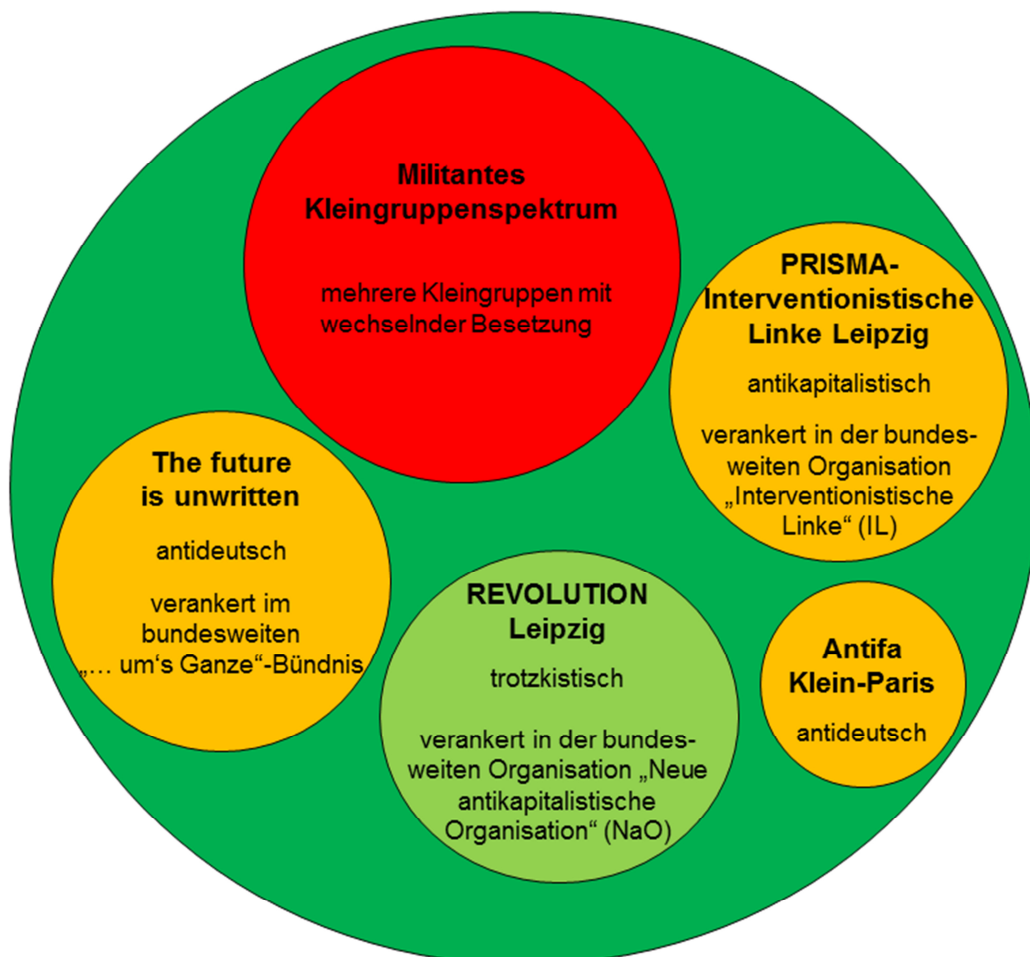
Bei der Aktion am 12. Dezember 2015 wurde die von den Linksextremisten verfolgte Strategie deutlich. Man beteiligte sich nicht am bürgerlichen Protest, sondern agierte in Kleingruppen. Allerdings nutzten Linksextremisten diese nichtextremistischen Versammlungen als Rückzugsort, um in der Menge der friedlichen Demonstranten unterzutauchen und diese als sogenannte „Deckungsmasse“ zu missbrauchen.

Aktionen zur Thematik „Flüchtlinge und Asyl“

Darüber hinaus war das Themenfeld „Flüchtlinge/Asyl“ ein Schwerpunkt linksextremistischer Aktivitäten in Leipzig.

Neue Tendenz in der strukturellen Entwicklung der linksextremistischen Szene in Leipzig

Im Berichtszeitraum konturierten sich die Strukturen der Leipziger linksextremistischen Szene stärker als in den vorangegangenen Jahren. Neben dem militanten Kleingruppenspektrum traten im Jahr 2015 weitere Gruppen öffentlich auf.



Die Gruppe PRISMA gehört der „Interventionistischen Linken“ (IL) an. Die IL ist ein bundesweites Netzwerk, dem auch linksextremistische Gruppierungen angehören. Sie fungiert als Scharnier zu nicht gewaltorientierten Linksextremisten und in Einzelfällen auch zu nichtextremistischen Gruppen und Initiativen. Die Einstellung zur Gewalt ist bei der IL taktisch ge-

prägt. Gewalt wird nicht grundsätzlich abgelehnt. Das Ziel der Gruppe PRISMA besteht in einer

„(...) radikalen Linken, die auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates (...) orientiert. Kurz: Wir wollen eine neue, radikale gesellschaftliche Linke, die um politische Hegemonie ringt und Gegenmacht organisiert.“³⁰⁰

Darüber hinaus stellt die Gruppe auch den demokratischen Rechtsstaat in Frage. In einer Nachbetrachtung zu den Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz am 11. Januar 2016 heißt es:

„Auf das Treiben der Staatsapparate ist kein Verlass. Gegen den rechten Straßenterror hilft nur ein gesellschaftlicher Antifaschismus – Von der Kerze über die Sitzblockade bis zum militanten Selbstschutz.“³⁰¹

Die Gruppe „the future is unwritten“ ist in dem bundesweiten Netzwerk „... ums Ganze Bündnis“ involviert. Diese Gruppe trat erstmals im Zusammenhang mit dem 12. Dezember 2015 eigenständig in der Öffentlichkeit auf. So mobilisierte sie, wie andere linksextremistische Gruppierungen, zur Teilnahme an den Protesten gegen eine Demonstration von Rechtsextremisten, bei denen es zu massiven Ausschreitungen von Linksextremisten kam.

Neben diesen beiden Gruppierungen positionierte sich im Jahr 2015 erstmals die trotzkistische Gruppe REVOLUTION Leipzig³⁰² in der Öffentlichkeit. Sie veröffentlichte unter dem Titel „Antifaschistischer Widerstand – Notwendig und legitim! Aber wie? Kritik und Perspektiven des Kampfes in Leipzig“³⁰³ ein Positionspapier. Die Autoren bezogen sich in ihrem Papier zwar auf den Anschlag auf die Chemiefirma am 6. August 2015, allerdings wird deutlich, dass sie diesen nur zum Anlass nehmen, um ihre grundsätzlichen Auffassungen zum Widerstand zu erläutern.

Dieses Positionspapier stellte im Vergleich zu den vorangegangenen Papieren eine neue Qualität dar. Diese lag darin, dass die bisherigen Papiere aus der autonomen Szene heraus, das Schreiben der Gruppe REVOLUTION Leipzig hingegen von Angehörigen einer festen trotzkistisch-antiimperialistischen Struktur verfasst wurde. Deshalb besitzt dieses Schreiben einen absolut parteipolitischen Duktus, der von trotzkistisch/antikapitalistischen Positionen und Termini geprägt ist. Die Verfasser beziehen auch Stellung zu den bisherigen Papieren. Über die Notwendigkeit der Anwendung von Gewalt war man sich mit den anderen Autoren einig. Jedoch stellten sie fest, dass es jenen an Perspektive fehle.

Für die Verfasser liegt der Ursprung der Gewalt in der Ausbeutung der Arbeit und der Spaltung der Klasse, um die kapitalistische Herrschaft zu sichern. Deshalb erhoben die Autoren die Forderung, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen und an dessen Stelle eine Jugendinternationale und ein Rätssystem aufzubauen. Es hieß:

„Sofern mensch sich als revolutionär verstehen sollte, so ist das strategische Ziel, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates bzw. den Aufbau einer neuen Jugendinternationale (...)“³⁰⁴

Darüber hinaus wurde auch die Zielrichtung „revolutionärer Gewalt“ vorgegeben. Es heißt: „Unsere Gewalt muss ins Herz dieses Systems treffen, das Privateigentum an Produktionsmitteln.“ und wird unter dem Slogan „militant, massenhaft, organisiert“ zusammengefasst.

³⁰⁰ <http://prisma.blogspot.de> (Stand: 20. Januar 2016)

³⁰¹ Ebenda (Stand: 20. Januar 2016)

³⁰² REVOLUTION Leipzig ist – wie andere „Revolutionsgruppen“ in anderen Städten die Jugendorganisation der trotzkistischen Gruppierung Gruppe Arbeitermacht (GAM). Diese Gruppierung sowie deren Jugendorganisationen sind Bestandteile der überregionalen linksextremistischen Organisation Neue antifaschistische Organisation (NaO)

³⁰³ <http://www.onesolutionrevolution.de> (Stand: 25. August 2015)

³⁰⁴ Ebenda

Mit der Entstehung der Gruppe REVOLUTION Leipzig zeigte sich nicht nur eine Strukturentwicklung, sondern auch eine neue Qualität innerhalb der linksextremistischen Szene in Leipzig. Erstmals wurde eine trotzkistisch/antiimperialistische Gruppe aktiv, die zur Anwendung von Gewalt bereit war. Dies könnte zu Differenzen in der Szene führen, da ein Teil der hiesigen Szene „antideutsch“ ausgerichtet ist und auf dem Existenzrecht Israels besteht. Die „antiimperialistische“ Gruppe REVOLUTION Leipzig lehnt ein solches hingegen ab. Inwieweit sich eine trotzkistische Gruppe innerhalb einer eher antideutsch ausgerichteten Szene dauerhaft etablieren kann, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus muss – sollten die formulierten Ansprüche umgesetzt werden – auch mit neuen Formen von Anschlägen gerechnet werden, die sich unter Umständen gezielt gegen Firmen bzw. gegen deren Inhaber richten. Die Gruppe REVOLUTION Leipzig war auch in der Öffentlichkeit präsent:

- Am 19. Oktober 2015 beteiligte sich die Gruppe in Dresden an den Protesten gegen eine Versammlung der PEGIDA. Beginnend am Bahnhof Dresden-Mitte nahm die Gruppe an einem von Linksextremisten unterstützten Aufzug teil und führte ein Frontrtransparent mit sich (vgl. hierzu Beitrag „Autonome in Dresden“).
- Außerdem war die Gruppe am 12. Dezember 2015 in Leipzig an den erwähnten massiven Ausschreitungen beteiligt, die im Zusammenhang mit einer Demonstration von Rechtsextremisten erfolgten. Auf ihrem Facebook-Profil positionierte sie sich zu den Ausschreitungen wie folgt:

„Es war ein Tag der Wut. Leipzigs ArbeiterInnenklasse – insbesondere die Jugend – hat gezeigt, dass sie auf diese vom Staat organisierten Zustände keine Lust mehr hat!“³⁰⁵

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Leipzig (Stadt)	186	227	439	42	67	180

2.3.2 Autonome in Dresden

Die rückläufige Entwicklung des Personenpotenzials im Vorjahr stagnierte im Jahr 2015. Im Vergleich zu 2014 blieb die Stärke der autonomen Szene Dresdens nunmehr konstant bei ca. 70 Personen.

Ebenso stagnierte die strukturelle Entwicklung. So existierte mit der Undogmatischen Radikalen Antifa Dresden (URA Dresden) weiterhin nur eine autonome Gruppe, die aktiv in der Öffentlichkeit agierte. Gleichzeitig wuchs im Laufe des Jahres die Bedeutung des – in seiner Gesamtheit nichtextremistischen – Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ als Organisator öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen auch für Autonome. Autonome beteiligten sich ebenfalls zunehmend an den Aktionen anderer nichtextremistischer Bündnisse. Eigenständige demonstrative Aktionen gingen von ihnen, bis auf eine Ausnahme, nicht aus. Insofern erweist sich die seit Jahren von Extremisten praktizierte Bündnispolitik mit nichtextremistischen Gruppen als eine verlässliche Größe, die die Durchführung öffentlicher Aktionen ermöglicht. Darüber hinaus zeigte sich auch, dass die örtliche autonome Szene auf

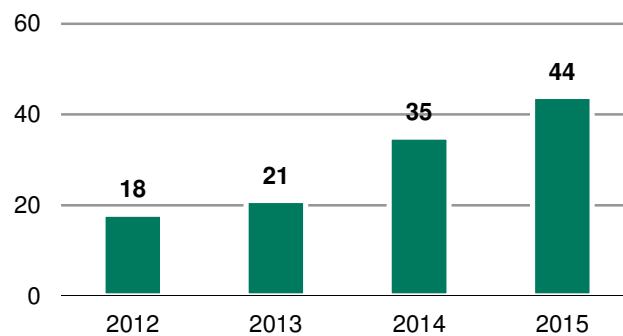
³⁰⁵ <https://www.facebook.com/RevoLeipzig/posts/1509030336059987> (Stand: 14. Dezember 2015)

Grund ihrer personellen und strukturellen Schwächen kaum in der Lage ist, eigene Aktionen durchzuführen und sich wirksam in der Öffentlichkeit zu artikulieren.

Aktionsniveau

In diesem Zusammenhang muss auch die Entwicklung des Aktionsniveaus gesehen werden, welches seit 2012 kontinuierlich angestiegen ist.

Demonstrationen/Aufzüge/Gegenproteste von bzw. mit Beteiligung von Autonomen in Dresden



Die Dresdner Szene zeigte, wie in den beiden Vorjahren, eine gestiegene öffentliche Präsenz, ohne dass jedoch ihr Personenpotenzial anwuchs. Allerdings agierte die Szene nicht unabhängig und selbstständig, sondern vorrangig im Rahmen von Veranstaltungen des Bündnisses „Nazifrei–Dresden stellt sich quer“. So beteiligten sich in Dresden an Gegenprotesten oft nur wenige Autonome, die zudem nur beschränkt Außenwirkung erzeugen konnten. Die Teilnahme Dresdner und auswärtiger Autonome blieb in der Regel auf 100 Personen beschränkt. Die erhöhte Zahl der Demonstrationen wirkte sich somit nicht auf die Anzahl der linksextremistischen Teilnehmer aus. Vielmehr war die Szene mit der Vielzahl der Ereignissen zeitweise überfordert und ab April des Berichtsjahres nicht mehr in der Lage, auf jeden Anlass zu reagieren.

Für den Anstieg des Aktionsniveaus lassen sich zwei Ursachen ausmachen:

- die seit Oktober 2014 durchgeführten Aktionen gegen PEGIDA³⁰⁶ sowie
- die Aktivitäten im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlings- und Asylthematik, die im Sommer 2015 einsetzten und Autonome zu Reaktionen veranlasst haben.

Eine Stärkung der Szene blieb dennoch aus. Ihre Anziehungskraft und Mobilisierungsfähigkeit stagnierten auf dem relativ niedrigen Niveau des Vorjahres. Damit verlor die Dresdner Szene weiter an Relevanz gegenüber der nochmals aktiver gewordenen Szene in Leipzig.

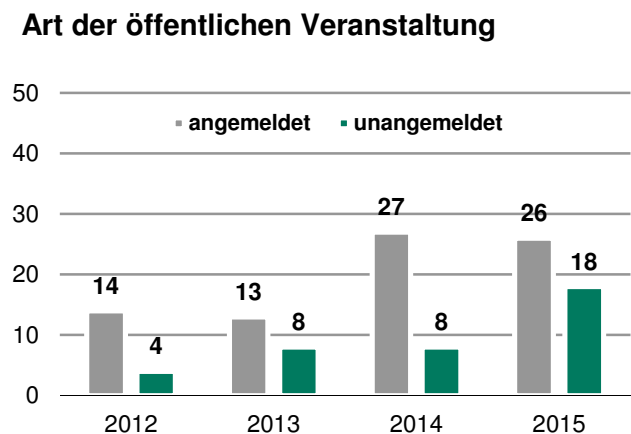
Eine Ursache ist die 2015 nochmals verstärkte Konzentration der URA Dresden auf Bündnisse mit Nichtextremisten. Diese Bündnisorientierung hatte auch zur Folge, dass Dresdner Autonome bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen kaum selbstständig auftraten, sondern nahezu ausnahmslos gemeinsam mit Nichtextremisten. So gab es im Jahr 2015 nur noch eine Aktion, die ausschließlich von der autonomen Szene ausging, jedoch ohne erkennbaren Bezug zur URA Dresden. So nahmen am 26. Mai 2015 etwa 50 teilweise verummte Personen an einem Protestzug durch die Dresdner Neustadt teil und führten ein Fronttransparent mit der Aufschrift „STOPG7“ mit sich (siehe Abschnitt „Unangemeldete Aktionen“ in diesem Beitrag).

Mit ihrer Strategie gelang es der URA Dresden – als derzeit einziger mobilisierungswirksamer Gruppe der autonomen Szene – nicht, das in Dresden zweifellos vorhandene autonome Kernpotenzial verstärkt zu Aktionen zu mobilisieren. Bis etwa April des Berichtsjahres waren

³⁰⁶ „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“

noch bis zu 100 Autonome mobilisierbar, danach meist nur noch 50 bis 60. Eine stärkere Beteiligung von Linksextremisten zeigte sich nur nach überregionaler Mobilisierung.

Der Anteil der nicht angemeldeten Aktionen an allen öffentlichen Veranstaltungen erhöhte sich im Jahr 2015 auf ca. 41 % (2014: 23 %) und bewegte sich damit auf dem Niveau von 2013 (ca. 38 %).



Unangemeldete Aktionen stellen einen Gradmesser für die Handlungsfähigkeit der Szene dar. Sie spiegeln ihren Anspruch auf Selbstbestimmung und Autonomie wider und können ihre Ablehnung staatlicher Autorität besonders gut symbolisieren. Allerdings trugen die unangemeldeten Aktivitäten fast ausschließlich reaktiven Charakter und richteten sich gegen Veranstaltungen des politischen Gegners. Von der unangemeldeten Demonstration ohne reaktiven Charakter am 26. Mai 2015 abgesehen, war bei den übrigen Aktionen ein nur äußerst geringes Personenpotenzial beteiligt, welches – im Gegensatz zur den Leipziger Akteuren – keine Akzente in der Öffentlichkeit zu setzen vermochte. Die Entwicklung der unangemeldeten Veranstaltungen zeigte zwar das Bemühen, kurzfristig zu mobilisieren, eine Wirkung konnte allerdings nicht erzielt werden.

Angemeldete öffentliche Aktionen

Die Dresdner Szene sucht im Rahmen angemeldeter öffentlicher Aktionen schon seit Jahren das Bündnis mit bürgerlichen Kräften.

Aktionen am 13. Februar

Dresdner Autonome setzten für ihre Aktivitäten am 13. Februar die aus ihrer Sicht seit 2010 bewährte Bündnispolitik fort und unterstützten mit ihren Aktionen erneut das in seiner Gesamtheit nicht extremistische Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“. Auch die URA Dresden gehörte diesem Bündnis an. So erklärte ein Gruppenmitglied gegenüber einem Radiosender: „Wir sind ja in dem Bündnis aktiv. Die gehören ja zu unseren Partnern, sozusagen.“³⁰⁷ Allerdings besitzen die Aktionen anlässlich des 13. Februar nur noch regionale Bedeutung. Damit setzte sich der Abwärtstrend der letzten Jahre fort, was mit einem weiteren Bedeutungsverlust der Dresdner autonomen Szene einherging.

Linksextremisten versuchten auch im Berichtsjahr, die eigene Klientel wieder stärker zu mobilisieren. Die Kampagne „No Excuses!“ richtete sich mit einem eigenen Aufruf an die links-extremistische Szene, ohne damit nennenswerte Resonanz zu erzielen. Lediglich die weitgehend inaktive „Antifaschistische Aktionsgruppe Dresden“ (AFA Dresden) unterstützte den

³⁰⁷ www.freie-radios.net, Interview „Pegida – Rassist*innen aller Couleur demonstrieren Montags in Dresden“ (Stand: 24. November 2015)

Aufruf und das Facebook-Profil „Antifaschistisches Nachrichtenportal Sachsen“ teilte einen Link.

Die Absicht, Potenzial aus den eigenen Reihen zu motivieren, zeigte sich auch am Inhalt des Aufrufes. Denn im Unterschied zum Aufruf des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“, das ausschließlich Blockaden ankündigte, forderte „No Excuses!“ weitergehend: „Naziaufmarsch verhindern!“. In einem späteren Text erneuerte die Kampagne diese Forderung und ließ die damit verbundenen Absichten durch den vielsagenden Hinweis „Es liegt an uns was morgen passieren wird!“³⁰⁸ durchblicken. Denselben Text veröffentlichte auch die URA Dresden, was auf Verflechtungen zwischen ihr und der Kampagne schließen lässt.

Schließlich richtete sich „No Excuses!“ im Unterschied zum Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ erneut nicht nur gegen den geplanten Aufzug von Rechtsextremisten, sondern zugleich gegen das bürgerliche Gedenken an die Opfer der Luftangriffe. So erhob die Kampagne Forderungen, wie „Menschenkette abschaffen“, und kritisierte ein angeblich „unerschütterliche(s) Beharren auf dem geschichtsrevisionistischen Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens“. Dementsprechend rief sie auf, „sich am 13. Februar 2015 vielfältig an gedenkkritischen Aktionen zu beteiligen und eigene kreative Aktionen umzusetzen“. Insofern war die Zielstellung dieser Kampagne weiter gefasst, denn der Bündniskonsens von „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ umfasste nicht die Störung des bürgerlichen Gedenkens, sondern war ausschließlich auf die Verhinderung rechtsextremistischer Aktivitäten gerichtet.

Die Mobilisierung zu diesem Ereignis weist zwei Tendenzen auf, die sich auf die Teilnahmebereitschaft und letztlich auf das Teilnehmerpotenzial auswirkten:

1. Linksextremisten bemühten sich nicht zielgerichtet, die Interessen der eigenen Klientel zu bedienen und diese zu mobilisieren. Die waren Aufrufe wenig konkret und wirkten insbesondere bei gewaltorientierten Autonomen wenig authentisch.
2. Die Bündnisorientierung der Dresdner Autonomen wirkte dämpfend auf das Aktionsniveau der Autonomen. Bei solchen Bündnisdemonstrationen spielt der Gewaltaspekt für Linksextremisten eine geringere Rolle.

Daher beteiligten sich nur ca. 150 teils gewaltorientierte Linksextremisten an den verschiedenen Aktionen. Am 13. Februar – auf den die Mobilisierung der Linksextremisten in Unkenntnis des tatsächlichen Demonstrationstermins der Rechtsextremisten zunächst ausgerichtet war – nahmen 50 bis 100 Autonome an einer Kundgebung „Statt Opfermythos: Verantwortung übernehmen – gestern, heute, morgen“ am Neumarkt teil. Dort skandierten sie „Wir sind hier aus purer Feindschaft gegen eure Volksgemeinschaft“ sowie „Bomber-Harris, do it again“. Einige von ihnen holten zuvor verdeckt getragene als Schlagwerkzeug geeignete sogenannte Knüppelfahnen hervor.

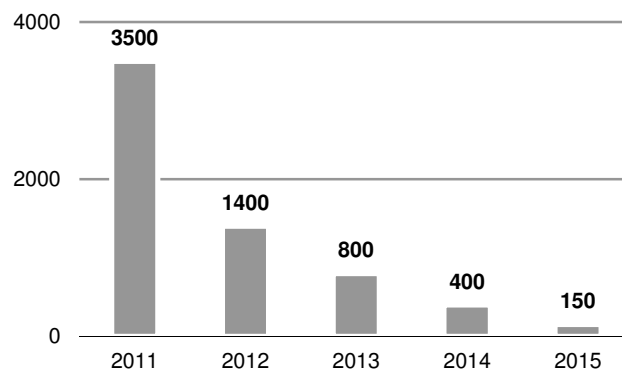
Nach dem Bekanntwerden des tatsächlichen Termins des rechtsextremistischen Aufzuges am 15. Februar riefen „No Excuses!“ und URA Dresden kurzfristig dazu auf, sich den „(Neo-) Nazis entschlossen und kreativ entgegen“ zu stellen und deren Aufzug „unmöglich zu machen“. Auch das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ veröffentlichte einen Aufruf. Die linksextremistische Internetseite „Autonome Gruppe Dresden“ forderte „Bleibt sportlich und stört wo ihr könnt!“³⁰⁹. Unter den etwa 1.000 Demonstranten, die gegen den Aufzug der Rechtsextremisten protestierten, befanden sich nur etwa 150 Linksextremisten, so dass das Kernziel, den „Nazi-Aufmarsch“ zu verhindern, nicht erreicht werden konnte. Der rechtsextremistische Aufzug wurde durch mehrere Sitzblockaden aufgehalten, musste deswegen seine Route ändern oder wurde umgeleitet. In einer teilweise aggressionsgeladenen Atmosphäre kam es zu einer Reihe szenetypischer Straf- und Gewalttaten.

³⁰⁸ Schreibweise wie im Original

³⁰⁹ Schreibweise wie im Original

Die linksextremistischen Teilnehmerzahlen vom 15. Februar entsprachen etwa dem Mobilisierungspotenzial der Dresdner Szene. Damit wurde deutlich, dass der 13. Februar derzeit kaum noch Bedeutung für die autonome Szene außerhalb Dresdens besitzt.

Anzahl der gewaltbereiten linksextremistischen Teilnehmer an den Aktionen zu den Jahrestagen der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg



Die Linksextremisten nahmen anschließend nicht öffentlich zu den Ereignissen Stellung und signalisierten damit, dass sie mit dem Ergebnis unzufrieden waren, aber damals keine alternativen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen konnten. Andererseits stellten auch rechtsextremistische Aufzüge zum 13. Februar nur noch Ereignisse von regionaler Bedeutung dar.

Aktionen gegen Versammlungen der PEGIDA im Spiegel autonomer Bündnispolitik

Dresdner Autonome sehen in der PEGIDA-Bewegung derzeit einen ihrer wichtigsten Gegner. Die URA Dresden begreift sie als „Sammelbecken neu-rechter bis faschistischer Bewegungen und ganz normaler Rassist*innen“, aber gleichzeitig als Ausdruck „der aktuellen kapitalistischen Krise und ihrer autoritären und neoliberalen Verwaltung“. Als solche gehört sie zu den Feindbildern der Autonomen.

„PEGIDA mag ein Aufstand gegen bestimmte regierende Personen sein, sie ist aber keine Auflehnung gegen die Herrschaft. Sie ist eine konformistische Revolte für den kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Normalbetrieb und gegen emanzipatorische Veränderung. PEGIDA ist zutiefst reaktionär.“³¹⁰

Zwar knüpften die Autonomen im Jahr 2015 nahtlos an die Protestaktionen des Vorjahres an und handelten stets im Rahmen ihres Bündnisses mit Nichtextremisten von „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“. Allerdings war das linksextremistische Teilnehmerpotenzial gleichzeitig stark rückläufig und umfasste in der Regel lediglich 100 Personen.

Die Ursache für diesen Rückgang bestand zum einen in dem gescheiterten Versuch der URA Dresden, Unterstützung von Nichtextremisten außerhalb des Bündniszusammenhanges von „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ für ihre Aktionsformen zu erlangen. Zum anderen konnten Leipziger Autonome wegen der beginnenden Demonstrationen gegen LEGIDA nicht mehr dieselbe personelle Unterstützung leisten wie zuvor.

Die Mobilisierungen erfolgten im Wesentlichen durch die URA Dresden und das von Herbst 2014 bis Oktober 2015 aktive linksextremistische Internetprofil „Antifaschistisches Nachrichtenportal Sachsen“. Die Aufrufe verbanden sich mit Forderungen wie,

³¹⁰ <http://uradresden.noblogs.org>, Text „Aufruf zur Demonstration ‘Solidarity with Refugees – for a better life together‘ am 28. Februar 14 Uhr Theaterplatz“ (Stand: 20. Februar 2015)

„MIT ALLEN MÖGLICHEN MITTELN DAFÜR ZU SORGEN, DASS (...) NICHT EINFACH 20.000 RASSIST_INNEN IN RUHE DURCH UNSERE STÄDTE LAUFEN KÖNNEN.“³¹¹

Dabei zeigte sich das Bemühen der Linksextremisten, in der Öffentlichkeit eigene Akzente gegen PEGIDA zu setzen:

- So beteiligten sich am 5. Januar 2015 etwa 100 Linksextremisten an mehreren Gegenveranstaltungen. Ein Großteil agierte als eigener Block an einem Spontanaufzug, zu dessen Startpunkt zuvor die URA Dresden mobilisiert hatte. Die Demonstranten liefen zum Sammelpunkt eines nichtextremistischen Aufzugs und versuchten, die Teilnehmer mit Rufen, wie „Gebt den Nazis die Straße zurück! Stein für Stein, Stück für Stück!“ und „Nie, nie nie wieder Deutschland!“, für Aktionen gegen PEGIDA zu animieren. Das gelang jedoch nicht.

Dieser neuerliche Versuch Autonomer, nichtextremistische Akteure im Sinne eigener Ziele zu radikalieren und zu instrumentalisieren und deren hohes Personenpotenzial für ihre Zwecke zu nutzen, blieb ohne Erfolg. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ distanzierte sich schließlich von allen bürgerlichen Protestformen anderer nichtextremistischer Protestbündnisse, da diese keine Konfrontation mit dem politischen Gegner anstrebten und nicht blockadeorientiert auftraten. Hierzu das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“:

„Es fehlt schlicht an einem, dann auch durch Taten belegten, Bekenntnis zahlreicher Akteur_innen in dieser Stadt zu antifaschistischen, antirassistischen Positionen UND Aktionen.“³¹²

Es gab zudem zu erkennen, künftig wieder eigenständig agieren zu wollen. Ergänzend bilanzierte später die URA Dresden:

„Wir haben keinen Masterplan wie wir gegen das rassistische Klima und deren Auswuchs PEGIDA am Besten vorgehen sollten (...).“³¹³

- Am 12. Januar 2015 verzichteten das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ und die darin vertretenen Autonomen in Bezug auf die Proteste gegen die PEGIDA-Versammlung gänzlich auf gemeinsame Aktionen mit dem nichtextremistischen Bündnis „Dresden für alle“. Grund war, dass dessen Aktionen bis dahin nicht darauf ausgelegt gewesen waren, „aktiv auf PEGIDA einzuwirken“. Demgegenüber habe „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ einen anderen Aktionsanspruch und wolle „Rassist_innen nicht ungehindert die Straße überlassen“.

Diese Absichtserklärungen bewirkten vorübergehend einen signifikant stärkeren Zulauf zu linksextremistisch motivierten Aktionen. Zunächst nahmen nur etwa 90 Linksextremisten an einer friedlichen Spontanversammlung teil, die auf dahinter liegende Blockadeabsichten des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ schließen ließ. Später versuchten an anderer Stelle 300 bis 400 PEGIDA-Gegner, organisiert und teils gewalttätig auf die Route des PEGIDA-Aufzugs zu gelangen, um sie zu blockieren. Dabei gingen sie mit Flaschen- und Steinwürfen gegen ein Geschäft vor, in dem eine bei Rechtsextremisten beliebte Bekleidungsmarke angeboten wird, und griffen Polizeibeamte – auch mit sogenannten „Knüppelfahnen“ – tätlich an. Das eigentliche Ziel der Be- und Verhinderung des gegnerischen Aufzugs misslang jedoch.

- In dieser Situation versuchten Linksextremisten, den gewaltsamen Tod eines Asylbewerbers aus Eritrea am Abend des 12. Januar 2015 in Dresden für eine „antirassistische“ Kampagne zu instrumentalisieren, wozu sie PEGIDA als Stichwortgeber und treibende

³¹¹ <https://www.facebook.com/pages/Antifaschistisches-Nachrichtenportal-Sachsen> (Stand: 6. Januar 2015); Hervorhebungen im Original

³¹² <https://www.facebook.com/dresden.stellt.sich.quer> (Stand: 7. Januar 2015)

³¹³ <http://uradresden.noblogs.org> (Stand: 22. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

Kraft hinter dem Verbrechen anprangerten. Die durch die Tat ausgelöste massive öffentliche Empörungswelle wollten sie in einen Mobilisierungsschub für ihre Aktionen gegen PEGIDA wandeln. Zugleich nutzten sie die Straftat, um ihre Gewalt gegen den demokratischen Rechtsstaat zu rechtfertigen. Das Facebook-Profil „Antifaschistisches Nachrichtenportal Sachsen“ schrieb dazu:

„Wut! Hass! Trauer! Der rassistische Mob tobt und wächst von Woche zu Woche. (...) Wehrt euch gegen Pegida und alle anderen rassistischen Idioten! (...) Rassistschweine verpisst euch!“³¹⁴

Eine Stellungnahme auf der Internetseite „Autonome Gruppe Dresden“ richtete sich deutlich gegen den demokratischen Rechtsstaat:

„(...) unser Hass (ist) bei all jenen Rassisten und Deutschen die jeden Montag auf den Beinen sind“³¹⁵ und: „Es liegt an uns der Öffentlichkeit aufzuzeigen, dass Rassismus und dieses kapitalistische System tötet. Es liegt an uns, jeden Tag diesem rassistischen Staat und seinen Behörden zu zeigen, dass sie das Problem sind!“³¹⁶

Auch auswärtige Linksextremisten riefen zu Gegenaktionen auf. Dennoch kam es aufgrund dieser Straftat nicht zu gewalttätigen Aktionen in Dresden. Allerdings versuchten Linksextremisten, Asylbewerber und Migranten zu instrumentalisieren. Teilnehmer, die nach ihrem äußeren Erscheinungsbild dieser Gruppe zuzuordnen sein könnten, führten bei einer nichtextremistischen Demonstration zum Gedenken an den Getöteten am 17. Januar 2015 ein Transparent der URA Dresden mit der Aufschrift „Kampf den Rassistischen Zuständen! Nie wieder Deutschland“ mit sich. Die Aufklärung des Verbrechens bereits nach etwa zehn Tagen, die später zur Verurteilung eines anderen Asylbewerbers führte, entzog den mit dem Ereignis verbundenen Absichten von Linksextremisten noch vor der nächsten PEGIDA-Versammlung die Grundlage. Folge war ein weiterer Rückgang der Teilnehmerzahlen.

- Der Rückgang der Teilnehmerzahlen von Autonomen liegt im Unvermögen der Akteure, eine effektive Strategie zur Verhinderung der PEGIDA-Demonstrationen zu entwickeln. So misslang am 13. April 2015 ein erneuter Versuch, effektiv gegen PEGIDA vorzugehen, obwohl die Autonomen diesem Datum wegen des damals bevorstehenden Auftritts des rechtspopulistischen niederländischen Politikers Geert Wilders bei PEGIDA besondere Bedeutung beigemessen hatten. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ wollte die gegnerische Versammlung verhindern und hatte eine eigene, von der URA Dresden unterstützte Demonstration ausgerichtet. Letztlich waren unter den insgesamt etwa 3.000 Gegendemonstranten nur 100 Linksextremisten, denen wegen ihrer relativ geringen Anzahl und aufgrund ausbleibender Unterstützung durch nichtextremistische Blockierer keine wirksamen Aktionen gelangen. Das Bündnis stellte daher – und stellvertretend auch für die daran beteiligten Autonomen – fest, dass es sein Ziel „einer Blockade oder signifikanten Störung der PEGIDA-Veranstaltung“ nicht habe erreichen können und erklärte, vorerst nicht mehr gegen PEGIDA vorgehen zu wollen:

„Inzwischen ist ein Zustand erreicht, bei dem weiterer wöchentlicher Protest bei uns eher zum Verschleiß unserer Kräfte und bei PEGIDA zu einem Maß an Aufmerksamkeit führen würde, das sie aus eigener Kraft nicht (mehr) zu generieren fähig wären. Wir von Dresden Nazifrei werden uns daher vorrangig auf den 17. Juni und mögliche Naziaktivitäten (...) konzentrieren und unsere Kräfte dahingehend bündeln.“³¹⁷

³¹⁴ <https://www.facebook.com/pages/Antifaschistisches-Nachrichtenportal-Sachsen> (Stand: 15. Januar 2015)

³¹⁵ <http://agdd.blogspot.de> (Stand: 15. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

³¹⁶ <http://agdd.blogspot.de> (Stand: 23. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

³¹⁷ <http://dresden-nazifrei.com>, Text „FAZIT DER AKTIONEN VOM 13.04. GEGEN GEERT WILDERS-BESUCH BEI PEGIDA“ (Stand: 21. April 2015)

- Diese Ankündigung konnte nicht umgesetzt werden. Die Aktionen gegen einen alljährlichen Aufzug von Rechtsextremisten am 17. Juni 2015, zu denen URA Dresden und „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ aufgerufen hatten, wirkten unorganisiert und blieben weitgehend erfolglos. Nur etwa 50 Störer versuchten vergeblich, zur gegnerischen Aufzugsroute zu gelangen.
- Die mangelnde Distanz zu Gewalt und die Nähe des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ zur autonomen Szene zeigte sich bei den Mobilisierungen zu Gegenprotesten anlässlich des ersten Jahrestages des Aktivwerdens der PEGIDA-Bewegung am 19. Oktober 2015.

Das Bündnis hatte die Planungen der Proteste initiiert. Außerdem zählte es selbst – und somit indirekt auch die ihm angehörende URA Dresden – zu den Unterstützern eines hinter den Demonstrationen stehenden bürgerlichen Protestbündnisses. Seine Verbindungen zur URA Dresden verdeutlichte „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“, indem es einen Aufruf der URA Dresden „Den PEGIDA-Geburtstag zum Desaster machen“ unterstützte, dem eine Leitfunktion für die linksextremistische Szene zukam. Das Bündnis selbst beantwortete die Frage auf seinem Facebookprofil „Warum distanzierst ihr euch nicht von der extremen Antifa?“ wie folgt:

„Weil wir ein spektrenübergreifendes Bündnis sind und radikale Antifagruppen ein Teil von uns sind. (...)“³¹⁸

Dieses Ereignis verhalf den Autonomen aufgrund der damit verbundenen Symbolwirkung zu einem vorübergehenden Mobilisierungsschub. Resonanz erzielte der Aufruf der URA Dresden auch bei Linksextremisten in Berlin und Leipzig, so u. a. bei der Gruppe „the future is unwritten“ (Leipzig) und der Berliner Gruppe des bundesweiten Netzwerks „Interventionistische Linke“ (IL).

An Gegendemonstrationen und Protesten von etwa 22.000 Menschen gegen eine Kundgebung von etwa 23.000 PEGIDA-Anhängern beteiligten sich schätzungsweise 400 teils gewaltorientierte Linksextremisten. Durch die Teilnahme der Gewalt befürwortenden trotzkistischen Gruppe REVOLUTION Leipzig sowie der ausländerextremistischen Gruppe Ciwanên Azad Dresden³¹⁹ bekam diese Veranstaltung eine neue Qualität. So rief – einem Pressebericht zufolge – ein Sprecher der „Ciwanen Azad“ dabei zur Bildung „militant-revolutionärer Jugendgruppen“ auf³²⁰. Linksextremisten konnten einen Aufzug nicht extremistischer Veranstalter zu ihrer Selbstdarstellung nutzen und gleichzeitig in größerer Anzahl zum Veranstaltungsraum ihrer politischen Gegner gelangen. Anschließend stürten mehrere Hundert PEGIDA-Gegner teils gewaltsam die Anreise ihrer politischen Gegner und verletzten dabei mindestens zwei PEGIDA-Anhänger schwer. Weiter versuchten sie, in den polizeilich abgesicherten Veranstaltungsraum vorzudringen und lieferten sich während und nach Abschluss der gegnerischen Versammlung Auseinandersetzungen mit PEGIDA-Demonstranten und der Polizei. Dabei warfen sie mit Steinen, Böllern und Absperrmaterialien, versuchten Straßensperrungen zu errichten und beschädigten Fahrzeuge. Verschiedentlich wurden Rufe wie „Nie, nie, nie wieder Deutschland!“ laut. Außerdem setzten Unbekannte vier geparkte Kfz von PEGIDA-Teilnehmern in Brand. In der Nacht wurden am Leipziger Hauptbahnhof rückkehrende PEGIDA-Teilnehmer angegriffen.

In der Gesamtschau handelte es sich am 19. Oktober 2015 um die wohl gewalttätigsten Aktionen von Linksextremisten in Dresden seit dem 13. Februar 2013. Sie verdeutlichten, dass größere Ausschreitungen gewaltorientierter Linksextremisten in Dresden regelmäßig eine überregionale Mobilisierung von Linksextremisten zu Protesten gegen politische Gegner voraussetzen. Gleichzeitig gewinnen die Aktionen gewaltorientierter Linksextremisten dann an Relevanz, wenn ihre Träger aus einer Bündnisposition heraus agieren

³¹⁸ <https://www.facebook.com/dresden.stellt.sich.quer> (Stand: 19. Oktober 2015)

³¹⁹ „Ciwanên Azad“ („Freie Jugend“) ist die Bezeichnung der europäischen Dachorganisation der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahestehender Jugendorganisationen

³²⁰ Internetseite der Sächsischen Zeitung: www.sz-online.de (Stand: 26. Oktober 2015)

können und sich gleichzeitig eine möglichst große Zahl von Nichtextremisten an den Gegenprotesten beteiligt.

Aktionen zur Thematik „Flüchtlinge und Asyl“

Darüber hinaus war das Themenfeld „Flüchtlinge/Asyl“ ein Schwerpunkt linksextremistischer Aktivitäten in Dresden (siehe Beitrag „Im Fokus – Instrumentalisierung der Asylthematik durch Linksextremisten“ im vorliegenden Bericht).

Unangemeldete Aktionen

Bei den 17 unangemeldeten Aktionen im Jahr 2015 handelte es sich um Protestaktionen gegen öffentliche Versammlungen politischer Gegner. Die linksextremistischen Teilnehmerzahlen bewegten sich dabei in Einzelfällen in denselben Dimensionen, wie bei angemeldeten Veranstaltungen, lagen überwiegend aber noch darunter.

Im Berichtsjahr gab es darüber hinaus nur eine einzige nicht angemeldete Demonstration in Dresden. Am 26. Mai 2015 nahmen etwa 50 teilweise verummumte Personen an einem Protestzug durch die Dresdner Neustadt teil und führten ein Frontrtransparent mit der Aufschrift „STOPG7“ mit sich.

Beim Eintreffen der Polizeikräfte zündeten sie Feuerwerkskörper und stürmten zunächst auf die Einsatzkräfte zu, wobei es zu Tötlichkeiten gegenüber den Beamten kam. Anschließend flüchtete der Großteil der teils verummumten Demonstranten. Die Polizei nahm sieben Personen wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollzugsbeamte und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz in Gewahrsam. Die Aktion fand am Vorabend eines Treffens der G7-Finanzminister in Dresden und im Vorfeld des G7-Gipfels im bayerischen Schloss Elmau statt. Während die linksextremistische Szene in Sachsen nur verhalten auf die G7-Treffen reagierte und keine der hier aktiven autonomen Gruppierungen zu Aktionen aufrief, machten Dresdner Autonome mit der Aktion symbolisch ihren Anspruch auch auf gewaltorientierten Widerstand zu Themen wie „Antiglobalisierung“ und „Antiimperialismus“ sichtbar.

Die Demonstration wies keine Verbindungen zur URA Dresden auf, die sonst hinter sämtlichen Aktionen Dresdner Autonome steht. Das weist auf ein weiteres aktionistisches Potenzial innerhalb der Dresdner Szene hin, das sich nicht durch diese stark bündnisorientierte und daher auch Bündniszwängen unterliegende Gruppe vertreten sieht. Dass es nicht häufiger in Erscheinung trat, lässt seine derzeit fehlende strukturelle Einbindung in die Dresdner Szene erkennen.

Klandestine (konspirativ vorbereitete) Gewalt

Auch für die Dresdner autonome Szene spielt bei klandestinen Aktionen die Gewalt eine bestimmende Rolle in der politischen Auseinandersetzung. 2014 gab es drei umfassend begründete Brandanschläge auf Fahrzeuge, 2015 lediglich einen und ideologisch nur oberflächlich begründeten Brandanschlag.

- In der Nacht zum 13. März 2015 setzten Unbekannte ein als solches erkennbares Fahrzeug der Deutschen Bahn AG in Brand, das infolgedessen stark beschädigt wurde. Auf dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „linksunten.indymedia.org“ veröffentlichten unbekanntes Verfasser ein Selbstbeziehungsschreiben³²¹. Darin begründeten sie die Tat mit einem angeblich „menschenunwürdigen Verhalten“ der Deutschen Bahn und deren Personal gegenüber „Menschen, welche sich kein Ticket leisten können, oder die jährlich erhöhten Preise nicht bezahlen wollen“, und dem Verhalten gegenüber Obdachlosen, die von Bahnhöfen vertrieben würden. Denselben Vorwurf erhoben sie auch gegenüber angeblich „rassistische(n) Kontrollen“.

³²¹ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Text „Dresden: DB-Auto den Flammen übergeben“ (Stand: 16. März 2015)

- Zudem bewarfen unbekannte Täter in der Nacht zum 26. März 2015 das Gebäude der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) mit Farbe und beschädigten durch Steinwürfe die Sicherheitsverglasung dreier Fenster. Der Direktor der SLpB hatte sich zuvor für einen Dialog mit Anhängern der PEGIDA eingesetzt und der Organisation eine Pressekonferenz in den Räumen der SLpB ermöglicht. Seitdem stand er in der Kritik von PEGIDA-Gegnern, darunter Linksextremisten. Die Tat entspricht dem Handlungsmuster Autonomer, die durch Gewaltanwendung politische Gegner sowie missliebige Personen und Institutionen einschüchtern und damit zu einem Verhalten entsprechend ihren eigenen Vorstellungen nötigen wollen.

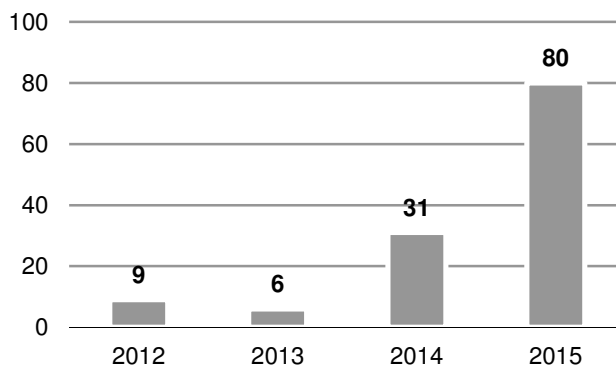
Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Dresden (Stadt)	187	226	168	87	38	69

2.3.3 Autonome außerhalb der Städte Leipzig und Dresden

In allen Regionen außerhalb der beiden sächsischen autonomen Zentren Leipzig und Dresden existierte ein deutlich geringeres linksextremistisches Personenpotenzial im unteren zweistelligen Bereich. Dementsprechend waren auch die Strukturen sowie das Aktivitätsniveau weit weniger ausgeprägt. Dennoch setzte sich dort der bereits im Jahr 2014 zu verzeichnende deutliche Anstieg der Aktivitäten von Linksextremisten im Jahr 2015 fort. Mit insgesamt 80 Aktionen verdreifachte sich die Anzahl nahezu gegenüber 2014 (31). Dabei gab es die meisten Aktionen in Chemnitz, so dass sich dieser Ort hinter Leipzig und Dresden aufgrund des Aktionsniveaus zu einem weiteren Schwerpunkt des aktionsorientierten Linksextremismus entwickelt hat.

Demonstrationen/Aufzüge/Gegenproteste von oder mit Beteiligung von Linksextremisten außerhalb von Leipzig und Dresden



Region Westsachsen

Die Region Westsachsen umfasst die Stadt Chemnitz, den Vogtlandkreis, den Landkreis Zwickau sowie den Erzgebirgskreis.

Dort existierten lediglich kleine, weitgehend unstrukturierte autonome Szenen mit wenigen Personen, die sich in den Städten Chemnitz und Plauen konzentrierten. Anders als in Leipzig und Dresden gab es keine namentlich agierenden autonomen Gruppierungen. Allerdings bestanden mit dem „Kompott“ und dem „Alternativen Jugendzentrum“ (AJZ) in Chemnitz Anlaufstellen für Linksextremisten, in denen im Berichtsjahr folgende Veranstaltungen mit links-extremistischen Bezügen stattfanden:

- im „Kompott“ am 2. Februar 2015 eine Vortragsveranstaltung "Antifaschistische Aktion - Geschichte einer linksradikalen Bewegung" sowie
- im AJZ am 21. November 2015 ein „Solidaritätsfestival“ des Rote Hilfe e. V.

Darüber hinaus diente das „Kompott“ als Kontaktanschrift der Regionalgruppe Südwestsachsen des linksextremistischen Rote Hilfe e. V.³²²: Diese führt dort nach eigenen Angaben Beratungen durch.

Kernthemen der Szene blieben im Berichtsjahr der „Antifaschismuskampf“, „Antirassismus“ sowie die Asylthematik. Die öffentlichen Aktivitäten von Linksextremisten beschränkten sich überwiegend auf die Teilnahme an von Nichtextremisten organisierten Veranstaltungen mit demonstrativem Charakter.

Insbesondere in **Chemnitz** beteiligten sich Linksextremisten regelmäßig in geringer Anzahl an Protesten gegen Veranstaltungen der PEGIDA Chemnitz/Erzgebirge. Zwar initiierten sie teilweise Sitzblockaden, konnten aber die PEGIDA-Aufzüge nicht entscheidend stören.

Dies lag auch an der anhaltenden personellen und strukturellen Schwäche der Chemnitzer autonomen Szene. Ihre bereits in den Vorjahren gering ausgeprägte Mobilisierungsfähigkeit sank weiter, da sie im Berichtsjahr das über Jahre hinweg wichtigste Ereignis, mit dem sie bei ihren Gegenaktivitäten auswärtige Linksextremisten zumindest einmal im Jahr mobilisieren konnte, verlor. Der bislang jährlich am 5. März stattfindende Aufzug von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Chemnitz im Zweiten Weltkrieg fand im Jahr 2015 nicht statt.

Bei mehreren Veranstaltungen kam es zur gemeinsamen Beteiligung mit Angehörigen der anarchistischen „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU). Einen Rückhalt für Linksextremisten bot auch die in Chemnitz ansässige neue Regionalgruppe Südwestsachsen des „Rote Hilfe e. V.“ (RH), welche linksextremistischen Straftätern finanzielle und politische Unterstützung in Aussicht stellt (vgl. Beitrag „Rote Hilfe e. V. in diesem Bericht“).

Die Linksextremisten dieser Region können zwar auf Grund des geringen Personenpotenzials und schwacher Strukturen bei öffentlichen Aktionen wenig eigene Akzente setzen. Dies hat jedoch keinen Einfluss auf die Gewaltbereitschaft der Akteure, denn ihre Aktionen sind trotz geringer personeller Stärke konfrontativ ausgerichtet.

Für die Durchführung klandestiner (konspirativ vorbereiteter) Aktionen sind nur wenige Personen notwendig, denn diese werden in der Regel von Kleingruppen mit 5 - 10 Teilnehmern durchgeführt. Das zeigte sich im Berichtszeitraum vor allem in Chemnitz und Plauen.

In Chemnitz wurden im Dezember 2015 mehrere Straftaten gegen Einrichtungen der Partei AfD durchgeführt, bei denen die Tatbegehungen auf einen linksextremistischen Hintergrund schließen ließen. So wurden am 6./7. Dezember 2015 Schaufensterscheibe und Tür des Büros durch Knallkörper beschädigt und mit Farbe besprüht.

In **Plauen** verübten Linksextremisten Sachbeschädigungen und griffen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten direkt an. Am 7. November 2015 drangen offensichtlich Autonome gewaltsam in ein Plauener Bekleidungsgeschäft ein, welches auch in der rechten

³²² DIE ROTE HILFE, Ausgabe 01/2015, S. 66

Szene beliebte Marken vertreibt. Dabei setzten die Täter Pfefferspray gegen Personen ein und zerstörten die Warenauslage. Auf das im Jahr 2012 eröffnete Geschäft waren bereits zuvor mehrere Farbanschläge verübt worden.

Kontinuität zeigte sich in den Kontakten zwischen Protagonisten aus Plauen und aus Leipzig – dem regionalen Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt in Sachsen. Nachdem Leipziger Linksextremisten bereits im Jahr 2014 maßgeblich an der Organisation und Durchführung einer Demonstration anlässlich des 1. Mai in Plauen beteiligt gewesen waren, nahmen sie am 7. November 2015, dem Tag des Angriffs auf das Geschäft, an Protesten gegen einen Aufzug von Rechtsextremisten in Plauen teil und führten kurzfristig eine eigene Versammlung durch.

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Chemnitz (Stadt)	30	35	45	6	5	10
Vogtlandkreis	3	135	15	0	24	3
Landkreis Zwickau	13	15	2	2	1	0
Erzgebirgskreis	30	23	17	3	1	3

Region Mittelsachsen

Zur Region Mittelsachsen gehören der Landkreis Mittelsachsen, der Landkreis Meißen sowie der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Das Aktionsniveau der linksextremistischen autonomen Szene im **Landkreis Mittelsachsen** wurde im Berichtsjahr stark von der Zunahme asylkritischer und asylfeindlicher Veranstaltungen dominiert. Die Beteiligung an bzw. die Mobilisierung zu entsprechenden Gegenaktivitäten der Zivilgesellschaft wurde der Organisation eigener Aktionen vorgezogen. Gab es in den Jahren 2013 und 2014 noch jeweils eine von der linksextremistischen Szene initiierte Demonstration in Döbeln, die als Reaktion auf Veranstaltungen von Rechtsextremisten durchgeführt und überregional beworben wurde, unterblieb dies im Jahr 2015.

Mit der Antifa RDL (Roßwein-Döbeln-Leisnig) trat im Berichtsjahr nur noch eine autonome Gruppe in Erscheinung. Aktivitäten der autonomen Gruppen N-RDL-Nazifrei (N-RDL steht für Nossen, Roßwein, Döbeln und Leisnig) und Antifa RGB (Rochlitz-Geringswalde-Burgstädt) waren nicht mehr zu verzeichnen. Mit Aufrufen auf der ihr zuzuordnenden Internetseite nrdl-nazifrei.blogspot.de mobilisierte die Antifa RDL zu Gegenaktivitäten anlässlich rechtsextremistischer bzw. asylkritischer Demonstrationen im Landkreis. Schwerpunkt dieser Gegenaktivitäten waren die Städte Döbeln und Roßwein. Das Ziel der Antifa RDL, „sich jederzeit und überall gegen Nazis und Staat entgegenzustellen“³²³ zeigt, dass sich auch diese autonome Gruppe besonders den Themenfeldern „Antifaschismus“ in Verbindung mit „Antirassismus“ und „Antirepression“ widmet.

³²³ <https://linksunten.indymedia.org/de/>, Text „Nazi-Mahnwache Döbeln & Gegenaktionen“ (Stand: 21. Dezember 2015)

In den **Landkreisen Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge** gab es auch 2015 keine aktive linksextremistische Szene, sondern lediglich einzelne Linksextremisten. Aktionen, wie die nachfolgend genannten, basierten vor allem auf Aktivitäten auswärtiger Linksextremisten.

Im Zusammenhang mit dem G6-Treffen der Innenminister vom 1. bis 2. Juni 2015 in Moritzburg kam es zu zwei kleinen Protestaktionen mit Beteiligung von Linksextremisten.

Ab Mai 2015 kam es im **Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge** zu mehreren Aktionen im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antirassismus“/Asyl. Linksextremisten beteiligten sich an zahlreichen „Pro-Asyl-Aktionen“ vor den Erstaufnahmeeinrichtungen in Freital und Heidenau mit z. T. überregionaler oder sogar bundesweiter Mobilisierung und Beteiligung (vgl. auch Beitrag „Im Fokus – Instrumentalisierung der Asylthematik durch Linksextremisten“ im vorliegenden Bericht). Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass diese Region im Einflussbereich der Dresdner Szene liegt und die Aktionen von dieser zumeist auch initiiert wurden.

Während ein Großteil der Aktionen störungsfrei verlief, kam es am 23. August 2015 in Heidenau bei einer Aktion von Linksextremisten nach einer bundesweiten Mobilisierung zu gewalttätigen Ausschreitungen. Im Rahmen eines Facebook-Beitrags³²⁴ signalisierten Linksextremisten ihre Bereitschaft, Gewalt anwenden zu wollen. Vermummt und teils mit Stöcken und Latten bewaffnet beschädigten sie schließlich auf dem Weg vom Bahnhof zu einer Versammlung ein Polizeiauto. Später wurden drei Personen angegriffen und verletzt.

Im Nachgang wurde die Aktion als „antifaschistische Strafexpedition“ bezeichnet.³²⁵ Es sei „notwendig, richtig und gerechtfertigt [gewesen], aggressiv, feindlich und militant aufzutreten (...)“.

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Landkreis Mittelsachsen	39	43	31	8	3	3
Landkreis Meißen	19	24	8	0	1	0
Landkreis Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	20	15	43	0	2	9

Region Ostsachsen

Die Region Ostsachsen umfasst die Landkreise Bautzen und Görlitz.

Im **Landkreis Bautzen** existieren bereits seit Jahren keine linksextremistischen Strukturen. Während im **Landkreis Görlitz** in den vergangenen Jahren – trotz personeller Schwäche – noch linksextremistische Strukturen vorhanden gewesen waren, zeigte im Berichtsjahr nur noch die Antifaschistische Aktion Görlitz sporadisch Präsenz im Internet. Sowohl der Auto-

³²⁴ „(...) Nazis jagen!“; <https://facebook.com/pages/Antifaschistisches-Nachrichtenportal-Sachsen> (Stand: 24. August 2015).

³²⁵ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Beitrag „[B] Über deutsche Pogrome, antifaschistische Strafexpeditionen und sinnleerte Eventpolitik“ (Stand: 28. August 2015); Autor des Beitrages war eine dem gewaltbereiten Berliner autonomen Spektrum zuzurechnende „Antifaschistische Koordination 36“

nomal-Versand in Zittau als auch die Antifa Lausitz entfalteten keine öffentlichen Aktivitäten mehr. Noch im Vorjahr war die Antifa Lausitz eine feste Struktur mit überregionalen Aktivitäten gewesen, die über intensive Kontakte in die Tschechische Republik verfügt hatte.

Diese Inaktivität autonomer Strukturen korrespondiert mit einem Rückgang öffentlicher Aktivitäten von Linksextremisten. Bereits in den Vorjahren hatten an den Aktivitäten nur wenige Teilnehmer teilgenommen. Im Berichtsjahr ging in Ostsachsen darüber hinaus auch die Zahl der Aktionen insgesamt zurück, wohingegen diese in anderen Regionen Sachsens deutlich anstiegen.

Am 3. Oktober 2015 beteiligten sich Linksextremisten in Görlitz an Protestaktivitäten gegen eine asylkritische Demonstration. Gegendemonstranten versuchten, den Aufzug zu blockieren, was von der Polizei verhindert wurde. Zudem wurden aus dem Kreis der Gegendemonstranten zwei Böller in Richtung der Demonstration geworfen, durch die Polizeibeamte verletzt wurden. Weitere Übergriffe konnten durch die Polizei verhindert werden.

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Landkreis Bautzen	9	31	23	0	5	0
Landkreis Görlitz	14	13	21	2	1	2

Region Nordsachsen

In den **Landkreisen Leipzig und Nordsachsen** gab es auch im Berichtsjahr keine aktive linksextremistische Szene. Aktionen, wie die nachfolgend genannten, basierten – auf Grund der örtlichen Nähe zu Leipzig – vor allem auf Aktivitäten dortiger linksextremistischer Gruppierungen und Einzelpersonen.

So wurde die Demonstration „Kamal K. von Rassisten ermordet! – Nazis keine Ruhe lassen! – Nichts wird vergessen, nichts ist vergeben!“ am 28. März 2015 in Taucha (Landkreis Nordsachsen) von der nichtextremistischen Initiative „Rassismus tötet!“- Leipzig initiiert.

Während frühere Demonstrationen zum Jahrestag des am 24. Oktober 2010 in Leipzig aus rassistischer Motivation heraus ermordeten Kamal K. in Leipzig stattfanden, erfolgte im Jahr 2015 eine Verlegung nach Taucha, da dort zu diesem Zeitpunkt einer der am Mord Beteiligten nach seiner Haftentlassung wohnte. Während sich in Leipzig jährlich mehrere Hundert Personen an den Gedenkdemonstrationen beteiligten, war die Teilnehmerzahl mit etwa 120 Personen, darunter auch Linksextremisten, in Taucha überschaubar.

Im Landkreis Nordsachsen wurden keine Aktivitäten zur Asylthematik bekannt. Anders im Landkreis Leipzig: Dort befanden sich am 29. Juni 2015 in Borna auch Linksextremisten unter den etwa 120 Teilnehmern der angemeldeten Demonstration „Borna ohne Grenzen – No Legida“. Diese Demonstration richtete sich gegen eine Demonstration des damals in Gründung befindlich gewesenen Vereins „GIDA Regional“. Während dieser Demonstration versuchten Teilnehmer der „No-Legida-Demonstration“ deren Tribünenwagen zu stürmen. Im Anschluss an die Demonstration erfolgte in Leipzig ein tätlicher Angriff von mindestens drei

vermummten Personen auf zwei „GIDA Regional“-Teilnehmer, als diese den Tribünenanhänger zur Verleih-Firma zurückbrachten.

Bereits im Vorfeld war auf dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „left-action“ zu dieser Demonstration aufgerufen worden³²⁶. Ziel war es, sich gegen die GIDA-Bewegung zu positionieren, da in diesem Zusammenhang ein Erstarren „rechter Strukturen und die Entwicklung eines Selbstbewusstseins von Neonazis“ erfolge.

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Landkreis Leipzig	9	16	138	2	4	2
Landkreis Nord-sachsen	23	18	27	10	2	2

³²⁶ www.left-action.de, Beitrag „Gemeinsam und solidarisch gegen Legida und Co.“ (Stand: 25. Juni 2015)

2.4 Anarchistische Gruppierungen

Der Anarchismus ist eine politische Bewegung und Weltanschauung, die in ihrem Kern die Herrschaft von Menschen über Menschen sowie jede Art von Hierarchie als Form der Unterdrückung von Freiheit ablehnt. Das Ziel besteht in der Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft im Sinne einer Gesellschaftsordnung ohne Staat, Militär und Justiz. Der Anarchismus besitzt eine lange historische Tradition, deren Wurzeln bis in die frühe europäische Arbeiterbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Im Laufe seiner Geschichte hat er eine Vielzahl von Strömungen hervorgebracht und verschiedene Facetten entwickelt, die eine unterschiedliche Qualität aufweisen und bis in die Gegenwart hineinreichen.

Die anarchistischen Gruppierungen in Sachsen vertreten Positionen des Anarchosyndikalismus. Dabei sind fließende Übergänge in ähnliche oder verwandte Bewegungen oder Gruppen – wie den Autonomen – feststellbar. Dennoch weist der Anarchosyndikalismus einige spezielle Merkmale auf, durch die sich entsprechende Gruppen auch deutlich von den Autonomen unterscheiden. Diese wesentlichen Unterscheidungsmerkmale lassen sich vor allem anhand von Kriterien für die Bereiche Ideologie, Organisation und Strategie herausarbeiten.

Der Anarchosyndikalismus ist eine Form des Anarchismus, der auf die Übernahme der Produktionsmittel durch „Arbeiterassoziationen“ abzielt. Das beinhaltet die Idee einer gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaft, die eine Kollektivierung der Produktionsmittel anstrebt. Der Staat soll zerschlagen werden und an dessen Stelle eine Föderation der Syndikate treten. Das Syndikat wird als tragende Organisationseinheit des revolutionären Kampfes wie auch der Zukunftsgesellschaft erachtet. Diese Form des Anarchismus weist somit eine deutlich andere Qualität auf als jene der Autonomen. Zwar favorisieren auch Autonome ihrem Selbstverständnis entsprechend eine herrschafts- und gesetzlose Ordnung, jedoch ist es ihnen bislang nicht gelungen, eine feste theoretische Basis zu entwickeln.

Die anarchosyndikalistischen Gruppen sind in ein föderales Netzwerk integriert. Die örtlichen/regionalen Lokalföderationen bilden die bundesweite Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion (FAU), welche ihrerseits als deutsche Sektion der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) angeschlossen ist.³²⁷

Auch hier zeigt sich ein Unterschied zur autonomen Szene, die in verschiedene örtliche Strukturen und Kleingruppen zersplittert ist. Den verschiedenen Versuchen der Bildung einer überregionalen Organisation oder zumindest einer dauerhaften Vernetzung untereinander standen stets die den Autonomen eigene Organisationsfeindlichkeit sowie ideologische Differenzen entgegen.

Das Handeln der Anarchosyndikalisten richtet sich nach strategischen Prinzipien, die in der „Prinzipienerklärung der FAU-IAA“ formuliert sind.

In der bis Mitte 2015 gültigen Fassung hieß es, sie sind bestrebt, „(...) *schrittweise eine neue Welt in der Schale der alten zu entwickeln*.“³²⁸ Die Frage der Anwendung von Gewalt bei der Umsetzung ihrer Ziele wurde offen gelassen. Dazu hieß es:

„In unserem Vorgehen legen wir uns weder auf Gewaltlosigkeit noch auf Gewalt fest! Die Wahl unserer Mittel ergibt sich aus den konkreten Situationen und Zielen!“³²⁹

Im Jahr 2015 formulierte die FAU eine neue „Prinzipienerklärung“. Im Gegensatz zur Vorgängerversion ist die aktuelle Prinzipienerklärung gemäßigt abgefasst. Das Ziel wird nach wie vor in der „Überwindung des Kapitalismus“ gesehen, da er „auf der Ausbeutung durch diejenigen beruht, die über die Produktionsmittel verfügen“. Zwar wird die Rolle der Gewalt für die Umsetzung dieser Ziele nicht mehr thematisiert. Eine explizite Abgrenzung erfolgt

³²⁷ Internetseite der FAU-Dresden <http://dresden.fau.org> (Stand: 29. Oktober 2015)

³²⁸ „Prinzipienerklärung der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“, verfasst 1989/1990, geändert 2003, S. 7

³²⁹ „Prinzipienerklärung“ der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion, verfasst 1989/1990, geändert 2003, S. 11

jedoch nicht. Stattdessen wird eher ein reformreicher Weg in Erwägung gezogen. So heißt es:


„Politische Reformen lehnen wir nicht ab, wenn sie reale Verbesserungen der Lebenssituation beinhalten oder unsere Rechte stärken und nicht im Widerspruch zu unseren Zielen stehen. Wir lehnen jedoch Reformismus als eine Haltung ab, die nicht versucht, die bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse grundlegend zu ändern, sondern sie stattdessen stabilisiert.“³³⁰

Die neue „Prinzipienerklärung“ hat vor allem das taktische Ziel der Gewinnung neuer Mitglieder. Erwartet wird, dass die meisten potenziellen Anhänger eher mittels Reformen zur Änderung der Gesellschaft zu gewinnen sein werden als auf revolutionärem Weg.

In Sachsen sind es die anarchosyndikalistischen Kleingruppen FAU Dresden und Leipzig sowie die Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig (ASJL), die fest in das bundesweite föderale Netzwerk integriert sind. Gemessen an ihrer geringen personellen Stärke sind diese Gruppierungen sehr aktiv. Besonders im Rahmen öffentlicher Aktionen versuchen die Akteure, ihre extremistischen Zielsetzungen zu verbreiten und so neue Anhänger zu gewinnen. Indem sich die FAU vordergründig als gewerkschaftsähnliche Organisation darstellt, wird verschleiert, dass sie die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anstrebt.

Die ASJL wiederum zeigt eine Nähe und Affinität zur gewaltbereiten autonomen Szene.

Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union – Internationale Arbeiter Assoziation (FAU-IAA)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1977
Sitz:	Frankfurt am Main (Hessen)
Mitglieder 2015 in Sachsen:	ca. 45
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 45
Teil-, Nebenorganisationen:	Syndikate, Lokalföderationen: Allgemeines Syndikat Dresden der FAU, FAU Leipzig, FAU Sektion Chemnitz Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig (ASJL)
Publikation:	DIREKTE AKTION
Kennzeichen:	

³³⁰ „Prinzipien und Grundlagen der Arbeit der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion (FAU)“, <http://fau.org/texte/> (Stand: 29. Oktober 2015)

Historie und Strukturentwicklung

Die FAU-IAA ist die mitgliederstärkste anarchistische Gruppierung in Deutschland und ist in Sachsen spätestens seit Mitte der 1990er Jahre aktiv. Sie bezeichnet sich selbst als „Anarchistische Gewerkschaft“, die der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) angeschlossen ist. Ihre Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge.

Wie bereits im Jahr 2014 stagniert die Mitgliederzahl bei etwa 45 aktiven Mitgliedern. Die organisatorische Basis der sächsischen Mitglieder bilden örtliche Syndikate (lokale basisdemokratische Gewerkschaften) und Lokalföderationen (alle Syndikate an einem Ort) in den Städten Leipzig und Dresden.

Mitgliedern der im Jahr 2014 aufgelösten FAU-INITIATIVE CHEMNITZ gelang es nicht, besondere Akzente für eine organisatorische Neugründung zu setzen. Zwar wurde mit der FAU-Sektion Chemnitz eine neue Struktur aufgebaut, jedoch wurden die Anforderungen für die Errichtung eines eigenständigen Syndikats nicht erreicht.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die FAU-IAA ist anarchistisch und antikapitalistisch. Ihr Ziel ist es, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen. In ihrem als „*revolutionäre Gewerkschaftszeitung*“ bezeichneten Kampfblatt DIREKTE AKTION, das sich nach eigenen Angaben „*auf die Grundlage des Klassenkampfes stützt*“, heißt es dazu unmissverständlich:

*„Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel. Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus. (...) Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z. B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab.“*³³¹

Mit diesem Selbstverständnis, welches die Anwendung sämtlicher Mittel zur Beseitigung der parlamentarischen Demokratie propagiert, steht die FAU-IAA in klarem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Aktivitäten

Wie schon im Jahr 2014 traten anarchosyndikalistische Gruppen im Freistaat Sachsen auch im Berichtsjahr mit eigenen Aktionen öffentlich in Erscheinung. Dabei zeigten sich jedoch teils deutliche Unterschiede zwischen den in Dresden, Leipzig und Chemnitz ansässigen FAU-Akteuren nicht nur in Umfang und Intensität, sondern auch in der Wahl der Mittel.

Dresden

Aktivste Gruppe blieb das Allgemeine Syndikat Dresden der FAU-IAA. Insbesondere durch die Verteilung von Flugblättern, die Organisation von Demonstrationen oder über die Beteiligung an sozialkritischen, nicht extremistischen Protestdemonstrationen versuchte die FAU Dresden, ihren Bekanntheitsgrad und ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Da es der FAU als anarchosyndikalistischer Gruppierung vorrangig um Arbeitskampf und Gewerkschaftsarbeit aus linksextremistischer Perspektive geht, nehmen Aktionen anlässlich des 1. Mai einen zentralen Raum ein. Bei ihrer Demonstration am 1. Mai 2015 in Dresden nahmen etwa 80 Personen teil. Es wurden u. a. ein Fronttransparent sowie mehrere Fahnen der FAU gezeigt und Flyer verteilt. Mithilfe eines Transparents „07.06.2015 – Auf zum Gip-“

³³¹ DIREKTE AKTION ANARCHOSYNDIKALISTISCHE ZEITUNG, Ausgabe 230 (Juli/ August 2015), S. 16

*felsturm nach Schloss Elmau*³³² der linksextremistischen „Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen“ (FDA) wurde zu Störungen des G7-Gipfels aufgerufen.

Im zweiten Halbjahr griff auch die FAU die Asylthematik auf und versuchte, diese für ihre Zwecke politisch zu nutzen. Im Gegensatz zu den Akteuren der autonomen Szene besitzt die FAU klare Vorstellungen davon, inwieweit Asylbewerber in eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft integriert werden könnten. Am 1. August 2015 veröffentlichte das Allgemeine Syndikat Dresden der FAU-IAA auf der von Linksextremisten genutzten Internetplattform „linksunten.indymedia.org“ unter dem Titel „Arbeitskämpfe, Erwerbslosigkeit, Beratung, Bildung und Kultur in der FAU Dresden“ einen Beitrag, in dem eine Strategie für die Einbindung von Asylbewerbern in die Organisation der FAU skizziert wird³³². Diese basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen:

- der Unterstützung von Arbeitsmigranten bei Lohnkämpfen mit perspektivischer Einbindung in die FAU sowie
- dem Abbau von Sprachbarrieren verbunden mit einer wöchentlichen Beratung durch Mitglieder der FAU.

Die beabsichtigte Unterstützung von Asylbewerbern in Dresden durch die FAU basierte auf einer objektiven Einschätzung der Lage. So stellten die Verfasser fest, „(...) dass in der rassistischen Pogrom-Stimmung ein Kampf um die Straßenpräsenz aktuell nicht zu gewinnen ist.“ Daraus leiteten sie sowohl kurz- als auch längerfristige Maßnahmen ab. Die Kurzfristigen sollten darin bestehen, „(...) die Lebenssituation der Flüchtlinge nach Möglichkeit zu verbessern und den Schutz vor Faschist_innen und Rassist_innen zu leisten, den die sächsische Polizei den Betroffenen verwehrt.“ Längerfristig sind die Autoren der Ansicht, „(...) dass es eine grundsätzliche Darstellung sozialer und systemischer Alternativen und eine antirassistische wie antikapitalistische Grundbildung an den Schulen, in den Betrieben, Nachbarschaften und Erwerbsloseninitiativen braucht, um langfristig aus dem Rechtsschwenk der Gesellschaft heraus zu kommen.“ Deshalb – so die Schlussfolgerung – will man versuchen, „Bildungsarbeit (...) wo immer möglich zu leisten.“ Perspektivisch zielte man darauf ab, Asylbewerber in öffentliche Aktionen der FAU einzubinden. So hieß es dazu:

„Gleichzeitig wollen wir mit gemeinsamen Kämpfen von deutschen, ausländischen und migrantischen Kolleg_innen in der Praxis Ressentiments auflösen und ein greifbares Solidaritätsgefühl wecken.“³³³

Chemnitz

Seit Ende Oktober 2015 bezeichnet sich die ehemalige FAU-Initiative zur Gründung eines Syndikates in Chemnitz auf ihrer Internetseite als Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion Sektion Chemnitz, die organisatorisch dem Syndikat Dresden angehört. Ihr Zielvorhaben, ein Syndikat der FAU in Chemnitz zu etablieren, wurde mit der Sektionsgründung nur teilweise erreicht.³³⁴

Eigenständige Aktivitäten beschränkten sich auf wenige Vortragsveranstaltungen. Die im Internet angekündigten Treffen fanden nur mit geringer Beteiligung statt. Mitglieder beteiligten sich an Protesten gegen asylkritische Demonstrationen in Chemnitz und Dresden. Dort führten sie FAU-Fahnen mit sich.

Traditionell am 1. Mai führte die FAU-Initiative zur Gründung eines Syndikates in Chemnitz einen Informationsstand in Chemnitz durch. Die Aktion diente dem Verbreiten anarchistischer Positionen, der Spendensammlung sowie der eigenen Mitgliederwerbung. Rückblickend schätzte die FAU in einem Internetbeitrag ihre Bilanz als positiv ein: „(...) wir konnten

³³² <https://linksunten.indymedia.org/de/node/149879> (Stand: 14. August 2015)

³³³ ebenda

³³⁴ <http://fauchemnitz.blogspot.de> (Stand: 29. Oktober 2015)

uns als kleiner schwarzer Fleck inmitten der Etablierten behaupten und erreichten damit mehr Aufmerksamkeit als das Jahr zuvor.“³³⁵

Die Region Chemnitz ist durch ein sehr niedriges linksextremistisches Personenpotenzial geprägt, das nur schwach strukturiert ist. So ergaben sich für die FAU CHEMNITZ kaum Anschlussmöglichkeiten. Aber auch andere örtlich ansässige Linksextremisten suchten offenbar nicht die Zusammenarbeit mit der FAU Chemnitz. Eine nennenswerte strukturelle Entwicklung wird deshalb bis auf Weiteres nicht zu erwarten sein.

Leipzig

Die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Leipzig“ (FAU Leipzig) trat im Vergleich zum Vorjahr kaum mit eigenständigen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit auf. Einzig im April führte sie eine Kundgebung zum Thema „Pfleger und bessere Arbeitsbedingungen“ in Leipzig durch. Im Rahmen der Aktion propagierte sie ihre extremistischen Ziele, indem sie die ihrer Ansicht nach schlechten Arbeitsbedingungen instrumentalisierte. Damit versuchte sie ihre im Oktober 2014 begonnene „Pflegeroffensive“ fortzusetzen.

Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig (ASJL)

Historie und Strukturentwicklung

Eigenen Angaben zufolge gründete sich die ASJL im November 2010. Sie gehört als Ortsverein zu der im Mai 2011 gegründeten Regionalföderation Ost der ASJ.

Ab Mitte 2007 entwickelte sich innerhalb der FAU-IAA eine Jugendvertretung, die auf dem FAU-Kongress 2008 eine AG-Jugend konstituierte. Aus dieser heraus bildeten sich schließlich regionale ASJ-Gruppen. Die Separierung der ASJL von der FAU-Leipzig im Jahr 2010 markierte keine Abgrenzung im inhaltlich-weltanschaulichen Sinn, sondern war Folge einer bundesweiten strukturellen Entwicklung.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Ihrem Selbstverständnis entsprechend ist die ASJL „ein bundesweit organisierter, außerparlamentarischer Jugendverband“, der „den Parlamentarismus nicht für das richtige Mittel [hält], um die gesellschaftlichen Bedingungen zu verbessern.“ Sie strebt eine „Welt ohne Nationen und Staaten [an], in der alle individuell nach ihren Bedürfnissen leben können [...]“³³⁶ Damit forciert sie eine anarchistisch geprägte Gesellschaft, welche die Abwesenheit staatlicher Strukturen beinhaltet und damit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung diametral entgegengesetzt ist.

Mit der Formulierung, dass „(...) für die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit eine gemeinschaftliche Verwaltung der Produktionsmittel entscheidend notwendig ist“, wird eine Grundforderung des Anarchosyndikalismus bedient. Darüber hinaus grenzte sich die ASJL – zumindest indirekt – deutlich vom Freiheitsbegriff der Autonomen ab, da aus ihrer Sicht „Freiheit nicht das Ausleben egoistischer Vorstellungen auf Kosten Anderer“ bedeute.³³⁷

Außerdem ist sie der Meinung, dass

„(...) man über sein Zusammenleben mit anderen Menschen selbst entscheiden kann, ohne durch soziale, politische oder sonstige Hierarchien unterdrückt zu werden.“³³⁸

³³⁵ ebenda (Stand: 2. Juni 2015)

³³⁶ Selbstdarstellung, Flyer der ASJL, Oktober 2015

³³⁷ <http://asjl.blogspot.de>, Rubrik „Grundsatz“ (Stand: 28. Oktober 2015)

³³⁸ ebenda

Sie hält es für unmöglich, diesen Grundsatz in der Demokratie zu verwirklichen. Weiterhin nimmt sie zum Zwecke der Beseitigung jeder staatlichen und nichtstaatlichen Ordnung auch die Anwendung von Gewalt in Kauf und äußerte dazu:

„Nichts wäre wünschenswerter, als dass dieser Konflikt friedlich ausgetragen werden könnte. Die Lehren aus der Geschichte und das Gebären der aktuell Machthabenden lässt uns diesen Wunsch leider als unrealistisch erscheinen.“³³⁹

Die ASJL lehnt jede Form der Herrschaft als Synonym der Ungleichheit und Unfreiheit ab. Das gilt auch für die von Marxisten angestrebte „Diktatur des Proletariats“ nach erfolgreichem Klassenkampf. Unter Klassenkampf versteht die ASJL den *„unmittelbaren Kampf gegen das Bestehen von Klassen, als Ausdruck von Unterdrückung“*. Dieser sei nur zu verwirklichen, *„indem die Bereitschaft aller zur Überwindung des Systems durch Aufklärung und Emanzipation gefördert wird.“³⁴⁰*

Aktivitäten


So wie die FAU-Leipzig spielte auch die ASJL, wenn auch als eigenständige Organisation, eine nur untergeordnete Rolle im linksextremistischen Spektrum von Leipzig. Im Unterschied zur Mutterorganisation FAU zeigt sich bei deren Jugendvertretung in Leipzig jedoch eine enge Verzahnung mit der örtlichen autonomen Szene. So rief die ASJL zur Teilnahme an Demonstrationen in Leipzig auf, an denen sich auch AUTONOME beteiligten. Beispielsweise mobilisierte die ASJL im Internet zu Aktivitäten gegen die Demonstration der „Offensive für Deutschland“ am 26. September 2015 in Leipzig, bei der es sich aus der Sicht von Linksextremisten um eine Veranstaltung von Rechtsextremisten handelte. Im Verlauf kam es zu zahlreichen Stein- und Flaschenwürfen auf den Demonstrationszug und auf die Polizeibeamten. Die ASJL führte eine Reihe von Veranstaltungen durch. Dazu lud sie im Berichtsjahr regelmäßig zu offenen Plenen und Vortragsveranstaltungen zur Thematik Anarchosyndikalismus ein. So war die ASJL als Referent für eine Veranstaltung am 8. Oktober 2015 unter dem Titel „Anarchismus und Anarchosyndikalismus“ im Rahmen der „Kritische[n] Einführungswochen“ an der Universität Leipzig benannt³⁴¹.

³³⁹ ebenda, Schreibweise wie im Original

³⁴⁰ ebenda

³⁴¹ <http://asjl.blogspot.de>, Rubrik „Termine“ (Stand: 4. Dezember 2015)

2.5 Rote Hilfe e. V. (RH)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1975
Sitz:	Bundesgeschäftsstelle in Göttingen (Niedersachsen)
Mitglieder 2015 in Sachsen:	ca. 280 ³⁴²
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 200 ³⁴³
Mitglieder 2014 bundesweit:	ca. 6.779 ³⁴⁴
Vorsitz Bund:	keine Angabe
Teil-, Nebenorganisationen:	-
Publikation:	DIE ROTE HILFE (vierteljährlich)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die Rote Hilfe war ursprünglich eine 1921 von der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) gegründete Gefangenenhilfsorganisation. Ihre Aufgabe bestand darin, Geld- und Lebensmittelsammlungen „für die Opfer des proletarischen Befreiungskampfes zu organisieren“. Sie war eine der mitgliederstärksten KPD-nahen Massenorganisationen.

Nachdem sich Anfang der 1970er Jahre in verschiedenen Städten Rote-Hilfe-Gruppen gebildet hatten, wurde die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) unter Bezugnahme auf den gleichnamigen Vorläufer im Jahr 1975 neu gegründet. Seit 1986 ist die Organisation ein eingetragener Verein.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands ging der Aufbau erster Strukturen der RH in Sachsen nur sehr schleppend voran. Neu gegründete Ortsgruppen lösten sich häufig bald wieder auf.

Dennoch zählt die RH zu den mitgliederstärksten linksextremistischen Gruppierungen in Sachsen. Nachdem die hiesige Mitgliederzahl von 2012 an zunächst stagniert hatte, konnte die RH ihre Mitgliederzahl im Jahr 2015 deutlich ausbauen und erreichte mit ca. 280 Personen für Sachsen einen neuen Höchststand. Ein Zusammenhang könnte mit der bereits im Vorjahr festgestellten Vielzahl von demonstrativen Ereignissen mit linksextremistischen Bezügen bestehen, bei denen häufig Teilnehmer von polizeilichen Maßnahmen betroffen waren. Die RH selbst spricht davon, dass es in Leipzig hohen Beratungsbedarf durch die Proteste gegen LEGIDA gebe³⁴⁵. Auch bundesweit konnte die RH Mitglieder gewinnen.

Der Anstieg der Mitgliederzahlen der RH wirkt sich jedoch nicht auf die Gesamtzahl der sächsischen Linksextremisten aus. Zahlreiche Mitglieder der RH sind zugleich Mitglieder in anderen linksextremistischen Bestrebungen.

³⁴² Die Mitgliederzahlen für das Jahr 2015 sind geschätzt, mit Mehrfachmitgliedschaften

³⁴³ Die Mitgliederzahlen für das Jahr 2014 beruhen auf Eigenangaben der RH, mit Mehrfachmitgliedschaften

³⁴⁴ Die Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der RH in: DIE ROTE HILFE, Ausgabe 01/2015, Beilage „Mitgliederrundbrief 01/2015“, mit Mehrfachmitgliedschaften

³⁴⁵ DIE ROTE HILFE, Ausgabe 3/2015, Beilage „Mitgliederrundbrief 3/2015“, S. 10

Aufgrund steigender Mitgliederzahlen konnte die RH im Berichtsjahr ihre Strukturen ausbauen. Zu den seit mehreren Jahren fest etablierten RH-Ortsgruppen in Leipzig und Dresden kam die Regionalgruppe Westsachsen mit Sitz in Chemnitz hinzu, die aus einer Kontaktadresse in eine Regionalgruppe umgewandelt wurde. Die neue Organisationseinheit trat erstmals zu Beginn des Jahres öffentlich in Erscheinung und soll als dritte selbstständig arbeitende Struktur die Region im Südwesten des Freistaates abdecken.³⁴⁶

Bundesweit gliedert sich die RH in einen 20 Personen umfassenden Bundesvorstand sowie in selbstständig arbeitende Ortsgruppen bzw. Regionalgruppen. Die Bundesdelegiertenversammlung legt mindestens alle zwei Jahre die Grundsätze und Schwerpunkte der Arbeit fest. Die dabei gefassten Beschlüsse setzen die Ortsgruppen eigenverantwortlich um. Sie sind gegenüber dem Bundesvorstand rechenschaftspflichtig.

Die RH finanziert sich größtenteils über Mitglieds- und „Solibeiträge“, durch den Verkauf ihrer vierteljährlich erscheinenden überregionalen linksextremistischen Zeitung DIE ROTE HILFE sowie von Broschüren. Auch werden anlassbezogen themenspezifische Spendenaktionen wie die Kampagne „Mehr Solidarität gegen mehr Repression“ oder anlässlich des im Jahr 2015 im bayrischen Schloss Elmau stattgefundenen „G7-Gipfels“ durchgeführt.³⁴⁷

Ideologie / politische Zielsetzung

Die RH wird von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung getragen. Sie versteht sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“³⁴⁸, die sich im „Kampf gegen die staatliche Repression“ und „die politische Justiz“³⁴⁹ engagiert. Ihr vordergründiges Anliegen ist die finanzielle und politische Unterstützung von Straf- und Gewalttätern des „linken“ Spektrums, „*die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden*“³⁵⁰. Diese unterstützt sie im Strafverfahren und mit Geldbeträgen. So hatte ein Straftäter im Zusammenhang mit einer Aktion am 13. Februar 2015 in Dresden einen Bußgeldbescheid erhalten, den die RH anschließend zur Hälfte übernahm³⁵¹. Bezeichnenderweise unterstützt die RH einen politischen Straftäter nur dann, wenn er auch weiterhin zu seiner Tat steht. Wer hingegen dem Staat und seinen Repräsentanten entgegenkommt, um etwa das Strafmaß zu mildern, wird nicht weiter bedacht. Eine solche Zusammenarbeit mit Behörden des demokratischen Rechtsstaates wertet die RH als Preisgabe der politischen Positionen und als Verrat an der gemeinsamen Sache. So wurde das Bestreiten eines Tatvorwurfes vom Bundesvorstand „(...) als Distanzierung von der politischen Aktion bewertet und die beantragte Unterstützung nicht bewilligt.“³⁵²

Unter „Repression“ versteht die RH judikative und exekutive Maßnahmen – hier vor allem der Polizei, die sich gegen Angehörige des „linken“ Spektrums richten³⁵³. Besonders in dieser Auffassung zeigen sich für den Linksextremismus typische Positionen. Die RH versteht Polizei, Justiz und Strafvollzug als Mittel der Machthaber zur Herrschaftssicherung. Deren Handeln sei rein politisch motiviert, willkürlich sowie grund- und menschenrechtswidrig. Wie die gewaltbereiten Autonomen lehnt die RH damit das staatliche Gewaltmonopol und die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung als sogenannte „strukturelle Gewalt“ ab und zielt damit auf eine Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats.

So deutet sie z. B. die der Bekämpfung des Terrorismus dienenden Anti-Terror-Gesetze als „*Feindstrafrecht, (...) das für Gegner*innen der bürgerlichen Ordnung geschaffen wurde, für*

³⁴⁶ Der erste Eintrag auf der Internetseite der Regionalgruppe <http://rotehilfesws.blogspot.eu> stammt vom 19. Dezember 2014 und lässt auf den Gründungsmonat Dezember 2014 schließen (Stand: 23. Februar 2015)

³⁴⁷ DIE ROTE HILFE, Ausgabe 2/2015, S. 6 und S. 52

³⁴⁸ Satzung des ROTE HILFE e.V., § 2 Abs. 1, (Stand: November 2010)

³⁴⁹ „Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe“, S. 58 f., Göttingen 1996

³⁵⁰ Satzung des ROTE HILFE e.V., § 2 Abs. 2 Satz 1, (Stand: November 2010)

³⁵¹ DIE ROTE HILFE, Ausgabe 3/2015, S. 4 f.

³⁵² ebenda, S. 6

³⁵³ „Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe“, S. 58 f., Göttingen 1996; „Aussageverweigerung und Verhörmethoden“, September 2007, S. 17 f. und S. 45 f.

die die Regeln einer 'normalen' Prozessführung und Ermittlung nicht mehr gelten“ würden.³⁵⁴ Nach ihrer Auffassung dienten diese Gesetze vornehmlich dazu, jegliche „Politische Aktivität[en] gegen die herrschenden Zustände unmöglich zu machen“. Die als Repression verstandenen Gesetze seien demnach nicht nur zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten beschlossen worden, sondern würden durch „die Verbreitung von Angst und Schrecken durch ausgeübte oder angedrohte Gewalt [dazu benutzt], um Menschen gefügig zu machen.“³⁵⁵

Das Ziel der RH besteht darin, den inneren Zusammenhalt im Linksextremismus zu stärken und seine Strukturen aktionsfähig zu halten. Dazu betreut sie „politische Häftlinge“, um deren Bindung an die linksextremistische Szene zu erhalten. Sie unterstützt dabei hauptsächlich Personen, die aus Sicht der RH Opfer „staatlicher Repression“ geworden sind.

Aktivitäten

Die RH vermittelt den Betroffenen Anwälte und gewährt ihnen Beihilfen zu Prozesskosten. Die Unterstützung erfolgt jedoch nicht bedingungslos. Nach Einzelfallprüfung durch den Bundesvorstand werden nur solche Personen unterstützt, die auf Grund ihres „politischen Handelns“ vor Gericht gestellt oder verurteilt werden. Diese müssen dort zudem den „politischen Hintergrund des eigenen Handelns“ verteidigen und ihr Aussageverhalten nach den in der linksextremistischen Szene verbreiteten Hinweisen zur Aussageverweigerung richten.³⁵⁶

In ihren Ortsgruppen führt die RH regelmäßig Rechtsberatungen zu Themen wie „Umgang mit Staatspost, Polizeiübergriffen und anderweitiger Repression“ durch. Mit Hinweisen zum Schutz vor Strafverfolgung sowie dem Inaussichtstellen politischer und materieller Hilfe mindert sie auch die abschreckende Wirkung strafrechtlicher Sanktionen. Sie flankiert die von ihr als besonders spektakulär empfundenen Fälle von „Repression“ durch Kampagnen, Presseerklärungen oder Solidaritätskundgebungen. Zudem vertreibt die RH eine Vielzahl verschiedener Broschüren, so z. B. zum Thema „Aussageverweigerung gegenüber der Polizei“.

Die RH stellt für konfliktgeneigte Veranstaltungen, wie Demonstrationen des „linken“ Spektrums, häufig so genannte Ermittlungsausschüsse (EA) zur Verfügung³⁵⁷, welche den Betroffenen als Ansprechpartner dienen und ihnen Anwälte vermitteln.

War noch in den letzten Jahren ein Rückgang öffentlicher Aktivitäten der mitgliederstärksten sächsischen Ortsgruppe Leipzig feststellbar, so zeichnete sich ab dem Beginn des Berichtsjahres ein klarer Anstieg der als „Antirepressions-Tresen“ angekündigten Veranstaltungen ab. Die Entwicklung ist vor allem auf die zahlreichen linksextremistischen Aktivitäten in Leipzig zurückzuführen, bei denen die Polizei Tatverdächtige namentlich feststellte und deren mitgeführte Gegenstände beschlagnahmte. In diesem Zusammenhang fanden mehrere Informationsveranstaltungen für Betroffene in Leipzig statt, bei denen rechtliche Tipps gegeben und Verhaltensweisen erklärt wurden, die eine strafrechtliche Aufklärung erschweren sollen.

Die Ortsgruppe Leipzig betreibt gemeinsam mit dem EA-Leipzig eine Internetseite, auf der sie regelmäßig so genannte Sprechstunden und Vortragsveranstaltungen des EA ankündigt.³⁵⁸ Neben Ratschlägen zu Verhaltensweisen werden rechtliche Hinweise veröffentlicht, die sich beispielsweise auf die Ausschreitungen Autonomer am 15. Januar 2015 in Leipzig beziehen, als die Polizei Mobiltelefone verdächtiger Täter beschlagnahmte.

³⁵⁴ DIE ROTE HILFE, Sonderausgabe zum „18.03.2014 Tag der politischen Gefangenen“, Beilage in der Tageszeitung „JUNGE WELT“ vom 15. März 2014, S. 1

³⁵⁵ ebenda

³⁵⁶ „Ja was denn nu? Wir bereuen nicht!“, DIE ROTE HILFE, Ausgabe 02/2012, S. 7

³⁵⁷ Interview mit einem Mitglied des Bundesvorstandes der RH, Artikel „die Rote Hilfe-ein Interview“, <http://plastic-bomb.eu> (Stand: 3. Juli 2014)

³⁵⁸ Die Internetseite www.antirepression.noblogs.org bezeichnet sich selbst als Plattform des Leipziger Ermittlungsausschusses, „der sich mit staatlicher Repression gegen linke Politik“ befasst und Betroffene unterstützt.

Die Aktivitäten der Dresdner Ortsgruppe blieben auf dem Niveau der Vorjahre. Seit dem ersten Quartal 2015 verfügt die Dresdner Ortsgruppe über eine neue Internetseite, auf der sie eigene Materialien und Veranstaltungshinweise publiziert.³⁵⁹ So ist das in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand der RH seit Januar 2015 in unregelmäßigen Abständen herausgegebene „Zine“ abrufbar.³⁶⁰ Als Termine werden Vortragsveranstaltungen wie beispielsweise zur Historie der RH oder auch das aktionsorientierte „Demotraining: NO! NO! No pasaran“ aufgeführt, bei dem die Teilnehmer unter Anleitung „einen Überblick erarbeiten über Möglichkeiten Aktionen gut vorzubereiten [und] aktionsfähige Strukturen zu schaffen.“³⁶¹

Exemplarisch für die kontinuierliche Zusammenarbeit der Ortsgruppe Dresden mit der sächsischen autonomen Szene im Jahr 2015 war eine gemeinsame Veranstaltung mit der links-extremistischen „Undogmatischen Radikalen Antifa Dresden“ (URA) zum Thema: „Goldene Morgenröte - Neofaschismus am Olymp“. Weiterhin gehören zum Repertoire sogenannte Solidaritätsveranstaltungen, bei denen in erster Linie Geldspenden für die „von Repression Betroffenen“ gesammelt werden. So lud die RH im September 2015 zu einem Solidaritätskonzert zugunsten eines Tatverdächtigen ein, der im März 2015 im Rahmen der Fahndung nach einem verübten Farbanschlag auf die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung in Dresden durch die Polizei festgestellt wurde. Die RH Dresden führt regelmäßig Sprechstunden im „AZ Conni“ in Dresden durch, die auch als „Rote Hilfe Tresen“ bezeichnet werden. Auch ist sie weiterhin im Rahmen der Gefangenbetreuung aktiv.

Die neu gegründete Regionalgruppe Südwestsachsen der RH³⁶² deckt nun – neben den beiden großen Ortsgruppen in Dresden und Leipzig – als dritte selbstständig arbeitende Struktur die Region im Südwesten des Freistaates ab. Sie nutzte im Februar 2015 im Rahmen von Protesten gegen Versammlungen der PEGIDA in Chemnitz einen „Twitter“-Dienst.³⁶³ Neben Kurzinformationen zum Veranstaltungsablauf wurde auf die neue Organisation sowie den Ermittlungsausschuss (EA) hingewiesen.

³⁵⁹ <http://rotehilfedresden.noblogs.org> (Stand: 26. Mai 2015)

³⁶⁰ ROTE HILFE DRESDEN ZINE Januar, <http://rotehilfedresden.noblogs.org/material> (Stand: 26. Mai 2015)

³⁶¹ <https://linksunten.indymedia.org/de/node/147983> (Stand: 14. Juli 2015)

³⁶² Als Kontaktanschrift der Roten Hilfe Regionalgruppe Südwestsachsen dient das „Kompott“ in Chemnitz, DIE ROTE HILFE, Ausgabe 01/2015, S. 66

³⁶³ https://twitter.com/no_pegida (Stand: 23. Februar 2015)

2.6 Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen

Unter diesem Oberbegriff werden jene Bestrebungen zusammengefasst, die sich zu den Theorien von Marx, Engels und Lenin, der These vom Klassenkampf sowie zur Diktatur des Proletariats bekennen. Gemeinsamer weltanschaulich-politischer Nenner dieser orthodox-kommunistischen Gruppierungen ist die Negierung der Regeln und Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates, wobei die Institutionen der parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie aufgehoben werden sollen.

Diese Gruppierungen weisen zwar unter allen linksextremistischen Bestrebungen das prägnanteste weltanschauliche und theoretische Fundament auf, welches zudem mit einer deutlichen Programmatik und klar konturierten Zielvorstellungen verbunden ist. Ihre Bedeutung innerhalb des Linksextremismus in Sachsen ist mit einem Potenzial von ca. 250 Personen jedoch marginal.

Nach wie vor ist die Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF) mit ca. 160 Mitgliedern die stärkste Gruppierung. Weitere derartige Strukturen sind die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD). Auch das Kommunistische Aktionsbündnis Dresden (KAD) stellt eine orthodox-kommunistische Bestrebung dar.

Ideologie und politische Zielsetzung

Die Gruppierungen unterscheiden sich jedoch in ihrer ideologischen Ausrichtung. Die DKP, die KPD und die KPF – letztere als linksextremistische Strömung innerhalb der Partei DIE LINKE. – bekennen sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin und lehnen einen reformerischen Ansatz zugunsten eines revolutionären Weges zum Sozialismus ab. So heißt es beispielsweise im nach wie vor aktuellen Programm der DKP:

„Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“³⁶⁴

Die aktuelle Gesellschaftsordnung kann nach dieser Sichtweise nur auf revolutionärem Wege beseitigt werden. Verbunden damit wäre die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Präambel der MLPD weist in dieselbe Richtung:

„Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“³⁶⁵

Im Unterschied zu anderen orthodox-kommunistischen Gruppierungen, die sich kaum noch offen zu Stalin oder Mao Tsetung bekennen, kann bei der MLPD ein deutlich offenes Bekenntnis zu diesen kommunistischen Diktatoren ausgemacht werden. Das unterstreicht, dass die MLPD im Gegensatz zu DKP oder KPF nicht nur marxistisch-leninistisch, sondern auch stalinistisch und maoistisch ausgerichtet ist. Diese politische Ausrichtung lässt sich an ihrer

³⁶⁴ Programm der DKP, 2006, S. 9

³⁶⁵ Präambel der Organisationspolitischen Grundsätze der MLPD, abrufbar unter www.mlpd.de, Rubrik Grundsätze/Präambel (Stand: 10. September 2015)

ideengeschichtlichen Selbstverortung ablesen. In der Präambel ihrer Grundsatzerklärung heißt es:

„Die Lehren von Marx, Engels und Lenin, Stalin und Mao Tsetung bilden die entscheidende Grundlage für den Kampf für den Sozialismus.“

Mit ihrem ausgeprägten ideologischen Dogmatismus und dem exklusiven Anspruch auf den „wahren Sozialismus“ stößt die MLPD jedoch – ebenso wie die eng am orthodoxen Marxismus orientierten Gruppierungen DKP und KPF – nicht nur in der Bevölkerung auf eine geringe Akzeptanz. Sie ist deswegen sogar innerhalb des orthodox-kommunistischen Spektrums isoliert und befördert damit dessen weitere Zersplitterung.

Aktivitäten

Auf Grund ihres geringen Personenpotenzials, aber auch wegen ihrer strukturellen Schwächen, beschränken sich Aktionen dieser Gruppierungen überwiegend auf interne Treffen und Vortragsveranstaltungen. Sie beteiligen sich aber auch anlassbezogen an Demonstrationen nicht extremistischer Organisationen bzw. unterstützen diese, wie beispielsweise zum Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden im Februar oder zum 1. Mai.

Gelegentlich treten orthodoxe linksextremistische Organisationen aber auch mit eigenen Kundgebungen oder Informationsständen die Öffentlichkeit. So war die DKP am 1. Mai 2015 in Leipzig präsent.

Die MLPD beteiligte sich im Berichtszeitraum bundesweit an zahlreichen - insbesondere von PKK³⁶⁶-nahen Strukturen organisierten - Protestaktionen und Demonstrationen gegen die Organisation „Islamischer Staat“ (IS).

Die DKP gründete im Mai 2015 einen sächsischen Landesverband; zuvor hatten lediglich Gruppen in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau existiert. Zudem wurde ein Koordinierungsrat gegründet, der die Aufgabe hat, die Gruppen miteinander zu vernetzen. Diese Entwicklung resultiert allerdings nicht aus einem Zuwachs des Personenpotenzials, der in der Regel zu solchen Strukturänderungen führt, sondern aus der Umsetzung einer Anweisung des Bundesvorstandes der Partei. So wurden damit nach eigenen Angaben Beschlüsse des Bundesvorstandes umgesetzt, Strukturen zu festigen und die einzelnen Gruppen im Bundesland zu verknüpfen.³⁶⁷

³⁶⁶ Die PKK (kurdisch: Partiya Karkerên Kurdîstan), Arbeiterpartei Kurdistans, ist eine sozialistisch ausgerichtete Untergrundorganisation mit Ursprung in den kurdischen Siedlungsgebieten innerhalb der Türkei.

³⁶⁷ LEIPZIGER LERCHE, Mitteilungsblatt der DKP-Leipzig, Ausgabe 3, Jahr 2015, S. 2

2.7 Wege linksextremistischer Agitation

Vor allem die autonome Szene nutzt für ihre Agitation und Kommunikation seit jeher eigene Medien, wie Szenepublikationen. Die Bedeutung von Printmedien ging jedoch in den vergangenen Jahren auch für die linksextremistische Szene zurück. Die Nutzung moderner elektronischer Kommunikationsmittel nahm deutlich zu. Dennoch erschienen im Berichtsjahr insbesondere bundesweite Publikationen weiterhin noch mit vergleichsweise hoher Auflagenzahl.

Linksextremistische Publikationen (Auswahl)

DIE ROTE FAHNE

Herausgeber / Verantwortlicher:	Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Zentralkomitee
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

DIE ROTE HILFE

Herausgeber / Verantwortlicher:	Rote Hilfe e. V. (RH), Bundesvorstand
Erscheinungsturnus:	alle drei Monate
Auflage:	8.050 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

DA DIREKTE AKTION ANARCHOSYNDIKALISTISCHE ZEITUNG

Herausgeber / Verantwortlicher:	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union – Internationale ArbeiterInnen Assoziation (FAU-IAA)
Erscheinungsturnus:	alle zwei Monate
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

INTERIM

Herausgeber / Verantwortlicher:	INTERIM e. V., Berlin
Erscheinungsturnus:	alle zwei Wochen
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

JUNGE WELT

Herausgeber / Verantwortlicher:	Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e.G.
Erscheinungsturnus:	werktätlich
Auflage:	19.000 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

MARXISTISCHES FORUM

Herausgeber / Verantwortlicher:	Marxistisches Forum (MF)
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	1.000
Verbreitung:	bundesweit

MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE.

Herausgeber / Verantwortlicher:	Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF), Bundeskoordinierungsrat
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	ca. 1.700 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

PHASE 2

Herausgeber / Verantwortlicher:	ein in Leipzig ansässiger Verein
Erscheinungsturnus:	alle drei Monate
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

ROTE FAHNE

Herausgeber / Verantwortlicher:	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
Erscheinungsturnus:	wöchentlich
Auflage:	ca. 8.000
Verbreitung:	bundesweit

UNSERE ZEIT (UZ)

Herausgeber / Verantwortlicher:	Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Parteivorstand
Erscheinungsturnus:	wöchentlich
Auflage:	ca. 6.000
Verbreitung:	bundesweit

Nutzung moderner elektronischer Kommunikationsmittel (Auswahl)

Autonome nutzen das Internet vor allem zur politischen Agitation, d. h., um zeitnah Aufrufe, Ereignisberichte und Bildmaterial zu verbreiten und Recherchen über den politischen Gegner zu veröffentlichen. Daneben werden Beiträge und Publikationen archiviert und Chroniken angelegt. Einen weiteren Schwerpunkt autonomer Internetpräsenz stellen Terminkalender mit aktuellen Ankündigungen über regionale und bundesweite Veranstaltungen dar. Es gibt folgende Nutzungsformen:

■ Lokale Internetseiten/-plattformen

Mit der Internetplattform www.inventati.org/leipzig existiert ein Kommunikationsmedium der autonomen Szene Leipzigs. Sie trägt die Bezeichnung „Antifa in Leipzig“ und beinhaltet auch ein Diskussionsforum. Die Plattform ist gedacht für Gruppen und Redaktionen, die „gegen Nazis, Rassismus und andere Zumutungen streiten wollen und dabei auf aktuelle Informationen und politische Analysen setzen“.

In Dresden nutzt vor allem die Undogmatische Radikale Antifa (URA) ihre Internetseite regelmäßig für Aufrufe und Statements.

■ Überregionale Internetportale

Darüber hinaus nutzen sächsische Linksextremisten auch die bundesweit ausgerichteten Internetportale „linksunten.indymedia.org“ bzw. „de.indymedia.org“ zur Veröffentlichung von Aufrufen, Beiträgen, Bildern und Recherchen. Diese beinhalten auch eine Kommentarfunktion

■ Nutzung mobiler Dienste

Neben reinen Internetpräsentationen werden seit einigen Jahren – der allgemeinen Entwicklung folgend – auch mobile Dienste genutzt. Dazu gehören z. B. Chat-Dienste, bei denen ein direkter und schneller Austausch von Nachrichten oder Dateien zwischen einzelnen Personen oder Gruppen per Mobilgerät (Handy) möglich ist. Ein Beispiel für die Nutzung des sozialen Netzwerks Facebook war das – bis Oktober 2015 online geschaltete – linksextremistische „Antifaschistische Nachrichtenportal Sachsen“ (AFNP). Ereignisbezogen wird zudem der Kurznachrichtendienst Twitter genutzt. Sogenannte Weblogs, d. h. öffentlich einsehbare Tagebuchseiten im Internet, haben demgegenüber an Bedeutung verloren.

■ Geschlossene Foren

Neben offenen Systemen, in denen Informationen für jeden Nutzer abrufbar sind, existieren geschlossene Foren, die mit Zugangskriterien verbunden sind. Diese können sowohl anlassbezogen im Vorfeld eines Ereignisses als auch gruppenbezogen nur für Mitglieder einer Gruppe eingerichtet sein.

2.8 Ausblick zum Linksextremismus

Im Jahr 2015 wurden im Freistaat Sachsen ca. 780 Personen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet. In den vergangenen Jahren ist das Personenpotenzial relativ stabil geblieben und unterlag nur geringen Schwankungen.

Die autonome Szene kann bereits seit 2012 einen - wenn auch bescheidenen - Zuwachs verzeichnen. Die Autonomen stellen mit ca. 370 Personen unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen dar. Deren Potenzial nahm gegenüber dem Vorjahr (ca. 360 Personen) leicht zu, was auf einen Zuwachs bei der autonomen Szene Leipzigs zurückzuführen ist.

Darüber hinaus zeigte sich im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg des Aktionsniveaus sächsischer Linksextremisten. Mit 182 öffentlichen Aktionen stieg diese Zahl gegenüber dem Vorjahr (102) um fast 78 % an. Damit wurde ein neuer Höchststand erreicht. Dieser deutliche Anstieg steht in engem Zusammenhang mit der Asylsituation und -politik. So wurden ca. 80 % der Aktionen zum Thema Asyl/Antirassismus durchgeführt.

Die seit 2013 signifikant gestiegene Aktionsbereitschaft betrifft in erster Linie die autonome Szene. Sie hat sich in den vergangenen Jahren zur aktivsten Kraft innerhalb des Linksextremismus entwickelt. Der erneute hohe Anstieg im Berichtsjahr weist auf die Bedeutung hin, die öffentliche Aktionen für die Autonomen besitzen. Vor allem zur Asylthematik setzte sie maßgeblich die politischen Akzente in der Öffentlichkeit und artikulierte dort ihre weltanschaulichen Standpunkte.

Die Beteiligung von Personen aus den Reihen orthodoxer Parteien und Organisationen an linksextremistischen öffentlichkeitswirksamen Aktionen ist dagegen äußerst gering.

Die anarchosyndikalistische Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion – Internationale Arbeiterassoziation (FAU-IAA) orientiert sich als gewerkschaftlich ausgerichtete Organisation vorrangig auf Themenfelder wie Lohn- und Tarifpolitik, Arbeitskampf oder Gewerkschaftsarbeit aus linksextremistischer Perspektive. Aktionen anlässlich des 1. Mai nehmen deshalb einen zentralen Platz ein. Allerdings gelang es ihr – wie schon in den vorangegangenen Jahren – nicht, ein nennenswertes Teilnehmerpotenzial für diese Aktion zu mobilisieren. So nahmen an der Demonstration der FAU zum 1. Mai 2015 in Dresden lediglich rund 80 Personen teil. Die Teilnehmerzahl umfasst weitestgehend die eigenen Mitglieder und eine weitere kleine Anhängerschaft. Perspektivisch dürfte sich daran kaum etwas ändern, da das Ereignis „1. Mai“ bereits durch die großen Massengewerkschaften mit entsprechenden Forderungen abgedeckt ist.

Schon seit Jahren nutzen Extremisten das Medium Musik für die Vermittlung ihrer politischen Anschauungen. Allerdings besitzen linksextremistische Musikveranstaltungen im Unterschied zu rechtsextremistischen Konzerten einen grundlegend anderen Charakter. Linksextremistische Musiker müssen kaum mit gesellschaftlicher Ausgrenzung rechnen. Veranstaltungen, bei denen Linksextremisten auftreten oder für diese mobilisieren, finden deshalb häufig in öffentlichen Einrichtungen oder als Musikfestivals unter freiem Himmel statt.

Linksextremistischen Bands bietet sich dadurch die Möglichkeit, vor allem öffentliche Veranstaltungen für die Vermittlung ihrer politischen Ideen zu nutzen, sich dort zu präsentieren und gesellschaftliche Akzeptanz zu finden, um schließlich im Kontext ihrer extremistischen Ideologie auf Nichtextremisten einzuwirken.

So nutzten linksextremistische Musiker öffentliche (nichtextremistische) Veranstaltungen für ihre Auftritte. Hierbei trat beispielsweise die aus Mecklenburg-Vorpommern stammende linksextremistische Band Feine Sahne Fischfilet im Berichtsjahr mehrfach in Dresden und Leipzig im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen auf.

Bezeichnend hierfür ist der Liedtext der sächsischen Band „Sozialer Fehltritt“:

In ihrem Song „Deutschland“ vertritt die Band Positionen, die im Kern die Abschaffung der Bundesrepublik Deutschland und damit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fordern.

*„Deutschland, Deutschland hör mal her:
Dich zu hassen fällt nicht schwer.
Statt Hand auf dem Herzen – balle ich die Faust.
Deutschland bald ist mit Dir aus.“*

Darüber hinaus wird in einem weiteren Lied die Anwendung von Gewalt in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner als legitimes Mittel propagiert. So heißt es beispielsweise in dem Lied „Opi war okay“:

*„Nazis sollen endlich wieder Pflastersteine fressen.
Und wär er heute bei den Demos dabei,
schlägt er sicher Nazinasen zu Brei.“*

Mit dieser unverhohlenen Aufforderung zu Gewalt beziehen die Interpreten Positionen, wie sie vor allem für Autonome charakteristisch sind, ist doch die Befürwortung von Gewalt in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ein konstitutives Merkmal der autonomen Szene.

Die Textpassagen unterstreichen den Stellenwert, den Medium der Musik für Linksextremisten besitzt. Zu erwarten ist deshalb seine verstärkte Nutzung im Rahmen von Rekrutierungs- und Mobilisierungsveranstaltungen linksextremistischer Bestrebungen.

Es ist weiterhin damit zu rechnen, dass Auftritte bei nicht extremistischen Veranstaltungen, verstärkt dazu genutzt werden, um – vor allem unter dem Deckmantel des „Antifaschismus“ – linksextremistische Inhalte zu verbreiten und sich so auch im nicht extremistischen Milieu neue Personenpotenziale zu erschließen.

Autonome

Mit einem Potenzial von 370 Personen stellen die Autonomen personell die stärkste Strömung innerhalb des Linksextremismus dar. Der Zuwachs seit dem Jahr 2013 weist auf deren gestiegene Bedeutung hin. Jedoch zeigen sich erhebliche regionale Unterschiede. Einen Zuwachs hat ausschließlich die autonome Szene in Leipzig zu verzeichnen. Ihr gehört mittlerweile über die Hälfte der sächsischen Autonomen an.

Leipzig ist die Schwerpunktregion der sächsischen autonomen Szene. Die Stadt entwickelte sich im Berichtsjahr zudem – mit quantitativem und qualitativem Abstand – neben Berlin und Hamburg auch bundesweit zu einem weiteren Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt. Folgende Faktoren beeinflussten diese Entwicklung:

- Mehr als die Hälfte der sächsischen Autonomen gehört der Leipziger Szene an. Insofern konzentriert sich dort ein starkes gewaltbereites Potenzial.
- Die personelle Stärke wirkt sich auf die Begehung von Straf- und Gewalttaten aus, die im Berichtsjahr sehr stark angestiegen sind.
- Die personelle Stärke, verbunden mit einem hohen Mobilisierungspotenzial sowie einem hinreichenden Unterstützermilieu, sind grundlegende Voraussetzungen für ein hohes Aktionsniveau und bilden das Reservoir für militante Kleingruppen und deren Aktionen.
- Große Teile der autonomen Szene haben sich in ausgesprochenen Szenevierteln fest etabliert. Dort befinden sich die für ihre Aktionen wichtige Logistik und Rückzugsräume.

Durch das Zusammenwirken dieser Einflussgrößen wird die gegenwärtige Lage in Leipzig maßgeblich beeinflusst und geprägt.

Der in den Vorjahren zu beobachtende Prozess der Verschiebung des Schwerpunkts von Dresden nach Leipzig ist nun abgeschlossen. Künftig ist von einem weiteren Ausbau des Schwerpunktes Leipzig auszugehen.

Besonders gravierende Unterschiede zwischen der Leipziger und Dresdner Szene zeigen sich vor allem:

- in der Entwicklung des Aktionsniveaus sowie
- in der Stärke des Personen- und Mobilisierungspotenzials; der Dresdner autonomen Szene gehören mittlerweile weniger als halb so viele Autonome an wie jener in Leipzig.

Im Jahr 2015 haben sich vor allem die Unterschiede in der Aktionsfähigkeit und Gewaltbereitschaft der Akteure weiter vergrößert. Zwar fanden in den beiden Städten etwa gleich viele öffentliche Aktionen der autonomen Szene statt (Leipzig: 58, Dresden: 44). Dennoch existieren deutliche Unterschiede hinsichtlich Aktionsfähigkeit und Gewaltbereitschaft der Akteure. Dies lässt sich exemplarisch am Beispiel der Aktionen gegen PEGIDA (Dresden) bzw. gegen LEGIDA (Leipzig) belegen.

- Die Aktionen gegen PEGIDA trugen in Dresden stets reaktiven Charakter. Eine Ausnahme bildete die Aktion am 19. Oktober 2015, welche mit der Teilnahme auswärtiger gewaltorientierter Linksextremisten zu erklären ist. Die relativ geringen linksextremistischen Teilnehmerzahlen sanken gegenüber 2014 im Frühjahr 2015 nochmals nachhaltig, sofern keine überregionale Mobilisierung voran ging. Wirkungsvolle Blockaden konnten Linksextremisten in Dresden nicht mehr für sich verbuchen.
- Demgegenüber zeigte die Leipziger Szene Präsenz, wenn LEGIDA Veranstaltungen durchführte. Zahlreiche Gegenaktionen waren von dem Ziel geprägt, die LEGIDA-Aufzüge zu verhindern. Die gewaltbereite autonome Leipziger Antifa beteiligte sich seit Ende Januar/Anfang Februar 2015 nicht mehr an den eigentlichen bürgerlichen Protesten, jedoch setzte sie nunmehr massiv eigene Akzente gegen LEGIDA. Diese zahlreichen Aktionen waren durch eine hohe Gewaltbereitschaft geprägt. In Kleingruppen agierende Linksextremisten setzten so die Strategie des dezentralen Konzepts um.

Darüber hinaus zeigte sich im Jahr 2015 folgende neue Tendenz: Bei Aktionen gewannen klandestin (konspirativ) agierende Kleingruppen gegenüber großen Menschengruppen – wie bei Demonstrationen – an Relevanz. Es kam vor allem zu Straftaten, wie Körperverletzungen und Brandstiftungen. Insofern wurden körperliche Schäden oder Zerstörung fremden Eigentums gezielt beabsichtigt.

Auch diesbezüglich war Leipzig der Schwerpunkt. Dagegen standen Anzahl und Schwere der wenigen klandestinen Aktionen in Dresden in keinem Verhältnis zu denen in Leipzig.

Die hohe Anzahl in Leipzig steht in engem Zusammenhang mit dem Aufruf „Leipzig: Ein Aufruf zur Gewalt – gegen jene, die diese gewalttätige Welt wollen“³⁶⁸ vom 17. Dezember 2014. Die dort genannten Angriffsziele beziehen sich auf staatliche Institutionen, Parteien und Wirtschaftseinrichtungen. Angegriffen wurden in der Folgezeit Büros der Parteien von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU, Arbeitsämter, Banken, Versicherungen, Polizeireviere, Gerichtsvollzieher, das Amtsgericht, Städtebau- und Immobilienfirmen sowie weitere Unternehmen. Die Wirkung, die dieser Aufruf auf die Zielrichtung der Gewalthandlungen in Leipzig hatte, war erheblich: Zwischen Januar und Dezember 2015 wurden über zwei Dutzend Aktionen gegen Unternehmen und Einrichtungen des demokratischen Rechtsstaates durchgeführt, die offenkundig im Zusammenhang mit dem Gewaltaufruf standen.

Geht man von der gegenwärtigen Entwicklung in Leipzig aus, so muss mit einem weiteren Anwachsen des gewaltbereiten Potenzials sowie einer Zunahme von klandestinen Aktionen und von Anschlägen gerechnet werden.

³⁶⁸ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Dezember 2014), nähere Angaben siehe Beitrag „Autonome in Leipzig“ im vorliegenden Bericht

Anarchisten und sonstige linksextremistische Gruppierungen

Wie im Vorjahr traten anarchosyndikalistische Gruppen im Freistaat Sachsen auch im Berichtsjahr mit eigenen Aktionen öffentlich auf. Mit ihrer inhaltlichen Orientierung an gewerkschaftlichen Themen versuchten sie, ihr Profil als linksextremistische Gewerkschaftsorganisation zu schärfen. Damit stellen sie innerhalb des Linksextremismus sowohl inhaltlich als auch organisatorisch eine eigene Ausprägung dar.

Die nachdrückliche Betonung von Arbeits- und Lohnkämpfen zeigte sich auch in der Asylthematik, die die FAU in der zweiten Jahreshälfte aufgriff. Inwieweit Asylbewerber in eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft integriert werden könnten, war dabei die Kernfrage. Am 1. August 2015 veröffentlichte das Allgemeine Syndikat Dresden der FAU-IAA einen Beitrag, in dem eine Strategie für die Einbindung von Asylbewerbern in die Organisation der FAU skizziert wurde³⁶⁹. Diese stützte sich im Wesentlichen auf zwei Säulen:

1. Unterstützung von Arbeitsmigranten bei Lohnkämpfen mit perspektivischer Einbindung in die FAU sowie
2. Abbau von Sprachbarrieren verbunden mit einer wöchentlichen Beratung durch Mitglieder der FAU.

Das Vorhaben der FAU-Protagonisten, Asylbewerber in die Gewerkschaftsarbeit einzubinden, erscheint realistisch. Vor allem mit der angestrebten Einbindung von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt dürften diese für eine anarchosyndikalistisch ausgerichtete Gewerkschaft eine nicht unbedeutende Zielgruppe darstellen.

Linksextremistische Parteien

Linksextremistische Parteien haben ihr Personenpotenzial von etwa 250 Personen im Berichtsjahr beibehalten. Im Vergleich zu den anderen linksextremistischen Strömungen besitzen sie jedoch nur marginale Bedeutung. Ihre bisweilen eng am orthodoxen Marxismus orientierte Programmatik ist nicht geeignet, auf Akzeptanz in breiten Kreisen der Bevölkerung zu stoßen. Vor allem aufgrund ihres ideologischen Dogmatismus und ihres Absolutheitsanspruchs stehen ihnen sowohl die Autonomen als auch die Anarchisten skeptisch gegenüber. In diesem Bereich linksextremistischer Bestrebungen sind demzufolge keine personellen Zuwächse zu erwarten.

³⁶⁹ <https://linksunten.indymedia.org>, Titel „Arbeitskämpfe, Erwerbslosigkeit, Beratung, Bildung und Kultur in der FAU Dresden“ (Stand: 3. August 2015)

3. Islamismus und Ausländerextremismus

3.1 Personenpotenzial

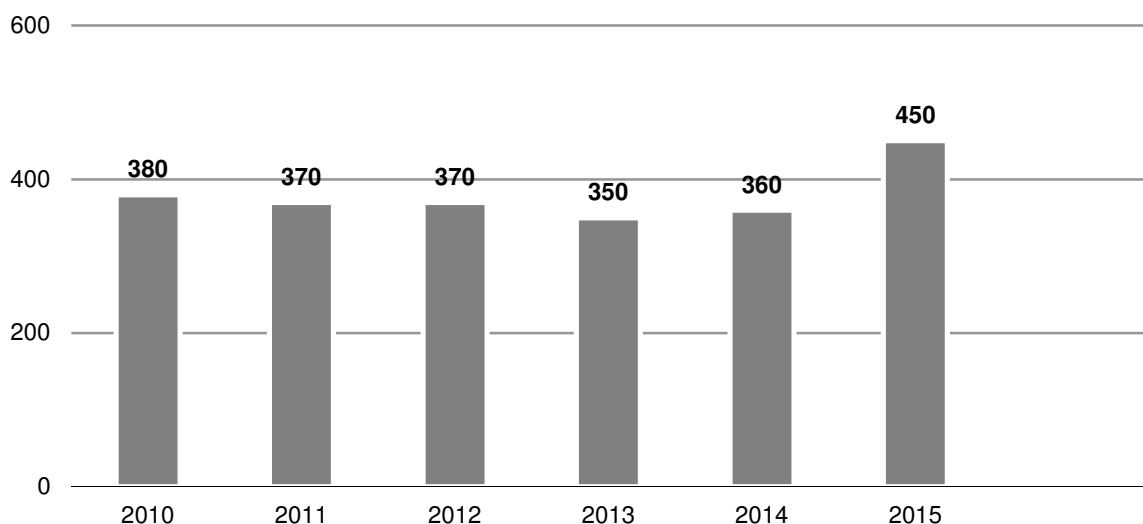
Im Freistaat Sachsen bewegt sich das islamistische und sonstige ausländerextremistische Personenpotenzial im Vergleich zu anderen Bundesländern seit Jahren auf niedrigem Niveau. Mit 450 Personen verzeichnete es jedoch gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Anstieg (2014: 360). Dieser geht auf die Steigerung des Personenpotenzials im Phänomenbereich der islamistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen zurück. Gegenüber dem Vorjahr stieg es um rund 43 % auf 300 Personen an (2014: 210). In den kommenden Jahren dürfte sich dieser auch bundesweit seit Jahren zu beobachtende Trend fortsetzen.

Das ausländerextremistische Personenpotenzial im linksextremistischen Spektrum lag im Jahr 2015, wie im Vorjahr, bei ca. 150 Personen. Es setzte sich lediglich aus Mitgliedern und Anhängern der Nachfolge- und Nebenorganisationen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zusammen. Ab Sommer 2014 traten diese wieder vermehrt mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen im Freistaat in Erscheinung. Protestgegenstand ist hauptsächlich der Vormarsch des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) und dessen vermeintliche Unterstützung durch die türkische Regierung.

Das Mobilisierungspotenzial der PKK kann deren Anhängerzahl teilweise um ein Vielfaches überschreiten. Hierzu zählen regelmäßig auch Personen aus benachbarten Bundesländern. Den national-extremistischen Organisationen wurden in Sachsen lediglich einzelne Personen zugerechnet.

Angesichts der aktuellen Zuwanderungsbewegungen nach Deutschland kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich unter den Migranten auch Mitglieder terroristischer Organisationen oder Einzelpersonen mit extremistischer Gesinnung befinden. So wurde zwischenzeitlich bekannt, dass zwei Attentäter der Anschläge in Paris vom 13. November 2015 im Flüchtlingsstrom unter Nutzung von Falschpersonalien nach Europa einreisten. Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder gehen im Rahmen ihrer Zuständigkeit allen sicherheitsrelevanten Hinweisen konsequent nach.

Islamistisches und ausländerextremistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen



Zusammensetzung des ausländerextremistischen Personenpotenzials im Freistaat Sachsen

2015: ca. 450

2014: ca. 360 (bundesweit 2014: ca. 73.220)

Linksextremistische bzw. linksextremistisch geprägte Gruppen ca. 150 (2014 ca. 150)	Nationalistische bzw. nationalistisch geprägte Gruppen Einzelpersonen (2014: ebenso)	Islamistische Bestrebungen ca. 300 (2014: ca. 210)
--	---	---

davon u.a.:

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bzw. Nachfolgeorganisationen ca. 150 (2014: ca. 150)
Sonstige Gruppen Einzelpersonen (2014: ebenso)

Salafistische Bestrebungen ca. 170 (2014: ca. 130)

3.2 Islamismus – Salafistische Bestrebungen in Deutschland und in Sachsen

Der Salafismus ist die dynamischste und am schnellsten wachsende islamistische Bewegung in Deutschland. Er orientiert sich am Leben der ersten drei muslimischen Generationen nach dem Propheten Muhammad vom 7. bis 9. Jahrhundert. Diese werden auch als „Altvordere“ (arab. „as-salaf as-salih“) bezeichnet. Nach Ansicht der Salafisten führten nur diese Generationen ein gottgefälliges Leben, da sie dieses ausschließlich nach dem Koran und dem Leben des Propheten Muhammad (Sunna) ausrichteten.

Salafisten orientieren sich nicht nur inhaltlich an den Vorstellungen der ersten Muslime und der islamischen Frühzeit, sondern auch an der Werteordnung jener Zeit. Sie streben eine Rechtsordnung an, die ausschließlich auf Koran und Sunna basiert. Die Einführung einer solchen Ordnung wird auch in westlichen Ländern, in denen Muslime leben, angestrebt.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten zwei Varianten des Salafismus, zwischen denen fließende Übergänge bestehen, den politischen und den gewalttätigen jihadistischen Salafismus. Auch wenn salafistische Bestrebungen insgesamt verschiedene Nuancen aufweisen, haben sie letztlich gleiche Ziele. Sie unterscheiden sich jedoch in der Wahl ihrer Mittel, um diese zu erreichen.

Folgende Aspekte sind u. a. für die salafistische Ideologie kennzeichnend:

Ablehnung von Demokratie und Rechtsstaat

Salafisten lehnen die Demokratie und die rechtsstaatliche Ordnung in Deutschland ab. Grundlage der staatlichen Herrschaftsordnung ist nicht die Selbstbestimmung des Volkes, sondern der Wille Gottes. Gott allein ist Souverän, nicht das Volk. Gesetze und Normen, die Ergebnisse demokratischer Prozesse sind, sind nach salafistischem Verständnis per se illegitim und „unislamisch“, denn sie gelten als Verletzung der Souveränität Gottes. Repräsentanten der Demokratie werden folglich abgelehnt. Die gewählten Vertreter des Volkes werden von Salafisten als Götzen (taghut) diffamiert, die sich den Platz Gottes als absoluter Herrscher und Gesetzgeber widerrechtlich angeeignet hätten. Die Ablehnung der Teilnahme am demokratischen Willensbildungsprozess geht in weiten Teilen des salafistischen Milieus so weit, dass viele Salafisten selbst religiös inspirierte Parteien ablehnen.

Absoluter Geltungsanspruch der salafistischen Rechtsordnung („Scharia“)

Als Basis ihrer religiös begründeten rechtlichen, sozialen und politischen Ordnungs- und Herrschaftsvorstellungen wird die „Scharia“ von Salafisten als Ausdruck des göttlichen Willens herangezogen. Der Begriff „Scharia“ bezeichnet dabei sämtliche nach salafistischem Verständnis aus Koran und Prophetenüberlieferung (Sunna) abgeleitete religiöse und weltliche Rechtsvorschriften. Jeder Muslim hat nach salafistischem Verständnis in seinen Handlungen die Normen dieser „Scharia“ als notwendig und gottgewollt zu befolgen. Andere politische und rechtliche Modelle werden entweder als zweitrangig verstanden oder grundsätzlich abgelehnt.

„Das islamische Gesetz (Schari'a) betrachtet den Herrscher im islamischen Staat als Verantwortlichen für die Durchführung der göttlichen Befehle [...]. So darf kein Mensch, so hoch er sein mag, diesen Regelungen entgegenwirken, oder ein Gesetz erlassen, das gegen sie verstoßen kann.“³⁷⁰

³⁷⁰ Abd al-Rahman Al-Sheha: Botschaft des Islam; über salafistische Internetseiten ist das Werk, welches 2013 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert wurde, weiterhin abrufbar, siehe www.d1.islamhouse.com/data/de/ih_books/single/de_islam_message_sheha.pdf (Stand: 9. Dezember 2015)

Die Ablehnung der Gleichberechtigung von Mann und Frau

In den Aussagen von Salafisten wird oftmals die Ablehnung der Gleichberechtigung von Mann und Frau thematisiert. Dies widerspricht dem in Art. 3 Abs. 2 GG garantierten Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Hierbei wird von einer gegebenen Benachteiligung der Frau ausgegangen, die durch zwei Argumentationsstränge begründet wird. Zum einen wird diese Ungleichheit mit physischen Unterschieden gerechtfertigt, wodurch der Frau ein bestimmtes als traditionell und ehrenhaft gedeutetes Rollenbild zugewiesen wird. Dieses Rollenbild sieht die Frau auf ihre häuslichen Aufgaben beschränkt, jede öffentliche Betätigung der Frau (wie z. B. ein politisches Engagement) wird abgelehnt.

„Frauen in autoritären Positionen wie Führer, Minister, Botschafter und Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft. (...) In der Tat kann sie die meisten der genannten Rollen keinesfalls erfüllen.

Die Muslime heutzutage, die versuchen, die Wahl von Frauen zu Führern der muslimischen Länder zu rechtfertigen, sind in klarem Widerspruch zu den Lehren des Islam.“

„Die natürliche und vorrangige Aufgabe der Frau ist ihr zu Hause, ihre Familie und ihre Kinder.“³⁷¹

Zum anderen leitet sich die Ungleichheit von Normen des islamischen Rechts ab, die als durch Koran und Prophetenüberlieferung (Sunna) belegt gelten. Diese Normen sind im „Recht der zwischenmenschlichen Beziehungen“ verortet und schreiben beispielsweise im Erbrecht oder im Eherecht eine Ungleichheit zu Lasten der Frau fest. Diese Normen werden von Salafisten auch nicht als rein religiöse Werteorientierungen verstanden, sondern sollen nach ihrem Verständnis ordentliches staatliches Recht sein bzw. werden.

Darüber hinaus besitzt der Ehemann gegenüber seiner Ehefrau ein Züchtigungsrecht zur Erziehung und Disziplinierung. Salafisten berufen sich dabei zur Rechtfertigung auf den Koran. Die Forderung nach Körperstrafen gegenüber Ehefrauen verstößt gegen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 Abs. 2 GG.

„Obwohl das Schlagen verboten ist, erlaubt es der Islam in eingeschränkten und begrenzten Gelegenheiten (...).

Das Schlagen ist (...) als endgültig letztes Stadium der Schulung, Disziplinierung und Erziehung aufgezählt (...). Die Frau darf nur in absoluter Privatsphäre geschlagen werden. (...)

Dritte und letzte Stufe: Schlagen ohne zu verletzen, Knochen zu brechen, blaue oder schwarze Flecken auf dem Körper zu hinterlassen und unter allen Umständen vermeiden, ins Gesicht zu treffen.“³⁷²

Von Frauen wird allgemein ein ehrenvolles und keusches Auftreten in der Öffentlichkeit erwartet, was sich in der Pflicht zur Vollverschleierung äußert und die verpflichtende Begleitung durch einen männlichen Verwandten in der Öffentlichkeit vorsieht. Dieses durch Ungleichheit und ein fragwürdiges Verständnis von Ehre geprägte Rollenbild der Frau bestimmt auch die Wahrnehmung von Nicht-Musliminnen. So wird ihr Verhalten in der Öffentlichkeit als „schmutzig“ und „ungläubig“ diffamiert, da es der Vorstellung einer strikten Geschlechtertrennung in der Öffentlichkeit widerspreche.

Weiterhin treten Salafisten offen für die Mehrheit in Deutschland ein. Hiesigen Gesetzen wird in diesem Zusammenhang nur eine untergeordnete Bedeutung beigemessen.

³⁷¹ Abdul Ghaffar Hasan: Die Rechte und Pflichten der Frau im Islam, S. 15, siehe www.way-to-allah.com/dokument/rechteundpflichtenderfrau.pdf (Stand: 30. November 2015), Schreibweise wie im Original

³⁷² Abdul Rahman Al-Sheha: Frauen im Schutze des Islam; über salafistische Internetseiten ist das Werk, welches 2009 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert wurde, weiterhin abrufbar, siehe www.womeninislam.ws/de/schlagen_der_frauen.aspx (Stand: 30. November 2015)

Feindbilder: Juden, Christen und andere Ungläubige

Von besonderer Bedeutung für Salafisten ist das Feindbild in Bezug auf Zionisten und Juden, das als religiös legitimer Antisemitismus und Kampf gegen den Staat Israel hohe Brisanz erfährt. Heraufbeschworen wird die Bedrohung einer weltweiten jüdischen Verschwörung und eines israelischen Staatsterrorismus, welche angeblich auf den Untergang und die Vernichtung der Muslime abzielen. Figuren und Argumentationen aus der islamischen Heilsgeschichte, wie das Verhalten des Propheten Muhammad gegen jüdische Stämme, werden als Präzedenzfälle zur Legitimierung eines konstanten jüdischen Feindbilds herangezogen. Die Rechtfertigung von Gewalt gegen Juden als sogenannter defensiver Jihad ist bezüglich Palästina weit verbreitet und schließt oftmals auch Gewalt gegen Zivilisten und Selbstmordattentate im Rahmen einer asymmetrischen Kriegsführung mit ein. Auffällig an den Ausführungen der salafistischen Multiplikatoren ist die Gleichsetzung von „jüdisch“ und „israelisch“, die zwischen Israel, das ausnahmslos des „Staatsterrorismus“ bezichtigt wird, und Juden nicht unterscheidet.

„Die Juden haben unterschiedliche Wege der Begehung von Verbrechen und Massakern in ihrer schandbefleckten Geschichte. (...) Vielmehr ziehen sie es vor, in ihrem Verrat und in ihren abscheulichen Verbrechen hartnäckig zu sein. (...) Sie haben sich auf der Erde aggressiv verhalten und das Blut zahlreicher unschuldiger Kinder, alter Menschen und armer Frauen vergossen. (...) Die jüdische Hochmütigkeit überschritt alle Grenzen; sie töteten unschuldige Seelen ohne irgendein Gewissen.“³⁷³

Die salafistische Ideologie ist insbesondere durch zahlreiche Abgrenzungsmechanismen geprägt. Salafisten verbreiten aktiv Bilder von muslimischen wie nicht-muslimischen Feinden, die zur Stärkung einer eindeutigen, salafistischen Identität beitragen sollen. Sie werten Andersdenkende mit diffamierenden Begriffen wie Kuffar („Ungläubige“) ab und fordern beispielsweise, dass Muslime ausschließlich mit Muslimen zu verkehren und sämtliche Beziehungen zu den „Ungläubigen“ abzubrechen haben.

„Er [der Muslim] sollte sich gänzlich von den Gewohnheiten und Praktiken der Kuffar trennen und ablehnen, von ihnen beeinflusst zu sein, sowohl in weltlichen als auch in religiösen Angelegenheiten.“³⁷⁴

Charakteristisch ist die eigene Darstellung als Opfer der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft. Dazu werden Szenarien von Bedrohungen, beständigen Angriffen und Verschwörungen gegen den Islam und die Muslime kreiert, die weltpolitische Ereignisse, wie die Konflikte in Syrien, Irak oder Afghanistan etc., aber auch vermeintliche Diskriminierungen in westlichen Ländern verarbeiten. Sie bilden ein hohes Mobilisierungspotenzial für die Rekrutierung von Anhängern. Die muslimischen Feinde sind zum einen Muslime, die eine vom Salafismus abweichende Interpretation und Deutung des Islam verfolgen. Zum anderen werden die Praktiken der Regierungen muslimischer Länder als „unislamisch“ und „unmoralisch“ deklariert und so zum Feind erklärt. Der Westen und Christen im Allgemeinen werden als Kreuzfahrer verstanden, die die muslimischen Länder besetzen und ausbeuten.

„Jeder Gläubige sollte feste daran glauben, dass Juden und Christen Kuffar [Ungläubige] und Feinde Allahs (...) und der Mu'minuun [Gläubigen] sind.“³⁷⁵

Jihadistischer Salafismus – Terror im Namen des Islam

Im Gegensatz zum politischen Salafismus scheuen Vertreter des jihadistischen Salafismus auch vor Tötungsdelikten nicht zurück, um ihre Ziele durchzusetzen. Die Übergänge vom

³⁷³ www.home.arcor.de/bisi.f/khutba/khutba_filistin.pdf, S. 4 (Stand: 30. November 2015)

³⁷⁴ www.salaf.de, Rubrik Nichtmuslime, Wie man Muslim wird, S. 5 (Stand: 30. November 2015), Schreibweise wie im Original

³⁷⁵ www.salaf.de, Rubrik Manhadsch, Der Ruf zur Einheit der Religionen, S. 11 (Stand: 30. November 2015), Schreibweise wie im Original

politischen Salafismus zum Terrorismus sind fließend. Das zeigt sich beispielhaft an der salafistischen Karriere von Sven LAU. Stand er zunächst im Schatten anderer charismatischer salafistischer Prediger wie Pierre VOGEL, entwickelte sich der aus Nordrhein-Westfalen stammende Konvertit zu einem überregionalen und führenden Multiplikator der salafistischen Szene. Jahrelang war er für verschiedene salafistische Organisationen deutschlandweit aktiv, darunter auch für das Koran-Verteiler-Netzwerk „Lies!“, und lockte viele junge Leute in den Extremismus. Ende 2015 wurde er auf Veranlassung der Generalbundesanwaltschaft festgenommen. Gegen ihn besteht der Verdacht, mit vorgetäuschter humanitärer Hilfeleistung eine terroristische Vereinigung im Ausland unterstützt zu haben. Internetvideos zeigten LAU schon 2013 in Bürgerkriegsgebieten in Syrien. Seine dorthin zum Kämpfen ausgereisten Freunde bezeichnete er als „Märtyrer im Glauben“.

Jihadisten befürworten den bewaffneten Kampf in der nichtislamischen Welt ebenso wie den Kampf gegen die Machthaber in islamischen Ländern. Sie werfen ihnen vor, vom Islam abgefallen und Handlanger des verhassten Westens zu sein.

In den vergangenen Jahren hat die Komplexität der islamistisch-terroristischen Strukturen weltweit immer weiter zugenommen. Der islamistische Terrorismus hat sich sowohl globalisiert als auch individualisiert. Islamistische Terroristen erzeugen durch ihre Anschläge – wie in Paris im Januar und besonders im November 2015 geschehen – mit einer großen Anzahl an beliebigen Opfern ein Höchstmaß an Angst und Schrecken. Das willkürliche Töten soll zeigen, dass jeder Mensch Opfer eines Anschlags werden kann. Dieses Gefühl zu vermitteln, ist integraler Bestandteil dieser terroristischen Strategie. Für Sicherheitsbehörden radikalisierte Einzeltäter sind besonders schwer in ihren Tatvorbereitungen zu erkennen. Die Tatmittel reichen potenziell vom Messer über Schusswaffen bis hin zur „schmutzigen Bombe“.

Neben bekannten Terrororganisationen wie al-Qaida oder dem sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) gibt es verschiedenste Netzwerke, die in Verbindung mit den Terrororganisationen stehen. Insbesondere die jahrelangen bewaffneten Konflikte, z. B. in Syrien, Irak und Afghanistan, haben es jihadistischen Organisationen, wie dem IS, ermöglicht, ihre Positionen zu festigen und auszubauen. Darüber hinaus hat sich durch den Konflikt ein erhebliches Radikalisierungspotenzial entwickelt. Derzeit liegen den Sicherheitsbehörden Hinweise zu mehr als 760 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien/Irak gereist sind, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen. Auch aus Sachsen sind hierzu Einzelfälle bekannt geworden.

Lage in Sachsen

Dem gesamten Phänomen salafistischer Bestrebungen werden deutschlandweit etwa 8.350 Personen zugeordnet (2014: 7.000), davon lassen sich ca. 170 Anhänger in Sachsen (2014: 130) ausmachen, was einen Anstieg um knapp 20 % (bundesweit) bzw. um 30 % (in Sachsen) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum darstellt.

Schwerpunkt salafistischer Bestrebungen in Sachsen ist weiterhin das Umfeld der Leipziger Al-Rahman-Moschee. Dort können die meisten Anhänger dieser Ideologie festgestellt werden. Imam dieser Einrichtung ist Hassan DABBAGH, ein überregional agierender Vertreter des politischen Salafismus in Deutschland.

Seit Jahren veranstaltet DABBAGH sogenannte Islamseminare bzw. Islam-Bildungstreffe in Leipzig.³⁷⁶ Darüber hinaus setzte DABBAGH auch 2015 seine Referententätigkeit im Rahmen seiner „Mobilen Islamischen Akademie“ (Eigenbezeichnung) in vielen Moscheen zu salafisti-

³⁷⁶ u. a. www.alrahman-moschee.de (Stand: 9. September 2015)

schen Themen fort, z. B. in der As-Sahaba-die Gefährten e.V. und Moschee Berlin, der El-Salam-Moschee München. Diese Vorträge wurden auch im Internet beworben.³⁷⁷

Zahlreiche salafistische Aktivitäten und Aussagen DABBAGHs lassen sich weiterhin insbesondere über soziale Netzwerke, z. B. Facebook, sowie über Internetportale, wie YouTube, verfolgen.

DABBAGH forderte dazu auf, die persönliche Lebensführung ausschließlich an Koran und authentischer Sunna auszurichten. Er warnte vor Anpassungen an die pluralistisch-demokratische Gesellschaft. Seiner Meinung nach dürfe nicht von der salafistischen Lebensweise abgewichen werden. Mit dem Hinweis auf die vermeintlich mindere Rechtsstellung der Frau gegenüber dem Mann, die Salafisten aus den islamischen Quellentexten ableiten, wird Männern auch ein Züchtigungsrecht gegenüber „ungehorsamen“ Frauen eingeräumt³⁷⁸.

Auf einer deutschsprachigen salafistischen Internetseite, für die der Leipziger Imam Hassan DABBAGH als Ansprechpartner für „Islamische Fragen“ fungierte, wurde eheliche Gewalt religiös legitimiert. Dort heißt es u. a.:

„Sollte sich ihr Ungehorsam durch eine Handlung, die zwar vereinzelt ist, aber keinen Zweifel an ihrer Absicht lässt, manifestieren, sollte er seine Ermahnungen wiederholen und sie im Haus einsperren, aber nicht schlagen. Erst wenn sie in wiederholter Weise ungehorsam ist, kann der Ehemann seine Frau hauen.“³⁷⁹

Salafisten wie DABBAGH ist bewusst, dass derartige Werte und gesellschaftspolitische Vorstellungen der deutschen Rechtsordnung fundamental widersprechen. In ihrer Propaganda betonen sie den zeitlosen und überlegenen Charakter solch göttlicher Bestimmungen. Die Rezipienten der salafistischen Ideologie begreifen das salafistische Regelwerk als anzustrebenden Idealzustand und setzen es in allen Lebensbereichen, in denen dies möglich ist, um. Der Festigung und Verbreitung der salafistischen Ideologie wird auf diese Weise weiterer Vorschub geleistet. Zugleich erschweren Salafisten erheblich die Integration von muslimischen Migranten in unsere Gesellschaft.

Durch zielgerichtete Missionierungsaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit versuchen politische Salafisten auch in Sachsen, stärker Einfluss auf die hier lebenden Muslime und unsere Gesellschaft zu nehmen. Aufgrund der hohen Migration von Muslimen nach Deutschland dürfte sich diese Problematik verschärfen. Salafisten sehen hier ein Rekrutierungspotenzial insbesondere dann, wenn sich die Integrationshoffnungen der Migranten nicht erfüllen. Moscheevereine stehen deshalb vor der Herausforderung, sich den Einflussversuchen von Salafisten zu entziehen und zu erwehren.

Im Jahr 2015 trugen neben dem anhaltenden Bürgerkrieg in Syrien insbesondere die Terroranschläge in Paris im Januar und November zur starken Emotionalisierung von Salafisten aus dem Umfeld der Al-Rahman-Moschee Leipzig bei. Es konnten zwar keine befürwortenden Reaktionen festgestellt werden, allerdings relativierte und banalisierte das salafistische Milieu die Anschläge in Frankreich. So wurde beispielsweise die Anzahl der Opfer der Anschläge in Paris mit durch den „Westen“ bzw. Frankreich getöteten Muslimen in Palästina, Afghanistan, Algerien etc. aufgerechnet. Salafisten beschuldigten ferner „Geheimdienste“, hinter den Anschlägen zu stecken. Ihnen wird unterstellt, Muslime bzw. den Islam in Europa zu kriminalisieren und so innen- und außenpolitische Maßnahmen gegen Muslime zu legitimieren.

³⁷⁷ u. a. www.facebook.com/DaiyahMohamedBenshain

³⁷⁸ siehe oben

³⁷⁹ www.familie.dwh.info/familie-ehe/985-fiqh-der-ehe-8-rechte-und-pflichten (Stand: 2. Dezember 2015)

3.3 Wege salafistischer und jihadistischer Agitation

Charakteristisch für Salafisten sind ihre intensiven Missions- und Propagandaaktivitäten (da'wa-Arbeit). Da'wa bedeutet ursprünglich „Ruf zum Islam“, aber auch „Missionierung“. Salafisten verengen dies auf eine Werbung für den nach ihrer Auffassung einzig „wahren“ und authentischen Islam salafistischer Lesart. Im Hinblick auf die Adressaten der „da'wa“-Aktivitäten ist zwischen einer „Missionierung“ nach innen und nach außen zu unterscheiden. Zielgruppen sind zum einen Muslime, die nach salafistischer Überzeugung vom „rechten Pfad“ abgewichen sind, zum anderen Nichtmuslime, die zum Übertritt zum Islam salafistischer Prägung bewegt werden sollen.

Dass der politische Salafismus im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht, ist auf den ersten Blick nicht immer gleich zu erkennen. Zudem wissen salafistische Prediger und Multiplikatoren ihre Ideologie durchaus „jugendgerecht“ darzustellen, um für Jugendliche attraktiv zu erscheinen. Sie präsentieren den Salafismus als Popkultur und Protestbewegung gegen die „Dekadenz“ und ein angeblich falsches Islambild in der westlichen Welt. Strafbare Aussagen vermeiden sie.

In der Öffentlichkeit wird die „Missionierungsarbeit“ insbesondere durch Informationsstände in Fußgängerzonen und Einkaufszentren deutscher Großstädte sichtbar. Bekanntestes Beispiel hierfür ist die salafistische Kampagne „LIES“, bei der kostenlos Korane an Interessenten verteilt und Kontakte geknüpft werden.

Eine weitere Agitationsform sind die sogenannten Islamvorträge und -seminare, die häufig in Moscheegemeinden, größeren Veranstaltungshallen oder auch auf öffentlichen Plätzen stattfinden. Im Rahmen solcher Veranstaltungen werden salafistisch geprägte Vorträge gehalten und kostenloses Informationsmaterial in Form von Flyern, Büchern oder CDs verteilt. Während die „Infostände“ meist nur lokale Bezüge haben, reisen für die Vorträge Prediger durch ganz Deutschland, um die Fundamente des salafistischen Islams zu vermitteln. Oftmals ohne selbst über eine fundierte islamisch-theologische Ausbildung zu verfügen, versuchen die Prediger, ihr Publikum zum „einzig wahren Islam“ zu bekehren oder es in ihrem bestehenden Glauben zu stärken. Der Besuch solcher Vorträge und Seminare trägt bei vielen angesprochenen Personen dazu bei, weiter in eine salafistische Parallelwelt abzugleiten. Nur vordergründig geht es dabei um die Vermittlung religiöser Inhalte. Tatsächlich sollen jedoch salafistische Netzwerke gebildet und die Teilnehmer indoktriniert werden.


Seine Breitenwirkung entfaltet der Salafismus insbesondere über das Internet. Auch dort verbreiten salafistische Prediger und Multiplikatoren ihre Ideologie in sozialen Netzwerken, auf Webseiten und Internetportalen und stellen zahlreiche Videos und Audiodateien zum Herunterladen zur Verfügung.

Jihadistische Terrororganisationen nutzen das Internet ebenfalls sehr intensiv zur Verbreitung ihrer Propaganda. Die Gewinnung von Nachwuchs wird zielgerichtet durch Veröffentlichungen in der jeweiligen Landessprache vorangetrieben. Deshalb gibt es z. B. auch eine Vielzahl von Videobotschaften in deutscher Sprache. Die audiovisuelle stilistische Aufmachung ist ebenfalls zielgruppenorientiert und erinnert z. T. an moderne Videospiele und Actionfilmplakate.

Das seit 2010 erscheinende englischsprachige Online-Magazin der Al-Qaida „INSPIRE“ veröffentlicht Aufrufe und Anleitungen, wie mit einfachen Mitteln Anschläge in westlichen, nicht-muslimischen Ländern verübt werden können.

Auch der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) verfügt über professionelle Medienstellen für die Produktion und Verbreitung mehrsprachiger Propaganda (Video- und Audiobotschaften, Fotoreihen, Texte). Darüber hinaus ist das „al-Hayat Media Center“ eine international ausgerichtete Medienstelle, die Propaganda des IS in vielen unterschiedlichen Sprachen verbreitet. Das professionell gestaltete Onlinemagazin „DABIQ“ etwa richtet sich an die „Mujahidin“ weltweit und damit auch an eine Leserschaft außerhalb der islamischen Welt. „DABIQ“ stellt die angeblichen militärischen und zivilen Erfolge des IS dar, erläutert sein Handeln, dokumentiert die vermeintliche Etablierung und Ausbreitung des IS und liefert ideologische Argumente und Legitimation. Mithilfe dieser Propaganda wird der Eindruck eines „normalen“ Staatsgefüges des sogenannten IS erweckt. Weitere Unterstützer und Kämpfer sollen somit auch aus Deutschland und anderen europäischen Staaten zum Aufbau des Islamischen Staates in die Bürgerkriegsregionen gelockt werden.

3.4 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Extremismusbereich:	Linksextremistischer Ausländerextremismus
Gründung:	1978
Sitz:	Nordirak/ Kandilgebirge
Vorsitz	Abdullah ÖCALAN ³⁸⁰
Teil-, Nebenorganisationen:	u. a. Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)
Publikation:	Serxwebun, Yeni Özgür Politika
Kennzeichen ³⁸¹ :	

Historie und Strukturentwicklung in der Türkei

Die PKK wurde im Jahr 1978 gegründet. Ziel war die Schaffung eines autonomen Kurdenstaates unter ihrer Führung. Zu den Gründern gehörte Abdullah ÖCALAN. Er übte von Beginn an die Funktion des Generalsekretärs aus. Seine bis heute unumstrittene Führungsposition setzte er gegen interne Widerstände durch und behielt diese auch nach seiner Inhaftierung und Verurteilung im Jahr 1999.

Die PKK entwickelte sich sowohl in der Türkei als auch in Europa zur anhängerstärksten und militantesten Kurdenorganisation. 1984 nahm sie den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf. Diesen Auseinandersetzungen fielen bislang rund 45.000³⁸² Menschen zum Opfer. Seit dem Jahr 2002 werden die PKK und später auch deren Nachfolgeorganisationen als terroristische Organisationen gelistet.

Die PKK firmiert seit 2007 offiziell unter dem Namen Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK).

Ab Mitte der 1990er Jahre verfolgte die PKK-Führung eine Doppelstrategie. Während sie sich in Westeuropa bemühte, friedlich in Erscheinung zu treten, agierte sie in der Türkei weiterhin auch mit militärischen und terroristischen Mitteln. Die Guerillaeinheiten, die sogenannten Volksverteidigungskräfte (HPG), griffen sowohl türkische Sicherheitskräfte als auch die Infrastruktur an. Um der HPG ein vermeintlich reguläres militärisches Antlitz zu verleihen und sie vom Terrorismusvorwurf zu bewahren, wurden die Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) ins Leben gerufen. Den TAK schlossen sich überwiegend jugendliche Kämpfer der HPG an, die ab 2004 Sprengstoff- und Brandanschläge verübten.

Im Frühjahr 2013 schien sich eine neue Entwicklung anzubahnen, nachdem bekannt geworden war, dass die türkische Regierung Verhandlungen mit Abdullah ÖCALAN geführt hatte. ÖCALAN, der erstmalig als Verhandlungspartner akzeptiert wurde, präsentierte dabei eine eigene „Roadmap“. Nach dieser sollten sich in einem ersten Schritt die PKK-Kämpfer aus der Türkei zurückziehen. Das Fernziel sei die Waffenniederlegung und der Gewaltverzicht. Im Gegenzug erwartete die PKK-Führung die Erfüllung ihrer Forderungen nach Verankerung politischer und kultureller Rechte für die Kurden in einer neuen Verfassung der Türkei.

³⁸⁰ Trotz Inhaftierung hat er faktisch die Führung inne.

³⁸¹ rechts: Fahne der Volksverteidigungskräfte (HPG)

³⁸² <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54641/kurdenkonflikt> (Stand: 29. Januar 2016)

Seit Sommer 2014 überlagerten die Angriffe des so genannten Islamischen Staates (IS) auf das Gebiet Westkurdistan (Nordsyrien) die kurdisch-türkische Auseinandersetzung. Der syrische Zweig der PKK, die Partei der Demokratischen Union (PYD), setzte sich mit ihrem im Juli 2012 gegründeten militärischen Arm, den Volksverteidigungseinheiten (YPG), für den Schutz dieses Gebietes ein und nahm den Kampf gegen den IS auf. Sie wurde dabei von den HPG unterstützt. Sie agieren in einem politisch fragilen Umfeld, in dem geopolitische Interessen und die Interessen der lokalen Akteure äußerst unübersichtlich und von hoher Dynamik geprägt sind.

Aktuelle Entwicklung in der Türkei

Das Jahr 2015 war in der Türkei durch zwei Parlamentswahlen und zwei verheerende Bombenattentate geprägt.

Im Ergebnis der Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 verlor die türkische Regierungspartei AKP³⁸³ ihre absolute Mehrheit. Die kurdisch-türkische Partei Demokratische Partei der Völker (HDP) konnte mit gut 13 % in das türkische Parlament einziehen. Die HDP war damit die erste kurdische Partei, der es gelang, die Zehnprozent-Hürde, die den Einzug ins Parlament in der Türkei regelt, zu überspringen. Tatsächlich wird der HDP eine Nähe zur PKK zugeschrieben. Dieses Ergebnis war nicht zuletzt der intensiven Wahlpropaganda der PKK zu verdanken. Sie mobilisierte ihre Anhängerschaft nicht nur in der Türkei, sondern auch in ganz Europa mit dem Argument, dass die HDP die Interessen der Kurden im Parlament vertreten würde.

Mit nur knapp 41 % der Wählerstimmen war die AKP gezwungen, eine Regierungskoalition zu bilden. Dies gelang nicht, weshalb der AKP-Vorsitzende und Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan für den 1. November 2015 Neuwahlen ansetzten.

In der Zwischenzeit kam es am 20. Juli 2015 in der türkischen Stadt Suruç nahe der türkisch-syrischen Grenze zu einem Bombenanschlag. Er richtete sich gegen ein Camp linksgerichteter und prokurdischer Jugendlicher. Ein weiterer Terroranschlag ereignete sich am 10. Oktober 2015 während einer Friedensdemonstration in Ankara. Diese Gewaltakte forderten jeweils mehr als hundert Tote und zahlreiche Verletzte. Die Anschläge wurden zwar der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) zugeschrieben. Die PKK und linke türkische Organisationen, deren Anhänger hauptsächlich zu den Opfern zählten, gaben der AKP jedoch zumindest eine Mitschuld, da nach deren Meinung die AKP die Anschläge hätte verhindern können. Als Racheaktion auf den ersten Anschlag tötete ein „apoistisches“³⁸⁴ Rebellenteam am 22. Juli 2015 zwei türkische Polizisten mit Kopfschüssen. Es folgte eine Spirale der Gewalt. Sowohl die türkische Regierung als auch die PKK kündigten die seit langem zwischen ihnen laufenden Friedensverhandlungen. Das türkische Militär geht aktuell sowohl gegen Stellungen des IS als auch gegen das Rückzugsgebiet der PKK im Nordirak vor. In Europa will die PKK weiterhin auf Gewalt verzichten und ihre Forderungen publik machen.

Historie und Strukturentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa

Aufgrund der Kampfhandlungen in ihren Siedlungsgebieten seit den 1980er Jahren flüchteten hunderttausende Kurden. Ihr Hauptziel war Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland.

Mitglieder und Anhänger der PKK setzten hier den Kampf fort und gründeten 1985 die Nationale Befreiungsfront Kurdistan (ERNK). Sie verübten terroristische Anschläge auf türkische Einrichtungen und Gewerbe. Ohne Rücksicht auf Leib und Leben griffen sie ebenfalls deutsche Polizisten an. Dies führte im November 1993 zu einem Betätigungsverbot der PKK und ihrer angeschlossenen Nebenorganisationen in der Bundesrepublik. Das Verbot umfasst auch die daraufhin gegründeten Nachfolgeorganisationen der ERNK, nämlich die seit dem Jahr 2000 verbotene Kurdische Demokratische Volksunion (YDK) und die seit 2004 verbotene Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK).

³⁸³ Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei

³⁸⁴ Apo („Onkel“) ist das Synonym der PKK-Anhänger für den PKK-Führer Abdullah ÖCALAN.

Das Territorium der Bundesrepublik Deutschland ist in vier „Saha“ (Gebiete) untergliedert. Diese setzen sich wiederum aus „Bölge“ (Gebiete/ Zone) zusammen. Aktuell gibt es knapp 30 Bölge, die aus mehreren Teilgebieten bestehen.

In der Bundesrepublik befindet sich mit ca. 800.000³⁸⁵ Personen die größte Gruppe der kurdischen Diaspora. Weniger als 2 % dieses Personenkreises hängen der PKK, ihren Nachfolge- bzw. Nebenorganisationen an. Das Mobilisierungspotenzial kann allerdings das Mehrfache betragen. Die streng hierarchisch und territorial gegliederten Organisationsstrukturen sichern der PKK den ideologischen Einfluss und bilden die Grundlage für die erfolgreiche Durchführung jährlicher Spendenkampagnen. Letztere sind eine unverzichtbare Grundlage für die Finanzierung des gesamten Parteiapparates und seiner Aktivitäten. Darüber hinaus wird hier der Nachwuchs für den Guerillakampf rekrutiert.

Der PKK sind zielgruppenorientierte Massenorganisationen für Frauen und Jugendliche sowie Berufs- oder religiöse Gruppen zuzuordnen. In den jeweiligen westeuropäischen Staaten existieren Föderationen örtlicher kurdischer Vereine, die wiederum in einer europäischen Konföderation zusammengeschlossen sind. Bereits im Juli 2013 benannte sich die Konföderation der kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD) anlässlich ihres 19. Kongresses in Kurdischer demokratischer Gesellschaftskongress in Europa (KCD-E) um. Aufgabe des KCD-E sei es, sich für das soziale und kulturelle Wohl der Kurden in Europa einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Identität der Kurden der Herkunftsländer Türkei, Iran, Irak und Syrien per Grundgesetz anerkannt werde. Zu diesem Zweck wolle man in ganz Europa demokratische Gesellschaftszentren für Kurden eröffnen. Die KCD-E stellt nunmehr die PKK-Europaführung, in die auch die CDK integriert ist.³⁸⁶

Infolgedessen wurde im Juni 2014 anlässlich des 20. Kongresses der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM)³⁸⁷ das Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM)³⁸⁸ gegründet. Das neue Organisationsmodell soll alle kurdischen Einrichtungen unter einem Dach vereinen. Den Namenswechsel vollzogen danach auch die bisher in der YEK-KOM organisierten örtlichen Vereine. Sie gaben jeweils die „Gründung“ des Demokratischen kurdischen Gesellschaftszentrums (DKTM)³⁸⁹ bekannt.

³⁸⁵ Die Zahl stellt nur einen Schätzwert dar. Es gibt keine offizielle Statistik zu Kurden. Personen kurdischer Volkszugehörigkeit werden gemäß ihrer Staatsangehörigkeit als Türken, Iraner, Iraker oder Syrer geführt.

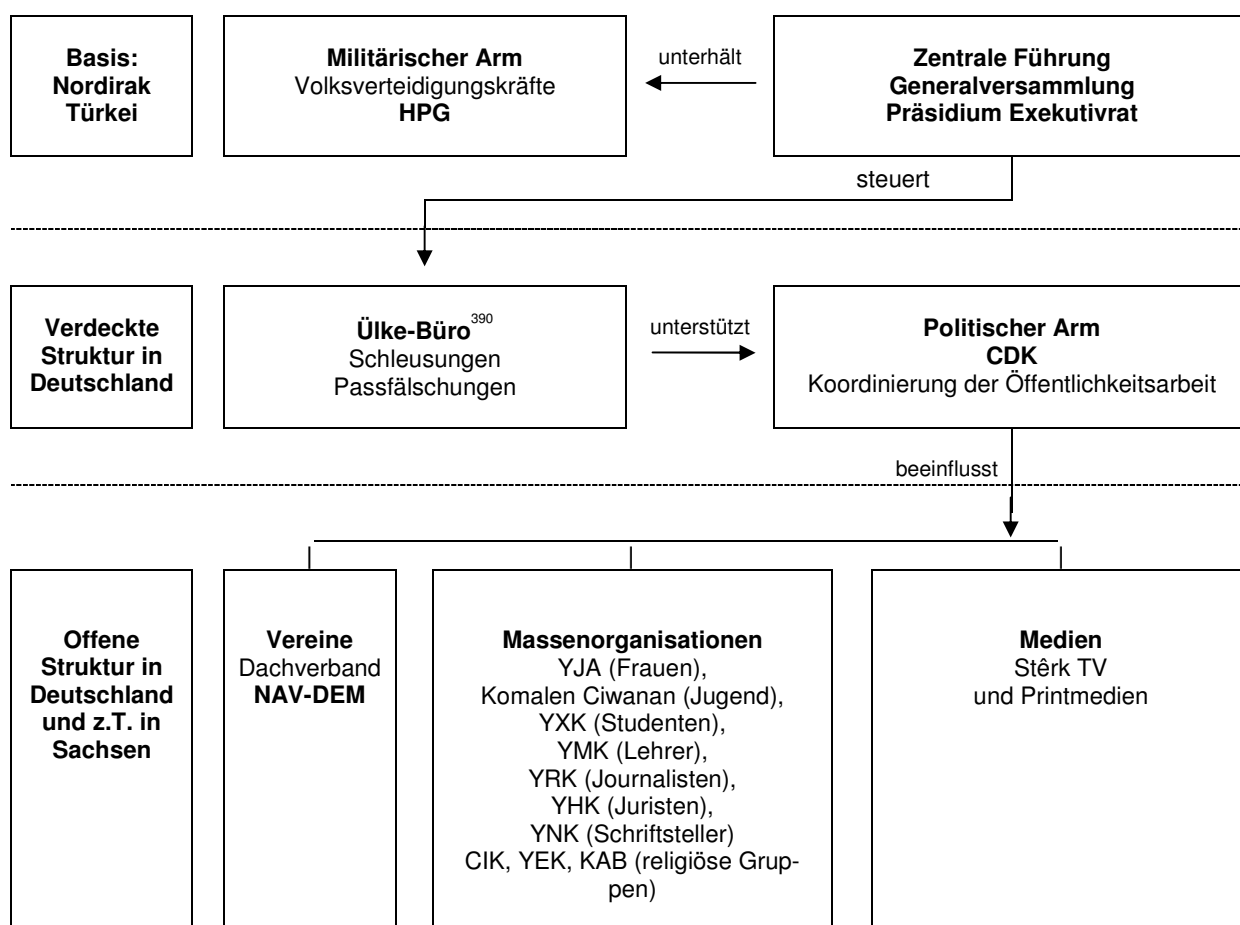
³⁸⁶ Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern 2014, S. 129

³⁸⁷ Bisherige Dachorganisation für Vereine in Deutschland, in denen sich Mitglieder und Anhänger der PKK organisierten

³⁸⁸ Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanayê

³⁸⁹ Demokratik Kürt Toplum Merkezi

Struktur der PKK



Historie und aktuelle Situation im Freistaat Sachsen

Das PKK-Gebiet Sachsen besteht hauptsächlich aus den „Teilgebieten“ Leipzig, Dresden und Chemnitz. Darüber hinaus gehören angrenzende Teile umliegender Bundesländer und der Nachbarstaaten Polen und Tschechien dazu. In den Teilgebieten gründeten sich in den 1990er Jahren bis in die ersten Jahre des Folgejahrzehnts Vereine, die dem Dachverband YEK-KOM zuzuordnen waren. Zwischen 2009 und 2015 kam das der PKK zuzurechnende Vereinsleben vollständig zum Erliegen. Die Mitglieder und Sympathisanten beteiligten sich lediglich an PKK-initiierten überregionalen Kampagnen und Großveranstaltungen. Dies dürfte nicht zuletzt auf den starken Verfolgungsdruck durch die Sicherheitsbehörden des Freistaates zurückzuführen sein. Die Vereinslokale waren mehrfach von Exekutivmaßnahmen der Polizei betroffen. In mehreren Fällen wurden im Freistaat Sachsen tätige Aktive der PKK wegen Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz (Zuwiderhandlung gegen Verbote) verurteilt, zuletzt im Jahr 2011.

Die Entwicklungen um die umkämpfte Stadt Kobane wirkten sich auch auf die sächsischen PKK-Anhänger aus. Ab Herbst 2014 begannen diese, in sächsischen Städten an einer Vielzahl örtlicher Demonstrationen teilzunehmen.

Im Februar 2015 wurde die Gründung des Dresdner Vereins Deutsch Kurdische Begegnungen e. V. bekannt. Seitdem wurden durch diesen fast monatlich örtliche Demonstrationen und Kundgebungen organisiert, die sich auf Ereignisse in der Türkei und den kurdischen Siedlungsgebieten bezogen.

³⁹⁰ Das türkische Wort Ülke bedeutet „Land“ (politisch).

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der PKK hat sich in den letzten Jahren in Sachsen nicht verändert und liegt seit 2010 konstant bei ca. 150 Personen.

Am 21. Oktober 2015 nahmen Beamte des LKA Niedersachsen mit Unterstützung des LKA Sachsen den Leiter des PKK-Gebietes Sachsen in Dresden fest. Gegen den PKK-Kader richtet sich ein Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft Niedersachsen, in deren Zuständigkeitsbereich der Funktionär zuvor tätig war. Von den Exekutivmaßnahmen war auch das Lokal des Dresdner Vereins Deutsch Kurdische Begegnungen e. V. betroffen.

Im Berichtsjahr wurde auch die Existenz der Gruppe Ciwanen Azad Dresden (Freie Jugend Dresden) bekannt.

Die europäische Jugenddachorganisation der PKK, Ciwanen Azad (CA), verfügt über örtliche Vertretungen, so z. B. auch die Ciwanen Azad Dresden. CA publiziert Mobilisierungsvideos, in dem der gewaltsame Kampf verherrlicht wird.

Die CA Dresden ist im Internet mit einem Facebook-Profil präsent. Hier wurden zahlreiche Fotos von Demonstrationen in Dresden, angemeldet durch den Dresdner Verein Deutsch Kurdische Begegnungen e. V., gepostet, die jugendliche Akteure mit PKK-Fahnen und dem CA-Logo auf den T-Shirts zeigen. Die CA Dresden kooperiert auch mit linksextremistischen Organisationen wie der REVOLUTION Leipzig (siehe Abschnitt „Autonome in Leipzig“). Neben dem Thema Antikapitalismus vereint beide auch das Thema Antifaschismus. Auf der Demonstration setzten CA-Anhänger auf einem Transparent die Terrororganisation IS mit Pegida³⁹¹ gleich.

³⁹¹ Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes

4. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund

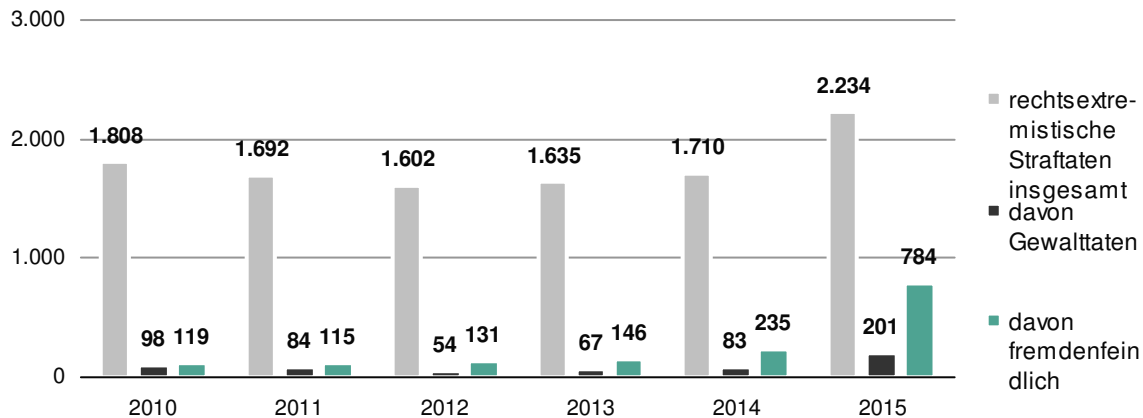
Extremistisch motivierte Straftaten bilden eine Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität. Es handelt sich dabei um diejenigen Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind.

4.1 Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 2015 2.234 rechtsextremistische Straftaten registriert (2014: 1.710). Damit stiegen die Straftatenzahlen bereits im dritten Jahr in Folge. Waren es 2013 ca. 2 %, betrug der Anstieg 2014 bereits 4,6 % und nunmehr 30,6 %.

Ein ähnlicher Anstieg war auch bei den rechtsextremistischen Gewaltdelikten zu verzeichnen. So wurden 201 rechtsextremistisch motivierte Gewaltstraftaten im Jahr 2015 registriert (83 im Jahr 2014). Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 142 %. Der Anteil der Gewalttaten an den rechtsextremistischen Straftaten hat sich mit etwa 9 % im Vergleich zu 2014 nahezu verdoppelt (2014: ca. 4,8 %).

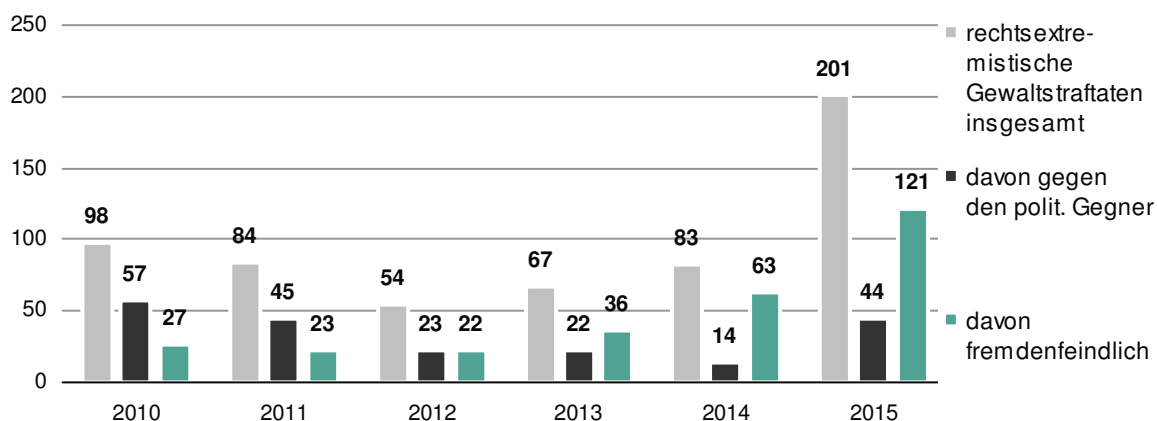
Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Die gegen den politischen Gegner gerichteten Gewalttaten sind im Jahr 2015 ebenfalls stark angestiegen (169 Fälle, 2014: 93). Erneut gesunken ist jedoch deren Anteil an den rechtsextremistisch motivierten Straftaten insgesamt. Dieser fiel auf etwa 7,6 % (2014: 15 %, 2013: ca. 33%, 2012: ca. 43 %, 2011: 54 %, 2010: 58 %).

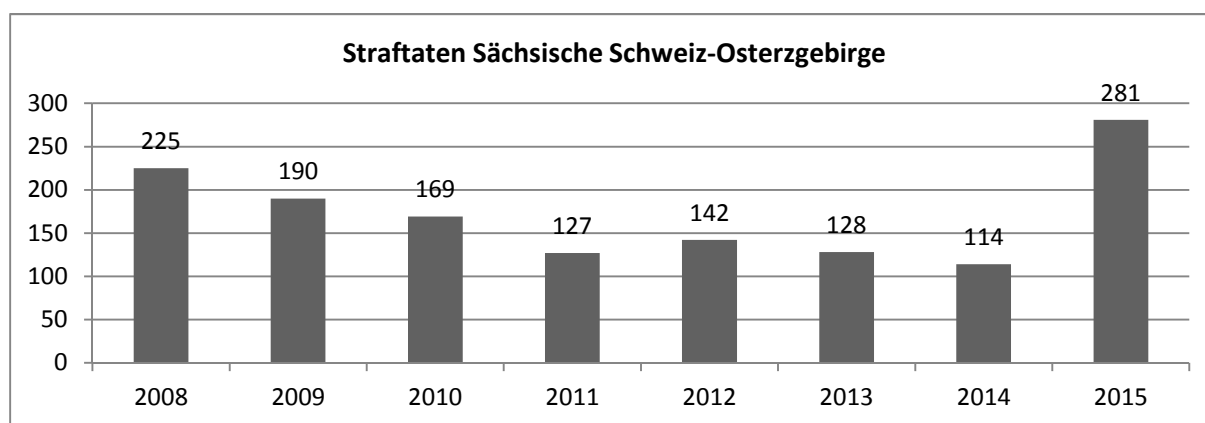
Dagegen ist die Anzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte im Jahr 2015 auf 121 abermals deutlich gestiegen und hat sich gegenüber 2014 fast verdoppelt (2014: 63, 2013: 36, 2012: 22). Der Anteil fremdenfeindlicher Gewaltdelikte an den rechtsextremistischen Gewaltdelikten insgesamt betrug damit ca. 60% (2014: 76 %; 2013: ca. 54 %, 2012: 41 %, 2011: 27 %, 2010: 28 %).

Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Im Vergleich zum Jahr 2014 gab es hinsichtlich der regionalen Verteilung der rechtsextremistisch motivierten Straftaten bemerkenswerte Verschiebungen. So blieb die Stadt Dresden zwar weiterhin Schwerpunkt; im Jahr 2015 war sie die Stadt, mit den meisten rechtsextremistisch motivierten Straftaten (407 Fälle). Danach rangierte jedoch, anders als in den Vorjahren, keine weitere sächsische Großstadt, sondern der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (281 Fälle). Erst dann folgen die Stadt Leipzig (224 Fälle), die Landkreise Mittelsachsen (177 Fälle), Bautzen (165 Fälle), Zwickau (156 Fälle) und schließlich mit Chemnitz die letzte sächsische Großstadt (144 Fälle).

Hier zeigte sich deutlich eine vor allem durch die asylbezogenen Straftaten gegen Asylbewerberaufnahmeeinrichtungen und deren Einwohner begründete Verschiebung des Straftatengeschehens in die Fläche. Insbesondere bei den fremdenfeindlichen Straftaten hatten Dresden und der Landkreis sächsische Schweiz einen Anteil von 35,6 % an allen Fällen. Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge führte das asylbezogene Straftatengeschehen zu einer sehr deutlichen Trendumkehr im Vergleich zu den vorherigen Jahren:



Hier sind als Hintergrund vor allem die asylbezogenen Auseinandersetzungen in Freital seit Sommer 2015 sowie das NPD-dominierte asylbezogene Veranstaltungsgeschehen in der Sächsischen Schweiz zu berücksichtigen. Zu letzterem gehörten auch die Auseinandersetzungen am dritten Augustwochenende 2015 in Heidenau.

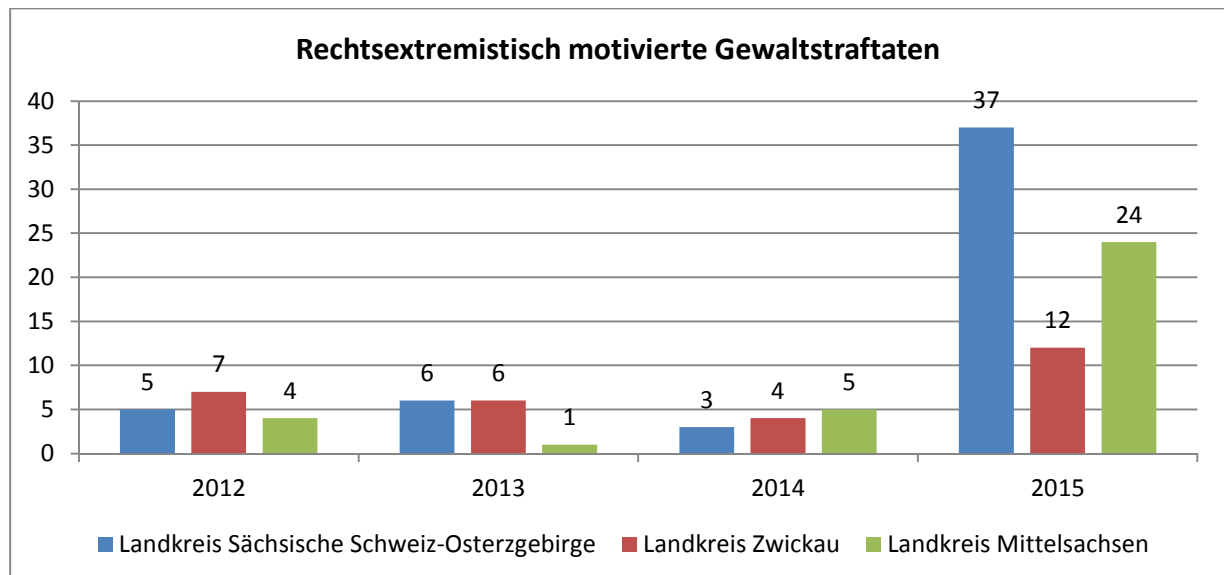
Einen ähnlichen, ebenfalls durch das asylbezogene Straftatengeschehen ausgelösten Trend gab es im Landkreis Meißen. Dort verdoppelten sich die rechtsextremistisch motivierten

Straftaten (108 Fälle) gegenüber 2014 (58 Fälle). Dem stand im Berichtsjahr jedoch kein Erstarren der regionalen rechtsextremistischen Szene gegenüber.³⁹²

Das asylbezogene Straftatenaufkommen prägte ebenfalls die Anstiege der rechtsextremistischen Gewalttaten. Auch hier waren die höchsten Werte in Dresden (56 Fälle = 27,9 %) und im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (37 Fälle = 18,4 %) zu verzeichnen. Es folgte der Landkreis Mittelsachsen (24 Fälle = 11,9 %).

Bei den Körperverletzungen wurde der Anteil der Stadt Dresden und des Landkreises Sächsische Schweiz Osterzgebirge noch deutlicher. Beide zusammen hatten hier einen Anteil von 46 % an allen rechtsextremistisch motivierten Körperverletzungsdelikten.

Betrachtet man die Entwicklungen der Gewalttaten, fällt auf, dass vor allem, in den Landkreisen Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge, Mittelsachsen und Zwickau eine Trendumkehr stattfand. Diese Landkreise hatten in den vergangenen Jahren ein abnehmendes Niveau an rechtsextremistisch motivierten Gewaltstraftaten und wiesen im Jahr 2015 überproportionale Steigerungen auf:



Hintergrund war hier insbesondere der durch die Asylthematik ausgelöste Politisierungsprozess innerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene, der in der Stadt Dresden besonders weit fortgeschritten ist. Die Dresdner Akteure wiederum wirkten auch ins Dresdner Umland hinein.³⁹³

Sowohl die Gesamtzahl aller fremdenfeindlichen Vorfälle, als auch die fremdenfeindlichen Gewaltdelikte verdeutlichen, dass die Verschiebung der Zielrichtung von Rechtsextremisten hin zu Agitation gegen und Angriffen auf Personen mit tatsächlichem und vermeintlichem Migrationshintergrund sich im Jahr 2015 weiter fortgesetzt hat. Aufgrund des Gesamtaufkommens ist auch ein Aktivwerden von bisher inaktiv gebliebenen Teilen der rechtsextremistischen Szene vor dem Hintergrund der Asylthematik zu konstatieren. Diese Entwicklung schlug sich in einem sachsenweiten Anstieg des rechtsextremistischen Personenpotenzials nieder.³⁹⁴ Der gleichzeitige Anstieg von Straftaten gegen den politischen Gegner zeigt jedoch,

³⁹² Vgl. den Beitrag „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Landkreis Meißen“

³⁹³ Vgl. die Beiträge „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Dresden (Stadt)“, „Landkreis Meißen“, „Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“, „Subkulturell geprägte Rechtsextremisten“ sowie „Im Fokus – Aktivitäten von Rechtsextremisten in der aktuellen Asyldebatte und ihre Folgen – Beobachtungen des Verfassungsschutzes in Sachsen“

³⁹⁴ Vgl. den Beitrag „Rechtsextremismus“, „Personenpotential“

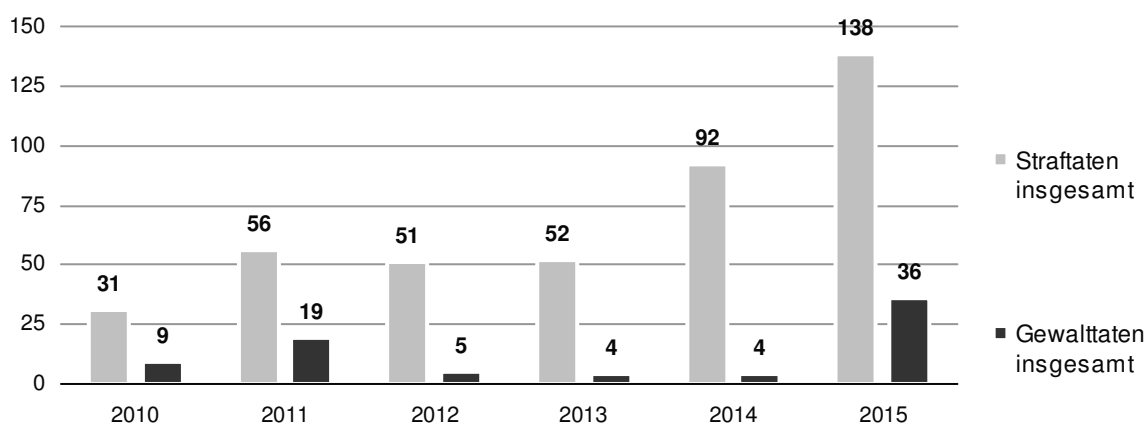
dass Rechtsextremisten trotz der Dominanz des asylbezogenen Geschehens auch ihre weiteren Feindbilder auslebten.

Entsprechend den vorherigen Feststellungen lagen bei den rechtsextremistischen Propagandadelikten ebenfalls die Stadt Dresden und der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge an der Spitze. Die meisten der im Jahr 2015 im Freistaat Sachsen registrierten 1.157 rechtsextremistischen Propagandadelikte (2014: 1.250) wurden mit 195 bzw. 120 Fällen – mit deutlichem Abstand zu den anderen Landkreisen und Städten – in Dresden und im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge festgestellt. Das entspricht einem Anteil von ca. 16,85 % bzw. 10,37 %. Es folgten die Stadt Leipzig mit 95 (8,2 %), der Landkreis Bautzen mit 94 (8,1 %) sowie der Landkreis Görlitz mit 92 Propagandadelikten (7,95 %).

Ein Blick auf die Straftaten im Zusammenhang mit Demonstrationen bestätigt das bisherige Bild: Von den 212 festgestellten Straftaten im Jahr 2015 entfielen allein 55 auf den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, 53 auf die Stadt Leipzig und 42 auf die Stadt Dresden. Dreiviertel aller in diesem Zusammenhang registrierten Straftaten entfielen somit auf diese drei Regionen. In allen Fällen erklärt sich dieser Befund mit dem sehr intensiven asylbezogenen Demonstrationsgeschehen, das entweder von Rechtsextremisten organisiert oder von diesen zur Begehung von Straftaten genutzt wurde.

In diesem Zusammenhang ordnet sich auch das rechtsextremistische Straftatengeschehen gegen die Polizei ein.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund gegen die Polizei



Die Zahlen belegen deutlich, dass es sich insbesondere bei der in Heidenau im August 2015 offen sichtbar gewordenen neuen Qualität der Gewaltanwendung von Rechtsextremisten gegen die eingesetzten Polizisten um ein sich schon länger andeutendes Phänomen und nicht um ein vorübergehendes Ereignis handelt. Hintergrund des Anstiegs der Gewalttaten, wie auch der Straftaten, sind vor allem die Auseinandersetzungen im Demonstrationsgeschehen. Auch wenn dieses Niveau mit dem Rückgang des Demonstrationsgeschehens wieder nachlassen dürfte, so wird die dahinterstehende Haltung weiterhin Bestand haben. In dieser werden Polizeibeamte als aktiv zu bekämpfender politischer Gegner verstanden. Dies wird auch daran deutlich, dass im Jahr 2015 seitens der rechtsextremistischen Szene in ähnlicher Größenordnung Gewalttaten gegen Polizeibeamte (36), wie gegen den politischen Gegner (44), begangen wurden. In den Jahren zuvor lag das Verhältnis konstant bei 1:4 bzw. im Jahr 2013 sogar bei 1:5.

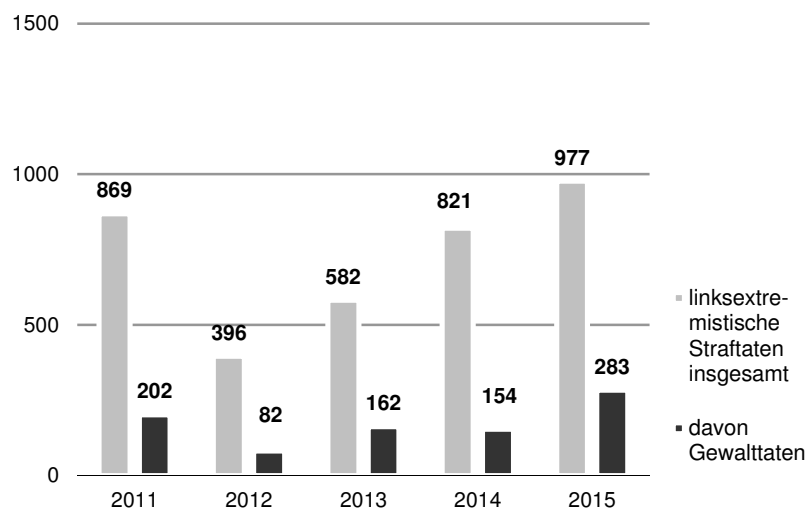
Die Anzahl der antisemitischen Straftaten stieg gegenüber dem Jahr 2014 um einen Fall auf 97 (2014: 96) Straftaten. Schwerpunkt dieser Straftaten war die Stadt Leipzig (14 Fälle) gefolgt von Dresden (12 Fälle) und den Landkreisen Mittelsachsen und Zwickau (jeweils 11 Fälle).

4.2 Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Die Anzahl der linksextremistischen Straftaten ist im Freistaat Sachsen im Berichtsjahr erneut stark angestiegen. So erhöhte sich die Zahl der linksextremistischen Straftaten insgesamt um 19 % auf 977 Delikte (2014: 821).

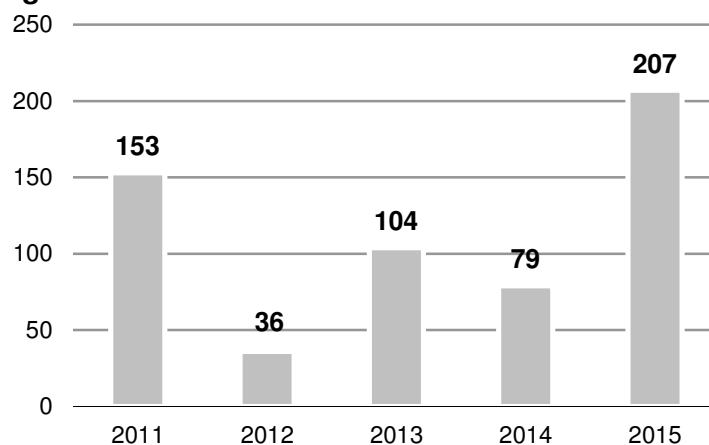
Die Anzahl der Gewaltdelikte stieg deutlich um 84 % auf 283 an (2014: 154). Damit erhöhte sich der Anteil der Gewalttaten an den gesamten linksextremistischen Straftaten auf 29 % (2014: 19 %). Sowohl die Gesamtzahl der linksextremistischen Straftaten als auch die der Gewalttaten übertraf damit das hohe Niveau des Jahres 2011 (869 bzw. 202).

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Der Anteil der linksextremistisch motivierten Gewalttaten, die sich in konfrontativer Absicht gegen den politischen Gegner (rechts) richteten, erhöhte sich im Jahr 2015 erheblich (um ca. 162 %). Es wurden 207 solcher Straftaten festgestellt gegenüber 79 im Jahr 2014. Der Anteil dieser Delikte an den gesamten linksextremistisch motivierten Gewalttaten betrug im Berichtsjahr 73 % (2014: 51 %).

Anzahl der gegen den politischen Gegner (rechts) gerichteten Gewalttaten³⁹⁵



Die Entwicklung der Straf- und Gewalttaten wies in den einzelnen Regionen und Schwerpunkten der autonomen Szene deutliche Unterschiede auf. Lediglich in Leipzig entsprach

³⁹⁵ Quelle: LKA Sachsen, „Politisch motivierte Kriminalität im Freistaat Sachsen“ jeweils für die Jahre 2011 bis 2015.

sowohl die Entwicklung der Straf- als auch die der Gewalttaten dem sachsenweiten Trend; in Dresden hingegen lediglich die Entwicklung der Gewalttaten.

Wie im Vorjahr wurden auch im Jahr 2015 die meisten der linksextremistisch motivierten Straftaten (einschließlich Gewalttaten) in Sachsen in den Städten Leipzig und Dresden – und somit in den regionalen Schwerpunkten der autonomen Szene – begangen.

In Leipzig hat sich die Zahl fast verdoppelt (Anstieg um ca. 93%): die Straftaten stiegen auf 439 Fälle im Berichtsjahr gegenüber 227 im Jahr 2014. In Dresden ist hingegen ein deutlicher Rückgang um ca. 26 % festzustellen: 168 Straftaten waren im Berichtsjahr zu verzeichnen gegenüber 226 Straftaten im Jahr 2014.

Damit wurden in diesen beiden Städten im Jahr 2015 62 % aller linksextremistischen Straftaten in Sachsen registriert (2014: 55 %). Mit deutlichem Abstand folgen der Landkreis Leipzig mit 138, die Stadt Chemnitz mit 45 und der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 43 Vorfällen.

Noch deutlicher fielen die regionalen Unterschiede bei der Entwicklung der Gewalttaten aus. Sowohl in Leipzig als auch in Dresden ist ein deutlicher Anstieg der Gewalttaten zu verzeichnen. In Leipzig stiegen sie um 169% von 67 (2014) auf 180 (2015) an, in Dresden ist ein Anstieg um 82 % von 38 (2014) auf 69 (2015) zu verzeichnen.

4.3 Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Die „Politisch motivierte Kriminalität (PMK) Ausländer“ ist seit Jahren im Vergleich zu den anderen Phänomenbereichen äußerst niedrig. Der Anteil der ausländerextremistisch motivierten Fälle betrug im Jahr 2015 weniger als ein Prozent der Gesamt-PMK.

Im Jahr 2015 stellte die Polizei 32 (2014: 20) Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund fest. Gegenüber 2014 ist damit ein Anstieg zu verzeichnen. Die Anzahl der Gewalttaten blieb mit sieben (2014: acht) fast gleich.

Die seit zwei Jahren steigende Tendenz der Straftaten steht einerseits im Zusammenhang mit der Eskalation der Lage in der Türkei. Dort wurde der Friedensprozess zwischen der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und der türkischen Regierung beendet. Es folgten verschärfte Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Militär. Dies spiegelte sich auch in den Aktivitäten der PKK-Mitglieder und -Anhänger in Deutschland wider. Vornehmlich kam es zu Propagandadelikten.

Andererseits verursachten die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, speziell in Syrien, massive Fluchtbewegungen in Richtung Westeuropa, vorwiegend nach Deutschland. Das Aufeinandertreffen Angehöriger verschiedener Religionen oder eine vermeintlich ungerechte Behandlung durch deutsche Behörden waren häufig der Auslöser für Straftaten.

Der Erkenntnisstand zum jeweiligen Tathergang ließ in den meisten Fällen jedoch keine konkrete Zuordnung zu Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes zu.

Eine Gewalttat wies Bezüge zum sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) auf.

III. Spionage in Politik und Wirtschaft

1. Begriffe, Bedeutung und Adressaten

Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten gegnerischer Nachrichtendienste im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben im Jahr 2015 erneut eine bedeutende Rolle gespielt und in der Öffentlichkeit zum Teil erhebliche Aufmerksamkeit erregt. Von zentraler Bedeutung war erneut die staatlich gelenkte Spionage, also die nachrichtendienstlich organisierte Beschaffung von Informationen. Die spionagerelevanten Aufklärungsinteressen gegnerischer Nachrichtendienste sind vielfältig und betreffen unter anderem das aktuelle politische Geschehen (Politikspionage) oder aktuelle Erkenntnisse und Entwicklungen in Wirtschaft und Wissenschaft (Wirtschaftsspionage). Als Spezialfall der Wirtschaftsspionage lässt sich die Proliferation einordnen, die neben der Aufklärung der Technologie auch die vollständige oder teilweise Beschaffung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen mit deren Trägersystemen umfasst.

Die stetig wachsende politische Bedeutung sowie die wirtschaftliche und wissenschaftliche Leistungs- und Innovationskraft Deutschlands begründen ein nach wie vor intensives Aufklärungsinteresse fremder Nachrichtendienste. Das hat Folgen auch für den Freistaat Sachsen, der mit den hier ansässigen innovativen Unternehmen und als Forschungsstandort vor allem als Ziel von Wirtschaftsspionage in Betracht kommt.

Die aufgrund von Spionage drohenden Schäden sind immens. Sie können sich im Bereich der Wirtschaft unter anderem durch empfindliche Forschungs- und/oder Auftragsverluste äußern. Vertreter der deutschen Wirtschaft gehen mittlerweile von einem durch Wirtschaftsspionage verursachten jährlichen Schaden in Höhe von etwa 50 Milliarden Euro und einem Schadenspotential von etwa 100 Milliarden Euro aus. Das kann auf Dauer spürbare Auswirkungen auf Staat und Wirtschaft haben. Ein funktionierendes Staatswesen und eine funktionierende Wirtschaft aber sind eine wichtige Grundlage für die innere Stabilität von Staat und Gesellschaft. Die Abwehr von hiergegen gerichteten Spionageaktivitäten ist deshalb ein wichtiges Aufgabenfeld der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Mögliche Adressaten von Politikspionage sind in erster Linie Staat und Verwaltung sowie Mandatsträger politischer Parteien. Darüber hinaus können auch Mitglieder von Oppositionsbewegungen aus dem Ausland, die in Deutschland leben, von den Maßnahmen des Nachrichtendienstes des jeweiligen Herkunftslandes betroffen sein. Adressaten der Wirtschaftsspionage sind in erster Linie Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen. Staat und Verwaltung können ebenfalls betroffen sein, soweit etwa durch finanzielle Förderung Verbindungen zu diesen Unternehmen und Einrichtungen bestehen. In jedem Fall gilt, dass kein Informationsträger „zu klein“ ist, um nicht doch Adressat einer Spionagemassnahme werden zu können.

Neben Spionageaktivitäten hat die von fremden Nachrichtendiensten gesteuerte Beeinflussung der öffentlichen Meinung wieder an Bedeutung gewonnen.

2. Akteure, Aufklärungsschwerpunkte und Methoden

2.1 Akteure und Aufklärungsschwerpunkte

In Deutschland sind zahlreiche ausländische Nachrichtendienste mit ganz unterschiedlichen Aufklärungsschwerpunkten aktiv, was auch Auswirkungen auf den Freistaat Sachsen hat. Nachrichtendienste hoch entwickelter Staaten wollen durch Spionage vor allem im politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb weiter Schritt halten oder sogar Wettbewerbsvorteile erzielen. Nachrichtendiensten von Krisenländern geht es in politischer Hinsicht vor allem um die Aufklärung und Unterwanderung von Oppositionellen ihrer Länder, die in Deutschland leben. In wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht entwickeln die Nachrichtendienste dieser Länder vor allem proliferationsrelevante Aktivitäten. Als Hauptakteure im Freistaat Sachsen gelten weiterhin die Nachrichtendienste Russlands und Chinas. Daneben stehen arabische, nordafrikanische und weitere asiatische Nachrichtendienste im Verdacht, Spionageaktivitäten zu entfalten. Aber auch der Einsatz westlicher Nachrichtendienste kommt in Betracht.

2.1.1 Russische Föderation

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation waren für die russische Staatsführung im Jahr 2015 erneut von großer Wichtigkeit. Sie genießen dort nach wie vor ein hohes Ansehen, unter anderem wegen ihrer Bemühungen zur Aufklärung oder Beeinflussung politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklungen im Ausland. Der russische Gesetzgeber hat diesen Trend weiter begünstigt, etwa durch erneute Restriktionen im Bereich des Datenschutzes. So dürfen personenbezogene Daten russischer Staatsbürger im Internetverkehr künftig nur noch auf russischen Servern gespeichert und verarbeitet werden. Das gilt selbst dann, wenn diese Personen Kunden oder Angestellte ausländischer Unternehmen sind, unabhängig davon, ob diese Unternehmen eine Niederlassung in Russland haben oder nicht. Damit ist eine noch bessere Überwachung des Informationsflusses mit dem Westen gewährleistet.

Gegen deutsche und damit auch sächsische Sicherheitsinteressen entwickelten insbesondere der russische zivile Auslandsnachrichtendienst³⁹⁶, der militärische Auslandsnachrichtendienst³⁹⁷ und der Inlandsnachrichtendienst³⁹⁸ Aktivitäten. Diese Aktivitäten gingen einher mit einer sehr offensiven russischen Außenpolitik, die in der Annexion der Krim, der Verschärfung des Ukraine-Konfliktes und dem militärischen Eingreifen in den Syrien-Konflikt ihre Höhepunkte fand. Die daraus folgenden internationalen Reaktionen setzten sowohl die russische Politik als auch die russische Wirtschaft unter erheblichen Druck und führten zum Versuch nachrichtendienstlicher Entlastungsmaßnahmen. Dafür boten die russischen Nachrichtendienste ein breites Spektrum an Aktivitäten auf, bei denen es unter anderem darum ging, die Politik der russischen Staatsführung zu rechtfertigen und den Westen in die Verantwortung für die angespannte politische Situation in Osteuropa und dem Nahen Osten zu stellen. Für die flankierende politische Aufklärung von Interesse waren etwa die deutsche Haltung zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Finanz- und Energiepolitik, aber auch die Rolle Deutschlands in der NATO. In wirtschaftlicher Hinsicht ging es vor allem darum, die angeschlagene russische Wirtschaft mit neuem Know-how zu versorgen.

³⁹⁶ Служба Внешней Разведки Российской Федерации (СВР)/Sluschba Wneschnei Raswedki Rossijskoj Federazii (SWR); Übersetzung: Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation

³⁹⁷ Главное разведывательное управление Генерального штаба ВС (ГРУ)/Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije Generalnowo Staba WS (GRU); Übersetzung: Hauptverwaltung für Aufklärung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation

³⁹⁸ Федеральная Служба Безопасности Российской Федерации (ФСБ)/Federalnaja Sluschba Besopasnosti Rossijskoj Federazii (FSB); Übersetzung: Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation

Vor diesem Hintergrund bildet der Freistaat Sachsen als bedeutsamer Bestandteil der deutschen Politiklandschaft und als innovativer und leistungsstarker Forschungs- und Wirtschaftsstandort in Deutschland ein lukratives Ziel russischer Nachrichtendienste.

2.1.2 Volksrepublik China

Auch die Volksrepublik China hat 2015 wieder erhebliches Gewicht auf die Aktivitäten ihrer Nachrichtendienste gelegt. Die chinesische Staatsführung nutzt ihre Nachrichtendienste gezielt zur Informationsgewinnung in Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft, um sich strategische Vorteile zu verschaffen und die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Dafür haben die chinesischen Nachrichtendienste eine starke Personalausstattung und umfangreiche Befugnisse erhalten. Die verschiedenen nachrichtendienstlichen Maßnahmen organisiert in erster Linie das Ministerium für Staatssicherheit³⁹⁹, das als In- und Auslandsdienst strukturiert ist. Angehörige sind an den amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland (sogenannte Legalresidenturen) präsent und dabei oft als Diplomaten oder Journalisten getarnt. Auch der militärische Nachrichtendienst⁴⁰⁰ und das Ministerium für öffentliche Sicherheit⁴⁰¹ als Leitungsebene der Polizei sind mit Aufklärungsmaßnahmen gegen Deutschland aktiv.

Nach wie vor stehen innovative deutsche Unternehmen und Hochschuleinrichtungen im Blickfeld chinesischer Nachrichtendienste, was auch den Freistaat Sachsen für diese Dienste interessant macht. Das gilt umso mehr, als die chinesische Wirtschaft in den vergangenen Jahren an Prosperität verloren hat und doch weiterhin ambitionierte Ziele verfolgt. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit chinesischer Nachrichtendienste ist das Ausspähen und die Unterwanderung von in Deutschland lebenden oppositionellen Kräften, die von der chinesischen Regierung zu den sogenannten „Fünf Giften“⁴⁰² gezählt werden. Da sich auch im Freistaat Sachsen Angehörige der chinesischen Opposition aufhalten, ist davon auszugehen, dass der Freistaat auch aus diesem Grunde ein lohnendes Ziel der chinesischen Nachrichtendienste ist.

2.1.3 Arabische, nordafrikanische und weitere asiatische Nachrichtendienste

Arabische und nordafrikanische Nachrichtendienste führen in Deutschland in erster Linie Maßnahmen gegen hier lebende Oppositionelle aus ihren Heimatländern durch. Die politischen Veränderungen der letzten Jahre im arabischen und nordafrikanischen Raum haben daran nichts geändert. Damit dürften die in Sachsen lebenden Einwanderer und Flüchtlinge aus den einschlägigen Krisenregionen nach wie vor als Ziel der jeweiligen Nachrichtendienste gelten, insbesondere, wenn sie sich oppositionell betätigt haben.

Insbesondere die syrischen Nachrichtendienste dürften starkes Interesse am Verbleib bekannter Oppositioneller und deren Rolle im syrischen Bürgerkrieg haben. Die Ausforschung persönlicher Umstände kann dann zur Repression gegen spätere Rückkehrer oder gegen in der Heimat verbliebene Verwandte genutzt werden. Als Agenten können vermeintliche Flüchtlinge oder seit längerem in Deutschland lebende Landsleute zum Einsatz kommen. Vergleichbare Aktivitäten zeigen andere arabische, nordafrikanische und asiatische Nachrichtendienste. So ließ die Bundesanwaltschaft im Oktober 2015 einen iranischen Staatsangehörigen festnehmen, der dringend verdächtig ist, Angehörige der militanten iranischen

³⁹⁹ Ministry of State Security (MSS)

⁴⁰⁰ Military Intelligence Department (MID)

⁴⁰¹ Ministry of Public Security (MPS)

⁴⁰² Unter der diffamierenden Bezeichnung „Fünf Gifte“ werden von der Kommunistischen Partei Chinas Mitglieder der Vereinigung der Uiguren, Anhänger einer Eigenständigkeit Tibets, Praktizierende der Falun Gong-Bewegung, Anhänger einer Eigenstaatlichkeit Taiwans und Angehörige der Demokratiebewegung zusammengefasst.

Oppositionsbewegung „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) gegen Bezahlung ausgeforscht und die Informationen an seine nachrichtendienstlichen Auftraggeber weitergegeben zu haben. Nordkorea und Indien stehen im Verdacht ähnlicher Vorgehensweisen.

2.1.4 Westliche Dienste

Die Spionageabwehr der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bearbeiten auch nachrichtendienstliche Aktivitäten westlicher Staaten gegen Deutschland. Insbesondere die fortwährenden Veröffentlichungen interner Dokumente haben das mögliche breite Spektrum von Spionageaktivitäten amerikanischer Nachrichtendienste und anderer westlicher Dienste verdeutlicht. In erster Linie aus den Snowden-Enthüllungen folgt der Verdacht, westliche Dienste nutzten ihre technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, um weltweit Kommunikationsdaten abzuschöpfen. Vor allem die amerikanische NSA soll ihre Möglichkeiten in enger Zusammenarbeit mit dem britischen „Government Communications Headquarters“ (GCHQ) auch gegen Deutschland einsetzen. Im August 2015 erhob die Bundesanwaltschaft vor dem Oberlandesgericht München Anklage gegen einen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes. Dieser Mitarbeiter soll Anfang 2008 mit dem US-amerikanischen Nachrichtendienst „Central Intelligence Agency“ (CIA) in Kontakt gekommen sein und sich zu einer nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bereit erklärt haben. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit soll er der CIA gegen insgesamt 95.000 Euro zahlreiche dienstliche Dokumente und interne Informationen über die Aufklärungstätigkeit und die Organisation des Bundesnachrichtendienstes (BND) zugespielt haben.

Der Verfassungsschutz geht in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages jedem Anfangsverdacht von Spionageaktivitäten westlicher Dienste nach.

2.2 Methoden und Arbeitsweisen der ausländischen Nachrichtendienste

2.2.1 Beschaffung offener Informationen

Ausländische Nachrichtendienste können einen großen Teil ihrer Informationen bereits aus offen zugänglichen Quellen gewinnen. Sie ergeben sich beispielsweise bei dem Besuch öffentlicher Tagungen, Vortragsveranstaltungen oder Messen, ebenso wie bei der Lektüre von Werbebroschüren oder Tageszeitungen sowie aus Funk und Fernsehen. Selbst brisante Informationen sind oft ohne Weiteres und völlig legal zugänglich, etwa über Fachzeitschriften und -bücher, über Bachelor-, Master- oder Diplomarbeiten oder über Dissertations- oder Habilitationsschriften, für die im Regelfall sogar eine Veröffentlichungspflicht besteht. Nicht zuletzt erweitert die rasante technische Entwicklung im Bereich der modernen Medien das Spektrum frei zugänglicher Informationen in einem stetig wachsenden Ausmaß. Das reguläre Informationsangebot der öffentlichen Medien bietet fremden Nachrichtendiensten zahlreiche Informationen, die als Grundlage und Ausgangspunkt für weitere Spionageaktivitäten von erheblicher Bedeutung sein können.

2.2.2 Beschaffung nicht öffentlich zugänglicher Informationen

Neben der Beschaffung offener Informationen gehört auch die konspirative Beschaffung von nicht öffentlich zugänglichen Informationen zu den Zielen der ausländischen Nachrichtendienste. Die konspirative Informationsbeschaffung erfolgt in erster Linie über den Einsatz menschlicher Quellen, durch technische Mittel oder durch eine Kombination beider.

Einsatz menschlicher Quellen

Der Einsatz menschlicher Quellen kann unter anderem durch den Aufbau langjähriger persönlicher Kontakte oder durch die unmittelbare Einschleusung in relevante Bereiche geschehen. Der in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit prominent gewordene Fall „Anschlag“⁴⁰³, der in Deutschland zu einem der bedeutendsten Strafverfahren in Spionagesachen führte, belegt das nach wie vor eindrucksvoll.

Nicht in jedem Fall betreiben Nachrichtendienste einen solchen Aufwand. Je nach Einzelfall kommen auch kleiner angelegte Spionageaktionen in Betracht. So treten etwa Mitarbeiter russischer und chinesischer Nachrichtendienste als Diplomaten, Journalisten oder als Mitglieder von Wirtschaftsdelegationen auf, die mögliche Informanten unter anderem auf Tagungen, Fachmessen oder diplomatischen Empfängen zunächst in scheinbar unverfängliche Gespräche verwickeln. Insbesondere chinesische Nachrichtendienste bedienen sich dabei ihrer Landsleute, die im jeweiligen Ausland als Wissenschaftler, Studenten oder Praktikanten leben und in ihren Arbeitsbereichen über ein erhebliches Wissenspotential verfügen. Wann immer die Agenten fremder Nachrichtendienste mit potentiellen Informanten Kontakt aufnehmen, greifen sie zurück auf die Möglichkeiten zwischenmenschlicher Beeinflussung, um Informationen zu erhalten. Dabei werden oft menschliche Eigenschaften, wie zum Beispiel Dankbarkeit, Hilfsbereitschaft, Habgier, Autoritätshörigkeit, Geltungssucht, Unsicherheit oder Bequemlichkeit, ausgenutzt, um auf diesem Weg Zugang zu sensiblen Daten zu erhalten (sogenanntes „Social Engineering“). Auf eine solche Vorgehensweise deutet auch der bereits im Beitrag „Westliche Dienste“ erwähnte Spionagefall hin, in dem der US-amerikanische Nachrichtendienst CIA einen Spion beim BND installiert haben soll.

⁴⁰³ Der Fall zeigt besonders deutlich eine übliche Vorgehensweise russischer Nachrichtendienste. Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte ein unter dem Namen Andreas und Heidrun ANSCHLAG auftretendes Agentenpaar unter anderem zu mehrjährigen Haftstrafen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland in einem besonders schweren Fall. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten für den russischen Auslandsnachrichtendienst SWR in Deutschland tätig waren.

Die erlangten Informationen werden auf unterschiedlichste Art und Weise weitergegeben. Nur exemplarisch sei auf die sogenannten Legalresidenturen der Nachrichtendienste in Deutschland verwiesen. Solche Legalresidenturen sind regelmäßig in Botschaften und Konsulaten angesiedelt, wo Mitarbeiter von Nachrichtendiensten als reguläre Mitarbeiter auftreten.

Einsatz technischer Mittel, insbesondere „Elektronische Angriffe“

Die Informationsbeschaffung durch den Einsatz technischer Mittel, insbesondere über moderne Kommunikationsmedien, wird in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Das gilt umso mehr, als auch öffentlich nicht zugängliche Informationen im neuen digitalen Zeitalter oft leicht und ohne größere Risiken erlangt werden können. Fremde Nachrichtendienste können diese Möglichkeiten nutzen und Kommunikationsverbindungen vor allem über Internetknoten und Server im Ausland abhören. Darauf deuten die Erkenntnisse um die Abhörpraktiken der US-amerikanischen NSA und des britischen GCHQ hin. In dieselbe Richtung weist die Entwicklung in Russland, wo die Nachrichtendienste immer mehr Möglichkeiten zur Überwachung und Beeinflussung des Internetverkehrs erhalten, etwa durch Zugriffsmöglichkeiten auf IP- und E-Mail-Adressen, Telefonnummern und Daten aus sozialen Netzwerken oder durch die bereits erwähnten datenschutzrechtlichen Restriktionen im Internet aus dem Jahr 2015.

Neben Abhörmaßnahmen sind „Elektronische Angriffe“, also gezielte Maßnahmen mit und gegen IT-Infrastrukturen, ein probates und wichtiges Mittel der Informationsgewinnung und -beeinträchtigung geworden. Die Möglichkeiten „Elektronischer Angriffe“ reichen vom Ausspähen, Kopieren oder Verändern von Daten (z.B. von Kundenlisten oder Strategiepapieren) über den Missbrauch von Identitäten bis hin zur Übernahme und Sabotage von Produktions- und Steuerungseinrichtungen. Derartige technische Maßnahmen können schnell erfolgen, sie sind kostengünstig und weitgehend risikofrei, auch wenn eine Identifizierung der Urheber durchaus möglich ist. Im Rahmen solcher Angriffe werden klassische Trojaner-E-Mails⁴⁰⁴, Wasserloch-Angriffe⁴⁰⁵ mit Drive-By-Infektionen⁴⁰⁶ und vieles mehr eingesetzt. Ausgangspunkt ist auch hier oft ein ausgefeiltes „Social Engineering“. Das Sächsische Verwaltungsnetz ist seit 2012 nachweislich Ziel „Elektronischer Angriffe“, die auch einen nachrichtendienstlichen Hintergrund haben können. Chinesische Nachrichtendienste stehen im Verdacht, die überwiegende Zahl „Elektronischer Angriffe“ mit einem möglichen nachrichtendienstlichen Hintergrund auf Deutschland initiiert zu haben. Diese Angriffe richteten sich sowohl gegen staatliche Einrichtungen als auch gegen Wirtschaftsunternehmen vor allem aus dem Bereich Rüstung, Satellitentechnik, Maschinen- und Anlagenbau sowie Chemie- und Pharmaindustrie. Daneben führten vor allem russische Nachrichtendienste derartige Angriffe durch. Der Anfang 2015 mutmaßlich von russischen Nachrichtendiensten initiierte „Elektronische Angriff“ auf den Deutschen Bundestag belegt diese Einschätzung eindrucksvoll. In diesem Zusammenhang hat sich besonders deutlich gezeigt, dass sich ein „Elektronischer Angriff“ keineswegs in einer einmaligen punktuellen Maßnahme erschöpfen muss, sondern zu einer länger andauernden, komplexen und herausfordernden Bedrohung heranwachsen kann, die mit großem Aufwand betrieben wird (sogenannter „Advanced Persistent Threat“ [APT]). Besondere Brisanz erhalten „Elektronische Angriffe“ letztendlich dadurch, dass sie selbst bei ausgeprägtem Sicherheitsbewusstsein der Betroffenen und trotz der Benutzung aktueller Schutzprogramme gegen Schadsoftware oft über längere Zeit nicht erkannt werden.

⁴⁰⁴ Als Trojaner-E-Mails gelten hier E-Mails, die zumeist im Anhang eine Schadsoftware enthalten. Diese als nützliche Datei getarnte Schadsoftware wird beim Öffnen der Datei aktiviert, um den betroffenen Rechner dann im Hintergrund zu manipulieren.

⁴⁰⁵ Bei Wasserloch-Angriffen (Watering-Hole-Attacs) manipuliert der Angreifer bestimmte Webseiten, bei denen er mit einem Aufruf durch das Opfer rechnen darf. Die Manipulation entfaltet im Regelfall erst dann ihre Wirkung, wenn das Opfer die Seite aufruft.

⁴⁰⁶ Eine Drive-By-Infektion ist die Infektion eines Rechners mit Schadsoftware allein durch das Aufrufen einer mit Schadsoftware manipulierten Webseite. Die Manipulation kann ohne Wissen und Wollen des Betreibers geschehen sein. Drive-By-Infektionen sollen in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen und die E-Mail als Hauptverbreitungsweg für Schadsoftware abgelöst haben.

Beeinflussung der öffentlichen Meinung

Fremde Nachrichtendienste haben 2015 neben der Beschaffung von Informationen erneut versucht, die öffentliche Meinung in Deutschland und damit auch im Freistaat Sachsen zu beeinflussen. Das Portfolio der dafür eingesetzten Mittel hat sich verbreitert und reicht von dem bereits aus der Vergangenheit bekannten Einsatz von Einflussagenten über den zielgerichteten Aufbau und die Pflege von Kontakten zu Multiplikatoren in Politik und Wirtschaft bis hin zu regelrechten Propagandaoffensiven im Internet.

Der vor allem aus dem Kalten Krieg bekannte Einsatz von Einflussagenten dient zum einen der Desinformation der Bevölkerung in den Heimatländern. Die hierbei von den Einflussagenten bevorzugt in Presse, Rund- und Fernsehfunk abgegebenen Erklärungen haben das Ziel, die Politik ihrer Heimatländer zu unterstützen. Die Bevölkerung soll annehmen, dass „Experten“ im Ausland die eigene Regierungspolitik befürworten.

Der Einsatz von Einflussagenten kann aber auch der Einflussnahme auf relevante Entwicklungen in Deutschland und Sachsen dienen. Solche Aktivitäten haben aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung insbesondere für die russischen und die chinesischen Nachrichtendienste wieder an Bedeutung gewonnen.

Die erstmals im Jahr 2015 in solcher Intensität feststellbaren Propagandaoffensiven im Internet hatten vor allem einen russischen Hintergrund und dürften der prekären außenpolitischen und wirtschaftlichen Lage der Russischen Föderation geschuldet gewesen sein. Zum Einsatz kamen sogenannte „Internettrolle“, Personen, die sich gegen Bezahlung in sozialen Netzwerken, in Kommentaren auf Internetseiten und Blogs positiv zur Politik der Staatsführung positionieren und gleichzeitig deren Gegner verunglimpfen. Nach der offensichtlich professionellen Analyse von Rankingregeln im Internet gelang es etwa, durch massenhafte Posts eine ruslandfreundliche Sichtweise auf die vorderen Plätze bei den meistdiskutierten Themen zu lancieren.

3. Abwehrmaßnahmen und Sicherheitspartnerschaft

Die wichtigste Abwehrmaßnahme gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten gegnerischer Nachrichtendienste ist die Prävention. Sowohl Staat und Verwaltung als auch Wirtschaft und Wissenschaft sind aufgerufen, sich und ihre Umgebung bereits im Vorfeld von Spionageaktivitäten hinreichend zu schützen.

Prävention heißt vor diesem Hintergrund:

- sich gegenüber Angriffsmethoden und -zielen fremder Nachrichtendienste sensibilisieren,
- die eigenen Einrichtungen und deren Umgebung auf spionagerelevante Schwachstellen systematisch analysieren,
- passgenaue Abwehrlösungen entwickeln,
- die Entwicklungen auf dem „Spionagemarkt“ fortlaufend beobachten und
- Verdachtsfällen nachgehen.

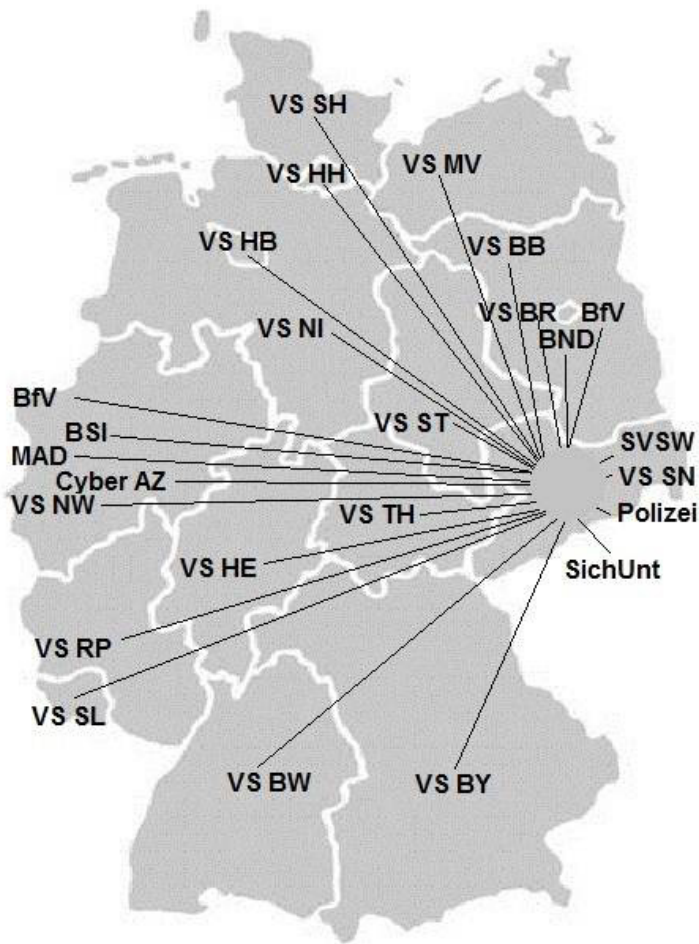
Zur Bewältigung dieser anspruchsvollen Herausforderungen bietet das LfV Sachsen insbesondere allen sächsischen Behörden, Verbänden, Vereinigungen, Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine Sicherheitspartnerschaft an.

Dafür geht das LfV Sachsen aktiv auf potentielle Ansprechpartner zu. Bestandteil einer solchen Sicherheitspartnerschaft können Vorträge, Individualberatungen, Onlineangebote⁴⁰⁷ und Broschüren sein. Darüber hinaus unterstützt das LfV Sachsen alle Interessenten bei der Analyse von deren Einrichtungen auf spionagerelevante Schwachstellen, bei der Entwicklung passgenauer Abwehrlösungen und bei der Aufklärung von Verdachtsfällen. Dabei gewährleistet das LfV Sachsen Vertraulichkeit.

Bei alledem kann das LfV Sachsen auf starke Partner zurückgreifen. Dazu gehören das Bundesamt (BfV) und die weiteren 15 Landesbehörden für Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärische Abschirmdienst (MAD), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), das Nationale Cyber-Abwehrzentrum, die Polizei und viele andere mehr. Unabhängig davon engagiert sich das LfV Sachsen gemeinsam mit der Sächsischen Polizei und dem Sächsischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft in dem Präventionsangebot „Sicheres Unternehmen“, einem ebenfalls kostenlosen Beratungsangebot zum Schutz der äußeren und inneren Sicherheit in Unternehmen. Unternehmen mit geheimhaltungsbedürftigen Aufträgen betreut das LfV Sachsen außerdem mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA).⁴⁰⁸

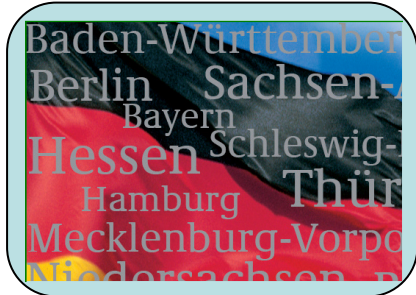
⁴⁰⁷ Siehe u.a. <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de>

⁴⁰⁸ Siehe dazu auch Abschnitt IV.



Im Jahr 2015 konnte das LfV Sachsen durch Presse- und Rundfunkveröffentlichungen, Vorträge und Individualberatungen eine erhebliche Zahl an Interessenten und Multiplikatoren unmittelbar erreichen. Die vielfältigen Präventionsmaßnahmen zeigten Wirkung. Auch im Jahr 2015 gab es mehrfach Hinweise auf mögliche spionagerelevante Sachverhalte, denen das LfV Sachsen nachging. Darüber hinaus konnte das LfV Sachsen zahlreiche potentielle Adressaten auf die Möglichkeit von „Elektronischen Angriffen“ hinweisen und so beim Schließen von Sicherheitslücken unterstützen.

**Verfassungsschutz
gegen Wirtschaftsspionage
Anmerkung zur Be-**



**Publikationen der Verfas-
sungsschutz-behörden**



Kontakt zur Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen:

Landesamt für Verfassungsschutz
Neuländer Str. 60, 01129 Dresden

Telefon: 0351 85 85 0 Fax: 0351 85 85 500
E-Mail: <wirtschaftsschutz@lfv.smi.sachsen.de>.

IV. Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben

Allgemein

Der Geheimschutz gewährleistet, dass geheimhaltungsbedürftige Informationen aus Verschlussachen geheim bleiben und nicht an Unbefugte gelangen. Verschlussachen sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse. Die Einstufung als Verschlussache ist unabhängig von der Form, in der die geheimhaltungsbedürftige Information vorliegt. Das Spektrum der Verschlussachen reicht vom gesprochenen Wort über Schriftstücke und Zeichnungen bis zu elektronischen Datenträgern und technischen Einrichtungen. Sie werden je nach dem erforderlichen Schutz in die Geheimhaltungsgrade STRENG GEHEIM, GEHEIM, VS-VERTRAULICH und VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuft. Ihre Bearbeitung wird als sicherheitsempfindliche Tätigkeit bezeichnet.

Der Zugang zu Verschlussachen und der Umgang mit ihnen sowie die Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz - SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 und in der Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung über die Behandlung von Verschlussachen (Verschlussachenanweisung – VSA) vom 4. Januar 2008 geregelt.

1. Sicherheitsüberprüfungen (Personeller Geheimschutz) und Sabotageschutzüberprüfungen

1.1 Sicherheitsüberprüfungen

Personen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben sollen, müssen sich vorher einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen. Im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung wird ermittelt, ob bei der betreffenden Person ein Sicherheitsrisiko vorliegt, das dem Zugang zu Verschlussachen bzw. der Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit entgegensteht.

Nach der gesetzlichen Regelung (§ 5 Abs. 1 SächsSÜG) liegt ein Sicherheitsrisiko vor, wenn tatsächliche Anhaltspunkte

1. Zweifel an der Zuverlässigkeit der betroffenen Person bei der Wahrnehmung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit,
2. eine besondere Gefährdung durch Anbahnungs- und Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste oder
3. Zweifel am Bekenntnis der betroffenen Person zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder am jederzeitigen Eintreten für deren Erhaltung

begründen. In diesem Sinne kann ein Sicherheitsrisiko auch aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte in Bezug auf andere Personen, insbesondere Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten, vorliegen.

Werden bei einer Sicherheitsüberprüfung sicherheitserhebliche Erkenntnisse - z. B. Straftaten, Hinweise auf übermäßigen Alkoholgenuss, Hinweise auf Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung - bekannt, wird geprüft, ob sich daraus ein Anhaltspunkt für ein Sicherheitsrisiko ergibt.

Zuständig für die Durchführung der Sicherheitsüberprüfung ist die Behörde, bei der die sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausgeübt wird. Auch für Personen in Wirtschaftsunternehmen, die im Rahmen von staatlichen Aufträgen sächsischer Behörden mit Verschluss-sachen umgehen, werden Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt. In diesen Fällen ist die Landesdirektion Sachsen zuständig. Die Sicherheitsüberprüfung wird erst nach schriftlicher Zustimmung des Betroffenen eingeleitet.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt im Auftrag der zuständigen Stelle bei der Sicherheitsüberprüfung mit. Es überprüft die Personen und stellt fest, ob ein Sicherheitsrisiko vorliegt. In Abhängigkeit von der auszuübenden sicherheitsempfindlichen Tätigkeit gibt es verschiedene Stufen der Sicherheitsüberprüfung (Ü 1 bis Ü 3).

1.2 Sabotageschutzüberprüfungen

Der Sabotageschutz dient dem Schutz der für das Gemeinwesen lebenswichtigen Einrichtungen. In der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Feststellung lebenswichtiger Einrichtungen im Freistaat Sachsen (Sächsische Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung) vom 22. September 2010 werden lebenswichtige Einrichtungen im Sinne des Sabotageschutzes benannt.

Personen, die an einer sicherheitsempfindlichen Stelle in einer lebenswichtigen Einrichtung beschäftigt werden, üben nach dem SächsSÜG eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit aus und müssen sich daher einer einfachen Sicherheitsüberprüfung Ü1 unterziehen.

2. Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz umfasst technische und organisatorische Maßnahmen gegen die unbefugte Kenntnisnahme von Verschluss-sachen und gewährleistet die Einhaltung der Bestimmungen der Verschluss-sachenanweisung. Dazu zählen beispielsweise die rechtlichen Maßgaben zur Herstellung, Kennzeichnung und Vervielfältigung von Verschluss-sachen sowie Regelungen zur Aufbewahrung, Verwaltung, Transport und Vernichtung von Verschluss-sachen. Wird ein Geheimnisverrat bekannt, ist das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen zu beteiligen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen berät und unterstützt die Behörden des Freistaates Sachsen in Fragen des materiellen Geheimschutzes, damit Verschluss-sachen sicher erstellt, bearbeitet und aufbewahrt werden können.

Bei Wirtschaftsunternehmen, die im Auftrag sächsischer Landesbehörden tätig sind und dabei Zugriff auf Verschluss-sachen haben, führt die Landesdirektion Sachsen als zuständige Stelle mit dem Landesamt für Verfassungsschutz als mitwirkende Behörde ein Geheimschutzverfahren durch. Es sollen Sicherheitsstandards geschaffen werden, um die Kenntnisnahme von Verschluss-sachen durch Unbefugte zu verhindern. Im Rahmen dieser Geheimschutzbetreuung berät das Landesamt für Verfassungsschutz die Unternehmen.

3. Zuverlässigkeitsüberprüfungen sowie Prüfung von Versagens- oder Ausschlussgründen

Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes

Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Sicherheit des Bundes und der Länder nimmt der Verfassungsschutz neben seinem Beobachtungs- und Aufklärungsauftrag auch gesetzlich geregelte Mitwirkungspflichten gegenüber anderen Behörden wahr. Auf Anfrage der zuständigen Behörden wird geprüft, ob den Verfassungsschutzbehörden Erkenntnisse zu den angefragten Personen vorliegen und diese gemäß den gesetzlichen Regelungen mitgeteilt werden dürfen. Im Einzelnen unterstützte das LfV Sachsen die Behörden im Jahr 2014 bei folgenden Überprüfungen:

- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG)** für Personen, die im sicherheitsempfindlichen Bereich des Luftverkehrs Zutritt haben sollen
9.232 Anfragen
- **Beteiligung vor der Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltstiteln** nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG)
13.050 Anfragen
- **Beteiligung bei Einbürgerungen nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)**
1.768 Anfragen
- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe Sprengstoffgesetz (SprengG)** für Personen, die gewerbsmäßig, selbstständig im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung oder eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes oder bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern mit explosionsgefährlichen Stoffen umgehen wollen oder den Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen betreiben wollen
361 Anfragen
- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Gesetz über die friedliche Verwendung von Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren Atomgesetz (AtG)**, für Personen, die beim Umgang mit radioaktiven Stoffen oder bei der Beförderung von radioaktiven Stoffen, oder bei der Errichtung oder dem Betrieb von Anlagen tätig sind
102 Anfragen
- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Waffengesetz (WaffG)** für Personen, die Umgang mit Waffen oder Munition haben
17 Anfragen
- **Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach der Verordnung über das Bewachungsgewerbe Bewachungsverordnung (BewachV)**, für Wachpersonen, die mit Schutzaufgaben im befriedeten Besitztum bei Objekten, von denen im Falle eines kriminellen Eingriffs eine besondere Gefahr für die Allgemeinheit ausgehen kann, beauftragt werden sollen
3.284 Anfragen

Im Jahr 2015 wurden insgesamt **27.814** solcher Mitwirkungsanfragen überprüft. Damit wurden 6.127 Abfragen mehr als im Vorjahr bearbeitet. Ein signifikanter Anstieg der Fallzahlen war im Jahr 2015 bei Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach der Bewachungsverordnung zu verzeichnen. Aufgrund des zunehmenden Bedarfs an Bewachungspersonal für Asylbewerberunterkünfte und Erstaufnahmeeinrichtungen hat sich die Anzahl dieser Zuverlässigkeitsüberprüfungen mehr als verdoppelt.

V. Verfassungsschutz

1. Verfassungsschutz auf einen Blick

Welche Aufgaben hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen?

Der Verfassungsschutz ist Garant der wehrhaften Demokratie. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, rechtzeitig vor Gefahren zu warnen, die unserem freiheitlichen Rechtsstaat – insbesondere durch Extremisten, Terroristen oder Spione – drohen.

Die konkreten Aufgaben ergeben sich aus dem „Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen“ (SächsVSG)⁴⁰⁹. Dem LfV Sachsen obliegt demnach die Sammlung und Auswertung von Informationen zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder. In diesem Zusammenhang beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen aus den nachfolgend genannten Bereichen.

■ Extremistische Bestrebungen

Eine Bestrebung ist extremistisch, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch politisch bestimmte Verhaltensweisen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beeinträchtigt oder beseitigt werden sollen.

Bestrebungen dieser Art gehen insbesondere von rechts-, links- oder ausländerextremistischen Gruppierungen aus. In § 3 Absatz 2 SächsVSG sind die obersten Verfassungsgrundsätze benannt. Der Verfassungsschutz dient somit dem Schutz des Kernbestandes der verfassungsmäßigen Ordnung.

Zudem beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sowie solche Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind.

Soweit extremistische Bestrebungen darauf abzielen, ihre Ziele mittels Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum Anderer, insbesondere durch schwere Straftaten nach § 129a Abs.1 Strafgesetzbuch (StGB), zu erreichen, haben sie einen terroristischen Charakter.

■ Spionageabwehr

Die Spionageabwehr hat die Aufgabe, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten von Nachrichtendiensten fremder Staaten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen und aufzuklären.

Auch die Beobachtung fortwirkender Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie die mögliche Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen zu fremden Nachrichtendiensten durch deren ehemalige Mitarbeiter und Helfer ist Bestandteil der Spionageabwehr.

Zudem ist die Aufklärung von Proliferation⁴¹⁰ Teil der Spionageabwehr.

■ Wirtschaftsschutz

Der Wirtschaftsschutz umfasst staatliche Maßnahmen, die dem Schutz deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen vor einem durch Spionage betriebenen Know-how-

⁴⁰⁹ Das SächsVSG ist abrufbar unter www.verfassungsschutz.sachsen.de.

⁴¹⁰ Als Proliferation wird die illegale Herstellung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie sowie Mitteln und Know-how zu deren Entwicklung und Herstellung bezeichnet.

Abfluss sowie vor Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch ausländische Extremisten sowie durch islamistische Terroristen dienen.

Neben diesen Aufgaben nimmt das LfV Sachsen sogenannte Mitwirkungsaufgaben wahr. Es ist u. a. beteiligt an:

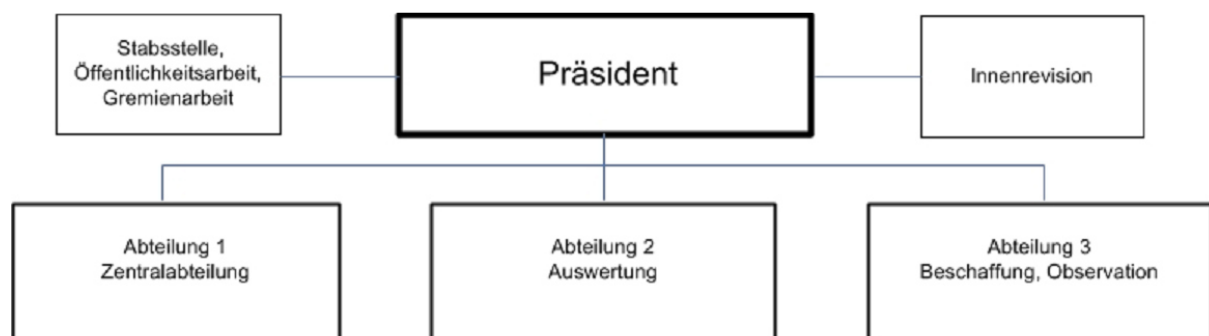
- Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden sollen,
- der Durchführung von technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen.

Ebenso wirkt das LfV Sachsen auf Ersuchen mit bei:

- der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung im öffentlichen Dienst bewerben, sowie bei der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenn der Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
- der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern und
- Überprüfungen, soweit diese gesetzlich vorgesehen sind, z. B. nach dem Aufenthalts-, dem Atom-, dem Sprengstoff- und dem Luftsicherheitsgesetz, sowie der Gewerbeordnung i. V. m. der Bewachungsverordnung.

Wie ist das LfV Sachsen organisiert?

Das LfV Sachsen wurde am 3. November 1992 durch die Sächsische Staatsregierung im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI) errichtet. Die Organisation stellt sich wie folgt dar:



Wie sammelt der Verfassungsschutz seine Informationen?

Der Verfassungsschutz sammelt seine Informationen überwiegend aus für jedermann zugänglichen Quellen. Um verfassungswidrige Bestrebungen feststellen zu können, wertet der Verfassungsschutz u. a. Parteiprogramme, Satzungen, Publikationen, Flugblätter und Internetseiten, die Reden von Funktionären und anderes öffentliches Material aus. Außerdem bezieht er seine Informationen aus öffentlichen Veranstaltungen oder holt sie von anderen Behörden ein, soweit das SächsVSG oder andere Gesetze dies zulassen.

Bei im Verborgenen stattfindenden Aktivitäten ist der Verfassungsschutz gesetzlich ermächtigt, sogenannte nachrichtendienstliche Mittel bei der Informationsgewinnung einzusetzen.

Dabei ist er insbesondere an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Zu den nachrichtendienstlichen Mitteln zählen:

- der Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Personen), Informanten und Gewährspersonen, d. h. von Personen, die für den Verfassungsschutz Informationen aus verfassungsfeindlichen Organisationen beschaffen oder logistische bzw. sonstige Hilfe leisten, ohne ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu erkennen zu geben,
- die Observation, d. h. das verdeckte Beobachten von Personen und Objekten,
- die Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen,
- die Nutzung von Tarnmitteln, mit denen verborgen werden soll, dass der Verfassungsschutz beobachtet, wie z. B. Tarnkennzeichen,
- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs sowie
- die Wohnraumüberwachung.

Die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs ist ein sehr bedeutender Eingriff in das als Grundrecht geschützte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Grundgesetz [GG] und Art. 27 Sächsische Verfassung [SächsVerf]). Diese Maßnahme ist deshalb in einem besonderen Gesetz geregelt, dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10)⁴¹¹. Demnach darf u. a. der Telekommunikationsverkehr aufgezeichnet, Briefe nur geöffnet und gelesen werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass bestimmte schwere Straftaten, wie z. B. Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats, Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch-/Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit, geplant oder begangen werden bzw. wurden.

Der Präsident des LfV Sachsen muss einen entsprechenden Antrag beim SMI stellen. Nur der Staatsminister des Innern oder sein Stellvertreter können einen solchen Eingriff anordnen. Über die vorgesehenen Beschränkungsmaßnahmen wird die vom Sächsischen Landtag gewählte G 10-Kommission unterrichtet, die über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen entscheidet.

Das SächsVSG lässt in besonderen Fällen ebenfalls einen Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG und Art. 30 SächsVerf) zu. Zum Schutz dieses Grundrechtes sind die Voraussetzungen für eine Wohnraumüberwachung in einem gesonderten Paragraphen (§ 5a) des SächsVSG geregelt worden. Danach dürfen technische Mittel zur Informationsgewinnung in Wohnräumen nur dann verdeckt eingesetzt werden, wenn die Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach dem G 10 vorliegen und darüber hinaus der verdeckte Einsatz zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Zusätzlich wurden zur Gewährleistung der Grundrechte besondere Vorkehrungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung (Intimsphäre) und von Berufsgeheimnisträgern (z. B. Geistliche, Strafverteidiger) getroffen. Ebenso wurden zum Schutz der aus einer Wohnraumüberwachung gewonnenen Daten besonders restriktive Vorschriften zu deren Löschung und Übermittlung in das SächsVSG eingefügt.

⁴¹¹ Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen sind unter www.verfassungsschutz.sachsen.de abrufbar.

Über die Anordnung einer Wohnraumüberwachung entscheidet auf Antrag des LfV Sachsen eine besondere Kammer des Landgerichtes. Zusätzlich ist die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages (PKK) über angeordnete Wohnraumüberwachungen zu unterrichten.

Was geschieht mit den Informationen, die das LfV Sachsen sammelt?

Die Informationen, die der Verfassungsschutz auf Grund seines gesetzlichen Auftrages sammelt, werden analysiert, d. h. sie werden gesichtet, geprüft und bewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse sind Grundlage für die Berichterstattung des LfV Sachsen gegenüber:

- dem SMI,
- anderen Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern,
- dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des Verfassungsschutzes auf dem Gebiet der Bundeswehr wahrnimmt, und dem Bundesnachrichtendienst (BND), der Auslandsaufklärung betreibt,
- Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizei),
- Behörden, die die Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigen (z. B. für Versammlungsverbote),
- der Öffentlichkeit.

Die Informationen des Verfassungsschutzes werden vor allem benötigt

- zur Einschätzung der Sicherheitslage,
- zur Verhinderung bzw. Verfolgung von durch Extremisten, Terroristen und Spione begangenen Straftaten,
- zur Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Aktivitäten.
- zur Vorbereitung von Vereins- oder Parteiverboten,

Verfassungsschutz und Polizei

Verfassungsschutz und Polizei sind getrennt organisiert und mit unterschiedlichen Befugnissen ausgestattet. Dieses Trennungsgebot ist in Artikel 83 Absatz 3 der Sächsischen Verfassung wie auch im § 1 Absatz 4 des SächsVSG verankert. Es besagt insbesondere, dass der Verfassungsschutz keiner Polizeibehörde angegliedert werden darf. Zudem gibt es keinen unbeschränkten Informationsaustausch untereinander. Auch stehen dem Verfassungsschutz Zwangsbefugnisse, wie sie der Polizei eingeräumt sind, nicht zu. Er darf also weder Personen festnehmen, durchsuchen, vorladen, vernehmen noch Wohnungen durchsuchen oder Gegenstände beschlagnahmen. Er darf auch keine Verbote oder Auflagen aussprechen. Der Verfassungsschutz hat vielmehr reine Beobachtungsbefugnisse. Unabhängig davon sind Verfassungsschutz und Polizei – neben anderen Sicherheitsbehörden und Justiz – gefordert, die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland zu schützen und die innere Sicherheit zu gewährleisten. Dies erfordert eine enge und bestmögliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen. Dabei steht

das Trennungsgebot einer engen informationellen und frühzeitigen Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz nicht entgegen.

Welche Maßnahmen führt das LfV Sachsen im Rahmen seiner öffentlichen Berichterstattung durch?

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen und Tätigkeiten gehört zu den gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes. Sie stellt einen wichtigen Präventionsbeitrag dar und soll die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördern. Denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Die breite Öffentlichkeitsarbeit des LfV Sachsen umfasst deshalb vielfältige Maßnahmen, die für die Bedarfsträger kostenfrei sind. Dazu zählen:

■ die Durchführung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

In Vorträgen und öffentlichen Diskussionsrunden informiert das LfV Sachsen – auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wie z. B. der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung – über politischen Extremismus allgemein und speziell über dessen Erscheinungsformen im Freistaat Sachsen sowie über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes. Solche Veranstaltungen werden vor allem an Schulen, Einrichtungen der politischen Bildung, der Verwaltung, der Justiz und der Bundeswehr durchgeführt. Darüber hinaus werden zum Schutz von Forschung und Wirtschaft vor Spionage durch fremde Nachrichtendienste Firmen, Verbände und Forschungseinrichtungen in Vorträgen über die Gefahren der Wirtschaftsspionage und Proliferation informiert und Handlungsempfehlungen gegeben.

■ die Information kommunaler Verantwortungsträger

In Beratungsgesprächen informiert das LfV Sachsen kommunale Entscheidungsträger über regionale extremistische Bestrebungen und Aktivitäten, damit Gegenstrategien entwickelt werden können.

■ das „Forum starke Demokratie“

Ziel des organisatorisch beim LfV angesiedelten Forums ist die Unterstützung vor allem örtlicher staatlicher und kommunaler Entscheidungsträger bei der Bekämpfung des Extremismus. Sie sollen in die Lage versetzt werden, extremistische Bestrebungen frühzeitig und möglichst sicher zu erkennen und die rechtlich und tatsächlich möglichen und gebotenen Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Zudem will das Forum die engere Zusammenarbeit von staatlichen bzw. kommunalen und nichtstaatlichen Trägern der Extremismusprävention fördern.

■ Fachtagungen

Das LfV Sachsen führt gemeinsam mit der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg Fachtagungen zum Extremismus durch. Die Themen der beiden bisherigen Fachtagungen im August 2012 und im Januar 2013 lauteten:

- „Verfassungsfeinde und das Kapital - Finanzströme im Rechtsextremismus“ und
- „Rechtsextremismus zwischen ´Mitte der Gesellschaft´ und Gegenkultur“.

Referenten aus Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Medien diskutierten diese Themen mit jeweils über 170 Gästen aus Politik und Landesverwaltungen, Verfassungsschutz, Polizei, Vertretern der Kommunen und Landkreise sowie zivilgesellschaftlichen Institutionen. Die Fachtagungen dienen darüber hinaus auch der weiteren Vernetzung der maßgeblichen Akteure.

■ die Herausgabe von Broschüren

Die präventive Aufklärung der Öffentlichkeit über den Extremismus erfolgt auch durch die Herausgabe entsprechender Publikationen, die teilweise in Zusammenarbeit mit Verfassungsschutzbehörden anderer Länder erstellt wurden. Die Publikationen sind für Interessenten kostenlos. Sie können als Broschüre bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.

■ die Internetpräsentation

Das Web-Angebot des LfV Sachsen unter der Adresse <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de> beinhaltet Informationen über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie Mitteilungen zu aktuellen Sachverhalten aus den Beobachtungsfeldern. Querverweise ermöglichen die Verbindung zu Homepages anderer Verfassungsschutzbehörden. Außerdem können vom LfV Sachsen herausgegebene Broschüren heruntergeladen oder online bestellt werden. Zudem besteht die Möglichkeit, per E-Mail über verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de Kontakt mit dem LfV Sachsen aufzunehmen.

■ die Pressearbeit

Die Information der Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen erfolgt zudem über die Medien.

■ die Ausstellung „In guter Verfassung“⁴¹²

Die gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erarbeitete interaktive Wanderausstellung richtet sich insbesondere an Jugendliche und an Lehrpersonal. Sie beantwortet u. a. folgende Fragen: Was bedeutet eigentlich „freiheitliche demokratische Grundordnung? Was macht unsere Demokratie konkret aus.“ Welche grundlegenden Elemente beinhaltet sie und wie schützt sie sich gegenüber denjenigen, die sie beseitigen wollen? Die Ausstellung bietet Lehrenden die Möglichkeit, Gemeinschaftskunde oder Politikunterricht erlebnisorientiert außerhalb von Klassen- oder Seminarräumen stattfinden zu lassen.

Wer kontrolliert das LfV Sachsen und welche Rechte haben Betroffene?

Das Staatsministerium des Innern kontrolliert als Fachaufsichtsbehörde die Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch das LfV Sachsen. Als Dienstaufsichtsbehörde wacht es zudem über den ordnungsgemäßen Dienstbetrieb.

Darüber hinaus finden Kontrollen statt durch:

■ die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages

Sie kontrolliert die Sächsische Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht des SMI über das LfV Sachsen und hinsichtlich dessen Tätigkeit.

⁴¹² Die Inhalte der Ausstellung können auf der Internetseite <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/igv.html> abgerufen werden.

■ die Kommission nach § 3 SächsAG G 10 (G 10-Kommission) des Sächsischen Landtages

Diese Kommission prüft die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach dem G 10, d. h. Maßnahmen der Brief-, Post- und Telekommunikationsüberwachung.

■ den Sächsischen Datenschutzbeauftragten

Er kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Er prüft, ob das LfV Sachsen personenbezogene Daten rechtmäßig erhebt, verarbeitet oder übermittelt.

Jeder Bürger kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn er der Ansicht ist, das LfV Sachsen habe bei der Erhebung und Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten seine Rechte verletzt.

■ den Sächsischen Rechnungshof

Er kontrolliert die Verwendung der Haushaltsmittel des LfV Sachsen.

■ die Gerichte

Jeder Bürger hat das Recht, gegen Maßnahmen des LfV Sachsen bei Gericht zu klagen, wenn er geltend macht, in seinen Rechten verletzt zu sein. Außerdem prüft ein Gericht die Zulässigkeit von Wohnraumüberwachungsmaßnahmen.

■ die Öffentlichkeit

Durch die Medienberichterstattung wird die Tätigkeit des LfV Sachsen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und erfährt damit auch deren Kontrolle.

■ interne Prüfungen

Auch im LfV Sachsen intern finden Kontrollen statt, so z. B. durch die Revision, den behördlichen Datenschutzbeauftragten, den G 10-Aufsichtsbeamten sowie den Behördlichen Beauftragten für den Haushalt.

2. Glossar der Verfassungsschutzbehörden

Anti-Antifa

Unter dem Begriff „Anti-Antifa“ verfolgen Neonazis in Anlehnung an Terminologie und Vorgehensweise von Linksextremisten ein Konzept zur Erfassung und Veröffentlichung von Daten über politische Gegner. Mit der Begriffswahl wollen sie verdeutlichen, dass ihr Handeln eine Reaktion auf linksextremistische Aktivitäten darstellt und als solche auch militante Aktionsformen umfassen kann. Ihre Aktivitäten weisen bisher in der Regel einen propagandistischen Charakter auf und zielen vornehmlich auf die Verunsicherung des Gegners ab. Als Gegner werden dabei auch Angehörige der Sicherheitsbehörden angesehen.

ANTIDEUTSCHE

Anhänger einer antideutschen Ideologie bilden eine Besonderheit innerhalb der gewaltbereiten linksextremistischen Szene und tragen zu einer deutlichen Polarisierung im linksextremistischen Gefüge bei. Hauptbestandteil antideutscher Ideologie ist die bedingungslose Solidarität mit der Politik des Staates Israels und dem jüdischen Volk. Antideutsche sprechen sich - in Befürchtung eines neuerlichen, von Deutschland ausgehenden Holocaust - für eine massive Unterstützung des Staates Israels und des Judentums aus und stehen oft positiv zu den USA als deren Schutzmacht. Antideutsche befürchten ein Erstarren des deutschen Nationalismus und ein großdeutsches „Viertes Reich“, sie lehnen daher einen deutschen Nationalstaat insgesamt ab. Im linksextremistischen Umfeld treten Antideutsche verstärkt durch Antisemitismusvorwürfe gegen rivalisierende linksextremistische Gruppierungen hervor.

Antifa, Autonome

Der „antifaschistische Kampf“ ist ein Hauptagitationsfeld von Autonomen. Aus ihrer Sicht ist es geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassisten in die eigenen Hände zu nehmen. In autonomen Publikationen und Stellungnahmen wird für Gegenveranstaltungen zu rechtsextremistischen Kundgebungen geworben. Die Agitation richtet sich auch gegen bestimmte staatliche Einrichtungen oder ihre Repräsentanten. Darüber hinaus werden Adressen und „Steckbriefe“ von politischen Gegnern veröffentlicht, die nicht selten mit der Aufforderung verbunden sind, diese Personen auch anzugreifen. Im Rahmen der „antifaschistischen Selbsthilfe“ werden auch militante Aktionen befürwortet, die sich in erster Linie gegen den politischen Gegner, insbesondere tatsächliche oder vermeintliche „Nazis“ richten. Dadurch kommt es regelmäßig zu hohen Sachschäden, teilweise aber auch zu Personenschäden.

Antifaschismus

„Antifaschismus“ als Begriff wird auch von Demokraten verwendet, um ihre Ablehnung des Rechtsextremismus zum Ausdruck zu bringen. Mehrheitlich nehmen jedoch Linksextremisten diesen Begriff für sich in Anspruch. Sie behaupten, dass der kapitalistische Staat den Faschismus hervorbringe, zumindest aber toleriere. Daher richtet sich der Antifaschismus nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern immer auch gegen den Staat und seine Vertreter, insbesondere Angehörige der Sicherheitsbehörden.

Ausländerextremismus

Extremistische Ausländerorganisationen verfolgen in Deutschland Ziele, die häufig durch aktuelle Ereignisse und politische Entwicklungen in ihren Heimatländern bestimmt sind.

Dabei handelt es sich um linksextremistische Organisationen, soweit sie in ihren Heimatländern ein sozialistisches bzw. kommunistisches Herrschaftssystem anstreben oder um nationalistische Organisationen, die ein überhöhtes Selbstverständnis von der eigenen Nation haben und die Rechte anderer Völker missachten. Daneben gibt es separatistische Organisationen, die eine Loslösung ihres Herkunftsgebietes aus einem bereits bestehenden Staatsgebilde und die Schaffung eines eigenen Staates verfolgen. Die größte von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete ausländerextremistische Organisation in Deutschland ist nach wie vor die unter der Bezeichnung PKK bekannte Arbeiterpartei Kurdistans.

Derartige Organisationen unterliegen der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden, wenn:

- sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten, indem sie hier z. B. versuchen, eine ihren Grundsätzen entsprechende Parallelgesellschaft zu errichten,
- sie ihre politischen Auseinandersetzungen mit Gewalt auf deutschem Boden austragen und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden,
- sie vom Bundesgebiet aus Gewaltaktionen in anderen Staaten durchführen oder unterstützen und dadurch auswärtige Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Staaten gefährden,
- sich ihre Aktivitäten gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.

Autonome

Kennzeichnend für die Bewegung der Autonomen, die über kein einheitliches ideologisches Konzept verfügt, ist die Ablehnung staatlicher und gesellschaftlicher Normen und Zwänge, die Suche nach einem freien, selbstbestimmten Leben in herrschaftsfreien Räumen und der Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen, wobei Gewalt von Autonomen grundsätzlich als Aktionsmittel („militante Politik“) akzeptiert ist. Autonome bilden den weitaus größten Anteil des gewaltbereiten linksextremistischen Personenpotenzials. Das Selbstverständnis der heterogenen autonomen Bewegung ist geprägt von Anti-Einstellungen („antikapitalistisch“, „antifaschistisch“, „antipatriarchal“). Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten. Eine klassische Form autonomer Gewalt ist die so genannte Massenmilitanz. Das sind Straßenkrawalle, die sich im Rahmen von Demonstrationen oder im Anschluss daran entwickeln. Hierbei kommt es regelmäßig auch zu Gewaltexzessen.

Autonome Nationalisten

Mit den Autonomen Nationalisten trat in den letzten Jahren eine Strömung innerhalb des deutschen Neonationalsozialismus öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Angehörige der Autonomen Nationalisten traten oft mit einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte und politische Gegner auf, dies insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen, wo sich Autonome Nationalisten bisweilen verummmt zu so genannten „Schwarzen Blöcken“ zusammenschlossen. Zudem übernahmen sie in Teilen Stilelemente anderer Jugendsubkulturen und traten ähnlich gekleidet auf wie militante Linksextremisten (Autonome). Innerhalb der Neonazi-Szene waren Autonome Nationalisten vor allem wegen ihres öffentlichen Er-

scheinungsbildes und ihrer Gewaltbereitschaft umstritten. In Sachsen traten Autonome Nationalisten hauptsächlich als Aktionsform auf. In jüngerer Vergangenheit ist ein öffentlichkeitswirksames Auftreten von Autonomen Nationalisten im Freistaat Sachsen nicht mehr zu beobachten.

Bestrebungen, extremistische

Nach allgemeinem Sprachgebrauch sind Bestrebungen alle auf ein Ziel gerichtete Aktivitäten. Extremistische Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind Aktivitäten mit der Zielrichtung, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. Dazu gehören Vorbereitungshandlungen, Agitation und Gewaltakte.

Es ist zu unterscheiden zwischen

- Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen.

Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen.

Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu zählenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut des Verfassungsschutzgesetzes oder eines Landesverfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen.

Extremismus / Radikalismus

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen „Extremismus“ und „Radikalismus“, obwohl beide Begriffe oft synonym gebraucht werden. Bei „Radikalismus“ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel (lat. radix) her“ anpacken will. Im Unterschied zum „Extremismus“ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. So sind z. B. Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralis-

tischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt. Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.

Fanzine

Der Begriff setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen und bezeichnet in der Regel subkulturelle Publikationen. In der rechtsextremistischen Szene informieren diese Publikationen über Musikgruppen, Tonträger, Konzerte sowie sonstige Szeneveranstaltungen. Einzelpersonen und rechtsextremistische Gruppierungen erhalten in Interviews Gelegenheit zur Selbstdarstellung und zur Verbreitung ihres Gedankengutes. Das Medium verlor mit der Verlagerung der Kommunikation in das Internet sehr stark an Bedeutung. Zwar erscheinen weiterhin Fanzines, herausgegeben von zumeist langjährigen Szeneangehörigen, diese Publikationen haben jedoch eher traditionellen, nostalgischen Charakter, als dass sie der Information breiter Szenekreise dienen.

Freie Nationalisten / Freie Kräfte

Das Konzept der Freien Nationalisten (bzw. Freie Kräfte) wurde Mitte der 1990er Jahre von Neonazis als Reaktion auf die zahlreichen Vereinsverbote entwickelt. Ziel war es, die zersplitterte neonazistische Szene unter Verzicht auf vereinsmäßige Strukturen („Organisierung ohne Organisation“) zu bündeln, ihre Aktionsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig Verbotsmaßnahmen zu verhindern. Ein Großteil der Freien Nationalisten sammelte sich in rechtsextremistischen Kameradschaften. Ab Mitte der 2000er Jahre setzte ein erneuter Strukturwandel in der Kameradschaftsszene ein, der von einer weiteren Lockerung der Organisationsstrukturen gekennzeichnet war. Damit wurde das Ziel verfolgt, dem Staat noch weniger Angriffsfläche zu bieten. So existieren in Sachsen nur noch vereinzelt organisierte und lediglich eine Struktur aufweisende Freie Kräfte.

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Damit ist nicht die Verfassung bzw. das Grundgesetz in seiner Gesamtheit gemeint, sondern die unabänderlichen obersten Wertprinzipien als Kernbestand der Demokratie. Diese fundamentalen Wertprinzipien bestimmen die Gesetzgebung des Bundes und der Länder, so auch die Verfassungsschutzgesetze.

Zu diesen Grundsätzen gehören folgende Verfassungsprinzipien:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch Organe der Gesetzgebung und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen, die sich durch Herkunft, Nationalität, Religion oder Hautfarbe von der als „normal“ erachteten Umwelt unterscheiden.

Die mit dieser Zuweisung typischerweise verbundenen vermeintlich minderwertigen Eigenschaften werden als Rechtfertigung für einschlägige Straftaten missbraucht. Insbesondere das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert.

Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)

Das GETZ wurde im November 2012 zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus, des Linksextremismus/-terrorismus, des Ausländerextremismus/-terrorismus, der Spionage sowie der Proliferation eingerichtet. Im Rahmen des Gremiums tauschen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Informationen zu den genannten Phänomenbereichen aus. Dabei soll die Fachexpertise der Sicherheitsbehörden gebündelt und ein möglichst lückenloser Informationsfluss gewährleistet werden.

Gemeinsames Internetzentrum (GIZ)

Im GIZ beobachten seit 2007 sprachkundige Experten der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder das Internet hinsichtlich islamistischer und islamistisch-terroristischer Inhalte.

Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)

Das 2004 eingerichtete „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) in Berlin-Treptow mit einer „Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle“ (NIAS) sowie einer „Polizeilichen Informations- und Analysestelle“ (PIAS) konzentriert die Experten für Terrorismusabwehr der deutschen Sicherheitsbehörden an einem Ort. Im GTAZ sind die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Bundeskriminalamt (BKA), die Landeskriminalämter und der Bundesnachrichtendienst (BND) eingebunden. Weitere Teilnehmer sind Bundespolizei, Zollkriminalamt, Militärischer Abschirmdienst (MAD), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Vertreter der Generalbundesanwaltschaft. Die Abstimmung von Bewertungen und Maßnahmen bei sicherheitsrelevanten Sachverhalten mit Terrorismusbezug wird durch die dortige Zusammenarbeit erleichtert und beschleunigt.

Islamismus

Der Begriff des Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Regeln für die Ausübung der Religion, sondern auch Handlungsanweisungen für eine islamistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Grundgedanke dieser islamistischen Ideologie ist die Behauptung, alle Staatsgewalt könne ausschließlich von Gott (Allah) ausgehen. Damit richten sich islamistische Bestrebungen gegen die Wertvorstellungen des Grundgesetzes (GG), ins-

besondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Islamisten halten die Etablierung einer islamischen Gesellschaftsordnung für unabdingbar. Dieser Ordnung sollen letztlich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime unterworfen werden.

Islamistische Organisationen – mit Ausnahme islamistisch-terroristischer Organisationen – lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen:

- Organisationen, die in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen nach ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) anstreben. In Deutschland liegt ihr Schwerpunkt auf propagandistischen Aktivitäten sowie der Sammlung von Spendengeldern, um die Mutterorganisationen in den Herkunftsländern zu unterstützen.
- Andere islamistische Gruppierungen in Deutschland verfolgen eine umfassendere, auch politisch motivierte Strategie. Auch sie streben eine Änderung der Staats- und Gesellschaftsordnung in ihren Herkunftsländern zugunsten eines islamischen Staatswesens an. Sie bemühen sich jedoch im Rahmen einer legalistischen Strategie, ihren Anhängern in Deutschland größere Freiräume für ein schariakonformes Leben zu schaffen.

Islamistischer Terrorismus

Islamistischer Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für islamistische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Unter „Homegrown“-Terrorismus sind islamistische Strukturen oder Strukturansätze zu verstehen, die sich aus radikalisierten Personen ab der zweiten Einwanderergeneration sowie radikalisierten Konvertiten zusammensetzen. Die Personen sind zumeist in europäischen Ländern geboren und/oder aufgewachsen, stehen jedoch aufgrund religiöser, gesellschaftlicher, kultureller oder psychologischer Faktoren dem hiesigen Wertesystem ablehnend gegenüber und erachten die Errichtung einer islamistischen Gesellschaftsordnung für erstrebenswert. Gemeinsames Kennzeichen dieses Personenkreises ist, dass er von der pan-islamischen „al-Qaida“-Ideologie beeinflusst wird.

Lediglich ein sehr kleiner Teil zum Islam konvertierter Personen macht sich islamistisches Gedankengut zu eigen und engagiert sich für islamistische Ziele. Die Rolle von Konvertiten in islamistischen / islamistisch-terroristischen Strukturen erklärt sich u. a. aus der Motivation, sich gegenüber Glaubensbrüdern als besonders gute Muslime (hier: Islamisten) beweisen zu wollen. Sie weisen zudem aufgrund ihrer Kenntnis der westlichen Gegebenheiten strategische Vorteile auf.

Jihad

Die wörtliche Übersetzung dieses Begriffs ist „Anstrengung“ oder „Bemühung“. Es gibt zwei Formen des Jihad: die geistig-spirituelle Bemühung des Gläubigen um das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (sogenannter großer Jihad) oder der kämpferische Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (so genannter kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet. Islamistische Terroristen führen unter dem Leitprinzip dieses Jihad ihren gewalttätigen Kampf / „heiligen Krieg“ gegen die angeblichen Feinde des Islam.

Kameradschaften, rechtsextremistische (im Freistaat Sachsen)

Bei Kameradschaften handelt sich um Gruppierungen, die

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation besitzen,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung aufweisen,
- eine zumindest rudimentäre Struktur besitzen und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonationalsozialistischen Grundorientierung haben.

Die Kameradschaften sind im Wesentlichen von zwei Formen bestimmt:

Subkulturell geprägte Kameradschaften

Diese besitzen keine festen Führungsstrukturen und sind von Spontaneität und Aktionismus geprägt. Dementsprechend beschränken sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf den regionalen Bereich und oft auf die Teilnahme an rechtsextremistischen Konzerten.

Neonationalsozialistische Kameradschaften

Diese weisen klar erkennbare Führungsstrukturen auf und sind stark politisch ausgerichtet. In ihren weltanschaulichen Grundpositionen werden zunehmend antikapitalistische Elemente sichtbar. Gefordert werden ein Nationaler Sozialismus und die Volksgemeinschaft. Darüber hinaus bestehen auch kameradschaftsähnliche Strukturen, die in Sachsen u. a. unter wechselnden Bezeichnungen wie Freie Kräfte, Nationale Sozialisten etc. in Erscheinung treten. Dabei verwenden sie oft einen auf einen Ort oder eine Region hinweisenden Namenszusatz.

Linksextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Personenzusammenschlüssen bezeichnet, für die alle oder einige der folgenden Merkmale charakteristisch sind:

- Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als „wissenschaftliche“ Anleitung zum Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin, Trotzki, Mao und andere,
- Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen,
- Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft,
- Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugte oder – je nach den konkreten Bedingungen – taktisch einzusetzende Kampfform.

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen:

- Dogmatische Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten: In Parteien oder anderen festgefühten Vereinigungen organisiert, verfolgen sie die erklärte Absicht, eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten,

- Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre: In losen Zusammenhängen, seltener in Parteien oder formalen Vereinigungen agierend, streben sie ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben frei von jeglicher staatlicher Autorität an.

Mujahid

Als Mujahidin (Plural für: „Kämpfer im Jihad“) werden Islamisten bezeichnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich

- am „gewaltsamen Jihad“ selbst beteiligen oder beteiligt haben oder
- für die Teilnahme am „gewaltsamen Jihad“ ausbilden lassen oder bereits haben ausbilden lassen oder
- am „gewaltsamen Jihad“ beteiligt werden, z. B. auf Grund entsprechender Äußerungen.

Arabische Muslime verschiedener Nationalität stellen einen überproportional großen Teil der Mujahidin.

Neonazismus / Neonationalsozialismus

Der Neonationalsozialismus bezieht sich auf die Weltanschauung des „Dritten Reiches“ und macht diese zur Grundlage seiner politischen Zielvorstellungen. Elementare Bestandteile der neonationalsozialistischen Weltanschauung sind Nationalismus und Rassismus sowie die Forderung nach einem autoritären „Führerstaat“ unter Ausschaltung wesentlicher Elemente demokratischer Gewaltenteilung. Abgrenzungskriterien zum subkulturell geprägten Rechtsextremismus sind bei Neonationalsozialisten der stärker ausgeprägte Wille zur politischen Arbeit sowie eine intensivere Auseinandersetzung mit inhaltlichen Aspekten des Weltbildes der NEONATIONALSOZIALISTEN.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ wurde zum 1. Januar 2001 eingeführt. Erfasst werden alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind. Die Daten werden im Polizeibereich erhoben und zentral durch das Bundeskriminalamt unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert dargestellt.

Die Straftaten werden folgenden Phänomenbereichen zugeordnet:

- Politisch motivierte Kriminalität – rechts,
- Politisch motivierte Kriminalität – links,
- Politisch motivierte Ausländerkriminalität,
- Sonstige politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund.

Proliferation

Als Proliferation bezeichnet man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Waffenträgersystemen bzw. der zu deren Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dazu erforderlichen Know-how.

Rechtsextremismus

Unter Rechtsextremismus werden Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen. Rechtsextremisten sind Feinde des demokratischen Verfassungsstaates, sie haben ein autoritäres Staatsverständnis, das bis hin zur Forderung nach einem nach dem Führerprinzip aufgebauten Staatswesen ausgeprägt ist. Das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“ bestimme den Wert eines Menschen. Offener oder immanenter Bestandteil aller rechtsextremistischen Bestrebungen ist zudem der Antisemitismus. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten kollektivistischer „volksgemeinschaftlicher“ Konstrukte zurück (Antipluralismus).

s. a. Autonome Nationalisten, Fanzine, Kameradschaften, Freie Nationalisten / Freie Kräfte, Neonazismus / Neonationalsozialismus, Skinheads

Rechtsterrorismus

Rechtsterrorismus ist die rechtsextremistisch motivierte Form der Gewalkriminalität, die durch Androhung und Anwendung von Gewalt gegen staatliche oder gesellschaftliche Funktionsträger oder durch Angriffe auf das Leben Unbeteiligter im Rahmen längerfristiger Strategien das Ziel verfolgt, mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken bestehende Herrschaftsverhältnisse zu erschüttern oder das Ziel einer ethnisch und politisch homogenen Gesellschaft durchzusetzen.

Salafismus

Die salafistische Bewegung strebt eine Rückkehr zum Vorbild der „lauteren Vorfahren“ (as-Salaf as-salih) und damit zu einem fiktiven „Urislam“ an. Zentrale Merkmale dieser Religionsinterpretation sind die strikte Konzentration auf Koran und Prophetentradition (Sunna) als handlungsweisende Texte, die Ablehnung aller Neuerungen, die als unvereinbar mit dem „wahren islamischen Geist“ gelten, das unbedingte Bekenntnis zur Einheit Gottes (Tauhid), die Durchsetzung des religiösen Gesetzes (Scharia) sowie eine Vielzahl an Kleidungs- und Verhaltensvorschriften.

Viele der dabei vertretenen Ansichten kollidieren mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Skinheads, rechtsextremistische

Rechtsextremistische Skinheads sind heute nur noch marginal Bestandteil des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland, ihr Anteil und ihre Bedeutung sind im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich zurückgegangen. Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt (s. auch Subkulturelle Rechtsextremisten). Das Erscheinungsbild der rechtsextremistischen Skinheads entspricht heute nicht mehr dem eines typischen Skinheads in den 1980er und 1990er Jahren.

Spionage

Als Spionage wird die Tätigkeit für den Nachrichtendienst einer fremden Macht bezeichnet, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist. Die Beschaffung von Informationen, vor allem aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär, erfolgt zumeist unter Anwendung geheimer Mittel und Methoden. Soweit Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist, kommt eine Strafbarkeit gemäß §§ 93 ff. StGB in Betracht.

Subkulturelle Rechtsextremisten

Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt und häufig mehr auf Freizeitgestaltung als auf politische Arbeit ausgerichtet. Auch verfügen die meisten subkulturell geprägten Rechtsextremisten nicht über ein gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild. Sie vertreten jedoch rechtsextremistische Anschauungen, die sich in Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigen. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten stellen ihre Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ und deren angebliche Überlegenheit in den Mittelpunkt und definieren ihre Feindbilder auf diese Weise. Die rassistische Einstellung wird mit dem Schlagwort „white power“ zusammengefasst. Die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene zeichnet sich größtenteils durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft aus, die maßgeblich zu den rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten beiträgt.

Jugendliche finden auch über die Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Subkultur und insbesondere über die für die Szene wichtige rechtsextremistische Musik Zugang zu einer nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Gedankenwelt. Musik spielt nicht nur für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Bewegung eine wichtige identitätsstiftende Rolle. Texte von rechtsextremistischen Musikgruppen prägen weltanschauliche Vorstellungen, Konzerte haben eine bedeutende Rolle für den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Szene. Oft sind Musik und Konzerte Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Parteien oder Neonazis, die hierüber versuchen, Jugendliche an ihre politischen Vorstellungen heranzuführen.

Weltweite Strömungen innerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene mit einer szeneeigenen Bedeutung sind Blood & Honour und die Hammerskins, beides rassistische Bewegungen, die ein elitäres Selbstverständnis pflegen. Vor allem Blood & Honour, dessen deutscher Zweig, die Blood & Honour-Division Deutschland, im Jahr 2000 durch den Bundesinnenminister verboten wurde, trat in der Vergangenheit immer wieder durch die Organisation von rechtsextremistischen Konzerten in Erscheinung.

Spionageabwehr

Die Spionageabwehr beschäftigt sich mit der Aufklärung und Abwehr bzw. Verhinderung von Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste. Dazu sammelt sie Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland und wertet sie aus, mit dem Ziel, Erkenntnisse über Struktur,

Aktivitäten, Arbeitsmethoden, nachrichtendienstliche Mittel und Zielobjekte dieser Nachrichtendienste zu gewinnen.

Die Spionageabwehr gehört gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) zu den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Terrorismus

Terrorismus ist nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Verfassungsfeindlich

Verfassungsfeindlich (= extremistisch) sind politische Aktivitäten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

s. a. verfassungswidrig

Verfassungsschutzbehörden

Das BVerfSchG verpflichtet Bund und Länder, eigene Verfassungsschutzbehörden aufzubauen. Der Bund kam dieser Pflicht durch Errichtung des BfV am 7. November 1950 nach. Die Länder folgten alsbald. Auch in den neuen Bundesländern wurden nach der Wiedervereinigung Deutschlands schrittweise Behörden für Verfassungsschutz aufgebaut, so dass es nun 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz in Deutschland gibt. Einige Länder errichteten eigenständige Verfassungsschutzbehörden, andere wiesen die Aufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes einer Abteilung ihres Innenministeriums/-senats zu. Hierfür gelten die jeweiligen Verfassungsschutzgesetze der Länder.

Verfassungswidrig

Umgangssprachlich häufig synonym mit „verfassungsfeindlich“ zu finden.

Über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei entscheidet das Bundesverfassungsgericht (Art. 21 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG).

Parteien sind verfassungswidrig, wenn sie nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Es genügt nicht, wenn die Partei die freiheitliche demokratische Ordnung nicht anerkennt, sie ablehnt oder ihr andere Prinzipien entgegenhält. Es muss vielmehr eine aktiv-kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung hinzukommen. Die Organisation muss also planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen und im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.

Wirtschaftsschutz

Als Wirtschaftsschutz werden staatliche Maßnahmen bezeichnet, die dem Schutz deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen vor einem durch Spionage betriebenen Know-

how-Abfluss sowie vor Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch ausländische Extremisten sowie durch islamistische Terroristen dienen.

Wirtschaftsspionage

Wirtschaftsspionage ist Teil der Spionage, der die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen beinhaltet. Betreibt hingegen ein konkurrierendes Unternehmen eine private Ausforschung, handelt es sich um Konkurrenzausspähung, die häufig auch Industriespionage genannt wird. In den Zuständigkeitsbereich der Verfassungsschutzbehörden fällt ausschließlich die Wirtschaftsspionage.

3. Gesetze

Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG)

Vom 16. Oktober 1992

Rechtsbereinigt mit Stand vom 31. Dezember 2013

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt:

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

- § 1 Organisation, Zuständigkeit
- § 2 Aufgaben
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Allgemeine Befugnisse
- § 5 Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel
- § 5a Besondere Befugnisse

Zweiter Abschnitt:

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

- § 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten
- § 7a Löschung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 8 Errichtungsanordnung
- § 9 Auskunft an Betroffene

Dritter Abschnitt:

Übermittlungsvorschriften

- § 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen
- § 11 Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 11a Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 11b Weitere Informationsübermittlungen durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 12a Übermittlung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 13 Übermittlungsverbote
- § 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

**Vierter Abschnitt:
Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten**

- § 16 Parlamentarische Kontrollkommission
- § 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
- § 18 Einschränkung von Grundrechten

**Fünfter Abschnitt:
Schlussbestimmung**

- § 19 Inkrafttreten

Der Sächsische Landtag hat am 17. September 1992 das folgende Gesetz beschlossen:

**Erster Abschnitt
Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes**

**§ 1
Organisation, Zuständigkeit**

(1) Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht als obere Landesbehörde unmittelbar dem Staatsministerium des Innern.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für

1. die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 und
2. die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund in Angelegenheiten der Nummer 1.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Freistaat Sachsen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Polizeibehörden oder Polizeidienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

**§ 2
Aufgaben**

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

- 3a. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind,
4. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich dieses Gesetzes.

Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, dass für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. auf Ersuchen der Einstellungsbehörden bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. auf Ersuchen der für Einbürgerung zuständigen Behörden bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern sowie
6. bei Überprüfungen, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, dass es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder sonstiger öffentlicher Stellen auswertet. Die Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach den Nummern 1 und 2 sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 (Sächs-GVBl. S. 44), in der jeweils geltenden Fassung, geregelt.

(3) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 2 setzt voraus, dass Betroffene und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen die Einwilligung von Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Staatsministerium des Innern über seine Tätigkeit.

§ 3

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
3. das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
5. die Unabhängigkeit der Gerichte;
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

§ 4

Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten verarbeiten. Die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes und, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind, nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz – SächsDSG) vom 25. August 2003 (SächsGVBl. S. 330), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit ihrer Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Betroffene sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei

einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 4 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse gegenüber anderen Behörden und Dienststellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5

Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, insbesondere unter Beachtung des § 4 Abs. 4, Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen (nachrichtendienstliche Mittel) anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern und der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz oder zur Abschirmung von Mitarbeitern, Einrichtungen, Gegenständen und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

Die Erhebung nach Satz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Eine geringere Beeinträchtigung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch Auskünfte nach §§ 11 oder 11a gewonnen werden kann. Die Anwendung eines nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn der Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(3) Wird der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen oder -aufzeichnungen oder zum Abhören und Aufzeichnen des gesprochenen Wortes oder der Einsatz eines Verfassungsschutzbediensteten, der unter einer ihm verliehenen, auf Dauer angelegten, veränderten Identität ermittelt, zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 länger als 72 Stunden dauern, ist dies unverzüglich der Parlamentarischen Kontrollkommission anzuzeigen.

(4) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254,

2298), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 11. Februar 2005 (BGBl. I S. 239, 241), in der jeweils geltenden Fassung, bleibt unberührt.

(5) *aufgehoben*

.

(11) *aufgehoben*

(12) Nachrichtendienstliche Mittel, die sich gezielt gegen einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages richten, dürfen nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind.

§ 5a Besondere Befugnisse

(1) Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes und des Artikels 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist nur zulässig, wenn die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 G 10 vorliegen und der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(2) Die Maßnahme darf sich nur gegen den Betroffenen richten und nur in Wohnungen des Betroffenen durchgeführt werden. In Wohnungen anderer Personen ist die Maßnahme nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass sich der Betroffene dort aufhält und die Maßnahme in Wohnungen des Betroffenen allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts führen würde.

(3) Die Maßnahme darf nur angeordnet werden, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, insbesondere zu der Art der zu überwachenden Räume und dem Verhältnis der zu überwachenden Personen zueinander, anzunehmen ist, dass durch die Überwachung Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, nicht erfasst werden. Gespräche oder Handlungen in Betriebs- oder Geschäftsräumen sind in der Regel nicht dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen.

(4) Die Maßnahme ist unverzüglich abubrechen, wenn sich während der Überwachung erste Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Im Zweifel ist unverzüglich eine gerichtliche Entscheidung über den Abbruch der Maßnahme und eine Löschung der bisher erhobenen Daten herbeizuführen. Das anordnende Gericht ist über den Verlauf und die Ergebnisse der Maßnahme zu unterrichten. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so hat das Gericht den Abbruch der Maßnahme unverzüglich anzuordnen, sofern das Landesamt für Verfassungsschutz die Maßnahme nicht bereits abgebrochen hat.

(5) Erkenntnisse über Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, dürfen nicht verwertet werden. Soweit ein Verwertungsverbot in Betracht kommt, hat das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich eine Entscheidung des anordnenden Gerichts über die Verwertbarkeit der erlangten Erkenntnisse herbeizuführen.

(6) Die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhobenen Daten sind dergestalt zu kennzeichnen, dass jederzeit erkennbar bleibt, aus welchen Eingriffen sie stammen. Sie dürfen durch das Landesamt für Verfassungsschutz zu keinen anderen Zwecken als der Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten, auf die Absatz 1 Anwendung findet, weiter verarbeitet werden. Eine Übermittlung darf nur unter den Voraussetzungen von § 12a erfolgen.

(7) In den Fällen des § 53 StPO ist eine Maßnahme nach Absatz 1 unzulässig. Ergibt sich während oder nach der Durchführung einer Maßnahme nach Absatz 1, dass ein Fall des § 53 StPO vorliegt, gelten Absatz 4 Satz 1, Absatz 5 Satz 1 und § 7a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 entsprechend. In den Fällen der §§ 52 und 53a StPO dürfen aus einer Maßnahme nach Absatz 1 gewonnene Erkenntnisse nur verwendet werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Bedeutung des zugrunde liegenden Vertrauensverhältnisses nicht außer Verhältnis zum Interesse an der Erforschung des Sachverhalts steht.

(8) Auf Antrag des Landesamtes für Verfassungsschutz trifft die in § 74a Abs. 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannte Kammer des Landgerichts, in dessen Bezirk das Landesamt für Verfassungsschutz seinen Sitz hat, die Entscheidung über die Anordnung der Maßnahme nach Absatz 1. Die Maßnahme ist auf höchstens drei Monate zu befristen und kann um jeweils nicht mehr als drei Monate verlängert werden. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4c des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809, 2819), in der jeweils geltenden Fassung, entsprechend. Die Entscheidung des Gerichts ergeht ohne vorherige Anhörung des Betroffenen und bedarf zu ihrer Wirksamkeit nicht der Bekanntmachung an ihn. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung auch durch den Vorsitzenden getroffen werden. Dessen Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von der Kammer bestätigt wird.

(9) In der schriftlichen Anordnung sind anzugeben:

1. soweit bekannt, der Name und die Anschrift des Betroffenen, gegen den sich die Maßnahme richtet,
2. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, aufgrund derer die Maßnahme nach Absatz 1 angeordnet wird,
3. die zu überwachende Wohnung oder die zu überwachenden Wohnräume,
4. Art, Umfang und Dauer der Maßnahme,
5. die Erwartungen an die zu erhebenden Informationen.

In der Begründung der Anordnung oder Verlängerung sind deren Voraussetzungen und die wesentlichen Abwägungsgesichtspunkte darzulegen. Insbesondere sind anzugeben:

1. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1,
2. die wesentlichen Erwägungen zur Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme,
3. die tatsächlichen Anhaltspunkte im Sinne des Absatzes 3 Satz 1.

(10) Die Betroffenen sind von den nach Absatz 1 durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Maßnahme, im Fall des Absatzes 11 ohne Gefährdung der für den Verfassungsschutz tätigen Person, geschehen kann. Die Mitteilung obliegt dem Landesamt für Verfassungsschutz. Sind Daten aus Maßnahmen nach Absatz 1 an Dritte übermittelt worden, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger. Betroffene im Sinne des Satzes 1 sind:

1. Betroffene, gegen die sich die Maßnahme nach § 5a richtet,
2. Inhaber und Bewohner der Wohnung, in der die Maßnahmen durchgeführt worden sind,
3. sonstige überwachte Personen.

Eine Unterrichtung von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 unterbleibt, wenn überwiegende schutzwürdige Belange anderer Betroffener entgegenstehen oder die Identität von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden könnte. Erfolgt die Benachrichtigung nicht binnen sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der gerichtlichen Zustimmung. Die gerichtliche Entscheidung ist vorbehaltlich einer anderen gerichtlichen Anordnung jeweils nach einem Jahr erneut einzuholen.

(11) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf den verdeckten Einsatz technischer Mittel nach Absatz 1 ausschließlich zur Abwehr von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Freiheit der bei einem Einsatz in Wohnungen für den Verfassungsschutz tätigen Person anordnen. Eine weitere Verarbeitung der hierbei erhobenen Daten, insbesondere eine Übermittlung nach § 12a, ist nur zulässig, wenn die Rechtmäßigkeit der Maßnahme nach Maßgabe von Satz 1 und Absatz 1 zuvor gerichtlich festgestellt worden ist; bei Gefahr im Verzug ist die gerichtliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. In diesen Fällen gelten die Absätze 5 bis 7 und 10 entsprechend.

(12) Auch nach Erledigung einer in den Absätzen 1 und 11 genannten Maßnahme können Betroffene binnen vier Wochen nach ihrer Benachrichtigung die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Anordnung sowie der Art und Weise des Vollzugs beantragen. Über den Antrag entscheidet das Gericht, das über die Anordnung der Maßnahme entschieden hat. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft.

Zweiter Abschnitt

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

§ 6

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 tätig werden wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 5 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfasst werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 2 Abs. 1 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muss erkennbar sein, welcher der in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personengruppe Betroffene zuzuordnen sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht gespeichert werden. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 angefallen sind. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit angefallen sind.

§ 7

Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Belange der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 3a spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz oder sein Vertreter stellt fest, dass die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die nicht in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten gemäß Absatz 2 zu löschen. Die Löschung ist zu dokumentieren. Die Daten sind zu sperren, wenn die Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen. Sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen.

(5) Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 398), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7a

Löschung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat personenbezogene Daten, die durch eine Maßnahme nach § 5a erhoben wurden, unverzüglich zu löschen,

1. wenn Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst wurden,
2. wenn die Daten für die in § 5a Abs. 6 Satz 2 genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind; soweit die Daten für eine gerichtliche Überprüfung nach § 5a Abs. 12 von Bedeutung sein können, ist die Löschung der Daten zurückzustellen, sie sind zu sperren und dürfen nur zu diesem Zweck verwendet werden.

Im Falle von Satz 1 Nr. 2 hat die Prüfung der Erforderlichkeit der Datenspeicherung unverzüglich nach ihrer Erhebung und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten zu erfolgen. Die Erhebung und Löschung der Daten ist zu dokumentieren.

(2) Im Falle der Datenübermittlung nach § 12a prüft der Empfänger unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die Daten für die Zwecke, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind, noch erforderlich sind. Sind die Daten für die bestimmten Zwecke nicht mehr erforderlich, gilt Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 entsprechend. Die Löschung ist zu dokumentieren. Der Empfänger unterrichtet das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich über die erfolgte Löschung.

§ 8 Errichtungsanordnung

(1) Für jede beim Landesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung seiner in § 2 genannten Aufgaben einzurichtende automatisierte Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind in einer Errichtungsanordnung festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Art der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherdauer und
7. Protokollierung.

Die Zugangsberechtigung nach Satz 1 Nr. 5 ist auf Personen zu beschränken, die die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen. Die Errichtungsanordnung bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern.

(2) Vor Erlass und vor wesentlichen Änderungen der Errichtungsanordnung ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte zu hören.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Erforderlichkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

§ 9 Auskunft an Betroffene

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft. Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(1a) Auskunft aus Akten, die nicht zur Person des Betroffenen geführt werden, wird erteilt, soweit der Betroffene Angaben macht, die das Auffinden der Akten ermöglichen und der für die Erteilung der Auskunft erforderliche Aufwand nicht außer Verhältnis zu dem vom Be-

troffenen geltend gemachten Informationsinteresse steht. Satz 1 findet auf personenbezogene Daten in nicht-automatisierten Dateien, die nicht zur Übermittlung an Dritte bestimmt sind, entsprechende Anwendung.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe für die Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, sind Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden können. Dem Datenschutzbeauftragten ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an Betroffene dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

Dritter Abschnitt Übermittlungsvorschriften

§ 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden und Gerichte des Freistaates Sachsen, die Gemeinden, Landkreise und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 oder zur Beobachtung von Bestrebungen erforderlich sind, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 3a genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

§ 11

Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Die in § 10 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erforderlich ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 und vorbehaltlich der in § 13 getroffenen Regelung einsehen, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 und 2 oder zum Schutz von Mitarbeitern und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen unverhältnismäßig beeinträchtigen würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen. Die Nachweise sind fünf Jahre gesondert aufzubewahren und gegen ungerechtfertigten Zugriff zu sichern und anschließend zu vernichten.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstige Informationen, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 G 10 genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 3 G 10 entsprechende Anwendung.

§ 11a

Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Ein Ersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in unvermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufga-

ben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind:

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennung sowie Rufnummern oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(6) Auskünfte nach den Absätzen 2 bis 5 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle seiner Verhinderung durch seinen Vertreter, schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet der Staatsminister des Innern, im Falle seiner Verhinderung sein Vertreter.

(7) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Kommission nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAG G 10) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 464), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. August 2003 (SächsGVBl. S. 313, 317), über die gemäß Absatz 6 beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug darf das Staatsministerium des Innern den Vollzug der Entscheidung bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. In diesen Fällen ist die Unterrichtung innerhalb von zehn Tagen nachzuholen. Die Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit der Einholung von Auskünften. Entscheidungen über Auskünfte, die die Kommission für unzulässig oder für nicht notwendig erklärt, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben.

(8) § 2 Abs. 2 SächsAG G 10 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten erstreckt.

(9) Für die Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten ist § 4 G 10 entsprechend anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber nicht mitgeteilt werden. Für die Mitteilungen an Betroffene findet § 12 Abs. 1 und 3 G 10 entsprechende Anwendung.

(10) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 16) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes in Abständen von höchstens sechs Monaten über die nach den Absätzen 2 bis 5 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

§ 11b

Weitere Informationsübermittlungen durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz im Einzelfall erforderlich ist, darf von demjenigen, der geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt (Diensteanbieter), Auskunft über die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, erhobenen Daten verlangt werden (§ 113 Abs. 1 Satz 1 TKG). Bezieht sich das Auskunftsverlangen nach Satz 1 auf Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird (§ 113 Abs. 1 Satz 2 TKG), darf die Auskunft nur verlangt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Nutzung der geschützten Daten vorliegen.

(2) Die Auskunft nach Absatz 1 darf auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse verlangt werden (§ 113 Abs. 1 Satz 3 TKG). Für Auskunftsverlangen nach Satz 1 und Absatz 1 Satz 2 gilt § 11a Abs. 6 Satz 1 und 2 sowie Abs. 7 bis 9 Satz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass über den Antrag das Staatsministerium des Innern entscheidet.

(3) Die betroffene Person ist in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 und des Absatzes 2 Satz 1 durch das Landesamt für Verfassungsschutz von der Beauskunftung zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung erfolgt, soweit und sobald eine Gefährdung des Zwecks der Auskunft und der Eintritt übergreifender Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes ausgeschlossen werden können. Wurden personenbezogene Daten an eine andere Stelle übermittelt, erfolgt die Benachrichtigung im Benehmen mit dieser. Die Benachrichtigung unterbleibt, sofern einer der Hinderungsgründe in Satz 2 auch nach fünf Jahren nach Beauskunftung nicht ausgeschlossen werden kann, er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann, und die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen. Die Benachrichtigung unterbleibt auch, wenn ihr überwiegende schutzwürdige Belange Dritter oder der betroffenen Person selbst entgegenstehen. Wird die Benachrichtigung nach Satz 2 zurückgestellt oder nach Satz 4 oder Satz 5 von ihr abgesehen, sind die Gründe aktenkundig zu machen.

(4) Aufgrund eines Auskunftsverlangens nach Absatz 1 oder 2 hat der Diensteanbieter die zur Auskunftserteilung erforderlichen Daten unverzüglich, vollständig und richtig zu übermitteln.

(5) Der Diensteanbieter erhält für Auskünfte nach den Absätzen 1 und 2 eine Entschädigung, deren Umfang sich nach § 23 und Anlage 3 des Gesetzes über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586, 2681), in der jeweils geltenden Fassung, bemisst; die Vorschriften über die Verjährung in § 2 Abs. 1 und 4 JVEG finden entsprechende Anwendung.

§ 12

Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Behörden sowie andere öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforder-

lich ist oder Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Empfänger dürfen die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat der Staatsanwaltschaft und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten zu übermitteln, wenn im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung nach § 2 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur Verhinderung oder Verfolgung folgender Straftaten erforderlich ist:

1. von Staatsschutzdelikten nach §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie von Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, der Motive der Täter oder deren Verbindungen zu einer Organisation zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, und
2. von Straftaten, die gegen das Leben oder in erheblichem Maße gegen die körperliche Unversehrtheit oder gegen Sach- und Vermögenswerte von erheblicher Bedeutung gerichtet sind.

Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch den Empfänger aufrechtzuerhalten.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an andere als öffentliche Stellen nicht übermitteln, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, zur Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht oder zur Gewährleistung der Sicherheit einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SÜG) vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322, 3329), in der jeweils geltenden Fassung, oder nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 SächsSÜG in der jeweils geltenden Fassung erforderlich ist und der Staatsminister des Innern oder sein Vertreter zugestimmt hat. Die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl gleichartiger, sachlich zusammenhängender Fälle vorweg erteilt werden. Sie ist nicht erforderlich für den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden. Er ist verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auf Verlangen Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu geben. Der Empfänger ist auf die Verpflichtungen nach den Sätzen 5 und 6 hinzuweisen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen von Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Empfänger sind darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(5) Der Empfänger prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 12a

Übermittlung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den in § 12 genannten Behörden nur zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Lebensgefahr oder einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes, für Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für herausragende Sach- oder Vermögenswerte übermitteln. Für personenbezogene Daten nach § 5a Abs. 7 Satz 2 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass es sich um Gegenstände von bedeutendem Wert, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, um Gegenstände von kulturell herausragendem Wert oder um die in § 305 StGB genannten Bauwerke handeln muss.

(2) Zur Verfolgung von Straftaten darf das Landesamt für Verfassungsschutz unter den Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen nur übermitteln, soweit die Voraussetzungen des § 100c StPO vorliegen und für die Straftat eine Höchststrafe von mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe angedroht wird.

(3) Die Übermittlung nach den Absätzen 1 und 2 ist nur zulässig, soweit

1. sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist,
2. nach eigenen Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz ausgeschlossen werden kann, dass der Empfänger die Daten für andere Zwecke nutzt,
3. die bisherige Kennzeichnung der Daten aufrechterhalten bleibt,
4. sichergestellt ist, dass der Empfänger § 7a Abs. 2 entsprechend anwendet, und
5. die Übermittlung an ausländische Behörden nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz erfolgt.

§ 13

Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 10, 11, 12 und 12a unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen.

Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 14

Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. In diesem Fall sind die Daten zu sperren.

(2) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unrichtig oder unvollständig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen, es sei denn, dass dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

§ 15

Unterrichtung der Öffentlichkeit

Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1. Dabei dürfen personenbezogene Daten bekannt gegeben werden, wenn dies für die Unterrichtung erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

Vierter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

§ 16

Parlamentarische Kontrollkommission

(1) Die Sächsische Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages. Die Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Zwei Mitglieder müssen der parlamentarischen Opposition angehören. Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von mindestens zwei Mitgliedern verlangt werden.

(3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte kann, soweit personenbezogene Daten Gegenstand der Beratung sind, beteiligt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus oder wird es Mitglied der Staatsregierung, endet auch seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für ein ausgeschiedenes Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen.

(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

§ 17

Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört auch die Unterrichtung über die nach § 5 Abs. 3 und § 5a Abs. 1 und 10 angeordneten Maßnahmen und die nach § 5a Abs. 9 getroffenen Entscheidungen. Ebenso umfasst die Unterrichtung auch das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer sowie das Herstellen des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3202, 3217), in der jeweils geltenden Fassung. Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet das Staatsministerium des Innern zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht auf Erteilung von Auskünften. Der Staatsminister des Innern kann einem Kontrollbegehren widersprechen, wenn es im Einzelfall die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz oder den notwendigen Schutz des Nachrichtenzugangs gefährden würde; er hat dies zu begründen. Entfallen die Gründe für Satz 2, so ist die Auskunftserteilung unverzüglich nachzuholen.

(3) Die Unterrichtung umfasst nicht Angelegenheiten, über die das Staatsministerium des Innern die Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes zu unterrichten hat.

§ 18

Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz können im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sachsen), das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen) eingeschränkt werden.

Fünfter Abschnitt

Schlussbestimmung

§ 19

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Dresden, den 16. Oktober 1992

Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz)

Vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298),
zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17. November 2015 (BGBl. I S. 1938)

Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Gegenstand des Gesetzes

(1) Es sind

1. die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages,
2. der Bundesnachrichtendienst im Rahmen seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 2 des BND-Gesetzes auch zu den in § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 bis 8 und § 8 Abs. 1 Satz 1 bestimmten Zwecken

berechtigt, die Telekommunikation zu überwachen und aufzuzeichnen, in den Fällen der Nummer 1 auch die dem Brief- oder Postgeheimnis unterliegenden Sendungen zu öffnen und einzusehen.

(2) Soweit Maßnahmen nach Absatz 1 von Behörden des Bundes durchgeführt werden, unterliegen sie der Kontrolle durch das Parlamentarische Kontrollgremium und durch eine besondere Kommission (G 10-Kommission).

§ 2 Pflichten der Anbieter von Post- und Telekommunikationsdiensten

(1) Wer geschäftsmäßig Postdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände des Postverkehrs zu erteilen und Sendungen, die ihm zum Einsammeln, Weiterleiten oder Ausliefern anvertraut sind, auszuhändigen. Der nach Satz 1 Verpflichtete hat der berechtigten Stelle auf Verlangen die zur Vorbereitung einer Anordnung erforderlichen Auskünfte zu Postfächern zu erteilen, ohne dass es hierzu einer gesonderten Anordnung bedarf. Wer geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände der nach Wirksamwerden der Anordnung durchgeführten Telekommunikation zu erteilen, Sendungen, die ihm zur Übermittlung auf dem Telekommunikationsweg anvertraut sind, auszuhändigen sowie die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation zu ermöglichen. § 8a Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, § 4a des MAD-Gesetzes und § 2a des BND-Gesetzes bleiben unberührt. Ob und in welchem Umfang der nach Satz 3 Verpflichtete Vorkehrungen für die technische und organisatorische Umsetzung der Überwachungsmaßnahme zu treffen hat, bestimmt sich nach § 110 des Telekommunikationsgesetzes und der dazu erlassenen Rechtsverordnung.

(2) Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat vor Durchführung einer beabsichtigten Beschränkungsmaßnahme unverzüglich die Personen, die mit der Durchführung der Maßnahme betraut werden sollen,

1. auszuwählen,
2. einer einfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen zu lassen und
3. über Mitteilungsverbote nach § 17 sowie die Strafbarkeit eines Verstoßes nach § 18 zu belehren; die Belehrung ist aktenkundig zu machen.

Mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme dürfen nur Personen betraut werden, die nach Maßgabe des Satzes 1 überprüft und belehrt worden sind. Nach Zustimmung des Bundesministeriums des Innern, bei Beschränkungsmaßnahmen einer Landesbehörde des zuständigen Landesministeriums, kann der Behördenleiter der berechtigten Stelle oder dessen Stellvertreter die nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten schriftlich auffordern, die Beschränkungsmaßnahme bereits vor Abschluss der Sicherheitsüberprüfung durchzuführen. Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass die Geheimschutzmaßnahmen nach den Abschnitten 1.1 bis 1.4, 1.6, 2.1 und 2.3 bis 2.5 der Anlage 7 zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verfassungssachen vom 29. April 1994 (GMBl S. 674) getroffen werden.

(3) Die Sicherheitsüberprüfung nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 ist entsprechend dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchzuführen. Für Beschränkungsmaßnahmen einer Landesbehörde gilt dies nicht, soweit Rechtsvorschriften des Landes vergleichbare Bestimmungen enthalten; in diesem Fall sind die Rechtsvorschriften des Landes entsprechend anzuwenden. Zuständig ist bei Beschränkungsmaßnahmen von Bundesbehörden das Bundesministerium des Innern; im Übrigen sind die nach Landesrecht bestimmten Behörden zuständig. Soll mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme eine Person betraut werden, für die innerhalb der letzten fünf Jahre bereits eine gleich- oder höherwertige Sicherheitsüberprüfung nach Bundes- oder Landesrecht durchgeführt worden ist, soll von einer erneuten Sicherheitsüberprüfung abgesehen werden.

Abschnitt 2

Beschränkungen in Einzelfällen

§ 3

Voraussetzungen

(1) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand

1. Straftaten des Friedensverrats oder des Hochverrats (§§ 80 bis 83 des Strafgesetzbuches),
2. Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84 bis 86, 87 bis 89b, 89c Absatz 1 bis 4 des Strafgesetzbuches, § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Vereinsgesetzes),
3. Straftaten des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 94 bis 96, 97a bis 100a des Strafgesetzbuches),
4. Straftaten gegen die Landesverteidigung (§§ 109e bis 109g des Strafgesetzbuches),
5. Straftaten gegen die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages (§§ 87, 89, 94 bis 96, 98 bis 100, 109e bis 109g des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des NATO-Truppen-Schutzgesetzes),
6. Straftaten nach
 - a) den §§ 129a bis 130 des Strafgesetzbuches sowie
 - b) den §§ 211, 212, 239a, 239b, 306 bis 306c, 308 Abs. 1 bis 3, § 315 Abs. 3, § 316b Abs. 3 und § 316c Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches, soweit diese sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten,
7. Straftaten nach § 95 Abs. 1 Nr. 8 des Aufenthaltsgesetzes oder

8. Straftaten nach den §§ 202a, 202b und 303a, 303b des Strafgesetzbuches, soweit sich die Straftat gegen die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere gegen sicherheitsempfindliche Stellen von lebenswichtigen Einrichtungen richtet, plant, begeht oder begangen hat. Gleiches gilt, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.
- (1a) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen für den Bundesnachrichtendienst auch für Telekommunikationsanschlüsse, die sich an Bord deutscher Schiffe außerhalb deutscher Hoheitsgewässer befinden, angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, dass jemand eine der in § 23a Abs. 1 und 3 des Zollfahndungsdienstgesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat.
- (2) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Sie darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige ihren Anschluss benutzt. Maßnahmen, die sich auf Sendungen beziehen, sind nur hinsichtlich solcher Sendungen zulässig, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie von dem, gegen den sich die Anordnung richtet, herrühren oder für ihn bestimmt sind. Abgeordnetenpost von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Parlamente der Länder darf nicht in eine Maßnahme einbezogen werden, die sich gegen einen Dritten richtet.

§ 3a **Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung**

Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 sind unzulässig, soweit tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, dass durch sie allein Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst würden. Soweit im Rahmen von Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 neben einer automatischen Aufzeichnung eine unmittelbare Kenntnisnahme erfolgt, ist die Maßnahme unverzüglich zu unterbrechen, soweit sich während der Überwachung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Inhalte, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Bestehen insoweit Zweifel, darf nur eine automatische Aufzeichnung fortgesetzt werden. Automatische Aufzeichnungen nach Satz 3 sind unverzüglich einem bestimmten Mitglied der G10-Kommission oder seinem Stellvertreter zur Entscheidung über die Verwertbarkeit oder Löschung der Daten vorzulegen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung. Die Entscheidung des Mitglieds der Kommission, dass eine Verwertung erfolgen darf, ist unverzüglich durch die Kommission zu bestätigen. Ist die Maßnahme nach Satz 2 unterbrochen worden, so darf sie für den Fall, dass sie nicht nach Satz 1 unzulässig ist, fortgeführt werden. Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung, die durch eine Beschränkung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 erlangt worden sind, dürfen nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsachen der Erfassung der Daten und der Löschung sind zu dokumentieren. Die Dokumentation darf ausschließlich für Zwecke der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie ist zu löschen, wenn sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich ist, spätestens jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Dokumentation folgt.

§ 3b **Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen**

(1) Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1, die sich gegen eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder Nr. 4 der Strafprozessordnung genannte Person richten und voraussichtlich Erkenntnisse erbringen würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, sind unzulässig. Dennoch erlangte Erkenntnisse dürfen nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind

unverzögerlich zu löschen. Die Tatsache ihrer Erlangung und Löschung ist zu dokumentieren. Die Sätze 2 bis 3 gelten entsprechend, wenn durch eine Maßnahme, die sich nicht gegen eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder Nr. 4 der Strafprozessordnung genannte Person richtet, von einer dort genannten Person Erkenntnisse erlangt werden, über die sie das Zeugnis verweigern dürfte.

(2) Soweit durch eine Beschränkung eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 3b oder Nr. 5 der Strafprozessordnung genannte Person betroffen wäre und dadurch voraussichtlich Erkenntnisse erlangt würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, ist dies im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit unter Würdigung des öffentlichen Interesses an den von dieser Person wahrgenommenen Aufgaben und des Interesses an der Geheimhaltung der dieser Person anvertrauten oder bekannt gewordenen Tatsachen besonders zu berücksichtigen. Soweit hiernach geboten, ist die Maßnahme zu unterlassen oder, soweit dies nach der Art der Maßnahme möglich ist, zu beschränken.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, soweit die in § 53a der Strafprozessordnung Genannten das Zeugnis verweigern dürften.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, sofern die zeugnisverweigerungsberechtigte Person Verdächtiger im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 2 ist oder tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass sie dessen in § 3 Abs. 1 bezeichnete Bestrebungen durch Entgegennahme oder Weitergabe von Mitteilungen bewusst unterstützt.

§ 4

Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, Übermittlungen, Zweckbindung

(1) Die erhebende Stelle prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen ihrer Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 1 Abs. 1 Nr. 1 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit die Daten für diese Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zur Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Die Protokolldaten sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen. Die Löschung der Daten unterbleibt, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 1 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 1 Abs. 1 Nr. 1 und den in Absatz 4 genannten Zwecken verwendet werden.

(3) Der Behördenleiter oder sein Stellvertreter kann anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung einer Beschränkungsmaßnahme nicht zu gefährden, und die G 10-Kommission oder, soweit es sich um die Übermittlung durch eine Landesbehörde handelt, die nach Landesrecht zuständige Stelle zugestimmt hat. Bei Gefahr im Verzuge kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. Wird die Zustimmung versagt, ist die Kennzeichnung durch den Übermittlungsempfänger unverzüglich nachzuholen; die übermittelnde Behörde hat ihn hiervon zu unterrichten.

(4) Die Daten dürfen nur übermittelt werden

1. zur Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten, wenn
 - a) tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand eine der in § 3 Abs. 1 und 1a genannten Straftaten plant oder begeht,

- b) bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine sonstige in § 7 Abs. 4 Satz 1 genannte Straftat plant oder begeht,
2. zur Verfolgung von Straftaten, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Nummer 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat, oder
 3. zur Vorbereitung und Durchführung eines Verfahrens nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes oder einer Maßnahme nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,
- soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich sind.

(5) Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter der übermittelnden Stelle, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese Zwecke erforderlich sind. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle unverzüglich über die erfolgte Löschung.

Abschnitt 3

Strategische Beschränkungen

§ 5

Voraussetzungen

- (1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen, soweit eine gebündelte Übertragung erfolgt, angeordnet werden. Die jeweiligen Telekommunikationsbeziehungen werden von dem nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministerium mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmt. Beschränkungen nach Satz 1 sind nur zulässig zur Sammlung von Informationen über Sachverhalte, deren Kenntnis notwendig ist, um die Gefahr
1. eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland,
 2. der Begehung internationaler terroristischer Anschläge mit unmittelbarem Bezug zur Bundesrepublik Deutschland,
 3. der internationalen Verbreitung von Kriegswaffen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen sowie des unerlaubten Außenwirtschaftsverkehrs mit Waren, Datenverarbeitungsprogrammen und Technologien in Fällen von erheblicher Bedeutung,
 4. der unbefugten gewerbs- oder bandenmäßig organisierten Verbringung von Betäubungsmitteln in das Gebiet der Europäischen Union in Fällen von erheblicher Bedeutung mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland,
 5. der Beeinträchtigung der Geldwertstabilität im Euro-Währungsraum durch im Ausland begangene Geldfälschungen,
 6. der international organisierten Geldwäsche in Fällen von erheblicher Bedeutung,
 7. des gewerbs- oder bandenmäßig organisierten Einschleusens von ausländischen Personen in das Gebiet der Europäischen Union in Fällen von erheblicher Bedeutung mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland
 - a) bei unmittelbarem Bezug zu den Gefahrenbereichen nach Nr. 1 bis 3 oder
 - b) in Fällen, in denen eine erhebliche Anzahl geschleuster Personen betroffen ist, insbesondere wenn durch die Art der Schleusung von einer Gefahr für ihr Leib oder Leben auszugehen ist, oder
 - c) in Fällen von unmittelbarer oder mittelbarer Unterstützung oder Duldung durch ausländische öffentliche Stellen oder

8. des internationalen kriminellen, terroristischen oder staatlichen Angriffs mittels Schadprogrammen oder vergleichbaren schädlich wirkenden informationstechnischen Mitteln auf die Vertraulichkeit, Integrität oder Verfügbarkeit von IT-Systemen in Fällen von erheblicher Bedeutung mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen. In den Fällen von Satz 3 Nr. 1 dürfen Beschränkungen auch für Postverkehrsbeziehungen angeordnet werden; Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Bei Beschränkungen von Telekommunikationsbeziehungen darf der Bundesnachrichtendienst nur Suchbegriffe verwenden, die zur Aufklärung von Sachverhalten über den in der Anordnung bezeichneten Gefahrenbereich bestimmt und geeignet sind. Es dürfen keine Suchbegriffe verwendet werden, die

1. Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung bestimmter Telekommunikationsanschlüsse führen, oder
2. den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung betreffen.

Dies gilt nicht für Telekommunikationsanschlüsse im Ausland, sofern ausgeschlossen werden kann, dass Anschlüsse, deren Inhaber oder regelmäßige Nutzer deutsche Staatsangehörige sind, gezielt erfasst werden. Die Durchführung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen.

§ 5a Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

Durch Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 dürfen keine Kommunikationsinhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst werden. Sind durch eine Beschränkung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 Kommunikationsinhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst worden, dürfen diese nicht verwertet werden. Sie sind unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. § 3a Satz 2 bis 7 gilt entsprechend. Die Tatsache der Erfassung der Daten und ihrer Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zum Zwecke der Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind zu löschen, wenn sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich sind, spätestens jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt.

§ 6 Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, Zweckbindung

(1) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 5 Abs. 1 Satz 3 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit die Daten für diese Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zur Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Die Protokolldaten sind am Ende des Kalenderjahres zu löschen, das dem Jahr der Protokollierung folgt. Außer in den Fällen der erstmaligen Prüfung nach Satz 1 unterbleibt die Löschung, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 2 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 5 Abs.

1 Satz 3 genannten Zwecken und für Übermittlungen nach § 7 Abs. 1 bis 4a und § 7a verwendet werden.

(3) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen zur Prüfung der Relevanz erfasster Telekommunikationsverkehre auf Anordnung des nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministeriums die erhobenen Daten in einem automatisierten Verfahren mit bereits vorliegenden Rufnummern oder anderen Kennungen bestimmter Telekommunikationsanschlüsse abgeglichen werden, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie in einem Zusammenhang mit dem Gefahrenbereich stehen, für den die Überwachungsmaßnahme angeordnet wurde. Zu diesem Abgleich darf der Bundesnachrichtendienst auch Rufnummern oder andere Kennungen bestimmter Telekommunikationsanschlüsse im Inland verwenden. Die zu diesem Abgleich genutzten Daten dürfen nicht als Suchbegriffe im Sinne des § 5 Abs. 2 Satz 1 verwendet werden. Der Abgleich und die Gründe für die Verwendung der für den Abgleich genutzten Daten sind zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu vernichten.

§ 7

Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst

(1) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in § 5 Abs. 1 Satz 3 genannten Gefahren übermittelt werden.

(2) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen an die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie an den Militärischen Abschirmdienst übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Daten erforderlich sind zur Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind,
2. bestimmte Tatsachen den Verdacht sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht begründen oder
3. im Falle des § 5 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 3 Nummer 8 tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Angriffe von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes ausgehen.

(3) Durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 3 Nr. 3 erhobene personenbezogene Daten dürfen an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist

1. zur Aufklärung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr über Umstände, die für die Einhaltung von Beschränkungen des Außenwirtschaftsverkehrs von Bedeutung sind, oder
2. im Rahmen eines Verfahrens zur Erteilung einer ausfuhrrechtlichen Genehmigung oder zur Unterrichtung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr, soweit hierdurch eine Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von Gütern begründet wird.

(4) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die mit polizeilichen Aufgaben betrauten Behörden übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand
 - a) Straftaten nach den §§ 89a, 89b, 89c Absatz 1 bis 4 oder § 129a, auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1, sowie den §§ 146, 151 bis 152a oder § 261 des Strafgesetzbuches,

- b) vorsätzliche Straftaten nach den §§ 17 und 18 des Außenwirtschaftsgesetzes, §§ 19 bis 21 oder § 22a Abs. 1 Nr. 4, 5 und 7 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen oder
 - c) Straftaten nach § 29a Abs. 1 Nr. 2, § 30 Abs. 1 Nr. 1, 4 oder § 30a des Betäubungsmittelgesetzes plant oder begeht oder
2. bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine der in § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2, 5 und 7, Satz 2 oder Absatz 1a dieses Gesetzes oder eine sonstige der in § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung genannten Straftaten plant oder begeht.

(4a) Durch Beschränkungen nach § 5 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 3 Nummer 8 erhobene personenbezogene Daten dürfen an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Daten erforderlich sind zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit der Informationstechnik des Bundes oder zur Sammlung und Auswertung von Informationen über Sicherheitsrisiken auch für andere Stellen und Dritte.

(5) Die Übermittlung ist nur zulässig, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist. Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter des Bundesnachrichtendienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese Zwecke erforderlich sind. § 4 Abs. 6 Satz 4 und § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 7a

Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst an ausländische öffentliche Stellen

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2, 3, 7 und 8 erhobene personenbezogene Daten an die mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betrauten ausländischen öffentlichen Stellen übermitteln, soweit

- 1. die Übermittlung zur Wahrung außen- oder sicherheitspolitischer Belange der Bundesrepublik Deutschland oder erheblicher Sicherheitsinteressen des ausländischen Staates erforderlich ist,
- 2. überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen nicht entgegenstehen, insbesondere in dem ausländischen Staat ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist sowie davon auszugehen ist, dass die Verwendung der Daten durch den Empfänger in Einklang mit grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien erfolgt, und
- 3. das Prinzip der Gegenseitigkeit gewahrt ist.

Die Übermittlung bedarf der Zustimmung des Bundeskanzleramtes.

(2) Der Bundesnachrichtendienst darf unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2, 3, 7 und 8 erhobene personenbezogene Daten ferner im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August

1959 (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) an Dienststellen der Stationierungstreitkräfte übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der in deren Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich ist.

(3) Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter des Bundesnachrichtendienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren. Der Bundesnachrichtendienst führt einen Nachweis über den Zweck, die Veranlassung, die Aktenfundstelle und die Empfänger der Übermittlungen nach Absatz 1 und 2. Die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(4) Der Empfänger ist zu verpflichten,

1. die übermittelten Daten nur zu dem Zweck zu verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden,
2. eine angebrachte Kennzeichnung beizubehalten und
3. dem Bundesnachrichtendienst auf Ersuchen Auskunft über die Verwendung zu erteilen.

(5) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G10-Kommission über Übermittlungen nach Absatz 1 und 2.

(6) Das Parlamentarische Kontrollgremium ist in Abständen von höchstens sechs Monaten über die vorgenommenen Übermittlungen nach Absatz 1 und 2 zu unterrichten.

§ 8

Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland

(1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 angeordnet werden, wenn dies erforderlich ist, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland rechtzeitig zu erkennen oder ihr zu begegnen und dadurch Belange der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar in besonderer Weise berührt sind.

(2) Die jeweiligen Telekommunikationsbeziehungen werden von dem nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministerium mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmt. Die Zustimmung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder. Die Bestimmung tritt spätestens nach zwei Monaten außer Kraft. Eine erneute Bestimmung ist zulässig, soweit ihre Voraussetzungen fortbestehen.

(3) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Der Bundesnachrichtendienst darf nur Suchbegriffe verwenden, die zur Erlangung von Informationen über die in der Anordnung bezeichnete Gefahr bestimmt und geeignet sind. § 5 Abs. 2 Satz 2 bis 6 gilt entsprechend. Ist die Überwachungsmaßnahme erforderlich, um einer im Einzelfall bestehenden Gefahr für Leib oder Leben einer Person zu begegnen, dürfen die Suchbegriffe auch Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung der Rufnummer oder einer anderen Kennung des Telekommunikationsanschlusses dieser Person im Ausland führen.

(4) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten zu dem in Absatz 1 bestimmten Zweck erforderlich sind. Soweit die Daten für diesen Zweck nicht erforderlich sind, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. § 6 Abs. 1 Satz 4 und 5, Abs. 2 Satz 1 und 2 gilt entsprechend. Die Daten dürfen nur zu den in den Absätzen 1, 5 und 6 genannten Zwecken verwendet werden.

(5) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in Absatz 1 genannte Gefahr übermittelt werden.

(6) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass jemand eine Straftat plant oder begeht, die geeignet ist, zu der Entstehung oder Aufrechterhaltung der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr beizutragen. Die Daten dürfen zur Verfolgung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Satz 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat. § 7 Abs. 5 und 6 sowie § 7a Abs. 1 und 3 bis 6 gelten entsprechend.

Abschnitt 4

Verfahren

§ 9

Antrag

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach diesem Gesetz dürfen nur auf Antrag angeordnet werden.

(2) Antragsberechtigt sind im Rahmen ihres Geschäftsbereichs

1. das Bundesamt für Verfassungsschutz,
2. die Verfassungsschutzbehörden der Länder,
3. der Militärische Abschirmdienst und
4. der Bundesnachrichtendienst

durch den Behördenleiter oder seinen Stellvertreter.

(3) Der Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen. Er muss alle für die Anordnung erforderlichen Angaben enthalten. In den Fällen der §§ 3 und 8 hat der Antragsteller darzulegen, dass die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

§ 10

Anordnung

(1) Zuständig für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen ist bei Anträgen der Verfassungsschutzbehörden der Länder die zuständige oberste Landesbehörde, im Übrigen das Bundesministerium des Innern.

(2) Die Anordnung ergeht schriftlich. In ihr sind der Grund der Anordnung und die zur Überwachung berechnete Stelle anzugeben sowie Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme zu bestimmen.

(3) In den Fällen des § 3 muss die Anordnung denjenigen bezeichnen, gegen den sich die Beschränkungsmaßnahme richtet. Bei einer Überwachung der Telekommunikation ist auch die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein diesem Endgerät zuzuordnen ist, anzugeben.

(4) In den Fällen der §§ 5 und 8 sind die Suchbegriffe in der Anordnung zu benennen. Ferner sind das Gebiet, über das Informationen gesammelt werden sollen, und die Übertragungswege, die der Beschränkung unterliegen, zu bezeichnen. Weiterhin ist festzulegen, welcher Anteil der auf diesen Übertragungswegen zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität überwacht werden darf. In den Fällen des § 5 darf dieser Anteil höchstens 20 vom Hundert betragen.

(5) In den Fällen der §§ 3 und 5 ist die Anordnung auf höchstens drei Monate zu befristen. Verlängerungen um jeweils nicht mehr als drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen.

(6) Die Anordnung ist dem nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten insoweit mitzuteilen, als dies erforderlich ist, um ihm die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen. Die Mitteilung entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt werden kann.

(7) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die jeweilige Landesbehörde für Verfassungsschutz über die in deren Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen. Die Landesbehörden für Verfassungsschutz teilen dem Bundesamt für Verfassungsschutz die in ihrem Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen mit.

§ 11 Durchführung

(1) Die aus der Anordnung sich ergebenden Beschränkungsmaßnahmen sind unter Verantwortung der Behörde, auf deren Antrag die Anordnung ergangen ist, und unter Aufsicht eines Bediensteten vorzunehmen, der die Befähigung zum Richteramt hat.

(2) Die Maßnahmen sind unverzüglich zu beenden, wenn sie nicht mehr erforderlich sind oder die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vorliegen. Die Beendigung ist der Stelle, die die Anordnung getroffen hat, und dem nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten, dem die Anordnung mitgeteilt worden ist, anzuzeigen. Die Anzeige an den Verpflichteten entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt wurde.

(3) Postsendungen, die zur Öffnung und Einsichtnahme ausgehändigt worden sind, sind dem Postverkehr unverzüglich wieder zuzuführen. Telegramme dürfen dem Postverkehr nicht entzogen werden. Der zur Einsichtnahme berechtigten Stelle ist eine Abschrift des Telegramms zu übergeben.

§ 12 Mitteilungen an Betroffene

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach § 3 sind dem Betroffenen nach ihrer Einstellung mitzuteilen. Die Mitteilung unterbleibt, solange eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung nicht ausgeschlossen werden kann oder solange der Eintritt übergreifender Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes absehbar ist. Erfolgt die nach Satz 2 zurückgestellte Mitteilung nicht binnen zwölf Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der Zustimmung der G10-Kommission. Die G10-Kommission bestimmt die Dauer der weiteren Zurückstellung. Einer Mitteilung bedarf es nicht, wenn die G10-Kommission einstimmig festgestellt hat, dass

1. eine der Voraussetzungen in Satz 2 auch nach fünf Jahren nach Beendigung der Maßnahme noch vorliegt,
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft vorliegt und
3. die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 5 und 8, sofern die personenbezogenen Daten nicht unverzüglich gelöscht wurden. Die Frist von fünf Jahren beginnt mit der Erhebung der personenbezogenen Daten.

(3) Die Mitteilung obliegt der Behörde, auf deren Antrag die Anordnung ergangen ist. Wurden personenbezogene Daten übermittelt, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger.

§ 13 **Rechtsweg**

Gegen die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 3 und 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 und ihren Vollzug ist der Rechtsweg vor der Mitteilung an den Betroffenen nicht zulässig.

Abschnitt 5 **Kontrolle**

§ 14 **Parlamentarisches Kontrollgremium**

(1) Das nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständige Bundesministerium unterrichtet in Abständen von höchstens sechs Monaten das Parlamentarische Kontrollgremium über die Durchführung dieses Gesetzes. Das Gremium erstattet dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über Durchführung sowie Art und Umfang der Maßnahmen nach den §§ 3, 5, 7a und 8; dabei sind die Grundsätze des § 10 Absatz 1 des Kontrollgremiumgesetzes zu beachten.

(2) Bei Gefahr im Verzug kann das zuständige Bundesministerium die Bestimmungen nach den §§ 5 und 8 vorläufig treffen und das Parlamentarische Kontrollgremium durch seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter vorläufig zustimmen. Die Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist unverzüglich einzuholen. Die Bestimmung tritt außer Kraft, wenn die vorläufige Zustimmung nicht binnen drei Tagen und die Zustimmung nicht binnen zwei Wochen erfolgt.

§ 15 **G 10-Kommission**

(1) Die G 10-Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und drei Beisitzern sowie vier stellvertretenden Mitgliedern, die an den Sitzungen mit Rede- und Fragerecht teilnehmen können. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Mitglieder der G 10-Kommission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie nehmen ein öffentliches Ehrenamt wahr und werden von dem Parlamentarischen Kontrollgremium nach Anhörung der Bundesregierung für die Dauer einer Wahlperiode des Deutschen Bundestages mit der Maßgabe bestellt, dass ihre Amtszeit erst mit der Neubestimmung der Mitglieder der Kommission, spätestens jedoch drei Monate nach Ablauf der Wahlperiode endet.

(2) Die Beratungen der G 10-Kommission sind geheim. Die Mitglieder der Kommission sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Kommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Kommission.

(3) Der G 10-Kommission ist die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen; sie ist im Einzelplan des Deutschen Bundestages gesondert auszuweisen. Der Kommission sind Mitarbeiter mit technischem Sachverstand zur Verfügung zu stellen.

(4) Die G 10-Kommission tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bedarf. Vor der Zustimmung ist die Bundesregierung zu hören.

(5) Die G 10-Kommission entscheidet von Amts wegen oder auf Grund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Die Kontrollbefugnis der Kommission erstreckt sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach diesem Gesetz erlangten personenbezogenen Daten durch Nachrichtendienste des Bundes einschließlich der Entscheidung über die Mitteilung an Betroffene. Der Kommission und ihren Mitarbeitern ist dabei insbesondere

1. Auskunft zu ihren Fragen zu erteilen,
2. Einsicht in alle Unterlagen, insbesondere in die gespeicherten Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme, zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Beschränkungsmaßnahme stehen, und
3. jederzeit Zutritt in alle Diensträume zu gewähren.

Die Kommission kann dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz Gelegenheit zur Stellungnahme in Fragen des Datenschutzes geben.

(6) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G 10-Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzuge kann es den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen auch bereits vor der Unterrichtung der Kommission anordnen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das zuständige Bundesministerium unverzüglich aufzuheben. In den Fällen des § 8 tritt die Anordnung außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter bestätigt wird. Die Bestätigung der Kommission ist unverzüglich nachzuholen.

(7) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G 10-Kommission über Mitteilungen von Bundesbehörden nach § 12 Abs. 1 und 2 oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, ist diese unverzüglich vorzunehmen. § 12 Abs. 3 Satz 2 bleibt unberührt, soweit das Benehmen einer Landesbehörde erforderlich ist.

§ 16

Parlamentarische Kontrolle in den Ländern

Durch den Landesgesetzgeber wird die parlamentarische Kontrolle der nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständigen obersten Landesbehörden und die Überprüfung der von ihnen angeordneten Beschränkungsmaßnahmen geregelt. Personenbezogene Daten dürfen nur dann an Landesbehörden übermittelt werden, wenn die Kontrolle ihrer Verarbeitung und Nutzung durch den Landesgesetzgeber geregelt ist.

Abschnitt 6

Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 17

Mitteilungsverbote

(1) Wird die Telekommunikation nach diesem Gesetz oder nach den §§ 100a, 100b der Strafprozessordnung überwacht, darf diese Tatsache von Personen, die Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(2) Wird die Aushändigung von Sendungen nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 angeordnet, darf diese Tatsache von Personen, die zur Aushändigung verpflichtet oder mit der Sendungsübermittlung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(3) Erfolgt ein Auskunftersuchen oder eine Auskunftserteilung nach § 2 Abs. 1, darf diese Tatsache oder der Inhalt des Ersuchens oder der erteilten Auskunft von Personen, die zur

Beantwortung verpflichtet oder mit der Beantwortung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

§ 18 Straftaten

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 17 eine Mitteilung macht.

§ 19 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 zuwiderhandelt,
2. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 2 eine Person betraut oder
3. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 3 nicht sicherstellt, dass eine Geheimschutzmaßnahme getroffen wird.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzehntausend Euro geahndet werden.

(3) Bußgeldbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die nach § 10 Abs. 1 zuständige Stelle.

Abschnitt 7 Schlussvorschriften

§ 20 Entschädigung

Die nach § 1 Abs. 1 berechtigten Stellen haben für die Leistungen nach § 2 Abs. 1 eine Entschädigung zu gewähren, deren Umfang sich nach § 23 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes bemisst. In den Fällen der §§ 5 und 8 ist eine Entschädigung zu vereinbaren, deren Höhe sich an den nachgewiesenen tatsächlichen Kosten orientiert.

§ 21 Einschränkung von Grundrechten

Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird durch dieses Gesetz eingeschränkt.

VI. Verzeichnis der im Verfassungsschutzbericht erwähnten extremistischen Organisationen

Rechtsextremismus

2nd Class Citizen (BR / Band)
A3stus (Band)
Abtrimo (HH / Band)
Aktionsgruppe Dresden
Ansgar Aryan (Kleidermarke)
Aryan Brotherhood Eastside
Bildungswerk für Heimat und Nationale Identität e.V.
Blitzkrieg (Band)
Blutzeugen (Band)
Bound for Glory (USA)
Brainwash (Band)
Brenner
Bronson (I / Band)
Brigade 8
Carpe Diem (BW / Band)
Chrysi Avgi (Goldene Morgendämmerung – griechische Partei)
Confident of Victory (BB / Band)
Deathfeud (BB / Band)
Der Clou (Versand)
Der Dritte Weg (III. Weg / Partei)
Deutsch Stolz Treu (BR / Band)
Deutsche Stimme-Verlagsgesellschaft mbH
Die Lunikoff-Verschwörung (B / Band)
DIE RECHTE (Partei)
Diggi und Klampfe (TH)
Division Germania (NRW / Band)
Dolchstoss (BY / Band)
DRYVE BY SUIZHYDE (Textillabel)
Endless Struggle (Band)
Exzess (BB / Band)
Faust des Ostens
Fight Tonight (ST / Band)
Fränkische Aktionsfront (verboten seit 2004)
Freidenker (ST)
Freie Aktivisten Dresden
Freie Kameradschaft Dresden
Freie Kräfte Bautzen
Freie Kräfte Dresden (FKD)
Freie Kräfte
Freie Nationalisten Hof
Freies Netz Süd (FNS / verboten am 23. Juli 2014)
Front Records
Frontalkraft (MV / Band)
GefangenenHilfe (GH)
Hammerskins
Hate machine (USA / Band)
Hausmannskost (BB / Band)

Hermannsland (Versand)
Heiliger Krieg (SN, BW, TH / Band)
Heiliges Reich (Band)
Hope for the Weak (Band)
Junge Nationaldemokraten (JN)
Kameradschaft Aachener Land (verboten 23. August 2012)
Kameradschaft Hamm (verboten 23. August 2012)
Killuminati (Band)
Kommando Skin (Band)
Kraft durch Froide (BR / Band)
Kraftschlag (SH / Band)
Krátky Proces (SK / Band)
Landser (Band)
Legion 84
Legion of Thor (BR / Band)
Libergraphix (verlag)
Manson (Band)
Mistreat (FIN / Band)
MPU (BY / Band)
Mudhater (Design-Studio)
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
Nationale Sozialisten Chemnitz (NSC / verboten 28. März 2014)
Nationale Sozialisten Döbeln (NS-Döbeln / verboten 18. Februar 2013)
Nationale Sozialisten Hoyerswerda / Freie Kräfte Hoyerswerda
Nationaler Jugendblock Zittau e.V. (NJB)
Nationaler Widerstand Dortmund (verboten 23. August 2012)
Nationales Versandhaus
Nation & Wissen (Verlag)
New Society (NS-Boys / Fußballgruppierung)
NMV-Versand
Nordsachsenversand
OLDSCHOOL RECORDS (BY)
Oldschool Society (OSS)
OPOS-Records
paranoid (Band)
Path of Resistance (MV / Band)
PC-Records
Pionier (Band)
Prora (ST / Band)
Rac 'n Roll - Teufel (Band)
Radikahl (TH / Band)
RePro-Medien
Revolutionäre Nationale Jugend Vogtland (RNJ)
Ring Nationaler Frauen
Sachsenblut (Band)
Sachsonia (Band)
Sarin (Band)
Scenario Lok
Selbststeller (Band)
Sista Bataljen (Band)
Skalinger (MV / Band)
Sleipnir (NRW / Band)
Stahlfront (Band)
Tätervolk (MV / Band)
Thematik 25 (Band)
Thrima (MV / Band)

Trendkiller (Band)
Überzeugungstäter Vogtland (Band)
Verboten (Band)
Verzerzödes (H / Band)
Volksnah (Band)
Wafflor / Waffen (S / Band)
Weisse Wölfe Terrorcrew (WWT) verboten seit 16. März 2016

Linksextremismus

Antifaschistische Aktionsgruppe Dresden (AFA Dresden)
Antifa Klein-Paris (AKP)
Allgemeines Syndikat Dresden der FAU-IAA (FAU Dresden / Teilorganisation der FAU-IAA)
Anarchisten
Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig (ASJL)
Antifa Lausitz
Antifa Roßwein-Döbeln-Leisnig (Antifa RDL)
Antifaschistische Aktion Görlitz (AfA Görlitz)
Antifaschistische Aktion Rochlitz-Geringswalde-Burgstädt (Antifa RGB)
Antifaschistische Offensive Leipzig (AOL)
Autonomal-Versand
Autonome
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
Feine Sahne Fischfilet (Band)
FAU-Leipzig (Teilorganisation der FAU-IAA)
FAU-Sektion Chemnitz (Teilorganisation der FAU-IAA)
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union – Internationale Arbeiter Assoziation (FAU-IAA)
Interim e.V.
Interventionistische Linke (IL)
Kampagne 129eV
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD-Ost)
Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF)
Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden (KAD)
Marxistisches Forum (MF)
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
N-RDL Nazifrei
Neue Antikapitalistisch Organisation (Nao)
Phase 2
Prisma Interventionistische Linke Leipzig (Prisma)
Revolution Leipzig (Revo Leipzig)
Rote Hilfe e.V. (RH)
Sozialer Fehltritt
the future is unwritten (tfiu)
Undogmatische Radikale Antifa Dresden (URA Dresden)

Islamismus / islamistischer Terrorismus

Islamischer Staat (IS)
Salafistische Bestrebungen

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)
Ciwanan Azad (CA)

Ciwanan Azad Dresden
Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)
Dresdner Verein deutsch kurdischer Begegnungen e. V.
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM)
Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)
Konföderation der Kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD)
Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)
Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Deutschland (NAV-DEM)
Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Europa (KCD-E)
Kurdische Demokratische Volksunion (YDK)
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)
Partei der Demokratischen Union (PYD)
Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK)
Volksverteidigungseinheiten (YPG)
Volksverteidigungskräfte (HPG)

Darüber hinaus werden die Massenorganisationen des CDK erwähnt (s. Strukturkasten zu PKK-Beitrag):

- YJA (Frauen)
- YXK (Studenten)
- YMK (Lehrer)
- YRK (Journalisten)
- YHK (Juristen)
- YNK (Schriftsteller)
- CIK, YEK, KAB (religiöse Gruppen)

**Herausgeber:**

Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Redaktionsschluss:

08. April 2016

Bezug:

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden beim:
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden
Telefon: +49 351 85850
Telefax: +49 351 8585500
E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
www.verfassungsschutz.sachsen.de

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.